

Arbeiter=Lesebuch.

Rede Lassalle's

zu

Frankfurt am Main am 17. und 19. Mai 1863

nach dem

stenographischen Bericht.

Bemerkung zur ersten Auflage:

Der Ertrag ist für die Kasse des
„Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“
zu Leipzig bestimmt.

Erster Abdruck erschienen:

Frankfurt am Main.

In Kommission bei Reinhold Baist.

1863.

Vorbemerkung.

Wie schon auf dem Titel bemerkt, besteht das „Arbeiter-Lesebuch“ aus zwei an verschiedenen Tagen gehaltenen Reden Lassalle's. Und nicht nur das — diese Reden sind auch in verschiedenen Lokalitäten und vor theilweise anderem Publikum gehalten worden. Aber in ihrem Entwurf bildeten die beiden Reden ein zusammenhängendes Ganze, und es lag nicht in der Absicht Lassalle's, im Vortrage derselben eine Unterbrechung eintreten zu lassen. Er wurde dazu gezwungen — man kann sagen zu seinem Glück.

Am 19. April 1863 war auf einem in Ködelheim abgehaltenen Arbeitertage der Arbeiter des Maingau's, nach einem einleitenden Referat des demokratischen Darmstädter Physiologen Louis Büchner, das „Offene Antwortschreiben“ diskutiert worden. Obwohl die Hauptwortführer des Central-Komités der Arbeitervereine des Maingau's in den Vereinen dafür agitirt hatten, sich ohne Weiteres für Schulze-Delitzsch und gegen Lassalle zu erklären, nahmen die auf dem Arbeitertag versammelten Mitglieder mit großer Mehrheit einen Antrag an, von einer endgültigen Beschlußfassung vorläufig noch abzusehen, vielmehr die beiden Männer, um deren politische und soziale Grundsätze es sich handelte, schriftlich einzuladen, auf dem am 17. Mai in Frankfurt am Main abzuhaltenden Arbeitertage ihre Standpunkte selbst zu entwickeln und zu begründen. In seiner „Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalle's“ mißt sich Bernhard Becker das Verdienst zu, durch sein „stilles Wirken“ im Frankfurter Arbeiterbildungsverein diesen Beschluß zustande gebracht zu haben, es ist jedoch zu bemerken, daß auch Louis Büchner in seinem Referat von

einer eigentlichen Beschlußfassung in der aufgeworfenen Streitfrage abgerathen hatte, weil die Sache noch nicht genug diskutiert worden sei. Ueberhaupt hatte Büchner nach einer durchaus sachlichen Darlegung der Grundgedanken des Lassalle'schen Antwortschreibens zwar allerhand zur Kritik der Vorschläge Lassalle's vorgebracht, aber doch zum Schluß seine Hörer ermahnt, sich „Denen nicht an(zu)schließen, welche Steine auf Herrn Lassalle werfen, sondern ihm vielmehr (zu) danken für die Aufklärung und Anregung, welche er uns gegeben hat“. Der Haupteinwand Büchner's war derselbe wie der so vieler anderer Demokraten, daß die Zeitverhältnisse nicht dazu angethan seien, die von Lassalle empfohlene separate Agitation aufzunehmen.¹⁾ Sonst erklärte Büchner, er halte die Lassalle'schen Vorschläge bezüglich der Staats-Assoziationen an sich keineswegs für so gefährlich und entsetzlich, wie sie von mancher Seite dargestellt werden, und erblicke „weder Sozialismus noch Kommunismus darin“, wobei er noch in einer Note hinzusetzte, man möge sich „durch die jetzt wieder überall auftauchenden Schlagworte „Sozialismus“ und „Kommunismus“ nicht auf eine so lächerliche Weise erschrecken und in's Bockshorn jagen“ lassen. Dieselben hätten an sich ja gar keinen gefährlichen Sinn.

Lassalle nahm die Einladung, nach Frankfurt am Main zu kommen und dort selbst seine Ideen zu entwickeln, mit Freuden an, während Schulze-Dehlißch unter Hinweis auf seine parlamentarischen Arbeiten ablehnte. Es mochte dem auf der Höhe seiner Popularität stehenden Fortschrittsführer nicht der Mühe oder seiner Würde werth erscheinen, mit Lassalle Mann gegen Mann über die Richtigkeit der von ihm verfochtenen Lehren zu diskutieren, aber nichts pflegt sich im politischen Leben bitterer zu rächen als Unterschätzung eines Gegners. Lassalle nutzte den Vortheil, den Schulze's Fortbleiben ihm bot, gründlich aus. Der Boden war ihm in Frankfurt a. M.

¹⁾ Das Referat Büchner's wurde auf Beschluß der Ködelheimer Versammlung dem Druck übergeben. Es ist bei Reinhold Baist in Frankfurt am Main unter dem Titel „Herr Lassalle und die Arbeiter“ als Broschüre erschienen.

ohnehin ziemlich günstig. Während Becker und Andre unter den demokratisch gesinnten Arbeitern für ihn agitirten, kam ihm bei dem bürgerlichen Publikum seine Bekämpfung der kleindeutschen Politik der preussischen Fortschrittspartei nicht wenig zu Gute. Die großdeutsch-konservative „Augsburger Allgemeine Zeitung“ hatte bereits aus Haß gegen die norddeutschen Liberalen für ihn Partei ergriffen, und ebenso nahm ein in Frankfurt am Main erscheinendes großdeutsches Blatt, der „Volksfreund“, Artikel zu seinen Gunsten auf. Wie sehr Lassalle darauf bedacht war, diesen Vortheil auszunutzen, geht aus einem seiner Briefe an Rodbertus hervor, wo es u. A. mit Bezug auf das ihm, wie es scheint, von Rodbertus gemeldete Faktum, daß Schulze-Delitzsch in Coburg die — 1848er — Reichsverfassung heruntergerissen habe, heißt: „Können Sie mir seine Rede oder die Zeitungsberichte darüber schicken? Wäre mir sehr lieb. Ich würde in der Rede in Frankfurt, wenn es die Zeit irgend erlaubt — denn worüber muß ich da nicht Alles sprechen — mir eine furchtbare Waffe daraus zimmern können.“ (Brief an Rodbertus vom 2. Mai 1863.)

Und in der That war es der politische Theil seiner Rede, der in Frankfurt am Main für Lassalle entschied. Am ersten Abend, wo er, trotzdem er vier Stunden sprach, kaum mit dem ökonomischen Theil der Rede zu Ende kam, war der Erfolg Lassalle's zum Mindesten zweifelhaft, wenn nicht die Mehrheit immer noch auf Seiten seiner Gegner war. Freilich waren es in der Hauptsache Mitglieder von Arbeiterbildungsvereinen, die daheim sich bereits gegen ihn erklärt, vor denen er zu sprechen hatte. Jedoch war der Vorwurf, den Lassalle Eingang seiner Rede dieserhalb gegen das Central-Komitee erhob, kaum ganz gerechtfertigt. Von Anfang an war die Frankfurter Versammlung als ein Delegirten-tag der Arbeiterbildungsvereine des Maingau's geplant, und Lassalle wußte das, wie aus seinem Brief vom 28. April 1863 an Rodbertus hervorgeht, auch sehr gut. Seine Beschwerde über das Arrangement der Versammlung ist insofern mehr als ein strategisches Manöver aufzufassen, um, wie es in dem erwähnten Brief an Rodbertus heißt, je nachdem den Triumph des Sieges zu er-

höhen, oder eventuell der Niederlage den Charakter zu nehmen. Es ist ihm daraus kein besonderer Vorwurf zu machen, denn wenn das formelle Arrangement der Versammlung auch kaum anders sein konnte, so ließen es die verbisseneren seiner Gegner nicht daran fehlen, außerdem von vornherein für Unterbrechungen aller Art zu sorgen. Es wurde eben hinüber und herüber manövriert, nur daß Lassalle im Ausnutzen der sich ihm bietenden Vortheile zehnmal geschickter war, als seine Gegner zusammengenommen. In Bezug auf Lassalle's Gabe, seine Hörer durch unerwartete Wendungen zu verblüffen, bietet grade die Frankfurter Rede klassische Beispiele. Dabei gab er seiner Rede eine Ausdehnung, die den Gegnern gar keine Zeit zur Erwiderung ließ. Und als schließlich die Schlußrufe so allgemein wurden, daß er wohl oder übel abbrechen mußte, ließ Lassalle durch einen seiner Anhänger verkünden, er werde die Rede in einer allgemeinen Arbeiterversammlung zu Ende führen. Damit bekamen er und seine Leute das Heft in die Hand, statt einem in der Mehrheit aus Gegnern bestehenden Publikum erhielten sie ein vorwiegend aus Halbgewonnenen bestehendes.

Ueber diese zweite Versammlung heißt es in der Schrift des ehemaligen Sozialisten Oberwinder „Sozialismus und Sozialpolitik“: „Die Volksversammlung, welche nun folgte, war hauptsächlich das Werk der demokratischen Frankfurter Turngemeinde, deren Mitglieder, weniger vom Klassenbewußtsein als von jugendlichem Idealismus geleitet, den Gegnern Lassalle's energisch Ruhe geboten und diesem selbst ihre begeisterte Zustimmung votirten. Ich erinnere mich noch genau, welche Stellen der Frankfurter Rede Lassalle's den größten Eindruck machten. Das Publikum wurde erst warm, als er, an die Tagespolitik anknüpfend, die Gründe der Ohnmacht der Liberalen erläuterte und der Arbeiterpartei den Beruf vindizirte, die Trägerin der nationalen und freiheitlichen Bewegung zu sein.“ (N. a. D. S. 11 u. 12.) Ein so wenig sicherer Gewährsmann Herr Oberwinder überall da ist, wo es sich um Beschönigung seiner Wandlungen handelt, kann man der vorstehenden Darstellung um so eher Glauben schenken,

als sie auch von anderer Seite hinlänglich bestätigt wird. „Will meine alte revolutionäre Mähne schütteln“, erklärte Lassalle selbst, als er die Einladung nach Frankfurt annahm, an Rodbertus. Und in einer Polemik gegen den verstorbenen Veteranen des Sozialismus, den alten Wintersberg, schrieb im „Volkstaat“ vom 30. Juli 1870 ein ehemaliges Mitglied der Lassalle'schen Gemeinde in Frankfurt am Main, Fr. Weyrich: „Was aber Lassalle unter Wahlrecht verstand, können Ihnen Diejenigen erzählen, die ihn gekannt haben. So oft ich allgemeines Wahlrecht sage, muß es von Euch „Revolution“ und wieder „Revolution“ verstanden sein“, sagte Lassalle einmal in Frankfurt in einer gemüthlichen Zusammenkunft; ich rufe Fritz Ellner dafür als Zeugen auf. Lassalle konnte doch nicht direkt zur Revolution auffordern; aber alle Arbeiter, die ihn gehört, haben es auch so verstanden.“ Es war der Revolutionär, der demokratische Sozialist Lassalle, der in Frankfurt am Main schließlich siegte.

Das ist um so mehr festzuhalten, als der erfolgreiche Ausgang der Frankfurter Versammlungen und einer am 20. Mai 1863 abgehaltenen größeren Arbeiterversammlung in Mainz, Lassalle bestimmten, das Präsidium des wenige Tage darauf — am 23. Mai 1863 — gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu übernehmen, und als die nächste große öffentliche Rede Lassalle's bereits den Wendepunkt in seiner Agitation bezeichnen sollte.

In ökonomischer Hinsicht enthält das „Arbeiter-Lesebuch“ eine weitere Erläuterung und theilweise Berichtigung der im „Offenen Antwortschreiben“ gemachten Angaben. Die in jenem gegebenen statistischen Zahlen über die Einkommensverhältnisse im preussischen Staat hatten lebhafte Anfechtung erfahren, und da eine nochmalige Durchsicht der einschlägigen Literatur Lassalle überzeugt hatte, daß sie thatsächlich um Prozente von dem wirklich Festgestellten abwichen, so stellte er sie in der Frankfurter Rede selbst richtig. Indes auch seine neueren Angaben wurden angefochten, und die Polemik hierüber ist dem „Arbeiterlesebuch“ als Anhang II — Anhang I bilden einige auf die Frankfurter Versammlungen bezügliche Doku-

mente — von Lassalle selbst beigegeben. Ueber diese Polemik ist nur so viel zu sagen, daß der Gegner Lassalle's, ein liberaler Journalist Namens Wackernagel, ihm allerdings einige nicht unwesentliche Irrthümer nachgewiesen hat, wohingegen Lassalle Herrn Wackernagel mit Recht tendenziöse Schönfärberei vorwerfen konnte. Die verschiedenen Superlative, mit denen er seinen Gegner dabei überschüttet, und die theatralische Schlußapostrophe wird man seiner gereizten Stimmung zu Gute halten müssen; als Muster polemischer Kraft können sie selbst den Freunden einer derben Ausdrucksweise nicht gelten.

Sonst ist vom „Arbeiter-Lesebuch“ noch zu bemerken, daß Lassalle in dieser Rede zuerst das so berühmt gewordene 100 Millionen-Beispiel entwickelt, d. h. vorzurechnen versucht hat, daß ein Staatskredit von 100 Millionen Thaler mehr als hinreichen würde, vermittels der Assoziationen in wenigen Jahren die gesammte Arbeiterschaft des Landes zu ihren eignen Unternehmern zu machen und damit in Wohlstand zu versetzen. Zur Kritik des Planes ist dasselbe zu sagen, was in Bezug auf die von Lassalle erwartete Wirkung der Assoziationen mit Staatskredit überhaupt bemerkt wurde, nämlich daß er an dem Widerspruch leidet, die bürgerliche Gesellschaft mit der wirthschaftlichen Konkurrenz vorauszusetzen, die Wirkungen und Begleiterscheinungen der Konkurrenz aber zu ignoriren. Daneben laufen dann noch rechnerische Irrthümer, auf die indeß hier kein besonderes Gewicht gelegt werden soll gegenüber der Thatsache, daß der ganze Finanzoperationsplan Lassalle's eine verhängnißvolle Aehnlichkeit mit Proudhon's' Tauschbankprojekt aufweist, der ja auch die Waarenproduktion ohne die Geseze derselben zur Grundlage hat. Alles Weitere darüber, soweit es nicht schon durch die Einleitungs-Skizze erledigt ist, an den betreffenden Stellen selbst.

Ed. Bernstein.

Meine Herren! ¹⁾

Ihr Comité hat mich eingeladen, vor Ihnen zu erscheinen und ich habe, wie Sie sehen, dieser Aufforderung entsprochen. Denn ich hoffte, daß man mit dieser Einladung nicht bloß eine leere Formalität erfüllen wolle; ich glaubte, daß man nicht schon im Voraus entschlossen sein werde, gegen mich zu entscheiden, und ich glaubte jedenfalls, daß man nicht soweit gehen würde, diese Entscheidung gegen mich im Voraus zu organisiren! Es thut mir leid, meine Herren, sagen zu müssen, daß diese meine Hoffnung sich nicht erfüllt hat: ich sehe mich in ihr getäuscht. Ich frage Sie, ist es ehrliches Spiel, wenn man von diesem Saal ausgeschlossen hat die große Masse der Arbeiter und nur Mitgliedern der Arbeiterbildungsvereine Eintritt und das Recht der Abstimmung gegeben? Welches ist denn das Interesse, das sich sowohl für mich als für das Land an den heutigen Tag knüpft? Zu erfahren, wie die große Masse des Arbeiterstandes über diese Frage denkt. Und siehe da! diese Masse ist ausgeschlossen und eine neue Aristokratie, die man plötzlich im Arbeiterstande zur Geltung bringt, die ausgesuchte Kategorie der Arbeiterbildungsvereiner allein ist zugelassen! Sie wissen, Frankfurt hat viele Tausende von Arbeitern; der Arbeiterbildungsverein von Frankfurt hat nur circa 300 Mitglieder. Dasselbe Zahlenverhältniß findet auch in allen andern Städten statt. Man hat also bloß einer kleinen Anzahl das Recht gegeben, man hat eine aristokratische ausschließende Bestimmung getroffen! Ferner: es ist doch bekannt, meine Herren, daß man, nicht überall freilich, nicht in Frankfurt, auch nicht in Mainz, aber in den meisten Orten des Maingaues die Arbeiterbildungs-

¹⁾ Der Redner wird bei seinem Auftreten mit lebhaftem Applaus, aber auch mit Zischen empfangen.

vereine bereits gegen mich hat abstimmen lassen; freilich ohne daß sie meine Brochüre gelesen hatten! Was bedeutet es also, wenn man heute das Recht der Abstimmung auf Die beschränkt, die in ihrer großen Majorität bereits votirt haben? Ist das, frage ich nochmals, ehrliches Spiel, oder ist es ein Spiel mit im Voraus gemischten Karten?

Sie sehen, meine Herren, ich wäre sehr berechtigt gewesen, unter diesen Umständen die Diskussion abzulehnen und den Saal zu verlassen; aber ich bin entschlossen, die Schlacht anzunehmen, wo und wie man sie mir bietet! (Bravo!) Meine Herren! Mein Zutrauen zu der Macht der Wahrheit ist so groß, daß es mich nicht wundern würde, und wären Sie hierher gekommen, einstimmig entschlossen, gegen mich zu entscheiden, daß es mich nicht wundern würde, sage ich, wenn Sie ebenso einstimmig für mich votirend den Saal verließen.

Ich habe wenig Bemerkungen meinem Vortrag voraus zu senden. Ich werde, worauf Sie der Herr Präsident bereits aufmerksam gemacht hat, lange sprechen. Meine Gegner haben Jahre lang ihre Theorien vor Ihnen entwickelt; ich habe nur eine einzige Rede dazu, und ich werde somit immer noch im unendlichen Nachtheil sein in Bezug auf die Zeit. Aber wie lange ich auch spreche, bedenken Sie Eines. Hier steht nicht ein Mann, der Recht behalten will, sondern ein Mann, der Ihre Sache vor Ihnen selbst vertheidigt.

Eben deshalb bedenken Sie auch, daß mein Vortrag nicht den Zweck hat noch haben kann, Sie zu amüsiren. Ich bin nicht gekommen, um Sie durch oratorische Kunststücke hinzureißen.

Mit Recht hebt Herr Dr. Büchner in seinem Bericht¹⁾ hervor, daß wir mit dieser Bewegung aus der Schönrednerei und dem Phrasennebel endlich einmal herausgetreten sind. Ich werde zu Ihrem Verstande sprechen; ich werde wissenschaftliche Thatsachen vor Ihnen aufrollen müssen und bitte daher, auch da, und grade da, Ihre gespannteste Aufmerksamkeit meiner Rede zu schenken, wo diese trocken sein und in der Aufrollung von Citaten, Zahlen und Thatsachen bestehen wird. Endlich, meine Herren, ich bin nicht gekommen, um Ihnen nach dem Munde zu reden, sondern um als ein freier Mann Ihnen die ganze Wahrheit ungeschminkt und, wo es

1) Der in der Vorbemerkung erwähnte Vortrag.

nöthig ist, auch schonungslos zu sagen; und wenn Das, was ich Ihnen zu sagen hätte, Ihnen selbst mißfallen sollte, so bitte ich von Ihnen und kann es von Ihnen fordern, daß Sie mich gleichwohl mit lautlosem Stillschweigen zu Ende hören.

Der wichtigste Punkt meines Antwortschreibens, Das, aus welchem sich alles Andere mit Nothwendigkeit entwickelt, ist das von mir daselbst aufgestellte Gesetz über den durchschnittlichen Arbeitslohn. Ich sage hierüber p. 15 sq.: „Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den nothwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist.

„Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tagelohn in Pendelschwingungen jeder Zeit herum gravitirt, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben, noch unter denselben hinunter fallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entstünde durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde.

„Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen nothwendigen Lebensunterhalt fallen. Denn dann entstünde Auswanderung, Ehelosigkeit, Enthaltung von Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden verringert und somit den Arbeitslohn wieder zu seinem früheren höheren Stand zurückbringt. Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er fortdauernd zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über demselben, bald etwas unter ihm zu stehen.“ —

Dieses Gesetz ist so einstimmig anerkannt von allen Männern der Wissenschaft, seine Gründe sind so einfach und schlagend, daß ich nicht für möglich gehalten hätte, einen Widerspruch hierbei zu erfahren. Gleichwohl, meine Herren, wenn es sich darum handelt, den Arbeiter an der Erkenntniß

seiner Lage zu verhindern, so geschehen die allerwunderbarsten Dinge, und so ist denn Herr Max Wirth unter Ihnen aufgetreten, der Ihnen jenes Gesetz geleugnet und es für einen lange überwundenen Standpunkt, für ein faules Ricardo'sches Gesetz erklärt hat, wie er sich ausdrückt. Das gebe ich Herrn Wirth bereitwillig zu: Hat er dieses Gesetz widerlegt, so hat er Alles widerlegt, was ich gesagt habe. Und umgekehrt, hat er es nicht widerlegt, so bleibt mit diesem Gesetz jedes meiner Worte bis zum letzten bestehen; denn meine ganze Brochüre ist, wie Ihnen Herr Wirth selbst gesagt hat, nur eine konsequente, mit logischer Nothwendigkeit fortschreitende Entwicklung aus diesem Gesetz.

Welches Gesetz stellt nun Herr Max Wirth dem von mir aufgestellten Gesetz gegenüber? Er sagt: Nicht von dem in einem Volke üblichen gewohnheitsmäßig nothwendigen Lebensunterhalt hänge der Arbeitslohn ab, sondern von der Industrieklüthe und dem Nationalkapital, von Nachfrage und Angebot. Schon hierin liegt die ganze Täuschung, der Herr Max Wirth sich schuldig macht. Dieses Gesetz, das er Ihnen entgegenstellt, ist gar kein anderes, es ist genau dasselbe, das ich entwickelt habe, nur mit dem Unterschied, daß er die Hälfte seines eignen Gesetzes fortläßt, um Sie zu täuschen.¹⁾ Es ist natürlich wahr, der Lohn kann

¹⁾ Industrieklüthe und Nationalkapital stellen nämlich nur die Nachfrage nach Arbeit dar. Das andere Glied des Verhältnisses, das Angebot von Arbeit, wird durch die Bevölkerungsmenge dargestellt. Gerade die Herrschaft von Angebot und Nachfrage hat das Gesetz des Arbeitslohns zur Folge, das ich entwickelt und aus ihm, dem Verhältniß von Angebot und Nachfrage, entwickelt habe. Aber die Unkenntniß in ökonomischen Dingen ist bei uns so verbreitet, daß sich die entgegengesetzten Parteien darin vereinigen, und Arm in Arm greifen mich der Frankfurter Korrespondent der „Kreuz-Zeitung“ und Herr Feodor Streit in der „Coburger Arbeiterzeitung“ an, daß ich das Gesetz von Angebot und Nachfrage in Abrede stelle — während ich gerade aus ihm entwickle! Gerade die Gegner sind es, welche, wie z. B. Herr Max Wirth, jenes Gesetz verkennen, indem sie es zwar den Worten nach im Munde führen, aber bei der reellen Entwicklung, statt aus Nachfrage und Angebot, bloß aus „Nachfrage“ den Arbeitslohn herleiten. Herr Streit treibt die Unwissenheit und Gedanklosigkeit soweit, daß er mir in Nr. 20 seiner Arbeiterzeitung folgendes Citat aus John Stuart Mill gegenüberstellt: „Der Arbeitslohn ist abhängig von der Nachfrage und dem Angebot in Betreff der Arbeit, oder wie es oft ausgedrückt wird, von dem

steigen, und er steigt dann im Allgemeinen langsam und allmählich. Aber in demselben Verhältniß, in welchem er zu steigen beginnt, steigt und vermehrt sich auch die Zahl der Arbeiter, der Arbeiterkinder und der Arbeiterkinder, so daß dieser Faktor, das gestiegene Angebot von Arbeiterhänden, den andern Faktor, die durch das vermehrte nationale Kapital gestiegene Nachfrage nach Arbeiterhänden, binnen sehr kurzer Zeit wieder ausgleicht und der Lohn stets auf jenes frühere Maß wieder zurücksinkt. Diese Vermehrung steht so fest, daß in allen Jahren mit etwas billigeren Getreidepreisen schon, auch ohne daß der Arbeitslohn selbst gestiegen, bereits eine beträchtliche Zunahme der Arbeiterkinder von den Statistikern bemerkt wird, wie Sie das später noch von John Stuart Mill hören werden. Hören Sie aber jetzt, wie unbestritten, wie einstimmig anerkannt dieses Gesetz in der Wissenschaft ist, das Herr Max Wirth als ein faules Ricardo'sches Gesetz bezeichnet. Hören Sie zunächst den Chef der französischen Bourgeois-Oekonomie — denn begreifen Sie wohl, ich werde hier nicht einen einzigen Sozialisten zitiren. Ich spreche nur von der Bourgeois-Oekonomie — J. B. Say, sagt von dem Lohn der ordinären Arbeit Folgendes:¹⁾ „Das Angebot dieser Arbeit wächst mit der Nachfrage nach derselben. Die Nachfrage kann den Arbeitslohn ein wenig, aber sehr wenig über die Höhe bringen, welche nothwendig ist, damit die Arbeiterfamilien existiren und sich fortpflanzen können, d. h. über die Höhe, welche nothwendig ist, damit jede Arbeiterfamilie genug Kinder aufziehen kann, um Vater und Mutter zu ersetzen. Wenn der Arbeitslohn nur ein wenig über diesen Stand hinausgeht, so vermehren sich die Arbeiterkinder und das größere Arbeitsangebot gleicht sehr bald die gestiegene Nachfrage aus.“

„Wenn im Gegentheil die Nachfrage nach Arbeitern zurück-

Verhältniß zwischen Bevölkerung und Kapital“, d. h. also genau dasselbe, was ich sage und woraus ich als Facit dieses Verhältnisses jenen Stand des Arbeitslohns ableite. Am heitersten aber nimmt sich die Gedankenlosigkeit oder Gewissenlosigkeit dieser Herren, welche mich beschuldigen, das Gesetz von Angebot und Nachfrage zu leugnen, aus, wenn man erwägt, daß ich in meinem „Antwortschreiben“ Seite 15 ausdrücklich sage: „Das eiserne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses:“ 2c.

1) Cours complet d'écon. pol. V. part. ch. X. p. 333 ed. Brux.

bleibt hinter der Anzahl von Leuten, die sich zur Arbeit anbieten, so fallen ihre Einnahmen unter den Punkt, welcher nothwendig ist, damit diese Klasse sich in gleicher Zahl erhalten kann. Die Familien, welche am meisten von Kindern und Krankheiten gedrückt sind, gehen zu Grunde; in Folge dessen fällt nun das Arbeitsangebot, und indem jetzt weniger Arbeit angeboten wird, steigt ihr Preis. Man ersieht hieraus, daß es schwer ist, daß der Preis der einfachen Handarbeit lange über oder unter dem Standpunkt bleibt, welcher nothwendig ist, um die Arbeiterklasse in der Anzahl zu erhalten, deren man benöthigt ist, woraus sich uns die Schlußfolgerung ergibt, daß die Einnahme des einfachen Handarbeiters nicht das Maß Dessen übersteigt, was nothwendig ist, um die Existenz seiner Familie aufrecht zu erhalten.“

So Say. Sie sehen also, genau dieser Tanz bald etwas über, bald etwas unter dem äußersten Rande der in einem Volke gewohnheitsmäßig üblichen Lebensnothdurft, genau dieser Tanz, den ich Ihnen in meinem Antwortschreiben auseinandergesetzt habe!

Aber Herr Max Wirth hat sogar die nicht beneidenswerthe Kühnheit gehabt, sich auf Adam Smith und John Stuart Mill zu berufen, als auf solche Gewährsmänner, welche dieses Gesetz nicht ankannt und es sogar widerlegt hätten. Hören Sie, meine Herren, welche Stirn hierzu gehört. Adam Smith sagt in seinem Werke, erster Theil, erstes Buch, achtes Kapitel: „Wenn die Nachfrage nach Arbeitern beständig wächst, so muß der Arbeitslohn nothwendig einen solchen Antrieb zur Verheirathung und zur Bervielfältigung der Arbeiterzahl geben, daß sie im Stande sind, dieser immer wachsenden Nachfrage durch ein gleichfalls stets wachsendes Angebot zu entsprechen. Nimmt man an, daß in einer Zeit der Arbeitslohn nicht so groß ist als nothwendig, um diese Wirkung hervorzubringen, so wird der Mangel an Arbeitern ihn bald steigen machen, und nimmt man an, daß in einer andern Zeit der Arbeitslohn größer sei, als für die Wirkung erforderlich ist, so wird die übermäßige Vermehrung von Arbeitern ihn bald auf diese nothwendige Höhe zurücksinken machen.“

So Adam Smith.

Oder hören Sie John Stuart Mill, den größten gegenwärtig in England lebenden Nationalökonom, auf den sich zu berufen Herr Wirth die Kühnheit hat. John Stuart Mill

geht noch viel weiter darin als Ricardo. Er sagt 2. Buch, 11. Kapitel, §. 2: „Ricardo nimmt an, daß es überall einen Minimumsatz für den Arbeitslohn gebe, entweder den niedrigsten, bei dem es physisch möglich ist, die Bevölkerung zu erhalten, oder den niedrigsten, bei dem ein Volk sich entschließt, dies zu thun. Er nimmt an, daß der allgemeine Satz des Arbeitslohnes sich stets nach diesem Minimum hinneigt, daß er niemals niedriger sein kann über die Länge der Zeit hinaus, die erforderlich ist, damit die geringere Bevölkerungszunahme sich fühlbar mache, und daß er nie sich lange hoch halten kann. Diese Annahme enthält Wahrheit genug, um sie für die Zwecke der abstrakten Wissenschaft zulässig erscheinen zu lassen, und der Schluß, den Ricardo daraus zieht, nämlich, daß der Arbeitslohn auf die Länge mit dem beständigen Preise der Lebensmittel steigt und fällt, ist, wie alle seine Schlußfolgerungen vom hypothetischen Standpunkt aus wahr, d. h. wenn man die Voraussetzungen, von welchen er ausgeht, zugiebt. Bei der Anwendung auf die wirklichen Verhältnisse muß man indeß erwägen, daß das Minimum, von dem Ricardo spricht, insbesondere, wenn es nicht ein physisches, sondern sozusagen ein moralisches Minimum ist, selbst wieder bedeutende Verschiedenheit zuläßt.“ — Dies ist es grade, meine Herren, worauf ich Sie in meiner Broschüre S. 16 und 18 so nachdrücklich aufmerksam gemacht habe. Der Arbeitslohn, sagte ich, sei das unter einem Volke gewohnheitsmäßig übliche Minimum, nicht gleichstehend unter allen Völkern, weil nicht jedes Volk sich mit denselben Lebensmitteln begnügt, um zu leben, sich zu verheirathen und eine Familie zu bilden; darum ist er ein anderer in Rußland, ein anderer in Deutschland, ein anderer in England, je nach den relativen sozialen Lebensnothwendigkeiten, die in jedem bestimmten Volk üblich sind. Diese also ändern sich im Laufe verschiedener Zeiten oder in der Verschiedenheit des Raumes, d. h. bei den verschiedenen Völkern; dieß aber, sagte ich Ihnen, ändert sich nie, daß Sie stets auf dem äußersten Rande des in jeder Zeit und in jedem Volke gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensminimum herumtanzen! Will entwickelt dasselbe: „Wenn der Arbeitslohn“, fährt Mill fort, „vorher so hoch war, daß er eine Ermäßigung ertragen kann, welche aber durch ein hohes Maß der Lebensansprüche der Arbeiter gehindert wurde, so kann eine Preiserhöhung der Lebensmittel oder eine andere ungünstige Ver-

änderung in ihren Umständen auf zweierlei Weise wirksam sein. Es kann eine Ausgleichung erfolgen durch ein Steigen des Arbeitslohnes, herbeigeführt durch eine allmähliche Einwirkung auf eine vorsichtige Beschränkung der Bevölkerungszunahmen — oder der Maßstab für die Lebensweise der arbeitenden Klasse kann für die Dauer niedriger werden, falls ihre frühere Gewohnheit in Bezug auf die Volksvermehrung sich als stärker ausweisen sollte, als ihre frühere Gewohnheit hinsichtlich der Lebensannehmlichkeit. Im letzteren Falle wird ihre Benachtheiligung von Dauer sein und ihre verschlimmerte Lage wird ein neues Minimum werden, mit der Tendenz, ebenso wie das frühere Minimum gethan, fortzubestehen. Es ist leider anzunehmen, sagt Mill, — hören Sie wohl — daß von den beiden Arten, wie die Sachen sich gestalten, die letztere — nämlich, daß das Lebensminimum der Arbeiter nach unten gedrückt wird — bei weitem die häufigere ist, oder jedenfalls doch hinlänglich oft vorkommt, um allen Sätzen, die jedem Unglück, welches die arbeitende Klasse trifft, eine selbstheilende Kraft zuschreiben, jede praktische Bedeutung zu nehmen. Es liegen gewichtige Nachweise vor, daß die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter von England mehr als einmal im Laufe der Geschichte große und dauernde Verschlimmerung erfahren hat, aus Ursachen, die durch Verminderung der Nachfrage nach Arbeit wirkten, und die nur einen vorübergehenden Einfluß hätten äußern können, wenn die Bevölkerung ihre Macht der Selbstregulirung (d. h. der Regulirung ihrer Zahl durch Verheirathung) in Gemäßheit des früheren Maßstabs der Lebensannehmlichkeit ausgeübt hätte. Unglücklicherweise hat die Armuth, worin die arbeitende Klasse während einer langen Reihe von Jahren versunken war, diesen früheren Maßstab verloren gehen lassen, und die nächste Generation, die aufwächst, ohne die frühere Lebensannehmlichkeit besessen zu haben, vermehrt sich nun ihrerseits, ohne dahin zu streben, sich dieselbe wieder zu verschaffen.“

Sie sehen also, meine Herren, John Stuart Mill sagt genau dasselbe, ja er geht noch weiter als Ricardo, und selbst weiter, als ich für nöthig gefunden habe in meinem an Sie gerichteten Antwortschreiben zu gehen. Mill nimmt an, was ich dort noch zweifelhaft gelassen habe, daß in den häufigsten Fällen das Minimum der Existenzbedürfnisse, die der Ar-

beitslohn darstellt, nach unten sich neigt, daß der in einem Volke gewohnheitsmäßig übliche nothwendige Lebensunterhalt häufiger fällt als steigt, daß er im Lauf der Zeiten nach unten gedrückt wird, weil selbst die vorübergehenden Verschlechterungen, da die Arbeiter das Kindererzeugen nicht aufgeben, die Tendenz haben, zu dauernden Verringerungen der üblichen Lebensnothdurft zu führen.

Er fährt fort: „Der entgegengesetzte Fall tritt ein, wenn durch Verbesserungen in der Landwirthschaft, Aufhebung von Korngesetzen und ähnliche Ursachen der Lebensbedarf des Arbeiters wohlfeiler und dieser in den Stand gesetzt wird, mit dem nämlichen Arbeitslohn mehr Lebensannehmlichkeiten sich zu verschaffen, als vorher. Der Arbeitslohn wird nicht unmittelbar darauf fallen; es ist sogar möglich, daß er zunächst steigen wird. Schließlich jedoch wird der Arbeitslohn so weit fallen, daß die Arbeiter nicht besser daran sein werden, als vorher, wosern sie nicht während dieser Zwischenzeit des Gedeihens der Maßstab der von dieser Klasse als unentbehrlich angesehenen Lebensannehmlichkeit für die Dauer erhöht hat. Leider kann auf einen solchen wohlthätigen Einfluß durchaus nicht gerechnet werden (sagt Mill). Es ist eine viel schwierigere Sache, die Lebensansprüche, welche die Arbeiter für unentbehrlicher ansehen als Heirathen und Familien zu haben, zu erhöhen, als solche niedriger zu stellen. Wenn die arbeitende Klasse sich begnügt, die größere Annehmlichkeit zu genießen, so lange sie dauert, aber nicht lernt, sie für ein Bedürfniß anzusehen, so wird sie sich durch Bevölkerungsvermehrung zu ihrer früheren Lebensweise wieder herabbringen. Wenn ihre Kinder früher aus Armuth ungenügend ernährt und verwahrlost wurden, so wird nun eine größere Zahl derselben aufgezogen werden, deren Konkurrenz, wenn sie erwachsen sind, den Arbeitslohn wieder herabdrücken muß. Wenn diese Wirkung nicht auf solche Weise hervorgebracht wird, so geschieht dies durch frühzeitigeres und reichhaltigeres Heirathen oder durch eine größere Zahl Geburten nach der Heirath. Alle Erfahrung stimmt damit überein, daß in Jahren mit wohlfeilen Kornpreisen bei reichlicher Beschäftigung in der Zahl der Heirathen eine bedeutende Zunahme unabänderlich stattfindet. Ich kann daher der Wichtigkeit, welche man der Aufhebung der Korngesetze, lediglich als eine Arbeiterfrage betrachtet, beigelegt hat, nicht beistimmen, noch auch irgend einem

jener Projekte, wie solche in allen Zeiten vorkommen, um die Lage der Arbeiter ganz wenig besser zu stellen. Dinge, welche diese Lage nur ganz wenig berühren, machen keinen bleibenden Eindruck auf Gewohnheiten und Ansprüche der Arbeiter und sie sinken bald in ihren früheren Zustand zurück. Um bleibenden Nutzen zu stiften, muß die vorübergehende Ursache, die auf sie einwirkt, ausreichen, um eine bedeutende Veränderung in ihrer Lage zu Wege zu bringen — eine solche Veränderung, die viele Jahre hindurch empfunden wird, ungeachtet des Antriebs, den sie während einer Generation dem Bevölkerungszuwachs giebt. Wenn die Verbesserung diesen merkwürdigen Charakter hat und wenn in Folge dessen eine Generation aufwächst, welche immer an einen höhern Maßstab der Lebensannehmlichkeit gewohnt gewesen, so bildet sich die Gewohnheit dieser neuen Generation in Bezug auf Bevölkerungszunahme auf Grund eines höheren Minimums, und diese Verbesserung der Lage der Arbeiter ist von Dauer.“ — Der bemerkenswertheste Fall dieser Art, sagt John Stuart Mill nun weiter, sei die französische Revolution gewesen. Denn durch diese habe sich ganz plötzlich eine Verbesserung eingestellt, welche die, obwohl mit beispielloser Raschheit vor sich gehende Bevölkerungszunahme noch überwogen habe. — Sie sehen also, daß John Stuart Mill ganz dasselbe sagt, was ich hierüber in meiner Broschüre S. 18 und früher gesagt habe.¹⁾

(Pause.)

Ich fahre also in der Entwicklung des angefangenen Punktes fort, weil dies grade der Punkt von der ausnehmendsten Wichtigkeit, der prinzipielle Punkt des ganzen Streites ist.

Eben so wenig, sage ich, hat Bastiat Etwas gesagt, was geeignet wäre, jenes Gesetz des Arbeitslohnes zu widerlegen. Herr M. Wirth beruft sich auf den Ausspruch desselben, daß mit der Entwicklung der Industrie und der Gesamtproduktion auch der proportionelle Antheil der Arbeit daran wachse.

Wenn diese Behauptung, die kein anderer Oekonom theilt, und die Bastiat nicht bewiesen hat, selbst wahr wäre, so würde

¹⁾ Dem aufmerksamen Leser wird es aber nicht entgangen sein, wie sich grade bei Mill fast mehr noch als bei den andern von Lassalle zitierten Oekonomen die Frage des Lohngesetzes auf die simple Frage der Volksvermehrung reduziert. D. S.

sie nichtsdestoweniger Nichts enthalten, was nothwendig dem Gesetz des Arbeitslohnes widerspricht; selbst einmal angenommen, daß im Laufe der Jahrhunderte auch der proportionelle Antheil der Arbeit steige, so wäre damit noch keineswegs gesagt, daß auch der Lohn derselben steige; dieser kann stehen bleiben oder sogar fallen, und das hinge lediglich davon ab, ob sich nicht die Zahl der Arbeiter in einem noch stärkeren Grade als der Antheil der Arbeit an der Gesamtproduktion vermehrt.

Anderere Gründe gegen Bastiat würden zu einem zu langen Eingehen nöthigen und ich will daher hier auf sie verzichten.

Der Gegenbeweis ist aber ganz äußerlich und kurz dadurch zu führen, daß ich die anerkannten Männer der Wissenschaft citire, die nach Bastiat geschrieben haben. Zu diesen gehört vor allen Dingen J. St. Mill, der jetzt noch lebt und dessen Stimme Sie bereits vernommen haben.

Hören Sie Herrn Professor Rau in Heidelberg, den Verfasser des gelesensten Compendiums, das, ich weiß nicht in wie viel Auflagen erschienen ist.

Er sagt im Paragraph 190 seiner volkswirtschaftlichen Grundsätze:

„Die Kosten, welche dem Arbeiter im Lohn erstattet werden müssen, bestehen bei einfachen kunstlosen Berichtigungen nur aus dem Unterhaltungsbedarf, bei künstlichen kommt aber noch der zur Erlangung der erforderlichen Geschicklichkeit vorgenommene Güteraufwand hinzu. Dieser Unterhaltungsbedarf muß nicht bloß auf die Dauer der Arbeit, sondern auch auf die Jahre der Kindheit und Jugend bezogen werden, in welcher der künftige Arbeiter noch nichts erwerben kann, und überhaupt muß der Lohn der Arbeit zum Unterhalt der Familien hinreichen.

„Wäre das Lohn Einkommen dafür zu gering, so würde die arbeitende Klasse minder zahlreich werden und es würde an Arbeitern zu fehlen anfangen, bis das geringere Angebot von Arbeit den Lohn wieder in die Höhe brächte.“

Und in § 196:

„Ein reichlicher Lohn macht es jedem Arbeiter möglich, entweder besser zu leben oder sich zu verheirathen und eine neue Familie zu gründen, durch welche sodann die Volksmenge vergrößert wird.

„Die Annehmlichkeiten des häuslichen Lebens sind so anziehend, daß die Mehrzahl der Arbeiter durch hohen Lohn bewogen wird, in früherem Alter als sonst sich zu verheirathen.

„Dieser Umstand und die Einwanderung von andern Ländern pflegen in solchen Fällen in nicht langer Zeit eine beträchtliche Vermehrung der Volksmenge zu bewirken, welche dann das Angebot von Arbeitern erweitert.

„Wenn nun das Kapital nicht mit gleicher Geschwindigkeit anwächst, so wird unfehlbar der Lohn von seinem hohen Stand herabgehen müssen.

„In der Regel sind auch wirklich die Gelegenheiten zur Ansammlung neuer Kapitalien nicht so günstig und die Beweggründe zum Sparen nicht so mächtig, daß das Gesamt-Kapital eines so schnellen Anwuchses fähig wäre als die Volksmenge.

„Diese wird also durch das Zurückbleiben des Kapitals in ihrer weitem Vermehrung gehindert und deshalb ist gewöhnlich das Angebot von gemeiner Handarbeit im Verhältniß zum Begehr von solcher Größe, daß der Lohn nur den nöthigen Unterhalt oder wenig mehr gewährt.“

Meine Herren! Herr Professor Rau sagt, wie Sie sehen, genau dasselbe was ich, aber wie ich bereits vorhin bemerkt habe, wenn es sich darum handelt, den Arbeiter an der Erkenntniß seiner Lage zu verhindern, so geschehen die allererstaunlichsten Dinge, und so hat denn dieser selbe Professor Rau hier in der „Süddeutschen Zeitung“ gegen mich eine Erklärung erlassen, worin er mir natürlich nicht wirklich widerspricht, denn wie Sie sehen, könnte er das nicht, ohne sich auf das Empfindlichste selbst zu widersprechen, worin er aber doch für ungeübte Augen mit „wenn“ und „aber“ den Anschein annimmt, als widerspräche er mir!

Ich habe dieses Verfahren bereits öffentlich gerichtet, hinweisend auf die Anehrlichkeit, im Hörsaal und in gelehrten Werken etwas Anderes zu sagen als vor dem Volke.

Ich habe dies widerlegt einfach durch die Citation aus Werken des H. Rau selbst. In der „Vossischen Zeitung“ zu Berlin ist das veröffentlicht worden, ich habe diese Entgegnung auch an die „Süddeutsche Zeitung“ hergeschickt, die zuerst

den Aufsatz von H. Rau gegen mich gebracht hat — und sie hat die Perfidie und Unehrllichkeit gehabt, meiner Erwiderung die Aufnahme zu verweigern!

(Bravo und Ordnungsrufe.)

Wenn ich mich hierüber beschwert habe, so geschieht es nur in Ihrem Interesse.

(Rufe: Schluß und Ausredenlassen. Ruhe.)

Mir kann das ganz egal sein, ob die „Süddeutsche Zeitung“ das abgedruckt oder nicht; aber indem sie es nicht thut, hindert sie die Arbeiter daran, diese Entgegnung zu lesen.

Es ist in der ganzen Presse anerkannt, daß, wer einen Angriff bringt, die Pflicht hat, die Antwort darauf abzu- drucken. (Bravo.)

Präsident. Ich muß den Herrn Redner ersuchen, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen, wir sind nicht hier, um uns zu beschimpfen, sondern um uns über tiefgehende Fragen auszusprechen und zu verständigen. Je mehr Sie sich mäßigen, desto größer wird der Eindruck auf die Versammlung sein. (Bravo.)

Lassalle. Ich habe Niemand beschimpft, ich habe nicht einmal von Personen, sondern von einem Institut gesprochen und dessen Unehrllichkeit gerügt. Es ist und bleibt eine hohe Unehrllichkeit, einen Angriff zu bringen und die Annahme der Antwort darauf zu verweigern und — wohin wäre es mit der Wahrheit gekommen, wenn sie sogar nicht einmal vor Arbeitern gesagt werden sollte?!

(Stürmisches Bravo und großer Lärm.)

Hören Sie einen andern berühmten Gelehrten, Professor Zachariae in seinen 40 Büchern vom Staat. Band 5, pag. 156:

„In diesem Kampf zwischen Kapitalisten und Arbeitern, sagt er, sind die Arbeiter fast immer der schwächere und daher unterliegende Theil. Denn zufolge der Gesetze, nach welchen die Menschengattung sich vermehrt, übersteigt fast immer das Angebot der Arbeit den Begehr, umsomehr, da der Arme den Entschluß sich zu verheirathen am leichtsinnigsten faßt. Nam cantat vacuus coram latrone viator (d. h. der Wanderer mit leeren Taschen singt, wenn er dem Räuber begegnet; er hat nichts zu verlieren, darum kann er leicht singen. In demselben Sinn, meint Zachariae, verheirathet sich der Arbeiter so leicht, weil er nichts zu verlieren hat).

„So geschieht es fast immer, daß der Arbeitslohn zum Maße des ursprünglichen Arbeitslohnes so herabsinkt, daß dem Arbeiter nur die Lebensnothdurft zu Theil wird. Der Arbeitslohn würde noch tiefer herabsinken (und in der That verdient der Arbeiter zuweilen sogar das Unentbehrliche nicht), wenn er nicht durch die physische Beschaffenheit des Menschen auf jener Stufe erhalten würde.“

Ebenso einer der gelehrtesten National-Ökonomen, Prof. Roscher in Leipzig, sagt (System der Volkswirtschaft, 1858, pag. 308):

„Das Wort Produktionskosten, welche das fortwährende Ausgebot der Arbeit bedingen, umfaßt die herkömmlichen Lebensbedürfnisse nicht bloß der wirklichen Arbeiter, sondern auch ihrer Familien, d. h. also des heranwachsenden Arbeitergeschlechts. Wie groß die Anzahl des letztern sein müsse, hängt wesentlich von der Arbeits-Nachfrage ab.

„Ist diese z. B. so stark, daß nur die Erziehung von durchschnittlich 6 Kindern pro Familie sie befriedigen kann, so muß der Lohn, außer dem Unterhalt des Arbeiters, auch noch die Erziehungskosten von 6 Kindern zu decken vermögen. Wo es üblich wird, daß Weib und Kind für Lohn arbeiten, da braucht der Vater nicht mehr den ganzen Unterhalt der Familie selbst zu erwerben, es kann also der individuelle Arbeitslohn geringer ausfallen.

„Sobald er unter die oben erwähnte Kostenhöhe sinkt, so würde sehr bald durch vermehrte Sterblichkeit und Auswanderung, durch verminderte Ehe und Geburtszahl eine Verringerung des Ausgebots erfolgen, die bei unveränderter Nachfrage den Lohn wieder steigern müßte. Auch umgekehrt wird sich der Stand des Arbeitslohns hoch über jenen Kostenbetrag um so schwerer lange behaupten können, je allgemeiner die Befriedigung des Geschlechtstriebes für den größten sinnlichen Genuß und die Liebe der Eltern zu den Kindern für natürlichste menschliche Pflicht gilt. Wo eine starke Nachfrage nach Menschen ist, da wird sich regelmäßig auch ein starkes Angebot von Menschen einstellen.“

Sie sehen, meine Herren, welche Einstimmigkeit bei allen Autoritäten, bei allen Männern der Wissenschaft über dieses

Gesetz herrscht, und welche unglaubliche Stirne dazu gehört, ein so anerkanntes Gesetz als unwahr zu bezeichnen und sich dabei noch auf Smith und Mill zu berufen, die dasselbe selbst nachgewiesen haben. Als ich dieselben Enthüllungen in Leipzig machte, erklärte sogar ein Blatt, welches zu meinen leidenschaftlichsten Gegnern gehört, die „Mitteldeutsche Volkszeitung“, daß in dieser Hinsicht der Beweis gegen die Citate des Herrn Wirth von mir vollständig erbracht worden sei.

Ueberdies, meine Herren, Rodbertus hat es Ihnen gesagt, in jenem Brief, den er an Sie gerichtet: „Alle großen Oekonomen aller civilisirten Völker haben einstimmig dieses Gesetz anerkannt.“

Ueberhaupt, meine Herren, muß ich Ihnen hier ein für allemal Etwas sagen: Wenn ich Ansichten ausspreche, wenn ich Schlüsse ziehe, so kann ich irren so gut wie jeder Andere, denn ich bin kein Papst; aber dann trage ich Ihnen diese Dinge auch als meine Ansichten und als meine Schlüsse mit ihren Gründen vor und überlasse es Ihrer Vernunft, sich zu sagen, ob Sie von der Nothwendigkeit dieser Schlüsse überzeugt sind oder nicht.

So oft ich aber komme, und so oft ich in aller Zukunft noch kommen werde, und Ihnen sage: dies und dies ist eine von der Wissenschaft allgemein anerkannte Thatsache, — so oft ich das thue, können Sie mir dies, daß diese Thatsache allgemein in der Wissenschaft als anerkannt gilt, immer unbedingt und auf das Wort glauben; darin kann ich Sie nicht täuschen, dagegen sichert Sie nicht nur mein Charakter, dagegen haben Sie auch noch eine andere Garantie, die ich nicht um persönlicher Ruhmredigkeit willen, sondern im Interesse der Sache und weil Sie Arbeiter sind, die davon nichts wissen können, Ihnen hier erklären muß.

Ich habe mir in der gesammten wissenschaftlichen Welt durch mühsame und große gelehrte Arbeiten einen allgemein anerkannten und geachteten Namen und zwar in sehr verschiedenen Wissenschaften erworben; diesen Namen würde ich mit einem Schlage verlieren, wenn ich hertreten wollte und Ihnen sagen: es ist Etwas in der Wissenschaft allgemein anerkannt, was dies nicht ist. Dem setzt sich aber Niemand aus, der sich einen solchen Namen in der Wissenschaft einmal erworben.

Fragen Sie Herrn Dr. Büchner hier, der in der Naturwissenschaft in einer ähnlichen Lage ist, ob er sich dem aussetzen würde und könnte.

Subalterne, untergeordnete Subjekte aber, obskure Skribenten, die sind freilich in einer ganz andern Lage, diese können Ihnen sagen, was sie wollen, denn sie haben Nichts zu verlieren!

Nun werde ich Ihnen aber endlich noch einen andern Beweis für jenes Gesetz erbringen, einen Beweis, der Sie vielleicht belustigen, vielleicht aber auch entrüsten wird.

Ich habe hier in der Hand ein Buch von Herrn Max Wirth, „Grundzüge der Nationalökonomie“. Darin sagt er pag. 36:

„Der Werth der Jahres-Arbeit eines Arbeiters muß also mindestens einer Summe gleichkommen, welche dessen Existenz sichert.

„Um diesen Maßstab wird der Preis der Arbeit, der Arbeitslohn, wie um seinen Mittelpunkt ventiliren unter dem Einfluß von Nachfrage und Angebot.“

Sie sehen also, abgesehen davon, daß er ein falsches Wort gebraucht, — denn „ventiliren“ kann in diesem Sinne nicht gebraucht werden, — sagt er wörtlich genau dasselbe, was ich gesagt und was er unter Ihnen bekämpft!

Sie sehen, meine Herren! ein Lohn-Arbeiter ist für mich etwas sehr Ehrenwerthes, aber ein Lohn-Schreiber, — — das ist eine ganz andere Sache!

(Ordnungsruf. Großer Lärm. Aussprechenlassen.
Schluß, Schluß. Nein, Weiterreden.)

Präsident: Ich muß den Redner entschieden bitten, nicht Personen zu beleidigen. Diesmal hat er von einer Person gesprochen.

Rassalle: Es ist für mich eine ganz neue Erscheinung und zeigt, wohin wir gekommen sind, die Szene, die ich jetzt erlebt habe. Meine Herren, ich werde mich in der Freimüthigkeit meines Urtheils nicht irre machen lassen. (Anhaltendes Bravo.)

Ueberdies bitte ich Sie, Eines zu bemerken.

Ich habe hier kein Urtheil über eine Person abgegeben, sondern nur eine allgemeine Sentenz gesagt.

Ich habe nicht gesagt, Herr M. Wirth ist ein Lohnschreiber; kein Mensch kann das gehört haben.

Ich berufe mich auf die Herren Stenographen. Ich habe nur gesagt, ein Lohn-Arbeiter ist etwas ganz Ehrenwerthes und ein Lohn-Schreiber ist etwas ganz Anderes.

Das ist eine allgemeine Sentenz.

Der Präsident hat nicht das Recht, den Sinn meiner Worte zu censiren.

(Bravo aus dem Saal und von den Logen.)

Schluß, Schluß. Weitersprechen.)

Präsident: Wissen Sie nicht, meine Herren, daß wir hier eine Versammlung haben, auf die halb Deutschland blickt? Lassen Sie es nicht dahin kommen, daß die Bemerkung gemacht werden muß, die Versammlung konnte nicht abgehalten werden, weil die Arbeiter nicht genug parlamentarischen Tact besaßen.

Ich habe Herrn Lassalle unterbrochen, weil er das Wort „Bohn-Schreiber“ in Verbindung mit Herrn M. Wirth gebracht hat. Kein Mensch wird daran zweifeln, obschon vielleicht der Wortlaut nicht der war.

Deshalb habe ich das Recht, den Herrn Redner aufmerksam zu machen, künftig Aehnliches zu unterlassen.

Lassalle: Ich muß dem Präsidenten wiederholt bemerken, daß ihm nur die Censur über die parlamentarische Ausdrucksweise, niemals aber über den Sinn der Rede zusteht. Darauf beruht eben die ganze Freiheit der Rede, daß man etwas andeutet, ohne es mit direkten Worten zu sagen, daß man jeden beliebigen Sinn mit parlamentarisch erlaubten Ausdrücken sagt; darauf beruht die Freiheit der Rede, wie die Gewandtheit des Redners. Wie wollen Sie sonst, wenn Sie über irgend Etwas oder irgend Jemanden eine schlechte Meinung haben, wie wollen Sie diese mittheilen?

(Großer Beifall aus dem Saal und den Logen.)

Ich habe Ihnen also bewiesen, daß Herr Wirth in seinem Werke genau dasselbe sagt, was ich sage. Vielleicht kommen nun in diesem Werke — denn ich habe es nicht gelesen — auch andere Stellen vor, in denen wieder das Gegentheil gesagt ist. Was würde da für ein Schluß übrig bleiben? Wie definiert Lord Byron, der berühmte englische Dichter, den Wahnsinn? Er sei die Vereinbarung des Unvereinbarlichen!¹⁾ — Ich habe Ihnen soeben gesagt, ich habe dies Buch nicht gelesen und Sie könnten sich somit wundern, wieso ich in der

¹⁾ Das ist also der Mann, auf dessen „Autorität“ hin nicht nur die Volks-Zeitung, sondern auch die National-Zeitung zu Berlin in einem feierlichen Leitartikel jenes Gesetz des Arbeiterstandes für einen „überwundenen Standpunkt“ erklärten! Mögen sie die Schande ihrer Unwissenheit jetzt tragen!

Lage war, Ihnen die betreffende Stelle darin nachweisen zu können. Ich bin Ihnen daher Aufklärung darüber schuldig. In der That, als dies Buch erschien, kam es mir zur Hand. Aber als ich einige Seiten durchblättert, entdeckte ich sehr bald den gedankenlosen Zusammenstoppler und warf das Buch unwillig fort, da ich keine Zeit habe, so werthlose Zusammenstoppeln zu lesen. Jetzt aber, nachdem Herr Wirth überall gegen mich aufgetreten, schickte mir ein Freund, der mehr Zeit und Geduld hat, dies Buch und bezeichnete mir jene Stelle.¹⁾ — Ich will hier eine Bemerkung machen, da sich der Herr Präsident an meiner Ausdrucksweise gestoßen hat. Wenn ich mich ungeschminkt ausspreche, so werde ich deshalb nicht persönlich, denn ich bleibe strenge bei der Sache; ich werde bloß grob und das ist ein ungeheurer Unterschied, meine Herren. Grob muß, kann und darf ich sein, und das werde ich Ihnen beweisen. Grob muß jeder Vertreter einer großen Sache gegen alle Solche sein, die sich fälschend zwischen ihn und seinen großen Zweck werfen, und ich bin entschlossen, mit geistigen Keulenschlägen Jeden zu Boden zu schlagen, der sich zwischen Sie und mich fälschend drängt. In Ihrem Interesse also muß ich grob sein; und ebenso kann und darf ich es sein, denn wenn Herr Max Wirth, der mir später ja antworten kann, auch eben so grob sein wollte gegen mich, so wäre dennoch ein ungeheurer Unterschied zwischen Dem, was er sagt und Dem, was ich sage. Wenn er mich z. B. gleichfalls einen gedankenlosen Zusammenstoppler nennen wollte, wie ich ihn, so würde das nur das ungeheure Gelächter aller Männer der Wissenschaft erregen, die mich kennen. Aber wenn ich ihn so nenne, so weiß jeder Mann von Fach, wie ungeheuer wahr das ist, und jedes meiner Worte trifft ihn wie mit Keulenschlägen! — (Großer Beifall.)

Was ist nun die Folge jenes Gesetzes, von dem ich Ihnen nachgewiesen habe, daß es einstimmig anerkannt ist von allen Männern der Wissenschaft? Was ist die Folge desselben? frage ich. Sie glauben vielleicht, meine Herren, daß Sie Menschen sind? Dekonomisch gesprochen, und also in der Wirklichkeit, irren Sie sich ganz ungeheuer! Dekonomisch

1) Dieser Freund war Rodbertus, wie aus den Briefen Lassalle's an denselben hervorgeht. Rodbertus war es auch, der Lassalle die Anwendung des Byron'schen Zitates auf Max Wirth nahelegte. Vgl. den Brief Lassalle's an Rodbertus vom 28. April 1863.

gesprochen sind Sie nichts als eine Waare! Sie werden vermehrt durch höhern Lohn, wie die Strümpfe, wenn sie fehlen; und Sie werden wieder abgeschafft, Ihre Zahl wird durch geringeren Arbeitslohn, — durch Das, was der englische Oekonom Malthus die vorbeugenden und zerstörenden Hindernisse nennt, — vermindert wie Ungeziefer, mit welchem die Gesellschaft Krieg führt! Wenn das Mitglied der pariser Akademie, M. Diannere, schon am Ende des vorigen Jahrhunderts unter Betrachtung einer 40jährigen Zeitperiode in Paris und Lyon nachgewiesen hat, daß jedes Jahr, welches etwas nur unerheblich theurere Getreidepreise hat, die Sterblichkeit unter den Arbeitern vermehrt — was ist das zuletzt anders als der reine Hungertod? Kommt es zu dem Verein, für den ich kämpfe, so werde ich Ihnen in den großen Blättern desselben diesen Prozeß, den ich Ihnen soeben entwickelt habe, noch näher schildern.

Diesem unmenschlichen Zustande handelt es sich, ein Ende zu machen, dafür die öffentliche Ueberzeugung, dafür ein legales Mittel zu gewinnen. Aber nun, ehe ich hierin fortfahre, muß ich noch eine andere thatsächliche Grundlage meiner Broschüre gegen die höchst unberechtigten Einwürfe und Zweifel wahren, die höchst inkompetente Menschen dagegen erhoben haben.

Ich habe in meinem Antwortschreiben eine auf Grund der amtlichen Steuerlisten des Jahres 1850 vom Geheimrath Dieterici veröffentlichte Berechnung mitgetheilt über die ungefähre Vertheilung des Einkommens in der Bevölkerung, eine Liste, nach welcher 89% der Bevölkerung ein Einkommen bis 200 Thlr. genießen, sich also in der allerdrückendsten Lage befinden, andere 7% der Bevölkerung immer noch in gedrückter und dürftiger Lage sind und nur 4% der Bevölkerung in wohlhabender Lage sich befinden. Was für ein Meer von Zweifeln und was für ein Sturm von Wuth hat sich nicht gegen diese meine Mittheilung erhoben! Die Einen schrieen, das sei ein besonders ungünstiges Jahr; die Andern, die Zahlen seien falsch, grundsalsch und unmöglich. Die Dritten, sie müßten mißverstanden sein. In allen Tonarten hat man sich erhoben, schäumend vor Wuth dagegen, daß ich Ihnen das minime Verhältniß, in welchem die Zahl der Besitzenden zu der unbemittelten Klasse steht, verrathen habe. Ja wohl, man will den unbemittelten Klassen ihre Zahl verschweigen, um ihnen

ihre Macht zu verschweigen. (Beifall.) In dieses interessirte Wuthgeschrei haben sich auch von Wohlthenden und Aufrichtigen Zweifel und Zeichen äußerster Ueberraschung gemischt. Dies ist nicht wunderbar. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie mir, als ich, was freilich vor langen Jahren der Fall war, das erste Mal zur Statistik kam, vor Verwunderung das Buch aus der Hand fiel, als ich zuerst auf ähnliche Nachweise stieß, eine wie unmerkliche Handvoll Menschen die Besitzenden in der Nation ausmachen. Ich war immer gewohnt, so viele Menschen in guten Verhältnissen vor mir zu sehen, daß ich im ersten Augenblick gleichfalls zu träumen glaubte. Aber aus meiner Unerfahrenheit darin fiel es mir nicht ein, einen Einwurf gegen wissenschaftlich feststehende Dinge herzuleiten, sondern ich ließ mich eben belehren. Die Statistik beweist eben, und das ist gerade das Verdienst der Agitation, die ich mache, daß sie Dinge, die seit vielen Jahrzehnten Eigenthum der gelehrten Kaste sind, aus der Kaste heraus auf den öffentlichen Markt wirft! Seit Jahrzehnten weiß man das in der Professorenwelt und es inkommodirt keinen Menschen; aber durch eine kräftige Faust auf den Markt geschleudert — und die ganze Presse und das gesammte Land geräth darüber in eine Art von Aufruhr! Freilich ist damit nun nothwendig verknüpft, daß nun auch der ganze unwissende Mob, der nicht den geringsten Beruf dazu hat, mitzusprechen, schulmeistert, schimpft, fälscht, mich an der Nase zieht und noch dabei die Miene großer Ueberlegenheit annimmt. Das muß man sich eben gefallen lassen. All dieser Unverstand hat kurzen Athem und vergeht; das Große und Wahre bleibt bestehen und bohrt sich durch.

Zunächst aber, — hatte man denn überhaupt den geringsten Grund zum Unglauben gegen die Zahlen, die ich Ihnen mitgetheilt? Trugen sie nicht alle Gewähr und Bürgschaft, die man nur denken kann? Ich hatte mich gehütet — und hatte Sie ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht — Ihnen mit eignen Berechnungen zu nahen. Zahlen freilich kann Jeder auf das Papier stellen, das kann jede beliebige Zeitung thun und das bedeutet dann eben gar Nichts! Ich aber hatte Ihnen wörtlich kopirt das Resultat einer Berechnung Dieterici's, und dieser vor Kurzem verstorbene Mann war Mitglied der kgl. Akademie der Wissenschaften zu Berlin, also der ersten gelehrten Körperschaft des Landes, und zwar gerade

als Statistiker, um seiner statistischen Verdienste willen. Er war ferner, und zwar wieder um seiner Verdienste als Statistiker willen, von dem Staate angestellter Chef des amtlichen statistischen Bureaus zu Berlin. Er arbeitete endlich, was bei der Statistik eine Hauptsache, mit allen offiziellen Hülfsmitteln des Staates, und in den amtlichen Veröffentlichungen des statistischen Bureaus ist jener Aufsatz erschienen. Ein solcher Mann versteht sein Fach. Was bedeutet also gegen die wissenschaftlichen Konstatirungen dieses Mannes, der damals der Chef dieser Wissenschaft in ganz Preußen war, das wüthende Geschrei der Unwissenden: es ist nicht wahr? Und sollte man sich nicht schämen, daß man die Stirne hat, zu widersprechen, wo man die Bescheidenheit haben sollte, zu lernen? Ein gewisser Herr Wackernagel — ich würde Ihnen nicht davon sprechen, wenn ich nicht gehört hätte, daß diese Broschüre auch hierher gedrungen, und wenn die berliner Volkszeitung und andere liberale Blätter diese Broschüre nicht mit größtem Jubel bekränzt hätten, — ein gewisser Herr Wackernagel, der gleichfalls nicht den geringsten Beruf hat, in statistischen Dingen mitzusprechen, hat die großartige Entdeckung gemacht,¹⁾ daß von fünf Klassen und einer Zwischenstufe, in welcher das der Dieterici'schen Berechnung zu Grunde liegende Klassensteuer-Gesetz vom 30. Mai 1820 die Bevölkerung zerlegt, in der untersten Klasse die Steuer gesetzlich von zwei Personen derselben Familie erhoben werden kann, und resp. in gewissen Fällen nach der gesetzlichen Bestimmung von höchstens drei. Das hat natürlich der Geheimrath Dieterici eben so gut gewußt, wie Wackernagel, und wie dieser Umstand den Geheimrath Dieterici nicht abhielt, auf diese Steuerzahl die statistische Durchschnittsberechnung zu bauen, wie sich — wörtlich: — „die Bevölkerung nach ihrem Einkommen vertheilt“, so hat dieser Umstand auch mich nicht abgehalten, von dieser Dieterici'schen Berechnung, die ich genau und ohne jede Alteration kopirt, und in demselben Sinn, in welchem er sie selbst giebt, Gebrauch zu machen. Daß sich Geheimrath Dieterici durch diesen Umstand, daß in der untersten jener fünf Klassen die Familie bei der Steuer durch zwei, resp. in gewissen Fällen selbst durch drei Personen vertreten sein kann, nicht abhalten

¹⁾ In einem Pamphlet „Offener Brief eines Urwählers III. Klasse, der nicht Arbeiter, an F. Lassalle. Elberfeld, Bädeler 1863.“ D. S.

ließ, auf jene Steuerliste seine Durchschnittsberechnung der Einkommenvertheilung zu gründen, wäre unter Andern schon dadurch allein gerechtfertigt, daß die Kinderzahl in den Familien der untersten Klasse bei Weitem die größte ist und sich hierdurch also jener Umstand wieder vollauf kompensirt. Mit welcher Unwahrheit und Kühnheit man aber von Seiten der liberalen Presse und auch von Seiten des Herrn Wackernagel zu verdunkeln und zu leugnen sucht, daß Dieterici jenes Einkommen als durchschnittliches Familien-Einkommen hinstellt, ergiebt sich am Einfachsten daraus, daß Dieterici, nachdem er noch auf derselben Seite das Gesamteinkommen der Bevölkerung geschätzt und hieraus die Einnahme jener fünf Klassen berechnet hat (eben jene Einnahmen und Zahlen, die ich Ihnen in meinem „Antwortschreiben“ mitgetheilt habe), nun erst dazu übergeht, das Einkommen der Einzelnen zu berechnen. Er fährt nämlich wörtlich fort wie folgt: „Und es beträgt daher das Einkommen des Einzelnen durchschnittlich in der ersten Klasse 860, in der zweiten 291, in der dritten 125, in der vierten 62 und in der fünften 14 Thlr.“, während die früher nachgewiesenen und in meinem Antwortschreiben abgedruckten fünf Klassensätze betragen, wie Sie sich erinnern, in der ersten Klasse über 1000, in der zweiten 400 bis 1000, in der dritten 200—400, in der vierten 100—200 und in der fünften unter 100 Thlr., so daß sich hier also auf den ersten Blick und ausdrücklich diese letzteren Sätze als durchschnittliches Familien-Einkommen darstellen, zum Unterschied von den Ihnen jetzt vorgelesenen Einkommen des Einzelnen. Die liberale Presse hat, wenn sie Wackernagel bekränzt, sich nicht einmal die Mühe gegeben, auch nur die von mir citirte Seite Dieterici's aufzuschlagen, sonst würde sie natürlich gesehen haben, welch' gründliche Entdeckung sie umjubelt!

Eben so hat Herr Wackernagel und die liberale Presse eingewendet: es sei hier nur von der Klassensteuerpflichtigen Bevölkerung die Rede! Meine Herren! Zunächst habe ich zu bemerken, es ist von Procentsätzen der Bevölkerung die Rede. Was will also jener Einwurf besagen? Die Klassensteuerpflichtige Bevölkerung betrug damals circa 14 500 000, die mahl- und schlachtsteuerpflichtige 2 000 000 Einwohner. Wenn man nun durch die Klassensteuerrollen gefunden hätte, wie sich die Einnahme unter den 14 000 000 der

klassensteuerpflichtigen Bevölkerung vertheilt, wieviel Procent derselben 100, 200 und 300 Thlr. haben und so fort: wenn man das gefunden hat, so wird jeder Statistiker mit dem höchsten Recht von der großen Zahl von $14\frac{1}{2}$ Millionen auf die kleine Zahl von 2 Millionen fortschließen, und es kann dabei eine für die Gesamtbevölkerung statistisch nennenswerthe Abweichung gar nicht stattfinden. Der Procentsatz bleibt also immerhin derselbe, selbst wenn Dieterici nur von der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung spräche. Aber auch das ist nicht wahr! Sie finden auf derselben Seite, daß er bei seiner Berechnung ausdrücklich die Zahl von 16 331 186 Einwohner, d. h. die damalige Gesamteinwohnerzahl des Staates unterstellt, die Zahl der klassensteuerpflichtigen plus der schlacht- und mahlsteuerpflichtigen Bevölkerung! — Sehen Sie, meine Herren, mit solchem Mob und solchen Entstellungen hat man zu streiten! Ich habe manche schwere Arbeit bereits hinter mir in meinem Leben, aber wenn ich ein Herkules wäre, so wäre dies hier sicher meine Augiasarbeit.¹⁾

¹⁾ Dagegen hat sich in die Anmerkung zu S. 30 meines „Antwortschreibens“ ein, obwohl in seinem Resultat bis zur Unmerklichkeit geringfügiger Rechnungsfehler eingeschlichen. Ich sage nämlich in dieser nachträglich bei der Korrektur in Eile hinzugefügten Anmerkung: „Immer repräsentirt hiernach der klassensteuerpflichtige Kopf noch im Durchschnitt eine Familie von über 3 Personen“ und gelange zu diesem Resultat dadurch, daß ich die dermalige Zahl von Klassensteuerpflichtigen (4 950 454) zu der Zahl von 16 331 187 Seelen in Verhältniß brachte. Sie mußte aber statt dessen in Verhältniß gebracht werden zu der Zahl von ca. $14\frac{1}{2}$ Millionen, welche damals die Zahl der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung war (im Jahre 1853 betrug dieselbe genau 14 823 356 Seelen, s. Dieterici, Bd. VII, p. 206). Dann ergibt sich, daß der klassensteuerpflichtige Kopf noch im Durchschnitt eine Familie von $2^{92/100}$ Personen repräsentirt, und es sind also die Worte „im Durchschnitt eine Familie von über 3 Personen“ der bis zur Unmerklichkeit geringfügigen Aenderung zu unterwerfen in die Worte: „im Durchschnitt eine Familie von über $2^{9/10}$ Personen“. Und eben so berichtigen sich dann die aus der Anmerkung nachträglich in den Text eingeschalteten Worte „und fällt also durchschnittlich auf eine Familie von 5 oder mindestens 3 Personen“ in die Worte: „fällt also durchschnittlich auf eine Familie von 5 oder mindestens über $2^{9/10}$ Personen!“

Das ist der ganze Irrthum, der in jene Berechnung untergelaufen! Diesen hätte Herr Wackernagel berichtigen können und sollen, statt aller Entstellungen und all' des verkehrten Kohls, den er hierüber macht. Dieser unmerkliche Irrthum entstand einfach dadurch, daß ich, da die heutige Zahl der klassensteuerpflichtigen

Weil es nun aber einmal Herrn Wackernackel und der liberalen Presse gefällt, jene Dieterici'sche Berechnung nicht gelten lassen zu wollen und weil sich zahlmäßig nach dem vorliegenden Material nicht ermitteln läßt, wie groß einerseits in den 5 Steuerklassen die auf dieselbe Familie kommende Zahl von Steuerpflichtigen ist, und zugleich andererseits wie groß die Zahl der Familienglieder in der unteren Klasse im Verhältniß zu der geringen Zahl in den obern ist, so wollen wir einmal von Dieterici's Berechnung ganz abgesehen und auf andere und noch viel schärfere Weise dieselben Resultate feststellen; dabei will ich Ihnen indeß zunächst zeigen, wie Männer von Fach- und Sachkenntniß über solchen Nachweis, wie ihn Dieterici gegeben, urtheilen.

Schon 1848 hatte Geheimrath Dieterici im 2. Band der Mittheilungen des statistischen Bureaus eine viel weniger genaue, eine weit summarischer angelegte Berechnung über die Einnahmeverhältnisse auf Grund der Steuerlisten von 1846 gegeben, wobei übrigens diesmal Einzelsteuernde und Familien getrennt waren. Das Resultat war folgendes: daß von den Familien $2\frac{3}{4}$ Proc. über 1100 Thlr. Einkommen haben, 9 Proc. zwischen 500—937 Thlr. und 88 Proc. auf der untersten Stufe ständen von 125—375 Thlr. Was die Einzelsteuernden betrifft, so waren gar 96 Proc. derselben der alleruntersten Klasse zugehörig gefunden worden mit einem Einkommen von 30—60 Thlr.; höchstens 120 Thlr. Dieterici machte dabei selbst, wie ich übrigens auch in meiner Broschüre gethan habe, darauf aufmerksam, daß diese Berechnung auf eine positive zahlenmäßig bestimmte Genauigkeit natürlich als Durchschnittsberechnung keinen Anspruch habe. Herr Adam Soetbeer in Hamburg, auch ein Freihändler und Bourgeoisökonom, also ein Anhänger der wissenschaftlichen Ueberzeugung, die ich bekämpfe, aber doch ein Mann von Fach und Sachkenntniß, sagt, indem er diese frühere Liste Dieterici's in seiner Ausgabe von

Bevölkerung bei der inzwischen auf ca. 18 Millionen gestiegenen Gesamtbevölkerung ungefähr 16 Millionen beträgt — Zahlen, welche grade von andern Arbeiten her meinem Gedächtniß vor-schwebten — bei der Eile der nachträglichen Anmerkung nicht mehr genau zusehend, in der von Dieterici Bd. IV, p. 223 bloß gelegent-lich erwähnten Gesamtzahl von 16 331 187 Menschen, die Gesamt-zahl der Klassensteuerpflichtigen Bevölkerung statt der Gesamtzahl der Bevölkerung vor mir zu haben glaube.

J. St. Mill's Werken Bd. II, p. 147 abdruckt, wörtlich auf jene Bemerkung Dieterici's wie folgt: „Was aber jedenfalls aus den beiden vorstehenden Uebersichten, wie wenig sie auch auf völlige Genauigkeit Anspruch machen können, augenscheinlich hervorgeht, ist die außerordentlich kleine Anzahl der Personen aus den höhern Ständen und mit bedeutendem Einkommen, und selbst des Mittelstandes, im Verhältniß zu der sehr großen Menge Derjenigen, welche entweder nur einen ganz unbedeutenden Besitz haben, oder ohne allen Besitz sind und, wie man sagt, von der Hand in den Mund leben.“ So Soetbeer; so äußert sich über diese Dieterici'sche Liste, und zwar über eine viel summarischer berechnete, ein Mann von Sachkenntniß. Genau zu diesem Behufe, zu diesem Nachweis, hatte ich Ihnen diese Dieterici'schen Berechnungen mitgetheilt, nicht zum Behuf einer arithmetisch festen Zahl, welche die Statistik weder geben kann, noch ein Interesse hat zu geben.

Gehen wir nun aber dazu über, die Einnahmen-Verhältnisse der Bevölkerung jetzt in viel schärferer und genauerer Weise festzustellen, als dies auf Grund der Steuerlisten pro 1850 noch möglich war. Ich hatte in meinem Antwortschreiben jene Dieterici'sche Berechnung nur ausgewählt, weil ihr Resultat in wenigen kurzen Zeilen mitgetheilt werden konnte; durchaus nicht deshalb, weil sie mir für meinen Zweck günstiger erschienen hätte, als andere Berechnungen. Jetzt aber werde ich Ihnen eine andere Berechnung geben, so unerbittlich scharf, daß nichts mehr bei ihr verdunkelt und verwirrt werden kann, eine Berechnung viel genauer und positiver als jene statistische Durchschnittsberechnung; und nur noch ungenau in dem Sinn, daß sie die Zahl der Bemittelten noch größer erscheinen lassen wird, als sie in Wirklichkeit sein kann. Wir wollen nämlich statt des durchschnittlichen Verhältnisses der Gesamtbevölkerung etwas Anderes berechnen, was in der Statistik immer viel leichter ist.

Wir wollen nämlich einmal die Zahl der Bemittelten in der Nation berechnen und sehen, was und wie viel dann für die Unbemittelten übrig bleibt. Wir haben zu einer solchen viel schärferen Berechnung in dem neuen preussischen Klassen- und Einkommen-Steuer-Gesetz vom 1. Mai 1851 eine vortreffliche, viel genauere Grundlage bekommen, als das alte Klassensteuergesetz von 1820. Nach diesem Klassen- und Einkommensteuer-Gesetz, meine Herren, wird Jeder, der über 1000 Thlr.

Einkommen hat, in ganz Preußen zur klassifizirten Einkommensteuer eingeschätzt. Im Jahre 1854 hat der Staat die Resultate der Steuerliste pro 1853 im statistischen Bureau, Bd. VII, p. 179 bis 195, veröffentlicht. Wie viel Personen, glauben Sie nun, waren damals in ganz Preußen, d. h. auf 17 Millionen Menschen, welche über 1000 Thlr. Einkommen hatten? Nicht mehr als die lächerlich kleine Zahl von 44 407 Personen. Dies ist nicht mehr eine Durchschnittszahl, meine Herren, dies ist eine absolute Zahl, durch Addition gefunden, nicht durch Berechnung. Man kann freilich sagen, daß vor der Steuer Jedermann ein Interesse habe, sein Einkommen zu verbergen. Aber andererseits hat der Staat, da es sich dabei um seine Einnahme handelt, ein großes Interesse und viele Mittel in Händen, um diese Einnahmen auch richtig zu schätzen.

Man hört besonders bei uns in Preußen sehr viel klagen über Ueberschätzung bei der Steuer, und in der That sind nicht alle Leute in der Lage, nachweisen zu können, daß sie überschätzt sind, und nicht Alle wollen es, um nicht ihrem Kredit zu schaden, so daß die wirkliche Annahme die sein muß, daß sich die Ueber- und Unterschätzten im Ganzen kompensiren. Nehmen Sie aber selbst an, es bleibe noch ein surplus, eine Ueberschätzung von Ueberschätzten übrig, nun, wie groß könnte die sein? Doch höchstens wieder ein Procentsatz der ganzen Zahl! Nehmen Sie 2 oder 3 Procent oder selbst 5 Procent. Wenn Sie selbst 5 Procent annehmen, so gäbe das bei einer Zahl von 44 407 Personen nochmals 2000 Personen, also eine Zahl, die für unsere Berechnung gar nicht in Betracht kommt. Geheim-Rath Dieterici sagt, indem er dies Resultat mittheilt, nach dem Abdruck der spezifizirten Liste, die ich gleichfalls zur Stelle habe und die Jeder hier einsehen kann, wörtlich: „Es sind hiernach überhaupt 44 407 Personen zur klassifizirten Einkommensteuer veranschlagt. Nimmt man an, daß jede Person eine Familie oder einen Hausstand von 5 Personen repräsentirt, so sind dies überhaupt 222 035 Seelen und von der Gesamtbevölkerung des Staates nur $1\frac{3}{10}$ Proc., welche als Wohlhabende bezeichnet werden können.“ Dies sind die eignen Worte Dieterici's, die Sie hier nachlesen können. Also, wie sehr auch die liberale Presse zu fälschen suchen möge, es bleibt schon dabei! Sie hören Dieterici: es sind noch nicht $1\frac{1}{3}$ Procent der Bevölkerung, die als wohlhabend be-

zeichnet werden können, und dabei gelangt Dieterici sogar zu dieser Zahl von $1\frac{1}{3}$ Procent nur, indem er annimmt, daß Jeder jener 44 407, die über 1000 Thlr. Einkommen haben, eine Familie von 5 Personen repräsentire. Das ist aber offenbar eine viel zu reichliche Annahme. Einmal sind viele Einzelsteuernde dabei, dann ist auch im Durchschnitt die Zahl der Familien-Mitglieder in der oberen, in der besitzenden Klasse, viel geringer, als 5. Aber gehen wir weiter. Dieterici hat zwar ganz Recht, daß Jeder, der auf die Familie von fünf Köpfen nicht einmal 1000 Thaler Einkommen hat, durchaus nicht als wohlhabend bezeichnet werden kann; aber begnügen wir uns dabei nicht, gehen wir tiefer ein, berechnen wir die große unbemittelte Klasse. Alle, die unter 1000 Thaler Einkommen haben, werden nach demselben Gesetze zur neuen Klassensteuer herangezogen, und zwar sollen nach der Zirkular-Verfügung des Finanzministers vom 8. Mai 1851 Alle, die unter 500 Thaler haben, zu den beiden untersten Klassen der Klassensteuer geschätzt werden, und Alle, die nur 500 Thlr. oder darüber haben, in gewisser Abstufung zur 3. Klasse. Die Gesamtzahl der zur 3. Klasse Eingeschätzten betrug nach denselben, von dem Staate veröffentlichten Listen nicht mehr als 91 530 Personen. Hier muß ich bemerken, daß diese Zahl keine Prozentzahl ist. Hier kommt also in Betracht, daß diese Zahl nur auf die klassensteuerpflichtigen Ortschaften sich bezieht, nicht auf die Wahl- und Schlachtsteuerpflichtigen, die freilich nur ein geringer Bruchtheil der Bevölkerung sind. Die Bevölkerung der klassensteuerpflichtigen Ortschaften betrug in jenem Jahre 14 800 000 Seelen und die der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen nur zirka den achten Theil davon, nämlich 1 800 000 Seelen¹⁾. Berechnen wir also, daß es unter der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bevölkerung im Verhältniß eben so viele Leute von 500 Thlr. Einkommen giebt, wie in der klassensteuerpflichtigen, eine Berechnung, die Dieterici wiederholt macht und die allgemein in der Statistik üblich ist, — so erhalten wir noch 11 260 Personen in dem ganzen Staat mit 500 Thaler Einkommen, zusammen 102 790 Personen. Nehmen wir nun an, daß jede derselben wieder eine Familie von 5 Personen repräsentirt, obgleich dies doch nicht der Fall ist, da viel Einzelsteuernde und viele von schwächeren Familien

1) S. Dieterici stat. Bür., Bd. VII, p. 206 sq.

dabei sind, so giebt das 513 950 Seelen, also nicht mehr als zirka 3 Prozent der Bevölkerung. Wer nun nicht einmal 500 Thaler Einkommen auf die Familie von 5 Köpfen hat, nun, der ist doch gewiß in gedrückter, dürftiger, unbemittelter Lage! Was ist also das Resultat dieses ganz genauen und positiven, nicht auf Durchschnittszahlen beruhenden Nachweises?

1 ³ / ₁₀	Prozent und Bevölkerung mit einem Einkommen von über 1000 Thaler und
3	„ mit einem Einkommen von über 500 Thaler und darüber,

Summa: 4³/₁₀ Prozent der Bevölkerung.

Der große Rest, also 95⁷/₁₀ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 500 Thaler auf die Familie von 5 Personen! also jedenfalls in gedrückter, dürftiger Lage, jedenfalls zu den ganz unbemittelten Klassen gehörend! Was hatte ich Ihnen in meinem Antwortschreiben gesagt? 89—96 Prozent der Bevölkerung in gedrückter Lage. Es bleibt dabei, wie Sie sehen, und stellt sich fast noch schlimmer heraus, und wenn Herr Wackernagel und die liberale Presse vor Wuth über ihre vergeblichen Fälschungsversuche auch bersten!¹⁾ Ja wohl, meine Herren. Man will Ihnen Ihre Zahl verbergen, um Ihnen Ihre Macht zu verbergen, denn Nichts fehlt Ihnen zur Macht, als das Bewußtsein! Darum eben besteht überall eine Verschwörung gegen Sie, Ihnen diese Thatsachen und Zahlen zu fälschen; aber ich werde alle Fälschungen zerstören, und möge man plagen vor Wuth! Ich will wegen der vorgerückten Zeit anderes statistisches Material über diese Frage, welches dies noch viel genauer erwiesen hätte, fortlassen, aber kann dieses Resultat denn überhaupt Verwunderung erregen? Jeder, der im Geringsten Statistik getrieben, weiß, daß dem so ist und in allen großen Staaten ganz so ist, wie bei uns, und es gehört die größte Unerfahrenheit in der statistischen Literatur dazu, dies zu bezweifeln oder darüber verwundert zu sein. Es konstatirt z. B. der Präsident

¹⁾ Ueber die neuesten Fälschungen des Herrn Wackernagel in der „Deutschen All. Ztg.“ vom 7. Juni sieh im Anhang den Aufsatz: „Herr Wackernagel und der moderne Herosstratus.“ (Dort findet der Leser auch die Irrthümer berichtigt, die sich in die vorstehende Berechnung Lassalle's eingeschlichen. D. H.)

Letzte in Berlin, den meine Gegner ja um so mehr gelten lassen müssen, als er eine ihrer Autoritäten ist, in seinem Werke über die Vertheilung des Grund-Eigenthums, daß nach der neuen Konstatirung in Frankreich 346 000 ländliche Wohnungen gezählt werden, welche gar kein Fenster, sondern nur eine Thür haben, und 1 817 328 ländliche Wohnungen, welche nur ein Fenster und eine Thür haben, also 2 163 328 Wohnungen, deren Einwohner, die man hiernach auf über 10 Mill. Menschen schätzen muß, im höchsten menschlichen Elend sich befinden. Nach dem französischen Statistiker Baron v. Morogues haben 7 500 000 Menschen in Frankreich jährlich nur 91 Frs., d. h. 24 Thlr. 4 Sgr. zu verzehren. Wenn Sie das Werk nachsehen, welches der preußische Staat im Jahre 1849 veröffentlicht hat, betitelt die ländliche Arbeiterfrage von Prof. v. Lengerke, hervorgegangen aus den Berichten der landwirthschaftlichen Vereine in ganz Preußen, so werden Sie sehen, daß sich unsere ländliche Bevölkerung genau in derselben Lage befindet. Ich unterlasse, Ihnen Mittheilungen daraus zu machen, die ich vorbereitet hatte, weil die Zeit bereits zu sehr vorgeschritten ist.¹⁾

Freilich, selbst einer der aufgeklärtesten Geister, die sich heute unter uns befinden, — warum sollte ich ihn nicht nennen, es ist Dr. Büchner, — hat mir geschrieben: Ich will Dietrich's Zahlen nicht bezweifeln, aber das muß ich sagen, wenn das so ist, so begreife ich nicht, warum die Hälfte der preußischen Bevölkerung nicht schon lange Hungers gestorben ist!

Ich werde ihm eine Antwort hierauf geben, blendend vor Einfachheit; eine Antwort, die ihn umsomehr zufriedenstellen wird, als er sich selbst schon an einer Stelle seines Berichtes auf eine Erwägung ähnlicher Art hingestoßen hat.²⁾ Hunger-

¹⁾ Einige dieser Auszüge finden sich in der Rede „Die indirekte Steuer u.“ Bd. 2 unserer Ausgabe S. 325 u. ff. Uebrigens muß anerkannt werden, daß unter den damaligen Gegnern Lassalle's Viele waren, die weniger die statistischen Zahlen Lassalle's selbst, als die Schlüsse bekämpften, die Lassalle in Bezug auf die Macht der Arbeiterklasse aus ihnen zog. Und nicht ganz mit Unrecht. Denn, wie schon früher erwähnt, bewiesen diese Zahlen, in Verbindung mit der Statistik der Berufsclassen der Bevölkerung, vor Allem die Zurückgebliebenheit der Verhältnisse im damaligen Preußen. D. S.

²⁾ S. 27 der Broschüre „Herr Lassalle und die Arbeiter,“ wo Büchner sagt, daß die arbeitende Klasse „nicht bloß um ihr menschen-

sterben, meine Herren, kann in einem doppelten Sinne genommen werden. Ja, so im Augenblick hinfallen, todt sein im Moment vor Hunger, — das geschieht sehr selten; aber wenn man fortdauernd eine größere Verausgabung von Kräften vornimmt, als man in Folge zu schlechter Lebensmittel und einer zu schlechten Lebensweise überhaupt wieder ersetzen kann, wenn also die Ausgabe von Kräften beständig die Einnahme übersteigt, so stirbt man auch Hungers im Laufe der Zeit. Das Nähere hiervon kann Ihnen Herr Dr. Büchner, der ein berühmter Physiologe ist, viel besser im Einzelnen auseinandersetzen, als ich. Nur daß dieses Hungersterben dann grade so lange dauert, daß man vollauf Zeit hat, Kinder in die Welt zu setzen. So vermehrt sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse, und der Prozeß des Hungersterbens ist dennoch ein permanenter. Daß dies aber der Fall und inwiefern dies der Fall, das werde ich Ihnen jetzt durch schlüssige Thatfachen belegen.

In England ist die mittlere durchschnittliche Lebensdauer nach Mac Culloch¹⁾ $34\frac{1}{3}$ Jahr. Aber in den Fabrikstädten, wo die Arbeiterbevölkerung überwiegt, da steht die Sache ganz anders: in Leeds ist der Durchschnitt der mittleren Lebensdauer 21 Jahre; in Manchester 20, in Liverpool gar nur 17 Jahre. Sie finden diese Thatfachen in den Berichten, welche die Untersuchungskommissionen des englischen Parlaments selbst veröffentlicht haben. Damit aber Niemand sagen kann, daß ich ihn auf ein zu schwer zugängliches Material hinweise, so werde ich bemerken, daß Sie diese Daten in Kürze mitgetheilt finden können bei Rau, Volkswirtschaftslehre, Band I, § 524. Aber noch ganz andere Resultate erblicken Sie, wenn Sie in denselben Städten die Sterblichkeit der verschiedenen Klassen betrachten. Untersuchen wir also die Sterblichkeit in derselben Lokalität.

In Preston stirbt unter den Reichen und höheren Beamten jährlich 1 auf 47_{,39}, unter den kleineren Gewerbsleuten aller Art 1 auf 31_{,63} und unter den Lohnarbeitern jährlich 1 auf 18_{,28}. In Brüssel unter den höheren Ständen jährlich 1

würdiges Dasein, sondern auch . . . um ihre Lebensdauer betrogen wird, indem die statistischen Berechnungen der Neuzeit gezeigt haben, daß das Leben dieser Klasse im Durchschnitt kaum die Hälfte bis zwei Dritttheile des Lebens der höheren Ständen erreicht.“ D. G.

1) Statist. Account. I, p. 416.

auf 50,⁶ unter den kleinen Gewerbsleuten jährlich 1 auf 27 und unter den Tagelöhnern 1 auf 14 jährlich. Sie können dies bei Ducpétiaux, dem berühmten Generalinspektor der belgischen Gefängnisse, finden.¹⁾ Oder blicken Sie auf Paris. In dem zweiten Arrondissement stirbt jährlich 1 auf 71, in dem 12. Arrondissement, dem ärmsten Viertel der Stadt, jährlich 1 auf 44.²⁾ Gehen Sie nach Manchester: da theilte der Arzt Holland die Straßen in 3 Klassen und jede Klasse nach der Güte der Wohnung in drei Unterklassen, und die Sterblichkeit variirt von 1 auf 51 in der besten, zu 1 auf 25 Menschen in der schlechtesten Wohnungsklasse.³⁾ Sie sehen, es verhält sich so, wie ein berühmter Franzose gesagt hat: „Aisance est vitalité“, „Wohlstand ist Lebenskraft“. Sie können aus der Sterblichkeit in Ihrer Klasse schließen, um wie viel geringer Ihre durchschnittliche Lebensdauer ist als die der Reichen; aber ich will Sie nicht auf einen Schluß verweisen. Ich will Ihnen das in Zahlen mittheilen. Im englischen Parlamentsbericht von 1842 hat Dr. Chadwick die Bevölkerung in 3 Klassen zerlegt, eine gut situirte, eine mittlere und eine dritte, die von dem Arbeiter gebildet wird. Er hat nachgewiesen, daß bei diesen 3 Klassen die mittlere Lebensdauer folgende ist: In Manchester für die 1. Kl. 38 Jahre, für die 2. Kl. 20 und für die 3. Kl. 17 Jahre; in Leeds 1. Kl. 44 Jahre, 3. Kl. 19 Jahre; in Liverpool 1. Kl. 35, 3. Kl. 15 Jahre; in dem Distrikt Bethnalgreen in London 1. Kl. 45, 3. Kl. 16 Jahre. Sie können dies bei Ducpétiaux finden.⁴⁾ Glauben Sie aber nicht, es sei dies bloß im Ausland so. Gehen wir nach Berlin, da lebt jetzt Geheimrath Engel, zur Zeit der erste Statistiker Deutschlands; der publicirt in den Zeitschriften des statistischen Bureaus, Jahrgang 1862, — also ganz nagelneu, — eine Tabelle über die in Berlin im Jahre 1855 bis 1860 Gestorbenen und berechnet dann das Durchschnittsalter, das in den verschiedenen Berufsklassen erreicht wurde: demnach erreichen die Rentiers und Partikuliers durchschnittlich ein Alter von 66½ Jahren, die

1) Ducpétiaux, de la mortalité à Bruxelles, 1844.

2) E. Villermé im „Journal des Economistes“, Novbr. 1853.

3) Report of inquiry into the state of large towns and populous districts, s. Roscher 1, p. 477.

4) Ducpétiaux de la condition physique et mor. Tom I, p. 176.

Maschinenbauer nur eines von 37 $\frac{1}{2}$ Jahren, die Buchbinder sogar nur von 35 und die Tabakspinner, Cigarrenmacher endlich nur eines von 31 Jahren. Und dennoch hat man in Berlin fertig gebracht, 500 Arbeiter — man hat sich freilich sehr gehütet, mich aufzufordern, unter sie zu treten, — gegen mich entscheiden zu lassen, es dürfe ihnen nicht geholfen werden! Und noch ist ein fünfjähriger Zeitraum viel zu kurz, um das Verhältniß in seiner ganzen normalen Schärfe hervortreten zu lassen. Auch ist noch Berlin keine eigentliche Fabrikstadt, und wir gehen noch ganz andern Zuständen entgegen. Von der großen Fabrikstadt Mülhausen im Elsaß hat der berühmte französische Statistiker Villermé nachgewiesen, daß die wahrscheinliche Lebensdauer der Kinder der Fabrikanten das Alter von 30 Jahren beträgt. Mit andern Worten, daß die Hälfte der Fabrikantenkinder, die in einer zwölfjährigen Periode geboren wurden, dieses Alter erreicht hat, während die wahrscheinliche Lebensdauer der Kinder der Spinner, der Weber, der Schlosser in Mülhausen noch nicht zwei Jahre beträgt. Mit andern Worten: daß die Hälfte der Kinder der Spinner, Weber, Schlosser in Mülhausen vor dem vollbrachten zweiten Lebensjahre stirbt!¹⁾

(Rufe: Schluß. Schluß. — Weiterreden. Weiterreden.)

Präs. Dr. Büchner: Ich muß Sie sehr bitten, m. H., den Redner nicht zu unterbrechen. Bedenken Sie, daß wir Herrn Lassalle allen Raum zu seiner Vertheidigung bewilligen müssen, dessen er bedarf.

Lassalle: Ich muß gegen das Wort protestiren, welches dem Herrn Präsidenten entschlüpft ist und das er wohl selbst nicht wird aufrecht halten wollen. Ich stehe hier nicht in der Lage eines Angeklagten, der sich zu vertheidigen hat. Ich stehe lediglich in der Lage eines Mannes, der Sie unterrichten und belehren will, und nicht der sich vertheidigt! (Großer Beifall.) Ueberdies bedenken Sie, daß ich nicht zu meinem Vergnügen spreche. Ich bin bereit, sofort aufzuhören, wenn die Majorität der Versammlung es will. (Wiederholter Beifall.)

Ducpetiaux sagt²⁾: „Die Hälfte der Spinnerkinder stirbt, ehe sie das erste Jahr zurückgelegt haben, während bei Unter-

1) Villermé, Tableau de l'état phys. et mor. T. II, p. 374 bis 386. Ducpétiaux, de la cond. T. I, p. 175.

2) U. a. D.

nehmern und Kaufleuten die Hälfte der Kinder das Alter von 30 Jahren erreicht.“ Wenn Ihnen Ihre Kinder sterben, m. H., so glauben Sie, das sei ein Zufall. Es ist kein Zufall, wie Sie sehen, es ist ein eisernes statistisches Gesetz, wurzelnd in Ihrer schlechten Lage! Lassen Sie mich diesen Abschnitt mit den Worten des neuesten Bevölkerungsstatistikers, Professor Wappaeus in Göttingen, schließen, er sagt in seinem 1858 erschienenen Werk: „Allgemeine Bevölkerungsstatistik¹⁾: „Aus diesen musterhaften Untersuchungen — er spricht nämlich von Villermé, dessen Resultate ich Ihnen soeben mitgetheilt — geht unter Anderem hervor, daß unter den Fabrikarbeitern, die in Spinnereien und Webereien beschäftigt sind, in allen Lebensperioden die größte Sterblichkeit sei. Während nach den Daten der zwölfjährigen Periode von 1823—34 die Hälfte der Kinder der Fabrikanten das 29. Jahr erreicht hat, hat die Hälfte der Kinder der Spinner und Weber, man wagt es kaum zu glauben, vor dem beendigten 2. Lebensjahr zu existiren aufgehört! Diese furchtbare Sterblichkeit ist dem Glende der Eltern zuzuschreiben und besonders demjenigen der Mütter, welche ihre Säuglinge jeden Tag nur während der geringen Zahl der Stunden, die sie bei ihnen zubringen, die Brüste geben können und sie während der übrigen Zeit ohne alle Pflege lassen. Als anderes Resultat der Untersuchung ergibt sich auch hier wieder, daß der verhältnißmäßige Tribut, welcher dem Tode bezahlt wird, immer in direktem Verhältnisse steht zu der schlechten Lebenslage, in der man sich unter sonst gleichen Umständen befindet.“

Sie sehen, m. H., die Männer der Wissenschaft zittern, indem sie dies fruchtbare Resultat niederschreiben — und wenn Ihnen nun an Weib und Kind und an Ihrem eigenen Dasein Nichts liegt, Alles zu Gunsten der eigennützigen Manchester-Theorie, daß der Staat nicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingreifen dürfe — nun dann entscheiden Sie meinewegen gegen mich! (Pause.)

Obgleich ich selbst das Bedürfniß empfinde, meine Herren, endlich mit der Statistik zu Ende zu kommen, so muß ich doch noch einen kurzen statistischen Blick auf die Frage werfen, ob es wahr, was die Herren Bastiat, Schulze, Faucher, kurz die Manchester-Männer, Ihnen vorsingen, dieses Ciapopeia,

1) Bd. I, p. 318.

daß mit dem Fortschritt der Industrie und des Nationalreichtums auch Ihre Lage sich entsprechend verbessere. Nur wenige Daten: bis zum Jahre 1783, also bis zum Aufkommen der Fabriken, war die mittlere Lebensdauer in Preston, wie in den englischen Parlamentsberichten nachgewiesen ist, $31\frac{2}{3}$ Jahre, seitdem ist sie an diesem Orte auf $19\frac{1}{2}$ Jahre gefallen. Sie können dies bei Rau Thl. 1 § 389b nachsehen. So sehr hat sich Ihr Loos verbessert durch das Steigen des Nationalreichtums und der Max Wirth'schen Industrieblüthe! Oder betrachten Sie, um die relative Ungenauigkeit der Sterblichkeitslisten aus verschiedenen Zeiträumen zu vermeiden, die Ausweise der englischen Armen-Steuerlisten. In welchem Lande hat sich der Nationalreichtum, das Nationalkapital stärker entwickelt, als in England? Betrachten Sie nun folgende Zahlen. Nach den offiziellen englischen Armensteuerlisten wurden 1840 $8\frac{2}{10}$ Proc. der Bevölkerung, drei Jahre später, 1843, schon $9\frac{1}{2}$ Proc. der Bevölkerung, und fünf Jahre später, 1848, schon $10\frac{4}{5}$ Proc. der Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln unterstützt¹⁾. Also, meine Herren, bemerken Sie wohl: nicht die Zahl der aus öffentlichen Mitteln Unterstützten bloß ist gewachsen, das wäre ganz natürlich wegen des Wachsens der Bevölkerung selbst, sondern die Verhältnißzahl ist gewachsen. Auf dieselbe Zahl von Personen kommen 1843 und 1848 mehr, und zwar 25 Proc. mehr Arme, aus den Armenmitteln Unterstützte, als im Jahre 1840. Sie sehen also, es verhält sich so, wie ich Ihnen in meinem Antwortschreiben gesagt habe. Ihre Lage in einer Gesellschaft, in welcher Jeder auf seine individuellen Hülfsmittel gewiesen bleibt, geht nicht nach oben mit dem Steigen des Nationalreichtums. Sie sehen, es ist so, wie Rodbertus Ihnen noch schärfer sagt: „Die Richtung Ihrer Lage in einem sich selbst überlassenen Verkehr geht nach unten.“

Und wie sollte dies nicht der Fall sein? Je mehr die große Industrie sich entwickelt, desto mehr setzt sich die große Fabrikation, d. h. die Fabrikation mit Maschinen und großem Kapital, an die Stelle des kleinen selbständigen Handwerks, und desto mehr werden also die Leute aus selbständigen Handwerkern in Lohnarbeiter verwandelt. Ferner: selbst inner-

¹⁾ S. die Listen im II. Bd. der Soetbeer'schen Ausgabe von F. St. Mill.

halb des Handwerks findet durch die industrielle Entwicklung dieselbe Erscheinung statt, daß auch das Handwerk selbst in einer fabrikkartigen Weise betrieben wird, d. h. mit großem Kapital und mit einer sehr großen Anzahl von Gesellen, so daß also immer weniger Leute zur Selbständigkeit und zur Arbeit auf eigne Rechnung gelangen. Dieses will ich Ihnen wiederum sofort zahlenmäßig statistisch nachweisen. Im statistischen Bureau von Dieterici Bd. VII S. 328 finden Sie auf Grund der amtlichen Gewerbstabellen Preußens einen Nachweis über die Veränderung in der Zahl der Meister und der Gesellen in Preußen in den drei Jahren 1849 bis 1852. Die Bevölkerung überhaupt hat in jenen drei Jahren zugenommen um 3,30 Proc., die Zahl der Meister bloß um 3,28 Proc., also nicht ganz Schritt gehalten, sondern sich etwas verringert im Verhältniß zur Entwicklung der Bevölkerung; die Zahl der Gesellen aber hat zugenommen um 9 $\frac{1}{2}$ Proc. Mit andern Worten: die Zahl der Gesellen hat sich dreimal so stark vermehrt, als die Bevölkerung und dreimal so stark als die Zahl der Meister, d. h. übersetzt aus der Zahlensprache in die Wortsprache: auch das Handwerk verliert mehr und mehr den goldenen Boden, den es im Sprichwort und früher einmal auch in der Wirklichkeit hatte. Auch im Handwerk greift der fabrikkartige Großbetrieb immer mehr um sich, bei welchem immer mehr Gesellen auf einen Meister kommen und immer weniger Leute zur Arbeit auf eigne Rechnung durchdringen; und somit verschlechtert nothwendig die Entwicklung der Industrie auch die Lage der Handwerker. — Ferner aber: mit der Entwicklung der Industrie steigt die Bevölkerung, und je mehr die Bevölkerung steigt, desto mehr steigt der Preis des Getreides und mit ihm hält der Arbeitslohn nur sehr unvollkommen Schritt, worüber ich Sie auf die Geschichte der Preise von Tooke verweisen will. Ich hatte Mittheilungen aus diesem Werke vorbereitet, will sie aber zu Gunsten größerer Kürze unterdrücken.

Ihr deutsche Arbeiter seid merkwürdige Leute! Vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plaidiren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, Euch aber muß man vorher erst noch beweisen, daß Ihr in einer traurigen Lage seid. So lange Ihr nur ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt Ihr das gar nicht und wißt gar nicht, daß Euch Etwas fehlt! Das kommt aber von Eurer

verdammten Bedürfnislosigkeit! Wie, werdet Ihr sagen, ist die Bedürfnislosigkeit denn nicht eine Tugend? Ja, vor dem christlichen Moralprediger, da ist die Bedürfnislosigkeit allerdings eine Tugend! Die Bedürfnislosigkeit ist die Tugend des indischen Säulenheiligen und des christlichen Mönches; aber vor dem Geschichtsforscher und vor dem National-Ökonomen, da gilt eine andere Tugend. Fragen Sie alle National-Ökonomen: welches ist das größte Unglück für ein Volk? Wenn es keine Bedürfnisse hat. Denn diese sind der Stachel seiner Entwicklung und Kultur. Darum ist der neapolitanische Lazzarone so weit zurück in der Kultur, weil er keine Bedürfnisse hat, weil er zufrieden sich ausstreckt und in der Sonne sich wärmt, wenn er eine Handvoll Macaroni erworben. Warum ist der russische Kosak so weit zurück in der Kultur? Weil er Talglichte frißt und froh ist, wenn er sich in schlechtem Fusel berauscht. Möglichst viel Bedürfnisse haben, aber sie auf ehrliche und anständige Weise befriedigen — das ist die Tugend der heutigen, der nationalökonomischen Zeit? Und so lange Ihr das nicht begreift und befolgt, predige ich ganz vergeblich! (Großer Beifall auch von den Logen.)

Jetzt also zur Frage: Kann Ihnen denn nicht geholfen werden? Und können Ihnen die Schulze-Delitzschen Assoziationen helfen, oder wenn nicht, würde der von mir vorgeschlagene Weg: Ihre Assoziation ermöglicht durch eine Kredit-Operation des Staates, Ihnen helfen, und was ließe sich gegen dieses Mittel sagen? Was hat Herr Schulze-Delitzsch in dem Vortrage, welchen er in Berlin gegen mich gehalten hat, gegen meine Broschüre einzuwenden gewußt? Ich habe in meinem Antwortschreiben gezeigt, daß sowohl Rohstoff- und Vorschuß-, wie Konsumvereine dem Arbeiterstande unmöglich helfen können, daß sie nur Einzelnen eine und zwar sehr beschränkte Hilfe, und zwar auch diese grade nur auf so lange gewähren können, bis diese Vereine eine erhebliche Zahl Ihres Standes ergriffen haben; daß aber, sowie dies eintritt, auch diese geringfügige Hilfe sofort verschwinden muß. Ich habe dies mit Nothwendigkeit aus dem ehernen Arbeitslohngesetz entwickelt. Diesem Gesetze zu widersprechen, dazu hatte Herr Schulze-Delitzsch die nöthige Dosis von Unwahrheit nicht, das hat er nicht gethan. Dies war ein Regal des Herrn Max Wirth. Widerspricht er aber dem Gesetze nicht, so konnte er noch weniger

der daraus entwickelten Folgerung widersprechen. Was that Herr Schulze? Er hat auf diesen Nachweis, der für ihn den wichtigsten Punkt seiner Antwort bilden mußte, nicht mit einer Sylbe geantwortet. Er giebt somit indirekt Alles zu, was ich über die Unmöglichkeit, durch seine Bestrebung eine Verbesserung der Lage Eures Standes zu erwirken, gesagt habe; ja an einer Stelle, die ziemlich unklar geschrieben ist, scheint er sogar selbst zu gestehen, daß auf die Dauer jene Vereine nicht helfen können und würden und nur in der Produktiv-Assoziation eine wirkliche Hülfe zu finden sei. — Aber zweitens: Ich hatte Herrn Schulze-Delitzsch in meinem Antwortschreiben zwar mit großem Anstand behandelt, mit viel größerem, als seine Anhänger mir zu erwidern gewußt haben, aber sachlich mußte ich wahr sein, und sachlich hatte ich daher den harten Vorwurf erhoben, daß er durch seine Lehre, daß sich mit dem steigenden Nationalkapital auch Ihre Lage bessere, Sie täusche und hintergehe. Ich hatte dies ausführlich nachgewiesen; kein Wort der Erwiderung hat Herr Schulze auf diesen meinen Nachweis gefunden.

Haben wir jetzt gesehen, was Herr Schulze nicht beantwortet hat, so wollen wir nun sehen, was er beantwortet hat. Herr Schulze sagt selbst, daß er die Produktiv-Assoziation wolle, so gut wie ich, er geräth sogar dadurch mit seinen eigenen Anhängern in bedenklichen Widerspruch. Ich erinnere mich mindestens, dieser Tage einen Artikel des Frankfurter Journals gelesen zu haben, worin ausdrücklich das Gegentheil behauptet und auch gesagt wurde, Schulze habe auch gar nicht den Fabrikarbeitern helfen wollen, sondern bloß den kleinen Handwerksmeistern. Nun, sei dem, wie ihm wolle. Schulze beschwert sich darüber, daß ich behauptet hätte, er wolle die Produktiv-Assoziation nicht. Nun, das habe ich nirgends gesagt; ich habe nicht gesagt, er wolle sie nicht, ich habe nur gesagt, er kann sie nicht machen, und daß er sie nicht machen kann, das sollte er ja gerade aus den Resultaten seiner eigenen Thätigkeit erfahren haben. Ich habe hier seinen Vortrag, wie er abgedruckt war in der berliner Nationalzeitung. Er giebt darin einen kurzen Bericht über die Resultate seiner Thätigkeit. Nach diesem Berichte hat er eine erstaunliche Menge von Assoziationen hervorgerufen: 450 Vor-schußbanken, 150 Rohstoff-Vereine, 30—40 Konsum-Vereine, aber keine Produktiv-Assoziationen, nicht einen Verein für

fabrikmäßige Großproduktion, es sei denn einen kleinen Shawlweber-Verein, der mit einem Webstuhl und, glaube ich, höchstens 50 Arbeitern, wie ich gehört habe, bestehen soll und den Herr Schulze selbst nicht einmal erwähnt.¹⁾ Das sind die Resultate von 15 Jahren. Sollte dieser Mann nicht an diesen Resultaten seiner eigenen Thätigkeit lernen können, daß es nicht geht, mit den leeren Taschen der Arbeiter Produktiv-Assoziationen oder gar Assoziationen für fabrikmäßige Großproduktion einzurichten? Aber dieser Mann ist so verliebt in seine kleinbürgerlichen Ideen, daß sogar diese seine eigene 15jährige Erfahrung ihn nicht belehrt! Wie sollen, meine Herren, bei der Leerheit Ihrer Taschen, mit Ihren eigenen Hülfsmitteln Produktiv-Assoziationen hervorgerufen werden können in einem erheblichen Umfange? Und ich habe Ihnen in meinem Antwortschreiben nachgewiesen, daß sogar, wo dies der Fall ist, wie in England, wo 50—60 derartige Assoziationen oder mehr bestehen, dennoch niemals dazu gelangt werden kann, Ihrem Stand durch dieselben aufzuhelfen, sondern daß der Nutzen dieser Assoziationen sich immer nur auf eine äußerst beschränkte Zahl von Einzelnen erstrecken kann. Ich erinnere Sie an den Nachweis in meiner Broschüre, daß die Assoziation aus individuellen Mitteln den Arbeiterstand als solchen niemals auch nur in einem irgend bemerkenswerthen Zahlenverhältniß umfassen kann. Welch' einen Einwurf hat also Herr Schulze-Delitzsch gegen das von mir vorgeschlagene Mittel der Produktiv-Assoziation, die er ja auch zu wollen behauptet, erhoben? Was hat er gegen die Kredit-Operation des Staates einzuwenden gehabt?

Er hat gegen mich ins Feld geführt das Prinzip: der Staat dürfe nicht interveniren in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Das ist der einzige nicht auf Mißverständnis beruhende Grund, den er gegen mich geltend gemacht hat, und das, ich sage es Ihnen selbst, das ist der prinzipielle Punkt, um den es sich bei dieser ganzen Agitation handelt, und für den ich mich zu derselben erhoben habe! Hier, mit dieser Frage, steht und fällt die Schlacht, die ich

¹⁾ Doch. In der, auf Grund der stenographischen Berichte über die Reden Schulze's hergestellten Broschüre finden sich zwei, allerdings winzige Shawlweber-Assoziationen erwähnt. Lassalle hatte zur Zeit der Frankfurter Rede aber nur erst die Zeitungsberichte über die betr. Rede Schulze's in der Hand. D. S.

schlage. Schulze hat gegen mich in's Feld geführt das ganze Vorurtheil der heutigen öffentlichen Meinung, der Staat dürfe um keinen Preis und unter keinen Umständen in die Verkehrsverhältnisse interveniren. Nicht für die Wissenschaft besteht dieses Vorurtheil — die ist heutzutage schon lange darüber hinaus, aber für die öffentliche Meinung der Gebildeten ist dies heute noch ein Dogma, ein Glaubenssatz! Was beweist das aber, meine Herren? Alle Wahrheiten von heute, die wir alle einstimmig anerkennen würden, — es hat eine Zeit gegeben, wo man sie für falsch hielt und wo die entgegengesetzten Meinungen das Dogma der gebildeten Welt waren. Alle diese falschen Dogmen sind nur dadurch gestürzt worden, daß sich muthvolle Männer dagegen erhoben, deren Ansichten dann langsam und freilich nach großem Kampfe und Widerstreben um sich griffen. Haben Sie mein „Arbeiterprogramm“ gelesen? Wenn nicht, so möchte ich Sie dazu auffordern. Ich weise darin nach, daß jede Zeit ein herrschendes Prinzip hat, daß das herrschende Prinzip der heutigen Zeit das Kapital ist, und daß zu jeder Zeit die öffentliche Meinung unter der Herrschaft des herrschenden Prinzips, heute also unter der Herrschaft und unter dem Prägestock des Kapitals steht. Die öffentliche Meinung, das öffentliche Vorurtheil der von dem Kapital beherrschten Zeit — das ist eben nothwendig grade dieses: der Staat dürfe sich in keine gesellschaftlichen Fragen mischen, die freie Konkurrenz allein sei es, die Alles zu entscheiden habe; jeder dürfe nur auf seine isolirten Kräfte als Einzelner angewiesen sein. — Handelte es sich, meine Herren, um die Konkurrenz zwischen Kapitalisten und Kapitalisten, nun so wäre das sehr plausibel; aber handelt es sich um die Konkurrenz zwischen den Mittel- und Kapitallosen mit den Kapitalisten, so ist diese Konkurrenz ein Wettkampf zwischen einem Bewaffneten und einem Unbewaffneten! Ueberdies: Rodbertus hat Sie darauf hingewiesen: wie sind die jetzigen Besitzverhältnisse entstanden? Haben dieselben unter der Herrschaft der freien Konkurrenz begonnen? Sind die Grundlagen der heutigen Vermögensverhältnisse durch die freie industrielle Arbeit gelegt? Sie sind vielmehr das Produkt einer Vergangenheit von zwei Jahrtausenden. Diese haben die Grundlage gelegt für die heutigen Verhältnisse des Besitzes. In diesen zweitausend Jahren war erst Sklaverei, dann Leibeigenschaft, dann Hörigkeit und da-

neben Zunftzwang. Das sind alles Staatsinstitutionen gewesen, ganz positive Staatseinrichtungen. Unter diesen Einrichtungen und durch diese gezwungen haben Sie, resp. Ihre Vorfahren, als Sklaven, als Leibeigene, als zünftige Lehrlinge und Gesellen für die jetzigen besitzenden Klassen das Vermögen produziert, das sie nun haben. Kam endlich die französische Revolution und proklamirte die Rechtsfreiheit und die freie Konkurrenz; aber natürlich behielten die Besitzenden das Vermögen, die Waffen, die Sie ihnen geschmiedet, und erlauben Ihnen nun, unbewaffnet, mit Ihren Nägeln und Zähnen in den Wettkampf, in die freie Konkurrenz mit eben den Kapitalien und Maschinen einzutreten, die Sie durch so viele Jahrhunderte hindurch für Jene erarbeitet haben. Und nun sollten die Besitzenden kommen dürfen und sagen: der Staat darf Ihnen, den Arbeitern, durch keine Einrichtung irgend welcher Art die Konkurrenz mit dem Kapital erleichtern, das Sie für Jene durch tausendjährige Dienste, zu denen Sie durch positive Staatseinrichtungen genöthigt waren, erworben haben? Wo bliebe da die Gerechtigkeit? Wo nur der Menschenverstand? Wollen die Besitzenden Ihnen gegenüber von „freier Konkurrenz“ sprechen und daß Jeder nur auf seine isolirte Kraft angewiesen sein soll, nun dann müßten sie, damit die Konkurrenz eben frei sei, die Umstände zuvor gleich machen. Dann müßten also entweder die Besitzenden sich zuvor ihres Vermögens entäußern — was unsinnig wäre — und gleichfalls nur mit ihren Muskeln und Nägeln gegen Sie konkurriren! Dann hätte ich nichts dagegen! Dann wollten wir sehen, wer es weiter bringt! Diesen unsinnigen Weg werden die Besitzenden natürlich nicht einschlagen. Oder aber, es muß mindestens, damit die Konkurrenz frei sei, Ihnen gleichfalls Kapital geliefert werden, damit Sie mit den Kapitalisten wirklich konkurriren können — und das ist ja grade mein Vorschlag, das ist ja grade Das, worauf mein Vorschlag praktisch hinausläuft, daß der Staat durch eine Kredit-Operation Ihnen die Kapitalien liefere, damit Sie dann in freie, gleiche Konkurrenz mit den Kapitalien treten können. Diese freie Konkurrenz wollen die Unternehmer aber nicht, sie wollen nur die ungleiche, unfreie Konkurrenz mit Ihnen, die Konkurrenz der Bewaffneten mit den Unbewaffneten, und daher der Lärm, der sich gegen meinen Vorschlag erhoben hat. Diese freie Konkurrenz, wie man sie heute ver-

steht, diese thatsächliche Abhängigkeit, in welche Sie aus der frühern Rechts-Abhängigkeit hineingebracht worden sind, die hat Sie in vieler Beziehung noch viel weiter heruntergebracht als die frühere Rechtsabhängigkeit selbst. Die große Industrie und die freie Konkurrenz — für die Welt im Allgemeinen, für uns Besitzende, ist sie eine Quelle von Reichtum und Segen gewesen; aber Ihre Lage hat sie in vieler Beziehung noch schlechter gestellt als früher; sie hat, um bloß auf Einen Punkt hinzuweisen, die Arbeit der Kinder in den großen Fabrikationszweigen eingeführt. Die Arbeit der Kinder in den Fabriken datirt von der Erfindung der Arkwright'schen Baumwollenspinn-Maschine am Ende des vorigen Jahrhunderts. Das ist der Segen der Konkurrenz für Sie, daß Ihnen jetzt Ihre eignen Kinder Konkurrenz machen können in einem Alter von 8, 7 und 6 Jahren, in welchem sie in die Schule gehören und nicht an den Webstuhl. Während früher der Vater die Kinder ernährte, so stechen jetzt häufig die Kinder, die natürlich mit geringerem Lohn vorlieb nehmen können, den Vater aus, ein naturwidriges Verhältniß, welches in England bereits die unsittlichsten Folgen nach sich gezogen hat. Und so hat die Konkurrenz Ihnen sogar bereits die Familie vernichtet! Wenige Zahlen mögen hinreichen, Ihnen ungefähr den Umfang dieser Verschlechterung zu zeigen. Nach dem Berichte des englischen Parlaments pro 1835 betrug schon damals auf 190 710 in Wolle-, Baumwolle-, Leinen- und Seidefabriken beschäftigte erwachsene Arbeiter die Zahl der Kinder von 8—13 Jahren nicht weniger als 56 455 und die Zahl der Kinder von 13—18 Jahren 108 208, zusammen 164 633 auf 190 710 erwachsene Arbeiter, also 86 Proc. der Erwachsenen, und die Kinder zwischen 8—13 Jahren betragen allein 29 Proc. der Erwachsenen.¹⁾ Der Lohn der Kinder wechselt nach Villermé (II p. 111) von 25—75 Cent. je nach ihrem Alter, d. h. von 2—6 Sgr. Daß das dazu beigetragen haben muß, Ihren Lohn zu verringern, können Sie sich selbst denken und bei Villermé nachlesen. Oder hören Sie über diese Frage den Vater der preussischen Statistik, den wirklichen Geheimrath Hoffmann.²⁾ „So schlich sich“, sagte

1) First report on mills and factories pro 1835. — Siehe Ducpétiaux, de la condition etc. I, p. 15.

2) Nachgel. Schriften. S. 224.

er in seinen nachgelassenen Schriften unter allgemeinem Beifall der Wohlwollenden und Verständigen, „ein Mittel zur Minderung des Lohnsatzes für die Handarbeit ein, dessen Folgen Greuel der Entfittlichung wurden, welche allerdings in solchem Umfang nur der neuesten Zeit angehört und namentlich mit den Spinn- und Webmaschinen zu solcher Ausdehnung gelangte, daß jetzt der größte Theil einiger vorzüglich berühmten Fabrikorte darunter erliegt. Nur sehr kräftige Regierungen vermögen hier Einhalt zu thun und nur langsam fortschreitend ist eine Rückkehr zum Bessern möglich. So wie England voranging auf dieser verderblichen Bahn, so beginnt es jetzt voranzugehen durch Beschränkung der Befugniß, Kinder und Frauen zur Fabrikarbeit zu gebrauchen. Was bis jetzt hierin geschehen, ist allerdings noch bei Weitem unzureichend, dem Uebel zu steuern; indessen offenbart es doch eine Richtung der gesetzgebenden und vollziehenden Macht, deren endliches Ziel die Befreiung der Gewerbsamkeit von dem schmählischen Vorwurf sein muß, daß sie die Vermehrung des Wohlstandes der Nation nur mit der Entfittlichung eines beträchtlichen Theiles derselben zu erkaufen vermöge.“ Und dabei ist es gar so weit, wie in England, bei uns noch nicht gekommen. Manches werden Sie indeß selbst erlebt und mit Ihren eigenen Augen angesehen haben, es ist schon Alles bei uns vorhanden, aber noch relativ geringer, die weitere Entwicklung kommt eben noch.

So ist es gekommen, daß, wie Ch. Dupin in seinen *forces productives* konstatirt, 68% der militärpflichtigen Bevölkerung im Elsaß militäruntfähig sind und in einigen andern Fabrikdepartements über 90%.

Wollen Sie, meine Herren, ehe Sie die Besserung Ihrer Lage in Angriff nehmen, warten, bis Sie ein Geschlecht von Krüppeln geworden?

In seiner Anwendung auf das Verhältniß der Kapitalisten zu den Arbeitern also ist das Prinzip, der Staat dürfe in keiner Weise eingreifen, die freie Konkurrenz müsse Alles machen, das leerste und grausamste Vorurtheil von der Welt!

Ich spreche hier — denn jedes meiner Worte wird durch die weiteste Deffentlichkeit getragen werden — ich spreche hier unter der Kontrolle der gesammten Wissenschaft und also auf das Risiko des ganzen Rufes, den ich mir durch lange und

mühsame Arbeiten in der gelehrten Welt erworben habe. Nun, und ich nehme keinen Anstand Ihnen zu sagen, daß dieses Vorurtheil nicht nur ein Vorurtheil ist wie jedes andere auch, sondern eines der unintelligentesten, stupidesten und kulturfeindlichsten Vorurtheile, die ich kenne!

Wie wenig ernsthaft es noch dazu von der Klasse gemeint ist, von der es ausgegangen, von den Manchester-Männern, das zeigen gerade die höchstinteressanten gegenwärtigen Ereignisse in England.

Sie sind unterrichtet von der Krise, die jetzt in Lancashire, in den Baumwollbezirken in England stattfindet, dadurch stattfindet, daß infolge des amerikanischen Krieges die Baumwollzufuhr aufgehört hat. Infolge dessen keine Arbeit, die Fabriken stehen still, die Arbeiter wollen auswandern.

Wie das die Fabrikherren hörten, sagten sie sich: wenn die Arbeiter jetzt in Masse auswandern und der Krieg später wieder zu Ende geht, und die Baumwollzufuhr von Neuem beginnt, dann ist die Zahl der Arbeiter erheblich vermindert. Dann müssen wir sehr hohe Löhne geben. Folglich ist es in unserem Interesse, die Arbeiter hier zu behalten, daß ihre Zahl nicht abnehme, damit, wenn die Zufuhr wiederkommt, die Löhne so gering seien wie zuvor. Und nun verlangten sie, der Präsident der Handelskammer zu Manchester, Mr. Potter, Parlamentsmitglied für Carlisle, verlangte, daß der Staat Geld bewillige, damit die Arbeiter auf Staatskosten in der Zwischenzeit fabriziren, wohlgemerkt, nur in der Zwischenzeit; für ihren Vortheil verlangten sie, daß der Staat intervenire, um die Arbeiter von der Auswanderung abzuhalten und dadurch später wieder niedrigere Löhne zu haben. Selbst die „Times“, dieses Bourgeoisblatt, dem selten einmal das Gewissen schlägt, sprach sich bei diesem Verlangen mit Entrüstung und Hohn über diesen Widerspruch aus. Nun also, meine Herren, ich sage: Dieses Vorurtheil von Seite der Wenigen unter den Besitzenden, welche die Sache verstehen, ist gewissenlos; von Seite der großen Masse der Besitzenden und Gebildeten, die es nicht besser verstehen, ist gedankenlos. In beiden Fällen entschuldigt oder begreift es sich noch dadurch, daß dieses Vorurtheil im Interesse der Besitzenden liegt. Wie aber soll ich dieses Vorurtheil

nennen, wenn ich es bei Ihnen treffe? Hier fehlt mir jeder Name. Bei Ihnen ist dies Vorurtheil selbstmörderisch! Lassen Sie mich frei sprechen, meine Herren! Ich habe durch meine Liebe für die Sache der arbeitenden Klasse, ich habe durch die Beschimpfungen, die ich in Ihrem Interesse von Seiten der gesammten liberalen Presse erdulden mußte, mindestens das Recht erkaufte, freimüthig zu Ihnen zu sprechen! Ich bin ein Mann, der Ihnen helfen, aber kein Mann, der Ihnen schmeicheln will! Bei Ihnen würde dieses Vorurtheil der höchste Grad unwürdiger Schwäche sein, den ich zu denken vermag; es würde der Beweis sein, daß Sie sich durch unsere seit dem Jahre 1849 namenlos schlechte Presse und durch das Ciapopenya, das lügenhafte Gerede von Ihrer mit dem wachsenden Nationalreichtum sich verbessernder Lage schon vollständig haben entmannen lassen! Hören Sie, was der größte englische Nationalökonom J. Mill sagt: „Es ist sehr fraglich,“ sagt er, „ob bis jetzt alle mechanischen Erfindungen die Tagesmühen irgend eines menschlichen Wesens erleichtert haben; sie haben allerdings die Wirkung gehabt, daß eine größere Bevölkerung das nämliche Leben von Mühseligkeiten führt und eine beträchtliche Zahl von Fabrikanten und anderer Personen größere Reichthümer erwirbt, auch haben sie die Lebensannehmlichkeiten der mittleren Klasse vermehrt; allein sie haben bisher noch nicht angefangen, jene großen Veränderungen im Geschicke der Menschheit zu bewirken, welches zu vollbringen in ihrem Wesen liegt und der Zukunft vorbehalten bleibt.“ Hören Sie, was der anerkannt größte deutsche Statistiker, der Geheimrath Engel in Berlin in einem Vortrage in der Singakademie zu Berlin über Ihre Lage sagt:¹⁾ „Der dritte Stand hat sich emanzipirt, eine neue Aristokratie des Geldes und des Geistes entsteht; der Gelehrte, der Beamte, der Kapitalist wird als Bourgeois die herrschende Macht. Indes, nachdem die geistige, von dem großen Kapital unterstützte Arbeit ihr Recht erstritten, ringt auch die physische, im Ganzen und Großen kapitallose Arbeit um Anerkennung und Gleichberechtigung. Die arbeitenden Klassen sind unter der Allgewalt des vom Ganzen getragenen Individualismus bereits zu einem

¹⁾ Vortrag, gehalten am 2. Februar 1862, abgedruckt in der Zeitschrift des königl. preuß. statist. Bureau's, Jahrg. 1862. Nr. 2.

eigenen, zum vierten Stande, zu einer gesellschaftlichen Macht herangewachsen, die naturgemäß ebenfalls nach der Alleinherrschaft im Staate strebt, wie dies der erste, der zweite, der dritte Stand, so lange sie es konnten, gethan.“ Zu bemerken ist, wenn Geheimrath Engel sagt: „nach Alleinherrschaft im Staate streben“, so ist dies ungenaue Wort zu verbessern durch seinen offenbaren Sinn. Bei ihm, wie bei mir, heißt die Herrschaft der arbeitenden Klasse immer nur die Herrschaft aller Individuen ohne Ausnahme, wobei dann ganz von selbst, da die arbeitenden Klassen die große Majorität der menschlichen Gesellschaft bilden, die Entscheidung in ihrer Hand liegen wird.

Geh. R. Engel fährt fort: „Wie viel nun auch mit dem Siege der Freiheit, des Absatzes für die Produktion, für die Erzeugung der Reichthümer, errungen sei, so ist doch der Kampf des vierten Standes damit nicht abgeschlossen. Für ihn handelt es sich nicht so sehr um die Erzeugung, um das absolute Maß des angesammelten Reichthums, als um die Vertheilung desselben, d. h. um das Verhältniß dieses Reichthums zu der Zahl Derer, die daran partizipiren, theilnehmen können und sollen. Bei einer politisch und wirthschaftlich falschen Leitung der Produktion ist die Gefahr krösusartiger Bereicherung einiger Weniger gegenüber der Verarmung in Masse nicht ganz ausgeschlossen und natürlich wird davon der vierte Stand bei seiner fortschreitenden Atomisirung am stärksten betroffen. Dieser Atomisirung Einhalt zu thun, die Elemente, die in unaufhaltsamer Auflösung begriffen, zwecklos gewordene Verbände, wieder zu sammeln und auf's Neue in zeitgemäße Formen zu binden, — das ist eine der größten Aufgaben der Zeit. Einer dieselbe begreifenden staatswirthschaftlichen Einsicht ist es, wenn für jetzt auch nur exemplificatorisch (d. h. beispielsweise), gelungen, neben dem Problem der rationellsten und größten Produktion auch das der alle Interessenten befriedigendsten Vertheilung zu lösen. In der allgemeinen Lösung besteht der Sieg, die Emancipation des vierten Standes.“ Das also sagt die Wissenschaft, das sagen sogar bereits die Geheimräthe, wenn sie sich an der Brust der Wissenschaft groß gefogen haben! Und noch mehr: die Männer der Wissenschaft erheben sich, ich, Rodbertus, Wuttke, wir treten persönlich oder durch Zuschriften an Euch heran und sagen: Euch muß ge-

holfen werden. Und Ihr solltet votiren: Nein? Ihr solltet wie gezähmte Hausthiere Euch gegen Euch selber wenden? Es wäre ein so widernatürliches Faktum, ein Faktum von so nationaler Schmach, daß ich roth werde für Euch und in Eure Seele hinein, wenn ich nur daran denke! Mit welch' schallendem Gelächter würden Eure französischen und englischen Brüder die Nachricht von einer solchen Entscheidung aufnehmen! Ja, bei jeder Nachricht von Arbeitervereinen, die gegen mich entschieden, bin ich roth geworden vor Scham in Eurem Interesse und in Eure Seele hinein! Aber ich sagte mir, daß dies nur der Einfluß irgeleiteter Vorstände sei, nur die Folge davon, daß man Euch die Wahrheit nicht auseinandergesetzt hatte, daß man Euch fast überall votiren ließ, ohne nur meine Schrift zu kennen! Darum bin ich unter Euch getreten. Wenn Ihr nach Allem, was ich Euch schon gesagt habe und heute noch sagen werde, gegen mich entscheiden könntet — die Worte würden mir fehlen, um meine Entrüstung auszusprechen! Wenn Ihr, wie das hin und wieder bei Arbeitern vorgekommen ist, in Entrüstung über Eure Lage Maschinen zertrümmert, Raub, Brand, Zerstörung verübtet — es wäre sicherlich sehr roh, sehr stupide, sehr verbrecherisch, und Ihr könnt Euch wohl denken, daß ein Mann wie ich über solches Gebahren nur das allerschärfste Verdammungsurtheil fällen könnte! Aber immerhin würde es doch noch ein natürliches Verbrechen sein! Es giebt Laster, welche in gedrückter Lage der Rohheit nahe liegen; es giebt Excesse, die, so strafbar sie sind, doch noch natürliche Ausschweifungen der Kraft sind. Aber wenn Ihr gegen mich votirt, gegen die Männer, welche erklären, es müsse Euch geholfen werden, — das wäre ein unnatürliches Verbrechen! Es wäre eine so widernatürliche Schwäche, ein so unwürdiger Mangel an Mannheit, daß ich keinen Ausdruck dafür finde! Indem ich spreche, fällt mir das Wort eines großen deutschen Patrioten auf das Herz, eines Mannes, der, ein Ruhm Frankfurts, in dieser Stadt geboren wurde, in der ich spreche, ein Wort, das dieser verzweifelnd vor Schmerz über seine Nation in den dreißiger Jahren ausrief. Ich rede von Ludwig Börne: „Anderer Völker“, rief Börne aus, „mögen Sklaven sein, man mag sie an die Kette legen, mit Gewalt darnieder halten können, aber die Deutschen sind Bediente, man braucht sie nicht an die Kette zu legen, man kann sie

frei im Hause herumlaufen lassen!“ Seit 23 Jahren habe ich dies Wort gelesen, das Börne im größten Ingrimm seines Patriotismus ausrief. Seit 23 Jahren kämpfe ich innerlich gegen dies Wort an, das mir, seitdem ich es gelesen, nicht wieder von der Seele gewichen. Nun wohl, wenn Ihr, wenn die deutschen Arbeiter überhaupt in ihrer großen Majorität gegen sich selbst entscheiden könnten, ja, dann gebe ich meinen Widerstand gegen dies Wort Börne's auf und unterschreibe es mit brennender Scham auf der Stirn! (Großer andauernder Beifall aus dem Saal und den Logen. Eine Stimme: „Er beleidigt die Nation“. Neuer anhaltender Beifall.) Das ist es, was ich Euch über das Prinzip zu sagen habe, und nur um das Prinzip handelt es sich heute, um das Prinzip, das allgemeine und direkte Wahlrecht als unsere Fahne zu proklamiren, zu dem ausgesprochenen Zwecke: durch die Gesetzgebung, durch die Intervention des Staates die Verbesserung Eurer sozialen Lage herbeizuführen. Welches die geeigneten Mittel hierzu wären — diese Diskussion ist eigentlich hier noch ganz verfrüht. Diese Diskussion gehört erst in den gesetzgebenden Körper. Es sind manche und sehr verschiedene Mittel hierbei denkbar und im Laufe der Zeit nothwendig. Inzwischen, müßt Ihr mir erst das Prinzip zugeben, so müssen meine Gegner auch Alles zugeben, denn alles Andere, was bisher gegen meinen Vorschlag vorgebracht worden ist, verfliegt wie Spreu vor dem Winde, und zum Ueberflusß will ich Euch das noch beweisen.¹⁾ „Kontrolle des Staats“ hat man ausgerufen,

1) Für Theoretiker die — fast überflüssige — Bemerkung, daß der Vorschlag der Produktiv-Assoziationen mit Staatskredit noch keineswegs die „Lösung der sozialen Frage“ darstellen soll. Ich habe nirgends in meinem Antwortschreiben von der „Lösung der sozialen Frage“ gesprochen, ja, ich habe deshalb den Ausdruck „soziale Frage“ überhaupt vermieden. Ich habe ausdrücklich nur von einer praktischen Maßregel zu einer „Verbesserung der Lage der arbeitenden, nothleidenden Klassen“ gesprochen. Die definitive „Lösung der sozialen Frage“ wird die Arbeit von Generationen sein und das Resultat einer Reihe von Einrichtungen und Maßregeln, von denen sich organisch jede folgende aus der früheren entwickeln muß. Die durch den Staatskredit hervorgerufenen Produktiv-Assoziationen sind eben auch deshalb das angezeigte, bahnbrechende Mittel, weil sie in der Zukunft Verhältnisse schaffen müssen, die von selbst eine weitere Entwicklung hervorrufen. Hin und wieder ist in dem Folgenden ein flüchtiger Blick hierauf geworfen.

Eure persönliche Freiheit sei bedroht, durch die Kontrolle, die Ihr Euch für jenen Kreditvoranschuß aufzuerlegen hättet. Ist ein solcher Mißverständnis oder solche Entstellung schon da gewesen? Glaubt Ihr, ich würde Euch der Reaktion in die Hände geben? Welcher Art soll und kann dann nach mir diese Kontrolle sein? Nun, zuerst offenbar ja lediglich eine privatrechtliche, die ganz und gar Nichts mit dem persönlichen Freiheit, ganz und gar Nichts mit dem öffentlichen Recht zu thun hat. Der Staat würde mit einem Worte bloß Gläubiger=Rechte haben. Er brauchte z. B. freilich nicht zu dulden, daß die Maschinen, die Ihr Euch mit seinem Kredit anschafft, anderweit von Euch verbracht und veräußert werden, statt mit ihnen zu produziren. Er würde Eure Buchführung einsehen können, um zu sehen, ob Ihr auch wirklich die Geschäftsführung nach den von Euch selbst genehmigten Statuten betreibt. Es würde diese Art von Kontrolle Euch sogar sehr zu statten kommen können und Euch sichern gegen etwaigen Leichtsinns oder Unredlichkeit Eurer Geschäftsführer, die Ihr, in der Buchführung nicht erfahren, nicht schnell genug wahrnehmen würdet; der Staat würde also mit einem Worte nur ähnliche Rechte haben, wie sie heute jeden Tag in der ganzen Welt, in der Bourgeoisie selbst, in gewissen Verträgen festgesetzt werden, ähnliche Rechte, wie diejenigen eines sogenannten stillen Gesellschafters oder Kommanditärs. Solche Kommanditärverhältnisse bilden die Bourgeois alle Tage. Hat man deshalb jemals gehört, daß sie dadurch ihre Selbständigkeit verloren? Zweitens aber, habe ich Euch denn auf den heutigen Staat verwiesen? Ihr wißt sehr gut, ohne daß ich es sage, was Ihr von dem heutigen Staat allein zu erwarten habt! Nicht auf den jetzigen Staat habe ich Euch hingewiesen, sondern auf den Staat, der unter die Herrschaft des allgemeinen und direkten Wahlrechtes gestellt wird. Darum ist es so lächerlich, hier von Reaktion zu sprechen, denn es ist doch klar, daß unter dem allgemeinen und direkten Wahlrecht der Staat jedenfalls ein ganz anderer sein würde, als der heutige.¹⁾ Wenn ich heute

1) Es ist schon in der Einleitungsskizze gezeigt worden, warum bei der damaligen Zusammensetzung der Bevölkerung das allgemeine Wahlrecht die von Lassalle vorhergesagte Wirkung nicht haben konnte. Indes findet der Leser in dem in der Vorbemerkung zitierten Weyrich'schen Brief eine Erklärung dafür, was Lassalle sich unter „Staat des allgemeinen Wahlrechtes“ dachte. D. S.

von hier hinweggehe, überstimmt bei der Abstimmung, ich würde eine sehr geringe, sehr schlechte Meinung von Euch mitnehmen. Aber doch immer noch nicht eine so schlechte, daß ich, wenn die Vertreter Eurer Klassen den gesetzgebenden Körper bilden, dann die Wirthschaft noch länger für möglich halten sollte, die jetzt seit 15 Jahren in Berlin und ganz Deutschland spielt. Der Widerspruch der Exekutive gegen die gesetzgebende Gewalt, die Widersetzlichkeit und reaktionäre Richtung der Administrativ-Beamten zc. zc., das wäre, wenn durch das allgemeine und direkte Wahlrecht, wenn durch Eure Vertreter das Parlament gebildet würde, niemals lange möglich! Was Eure Assoziation betrifft, so würde also einfach ein Gesetz die Kredite votiren, die von dem Staate ernsthaften Assoziationen, die sich bilden wollen, zu gewähren sind, solchen Assoziationen, welche gewisse Bedingungen erfüllen, die von den gesetzgebenden Körpern festgesetzt werden würden. Alle solche Assoziationen, die sich bilden und diesen Bedingungen entsprechen, hätten dann ein gesetzliches Recht auf jene votirten Staatskredite. Ihr brauchtet somit von keines Menschen und keines Beamten guten Willen abzuhängen und und hättet Euch nur in Eurem Geschäftsbetrieb an die von Euch selbst genehmigten Statuten zu halten. Ueberdies, alle Tage kommt es vor, daß der Staat den Bourgeois Kredit giebt. Es besteht sogar in vielen Ländern ein Staatsinstitut extra zu diesem Zweck; die Bank — sie ist z. B. in Preußen ein Staatsinstitut. Wenn ein Bourgeois bei der Bank Wechsel diskontirt, so bekommt er Kredit aus Staatsmitteln. Hat man deswegen schon jemals gehört, daß ihn das vom Staate abhängig mache?

Aber Herr Schulze hat ausgerufen: Woher sollen wir die Tausende von Millionen nehmen, die dazu erforderlich wären?

Sie sehen, man will Ihre Phantasie erschrecken! Es sind keine Tausende Millionen dazu erforderlich. Nehmen Sie einmal einen Moment an, wir hätten nur hundert Millionen Thaler zu unserm Zweck. Wir hätten dann sogar für die erste Zeit noch viel zu viel! Weit mehr, als wir im Anfang wirklich für Assoziationen verwenden könnten! Der Kapitalzins steht zu 5% im Allgemeinen. Dieser Kapitalzins ist nicht zu verwechseln mit dem Unternehmergeinn. Der Kapitalzins wird von dem Unternehmer selbst dem Kapi-

talisten bezahlt. Diese 5 Prozent geben jährlich 5 Millionen Thaler, die man gleichfalls von Neuem, wenn wir jene 100 Millionen hätten, zu demselben Zwecke, zur Gründung von Arbeiter-Assoziationen, austhun könnte. Durch die Kraft des Zinseszinses würden binnen 14 Jahren diese jährlichen fünf Millionen das Kapital verdoppelt haben, und wir würden von da ab 200 Millionen haben, so daß wir von nun ab 10 Millionen jährliche Zinsen hätten, welche wir für Arbeiter-Assoziationen verwenden könnten. Nehmen Sie nun an, daß im Durchschnitt aller Gewerbe auf ein Kapital von einer Million Thaler ungefähr 4000 Arbeiter arbeiten können; dies ist eine ganz beispieleweise von mir gemachte Annahme, die wahrscheinlich eher eine viel zu geringe ist, als eine zu hohe. Die Zahl ist übrigens gleichgiltig, sie dient hier nur als Beispiel. Auf Grund der 100 Millionen Thaler also könnten sich 400 000 Arbeiter assoziiren; das wäre mit ihren Familien, wenn wir sie durchschnittlich auf 5 Personen veranschlagen, eine Bevölkerung von 2 Millionen; mit 10 Millionen jährlichen Zinsen könnte neuen 40 000 Arbeitern jährlich die Möglichkeit der Freiheit und des Wohlstandes erblühen und somit neuen 200 000 Menschen, oder während der ersten 14 Jahre, so lange wir nur 5 Millionen jährlich annehmen, mindestens wiederum neuen 20 000 Arbeitern jährlich mit ihren Familien, und so wäre ein Weg gegeben, der in einer bestimmten Zeit Euch Alle aus der Wüste führt, alle arbeitenden Klassen der Gesellschaft ohne Ausnahme. Aber das ist noch Nichts! So viel seht Ihr doch ein, daß Ein industrieller Gewerbszweig dem andern in die Hände arbeitet; was für den Einen sein Industrieprodukt ist, ist für den Andern der Rohstoff, auf und an welchem er seine Arbeit anfängt. Der Gerber arbeitet dem Schuhmacher in die Hand, der Tuchfabrikarbeiter dem Schneider, die Eisen- und Stahlarbeiter arbeiten dem Maschinenbauer, dieser wieder hundert anderen Gewerken in die Hand u. s. f. Wenn also z. B. erst 70 oder 80 Gewerke im Großen assoziiert wären, so brauchte das 71te gar kein neues Geld, sondern es brauchte nur den Kredit der 70 früheren und hätte an diesem Kredit die hinreichende Bedingung seiner Existenz, denn es bezieht von diesen bereits bestehenden Gesellschaften seinen Rohstoff und seine Maschinen. Und wenn nun 71 solcher Assoziationen bestehen, so kann eine 72ste sich ohne neues Geld bilden, und wenn erst 150 be-

stehen, können neue 20 ohne neues Geld bilden und in jenem Kredit die Bedingung ihrer Arbeit haben. So sehen Sie, daß meine frühere Rechnung, es würden jedes Jahr auf Grund der neuen 5 oder 10 Millionen neue 20 000 oder 40 000 Arbeiter befreit werden können, noch eine viel zu geringe ist, und daß, wenn die Assoziirung erst vorgeschritten wäre und sich entwickelt hätte, weit größere Massen sich jährlich assoziiren und zum Licht der Freiheit und des Wohlstandes hindurch dringen könnten, weit größere Massen und in weit schnellerer Zeit, als durch mein früheres Rechenexempel gegeben ist. Darum habe ich Ihnen schon in meinem Antwortschreiben gesagt, daß alle diese Arbeiter-Assoziationen in einem Kreditverband unter einander zu stehen haben.¹⁾

Sie sehen also, es handelt sich nicht um so schreckliche Zahlen, um viele „Tausende von Millionen“; mit 100 Millionen für ganz Deutschland hätten wir nicht nur mehr als genug, sondern selbst zuviel für den Anfang. Woher aber die 100 Millionen nehmen? Stellt man sich die Sache wirklich so roh vor, der Staat müsse da aus seiner Tasche, aus den Steuern, 100 Millionen hinzahlen? Das wäre ein sehr großer Irrthum, meine Herren, und würde nur den Beweis bilden, daß Diejenigen, welche so sprechen, nicht das Geringste von der Finanzwissenschaft, von der Funktion des Geldes und Kredites, verstehen. Ich habe Ihnen schon in meinem Antwortschreiben gesagt, daß das erforderliche Geld, resp. der erforderliche Kredit, vom Staate auf die leichteste Weise von der Welt zu beschaffen wäre, ohne daß es irgend einem

1) So müßig ein Eingehen auf die Einzelheiten des obigen Beispiels ist, da der Plan vor allem an unmöglichen Voraussetzungen leidet, so sei doch soviel bemerkt, daß selbst vorausgesetzt, daß sich die Assoziationsbildung in der entwickelten Weise vollziehen würde, die erste industrielle Krisis einen Krach des Assoziations-Verbandes zur Folge haben müßte, der die berühmtesten Krachs der bürgerlichen Kredit-Gesellschaften noch in Schatten stellen würde. Und dieser Krach würde um so nothwendiger eintreten, als der Staatskredit gradezu eine Prämie auf planloses Drauslosproduziren bilden würde, ein Berechnen des Bedarfs sich aber durch die fortwirkenden Konkurrenzgesetze der Waarenproduktion von selbst verbietet. Wie eine industrielle Assoziation, die selbst nur mit kreditirtem Kapital wirthschaftet, das sie obendrein mit fünf Prozent zu verzinsen hat, andren Assoziationen durch Kreditirung der von ihr hergestellten Produkte Lebenskraft einhauchen und dabei bestehen soll, bleibt ebenfalls dahingestellt.

Menschen Etwas kostet. Aber sehen wir davon ganz ab. Stellen Sie sich die Sache einmal einen Augenblick ganz roh und ganz falsch vor; stellen Sie sich vor, der Staat müsse die 100 Millionen auf den Tisch zahlen. Nun, meine Herren, noch ist kein Krieg geführt worden, der nicht über das Doppelte dieser Summe gekostet hätte, und wofür sind nicht schon Kriege geführt worden? Im vorigen Jahrhundert noch für jede Maitressen-Liebhaberei; in diesem Jahrhundert noch für jede Eroberungssucht der Fürsten oder für irgend ein beschränktes Absatzinteresse der Bourgeoisie. Der Opiumkrieg, den England in den vierziger Jahren mit China geführt, hat gewiß mindestens das Doppelte gekostet, und er ist nur geführt worden, um den Chinesen Opium in den Leib zu jagen; also für ein ganz spezielles Absatzinteresse der Bourgeoisie. Für Alles in der Welt also sind diese hundert Millionen doppelt so viel da gewesen, für jedes beschränkte Absatzinteresse der besitzenden Klasse, wie für jede Fürstenlaune; nur wenn es sich um Erlösung der Menschheit handelt, wären plötzlich diese Gelder nicht zu beschaffen? (Rufe: Schluß! Weiterprechen!) Der Redner: Wenn Sie noch einmal rufen „Schluß“, so werden Sie den Schluß haben, meine Herren. Ich werde dann aufhören. (Neue Rufe: Schluß!) Der Redner erklärt, abzubrechen. Große Aufregung in der Versammlung. Das Centralcomité dringt in den Redner, fortzufahren. Viele Mitglieder der Versammlung eilen auf die Tribüne und bestürmen den Redner, nicht wieder das Wort zu ergreifen. Nach einer kurzen Rücksprache mit Herrn Cassalle erklärt Herr Heymann von der Tribüne: „Ich verkünde hiermit im Namen des Herrn Cassalle, daß er Fortsetzung und Schluß seiner Rede am Dienstag in einer allgemeinen Arbeiterversammlung in dem Saale zur Harmonie geben wird. Alle sind eingeladen, daselbst zu erscheinen.“ Der Präsident Herr Lachmann: „Ich erkläre die Versammlung für geschlossen.“

Rede von Cassalle

am 19. Mai 1863.

Meine Herren!

Die liberale Presse hat mir merkwürdige Vorwürfe gemacht über meinen Vortrag vom letzten Sonntag. Ich hätte vier Stunden gesprochen, das sei unerhört. Wie lange ein Redner spricht, meine Herren, das hängt nicht ab vom Redner, sondern von der Sache, und diese Sache ist so groß, daß es nicht möglich ist, sie auch nur einigermaßen erschöpfend in kürzerer Zeit zu erledigen. Luther hat gegen Eß 14 oder 17 Tage, ich weiß nicht genau augenblicklich wie viel, disputirt, und ich glaube, daß Ihre Sache, die Sache, um die es sich heute handelt, in keiner Weise geringer ist, als jene große Sache des sechszehnten Jahrhunderts. Dann hat man sich weiter darüber beschwert, daß ich Ihnen trockenes, statistisches, langweiliges Material vorgetragen hätte. Angenommen selbst, meine Herren, daß Sie dasselbe nicht interessiert hätte, so würde ich doch durchaus nicht anders haben verfahren können, und ich werde in aller Zukunft nicht anders verfahren. Es handelt sich hier um volkswirthschaftliche Fragen und nicht um Schönschwäzen. Sie sind noch nicht gewöhnt an dieses Material, darum muß es Ihnen in den Leib gestopft werden, es muß Ihnen Kenntniß und Geschmack daran beigebracht werden. Der Vorwurf ist um so komischer, als Dr. Büchner mir nach Berlin geschrieben hatte: Bringen Sie vor Allem statistisches Material mit. Ich habe dies gethan, ich habe, wie Sie gesehen haben, dies Verlangen in reichem Grade erfüllt, und nun machen mir die liberalen Blätter daraus einen Vorwurf! Aber welches ist denn der pikanteste Punkt dieser Sache? Die liberale Presse wirft mir vor, ich hätte in einem vier Stunden langen langweiligen Vortrag die Arbeiter ennuyirt. Meine Herren! Wenn das wäre, warum sind Sie denn heute hier? Warum ist denn dieser Saal gepfropft voll? Hat Sie Jemand gezwungen, hierher zu kommen? Sie sind freiwillig gekommen; Sie

sprechen hierdurch auf das Deutlichste aus, daß Ihnen dieses Material nicht zu trocken war; daß Sie auf der Höhe der Bildung stehen, die erforderlich ist, um den Ernst eines solchen Vortrages zu begreifen. Es spricht sich mit einem Wort darin auf das Vollständigste aus, um wie viel bereits in Folge des Ernstes seiner Gesinnung die Bildung des Arbeiterstandes die halbe Bildung unserer liberalen Zeitungschreiber überwiegt! (Großer Beifall.)

Ich werde jetzt da fortfahren, wo ich am Sonntag aufgehört habe. Ich habe da gezeigt, daß, wenn wir nur hundert Millionen hätten, wir nicht nur genug, sondern im Anfang sogar zu viel haben würden.

Man kann nun fragen, woher diese hundert Millionen nehmen? Meine Herren! Ich werde und kann Ihnen allerdings hier nicht eine lange finanzwissenschaftliche Theorie entwickeln, aber einen flüchtigen Blick muß ich Sie doch darauf werfen lassen, wie leicht, ja wie spielend leicht es wäre, diese hundert Millionen zu beschaffen, ohne daß der arme Bauer, wie die liberale Presse gesagt hat, einen Pfennig aus seiner Tasche dazu herzugeben brauchte. Ich werfe die Frage auf: worauf beruhen die Banken, welche Banknoten ausgeben? Worauf, sage ich, beruht das Profitable eines solchen Unternehmens? Auf nichts Anderem, als auf Folgendem:

Wenn eine Bank z. B. hundert Millionen in ihre Kasse legt, so kann sie nun 400 Millionen in Banknoten ausgeben und dies beruht lediglich auf der Erfahrungsthatsache, daß nie mehr als ein Viertel der Banknoteninhaber sich gleichzeitig präsentiren, um ihre Zettel gegen baares Geld einzuschleusen. Auf diesem einfachen Grundsatz, auf dieser Erfahrungsthatsache beruhen sämtliche Banken, die Banknoten ausgeben, in ganz Europa. Diese Thatsache ist ein soziales Faktum, eine in der Natur Aller¹⁾ liegende Thatsache. Keiner hat diese Thatsache gemacht, nicht Peter, noch Christoph, noch Wilhelm. Es ist ein soziales Elementargesetz, gerade so, wie es natürliche Elementargesetze giebt. Wer dieses Gesetz ausbeutet, der hat also im unterstellten Beispiel 300 Millionen zu seiner Benutzung, ohne daß sie ihm an-

1) Besser wäre: in der Natur des bürgerlichen Wirthschaftslebens. Beiläufig zeigt auch diese Auseinandersetzung, daß Cassalle die Möglichkeiten der Kreditbeschaffung und der Kreditwirthschaft bedeutend überschätzte.

gehören, ohne aber auch, daß sie irgend ein Anderer entbehrt. Denn den Banknoteninhabern, den wirklichen Gläubigern dieses Institutes, vertreten die Banknoten denselben Dienst, den ihnen der Silberthaler geleistet hätte. Ueberdies, es ist nicht einmal zu konstatiren: Wer ist der Gläubiger dieser Bank? Ich, Sie, wir Alle, Jeder, der auf einen Moment lang einen Thaler in der Tasche hat, der in der nächsten Viertelstunde schon bei einem Anderen ist.

Ich sage also, wer diese soziale Thatsache ausbeutet, der hat zu seiner Benutzung im unterstellten Beispiel 300 Mill., ohne daß er sie irgend einem Andern entzieht.

Ist es nun nicht eine Sünde und Schande, daß man, wie gleichwohl heutzutage in den meisten Staaten der Fall ist, einzelnen Kapitalisten oder einzelnen Gesellschaften von Kapitalisten die Konzession ertheilt, dieses in der Natur Aller wurzelnde Faktum für ihren besonderen Vortheil auszubeuten? Was in der Natur Aller wurzelt und nur durch diese, durch keine individuelle That, hervorgebracht ist, — das dürfte doch auch wieder nur Allen, d. h. dem Staate, zu Gute kommen! Der Staat dürfte also nicht, wie es jetzt in so vielen Ländern der Fall ist, Privatgesellschaften konzessioniren, die Banknoten ausgeben. Es dürften auch nicht, wie in Preußen gemischte Banken bestehen, sondern wenn Etwas, so ist dieses, gerade so wie die Münze, ein nothwendiges Staatsregal. Wir müßten also eine deutsche Staatsbank haben, eine Bank von Deutschland, — und dann, sehen Sie, meine Herren, dann hätte ja der Staat das Geld, das er für diese Assoziationen braucht, doppelt und dreifach, und ohne daß es dem „armen Bauer,“ wie die Berliner „Volkszeitung“ gemeint hat, einen Pfennig kostete!

Aber Herr Schulze-Delitzsch scheint zu glauben, daß das Geld oder der Kredit des Staates Fluch bringe! Er hat in dem Vortrage, den er in Berlin gegen mich gehalten hat, Bezug genommen auf die subventionirten Assoziationen, die in Paris im Jahre 1848 durch den Staat eingerichtet wurden, und hat gesagt, diese Assoziationen seien alle zu Grunde gegangen,¹⁾ und das sei nicht anders möglich, wenn man

1) Eine irrige Annahme Lassalle's, die durch ungenaue Zeitungsberichte veranlaßt wurde. Thatsächlich hatte Schulze nur gesagt, daß von 56 staatlich subventionirten Assoziationen kaum noch 10 bestünden. Vgl. „Kapitel zu einem deutschen Arbeiter-Katechismus“ S. 166.

auf Staatsubvention baue, statt auf eigene individuelle Selbsthülfe.

Beiläufig: Sie müssen nicht, meine Herren, diese Pariser subventionirten Assoziationen mit den Pariser Nationalwerkstätten verwechseln. Man hat mir von Seite anderer Gegner vorgeworfen, ich wolle die Nationalwerkstätten aufwärmen. Das beruht auf tiefer Unwissenheit, denn die Nationalwerkstätten haben niemals produktive Arbeit getrieben. Sie bestanden lediglich darin, daß man eine große Anzahl brodlos gewordener Arbeiter durch öffentliches Almosen alimentirte und, damit diese große Masse nicht ganz müßig ging, unproduktive Erdarbeiten von ihr verrichten ließ. Ich habe das in der Presse widerlegt, in einem Artikel, der in verschiedenen Zeitungen erschienen ist. Aber so sehr spekulirt man auf die öffentliche Unwissenheit, daß man nichtsdestoweniger, nachdem in drei oder vier Zeitungen jener Artikel erschienen war, in Stuttgart einer Zeitungsnachricht zufolge den Arbeiterverein beschließen ließ, daß ich nur wieder die französischen Nationalwerkstätten aufwärmen wolle.

Herr Schulze hat das nicht gesagt; er sprach von den subventionirten Assoziationen, die sich in Paris erst nach dem Untergang der Nationalwerkstätten gebildet haben. Ist es denn aber wahr, was er behauptet, daß die mit Hülfe dieses Staatskredits gebildeten Gesellschaften alle untergegangen sind? Nein, meine Herren! Es ist durchaus nicht wahr; es haben im Gegentheil mehrere davon sogar die glänzendsten Geschäfte gemacht und ich werde Ihnen sofort die Beweise vorlegen.

Zunächst, wäre es ein Wunder, wenn jene in Paris votirten Kredite keine günstigen Folgen nach sich gezogen hätten? Es wäre kein Wunder und würde gar Nichts gegen meine Vorschläge beweisen, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Wie viel glauben Sie wohl wurde überhaupt votirt? Es wurden votirt — (ich trage Ihnen diese Thatfachen aus dem betreffenden Werke des Professor Huber vor, das Schulze-Delisch kennt und kennen muß, und beziehe mich deswegen nur auf dieses deutsche Werk, das ihm jedenfalls bekannt ist) — es betrug also die vom Staat votirten Summen 2 800 000 Franks. Das war der Kredit, der damals votirt wurde. „Von dieser Gesamtsumme“, sagt Huber¹⁾,

1) Die gewerbl. und wirthschaftl. Genossenschaften. p. 78.

„fielen 26 Subventionen zu 1 800 000 Franks auf einige zwanzig große Fabrikherren in den Provinzen, auf Bourgeois, bei denen die Bildung einer Assoziation mit ihren Arbeitern handgreiflich nur ein Vorwand war, um das durch die schlimmen Zeiten gefährdete Geschäft zu retten. Nachher war von irgend einem genossenschaftlichem Antheil oder einer Beteiligung der Arbeiter nicht mehr die Rede. Von wirklichen associations ouvrières (Arbeiter-Assoziationen) wurden nur 30 mit 890 000 Franks und zwar ausschließlich in Paris subventionirt.“ So Huber, 890 000 Franks sind nicht einmal ganz 240 000 Thaler. Sie würden also sich nicht wundern können, wenn mit einer solchen Summe, mit einem Experiment so sehr im Kleinen, auch kein großes Resultat herbeigeführt worden wäre. Aber nicht nur das. Hören Sie, was Huber weiter über den Geist sagt, in welchem diese Summe verwendet wurde. Es herrschte nämlich damals, wie Ihnen aus der Geschichte bekannt ist, bereits die äußerste Reaktion in Paris; Huber sagt: „Die Zinsen, welche nominell 5 Prozent betragen (die Zinsen nämlich, welche die Arbeiter dem Staate für diese Subvention zu entrichten hatten), stiegen durch allerlei Nebenlasten auf etwa 10 Prozent. Die Kontrolle wurde ganz im Sinne der peinlichsten bureaukratischen Verwaltung festgestellt und bald mit unverkennbarer Feindseligkeit oder gänzlicher Rücksichtslosigkeit und Gleichgültigkeit gegen das Prinzip und gegen den Versuch gehandhabt. Nach dem Staatsstreiche zumal konnte an der unbedingten Mißlieblichkeit der Assoziationen kein Zweifel sein.“ Sie sehen, meine Herren! wenn dieser votirte Kredit mit dieser Feindseligkeit gegen das Prinzip selbst verwendet und verwaltet wurde, so würde auch gar kein Schluß daraus gezogen werden können, wenn der Versuch nicht die geringste glückliche Folge gehabt hätte! Aber trotz Alledem, trotz der minimalen Geringsfügigkeit dieser Summe, trotz der durch die Nebenlasten bis auf 10 Prozent gesteigerten Zinsen und besonders trotz dieses Geistes der Feindseligkeit, in welchem dieser Kredit von den Administrativbehörden verwaltet wurde, haben dieselben eine Anzahl von Assoziationen in das Leben gerufen, von denen mehrere sogar die glücklichsten Geschäfte gemacht haben. Ich will mich wiederum bloß auf die Beispiele beziehen, die Huber in seiner Schrift mittheilt.

Zuvor will ich Ihnen aber noch einen Satz der Huberschen Schrift anführen, der zu bemerkenswerth ist, um hier nicht eingeschaltet zu werden. Professor Huber geißelt nämlich auf die verdienteste Weise die Gleichgültigkeit und die Abneigung, welche die gebildeten Stände und vor Allem die Presse gegen diese Sache damals an den Tag gelegt hätten. Er sagt: „Bei der Masse der Gebildeten, Reichen, Angesehenen und in der Presse tiefes Ignoriren, die vollkommenste Gleichgültigkeit der Selbstsucht in ihren mannigfachen Formen; bei einigen wenigen doktrinäre oder bureaukratische reaktionäre Schadenfreude über das vermeintliche Mißlingen mißliebiger Doktrinen oder Bestrebungen; dieselbe Stimmung, nur in wo möglich gesteigertem Maß, finden wir vier Jahre später. Man hatte bona fide Alles vergessen oder niemals Etwas gewußt! Daß die Presse allzubereit war, dieser Haltung des Publikums oder der Staatsgewalt zu entsprechen, das bedarf wohl keiner besondern Versicherung. Darin, wie in so manchen andern Sünden, worin sie ihren Mangel eines höheren Berufs erweist, wird sie sich vergeblich mit ihrer Unfreiheit entschuldigen.“ So Professor Huber, — und wie sehr, meine Herren, ja in wie erhöhtem Grade wendet sich dieses Urtheil auch auf das gegenwärtige Verhalten der liberalen Presse in Deutschland an! Nichtsdestoweniger haben, wie ich Ihnen bereits gesagt, manche jener Assoziationen sogar die glänzendsten Resultate gehabt. Die Beispiele, die Huber hierfür anführt¹⁾, sind erstens die Assoziation Remquet, eine Buchdrucker-Assoziation. Diese wurde im September 1849 gebildet, statutenmäßig für 10 Jahre, so daß sie sich nach Verlauf der 10 Jahre auflösen sollte. Sie wurde gebildet mit einer Staatssubvention von 80 000 Franks, also etwas über 20 000 Thaler; und als sie

¹⁾ Andere bei Lemercier, *Etudes sur les associations ouvrières*, p. 125. Ueberdies ist noch zu bemerken, daß, wie Lemercier bezeugt, viele Assoziationen, welche bereits die besten Geschäfte machten, nach dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 sich sofort freiwillig auflösten. Die der Verwendung der Staatssubvention vorgelegte Behörde — le conseil d'encouragement — versammelte sich gar nicht mehr seit dem Staatsstreich, wie Lemercier gleichfalls konstatiert, — und andererseits streckten die in günstigster Entwicklung befindlichen Assoziationen vor der Kontrerevolution von selbst das Gewehr. So wenig ist die ökonomische Befreiung des Arbeiterstandes mit der Reaktion verträglich!

sich ihren Statuten zufolge im Jahre 1859 auflöste, da wurde, nachdem diese Subvention an den Staat, wie alle andern Passiva, abgezahlt worden waren, der angesammelte Gewinn unter die Arbeiter vertheilt und zwar kamen im Durchschnitt 10—11 000 Franks auf jeden dieser Arbeiter, also nicht viel unter 5000 Gulden. Der Antheil wechselte nämlich von 7000 Franks, für die Wittwen der inzwischen verstorbenen Arbeiter, bis auf 18 000 Franks. Ich brauche Ihnen bloß die Profite vorzulesen, welche von dieser Assoziation jährlich zurückgelegt wurden, um Ihnen ein deutliches Bild von den Vortheilen der Assoziation zu geben. Im ersten Jahre war gar kein Profit, denn, wie Sie begreifen, aller Anfang ist schwer. Im zweiten Jahre war der zurückgelegte Profit 4494 Franks, also sehr gering. Im dritten Jahre 6224 Fr., im vierten Jahre 8500, im fünften Jahre 10 684, im sechsten Jahre 14 357, im siebenten 10 971, im achten 11 427 und im neunten 14 821.¹⁾ Aehnliche Geschäfte hat die gleichfalls subventionirte Assoziation der Goldarbeiter gemacht, die *association d'ouvriers bijoutiers en doré*. Aehnliche Geschäfte hat die gleichfalls vom Staate subventionirte Tischler-Assoziation gemacht, die nach ihrem Gründer *monsieur Antoine* genannt wurde. Sie sehen also, um mich mit diesen Details zu begnügen, es ist unwahr, was Herr Schulze sagt, daß die vom Staat subventionirten Assoziationen in Frankreich sämmtlich untergegangen seien.²⁾ Das Geld oder der Kredit des Staates bringt keinen

1) Man braucht nur die Summe der hier aufgeführten Geschäftsgewinne mit den an die einzelnen Genossenschaftler, bezw. deren Erben ausgezahlten Gewinnantheile zu vergleichen, um sich zu überzeugen, daß es auch mit dieser Assoziation Remquet seine sehr eigne Bewandniß gehabt haben muß. D. H.

2) Die Worte des Herrn Schulze hierüber in der „Nat.-Ztg.“ vom 2. April (und Nr. 155) lauten: „Ja wohl, diese ersten Arbeiter, die zu Assoziationen zusammentraten, sind an's Ziel gelangt, weil sie sich auf sich selbst stellten und ihre Kraft gebrauchten. Also weil und nicht trotzdem sie ohne Hülfe des Staates sich zusammen-thaten; hätte sie der Staat patentirt, dann würde voraussichtlich Nichts aus ihnen geworden sein. Dies beweisen die Assoziationen in Frankreich. Dort wurden gleich nach der Februar-Revolution 3 Millionen Franks für diese Zwecke dekretirt. Davon wurden 56 Vereine unterstützt und diese sind sämmtlich eingegangen, während alle diejenigen, welche noch jetzt blühen, keine Subvention erhalten und nur ihrer eignen Kraft vertraut hatten.“ (!!!) (Wie schon oben bemerkt, ist das Zitat der „Nat.-Ztg.“ unrichtig. D. H.)

Fluch, wie Herr Schulze glaubt, und läßt sich grade eben so gut industriell verwenden, wie jedes andre Geld oder jeder andre Kredit.

Aber, hat man eingeworfen, die Landarbeiter, — wie steht es denn mit denen? Die sind doch noch eine größere Zahl, als die industriellen Arbeiter. Die liberale Presse hat sogar in Berlin die Vermuthung aufgestellt, ich würde wahrscheinlich vorschlagen, daß Parzellirungen stattfinden müßten für die ländlichen Arbeiter.¹⁾ Das betreffende Blatt war so unwissend, noch nicht einmal zu wissen, daß alle Sozialisten, die existirt haben, die Parzellirung, nachdem sie historisch für die Vergangenheit ihr Gutes gehabt hat, und mit einziger Ausnahme solcher Gegenden, wo gartenmäßiger Betrieb stattfindet, für eine Quelle der nationalen Verarmung und der Verminderung des Getreide-Extrages betrachten und vor Allem grade bei der Agrikultur nur im Großbetrieb die Quelle des nationalen Reichthums und die Vermehrung des Rohertrages der Aecker erblicken. Was also werde ich auf jenen Einwurf antworten, daß doch auch die ländlichen Arbeiter zu den nothleidenden Klassen gehören und derselben Hülfe bedürftig seien, wie die industriellen? Nun, nichts Anderes, als daß dieser Einwurf meine eigenste Meinung, daß dieser Einwurf gar kein Einwurf ist! Wer spricht denn davon, daß bloß den industriellen Arbeitern geholfen werden sollte? Ich doch nicht! Ich habe Ihnen doch im Gegentheil in meiner Broschüre von den 89—95 Procent Nothleidenden gesprochen, welchen der Staat gehört, so daß hierin also doch alle Klassen, Berufsstände und Arten von Arbeitern eingeschlossen sind! Ich habe somit deutlich genug für Jeden, der irgend verstehen kann, die Meinung ausgesprochen, daß allen unbemittelten Klassen geholfen werden solle und müsse, wie denn ja auch für Jeden, der das Geringste von der nationalökonomischen Materie versteht, das Interesse aller Kapitallosen ein solidarisches ist. Warum aber, meine Herren, — um anderer und noch wirksamere Maßregeln zu geschweigen, die grade in Bezug auf den Ackerbau zur Anwendung kommen könnten und deren Entwicklung hier überflüssig und zu weit führend wäre, — warum sollte denn, frage ich, den Landarbeitern durch die

¹⁾ Die „Volks-Zeitung“ ist es, welche diese seltene Sachkenntniß entwickelt hat.

Assoziationen nicht eben so gut geholfen werden können, wie den industriellen Arbeitern? Bewiesen ist dies durch gar nichts! Hören Sie den größten englischen Ökonomen, John Stuart Mill, über diese Frage. Er sagt wörtlich: „Es läßt sich vernünftigerweise nicht bezweifeln, daß eine Dorfgemeinde, die aus wenigen Tausend Bewohnern besteht, als gemeinsames Eigenthum die nämliche Bodenfläche bebaut, welche die jetzt vorhandene Bevölkerung ernährt, und die mittelst vereinter Arbeit und der besten Verfahrungsweise die erforderlichen Fabrikate anfertigt, im Stande wäre, so viel Produkte hervorzubringen, um sich in angenehmen Verhältnissen zu erhalten. Eine solche Gemeinde würde auch die Mittel finden, um von jedem arbeitsfähigen Mitglied des Gemeinwesens die Feldarbeit zu erhalten oder erforderlichen Falls zu erzwingen.“ Also John Stuart Mill erklärt gradezu, es ließe sich das vernünftigerweise nicht einmal in Zweifel ziehen. Wollen Sie eine noch größere Autorität in dieser Frage? So werde ich Ihnen den Freiherrn von Thünen citiren, eine noch größere Autorität deshalb, weil er einerseits einer der ausgezeichnetsten Männer der ökonomischen Wissenschaft, andererseits einer der ausgezeichnetsten praktischen Landwirthe Deutschlands war. Er hat im zweiten Bande seines berühmten Buches: „Der isolirte Staat“, den er im Jahre 1850 veröffentlicht hat, sich gleichfalls für die Assoziation der ländlichen Arbeiter ausgesprochen. Ja, ein großer und edel denkender Mann wie er war, hat er auf seinem Gut Tellow in Mecklenburg bereits im Kleinen eine Assoziation seiner Leute angelegt, damit sie Antheil nehmen sollten an der steigenden Produktivität, an dem steigenden Ertrag seiner Aecker. Er hat den Plan und das Reglement, welches er dieser Assoziation zu Grunde legte, in jenem Werke, das ich citirt habe, veröffentlicht. Freilich! Kaum war das erschienen, so kam die Tübinger Zeitschrift und rief aus: Thünen ist Sozialist!

So oft ein großer Mann der Wissenschaft es sich hat daran gelegen sein lassen, Mittel und Wege zu finden, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern, so hat man ihn immer mit diesem Schlagwort zu Boden zu schmettern gesucht: Sozialist! Nun, meine Herren, wenn man dies unter Sozialismus versteht, daß wir suchen, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern und ihrer Noth abzuhelpen, — nun dann ist 33 000 Teufels Namen, dann sind wir Sozialisten! (Allge-

meines Bravo!) Glaubt man, ich würde mich vor einem Worte fürchten? Ich nicht! Und sollten Sie so furchtsam sein? Ich hoffe Nein! — Warum habe ich denn nun also in meinem Antwortschreiben nicht besonders von den ländlichen Arbeitern gesprochen? Nun, aus dem überaus einfachen Grunde, weil sie ja schon ohnehin in die 89 bis 95 Procent der dürftigen Klasse, von denen ich spreche und denen geholfen werden soll, eingeschlossen waren und der Anfang, der praktische Anfang allerdings zunächst mit den industriellen Arbeitern gemacht werden muß. Warum? Der ländliche Arbeiter, meine Herren, ist in vieler Hinsicht, wenn z. B. auf Geldlohn gesehen wird, in einer noch schlechtern Lage als Sie, in mancher Hinsicht wiederum in einer bessern. Dies entscheidet also die Frage nicht. Was die Frage entscheidet, mit welcher Arbeitsart praktisch der Anfang gemacht werden muß, ist folgender Umstand. Der ländliche Arbeiter, und wenn er auch nur ein Ruhgut hat, wenn er sogar seinen Getreideacker nur mit Hacke und Spaten bearbeitet, bildet sich immer noch ein, ein Eigenthümer zu sein; er ist noch nicht disponirt zur Assoziation, und diese Disposition dazu, die Bereitwilligkeit, die kann nicht erzwungen werden. Aber hervorgerufen kann sie werden durch Erfolge, hervorgerufen kann sie werden, sage ich, und zwar nur durch das Eine: dadurch nämlich, daß der ländliche Arbeiter den großen Erfolg bei den industriellen Arbeitern sieht.

Wenn er diese in einer ganz andern Lage sehen wird und auf seine Frage, woher dies Alles kommt, die Antwort erhalten wird: durch die Assoziation, — dann wird sich auch bei ihm dieselbe Bereitwilligkeit und Geneigtheit zur Assoziation einfinden, die heute bereits in dem industriellen Arbeiterstande eine so vorwiegende ist. Zugleich werden durch die große Assoziation der industriellen Arbeiter, wie ich Ihnen vielleicht ein andermal näher ausführen werde, ganz neue Produktionsverhältnisse entstehen, welche auch die Bewirthschaftung des Bodens im Großen ebenso nothwendig, als leicht ausführbar machen und dadurch eine Quelle der Bereicherung für die ganze Gesellschaft, eine Quelle einer erstaunlichen Vermehrung der gesammten nationalen Produktion, herbeiführen würden.

Die industriellen Arbeiter sollen also nur die Avantgarde der Menschheit bilden, und bemerken Sie vor Allem

Folgendes: Indem der Lohn der gemeinen Handarbeit geändert wird (es ist dies der wichtigste von allen Grundsätzen, den ich Ihnen einschärfen kann, für die Beurtheilung der Frage) — indem der Lohn, sage ich, der gemeinen Handarbeit geändert wird, ändern sich auch durch organische Rückwirkung die Preise aller andern Arbeiten in der menschlichen Gesellschaft, welchen Namen sie auch tragen mögen.

Alle menschliche Arbeit theilt sich nämlich im Allgemeinen ein in die gewöhnliche physische Arbeit und in die sogenannte qualifizierte Arbeit, die selbst wieder ihrerseits in eine große Anzahl von Abstufungen und Verschiedenheiten zerfällt. Der Lohn der gemeinen Arbeit oder der gewöhnlichen physischen Handarbeit ist aber normirend, d. h. er bildet die bestimmende Grundlage für die Vergütung aller andern qualifizirten Arbeiten in der menschlichen Gesellschaft.¹⁾ Ich werde Ihnen dies an einem sinnlichen Vergleich klar machen, welchen Sie fest halten wollen; er trifft genau zu. Wonach bemißt sich eine Erhöhung? Durch ihren Abstand vom Niveau. Steigern Sie, heben Sie das gesammte Niveau, so ist mit ihm auch jener Höhepunkt selbst gehoben. Ich werde Ihnen das nun an einem konkreten Beispiel klar machen.

Als ich in Leipzig am 16. April vor den Arbeitern gesprochen hatte und von der Tribüne herunterstieg, kam ein wohlwollender Bourgeois auf mich los und sagte: ich habe Ihnen ganz aufmerksam zugehört; aber Sie haben mich nicht überzeugt! Warum? fragte ich. „Aus einem ganz einfachen Grunde, antwortete der Mann. Ihr Mittel hilft nicht Allen. Der kleine Beamte, der etwa dreihundert Thaler erhält, ist, wie Sie nicht werden leugnen können, in einer relativ eben so schlechten Lage als der Lohn-Arbeiter. Wollen Sie nun auch die kleinen Beamten assoziiren? Das geht doch nicht.“ Und der Mann sah mich an mit wohlwollenden Augen und zugleich freudestrahlend über seinen Scharfblick. Ich sagte: Sie haben recht; assoziiren können wir die kleinen Beamten freilich nicht, aber überlegen Sie Folgendes: daß in einer

1) Wobei indeß zu bemerken ist, daß der Begriff der qualifizirten Arbeit in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft sich oft verschiebt, so daß grobe physische Arbeit als qualifizirte und sehr geistig anstrengende als unqualifizirte gilt. D. S.

Gesellschaft, in welcher, wie das heutzutage der Fall ist, der Lohn der einfachen Handarbeit 100 bis 120 oder 150 Thlr. jährlich steht, daß in einer solchen Gesellschaft der Staat Beamte findet für 200 und 300 Thaler, das kann nicht Wunder nehmen. Nehmen Sie aber an, es wäre gelungen, das Einkommen des gewöhnlichen Lohnarbeiters z. B. auf 600 Thaler zu steigern — glauben Sie denn wirklich, daß der Staat da noch würde kleine Beamte finden können, die für 200 oder 300 Thaler qualifizirtere Arbeit verrichteten? Ei, diese Leute würden ja viel profitabler thun, unter die gewöhnlichen Lohn-Arbeiter zu gehen! (Unhaltender Beifall.) Halten Sie dieses Beispiel fest und wenden Sie es an und übertragen Sie es auf alle andern Fälle. Es ist überall gleich richtig. Die qualifizirte Arbeit wird immer in demselben Verhältniß mit der Vergütung der gewöhnlichen physischen Arbeit fortschreiten müssen. Wenn dies nicht der Fall wäre, wenn die Vergütung der geistigen und qualifizirten Arbeit überhaupt sich nicht in demselben Verhältniß steigerte mit der Vergütung der gewöhnlichen physischen Arbeit, so würde das die Mühe, die Kosten und die Vorbereitung, welche jede qualifizirte und geistige Arbeit voraussetzt, nicht mehr lohnen; es würde somit anfangen, an Leuten, die diese Art von Arbeit liefern, in der Gesellschaft zu fehlen und die Gesellschaft würde sich somit entschließen müssen, den verhältnißmäßig höhern Preis für diese qualifizirte Arbeit zu bezahlen.¹⁾ Alles nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, nach welchem ich eben so gut wie meine Gegner entwickle, wie Sie sehen!

Ich verlange also vom Staate nur den kleinen Finger! Von selbst würde sich daraus mit der Kraft des fortzeugenden Lebens alles Weitere organisch entwickeln. Wer 50 Jahre nach dieser Maßregel wieder auf die Welt käme, würde sie nicht wieder erkennen!

Und nun sehen Sie, meine Herren, wie sich selbst zerstörend die Vorwürfe sind, die meine Gegner mir machen! Hätte ich verlangt, daß mit einem Male, mit einem Schlage, allen Menschen geholfen werden solle, so hätte man mir zugerufen: der Unsinnige, der Rasende! er will durch Staatsdekrete Allen helfen auf einmal! Und da hätte man Recht gehabt. Jetzt, wo ich eine allmähliche, eine für Alle

¹⁾ Vgl. die vorstehende Note. D. S.

bestimmte, aber allmähliche Hülfe verlange, ruft man: die Landbevölkerung — er will der Landbevölkerung nicht helfen, und nur den industriellen Arbeitern! Sie sehen, meine Herren, das ist nicht wahr; die Landbevölkerung wie die industriellen Arbeiter, die ländlichen Arbeiter wie die Fabrik- oder Handwerks-Arbeiter, und ebenso diejenigen, welche qualifizirtere Arbeit aller Art verrichten, also auch die kleine Bourgeoisie der großen gegenüber, Alle sollen durch die Assoziation und ihre Wirkungen in eine andre Lage versetzt werden. Aber wenn ein Heer sich in Marsch setzt, so geschieht dies nicht auf einem Fleck und mit einem Mal, sondern die Vorhut marschirt voran, und aus zehntausend Gründen, die ich hier nicht weiter entwickeln kann, sind die industriellen Arbeiter die Vorhut der Menschheit!

Herr Schulze wirft mir vor, ich hätte einen unglücklichen Zwiespalt zwischen die besitzenden und arbeitenden Klassen geworfen; ich hätte versucht, sie mit einander in Konflikt zu bringen. Wenn irgend Etwas, so ist das nicht wahr! Seht Ihr nicht vielmehr, daß die gegenwärtige Agitation gerade die entgegengesetzte Bedeutung hat? Es ist ein Ruf der Einwirkung auf die öffentliche Ueberzeugung und das öffentliche Gewissen, mit dem ich mich erhoben habe. Es wäre das großartigste Kulturfaktum, es wäre ein Triumph des deutschen Namens und der deutschen Nation, wenn in Deutschland die Initiative in der sozialen Frage gerade von den Besitzenden ausginge, wenn sie austräte als ein Produkt der Wissenschaft und der Liebe, nicht als eine Gährung des Hasses und der wilden sansculotischen Wuth! Und gerade das ist ja aber auch der Fall! Die Männer, welche die Initiative in dieser Bewegung ergriffen haben, ich, Rodbertus, Buttkc, Bucher, Dr. Th. Müller¹⁾ hier, den Sie kennen, wir alle gehören durch Wissenschaft wie durch Besitz den besten Schichten der besitzenden Klassen an.

Sieht man denn nicht, daß dies eine großartige That-sache der Klassenversöhnung ist und daß man gerade nur durch die Wuth ohne gleichen, mit welcher man sich unseren Bestrebungen entgegenwirft, einen Konflikt und einen Haß unter den Klassen zu erzeugen droht? Wenn es gelänge, diese Bewegung todt zu machen, wenn es gelänge, meine Herren, künftige Männer der Wissenschaft von einer ähnlichen

1) Vorstand des Arbeiterbildungsverein zu Frankfurt a. M.

Initiative abzuschrecken — —, nun gerade dann würde nichts Anderes die Folge davon sein, als daß wir in einigen Decennien an einer wilden proletarischen Revolution stünden und sich die Schrecken der Junischlacht auch für uns wiederholten! Das darf nicht sein und das soll nicht sein.

Aber eben deshalb handelt es sich darum, zeitig die Ventile zu öffnen, um einer Explosion vorzubeugen. (Lang anhaltendes Bravo!)

Gerade darum habe ich es auch für nöthig gehalten, im vollen Frieden die Fahne dieser Agitation zu erheben. — Der europäische Himmel hängt voll schwerer Wolken, und Viele haben mich gefragt, warum ich nicht gewartet habe, bis Ereignisse anderer Art mir meine Bestrebungen erleichtern. Aber nein! Ich weiß sehr gut, daß man bei einer durch äußere Ereignisse hervorgerufenen Fieberhitze weit leichter große Erfolge erringen, gewisse Positionen im Sturm davontragen kann.

Aber solche, bloß durch diese Treibhauswärme hervorgerufenen Erfolge sind dann Putsch, Ueberraschungen ohne Dauer und ohne Halt; nicht eine in sich feste soziale Partei, sondern wilde Appetite, eine Masse, ebenso schnell zerronnen wie gewonnen, stünde dann hinter diesem Banner. Und ferner, eine soziale Bewegung, die in den Tagen der Gewalt aufsteht, die gerade könnte den besitzenden Klassen Haß und Furcht einflößen, und Haß und Furcht hervorrufen.

Darum habe ich im tiefen Frieden dieser Ueberzeugung Gelegenheit geben wollen, sich durchzukämpfen und sich durchzubohren. Ich habe es schon Ihren Brüdern in Leipzig gesagt: Sie dürfen die Besitzenden nicht hassen, weder die Bourgeoisie im Allgemeinen, noch etwa die Unternehmer und Meister im Besonderen. Unsere Bourgeoisie hat die bestehenden Zustände nicht gemacht; sie ist nicht der Produzent dieser Zustände, sondern nur ihr unwillkürliches Produkt. Die besitzende Klasse muß vielmehr selbst und freiwillig ihre Intelligenz und Einsicht dazu hergeben, um mit gutem Willen die Fesseln von Ihren Füßen zu feilen.

Aber dazu ist vor Allem Eines nöthig, dieses: daß Sie konstatiren, daß Sie diese Fesseln tragen und fühlen; dazu ist nöthig, daß Sie Ihr Verlangen konstatiren, daß man sie Ihnen abnehme. Wenn Sie sich diese Fesseln fortflügen lassen, wenn Sie sich dahin bringen lassen, sie selbst abzuleugnen, meine Herren, — wenn Sie mit einem Worte

sich selbst verlassen, dann wird Sie, und zwar mit Recht, Gott und die Welt verlassen!

Aber eines der Argumente, die Schulze in Berlin gegen mich vorgebracht hat, scheint dort wie anderwärts einen besonders großen Eindruck gemacht zu haben, und gerade dieses Argument ist es, worüber ich mich auf das Lebhafteste und zwar in Ihrem Interesse beschweren muß.

Herr Schulze schließt seinen Vortrag in Berlin bei den Arbeitern der Tonhalle mit folgenden Worten, die ich hier wörtlich aus der Nationalzeitung vorlesen werde: „Und nun, meine Herren, mit mir sind auch Die angegriffen, die mit mir gearbeitet haben, und die den Arbeitern durch ihre Bemühungen das Kapital, über das sie gebieten, flüssig machten. Wenn Sie zwischen Herrn Lassalle und uns wählen sollen, dann brauchen wir nur zu sagen: dort Redensarte und hier Kapital; wir werden sehen, wer es am längsten aushält.“

Drei Dinge sind es, die ich hier zu bemerken habe. Zunächst ist es nicht wahr, daß ich Herrn Schulze persönlich angegriffen; ich habe vielmehr seinen Absichten damals in meiner Broschüre eine vielleicht selbst übermäßig warme Anerkennung widerfahren lassen. Das aber wäre doch unerhört, wenn Herr Schulze den Nachweis, den objektiven Nachweis, daß seine Bestrebungen die Lage des Arbeiterstandes nicht bessern können, für einen Angriff auf seine Person ausgeben wollte; inzwischen das ist das Wenigste. Aber was liegt ferner in jenen Worten, die ich Ihnen vorgelesen habe? Ich habe nicht verlangt von den Arbeitern, daß sie die Schulzeschen Assoziationen aufgeben sollen; dies ist mir nicht eingefallen. Ich habe den Arbeitern keine solche Alternative gestellt! Ich habe den Arbeitern bloß ausgeführt, daß diese Assoziationen niemals dem Arbeiterstand helfen könnten, sondern daß sie nur Einzelnen und auch nur in einer beschränkten und sehr bald vorübergehenden Weise helfen können. Ist damit gesagt, daß sie nun solchen Assoziationen sich entziehen oder solche Assoziationen nicht bilden sollen, weil diese nur vorübergehend, nur Einzelnen, nicht aber dem ganzen Arbeiterstande helfen? Gewiß nicht, meine Herren! Warum sollten Sie nicht sehen, sich auch einstweilen als Einzelne zu helfen, so gut es geht? Es wäre gerade so, als wenn Jemand einem Einzelnen, der irgendwo besseren Lohn bekommen könnte, sagen wollte, er solle das nicht thun, weil da-

durch nicht der ganzen Klasse geholfen wird! Das wäre also lächerlich. Ich also stellte Ihnen in meiner Broschüre eine solche Alternative zwischen mir und den Schulze'schen Assoziationen nicht. Warum stellt sie Euch Schulze? Warum, wenn er Euch und Eure Sache und die Sache Eures Standes wirklich liebt, warum bedroht er Euch mit der Entziehung jener Kapitalien? Ich habe mich an Ihre Vernunft gewendet — und Schulze-Deißsch antwortet mir mit einer praktischen Drohung!

Aber ferner, meine Herren, was liegt zweitens in dieser Drohung? Ihr seid also nicht unabhängig in Eueren Assoziationen und es ist nicht Selbsthilfe, wie Schulze Euch vorsagt?! Ihr seid, wie seine Drohung zeigt, von dem guten Willen einzelner Kapitalisten abhängig? Das ist die Freiheit und Unabhängigkeit bei Schulze? so widerspricht er sich selbst! Nun, ehe ich von dem Belieben und der Laune einiger weniger Kapitalisten abhängig wäre, dann wollte ich doch, wenn dies anders bei mir der Fall wäre, lieber noch vom Staate abhängig sein, d. h. von dem gesammten geistigen Schicksal der Menschheit und seinem Wandel, als von der Laune einiger weniger Kapitalisten. (Allgemeines Bravo!)

Ueberdies, meine Herren, habe ich das nur als Gegensatz erwähnt; denn wie ich Ihnen das letzte Mal ausgeführt habe, in dem System dieser Kredite, die der Staat für Sie zu votiren hat, ist keine Abhängigkeit irgend welcher Art, um so weniger, als ich Sie darauf hingewiesen habe, daß Sie nur durch und mit dem allgemeinen und direkten Wahlrecht diese Forderung erlangen können, das allgemeine Wahlrecht aber sich schwer mit einem reaktionär und bürokratisch verwalteten Staat verträgt.

Zwar, man hat gesagt: das allgemeine Wahlrecht ist doch keine Wünschelrute. Gewiß nicht! Das weiß ich sehr wohl; aber ich werde Ihnen sagen, was es ist. Es ist jene Lanze, die selbst die Wunden heilt, die sie geschlagen hat. Es ist vollständig möglich, daß Sie beim allgemeinen Wahlrecht ein- und zwei- und dreimal schlecht wählen. Gründet man aber eine politische Institution für die zwei oder drei Jahre? Das allgemeine Wahlrecht belehrt durch seinen Gebrauch; und überdies, daß Ihnen dann diese Belehrung kommen wird, das ist nicht zu bezweifeln; denn bei Ihnen ist das

Interesse die Mutter der Einsicht, und das Interesse ist eine fruchtbare Mutter!

Hieran knüpfe ich noch eine kurze Erörterung der politischen Frage. Man hat mir zum Vorwurf gemacht, unzeitgemäß die politische Situation, die Entwicklung der politischen Freiheit, zu stören.

Aber wenn irgend Etwas, meine Herren, so ist es gerade eben so sehr die politische Situation, mein politisches Programm, kurz die politische Seite dieser Erhebung überhaupt, was Sie nöthigt ihr zuzujuchzen.

Wie? Wäre denn keine demokratische Fieber mehr in Euch?

Wäre es wirklich dieser unglaublich schlechten Presse, die seit 15 Jahren Deutschland vergiftet, gelungen, Sie zu entdemokratisiren und in liberale Bourgeois zu verwandeln? in Leute, die an den Fortschritt glauben auf Grund der sogenannten Verfassung in Preußen und des sogenannten preussischen Verfassungslebens? Sind Sie keine Demokraten — wozu rede ich zu Ihnen?! Ich habe keine Lust und keinen Beruf, zu Andern zu sprechen als zu Demokraten! (Bravo!)

Wenn aber noch eine demokratische Fieber in Ihnen ist, — was wollen Sie mit der Fortschrittspartei? und wie können Sie um der Fortschrittspartei willen gegen mich stimmen, der ich das Banner der Demokratie entrollt habe?

(Stürmisches Bravo!)

Was hat die Fortschrittspartei mit der Demokratie zu thun? Untersuchen wir!

Sie hat selbst den Namen der Demokratie verleugnet; sie ist nicht demokratisch, sie will es nicht sein; und der beste Beweis wäre schon der, daß sie sich selbst nicht mehr so nennt. Würde sie diesen alten und ehrlichen Namen verleugnet haben ohne Grund? würde sie ihn ohne Grund vertauscht haben gegen den unbestimmten und schielenden Namen der Fortschrittspartei, wenn sie demokratisch sein wollte?

Dieses Verleugnen des Namens „Demokratie“ ist noch in anderer Hinsicht wichtiger als Sie glauben könnten.

Die Demokratie war das einende Band zwischen der Bourgeoisie und dem Arbeiterstand. Indem man diesen Namen abschüttelte und verleugnete, zerschnitt man von jener Seite her dieses einende Band, pflanzte man das Banner nicht mehr einer demokratischen, sondern einer liberalen Bour-

geois-Bewegung auf, der Sie folgen sollten und in der That folgten bis auf den heutigen Tag.

Diese Bedeutung hat es, wenn das gleichsam offizielle Blatt der Fortschrittspartei zu Berlin, die „Berliner Volks-Zeitung“, schon 1859 erklärt hat, es gäbe keine Demokratie mehr.¹⁾

Ferner aber abgesehen vom Namen, die Schicksale Deutschlands werden natürlich in den großen deutschen Staaten entschieden und ausgekämpft, nicht in den kleinen, und so muß sich die deutsche Fortschrittspartei schon gefallen lassen, nach ihrem in der Aktion begriffenen Flügel, nach der Fortschrittspartei in Preußen, beurtheilt zu werden.

Die deutsche Fortschrittspartei ist in Bezug auf mich in einen äußerst lächerlichen Widerspruch verfallen.

Fühlt sie sich identisch, fühlt sie sich als eine und dieselbe Partei mit der preußischen Fortschrittspartei oder nicht?

Fühlt sie sich nicht identisch mit ihr, was will sie von mir? Dann habe ich sie nicht angegriffen, dann habe ich sie nicht einmal erwähnt in meiner Broschüre.

Fühlt sie sich aber identisch mit der preußischen Fortschrittspartei, — warum ruft sie mir durch den Mund des Dr. Büchner zu:²⁾ ich unterschiebe nicht genug zwischen der deutschen und preußischen Fortschrittspartei? — Aber freilich, sie ist mit ihr identisch!

Hat die deutsche Fortschrittspartei ihren preußischen Flügel jemals gemißbilligt? Zeigt sie nicht grade durch die Erbitterung, mit welcher sie in diesem Konflikt zwischen der preußischen Fortschrittspartei und mir Partei gegen mich ergriffen hat, von Neuem ihre Identität mit der preußischen Fortschrittspartei?

Die preußische Partei aber hat das allgemeine Wahlrecht nicht auf ihrem Programme; sie hat es nicht nur nicht auf

¹⁾ Siehe z. B. die Artikel der „Berliner Volks-Zeitung“ vom 28., 29., 30. Oktober 1859 u. v. andere.

²⁾ In seinem gedruckten Bericht über meine Broschüre. (S. 25 a. a. O. Die betreffende Stelle lautet: „Diese deutsche Nationalpartei, möge sie auch sonst noch Namen haben wie sie wolle, — hält doch als solche fest an Grundrechten und Reichs-Wahlgesetz, und muß daran festhalten. Herr Lassalle aber wirft beide (preußische Fortschrittspartei und deutsche Nationalpartei) in einen Topf und kommt dadurch zur Forderung einer gesonderten Agitation der Arbeiter in einer Sache, in welcher im Grunde Alle einig sind und einig zusammengehen können. D. S.)

ihrem Programme, sondern nachdem es Herr Streckfuß in Berlin darauf gesetzt hatte, hat sie es einige Tage später gestrichen.

Ich habe dieses mir mitgetheilte Faktum bereits in meiner Leipziger Rede erklärt, die lange gedruckt und verbreitet ist. Kein Blatt, kein Mensch hat widersprechen können.

Ueberdies, meine Herren, die Herren Faucher und May Wirth haben sogar in Leipzig ausdrücklich erklärt: da das Drei-Klassen-Wahlgesetz eine solche Kammer geliefert habe wie die jetzige preussische, so sehe man ja, man brauche das allgemeine Wahlrecht gar nicht!!

Die „Berliner Volks-Zeitung“ erklärte schon in ihrer Nummer vom 21. November 1858: „Die Kardinalfrage der Demokratie, das allgemeine und geheime Wahlrecht, haben wir vertagt und auf Jahre hinaus vertagt!“

Aber wenn man auch das Alles verzeihen wollte, wohin hat es denn diese bürgerlich-liberale Bewegung gebracht, und wohin kann sie es bringen? Hat sie auch nur ihren eignen bürgerlich-liberalen Zweck erreicht?

Jetzt liegen doch die Thatfachen auf dem Tisch und sollten für Jedermann klar sein! Wohin, frage ich, hat es die bürgerlich-liberale Bewegung in den 15 Jahren, die seit 1848 verflossen sind, während welcher die Demokratie von dem Schauplatz abgetreten war, wohin hat sie es gebracht?

Nun, von Kompromiß zu Kompromiß, von Nachgiebigkeit zu Nachgiebigkeit, von Vermittlung zu Vermittlung dahin, daß wir heute in Preußen nicht einmal das haben, was in den kleinen konstitutionellen deutschen Ländern schon seit den zwanziger Jahren besteht, daß wir nicht einmal das Budget-Bewilligungsrecht, nicht einmal die Grundlage irgend welchen Verfassungs-Staates besitzen (Bravo!), daß wir im reinen Absolutismus leben! So hat die liberale Bourgeoisie Stück für Stück alle Errungenschaften wieder verloren, welche uns die Demokratie im Jahre 1848 mit ihrem Blute erkämpft hat, so weit verloren, daß sie jetzt auch noch das letzte Recht, an welchem der Bourgeoisie selbst am meisten gelegen war, das Budget-Bewilligungsrecht verloren hat, und selbst so noch hat die Fortschrittspartei, welche die große Mehrheit in der preussischen Kammer besitzt, sich nicht entschließen können, einen offenen und entschiedenen Bruch mit der Regierung zu erklären, sondern sie nergelt und vermittelt weiter. Statt, wie ihre

unbedingte Pflicht gewesen wäre, das Tafeltuch zwischen der Regierung und ihr zu zerschneiden, bleibt sie ruhig an demselben Tisch mit einer Regierung sitzen, die sie selbst für kriminalrechtlich verantwortlich erklärt hat! (Bravo.)

Während sie in ihren Reden selbst erklärt, daß die Regierung die Verfassung umgestürzt hat, bleibt sie ruhig, Amendement auf Amendement stellend, sitzen und hilft der Regierung somit, den äußeren Schein festzuhalten, als bestände noch ein konstitutioneller Zustand überhaupt.

Sie ist aus Schwäche gradezu der Komplize, der Mitschuldige der Regierung.

Das Maß unserer Geduld ist also erschöpft und muß es sein.

Warum habe ich mich nicht schon lange erhoben, meine Herren? denn ich und die entschiedene Demokratie überhaupt, wir haben nie gezweifelt, daß die von der liberalen Bourgeoisie an Stelle der Demokratie gesetzte Bewegung diesen kläglichen Ausgang zulezt nehmen müsse.

Wir haben das Jahre lang vorher gewußt, aber wir fühlten die Pflicht zu warten, bis die Thatsachen auf dem Tisch liegen, Thatsachen, welche die allgemeine Ueberzeugung bestimmen könnten.

Heute ist dies eingetreten. Wer heute nicht sieht, muß blind sein oder will nicht sehen.

Heute also ist es ein ganz gedankenloses Gerede, wenn man mir vorwirft, die Einigkeit aufheben zu wollen, denn wenn die Einigkeit der Güter höchstes wäre, nun, warum sind wir denn nicht Alle, wir und die Fortschrittspartei einig mit der absolutistischen und Militärpartei und umhalsen uns gegenseitig? (Heiterkeit.)

Also darauf kommt es an, worin man einig ist: eine Einigkeit in der Schwäche, in der Würdelosigkeit und in der Mattheit, die ist kein Vortheil.

Viel besser ist es, alle frischen Elemente herauszufordern und um ein großes und starkes Banner zu vereinigen.

Noch vor zwei Monaten hat man mich damit angegriffen, daß selbst die ganze liberale Presse in England unsere Fortschrittspartei anerkenne. Es ist wahr, das war noch vor zwei Monaten der Fall.

Lesen Sie aber die Artikel, die seitdem in den „Times“, in den „Daily News“ stehen u., Artikel, die sich nicht mehr

gegen die Regierung, sondern gegen unsere Kammer wenden und gradezu erklären, eine Kammer, die sich dies bieten ließe, die sei — wörtlich — der Gipfel aller Erniedrigung für das Volk. (Bravo.)

Also, was war denn mein Unrecht, meine Herren? Daß ich eben ein Politiker war, d. h., daß ich um einige Monate voraus wußte, was einige Monate später alle unparteiisch denkenden Menschen sagen würden!

Wenn man mich also gefragt hat (es ist Dr. Büchner, der mir die Frage gestellt): „warum warten Sie nicht, bis die Bourgeoisie ihren Kampf mit dem Militär-Staat ausgekämpft hat,“ nun, so kann ich Ihnen jetzt die wahre Antwort geben: „Ich habe auf jenen Zeitpunkt nicht gewartet, weil dieser Zeitpunkt niemals kommen wird!“

Die liberale Bourgeoisie kann diesen Kampf nie siegreich auskämpfen; das einzige Mittel zur politischen Freiheit ist grade gleichfalls wieder diese Bewegung, die ich erhoben habe, und das will ich Ihnen nun beweisen mit Gründen, die immer stärker und mächtiger anschwellen sollen und für die ich mir Ihre ganze Aufmerksamkeit erbitte.

Unsere liberale Bourgeoisie, sage ich, kann den Militär-Staat nicht brechen, kann die politische Freiheit nicht erkämpfen.

Der erste und noch allerschwächste Grund hierfür ist, daß sie als Klasse untergegangen ist in einer halben Bildung.

Die höchste Bildung erzeugt Kraft, die halbe raubt sie.

Dies ist aber nur der schwächste Grund. — Ich weise Sie zunächst auf Thatfachen hin.

Hat die Bourgeoisie bei uns jemals sich zu der Energie der französischen Bourgeoisie von 1789 und 1830 emporgeschwungen? Hat sie jemals irgendwo eine energische Aktion hervorgerufen? Niemals!

Als Ludwig XVI. in Frankreich die konstituierende Versammlung auflösen wollte, da antwortete die Bourgeoisie einstimmig durch den Mund Mirabeau's: Wir werden nur der Gewalt der Bajonette weichen.

Nun wohl, im Jahr 1849 tagte auch hier in dieser Stadt eine konstituierende Versammlung — und als der König von Preußen die Deputirten zurückrief, da lief die große Majorität eiligst nach Haus und nur eine kleine Minorität widerstand und ging nach Stuttgart. — Von den Königen sagt man: ultima ratio regum, der letzte Grund der Könige, ist die Kanone.

Unsere Bourgeoisie wird niemals, geschehe was wolle, an die Energie eines solchen Grundes appelliren! Daran hindert sie nicht nur die Furcht vor den Regierungen, sondern auch die Furcht vor dem Volke!

Heute gängelt sie Sie, aber sie weiß sehr genau, daß sie in der Hitze gewisser Ereignisse diesen Einfluß verlieren würde und sie fürchtet Sie immer noch mehr als den Absolutismus! Und darum wirft sie sich, und wenn es Fußtritte von Oben regnet, immer von Neuem wieder an den Stufen des Thrones winselnd hin und erklärt die Hoffnung nicht aufzugeben. (Stürmisches Bravo.)

Erlauben Sie, damit man nicht sage, daß ich meine Gegner mit meinen Worten schildere, daß ich sie Ihnen mit ihren eignen charakterisire, daß ich also zum Beweise eine Stelle aus einer Rede vorlese, die Schulze-Delitzsch am 30. November v. J., also bereits unter dem gegenwärtigen Ministerium, bereits unter dem gegenwärtigen Umsturz der Verfassung in Frankfurt gehalten hat (ich weiß nicht, ob das Frankfurt a. M. oder Frankfurt a. D. war): Es ist eines der Blätter seiner Farbe, die „Bosische Zeitung“, nicht ein demokratisches Blatt, aus welchem ich sie vortrage. Er weist darauf hin, daß es die preußische Regierung sei, die doch einmal historisch zur Vollbringung des Einigungswerkes durch ihre Machtstellung in Deutschland berufen sei und fährt wörtlich fort:

„Die Zeit des Absolutismus, der nach eigenem Sinn und mit selbstischem Gutdünken die Geschicke der Völker lenken wollte, sei vorüber, und die so vielfach von Gott gesegnete preußische Dynastie werde auch einen Träger finden, der das geläuterte monarchische Prinzip in wahrhaft richtiger Weise zu verstehen und für das eigne Land, wie für das gesammte Deutschland zur Geltung zu bringen wissen wird. Muth und Ausdauer im Volk würden einen solchen Träger in der preußischen Dynastie schaffen, wenn er auch wirklich noch nicht vorhanden sei.“ (Großes Gelächter.) „Dasselbe (das Volk) lege grade seine wirkliche politische Reife dadurch an den Tag, daß es den Weg der Revolution im Gegensatz zu den andern Völkern **verabscheue** und den der friedlichen und sittlichen Agitation betrete.“

Und dies, meine Herren, wurde gesagt, nachdem bereits das Budget-Bewilligungsrecht verweigert und dem Votum der Kammer zum Troß die Militär-Organisation eigenmächtig

durchgeführt war! Dies wurde gesagt in einer Zeit, wo prinzipiell die Dinge ganz so lagen wie heute!

Wer also, meine Herren, will Sie der Reaktion überliefern, wer will Sie mit Gewalt der preussischen Reaktion in die Hände spielen?

Und unter solchem Banner wollten Sie marschiren? Und unter solchem Banner glauben Sie eine so ernsthafte und reale Macht, wie der Absolutismus und der Militärstaat ist, beugen zu können?

Aus Furcht vor Ihnen zwingt man sich zur Hoffnung nach Oben; und mit dieser Furcht nach Unten und mit dieser Hoffnung nach Oben glauben Sie, könnte man Etwas ausrichten?

Wie sagt Goethe?:

„Was ist der Philister? Ein hohler Darm
Voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm!“
(Gelächter.)

Eine solche Philisterbewegung kann niemals Resultate haben, und wenn wir Jahrhunderte, und wenn wir durch ganze geologische Erdperioden hindurch warten wollten!

Jetzt werde ich aber erst den letzten und wahrhaften Grund geben, weshalb die liberale Bourgeoisie die politische Freiheit bei uns nicht herbeiführen kann.

Ich habe Sie bisher nur auf Thatfachen verwiesen. Sie sollen jetzt auch ihren tiefsten nothwendigen Grund erfahren.

Wenn wir seit 1848. Schanze für Schanze, Position für Position, Alles verloren haben, was wir damals erkämpften, so begreifen Sie, daß eine solche 15jährige Geschichte nicht zufällig sein kann; daß sie einen innern Grund haben muß, der sie mit Nothwendigkeit hervorruft.

Diesen Grund werde ich Ihnen jetzt entwickeln.

Sie werden sehen, daß sich aus diesem Grunde die gesammte deutsche Geschichte seit 1848, und ebenso die französische seit 1789 erklärt; Sie werden daraus ersehen, daß der Grund für die Energielosigkeit unserer liberalen Bourgeoisie im Vergleich mit der französischen durchaus nicht bloß im Nationalcharakter liegt, sondern weit tiefer, und daß der einzige Weg zur Erlangung der politischen Freiheit der ist, sich um das Banner zu schaaren, das ich heute vertheidige.

Dieser Grund lautet folgendermaßen: die bloß politische Freiheit kann heute nicht siegreich erkämpft werden,

weil kein materielles Interesse, weil kein Klasseninteresse und somit keine Klasse hinter ihr steht.

Wer steht denn mit Energie und Aufopferung hinter der politischen Freiheit? Wer?

Ich, und noch etwa tausend Ideologen in Deutschland.

Unter Ideologen verstehe ich in diesem Augenblicke alle Solche, die ihr Lebtag in Büchern gelebt haben und gewohnt sind, in Ideen und Gedanken zu existiren und Alles für sie aufzuopfern. Außer diesen Ideologen vielleicht noch, wenn es hoch kommt, 10 oder 15 Tausend Menschen, zerstreut über ganz Deutschland, die, ohne Ideologen zu sein, durch ihr Naturell mit einer so heißen Liebe für die Freiheit begabt sind. Was kann diese Handvoll Menschen? Aber welche Klasse steht hinter der politischen Freiheit? Keine!

Die liberale Bourgeoisie liebt freilich die Freiheit, aber sie liebt sie, wie man ein Ornament im Zimmer, wie man einen schönen Schmuck liebt; kann man ihn haben, ist es gewiß besser; kann man ihn nicht haben, ist es auch gut! Man geht dafür weder ins Wasser noch ins Feuer.

Die Hauptsache für die Bourgeoisie bleiben die materiellen Interessen, Handel und Wandel, Industrie und Produktion; aber alle diese erfordern Ruhe, und ernste Kämpfe für die Freiheit würden diese Ruhe momentan nur gefährden. Und so begiebt sich die liberale Bourgeoisie noch viel lieber der politischen Freiheit, als daß sie durch einen ernsten Kampf die Ruhe und dadurch ihre materiellen Interessen gefährdet.

Wer also, welche Klasse steht denn hinter der politischen Freiheit? Der Arbeiter vielleicht? Ja, für einige Wochen, für einige Monate freilich, in Folge seines warmen und edelmüthigen Gefühles! Und so kann und wird er auch immer von Neuem, wie im März 1848, momentane Schlachten für sie schlagen und momentane Siege für sie erringen. Aber auf die Dauer kann auch er nicht hinter der bloß politischen Freiheit ausharren! Dies ist unmöglich.

Die Sorgen für seinen Taglohn, für seine und seiner Familie Existenz nehmen ihn zu sehr in Anspruch; er kann von der bloß politischen Freiheit nicht satt werden, und so muß er zuletzt ermatten und auf die Dauer die Dinge gehen lassen, wie sie eben gehen.

Werfen Sie von hier aus einen Blick auf Frankreich, und es werden sich Ihnen die scheinbar größten Widersprüche in

Frankreichs Geschichte, sowohl die Revolution von 1789 wie der Napoleonische Staatsstreich von 1851, übereinstimmend erklären.

Die Revolution von 1789 war durchaus nicht eine bloß politische Revolution: es ist ein hoher Irrthum, dies zu glauben.

Es war eine soziale Revolution, eine Revolution mit materiellen Interessen; es handelte sich für die Bourgeoisie darum, die feudale Produktion in Industrie und Ackerbau zu brechen und die freie Ausbeutung des Kapitals, die heute überall besteht, an ihre Stelle zu setzen.

Für diese Zwecke hatte sie Energie und Feuer.

Es war eine soziale Revolution, und um solche soziale, materielle Interessen handelte es sich 1789 und auch noch 1830. Als aber unter dem gegenwärtigen Napoleon, von dem freilich nicht zu befürchten war, daß er die feudalen Produktionszustände wieder herstellen werde, daß er die materiellen Interessen der Bourgeoisie verletzen könne, als es sich jetzt darum handelte, sage ich, gegen ihn die bloß politische Freiheit zu schützen, — da war die französische Bourgeoisie eben so schwach und matt, wie die unsere, und ließ sich und läßt sich nun schon seit 12 Jahren die politische Freiheit ruhig rauben!¹⁾

Handelte es sich bei uns heute um die sozialen Freiheiten für die Bourgeoisie, um die es sich 1789 in Frankreich handelte, um die Kapital-Freiheit und alle jene materiellen Interessen, die mit ihr verbunden sind, nun, unsere Bourgeoisie würde vielleicht dieselbe Energie finden, wie damals die französische.

Aber um diese materiellen Fragen handelt es sich nicht mehr. Unsere Regierungen haben sich vorgesehn. Sie haben die soziale Seite der 1789er Revolution von selbst und zum Theil seit lange eingeführt; und die bloß politische Freiheit vermag die Bourgeoisie nicht ins Feuer zu bringen, vermag sie nur zu frommen Wünschen und unschuldigen Redeübungen zu stimmen.

So habe ich nun gezeigt, daß hinter der bloß politischen Freiheit keine Klasse steht und stehen kann.

¹⁾ Vergl. Marx, der achtzehnte Brumaire. 2. Ausgabe S. 72 und 73. Die ganze zuletzt gegebene Entwicklung ist durchaus in Uebereinstimmung mit der in der zitierten Schrift und in der „Neuen Rhein. Ztg.“ an der deutschen Bourgeoisie geübten Kritik. D. G.

Ihr entgegen aber stehen die Militärpartei und der Adel, der Absolutismus und die Bureaucratie, und zwar mit der höchsten Energie, mit aller Energie, welche soziale Interessen gewähren, denn für diese Klassen handelt es sich darum, die Reste ihrer Herrschaft zu vertheidigen.

Hinter der Reaktion stehen also Klassen mit der höchsten Energie, die Nägel und Zähne daran setzen; hinter der politischen Freiheit steht keine Klasse, steht Niemand als eine Handvoll Ideologen und Gefühlsmenschen!

Kann es Sie da wundern, daß die politische Freiheit seit fünfzehn Jahren Schritt für Schritt von der Reaktion besiegt wurde? Kann es Sie da wundern, daß die Bourgeoisie nicht vermag und nie vermögen wird, ihren Kampf mit dem Militärstaat siegreich auszufechten?

Es ist also grade das größte Interesse der politischen Freiheit, ein Klassen-Interesse, ein soziales Interesse hinter sie zu werfen, und zwar grade das Interesse der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden unbedingten Klassen überhaupt.

Jeder, der die politische Freiheit liebt, müßte mir vor Allem dafür dankbar sein, denn auch die politische Freiheit wird nur unter diesem Zeichen siegen!

Sie fühlen jetzt, meine Herren, wohl deutlich, wie lägnerisch es war, mich zu beschuldigen, der Reaktion zu dienen!

Ich sage nicht bloß, wie unwahr es gewesen! Es würde ganz erstaunlich unter meiner Würde sein, meinen Charakter erst noch zu vertheidigen.

Der rheinische Arbeiterstand, mit dem ich zehn Jahre gelebt habe und der mich kennt, er hat sich in Düsseldorf, Solingen, Köln, Elberfeld mit Entrüstung erhoben, um diese nichtswürdige Verleumdung zurückzuweisen.

Ich sage also nicht bloß, daß diese Beschuldigung unwahr war, sondern daß diese Unwahrheit auch denen bekannt war, welche sie gegen mich vorgebracht; daß sie bewußt und schmähslich ins Gegentheil hinein gelogen! Nicht Reaktion befürchtet die liberale Bourgeoisie von mir, wie sie behauptet, sondern umgekehrt, sie fürchtet, daß sich aus dieser Agitation im Laufe einiger Jahre das allerernsthafte Gegentheil von Reaktion entwickeln könnte!

Geben Sie mir 500 000 deutsche Arbeiter, die in meinen Verein eintreten — und unsere Reaktion ist nicht mehr! Das

weiß unsere Bourgeoisie, das fürchtet sie von mir, deshalb hat sie sich mit dieser Wuth auf mich gestürzt, und während sie fürchtet, daß ich Ernst mache mit der politischen Freiheit, beschuldigt sie mich, der Reaktion zu dienen!

Jetzt stimmen Sie über den Antrag, den ich bei Ihrem Präsidenten hinterlegt habe, da es neulich zur Abstimmung über einen ähnlichen, damals von mir eingereichten Antrag nicht gekommen ist.

Jetzt stimmen Sie und Jeder nach seinem Gewissen.

Und noch Eins: die Spaltung zwischen uns und der Fortschrittspartei läßt sich nicht mehr vermeiden.

Es ist eine Spaltung wie die Sonderung der Spreu vom Weizen! Und jedenfalls — diese Spaltung ist einmal eine vollendete Thatsache; Leipzig, Hamburg, Solingen, Düsseldorf, Elberfeld, Köln werden das Banner dieser Bewegung nicht mehr sinken lassen.

Die Spaltung ist da, jetzt ist es nicht mehr Zeit zur Diplomatie und zu Nützlichkeitserwägungen; auf Ehre und Gewissen muß sich jetzt Jeder von Ihnen sondern zur Spreu oder zum Weizen!

Uebrigens: noch habe ich das Mißverständnis zurückzuweisen, daß ich eine abgesonderte Bewegung machen wollte mit dem bloßen Arbeiterstande, das ist mir nicht eingefallen.

Das Banner, das ich erhoben, ist das demokratische Banner überhaupt.

Es giebt sehr tüchtige, sehr kräftige Elemente in der Bourgeoisie. Ich selbst und so viel Andere unter uns gehören ja zu ihr. Alle diese werden und müssen sich zu uns halten.

Ich habe natürlich doch nichts gegen die Glieder eines Standes, dem ich selbst angehöre! Ich erhebe mich nur gegen die schläfrige und matte Bewegung, welche die Bourgeoisie als Klasse betreibt und als Klasse einzig betreiben kann, gegen die liberal-fortschrittliche Bewegung.

Die Frage ist nur folgende: Sollen wir mit allen tüchtigen Elementen in der Bourgeoisie hinter diesem farblosen, schläfrigen liberalen Banner einhergehen und uns von seiner Schwäche mit anstecken lassen? Oder aber sollen alle tüchtigen Elemente der Bourgeoisie mit uns hinter dem unsrigen einhergehen und von uns mit unserer Energie durchdrungen werden?

Es ist eine allgemeine demokratische Volksbewegung und keine bloße Klassenbewegung, zu der ich rufe; kein wahrer

Demokrat wird davor zurückschauern, daß das Loos der arbeitenden Klasse durch eine vom allgemeinen Stimmrecht gewählte Versammlung verbessert werden soll. Kein wahrhaft demokratisches Herz wird davor zurückbeben, daß die vereinigte Intelligenz der Gesellschaft durch staatliche Maßregeln den nothleidenden Klassen helfen soll.

Es ist dies im Gegentheil zulezt der wahre Vortheil aller Klassen.

Helfen Sie mir also dieses Banner hochhalten, und binnen Jahresfrist wird sich um dasselbe versammelt haben Alles, was einen demokratischen Blutstropfen hat in ganz Deutschland! (Bravo!)

Noch ein letztes Wort, ehe ich schließe. Das können Sie nicht entscheiden, daß ich Unrecht habe! Ich bin gerechtfertigt schon heute vor allen wahrhaften Männer der Wissenschaft und werde jedenfalls eines Tags gerechtfertigt sein vor der Geschichte; denn so gewiß ich vor Ihnen stehe, so gewiß ist es, daß eine Zeit kommen wird, welche solche Staatseinrichtungen sehen wird.

Aber in Einem werde ich Unrecht haben, wenn Sie gegen mich stimmen. Wenn Sie, wenn die große Majorität des deutschen Arbeiterstandes gegen mich stimmen kann, so wird dann bewiesen sein, daß der deutsche Arbeiterstand noch nicht reif ist zur Klarheit und Einsicht und daß es deshalb vorzeitig ist, ihn befreien zu wollen.

Stimmen Sie gegen mich, stimmt die große Majorität des deutschen Arbeiterstandes gegen mich, ja, dann werde ich zu Herrn Schulze sagen: Sie haben Recht, diese Leute sind noch nicht so weit, daß ihnen geholfen werden kann!

Sähe ich nur auf mich und meinen natürlichen Lebens-Egoismus, meine Herren, so würde ich heiß wünschen müssen, daß Sie gegen mich entschieden; denn würden Sie und nicht nur Sie, sondern wirklich der deutsche Arbeiterstand in seiner großen Majorität gegen mich entscheiden, dann würde ich, gerechtfertigt vor der Wissenschaft und sicher, einst gerechtfertigt zu sein vor der Geschichte, mich ruhig wieder in die Wissenschaft zurückziehen, mich mit einem traurigen Lächeln über Ihre Unreise etwa an dem Golf von Neapel ausstrecken und die lindenden Lüfte des Südens über mich hinwehen lassen. Ich würde ein Leben voller Qual, Anstrengung, Ärger und Aufreibung ersparen. Für mich also würde es äußerst leicht sein, dies zu tragen.

Sie aber, meine Herren, Sie würden einen der besten Freunde Ihrer Klasse verlieren und nicht nur mich, vielleicht auf Decennien hinaus würde sich Jeder abschrecken lassen, der Ihrer Klasse helfen wollte. Er würde sich sagen: diese Klasse ist noch nicht so weit, lassen wir uns durch das Beispiel Lassalle's warnen! Und darum sage ich Ihnen, meine Herren, bei der ganzen Liebe, die ich zu der Sache der arbeitenden Klassen in mir trage, meine ganze Seele hängt an Ihrer Abstimmung.

Jetzt stimmen Sie!

(Lautes anhaltendes Bravo.)

Nachdem mehrere Redner für und wider Herrn Lassalle gesprochen und nachdem circa 40 Mitglieder mit einem Hoch auf Schulze-Delitzsch den Saal verlassen hatten, erfolgte bekanntlich die Abstimmung mit über 400 Stimmen gegen eine zu Gunsten der von Herrn Lassalle gestellten Anträge.

Anhang I.

Wir lassen hier noch einige auf den Hergang bei der Frankfurter Versammlung bezügliche Dokumente folgen:

1. Bei dem Unglauben, auf welchen es in andern Städten vielfach gestoßen ist, daß das Central-Komitée des Main-gaues alle Arbeiter, die nicht Mitglieder der Arbeiter-bildungsvereine, vom Stimmrecht ausgeschlossen habe, lassen wir zum Beweis dessen hier die Ankündigung des Central-Komitée's aus der Zeitung folgen:

Arbeitertag.

Sonntag den 17. Mai, Nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des Saalbaues.

Tagesordnung:

1. Antrag des Mainzer Arbeiter-Bildungsvereins in Betreff des Besuchs öffentlicher Spielhäuser;
2. Antrag in Betreff der Aufforderung des Leipziger Komitée's zur Bildung eines deutschen Arbeiter-Verein's auf Grund des Lassalle'schen Programms.

Der Saal wird um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr geöffnet.

Der untere Saalraum ist für die Mitglieder der Arbeiter-Vereine reservirt, welche ihre Mitglieder-Karten vorzuzeigen haben.

Die Gallerien sind für Zuhörer geöffnet und haben dieselben 6 Kreuzer per Person als Beitrag zu den Tageskosten zu entrichten.

Eintrittskarten zu den Logen sind von Freitag den 15. Mai an auf dem Bureau des Central-Komitée's (große Eschenheimer-gasse 31) zu haben.

Selbständige auf die Tagesordnung bezügliche Anträge sind bis spätestens Freitag den 15. Mai bei dem Central-Komitée einzureichen.

Durch eine weitere Bekanntmachung werden die auswärtigen Vereine rechtzeitig Nachricht erhalten, welche Eisenbahn-Direktionen ermäßigte Fahrpreise bewilligen.

Das Central-Comité
der Arbeiter des Maingaues.

2. Der unwahren Behauptung der „Frankfurter Handelszeitung“ und anderer liberalen Blätter gegenüber, daß am 17. Mai die „große Masse der Arbeiter“ mit einem Hoch auf Herrn Schulze-Delitzsch den Saal verlassen habe, drucken wir hier die in verschiedenen Frankfurter Blättern von Herrn Dr. Th. Müller, dem Präsidenten des Frankfurter Arbeiterbildungsvereins, veröffentlichte Erklärung „Einige Zahlenlügen“ ab.

Arbeitertag

17. Mai, im Saalbau zu Frankfurt am Main.

Einige Zahlenlügen.

Es waren beim Beginn der Verhandlungen nach einer Zählung des Herrn Dr. Huhn **527** Mitglieder von Arbeitervereinen des Maingaues zugegen.

Nach eigener Erklärung einiger Mitglieder des Central-Komités faßt der Raum höchstens 600 Personen.

Von dem Central-Komité wurden **1300** anwesende Mitglieder von Arbeitervereinen des Maingaues in das Protokoll verzeichnet!!!

Am Schlusse der Versammlung wurde inmitten einer Schaar von höchstens 60 Personen, während dieselben den Saal verließen, ein dreifaches Hoch auf Schulze-Delitzsch ausgebracht.

An diesem Hoch sich nicht betheiligende Personen waren 200 bis 250 zugegen.

Widerspreche wer kann!

Dr. Th. Müller,

Vorsitzender des Arbeiterbildungsvereins
zu Frankfurt am Main.

3. Der unwahren Behauptung der Frankfurter liberalen Presse gegenüber, daß zwischen dem Central-Komité und Herrn Lassalle vereinbart worden sei, daß derselbe am 14. Juni in Darmstadt den Schluß seiner Rede geben solle, veröffentliche ich hier den Brief des am 17. Mai beim Schlusse der Sitzung fungirenden Präsidenten Herrn Bachmann aus Offenbach an mich:

Offenbach, den 22. Mai 1863.

Geehrter Herr!

Gerne bin ich bereit, Ihren Fragen wahrheitsgetreu zu antworten, glaube auch, daß von beiden Parteien gerade ich einer der Wenigen war, die aufrichtig an diesem Tage keiner Partei angehörten.

Aber fast alle übrigen für und gegen Sie, sowie Sie selber (verzeihen Sie geehrter Herr diesen Ausdruck) waren leidenschaftlich und ließen sich im Drange der Gefühle fortreißen, daher klingt manches Wort heute hart, was man doch am Sonntag für Recht hielt. Nun zur Sache. Vor dem Schluß der Versammlung am 17. I. M. hatten Sie, Herr Lassalle, mir auf meine Frage, ob Sie, wenn sich die heutige Versammlung etwa vertagen ließe oder würde, so freundlich wären und in 4 Wochen die Fortsetzung Ihrer Rede hier in Frankfurt oder in Darmstadt halten würden — laut und vernehmlich ja! geantwortet, es schien Ihnen sogar erwünscht zu sein. Solches hörten die Herrn A. König (vom Central-Komiteé) wie der Herr L. Sonnemann mit an, doch eine weitere Verhandlung hierüber kam einstweilen nicht vor.

Der Versammlung wurde, so lange ich präsidirte, nur wiederholt angezeigt, daß in 4 Wochen, wenn alle Redner für und gegen sich deutlich und bestimmt ausgesprochen, so daß alles verstanden, eine Abstimmung erfolgen soll.

Kurz zuvor der Arbeitertag geschlossen wurde und mehrere Herren die Tribüne betraten, auch viele derselben Fragen an Sie richteten, also an ein richtiges Uebereinkommen nicht zu denken war, erklärte der Herr Heymann von der Tribüne: Dienstag Abend wird Herr Lassalle im Vereinslokale zu Frankfurt a. M. seinen Vortrag bis zu Ende abhalten und ladete die Anwesenden, die Lust zur Sache hätten, dazu ein.

Daraufhin schloß ich die Versammlung.

Später fragte ich Sie nochmals (als die Ruhestörer fort waren) ob Sie jetzt vielleicht geneigt wären für uns, die Sie bis zu Ende anhören wollen, Ihren Vortrag abzuhalten. Sie aber werther Herr wiesen solches entschieden zurück.

Das ist der Sachverhalt, wahr und getreu soweit in meinem Gedächtniß.

Hochachtungsvoll

A. Lachmann.

Es ist in diesem Briefe selbst constatirt, daß die vom Präsidenten während der Sitzung in den Pausen an mich gerichtete Frage, ob ich, „wenn sich die Versammlung etwa vertagen würde“, wieder zu kommen bereit sei, nur eine eventuelle und von keiner Vereinbarung gefolgte vorläufige Anfrage war.

Die Anfrage hatte überdies nicht den Sinn, ob ich zur Fortsetzung meiner Rede wieder kommen wolle, und konnte diesen, so lange die Sitzung nicht geschlossen wurde, gar nicht haben. Denn Niemand konnte wissen, daß ich später gezwungen sein würde, meine Rede abzubrechen. Ich selbst konnte nicht anders voraussetzen, als daß ich sie zu Ende halten würde, wozu, da die Versammlung am 17. um 8 Uhr schloß und der folgende Theil meiner Rede am 19. nur noch 1½ Stunden in Anspruch nahm, auch sehr wohl die erforderliche Zeit vorhanden gewesen wäre. Die Anfrage hatte vielmehr den Sinn, ob ich, wenn nach Beendigung meiner Rede an diesem Tage keine Zeit mehr für die Gegner zur Antwort wäre, zur Fortsetzung der Debatten am 14. Juni erscheinen wolle. Hierauf einzugehen wäre ich, falls ich zu Ende gehört worden wäre, nicht abgeneigt gewesen, um nun auch die Gegner zu hören und ihnen zu repliciren, und dies war es, was ich Herrn Dr. Büchner und Lachmann auf ihre vorläufigen eventuellen Anfragen geäußert hatte.

Nachdem ich aber durch provocirte Unarten genöthigt gewesen war, meine Rede abzubrechen, konnte selbstredend eine solche Bereitwilligkeit bei mir nicht mehr vorhanden sein und war nun so wenig vorhanden, daß, wie der Präs. Herr Lachmann constatirt, nicht nur kein solches Uebereinkommen mit mir getroffen, sondern von mir noch vor Schluß der Versammlung durch Herrn Heymann die Fortsetzung der Rede auf den 19. Mai verkündet und auch „nach Abzug der Ruhestörer“ sogar die sofortige Fortsetzung der Rede entschieden verweigert wurde.

F. Lassalle.

Anhang II.

Lassalle und die Statistik.

Aufsatz von Wilhelm Wackernagel in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 7. Juni.

(Der Verfasser ersucht diejenigen Redaktionen von Zeitschriften, welche über den Vortrag Lassalle's auf dem maingauer Arbeitertag berichtet haben, um gefälligen Abdruck dieses Aufsatzes.)

„Die Lüge ist eine europäische Macht!“ so begann Lassalle seinen Aufsatz über die französischen Nationalwerkstätten von 1848 (Nr. 101), und er that recht daran, denn er weiß selbst am besten, wie man diese Macht für seine Zwecke in Bewegung zu setzen vermag. Das Sprichwort sagt: „Was ich denk' und thu', trau' ich andern zu“; so hat denn auch Lassalle sich bewogen gefunden, meinen an ihn gerichteten „Offenen Brief“ als ein Lügengewebe zu bezeichnen, indem er auf dem maingauer Arbeitertag am 17. Mai (Nr. 117) mir und der liberalen Presse vorgeworfen hat, daß wir den Arbeitern die Wahrheit ableugneten, um sie über ihre Lage zu täuschen, daß wir die Thatsachen entstellten, um sie über ihre Macht zu belügen, daß wir nur die Zahlen fälschten, um ihnen die Macht zu verbergen (der Referent bemerkte: „Lassalle wiederholt das Wort „Macht“ von Zeit zu Zeit und spricht es jedesmal mit gewichtiger Betonung“), daß er aber die Thatsachen fort und fort wiederholen werde, und wenn Herr Wackernagel und die liberale Presse vor Wuth bersten zc.

Lassalle's neueste Staatsphilosophie wird bekanntlich von zwei Säulen getragen, einmal von der Thatsache, daß 96 Procent der Bevölkerung in gedrückter Lage leben, und zweitens

von dem ehernen, grausamen Gesetz Ricardo's über die Regulirung des Arbeiterlohns. Lassalle hat auch jene Zahl durch das Beiwort „grausig“ jeder Diskussion zu entrücken gesucht, denn er wußte sehr wohl, daß bei näherer Beleuchtung derselben diese Grausigkeit gar sehr dahinschwinden würde. Wie der Priester eines vernichteten Kultus, vor Wuth und Grimm sich verzehrend, an den Trümmern der gestürzten Tempelsäulen lehnt, so schleudert auch Lassalle seine zornigen Blicke und seine wuthdurchzitternden Flüche auf die „barbarischen“ Anhänger der Manchester Schule, die ihm so erbarmungslos die Säulen seines Heiligthums umgestürzt haben.

Lassalle wird, wenn er diesen Aufsatz liest, merken, daß er, statt die Gegner mit seinen „Keulenschlägen“ zu zermalmen, nur sich selber zermalmt hat, und daß er von den Dingen, über welche „er mit kräftiger Faust Schriften auf den Markt schleudert“, herzlich wenig versteht. Aus einem Duzend statistischer Werke Zahlen ausschreiben, kann jeder; die Kunst besteht darin, diese Zahlen lesen zu können.

Lassalle hat nach dem Referat in der Deutschen Allgemeinen Zeitung zu Frankfurt gesagt:

Herr Wackernagel sagt: Ich (Lassalle) habe übersehen, daß Dieterici nur die Klassensteuerepflichtige Bevölkerung gemeint, und die, welche Mahl- und Schlachtsteuer zahlen, nicht mitgerechnet habe. Die Klassensteuerepflichtige Bevölkerung zählte nach Dieterici's Berechnung damals 14 Mill., die mahl- und schlachtsteuerepflichtige 2 Mill. Wenn also Dieterici (soll heißen: Lassalle) den Procentsatz von 14 Mill. genommen, so wird doch jeder Statistiker, der einiges Verständniß hat, auch denselben Satz auf die übrigen 2 Mill. übertragen. Leuten, die nichts verstehen und nichts lernen wollen, ist dies freilich nicht begreiflich zu machen. Ich habe manche schwere Arbeit hinter mir; wollte ich aber hier die auf-räumen, das wäre für mich ein Augiasstall. (Tumult, Gelächter.)

Das ist so einer von den „Keulenschlägen“ Lassalle's, mit denen er — sich selbst zermalmt.

Was sagt die Statistik und was sagen speziell Dieterici's „Mittheilungen des Statistischen Bureau“? Schlagen wir Bd. 7, Jahrg. 1854, S. 180 und 206 auf¹⁾, da finden wir,

¹⁾ Auf den betreffenden Aufsatz, welcher eine statistische Uebersicht der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer für 1853 giebt, hat Lassalle sein neuestes Opus: „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen“ (Zürich, Meyer u. Zeller) basirt.

daß im Jahre 1853 der preußische Staat eine Bevölkerung von 16 869 786 Seelen zählte, davon

- A. in Klassensteuerpflichtigen Ortschaften lebend 14 931 551,
darunter einkommensteuerpflichtig, d. h. zur ersten Klasse Laffalle's gehörend 21 639 oder 0,145 Proc.
- B. in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften lebend 1 938 235,
darunter einkommensteuerpflichtig 22 768 oder 1,175 Proc.

Der Procentzatz war also im Jahre 1853 für die mahl- und schlachtsteuerpflichtige Bevölkerung ein achtmal höherer als für die klassensteuerpflichtige Bevölkerung. Herr Lassalle paßt, wie später gezeigt wird, dies nicht in seinen Kram; flugs dekretirt er, daß derselbe Procentzatz für B wie für A gelten solle, und wer nicht dieser Weisung Ordre parirt, wird mit dem „Keulenschlage“ zermalmt, daß er zu den „Leuten“ gehöre, „die nichts verstehen und nichts lernen wollen“.

Hercules-Lassalle mag, um an das Bild vom „Augiasstall“ anzuknüpfen, die Keule, mit welcher er seine Gegner, mehr noch sich selbst zermalmt, getrost in die Hände seiner Omphale niederlegen, um den Mord zu sühnen, den er an seinem „europäischen Rufe“ begangen hat, denn wir wenden uns bereits einer zweiten (Selbst-) Zermalmung zu.

Lassalle hat unterm 1. März d. J. in seinem „Offenen Antwortschreiben“ (S. 29), nachdem er Dieterici's „Mittheilungen des Statistischen Bureau“ (Bd. 3, S. 243) als Quelle angegeben, sich in folgender Weise vernehmen lassen:

Ich setze Ihnen die Resultate dieser (der Dieterici'schen) Berechnung in wörtlicher und zahlenmäßiger Treue hierher. Hiernach besitzen von der Bevölkerung des preußischen Staats ein Einkommen über 1000 Thlr. $\frac{1}{2}$ Procent der Bevölkerung.

Lassalle hat am 17. Mai den maingauer Arbeitern auch aus Dieterici's „Mittheilungen des Statistischen Bureau“ (Bd. 7, S. 179) Folgendes vorgelesen:

Es sind hiernach (pro 1858) überhaupt 44,407 Personen zur klassifizirten Einkommensteuer veranlagt; nimmt man an, daß jede Person eine Familie oder einen Hausstand von 5 Personen repräsentirt, so sind dies überhaupt 222 035 Seelen und von der Gesamtbevölkerung des Staats mit 16 869 786 Seelen nur 1,31 Procent, welche als wohlhabend bezeichnet werden können.

(Beiläufig bemerkt stellt sich die Sache für 1858 so, daß von 17 739 913 Seelen Einkommensteuer 63 312 zahlten, welche 316 650 Seelen oder $1,78$ Proc. der Bevölkerung repräsentiren.)

Die „wörtliche zahlenmäßige Treue“ der $\frac{1}{2}$ Proc. hat also grade vom 1. März bis zum 17. Mai ausgereicht. Lassalle hatte einfach übersehen, daß die Dieterici'schen Procente sich nicht auf die Gesamtbevölkerung, sondern auf die Zahl der zur Steuer veranlagten Personen (Haushaltungen und Einzelsteuernde) beziehen. Lassalle nimmt, als ob dies weiter gar nichts zu bedeuten hätte, die Revision höchst eigenhändig vor und erhöht für das Jahr 1853 seine erste Klasse von $\frac{1}{2}$ auf $1\frac{3}{10}$ Proc. Lassalle gönnt diesen Triumph höchst großmüthig seinen Gegnern, denn seine zweite Klasse rettet seine Ehre! Er schreibt ihr $3\frac{3}{10}$ Proc. zu, sodaß immer noch $95\frac{4}{10}$ oder 96 Proc. für die drei untersten, in gedrückter Lage lebenden Klassen der Bevölkerung übrig bleiben, ganz seinen Ausführungen im „Offenen Antwortschreiben“ entsprechend. „Sie sehen“, so fährt er fort, „die Wahrheit der Thatsachen; ich werde sie fort und fort wiederholen, und wenn Herr Wackernagel und die liberale Presse vor Wuth bersten. Man fälscht nur die Zahlen zc.“

Es hätte Lassalle doch jedenfalls stutzig machen müssen, daß, während seine erste Klasse sich um mehr als das Dreifache von $\frac{4}{10}$ ¹⁾ auf $1\frac{3}{10}$ Proc. erhöht, die zweite Klasse nur von $3\frac{1}{4}$ auf $3\frac{3}{10}$ Proc. sich hebt; Lassalle schlüpft hurtig darüber hinweg und wirft vielmehr seinen Gegnern vor, daß sie die Zahlen fälschen. Wir werden das plumpe Becherspiel Lassalle's aufdecken, damit jeder weiß, wer die Zahlen fälscht.

Lassalle erlaubt sich die zweite Klasse seines „Offenen Antwortschreibens“ (Einkommen 1000—400 Thlr. abwärts) mit einer ganz anders und viel enger abgesteckten Klasse (Einkommen 1000—500 Thlr. abwärts, dritte Hauptklasse des Gesetzes vom 1. Mai 1851, § 9) zu vertauschen; er läßt dabei die beiden obersten Steuerstufen (die siebente und achte) der zweiten Hauptklasse²⁾, welche nach Dieterici die Einkommen von 500—400 Thlr. abwärts umfassen, ohne darüber ein Wort zu verlieren, unter den Tisch fallen!

1) In Dieterici's „Mittheilungen des Statistischen Bureau“ (Bd. III 1. c.) — $0,40$!

2) Die II. Hauptklasse soll nach Dieterici (Bd. VII 1. c.) die Einkommen von 250—500 Thlr. umfassen und ist in fünf Stufen (die vierte bis achte) abgestuft, von denen jede 50 Thlr. greift.

Ein echtes Jongleurstückchen!

In der siebenten Stufe steuerten aber 73 393, in der achten 32 721, in beiden zusammen also 106 114 Personen, welche, zu den in der III. Hauptklasse steuernden 91 530 hinzugerechnet, für die zweite Cassalle'sche Klasse (Einkommen von 1000—400 Thlr.) 197 644 Steuerzahler oder mit 5 multiplicirt 988 220 Seelen ergeben, wohl bemerkt für die klassensteuerpflichtigen Ortschaften! Hierzu sind aber nun noch die in gleicher Lage befindlichen Seelen zu rechnen, welche in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften leben.

In der ersten Klasse kamen im Jahre 1853 auf 14 931 551 in klassensteuerpflichtigen Ortschaften lebenden Seelen $5 \times 21 639$ oder 108 195, oder $0,725$ Proc., die an einem Familieneinkommen von 1000 Thlrn. und darunter participiren; dagegen auf nur 1 938 235 in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften lebenden $5 \times 22 768$ oder 113 840, zusammen 222 035 Seelen, oder $5,875$ Proc.,¹⁾ wie auch die Tafel bei den „Mittheilungen des Statistischen Bureau“, Bd. VII., S. 206, ergiebt; man wird also auch in der zweiten Klasse zu den 988 220 (oder $6,6$ Proc.) in klassensteuerpflichtigen Ortschaften lebenden Seelen die nach demselben Verhältniß ermittelte Quote von 1 039 779 ($53,6$ Proc.) Seelen für die mahl- und schlachtsteuerpflichtige Bevölkerung hinzunehmen müssen, was für die Gesamtbevölkerung von 16 869 786 Seelen 2 027 999 Seelen oder 12 Proc., und nicht $3\frac{1}{4}$ Proc. wie im „Offenen Antwortschreiben“ angegeben ist, ergiebt.

Der dritten Klasse des „Offenen Antwortschreibens“ (Einkommen von 400—200 Thlr. abwärts) entsprechen die drei untern Steuerstufen (die vierte, fünfte und sechste) der zweiten Hauptklasse mit 186 945, 64 424 und 106 840, zusammen 358 209 Steuerzahlern, welche ein Fünffaches an Seelen, nämlich 1 791 045 repräsentiren; für diese läßt sich in dem Rest der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bevölkerung gar keine Quote nachweisen. Und in der That, in Städten wie Berlin, Breslau, Köln, Königsberg, Magdeburg, Danzig hört es mit den Familien nach unten hin zwischen einem Einkommen von 400—200 Thlr. allmählig auf; es beginnen die

¹⁾ Hier muß im Manuscript oder beim Druck eine Satzverschiebung unterlaufen sein. Das $5,875$ Proc. bezieht sich auf die Zahl 113 840 und ihr Verhältniß zur vorhergehenden Zahl von 1 938 235, nicht aber auf die zuletztgenannte Zahl 222 035. D. S.

Einzelexistenzen. Ein Blick auf die Miethsverhältnisse Berlins lehrt dies in drei Zahlen. Stadtrath Hermann Duncker hat im Jahre 1857 einen Beitrag zur Statistik der Berliner Wohnungsverhältnisse herausgegeben; nach demselben betrug die Gesamtzahl der Wohnungen in Berlin im Jahre 1857 87 027, darunter 11 323 oder rund 13 Proc. in einem Miethswerth von 15—30 Thlrn., und 26 887 oder rund 31 Proc. in einem Miethswerth von 31—50 Thlrn., der Rest von 56 Proc. hatte einen Miethswerth über 50 Thlr.! Daß in Städten wie die namhaft gemachten eine Familie von fünf Personen von einem Einkommen unter 100 Thlrn gar nicht existiren kann, liegt auf der Hand; es ist zudem auch gar nicht ersichtlich, welchem Erwerbszweig die betreffenden „Familienglieder“ angehören sollten, da selbst der gewöhnlichste Tagelöhner zu Berlin weit über 100 Thlr. im Jahr verdient, und der „Arbeiter“ sich mindestens 3 Thlr. per Woche steht, desgleichen in keinem Gewerke Gesellen, die unter diesem Wochenlohn arbeiten, anzutreffen sein möchten. Familien der Lassalle'schen fünften Klasse (mit Einkommen unter 100 Thlrn.) können in den größern der Mahl- und Schlachtsteuer unterliegenden Städten gar nicht existiren; ja selbst in der vierten Klasse (Einkommen von 200—100 Thlrn.) wird die Zahl der Familien eine ziemlich geringe sein, indem man die Jahreseinnahme des Mannes mit 150 Thlrn. im Minimum rechnen kann, und die Frau bei so bewandten Umständen auch in der Ehe noch durch Arbeit Geld zu verdienen gezwungen ist.

Für die größern Städte stellt sich das Verhältniß so, daß zu Familien mit einem Einkommen unter 400 Thlrn. allerhöchstens 40 Proc. der Bevölkerung gehören, und nicht 96 Proc., wie Herr Lassalle glauben machen will. Dies der Grund, warum in Berlin z. B. seine Agitation so gewaltig Fiasko gemacht; Lassalle hat sich eben Bevölkerungsschichten als vorhanden gedacht, die in dem von ihm vorausgesetzten Umfange überhaupt nicht existiren und von denen am allerwenigsten in den größern Städten die Rede sein kann. „Arbeiter“, d. h. Leute, welche den redlichen Willen haben, zu arbeiten, gehören, sobald sie eine „Familie“ begründen, nicht zu den 89 Proc. der nothleidenden Klassen des Herrn Lassalle.

Die Bevölkerung der großen Städte, z. B. Berlins, besteht zu 6 Proc. aus „Wohlhabenden“, zu 53 Proc. aus Familien des sogenannten mittlern Bürgerstandes, wozu

namentlich auch die meisten Beamten, Aerzte, Lehrer zc. gehören, und zu 40 Proc. aus dem niedern Bürger- und Arbeiterstande (dem kleinen Handwerker, den Gehilfen, Gesellen, Fabrikarbeitern) und der dienenden Klasse, welcher nach unten zu in die verarmten Schichten der Gesellschaft, die Paupers, sich verliert, wo Almosen oder Verbrechen die Existenz fristen müssen. Wer freilich, wie Lassalle dies in seinem neuesten Opus thut, „wirkliche“ Wohlhabenheit erst von 2000 Thlrn. Einkommen an rechnet und den Konsum von Mustern und Champagner als Maßstab dafür betrachtet, mit dem ist weiter nicht zu rechten.

Lassalle ist übrigens auch in dieser seiner sogenannten „Magenfrage“ keineswegs Original. Es giebt ein Werk von Friedrich Engels: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ (Leipzig, Otto Wiegand, 1848), welches dieselbe Feindschaft gegen die „Bourgeoisie“ athmet, die Herr Lassalle herauskehrt, und dieselben zum Theil sich direkt widersprechenden Vorwürfe gegen die Manchester-school schleudert, die Lassalle auf die Deutsche Fortschrittspartei wälzt. Auch die vor einer Versammlung von Arbeitern des Maingaues als mal à propos so urkomische Geschichte von der „Spinnmaschine“, von deren Erfindung die den Arbeiter ruinirende Konkurrenz des Kapitals herdatiren soll, ist aus der Einleitung des Engels'schen Werkes ohne jede Sachkenntniß entlehnt; denn Engels spricht von Manchester, Lassalle sprach zu einer Arbeiterversammlung, die vermuthlich keinen einzigen Maschinenspinner unter ihren Mitgliedern zählte! Engels schildert nun S. 275—277 die charakteristische Bewegung in den englischen Fabrik-Distrikten vom Jahre 1838. An der Spitze derselben stand das „Komité der Allgemeinen Londoner Arbeitergesellschaft“ und namentlich der Präsident desselben, William Lovett. Die Volksscharte führte sechs Punkte auf, deren erster und Hauptpunkt war: „Allgemeines Stimmrecht für jeden mündigen Mann, der bei gesundem Verstand und keines Verbrechens überführt ist“. Alle sechs Punkte beschränkten sich auf die Konstituierung des Unterhauses; des Oberhauses wird mit keiner Silbe erwähnt. Unter den Arbeitern wurde genau wie heute agitirt. Ein methodistischer Geistlicher, Stephens, redete eine Versammlung auf dem Kersall-Moor bei Manchester folgendermaßen an: „Der Chartismus, meine Freunde, ist keine politische Frage, wobei es sich darum handelt, daß Ihr das Wahlrecht bekommt; sondern der Char-

tismus, das ist eine Messer- und Gabelfrage („Magenfrage“ bei Lassalle); die Charte das heißt: gute Wohnung, gutes Essen und Trinken, gutes Auskommen und kurze Arbeitszeit.“ Engels fügt hinzu: „Bei allen Meetings dieser Epoche war der Tory Dastler mit thätig.“

Lassalle hat ganz nach der bei Engels angegebenen Schablone der englischen Chartisten gearbeitet und genau mit demselben negativen Erfolg. Die chartistische Bewegung führte in England zu der allgemeinen Verbreitung der auf Selbsthülfe beruhenden Assoziationen;¹⁾ genau so wird es auch in Deutschland der Fall sein. Lassalle, der Lovett Deutschlands, wird genau dasselbe Schicksal theilen. In wenigen Jahren wird sein Name neben dem von Schulze-Delitzsch nur so genannt werden, wie etwa der des Dr. Johann Eck neben dem unsers Luther — um mit einem Bild zu schließen, welches den Leipziguern aus der Geschichte ihrer Stadt geläufig ist.

Elberfeld, 1. Juni 1863.

Wilhelm Wackernagel.

Herr Wackernagel oder der moderne Herostratus.

Herr Wackernagel hat sich, ein moderner Herostrat, vorgesetzt, den Ruhm zu erringen, alle Fälschungen, die in dem gegenwärtigen Streit gegen mich vorgebracht worden, weitaus zu übertreffen und so eine Bekanntheit zu erlangen, die wir ihm nicht verweigern können.

Er hat sich zu diesem Zweck eine Domäne gewählt, die sich freilich sehr dazu eignet: die Zahlendomäne, in welcher wenige Menschen bewandert und in Bezug auf welche auch Solche, die darin vollständig zu urtheilen fähig sind, sich nur höchst selten und schwer der Mühe unterziehen, die angezogenen Tabellen nachzuschlagen, die Zahlen nachzurechnen, die Argu-

1) Echt liberale Geschichtsschreibung. Nicht die Chartisten-Bewegung „führte“ zur selbsthülflerischen Genossenschafts-Bewegung, sondern die auf die Niederlage der Chartisten folgende Reaktion ermöglichte es, allerhand bürgerlichen Philanthropen, die Arbeiter von der Bewegung zur Emanzipation ihrer Klasse auf den Weg der mehr oder minder individuellen Selbsthülfe abzulenken. Beiläufig konnte sich Lassalle den Vergleich mit Lovett schon gefallen lassen.

mente, auf denen sie innerlich beruhen, zu kritisiren und sich so der Entstellungen und groben Täuschungen bewußt zu werden, die man mit einer staunenswerthen Dreistigkeit verübt.

Zwar, ich habe bereits in meiner Frankfurter Rede die Entstellungen und positiven Unwahrheiten des Herrn Wackernagel hinreichend dargethan und nunmehr nicht mit statistischen Durchschnittsberechnungen, sondern mit positiven, den amtlichen Steuerlisten entnommenen Zahlen bewiesen, daß höchstens 1,31 Procent der Gesamtbevölkerung Preußens über 1000 Thlr. Einkommen und, diese eingerechnet, nur $4\frac{6}{10}$ Procent der Bevölkerung Preußens ein Einkommen von 500 Thalern und darüber — und zwar ausdrücklich auf die Familie von 5 Köpfen gerechnet — genießen.

Der dort und resp. zum Theil noch ausführlicher in meiner neuesten Schrift „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen“ geführte Nachweis ist von einer Schärfe und Positivität, welche jeder Verdrehung spottet.

Aber Herrn Wackernagel läßt sein böses Gewissen und sein Ruhmesdurst nicht schlafen! Er hat aus den Zeitungen von meiner Frankfurter Rede gehört und beeilt sich, derselben mit einem Aufsatz „Lassalle und die Statistik“ in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Juni zuvorzukommen, der Satz für Satz so voll ist von den widerlichsten Unwahrheiten, Entstellungen und Verdrehungen, daß die Ueberwindung des Eckels, die zu einer Beantwortung erforderlich, wahrlich eine harte Aufgabe ist.

Gleichwohl wollen wir uns zum Besten der Sache dazu entschließen.

Erster Punkt. Herr Wackernagel wirft mir vor, daß ich die Einkommensprocentätze der klassensteuerverpflichtigen Bevölkerung (circa 15 Millionen) im allgemeinen Durchschnitt auch auf die schlacht- und mahlsteuerpflichtige Bevölkerung (nicht 2 Millionen) anwende. Dieser Angriff bezeugt nur die Unwissenheit des Herrn Wackernagel. Es ist dies statistisch ganz üblich. Beweis: Geheimrath Dieterici, Statistisches Bureau Bd. II, p. 117: „Man könnte versucht werden, nach der Klassensteuer-Veranlagung pro 1846 überhaupt das Einkommen oder den Besitzstand der Familienväter und der selbständigen Einzelnen im preußischen Staat abzuschätzen, wenn man die in jeder Klassensteuerstufe Steuernden auch auf die Mahl- und Schlachtsteuerpflichtigen anwendete zc.“

Reicht Ihnen dieser Beweis hin, Herr Wackernagel? Wenn nicht, so werfen Sie einen Blick in die Staatschrift des kgl. preussischen Finanzministeriums, welche den Kammern bei der ersten Vorlegung des jetzigen Einkommensteuergesetzes überreicht wurde, durch welches ursprünglich auch in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bezirken die Klassensteuer eingeführt werden sollte (Nr. 172 der Drucksachen der 2ten Kammer, 1849). Es heißt daselbst (p. 35): „Den einzigen, wenigstens einigermaßen sichern Anhaltspunkt für die Berechnung des zu erwartenden Einkommensteuer-Ertrages gewähren die bisherigen Klassensteuerlisten, indem diese die Anzahl der steuerpflichtigen Haushaltungen und Personen in den seither klassensteuerpflichtigen Ortschaften und deren nach allgemeinen Merkmalen geschätzten Vermögensverhältnisse nachweisen und daraus nach dem Bevölkerungsverhältnisse für die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte sich annähernd ermitteln läßt, wie sich in letzteren das Ertragsverhältniß der neuen Steuer etwa gestalten möchte.“

Zweiter Punkt. Ich hatte in meinem „Antwortschreiben“ gesagt, daß ich in „wörtlicher und zahlenmäßiger Treue“ die von Dieterici Bd. IV, p. 226 auf Grund des alten Klassensteuergesetzes berechneten Resultate mittheile. Nach diesen hatte:

„ $\frac{1}{2}$ Procent der Bevölkerung ein Einkommen von über 1000 Thlr.“

Wenn ich dort der größeren Kürze halber diese Dieterici'sche Berechnung mittheilte, so ging ich in meiner Frankfurter Rede auf die ausführliche Berechnung nach den im Bd. VII, p. 179 sqq. des statistischen Bureau's auf Grund des neuen Einkommensteuergesetzes von 1851 veröffentlichten Steuerlisten pro 1853 ein. Nach diesen giebt es in ganz Preußen 44 407 Personen, die über 1000 Thlr. Einkommen haben. Dieterici macht daselbst zu dieser Liste die Bemerkung: „Es sind hiernach überhaupt 44 407 Personen zur klassifizirten Einkommensteuer veranlagt; nimmt man an, daß jede Person eine Familie oder einen Hausstand von 5 Personen repräsentirt, so sind dies überhaupt 222 035 Seelen und von der Gesamtbevölkerung des Staats mit 16 869 786 Seelen nur $1,31$ Proc., welche als wohlhabend bezeichnet werden können.“

Dies hatte ich in Frankfurt citirt und Herr Wackernagel ruft nun unter Abdruck desselben aus: „Die „wörtliche zahlen-

mäßige Treue““ der $\frac{1}{2}$ Proc. hat also grade vom 1. März bis zum 17. Mai ausgereicht.“

Welcher Unsinn! Beidemaal citire ich, und beidemaal kann sich also die „wörtliche, zahlenmäßige Treue“ nur auf die Texte beziehen, die ich citire. Ueberdies, was ist denn für die hier in Betracht kommende Frage für ein Unterschied, ob $\frac{1}{2}$ Proc. oder $1_{,31}$ Proc. Wohlhabende im ganzen Staat existiren? Für wen schreiben Sie denn eigentlich, Herr Wackernagel, daß Sie solchen Blödsinn vorbringen? Endlich habe ich ja schon in Frankfurt darauf aufmerksam gemacht, daß diese Zahl von $1_{,31}$ Procent, zu der Dieterici nur gelangt, indem er die Zahl der 44 407 Steuerpflichtigen mit 5 multiplicirt, noch viel zu groß ist, da viele Einzelsteuernde darunter und da besonders auch die Familien in den höheren Ständen durchaus nicht, wie dies beim ganzen Volksdurchschnitt üblich ist, auf fünf Personen angenommen werden können.

Herr Wackernagel aber fährt unmittelbar fort: „Lassalle hatte einfach übersehen, daß die Dieterici'schen Procente sich nicht auf die Gesamtbevölkerung, sondern auf die Zahl der zur Steuer veranlagten Personen (Haushaltungen und Einzelsteuernde) beziehen.“ Dieser Satz ist völlig sinnlos. Soll er darauf gehen, daß ich von der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung im Ganzen auf die mahlsteuerpflichtige fortschließe? Dann ist er durch Punkt 1 widerlegt. Oder soll er darauf nicht gehen, so hat er gar keinen Sinn. Denn Haushaltungen und Einzelsteuernde bilden doch eben die steuerpflichtige Gesamtbevölkerung!¹⁾

Herr Wackernagel fährt unmittelbar fort: „Lassalle nimmt, als ob dies weiter gar nichts zu bedeuten hätte, die Revision höchst eigenhändig vor und erhöht für das Jahr 1853 seine erste Klasse von $\frac{1}{2}$ auf $1\frac{3}{10}$ Procent.“ Herr Wackernagel, ich habe gar keine Revision vorgenommen, da ich hierbei beidemaal nur Dieterici citirt habe. Und überdies ist es ganz richtig, daß die Revision von $\frac{1}{2}$ Procent auf $1\frac{3}{10}$ Procent — welche letztere Zahl offenbar, wie schon bemerkt, noch viel zu hoch ist — in der That „weiter gar nichts zu bedeuten hätte.“

¹⁾ Möglicherweise sollte es bei Wackernagel heißen: die ersten Dieterici'schen Procente. Jedenfalls ist der Unterschied zwischen den Procenten der steuerpflichtigen Individuen und den der durch sie vertretenen Bevölkerung gemeint, was Lassalle übersehen zu haben scheint.

Sie sagen ferner: „Es hätte Lassalle doch jedenfalls stuzig machen müssen, daß, während seine erste Klasse sich um mehr als das Dreifache von $\frac{4}{10}$ (müßte in Wahrheit heißen: um mehr als das Zweifache von $\frac{1}{2}$, wie ich im „Antwortschreiben“ nach Dieterici Bd. IV, p. 226 citirt habe) auf $\frac{13}{10}$ Procent erhöht, die zweite Klasse nur von $3\frac{1}{4}$ auf $3\frac{3}{10}$ Procent sich hebt. Lassalle schlüpft hurtig darüber hinweg und wirft vielmehr seinen Gegnern vor, daß sie die Zahlen fälschen.“

Nein, Herr Backernagel, dabei ist in der That nicht das Geringste, was mich oder irgend einen Andern, der nicht fälschen will, hätte stuzig machen können!

Die $\frac{1}{2}$ Procent beruhen auf den Steuerlisten nach dem Steuergesetz von 1820. Die $\frac{13}{10}$ Procent auf den Steuerlisten nach dem neuen Einkommensteuergesetz vom 1. Mai 1851, und an und für sich würde also schon nicht der geringste Grund zur Verwunderung vorliegen, wenn zwei verschiedene Steuergesetze auch eine noch dazu so äußerst geringfügige Verschiedenheit in ihren Resultaten ergeben. Zudem aber ist bekanntlich das neue Einkommensteuergesetz von 1851 ausdrücklich zu dem Zweck erlassen worden, bei den gesteigerten Finanzbedürfnissen des Staates grade die besitzenden Klassen stärker heranzuziehen. Es ist in den Motiven des Gesetzesentwurfes ausdrücklich ausgesprochen, daß dies früher nicht möglich gewesen, weil dadurch, daß früher der höchste Steuersatz 144 Thlr. gewesen, die einschätzenden Behörden sich in einem gewissen natürlichen Billigkeitsgefühl hätten abhalten lassen, die bloß Wohlhabenderen nach ihren wirklichen Vermögensverhältnissen einzuschätzen. Jetzt sollte durch die weit artikulirteren Stufen des neuen Gesetzes dieser Uebelstand beseitigt werden. Jetzt sollte von den Behörden ganz anders eingeschätzt werden und wurde von ihnen ganz anders eingeschätzt. Eine Vermehrung der grade zur ersten Klasse, d. h. zu einem Einkommen von über 1000 Thlr. eingeschätzten Personenzahl war also einer der Hauptzwecke des Gesetzes und seine natürliche Wirkung. Eine neu hinzukommende nur sehr mäßige Personenzahl mußte nun aber bei der erstaunlich geringen Personenzahl der zur ersten Steuerklasse (zur sogen. klassifizirten Einkommensteuer) Gehörigen schon eine sehr bedeutende Multiplikation des früheren Procentsatzes der zu dieser Stufe gehörigen Bevölkerung hervorbringen. Gehörten früher nur $\frac{1}{2}$ Procent der Bevölkerung in diese

Einkommensklasse und kamen jetzt nur $\frac{8}{10}$ Procent hinzu, wie dies Beides der Fall, so gab das nun $1\frac{3}{10}$ Procent und somit freilich weit mehr, als eine Verdopplung des früher zu dieser Einkommensklasse gehörigen Procentsatzes der Bevölkerung.

In Bezug auf die andern Klassen des Steuergesetzes (also auf die Klassen von unter 1000 Thlr. Einkommen) wurde aber eine derartige Vermehrung der zu ihnen gehörigen Zahl von Steuerpflichtigen in solchem Umfange gar nicht erzielt! Es mußte sogar nach einer Seite hin eine Verminderung derselben eintreten, indem jetzt eben Viele, die früher zu diesen Klassen gehörten, jetzt zur klassifizirten Einkommensteuer hinaufgerückt werden sollten. Und endlich würde sogar eine Vermehrung um eine ähnliche Personenzahl, wie die, welche in der ersten Klasse eine Verdopplung bewirkte, in den andern Klassen bei der weit größeren von ihr umfaßten Personenzahl nur eine unendlich geringfügigere Steigerung ihres früheren Procentsatzes zur Bevölkerungszahl haben ergeben können.

Sie mögen und müssen ein sehr beschränkter Mensch sein, Herr Wackernagel! Aber so beschränkt sie auch sein mögen, — diese einfachen, elementaren Thatfachen konnten Ihnen nicht entgehen, und es ist daher nur Sucht, zu entstellen und zu verdrehen, wenn Sie darüber „stutzig“ zu werden behaupten, daß sich Etwas positiv zeigt, was sich schon apriorisch im Allgemeinen gar nicht anders zeigen konnte.

Dritter Punkt. Aber Sie fahren unmittelbar also fort: „Wir werden das plumpe Becherspiel Lassalle's aufdecken, damit Jeder weiß, wer die Zahlen fälscht. (Haben Sie Acht, Herr Wackernagel! Sie beschuldigen mich der Fälschung! Durch diesen Vorwurf zwingen Sie mich zu dem harten Zeitopfer, Ihren Wortschwall zu widerlegen, und — da es zum letztenmal geschieht — ausführlich zu widerlegen. Ohne diesen Vorwurf würde ich es dem Leser überlassen haben, sich von selbst über Ihren Unsinn aufzuklären. Stellt sich also bei dieser Untersuchung heraus, daß die Sache umgekehrt steht, daß Sie es sind, der lügt und fälscht, so werde ich Ihnen eine unerbittlich strenge Lektion geben!) Lassalle erlaubt sich, die zweite Klasse seines „Offenen Antwortschreibens“ — Einkommen von 1000—400 Thlr. abwärts — mit einer ganz anders und viel enger abgesteckten Klasse — Einkommen von

1000—500 Thlrn. abwärts, dritte Hauptklasse des Gesetzes vom 1. Mai 1851, § 9 — zu vertauschen; er läßt dabei die beiden obersten Steuerstufen (die siebente und achte) der zweiten Hauptklasse, welche nach Dieterici die Einkommen von 500 bis 400 Thlr. abwärts umfassen, ohne darüber auch nur ein Wort zu verlieren, unter den Tisch fallen! Ein echtes Jongleurstückchen!“

Auf diese unermüdlichen Verdrehungen werde ich Ihnen eine doppelte Antwort geben.

Erstens: In meinem „Antwortschreiben“ habe ich nicht berechnet, sondern durch den Umfang einer Broschüre von $2\frac{1}{2}$ Bogen genöthigt, die kürzeste, in wenigen Zeilen wiederzugebende Berechnung eines angesehenen und mit amtlichen Hilfsmitteln operirenden Statistikers mitzutheilen, jene Dieterici'sche Berechnung pro 1850 abgedruckt, welche noch auf dem alten Klassensteuergesetz von 1820 beruhend, diese ihren Grundlagen gemäß in fünf Klassen geordnet ist, von denen die erste das Einkommen von über 1000 Thlr. und die zweite ein Einkommen von 400—1000 Thlr. umfaßt.

In meiner Frankfurter Rede — und ebenso in meiner neuesten, bereits gedruckten Schrift „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen“, die Sie kennen, da Sie dieselbe citiren, gehe ich nun dazu über, freilich mit einem ganz andern Aufwand von Raum, selbst zu berechnen. Und natürlich berechne ich nun auf Grund des neuen Steuergesetzes von 1851 und seiner vom Staat pro 1853 veröffentlichten Resultate. Natürlich muß ich mich daher nun auch an die Klassensätze und Eintheilungen des neuen Gesetzes halten. Ist Ihnen das einleuchtend, Herr Wackernagel? Das neue Gesetz zerfällt in die klassifizierte Einkommensteuer und in die Klassensteuer, welche wieder in drei Hauptklassen mit 12 Stufen in aufsteigender Linie zerfällt. Für die klassifizierte Einkommensteuer steht durch das Gesetz selbst fest, wie groß die zu ihr heranzuziehenden Einkommen sein sollen; bei der Klassensteuer ist dies für die dritte Hauptklasse derselben — zerfallend in die Stufen 9, 10, 11 und 12 — durch die Circular-Verfügung des königl. Finanzministeriums vom 8. Mai 1851 festgestellt. Dieselbe verordnet, daß eingeschätzt werden sollen:

zur 12. Stufe Diejenigen, die ein Einkommen haben von
1000—900 Thlrn.,

- zur 11. Stufe Diejenigen, die ein Einkommen haben von
900—800 Thlrn.,
zur 10. Stufe Diejenigen, die ein Einkommen haben von
800—650 Thlrn.,
zur 9. Stufe Diejenigen, die ein Einkommen haben von
650—500 Thlrn.

Von da ab sind für die unteren Stufen (1—8 incl.) keine zahlenmäßig bestimmten Einkommenssätze mehr festgestellt, welche bestimmen, wie viel das zu jeder Stufe heranzuziehende Einkommen betragen soll. Gesetz und amtliche Cirkularverfügung gehen also nur bis zu einem Einkommen von 500 Thlrn. hinunter. Was wundert Sie also, Herr Wackernagel, daß, wo es sich um zahlenmäßige Berechnung handelt, auch ich nicht weiter gehen kann? Und wie können Sie es ein „Jongleurstückchen“ nennen, wenn ich nicht mit subjektiven, arbiträren¹⁾ Schätzungen kommen und also nicht weiter gehen will, als der positive Boden des Gesetzes und der amtlichen Verordnungen reicht?

Aber ferner: Alles das wußten Sie zufällig auch, denn alle diese thatsächlichen Angaben sind in dem in Bd. VII des statistischen Bureau's p. 170 sqq. von Dieterici veröffentlichten Aufsatz zu lesen, den ich in meiner Frankfurter Rede und in meiner neuesten Schrift „Die indirekte Steuer zc.“ bereits angezogen habe. Früher kannten Sie diesen Aufsatz zwar nicht, denn sonst würden Sie nicht den greulichen Unsinn Ihrer Broschüre haben zusammenschreiben können, würden nicht mit einer alten Standestabelle herbeigekommen sein, um die Einkommensverhältnisse zu arbiträren zc. Jetzt aber haben Sie von ihm aus jenen meinen beiden Reden erfahren und citiren ihn in Folge dessen selbst. Jetzt kennen Sie ihn also. Und da Sie ihn, und aus ihm die eben angeführten Thatsachen, kennen — wo nehmen Sie die Scham- und Gewissenlosigkeit her, von einem „Jongleurstückchen“ zu sprechen, weil ich mich nicht in Muthmaßungen verlieren und den positiven Boden offizieller Feststellungen nicht überschreiten will?

Aber noch mehr! —

Dieterici macht in diesem Artikel (Bd. VII, p. 175) eine ungefähre Annahme, wie hoch sich wohl das Einkommen der untern Stufen belaufen möge, deren Einkommenbeträge vom

1) auf persönlicher Annahme beruhenden.

Finanzministerium nicht festgestellt sind. Auf diese Annahmen Dieterici's berufen Sie sich jetzt, indem sie dieselben, wie ich später zeigen werde, gründlich fälschen. Aber grade Sie haben in Ihrer früheren Broschüre die Annahmen Dieterici's über die Einkommenbeträge, die den alten Klassensteuerstufen entsprechen mögen, als ganz willkürliche und nichts beweisende verworfen. Grade mit aus dem Grunde, um solchen Wadenkneifern, wie Sie, nicht den geringsten Anlaß zum Bellen zu geben, beschloß ich bei meinem neuen, genau eingehenden Berechnungsnachweis mit Vermeidung aller arbiträren Annahmen mich nur an offiziell feststehendes Material zu halten. Und nun nennen Sie das ein „Jongleurstückchen“?

Zweitens aber: Für wie blödsinnige Leser schreiben Sie denn eigentlich, Herr Wackernagel? Was macht es denn für die hier in Rede stehende Frage, für die soziale Frage, für einen Unterschied, ob ich nachweise, wieviel Procente der Bevölkerung auf eine Familie von 5 Köpfen 500 Thaler oder 400 Thaler Einkommen haben? Doch nicht den geringsten, Herr Wackernagel! Hängt sich für Sie an die Zahl von 400 Thaler ein besonderes mystisches Gewicht? Darüber werden Sie ja Niemand täuschen können, Herr Wackernagel, daß auch Solche, die 500 Thaler Jahreseinnahme auf eine Familie von 5 Köpfen haben, zu den unbemittelten Klassen, zu den Leuten in „gedrückter, dürftiger Lage“ gehören!¹⁾ Wäre also bewiesen, was ich in meiner Frankfurter Rede bewiesen habe, daß nur über 4 Proc. der Bevölkerung ein Einkommen von 600 Thaler und darüber und also über 95 Proc. der Bevölkerung ein Einkommen von unter 500 Thaler auf die Familie von 5 Köpfen haben, so wäre reichlich Alles bewiesen, was ich in meinem „Antwortschreiben“ gesagt habe: „89 bis 96 Proc. in gedrückter, dürftiger Lage.“ —

Vierter Punkt. Nun aber kommen wir erst zur Hauptsache! Sie schicken Sich nun Ihrerseits an, zusätzlich zu meiner Berechnung der Prozentzahl der Bevölkerung, welche bis 500 Thaler Einnahme abwärts hat, und resp. diese noch berichtigend berechnen zu wollen, wieviel Proc. 500—400 Thaler

¹⁾ Das ist nun doch etwas übertrieben. Bei der damaligen Kaufkraft des Geldes in Preußen bedeutete ein solches Einkommen auf dem Lande und in kleinen Städten bereits eine ziemlich behagliche Existenz. Lassalle streitet hier um etwas, was mit der Frage, auf die es ankam, sehr wenig zu thun hat. D. S.

Einnahme haben. Und Sie fahren daher unmittelbar nach den zuletzt angeführten Worten: „Ein echtes Jongleurstückchen“ fort wie folgt: „In der 7ten Stufe steuerten aber 73 393, in der 8ten 32 721, in beiden zusammen also 106 114 Personen, welche zu den in der 3. Hauptklasse steuernden 91 530 hinzugerechnet, für die zweite Lassalle'sche Klasse (Einkommen von 1000—400 Thlr.) 197 644 Steuerzahler oder mit 5 multiplicirt 988 220 Seelen ergeben, wohl bemerkt für die klassensteuerepflichtigen Ortschaften! Hierzu sind aber nun noch die in gleicher Lage befindlichen Seelen zu rechnen, welche in mahl- und schlachtsteuerepflichtigen Ortschaften leben.“ —

„In der ersten Klasse kamen im Jahr 1853 auf 13 931 551 in klassensteuerepflichtigen Ortschaften lebenden Seelen $5 \times 21\,639$ oder 108 195 oder 0,725 Proc., die an einem Familieneinkommen von 1000 Thlrn. und darunter (Druckfehler, soll heißen: darüber) participirten; dagegen auf nur 1938 235 in mahl- und schlachtsteuerepflichtigen Ortschaften lebenden $5 \times 22\,768$ oder 113 840 (zusammen 222 035 Seelen) oder 5,875 Proc., wie auch die Tafel bei den „Mittheilungen des Statistischen Bureau“ Bd. VII, S. 206 ergiebt; man wird also auch in der 2ten Klasse zu den 988 220 (oder 6,8 Proc.) in klassensteuerepflichtigen Ortschaften lebenden Seelen die nach demselben Verhältniß ermittelte Quote von 1 039 779 (53,8 Proc.) Seelen für die mahl- und schlachtsteuerepflichtige Bevölkerung hinzunehmen müssen, was für die Gesamtbevölkerung von 16 869 786 Seelen 2 027 999 Seelen oder 12 Proc., und nicht $3\frac{1}{4}$ Proc., wie im „Offenen Antwortschreiben“ angegeben ist, ergiebt.“

In dieser interessanten Berechnung sind zwei Fälschungen enthalten, die ich Ihnen jetzt nachweisen werde.

1) Zunächst: Wie kommen Sie zu Ihren Klassensteuerzahlen? Sie greifen dieselben ganz richtig aus dem im VII. Bd. des Statist. Bureaus publicirten Aufsatz, den ich Ihnen angezeigt habe. Und zwar ist die Zahl von 91 530 Personen (Anzahl der zur 3. Steuerhauptklasse Stufe 12—9 Gehörigen, Einkommen von 1000—500 Thlr. laut der oben bezogenen Verfügung des Finanz-Ministerii) ganz richtig und bereits in meiner Frankfurter Rede berechnet. Sie wollen aber noch weiter gehen und bis 400 Thlr. Einkommen hinab berechnen. Zu diesem Zweck führen Sie die Klassensteuerepflichtigen der siebenten Stufe mit 32 721 und der siebenten Stufe mit 73 393 Personen auf, den Zahlen nach wiederum

ganz richtig. Aber wer sagt Ihnen, daß die Steuerpflichtigen dieser siebenten Stufe (die der achten müssen es allerdings) noch 400 Thlr. Einkommen haben? Sie berufen sich dabei auf Annahmen Dieterici's. Sie sagen: „Er (Lassalle) läßt dabei die obersten Steuerstufen, die siebente und achte der zweiten Hauptklasse, welche nach Dieterici die Einkommen von 500—400 Thlr. abwärts umfassen, unter den Tisch fallen.“ Und in einer Anmerkung hierzu sagen Sie noch bestimmter: „Die zweite Hauptklasse soll nach Dieterici (Bd. VII, l. c.) die Einkommen von 250—500 Thlr. umfassen und ist in fünf Stufen (die vierte bis achte) abgestuft, von denen jede 50 Thaler greift.“

Muß das nicht für jeden Menschen den Schein erregen: Dieterici nehme an, daß jede dieser fünf Stufen 50 Thlr. greift, und Dieterici nehme also an, daß auch noch die zur siebenten Stufe Gehörigen ein Einkommen von 400 Thaler haben müssen?

Aber Dieterici sagt keineswegs das, wie sie ihn sagen lassen!

Die Worte, in denen er diese ganz ungefähre, diesmal auf keine Berechnung gegründete Annahme äußert, lauten (Bd. VII, p. 175): „Es umfaßt diese Klasse, wenn man ungefähre Geldbeträge gern in der Auffassung haben will, etwa die Männer, welche in drei Abstufungen Einnahme haben, von jährlich 250—309 oder 320 Thlr.; 320—400 Thlr.; 400 bis 500 Thlr.“

Dieterici sagt also kein Wort davon, daß „jede der 5 Stufen dieser Klasse 50 Thaler greift!“ Er zerlegt sie in 3 Abstufungen, von denen die erste 50—70 Thlr., die zweite 80 Thlr. und die dritte 100 Thlr. greift. Da er eine Klasse von 5 Steuerstufen in nur 3 Einkommens-Abstufungen zerlegt, so ist es unmöglich zu sagen, wie er sich das Verhältniß gedacht hat, ob nämlich in seine letzte Abstufung von 400—500 Thlr. bloß die letzte (8.) Steuerstufe dieser Klasse, oder auch noch die 7. hineinfallen soll. Nach seinen Worten, seiner Interpunction und dem Umstande zu schließen, daß er in aufsteigender Linie seine drei Abstufungen um immer größere Einkommens-Unterschiede sich steigern läßt, würde vielmehr eher geschlossen werden müssen, daß er nur die letzte (8.) Steuerstufe dieser Klasse zu der letzten seiner Abstufungen (400—500 Thlr.) veranschlagt, und daß

also die Steuerpflichtigen der siebenten Stufe nach ihm zu denen gehören, welche weniger als 400 Thlr. Einkommen haben.

Sie aber machen eine ganz willkürliche und durch nichts belegte Annahme, erfinden daß „jede dieser fünf Stufen 50 Thlr. greift“, legen diese Annahme fälschlich und fälschend Dieterici in den Mund, und sprechen nun von den „beiden obersten Steuerstufen (die siebente und achte) der zweiten Hauptklasse, welche nach Dieterici die Einkommen auf 500—400 Thlr. abwärts umfassen.“

Der Grund dieser Verfahrensweise ist der sehr einfache, daß Sie ohne dieselbe durch nichts berechtigt gewesen wären, auch noch die Steuerpflichtigen der siebenten Steuerstufe zu denen zurechnen, welche über 400 Thaler Einkommen haben. Folglich hätten Sie von den 106 144 Klassensteuerpflichtigen Personen, die Sie meiner Rechnung hinzufügen wollen, um die Einkommen von 400—500 Thlr. aufzunehmen, zwei Drittheil verloren. Sie hätten die Klassensteuerpflichtigen der siebenten Stufe, d. h. 73 393 Personen verloren und sich mit denen der achten Stufe, d. h. 32 721 als derjenigen Anzahl Klassensteuerpflichtigen Personen begnügen müssen, bei denen ein Einkommen von zwischen 400 und 500 Thlr. vorzuzusehen sei. Eine so minime Zahl hätte Ihnen aber für Ihren Zweck natürlich nur geschadet, statt genützt, und so ziehen Sie denn durch die geschilderte Verdrehung der Worte Dieterici's noch die respektablere Zahl von 73 394 Klassensteuerpflichtigen herbei, die Ihnen dann zumal bei der gleich zu schildernden horriblen Weise, in welcher Sie von den Klassensteuerpflichtigen auf die Schlacht- und Mahlsteuerpflichtigen fortschließen, helfen soll, eine erheblichere Differenz gegen meine Rechnung zu gewinnen.

2) Jetzt also zu dieser noch weit erstaunlicheren Fälschung! Das Geheimniß, wie Sie zu Ihrer Zahl von 12 Proc. der Bevölkerung — als ein Einkommen bis 400 Thlr. abwärts auf die Familie von 5 Köpfen genießend — gelangen, liegt einfach in Ihren deshalb schon oben von mir breit gedruckten Worten: „man wird also auch in der zweiten Klasse zu den 988 220 (oder 6,8 Proc.) in Klassensteuerpflichtigen Ortschaften lebenden Seelen die nach demselben Verhältniß ermittelte Quote von 1 039 779 (53,8 Proc.) Seelen für die mahl- und schlachtsteuerpflichtige Bevölkerung hinzunehmen

müssen, was für die Gesamtbevölkerung von 16 869 786 Seelen 2 027 999 Seelen oder 12 Proc., und nicht $3\frac{1}{4}$ Proc. wie im „Offenen Antwortschreiben“ angegeben ist, ergibt.“

Also „die nach demselben Verhältniß ermittelte Quote!“

Einen Augenblick Geduld, Sie erstaunlicher Rechenmeister!

Wie Sie selbst aus dem Ihnen von mir angezogenen Aufsatz im 7. Bd. des Stat. Bureaus citiren, war damals (1853) die Zahl der klassensteuerepflichtigen Bevölkerung 14 931 551 Seelen und die der mahl- und schlachtsteuerepflichtigen nur 1 938 235 Seelen, und es betrug dennoch (s. Dieterici das. S. 180) die Zahl aller zur klassificirten Einkommensteuer Veranlagten, also die Zahl Aller, die über 1000 Thlr. Einkommen haben in sämtlichen klassensteuerepflichtigen Ortschaften 21 639 Personen, dagegen in sämtlichen mahl- und schlachtsteuerepflichtigen Ortschaften 22 768 Personen, also, — wie sie überdies selbst hervorhoben — achtmal soviel als der Procentsatz in der klassensteuerepflichtigen Bevölkerung beträgt.

Und nach dieser achtfachen Quote wollen Sie auch die Einkommen von 1000—400 Thlr. abwärts in den mahl- und schlachtsteuerepflichtigen Ortschaften berechnen?

O, Sie Hauptfälscher!

Daß von der Handvoll Leute, die über 1000 Thlr. Einkommen haben, daß also von den zur klassificirten Einkommensteuer herangezogenen 44 407 Personen im ganzen Staat eine im Verhältniß zur Bevölkerung achtmal so große Anzahl in den mahl- und schlachtsteuerepflichtigen Ortschaften wohnt, als in den klassensteuerepflichtigen, kann Niemand Wunder nehmen.

In den großen Städten drängen sich alle Reichen zusammen, alle Rentiers, große Industrielle, Kaufleute, Bankiers, Central- und Provinzialbehörden, Obergerichte, Universitäten, höhere Offiziere zc. zc. Daß also von dieser Handvoll Leute eine im Verhältniß achtmal so große Anzahl in den mahl- und schlachtsteuerepflichtigen Ortschaften zu treffen ist, ist so natürlich wie nothwendig.

Und hieraus wollen Sie wirklich den Schluß machen, Herr Wackernagel, daß auch in Bezug auf die große Masse der Bevölkerung der großen Städte, dasselbe Verhältniß anwendbar sei? Daß auch die Klassensteuerstufen 12—7 incl.

achtmal so stark in den großen Städten, als in den klassensteuerpflichtigen Städten und Ortschaften vertreten seien?

Wo bleiben Ihnen denn bei dieser sauberen Berechnung die Fabrikarbeiter, Handwerker, Gesellen, Domestiken, kleinen Beamten und in ärmlichen Verhältnissen befindliche Kleinbürger aller Art, welche das Gros auch der Bevölkerung der großen Städte ausmachen?

Glauben Sie denn wirklich, Herr Wackernagel, daß die Arbeiter, Handwerker, kleinen Beamten, Kleinbürger zc. in den großen Städten das achtfache Einkommen wie in den klassensteuerpflichtigen Städten und Bezirken haben?

Sie zwingen Sich durch diesen Unsinn selbst zu sagen, daß sich für die „unteren Stufen (die vierte, fünfte und sechste) der zweiten Hauptklasse“ in den großen Städten „gar keine Quote nachweisen läßt!“ Sie zwingen Sich durch diesen Unsinn zu der Behauptung, daß es in den großen Städten mit den Familien von 400 Thaler Einkommen und weniger „allmählich aufhört!“

Ich hatte in Frankfurt die Zahl der Einkommen über 1000 Thlr. nach den Steuerlisten des Staats, die sich für diesen Einkommenbetrag gleich positiv über mahl- und schlachtsteuerpflichtige wie über klassensteuerpflichtige Ortschaften erstrecken, angegeben. Ebenso die Zahl der Einkommen zwischen 1000 und 500 Thlr. nach den Klassensteuerlisten; und für die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften (ohnehin nur der achte Theil der Gesamtbevölkerung) hatte ich nun die Zahl derselben Einkommen einfach nach dem Bevölkerungs-Verhältniß berechnet, indem ich durchschnittlich für jede Klassensteuerstufe die verhältnißmäßig entsprechende Anzahl auch in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orten annahm (wie oben Punkt 1. Dieterici).

Dieser Berechnungsmodus konvenirt Ihnen nicht, Herr Wackernagel. Sie wissen einen viel genaueren! Sie nehmen ganz einfach das ganz anormale und ausnahmsweise Verhältniß, welches bei der klassificirten Einkommensteuer, bei Einkommen über 1000 Thlr., in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orten stattfindet und stattfinden muß und legen diese Ausnahme, legen denselben achtfachen Bevölkerungsprocentfuß unbefangen als die nothwendige Regel auch bei der Klassensteuer zu Grunde, wodurch

Ihnen natürlich die ärmere Massenbevölkerung der großen Städte mehr oder weniger unter der Hand verschwindet!

O, Sie Hauptfälscher!

Man kann allerdings wohl mit Grund annehmen, daß auch in Bezug auf die höchsten und gewisse mittlere Klassensteuerebenen das Verhältniß in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften günstiger sein werde, als in den bis jetzt klassensteuerpflichtigen. Gleichwohl habe ich mich mit vollstem Recht in Frankfurt auf die Untersuchung dieses Unterschiedes nicht eingelassen und zwar aus drei Gründen:

1) weil nicht der geringste positive Anhaltspunkt für die zahlenmäßige Bestimmung dieses Unterschiedes existirt und man also rein zu willkürlichen, in's Blaue greifenden Annahmen seine Zuflucht nehmen müßte; 2) weil die Differenz, die hier obwalten kann, obnein kompensirt ist, durch die zu hohe Annahme von 5 Köpfen auf jeden Steuerpflichtigen der wohlhabenden Klassen, 3) endlich, weil, auch abgesehen hiervon, das günstigere Verhältniß, welches in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften existiren könnte, auf die — achtmal so starke — Gesamtbevölkerung vertheilt, doch wieder keinen nennenswerthen Unterschied in den Procentätzen der Gesamtbevölkerung hervorzubringen vermöchte, die auf jede Einkommensstufe fallen und um deren Berechnung es sich hier handelt.

Und das will ich Ihnen denn noch schließlich beweisen, Herr Wackernagel!

Als das königl. preuß. Finanzministerium den ursprünglichen Entwurf des Gesetzes vom 1. Mai 1851, der ursprünglich die Mahl- und Schlachtsteuer aufheben und im ganzen Staat die Einkommen- und Klassensteuer einführen sollte, der Kammer vorlegte (Nr. 171 und 172 der Kammerdrucksachen, Bd. II, Jahr 1849) fügte es demselben eine „Berechnung des durch die einzuführende Einkommen- und Klassensteuer zu beschaffenden muthmaßlichen Ertrages“ bei. In dieser Berechnung macht das Finanzministerium die Annahme, daß in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften sowohl zu der klassifizirten Einkommensteuer als zu den höheren Stufen der Klassensteuer „dreimal mehr Steuerpflichtige“ einzuschätzen sein würden, als nach dem Bevölkerungsverhältniß bei der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung der Fall sein würde. Diese

Annahme mag, da sie eine durchschnittliche ist, welche sowohl die klassifizierte Einkommensteuer — bei welcher das Verhältniß das achtfache ist — als die höheren Stufen der Klassensteuer umfaßt, bei welcher letzteren also das Verhältniß geringer als das dreifache sein kann, um nun dennoch im Durchschnitt mit jener achtfachen Zahl das Dreifache als Durchschnittsverhältniß zu ergeben, im Ganzen zutreffend sein.

Bernachlässigen wir aber sogar gänzlich diesen Unterschied des von der Regierung im Durchschnitt von Einkommen- und Klassensteuer angenommenen Verhältnisses und lassen wir immerhin das Dreifache als bei den bloßen hier in Rede stehenden Stufen der Klassensteuer zutreffend gelten. Welches Resultat ergibt sich dann?

Zunächst: Betrachten Sie einmal den enormen Unterschied der Berechnung, der durch Ihre Verachtlichung entsteht! Das preussische Finanzministerium gelangt (s. das. S. 41) genau für eben dieselben Steuerstufen, welche Sie berechnen — und unter Voraussetzung der dreifachen Quote der zu denselben in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften zu veranschlagenden Personenzahl — zu dem Resultat von 213 600 steuerpflichtigen Personen im ganzen Staat, in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen und klassensteuerpflichtigen Ortschaften.

Sie aber gelangen bei Ihrer Verachtlichung dazu 1 039 779 Seelen, also dividirt durch 5 nicht weniger als 207 955 Steuerpflichtige jener Stufen bloß für die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften allein, also für den achten Theil der Bevölkerung anzunehmen!

O, Sie Hauptfälscher!

In Bezug auf die Anzahl der Steuerpflichtigen, welche in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften den niedrigeren Klassensteuerstufen entsprechen würden, sagt das Finanzministerium einfach (S. 72): „Für die unteren Klassen ist der künftige Ertrag der Klassensteuer nach der Disposition des bereits allegirten¹⁾ § 34 des Entwurfs einfach dadurch zu berechnen, daß den dazu jetzt schon veranlagten Haushaltungen und Einzelnen die nach dem Verhältniß der Bevölkerung der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen

¹⁾ erwähnten.

Städte zu berechnende Anzahl von Haushaltungen und Einzelnen in den verschiedenen Stufen hinzugesetzt wird.“ Sie aber kommen dagegen nothwendig zu dem Resultat, daß es in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten mit den Familien von 400 Thlr. und weniger überhaupt „allmählich aufhört.“

O, Sie Hauptfälscher!

Doch gehen wir positiv in Ihre Berechnung ein, die dreifache Quote, jener Veranschlagung des Finanzministeriums gemäß, für die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orte unterstellend.

Wir werden dann sehen, welche geringfügige, das Verlassen des positiven Bodens in keiner Weise lohnende Differenz von meiner Rechnung bei der Vertheilung auf Procentsätze der Gesamtbevölkerung dies giebt.

Bei der Klassensteuer giebt es, wie Sie berechnen, 988 220 Seelen oder $6\frac{8}{10}$ Proc. der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung mit einem Familien-Einkommen auf 5 Personen von 1000 bis 400 Thlr. abwärts. Nehmen wir also den dreifachen Procentsatz oder rund $19\frac{1}{2}$ Proc. bei der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bevölkerung an (von 1938 235 Seelen), so giebt das hier 376 952 Seelen in derselben Lage, addirt zu Ihren 988 220 Seelen = 1365 172 Seelen oder 8 Procent der Gesamtbevölkerung des Staats, welche über 400 Thlr. Einkommen haben (außer den $1\frac{3}{10}$ Proc. mit über 1000 Thlr.) auf eine Familie von 5 Köpfen. Ihr Widerspruch gegen die Behauptung meines „Antwortschreibens“, daß „89—96 Proc. der Bevölkerung in gedrückter, dürftiger Lage“, würde sich also nach Ihnen auf die Behauptung reduciren, daß $1\frac{3}{10} + 8$ Proc. = $9\frac{3}{10}$ Proc. der Gesamtbevölkerung über 400 Thaler Einkommen auf eine Familie von 5 Köpfen haben und also, Sie Wadenkneifer!, nur $90\frac{7}{10}$ Proc. — statt meiner 89—96 Proc. — in gedrückter, dürftiger Lage sind!

Aber erinnern Sie sich doch, Herr Wackernagel! Selbst dieses erstaunlich glänzende Resultat erlangen Sie ja nur dadurch, daß Sie, wie vorhin nachgewiesen, Dieterici's Worte fälschen, und darauf hin ohne Weiteres nach der Devise „Geschwindigkeit ist keine Hexerei“ auch die siebente Steuerstufe mit 73 393 Personen zu dem Einkommen über 400 Thlr. heranziehen! Wenn man dieser Geschwindigkeit, mit der Sie die

Worte Dieterici's verdrehen, Gehalt thut und Ihnen folglich die 73 393 Personen der siebenten Stufe streicht, so würde sich die Rechnung folgendermaßen stellen:

91 530 Personen der dritten Hauptklasse der Klassensteuer, mit einem Einkommen von 1000—500 Thlr.,

31 721 Personen der achten Stufe, Einkommen von 500—400 Thlr.,

124 251 Personen mit über 400 Thlr. Einkommen, multiplicirt mit der Familienzahl 5 = 621 255 Seelen, die in den Klassensteuerepflichtigen Ortschaften ein Einkommen von 1000 bis 400 Thlrn. abwärts auf die Familie von 5 Köpfen haben. Von der Klassensteuerepflichtigen Bevölkerung von 14 931 551 Seelen sind dies $4\frac{2}{10}$ Proc. Nehmen wir also jene Annahme, welche das preußische Finanzministerium nur für Einkommen- und Klassensteuer im Durchschnitt macht, sogar in Bezug auf die Klassensteuerstufen allein an und unterstellen also, daß bei der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bevölkerung ein dreimal so großer Procentsatz derselben, als bei der Klassensteuerepflichtigen, jene Einkommensbeträge genießt, so gäbe das $12\frac{6}{10}$ Proc. von 1 938 235 Seelen, oder 2 436 39 Seelen, welche ein Einkommen von 400 Thalern und darüber (bis 1000 Thlr.) auf die Familie von 5 Köpfen haben!

Diese	243 639 Seelen
addirt zu jenen	621 255 Seelen

der Klassensteuerepflichtigen Bevölkerung, geben 864 894 Seelen oder $5\frac{1}{8}$ Procent der Gesamtbevölkerung des ganzen Staates (16 869 786 Seelen), welche ein Einkommen von 400 Thlrn. und darüber auf die Familie von 5 Personen haben. Zu diesen $5\frac{1}{8}$ Proc. hinzuaddirt die $1\frac{3}{10}$ Proc. mit einem Einkommen von über 1000 Thlr., erlangen wir im ganzen Staate noch nicht $6\frac{1}{2}$ Procent mit einem Einkommen von 400 Thlrn. und darüber.

Wenn ich also in Frankfurt berechnete, daß über 95 Proc. der Bevölkerung unter 500 Thlr. Einkommen auf 5 Köpfe haben, so gelangen wir jetzt durch Sie zu dem Resultat, daß $93\frac{1}{2}$ Procent sogar unter 400 Thlr. haben! Oder wenn ich in meinem „Antwortschreiben“ sagte „89—96 Procent der Bevölkerung in gedrückter, dürstiger Lage“, so gestaltet sich das jetzt, je nachdem man nur die eine Ihrer

Fälschungen oder beide beseitigt, das Resultat genau dahin: $90\frac{7}{10}$ bis $93\frac{1}{2}$ Procent der Bevölkerung in gedrückter, dürftiger Lage mit einem Einkommen von unter 400 Thlrn. auf 5 Köpfe.¹⁾

Ja sogar mit allen Fälschungen und trotz Ihrer Verachtfaehung waren Sie nur dahin gelangt, 12 Procent der Bevölkerung mit 400—1000 Thlr. + $1\frac{3}{10}$ Procent mit über 1000 Thlr., zusammen $13\frac{3}{10}$ Proc. mit 400 Thlr. und darüber herausbringen zu können. Es bleiben also sogar nach Ihnen selbst und wenn man alle Ihre Fälschungen geduldig hinnimmt, immer noch $86\frac{7}{10}$ Procent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 400 Thlrn. übrig!

Ich glaube nicht, Sie Wadenkneifer, daß Ihre Brodherren es Ihnen danken werden, durch allen Widerspruch und alles Fälschen nur contradictorisch herausgestellt zu haben, wie unwiderleglich und wie unangreiflich die Angaben meines „Antwortschreibens“ sind.

Vierter Punkt. Sie sagen: „Wer freilich, wie Lassalle dies in seinem neuesten Opus thut, „„wirkliche““ Wohlhabenheit erst von 2000 Thlrn. Einkommen an rechnet und den Konsum von Mustern und Champagner als Maßstab dafür betrachtet, mit dem ist weiter nicht zu rechten.“

Hier erreichen Ihre Fälschungen einen solchen Grad von Gemeinheit, daß meine Geduld mit Ihnen zu Ende geht, Herr Wackernagel! In meinem neuesten Opus „die indirekte Steuer und die Lage des Arbeiterstandes“, welches Sie hier verunstalten, weise ich, der Behauptung des Staatsanwaltes gegenüber, daß ein großer Betrag der indirekten Steuern durch die auf Luxusgegenständen liegenden Steuern von den

1) Bei der Durchsicht dieses Aufsazes entdeckte ich soeben noch, Herr Wackernagel, daß Sie auch die Zahlen falsch citirt haben! Sie citiren aus der Tafel bei Dieterici Bd. VII, p. 206 die Bevölkerung der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften auf 1 938 235 Seelen. Sie ist aber daselbst nur mit 1 825 395 Seelen angegeben. Sie profitiren also wieder 114 000 mahl- und schlachtsteuerpflichtige Seelen, was zumal bei Ihrer Verachtfaehung — und auch schon bei der Verdreifachung der Quote — ins Gewicht fällt. Ich habe oben die von Ihnen citirten Zahlen meiner Rechnung zu Grunde gelegt und will mir nicht erst die Mühe geben, diese noch einmal umzurechnen, sonst würde also die Differenz noch geringer.

Reichen aufgebracht werde, nach, wie erstaunlich gering dieser Betrag ist. Zu diesem Zwecke betrachte ich, was die auf den verschiedenen Luxusgegenständen liegenden indirekten Steuern — Seide, Tabak, Wein, Chocolate zc. zc. zc. erbringen. In der Reihe dieser Artikel führe ich auch die Zolleinkünfte von Mustern und Champagner an und zeige, wie wenig die gesammte Reihe der auf Luxusgegenständen liegenden indirekten Steuern dem Staat abwirft. In einem andern Zusammenhange spreche ich von „Mustern und Champagner“ gar nicht, und das wagen Sie, unerhörter Lügner, dahin zu verdrehen, daß ich „Mustern und Champagner als Maßstab für die Wohlhabenheit betrachte“?! Wo nehmen Sie den Muth zu solchen Lügen her? Fürchteten Sie gar nicht, von mir gebrandmarkt zu werden? Rechneten Sie gar so sehr auf die schützende Macht der liberalen Presse? Sie irren Sich sehr, wenn Sie glauben, daß dies die einzige Macht ist und daß Sie im Schatten derselben alle beliebigen Infamien ungestraft verüben können! Eben so wenig habe ich die Wohlhabenheit von „2000 Thlrn. Einkommen an berechnet“, sondern in einem ganz andern Sinne und Zusammenhange — nämlich wiederum im Verlauf dieser Untersuchung, ob wirklich ein erheblicher Betrag der indirekten Steuern durch die Luxusgegenstände von den wohlhabenden Klassen aufgebracht werde, in einem Zusammenhange also, welcher dem elastischen Wort „Wohlhabenheit“ einen ganz andern Sinn giebt, mache ich vorübergehend die Bemerkung, daß in diesem Sinne unbestreitbar Wohlhabenheit bei 2000 Thlr. auf fünf Köpfe vorhanden sei. Und selbst da „rechne“ ich nicht die Wohlhabenheit von 2000 Thlrn. ab, wie Sie sagen, sondern ich „rechne“ sie — trotz jener nebenherlaufenden Bemerkung — auch in jenem neuesten Opus (p. 63) bis zu einem Einkommen von 650 Thlr. auf 5 Köpfe herab, wie ich sie in meiner Frankfurter Rede bis zu einem Einkommen von 500 Thlr. berechne.¹⁾

1) Die betreffenden Stellen bei Lassalle lauten: „Von hier ab, von 2000 Thaler ab ist, auch wenn eine Familie von 5 Personen zu erhalten wäre, unbestreitbar wirkliche Wohlhabenheit vorhanden.“ (Bd. II, S. 305 unserer Ausgabe.) „Rechnen wir aber noch die letzten drei Stufen der dritten Klassensteuerklasse, nehmen wir Alle, die über 650 Thaler Einkommen haben dazu“ (d. h. die Zahl der Wohlhabenden) „obgleich diese doch gewiß nicht als wohlhabend gelten können, so gäbe dies also . . . 91 315 nicht unbemittelte Steuerpflichtige im Staat.“ (Bd. II, S. 313 unserer Ausgabe.)

Ich habe es Ihnen gesagt, Herr Wackernagel, Fälschung auf Fälschung, Lüge auf Lüge aufdeckend, habe ich die Geduld verloren, und wenn Sie mich zu der lästigen Arbeit gezwungen haben, Sie zu stäupen, so soll es wenigstens mit eisernem Besen geschehen!

Zudem — weshalb sollte ich Geduld oder Mäßigung mit Ihnen beobachten? Ein Schriftsteller sind Sie nicht, sondern der obscure Scribent eines obskuren Winkelblattes, einer jener Leute, die ich in meinem „Julian“ geschildert, „— — eine Bande unwissender und gedankenloser Buben, zu jeder bürgerlichen Hantirung zu schlecht, zu ignorant zum Elementarschullehrer, zu unfähig und arbeitscheu zum Postsekretär, und eben deshalb sich berufen glaubend, Literatur und Volksbildung zu treiben.“

Aber Sie haben Sich geschworen, bei dieser Gelegenheit bekannt zu werden, ein moderner Herodotus, dem es gleich gilt, wodurch er es wird! Und Sie wissen recht gut, daß, wenn erst ein Mann wie ich in solchen Roth eingetreten ist, er ihn durch keine Kratzbürste der Welt wieder von seinem Stiefel fortbringen kann. Nun wohl, Sie haben mich gezwungen, in Sie einzutreten; doch es soll wenigstens nicht Ihr Vortheil gewesen sein!

Weshalb, ich frage nochmals, sollte ich also irgend welche Geduld oder Mäßigung gegen Sie beobachten? Ich habe gelernt, Verkehrtheit, Bornirtheit und einen hohen Grad von üblem Willen ziemlich geduldig zu ertragen! Man wird das heutzutage wohl gewohnt!

Aber wer so beharrlich Fälschung auf Fälschung und Lüge auf Lüge häuft, gedeckt, wie er glaubt, durch die Trockenheit der Zahlenmaterie, die Unaufmerksamkeit der Leser bei solchen Gegenständen und die Gunst der liberalen Presse — wer dies so weit treibt, daß er da, wo er fälscht, mit einer Schamlosigkeit ohne Gleichen dem Gegner die Fälschung und Jongleurstückchen zur Last legt, und — ein Ding, wobei er sich nicht irren kann, — ihm in der unwürdigsten, unglaublichsten Weise die Worte im Munde verdreht — wer endlich dies Alles thut in einer so hohen und heiligen Sache, wie die Arbeiterfrage, in welcher Jeder, welche Ansichten immer er habe, wenn irgend ein Funken von Sittlichkeit in ihm ist, sich in Bezug auf alles Thatsächliche der religiösesten Wahrheitsliebe befleißigen müßte — der ist einfach ein

Elender, Herr Wackernagel! Es giebt moralische Fälschungen, die schlimmer sind als Wechselfälschung!

Mit dieser Erklärung nehme ich von Ihnen Abschied! Ich habe nach derselben Ihnen begreiflicherweise nichts mehr zu sagen. Und fälschten Sie bis an's Ende der Tage — ich werde Ihnen nie mehr eine Silbe antworten! —

Herr Wackernagel wohnt in Elberfeld. Rheinische Arbeiter! Ich übergebe diesen Mann Eurer gerechten Beachtung!

Berlin, 11. Juni 1863.

F. Lassalle.

Die Feste, die Presse

und der

Frankfurter Abgeordnetentag.

Drei Symptome des öffentlichen Geistes.

Eine Rede

gehalten in den

Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins
zu Barmen, Solingen und Düsseldorf

von

Ferdinand Kallale.

Erster Abdruck erschienen:

Düsseldorf 1863

Schaub'sche Buchhandlung
(W. Nädelen).

Vorbemerkung.

Die Versammlungen, in denen die Rede gehalten wurde, welche den Inhalt der vorliegenden Broschüre bildet, fanden am 20. (Barmen), 27. (Solingen) und 28. (Düsseldorf) September 1863 statt, mehr als vier Monate nach der Frankfurter Rede. Die Vorkommnisse bei denselben sind am Schluß der Broschüre geschildert, sodaß hier nicht weiter darauf eingegangen zu werden braucht. Die Schilderung ist von Lassalle selbst redigirt und daher begreiflicherweise tendenziös gefärbt. Man wird namentlich von den Zahlen, die er giebt, einiges abziehen müssen, aber unbestritten ist, daß die Arbeiter, die in Barmen und Solingen Lassalle ihre Zustimmung zu erkennen gaben, nach Tausenden zählten. Nur daß diese Zustimmung noch nicht den Beitritt zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bedeutete, noch die volle Aufnahme der Lassalleschen Lehren, sondern meist bloß erst das Einverständniß mit der Tendenz der Bewegung. Auch nach den Versammlungen vollzog sich die Einzeichnung in die Listen des Vereins viel langsamer, als Lassalle erwartete.

In Bezug auf den Inhalt der Rede verweisen wir auf das in der Einleitungsskizze (Bd. I S. 147—154) darüber Gesagte. Es läßt sich nicht mehr feststellen, welche Einflüsse Alles in den Sommermonaten 1863, während deren Lassalle sich in allerhand fashionablen Badeorten aufgehalten, auf ihn eingewirkt, aber zweifellos ist, daß er, nach Deutschland zurückgekehrt, einen Ton anschlug, der ganz erheblich von dem seiner

ersten Agitationsreden abwich. Im „Offenen Antwortschreiben“ hatte er der preußischen Fortschrittspartei das Festhalten am Dogma von der preußischen Spitze vorgeworfen, während es keine Regierung in Deutschland gäbe, die reaktionärer sei als die preußische. Hier wirft er ihr im Gegentheil vor, sie liebäugle mit den deutschen Fürsten, um die preußische Regierung einzuschüchtern, führt aber selbst eine Sprache, die nicht anders bezeichnet werden kann, als ein Liebäugeln mit der preußischen Regierung. Seine Kritik des Verhaltens der liberalen Opposition und ihrer Organe gegen die Regierung stimmt oft wörtlich mit dem überein, was die reaktionären Blätter darüber schrieben. Freilich durfte sich Lassalle damals darauf berufen, daß er z. B. über das Institut der bürgerlichen Presse sich schon viel früher gleich wegwerfend geäußert wie in dieser Rede, aber er war ein viel zu geschulter Politiker, um sich verhehlen zu können, daß in jenem Moment die oben drein sehr einseitigen Angriffe auf die Presse nur Wasser auf die Mühle viel schlimmerer Feinde des Volkes sein mußten, als es die liberale Presse jener Tage war. Indes, wie bereits an der zitierten Stelle der Einleitungsskizze ausgeführt, er war mit dieser Rede an dem Wendepunkt seiner Agitation angelangt, er begann an der eignen Kraft der Bewegung, an deren Spitze er sich gestellt, zu zweifeln, und wurde dadurch dazu getrieben, allerhand Manöver zu versuchen, die er sonst verschmäht hätte. Daher auch die vielen Uebertreibungen in dieser Rede, die, wie fast alle Lassalle'schen Reden, vorher in allen Theilen sorgfältig von ihm ausgearbeitet war: die forcirte Sprache und das immer stärkere Hervorheben der eignen Persönlichkeit.

Trotzdem aber die Rede so vieles enthält, was der preußischen Regierung erwünscht sein mußte, und denn auch von den ministeriellen Organen mit hellem Jubel begrüßt wurde, sollte sie doch Lassalle einen recht unangenehmen Prozeß eintragen. Kaum war die Broschüre, deren Inhalt sie bildet,

erschienen, so wurde dieselbe — am 21. Oktober 1863 — polizeilich mit Beschlag belegt und gegen Lassalle wegen Vergehens gegen die §§ 100 und 101 des preußischen Strafgesetzbuches (die beiden Haß- und Verachtungsparagraphen) Anklage erhoben. Die Untersuchung zog sich, da Lassalle mittlerweile nach Berlin übersiedelt war, ziemlich in die Länge und trug Lassalle unter Anderem, am 29. Januar 1864, eine polizeiliche Sistirung ein, da er einem Erscheinungsbefehl des die Sache führenden Düsseldorfer Instruktionsrichters Lüheler nicht Folge geleistet hatte. Auf die näheren Umstände der Verhaftung und die sich daran knüpfenden langwierigen Auseinandersetzungen Lassalle's mit den verschiedenen beteiligten Behörden hier einzugehen, würde zu weit führen; genug, Lassalle wurde im Frühjahr 1864 von dem Düsseldorfer Landgericht in erster Instanz in contumaciam zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt. Er sowohl wie die Staatsanwaltschaft, die zwei Jahre Gefängniß beantragt hatte, appellirten, und am 27. Juni 1864 kam der Prozeß vor der Düsseldorfer korrekzionellen Appellkammer zum zweiten Mal zur Verhandlung. Lassalle vertheidigte sich in vierstündiger Rede selbst und erreichte wenigstens soviel, daß die Strafe auf sechs Monate herabgesetzt wurde.

Diese Vertheidigungsrede ist die letzte Rede, die Lassalle überhaupt gehalten. Wenige Tage nach der Prozeßverhandlung ging er in die Schweiz, wo er nach zwei Monaten sein Ende finden sollte. Aber man kann leider nicht sagen, daß seine letzte Rede ein würdiger Abschluß seines öffentlichen Lebens gewesen. Die Fehler der Rede, wegen deren er sich zu verantworten hatte, finden sich in der Vertheidigungsrede nur noch schärfer pointirt. Sie ist in anderer Form eine Wiederholung der Ronsdorfer Rede, in Bezug auf die Freund und Feind übereinstimmen, daß sie die schwächste der Lassalleschen Reden war. Seine Kraft war, wie er am Schluß der Rede indirekt selbst zugesteht, erschöpft.

Der in Broschürenform veröffentlichte Prozeßbericht ist, wie auf dem Titelblatt desselben bemerkt, nur ein Separat-
abdruck des in der „Düsseldorfer Zeitung“ erschienenen Be-
richtes über die Gerichtsverhandlung. Redakteur jenes Blattes
war damals Herr Paul Lindau, und ihm hat Lassalle be-
kanntlich das Konzept seiner Bertheidigungsrede geschenkt.
Ist die Rede also auch nicht wörtlich wiedergegeben, so ist
der Auszug doch als zuverlässig und jedenfalls im Sinne
Lassalle's verfaßt zu betrachten. Der Bericht, der sie enthält,
wird ohne besondere Vorbemerkung an die vorliegende Broschüre
anschließen.

Ed. Bernstein.

Freunde!

Nicht sowohl, um lange Reden, als besonders um Heerschau zu halten, bin ich zu Euch gekommen! Es war mir ein Bedürfniß, in die Provinz zu eilen, welche vermöge des Geistes ihrer Bevölkerung, vermöge vor Allem eines in geistiger und materieller Beziehung hoch entwickelten Arbeiterstandes, in noch weit höherem Grade selbst als Leipzig und Hamburg die wirkliche Residenz der Macht unseres Vereines bildet. Es war mir ein Bedürfniß, diese Macht in ihrer Entfaltung zu sehen. Darum danke ich Euch, daß Ihr in dieser Massenhaftigkeit Euch eingefunden. Ich konstatiere mit Wohlgefallen, daß trotz des gräulichen Unwetters, trotz eines in Strömen niedergießenden Regens dieser Saal Tausende faßt, wie mich bereits viele Hunderte von Arbeitern am Bahnhose erwarteten. — Aber es ist noch ein anderes Bedürfniß, das mich zu Euch getrieben, das Bedürfniß, Euch zu danken für die männliche, energische Weise, in welcher Ihr Euch gleich seit dem Anfang dieser Bewegung benommen.

Ihr erinnert Euch, die Fortschrittler hatten damals die elende Verleumdung verbreitet, in den einen Organen ihrer Partei, ich sei ein unbewußtes, in den andern, ich sei ein bewußtes und erkauftes Werkzeug der Reaktion! Und wahrhaftig, es ist ganz denkbar, daß Einzelne unter ihnen wirklich hieran glaubten. Denn es wäre mindestens ganz begreiflich, wenn diese Eunuchen nicht zu begreifen vermögen, wie Ein Mann allein sich erheben kann gegen Alle, Nichts hinter sich, weder die Regierung einerseits, noch Kliquen, noch Koterien, noch Zeitungsorgane andererseits, auf Nichts gestützt als auf die Prinzipien und auf sein Vertrauen zu der Kraft und dem gesunden Sinne des Volkes!

Damals erhob Ihr Euch in Unwillen und Entrüstung! Ihr kanntet mich! Ich hatte zehn Jahre unter dem Rheinischen Arbeiterstande gelebt, die Revolutionszeit wie die Zeit der weißen Schreckensherrschaft der fünfziger Jahre hatte ich mit Euch verbracht. Ihr hattet mich, wie Ihr mir in Euerer Adresse mit Recht zuruft, in der einen wie in der andern gesehen. Ihr wußtet, welches Haus trotz des weißen terreur von Hinkeldey-Westphalen, trotz aller wilden Rechtlosigkeit jener Zeit, und zwar bis zum letzten Augenblick meines Verweilens in der Rheinprovinz, das furchtlose Asyl demokratischer Propaganda, das treue Asyl der furchtlosesten und entschlossensten Parteihülfe gewesen war!

Ihr wußtet auch, daß ich mich unmöglich habe ändern können. Mit der Schnelligkeit des Blitzes und mit einer imposanten Einmüthigkeit erhob Ihr Euch zum Schutze der von mir entrollten Fahne. Auf dem Provinzial-Handwerker-tage zu Köln, den Arbeiter-Versammlungen zu Düsseldorf, Elberfeld und Barmen legtet Ihr Zeugniß ab! Es waren rühmliche Tage! Rühmlich durch die Entschlossenheit, Raschheit und Treue, mit der Ihr zu mir standet, zu mir, der ich seit sieben Jahren fern von Euch weilte, zu mir, den Ihr vergessen haben konntet, um so mehr, als ein neues Arbeiter-Geschlecht unter Euch aufgewachsen war, zu mir, der ich damals verschmähte, zu Euch zu eilen, weil ich sehen wollte, ob nicht hinreichende Prinzipientreue auch ohne persönlichen Antriebe unter Euch vorhanden sei. Und Ihr zeigtet es mir! Ihr zeigtet mir, daß Ihr ebenso treu zu mir hieltet, wie ich zu Euch, und das junge Arbeiter-Geschlecht — es war in den Traditionen des alten emporgewachsen!

Rühmlich nenne ich endlich jene Tage besonders deshalb, weil Ihr Eure Entscheidung trafet mit dieser Raschheit und Sicherheit, trotz des entgegenstehenden Einflusses und Zetergeschreies der gesammten Presse, selbst solcher Organe, welche bis dahin noch am meisten sich den Schein demokratischer Organe zu wahren gestrebt hatten.

Als ich mich in Berlin anschickte, das „Antwortschreiben“ an das Leipziger Comité drucken zu lassen, welches diese Bewegung hervorgerufen hat, da fielen mir meine besten Freunde mit dem Ausruf in den Arm: Sind Sie ein Rasender? Sie wollen eine solche Bewegung hervorbringen ohne — denn so stand die Sache damals noch — ohne auch nur ein einziges

Blatt, ein einziges Organ für dieselbe zu haben? Ich antwortete: Ich bin kein Rasender! Eine Bewegung der Bourgeoisie freilich, die wäre ganz und gar unmöglich ohne Zeitungs-Organen, denn der Philister ist gewohnt, sich seine Meinung von den Zeitungen machen zu lassen, er schwätzt Abends beim Wein wieder, was er früh beim Kaffee gelesen hat, und er kann gar nicht anders. Im Wesen des Arbeiterstandes aber liegt es nothwendig, sich von der Herrschaft der Presse emanzipiren zu können. Im Arbeiterstande lebt bereits ein tiefer Klassen-Instinkt, welcher ihn fest und selbständig macht gegen Alles, was eine elende Presse sagen möge. Im Arbeiterstande lebt bereits ein consequentes und eignes Selbstdenken, welches ihn unabhängig macht von allen Zeitungsschreibern der Welt. Dieses Vertrauen in das selbständige eigne Denken des Arbeiterstandes habt Ihr gerechtfertigt, und diese Bestätigung jenes Blickes, den ich in das Wesen Eurer Klasse geworfen hatte, gehört für mich zu den schönsten Erinnerungen jener Tage.

Indem Ihr Euch damals mit dieser Raschheit erhobt, habt Ihr nur Eure Pflicht gethan. Ihr thatet nur Eure Pflicht, denn Ihr kanntet mich; Ihr thatet nur Eure Pflicht, denn ich selbst hatte mich ja für nichts Anderes erhoben, als für dieselben Grundsätze, welche seit fünfzehn Jahren das Band bilden, welches uns innerlich vereint. Aber so steht die Sache überhaupt im Leben, daß der Mensch nicht weniger und nicht mehr thun kann, als seine echte Pflicht. Und so ist aus dem lauten und öffentlichen Bekenntniß der Grundsätze, die uns seit je im Stillen verbanden, ein neues Band geworden zwischen mir und Euch, ein Band, das niemals reißen soll! Wo auch äußere Rücksichten mich bestimmen zu leben, mit Herz und Seele, Rheinische Arbeiter, weile ich immer unter Euch!

(Anhaltender Zuruf.)

Ich habe Euch bereits gesagt, es ist nicht der Grund meiner Ankunft, endlose Reden zu halten. Was in ökonomischer und sozialer Hinsicht für jetzt zu sagen ist, es ist bereits gesagt in den letzten Publikationen, welche von unserm Vereine ausgegangen sind. Es ist gesagt in meiner Frankfurter Rede, welche ich seitdem unter dem Titel: „Arbeiter-Lesebuch“ habe erscheinen lassen. Es ist gesagt in meiner gleichfalls seitdem veröffentlichten Rede: „Die indirekten Steuern

und die Lage des Arbeiterstandes“. Es ist gesagt endlich in der trefflichen Broschüre unseres Kölner Bevollmächtigten, Herrn M. Heß „Die Rechte der Arbeit“, eine Broschüre, deren Verbreitung ich Euch Allen warm an's Herz lege. Diese Schriften, lest sie immer wieder, durchdenkt sie stets von Neuem. Je öfter Ihr sie lest und durchdenkt, zu desto fruchtbareren und neuen Konsequenzen werden sie Euer eignes Denken fortentwickeln. Die Männer, welche die Ehre haben sollen, Euch zu führen, dürfen keine Breittreter sein, keine Zänker und Schwäzker wie die Fortschrittler! Sie müssen Dinge sagen voll Mark und Inhalt, nicht ohne Unterlaß dasselbe wiederholen. An Euch ist es dann, sie ohne Unterlaß zu durchdenken. An dem Volke ist es, ihnen das tausendfältige Echo zu geben, dessen sie bedürfen!

Wenn ich daher im Hinweis auf jene Schriften und Reden in ökonomischer Hinsicht für heute nichts hinzuzufügen habe, so ist es dagegen meine Pflicht, in möglichster Kürze die politischen Ereignisse zu betrachten, die seit meiner Frankfurter Rede eingetreten sind.

Ihr wißt, wie diese Bewegung entstanden ist. Mein „Antwortschreiben“ an das Leipziger Central-Komitée ist nur die erste Erscheinung, nicht die erste innere Entstehungs-Ursache dieser Bewegung. Diese erste ursprüngliche Entstehungs-Ursache liegt in nichts Anderem, als in dem Verhalten der Fortschrittler in der Preussischen Kammer. Als die Regierung das Budget-Bewilligungsrecht der Kammer thatsächlich aufhob und trotz der von der Kammer verweigerten Ausgabeposten die Militär-Reorganisation eigenmächtig aufrecht erhielt, da verlangte ich als ein Vertreter der demokratischen Partei in meiner Broschüre: „Was nun?“, die Kammer möge erklären, daß, solange jene von ihr verweigerten Ausgaben dennoch stattfinden, eine Verfassung thatsächlich in Preußen nicht bestünde; und sie möge ferner deshalb beschließen, sich auf so lange zu vertagen und jede parlamentarische Verhandlung zu verweigern, bis die Regierung den Nachweis angetreten haben würde, daß sie die von der Kammer verweigerten Ausgaben eingestellt.

Dieses Verlangen, meine Freunde, es war nicht einmal ein besonders demokratisches zu nennen, es war nur das Verlangen einer würdigen, männlichen Haltung überhaupt. Schon vor vierzig Jahren rief ein deutscher Dichter, den wir vor

Kurzem begraben haben, rief Ludwig Uhland dem Württembergischen Landtage zu:

„Und könnt Ihr nicht das Ziel erstreben,
So tretet in das Volk zurück,
Daß Ihr dem Rechte nichts vergeben,
Sei Euer einzig lohnend Glück.“

Ich sage, es war gar kein besonders demokratisches Verlangen. Vor Kurzem haben wir die Schleswig'sche Stände-Versammlung in Flensburg genau in demselben Sinne, genau nach der Analogie jener Forderung handeln sehen, und zwar wegen einer verhältnißmäßig noch weit geringfügigern Ursache. Die dänische Regierung hatte nämlich bei den Wahlen das Gesetz fälschlich interpretirt, und als jene Wahlen beanstandet wurden und der Königl. Kommissar die Sache nicht zur Abstimmung bringen wollte, trat die gesammte Linke aus und machte dadurch jene Stände-Versammlung beschlußunfähig. Das haben auch unsre Fortschrittler nirgends getadelt, sie haben es im Gegentheil in manchen ihrer Blätter immerhin gelobt und als eine männliche Handlung anerkannt. Aber schon dieses Minimum von Würde war zu viel verlangt von einer Partei, die in der Politik und den Rechten des Volkes nur einen Anlaß zu eitlen, thörichtem Geschwätz und persönlicher Wichtigthuerei, nicht einen Gegenstand ernstern männlichen Handelns sieht! Ein einziger Abgeordneter, der in Folge dessen aus der Kammer austrat — er ist seitdem unser Bevollmächtigter für Ostpreußen — ein einziger Abgeordneter stellte diesen Antrag. Er fand nicht einen einzigen Genossen zur Unterschrift!

Da war mein Entschluß gefaßt. Seit 1849, vierzehn lange Jahre, hatten wir die liberale Partei gewähren lassen. Hatten sich auch unsre Massen im Allgemeinen bei den Wahlen nicht betheiligt, so hatten wir doch Alles unterlassen, was diese Partei hätte beeinträchtigen, stören, gefährden können. Mit einer Selbstverleugnung ohne Gleichen hatten wir Alles, jedes eigne Auftreten, jede eigne Forderung, Alles, Alles vermieden, was dieser Partei den Schein hätte entziehen können, daß sie es sei, welche über die Massen des Volkes verfüge! Jetzt endlich mußte für alle Welt ersichtlich sein, daß auf diese vierzehn Jahre erfolglosen Wartens noch hundertmal vierzehn andre Jahre gleichen erfolglosen Wartens folgen müßten, wenn wir diese Partei weiter gewähren und

sich als „das Volk“ geberden ließen! Jetzt endlich mußte für jeden Denkenden ersichtlich sein, daß diese Schwächlinge es niemals vermögen würden, der Freiheit eine Gasse zu brechen! (Lebhaftes Bravo.) Jetzt konnte uns keine Rücksicht mehr abhalten, jetzt war uns nicht einmal mehr eine Wahl geblieben, jetzt war der Augenblick gekommen, uns auch äußerlich als das zu konstituiren, was wir innerlich seit je waren: als eine selbständige, besondere Partei! Ja, jetzt war dies zur Ehrenpflicht für uns geworden, wir konnten nicht länger den Schein dulden, einer Partei anzugehören, welche bis in diesen Abgrund schmachvoller Schwäche versunken war! Wir hatten unsre Ehre, wir hatten die Ehre des Landes zu retten!

Dieses Motiv war für mich so gebieterisch, daß ich, und wäre ich allein geblieben mit meinem Proteste, dennoch stets mit Stolz und Befriedigung auf ihn zurück geblickt hätte. Aber ich bin nicht allein geblieben! Es hat sich wiederum gezeigt, daß, wenn Jemand nur den Muth hat, die Prinzipien anzurufen, das Echo aus der Brust des Volkes ihm tausendfach antwortet. Tausende und Tausende haben eingestimmt in diesen Protest, unser Verein selbst ist aus ihm hervorgegangen! Schon dadurch allein haben wir Großes gethan. Wenn späte Geschichtsschreiber die traurige Geschichte dieser Tage schreiben werden, nun, so werden sie sagen: Aber es gab wenigstens Männer, die sich mit Zorn und Ingrimm erhoben gegen diese Schmach! Wir haben es diesen Geschichtsschreibern erspart zu sagen: Und es war nicht Ein Mann in Deutschland, der protestirt hätte gegen solche Schmach!

Was sich seitdem zugetragen hat, hat natürlich die grenzenlose Schwäche der Fortschrittspartei in nur immer grellerem Lichte erscheinen lassen. Es ist wahr, Herr v. Bismarck hat einen großen Fehler, einen Fehler zum Theil gegen sein eignes Interesse begangen, indem er die Kammern im Mai vertagte. Wenn er sie hätte weiter sitzen, immer sitzen lassen, sitzen bis heute, wenn sie heute noch säßen, immer dasselbe schwachend und beschließend, während die Regierung immer mit demselben ruhigen Lächeln thatsächlicher Verachtung über ihre Beschlüsse dahin ginge, — — nun wahrhaftig, das Volk wäre schon durchdrungen von Ekel über eine solche Vertretung! Diese Stimmung begann bereits in Berlin in den letzten Tagen vor dem Vertagungsdekret mächtig um sich zu greifen,

und zwar sowohl außerhalb als innerhalb der Kammer. Die noch etwas Besseren unter den Fortschrittlern wußten vor Ekel über sich selbst nicht mehr wohin, und die große Masse derselben fing an, eine bedenkliche Neigung zu zeigen, zur Regierung überzulaufen. Ja, ein Fortschrittsblatt selbst, die „Rheinische Zeitung“, hat vor Kurzem eingestanden, wenn die Vertagung damals nicht eingetreten wäre, so würde das Land kuriose Dinge an seinen Vertretern erlebt haben. (Beifall.) Da kam die Vertagungs-Ordonnanz des Herrn von Bismarck, — eine Vertagung, für welche viele der Fortschrittler dem Herrn von Bismarck innerlich auf ihren Knien dankten, — und rettete sie für den Moment aus dieser falschen, unmöglichen Situation, in die sie sich hineingearbeitet hatten!

Aber trotz dieses Fehlers gegen sein eignes Interesse, den Herr von Bismarck beging, ist die grenzenlose Schwäche und Unfähigkeit jener Partei seitdem natürlich in den zahlreichsten Ereignissen zu Tage getreten.

Ich erinnere zuerst an das rheinische Abgeordnetenfest zu Köln und Rolandseck, das Ihr in Eurer nächsten Nähe habt vorübergehen sehen. Es waren die Saturnalien der deutschen Bourgeoisie, die Ihr da hättet mit ansehen können! Und nicht in Köln allein, wohin das Auge sah in Deutschland, wohin der Blick fiel in deutschen Zeitungen, — überall las, sah, hörte man von Festen, Veranstaltung von Festen, Beschickung von Festen zc. Ist es erhört? Was feierten diese Merkwürdigen? Während die Lage des Landes so ist, daß man in Sack und Asche gehen sollte, feiern sie Feste! Feste, wie sie etwa die Franzosen zu feiern pflegen nach ihren siegreichen Revolutionen, sie feiern sie nach ihren Niederlagen! Um sich den reellen Kampf zu ersparen, feiern sie Feste, stimmen die Geschlagenen hinter Wein und Braten Siegeshymnen an! (Beifall.) Ja, es ist dieselbe Umkehr wie bei den römischen Saturnalien! Wie sich dort die Sklaven zu Tische setzten und als die Herren geberdeten, so setzen sich heutzutage die Besiegten zu Tische und geberden sich in pomphaft-geschmacklosen Anerkennungs-Toasten als die Sieger! Und wie die römischen Sklaven schon durch die Saturnalien zeigten, daß sie sich durch diese illusorische Freiheit eines Tages willig abfanden mit der Sklaverei eines ganzen Jahres, so zeigen auch unsre Fortschrittler schon durch ihre illusorischen Siegesfeste jedem Tieferblickenden hinreichend, daß sie auf den

reellen Kampf und Sieg verzichten. Als Spartacus mit den Seinen das Banner des römischen Sklaven-Aufstandes erhob, um aus Sklaven freie Männer zu machen, da feierte er keine Saturnalien mehr!

Aber ein noch viel verhängnißvolleres Symptom der völligen Auflösung und Fäulniß der Fortschrittspartei, — das ist die Presse. Ich berühre hier einen Punkt von der größten Wichtigkeit und von dem ich nur bedauere, daß ich ihn trotz aller Ausführlichkeit, die ich ihm widmen werde, immer noch nicht ausführlich genug behandeln kann. Eines müssen Sie ohne Unterlaß festhalten, ohne Unterlaß verbreiten: Unser Hauptfeind, der Hauptfeind aller gesunden Entwicklung des deutschen Geistes und des deutschen Volksthums, das ist heutzutage die Presse! Die Presse ist in dem Entwicklungsstadium, auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Ihre Lügenhaftigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unsittlichkeit werden von nichts Anderem überboten, als vielleicht von ihrer Unwissenheit.

Die Lügenhaftigkeit dieser Presse haben Sie im Kampfe gegen unsern Verein am besten erfahren, und doch wissen auch nur die Wenigsten von Ihnen auch nur den allergeringsten Theil dessen, was in dieser Hinsicht vorgekommen! Täglich Lügen, Lügen in reinen puren Thatsachen, Thatsachen erfunden, Thatsachen in ihr Gegentheil entstellt, — das waren die Waffen, mit denen man uns bekämpfte! Und was der Schamlosigkeit die Krone aufsetzte, war, daß man sich in den allermeisten Fällen weigerte, auch nur eine Berichtigung zu bringen. Es waren die seltensten Ausnahmefälle, in denen hin und wieder einmal ein liberales Blatt sich dazu entschloß. Ich würde kein Ende finden, wenn ich Euch diese Fälle aufzählen wollte. Aber die Presse hat ihre Verkommenheit nicht nur gegen uns, sie hat sie in eben so hohem Grade nach der andern Seite hin bewiesen, durch die unerhörte Feigheit, die sie gegen ihre andern Feinde, die sie gegen die Verwarnungs-Ordonnanz und die Verwarnungen des Herrn v. Bismarck an den Tag gelegt hat. Und das ist das zweite Symptom des öffentlichen Geistes, das ich beleuchten will.

Als die Verwarnungs-Ordonnanz erschien, durch welche die Pressfreiheit geknebelt wurde, da, statt gegen diese Vergewaltigung nur um so intensiveren Widerstand zu üben,

warfen sich alle liberalen Blätter platt auf den Bauch. „Und stille ward's, über des Wassers Rand!“ Kein Wort des Angriffs mehr über die innern Zustände; ja die meisten von ihnen, wie z. B. die Berliner Volks-Zeitung, die National-Zeitung u. s. w. erklärten ausdrücklich, daß sie unter diesen Umständen sich genöthigt sähen, über die innere Politik zu schweigen. Sie schwiegen, diese Glenden, jetzt, wo ihnen ein um so stärkerer Grund zum Angriff gegeben war, sie schwiegen jetzt, wo ihnen Sprechen dreimal Pflicht war!

Der Gipfel der Schamlosigkeit aber ist der, daß die Zeitungen selbst mit der ungenirtesten Offenheit ihr Geld-Interesse als den Grund ihres Schweigens eingestanden. Es war die Rheinische Zeitung, — jene unwürdige Namens-Schwester zweier großen Organe, welche das Rheinland 1843 und 1848 besessen hat und welche eine Ehre des Rheinlandes bildeten — es war die Rheinische Zeitung, sage ich, welche mit dieser naiven Enthüllung voranging! „Wie kann man, rief sie aus, als ein lautes Murren in der Masse der Fortschrittspartei selbst über diese Feigheit der Blätter begann, wie kann man den Verlegern zumuthen, daß sie ihr Kapital riskiren, das in der Zeitung steckt?“ Freilich! was ist heiliger als das Verleger-Kapital! Ja, mit jener schamlosen Verdreherei aller Begriffe, die unsern Zeitungen schon seit lange geläufig ist, konstruirte man es jetzt geradezu als die Pflicht der Zeitungen, um Gottes Willen nicht durch ein männliches Wort das heilige Verleger-Kapital zu gefährden! Es ist das gerade so, als wenn ein Soldat — und Soldaten, Vorkämpfer der Freiheit wollen und sollen ja die Zeitungen sein — als seine erste Pflicht die aufstellte, sich um keinen Preis der Gefahr auszusetzen, daß ihn eine Kugel treffe!

So kam es denn, daß trotz des besten Willens und mindestens bis auf den heutigen Tag — mit Ausnahme eines Lokalblattes in der polnischen Provinz — Herr v. Bismarck auch nicht ein einziges liberales Blatt hat unterdrücken können! So kam es, daß unsre liberalen Zeitungen, diese modernen Falstaffs, die aber nur so feige und verlumpt sind, wie Falstaff, nicht seinen Humor besitzen, noch alle glücklich am Leben sind! So kam es aber freilich auch, daß damals zum ersten Male offen eingestanden wurde, daß, — was freilich den Eingeweihten seit lange kein Geheimniß mehr war, — unsre Zeitungen, statt Soldaten und Vorkämpfer der Freiheit zu

sein, nichts sind, als eine industrielle Kapital-Anlage und Geld-Spekulation!

Selbst die reaktionären Blätter mußten damals ihrem Erstaunen und ihrer Entrüstung über dieses Gebahren kaum hinreichenden Ausdruck zu geben.¹⁾ Wie? rief die Berliner Revue aus, ein hoch konservatives Blatt, wie, das sind Feinde, die beim ersten Trompetenstoße davon laufen? Wie? mit diesem unerhörten Cynismus wird offen eingestanden, daß es sich bei den Zeitungen um nichts als eine Geldspekulation handelt?

Es kann gefragt werden: Aber was hätten die Zeitungen thun sollen?

Die Antwort hierauf kann nicht zweifelhaft sein. In geschlossener Phalanx und mit gepanzerten Angriffen hätten alle liberalen Zeitungen auf die Regierung eindringen, die Kühnheit der Regierung durch ihre eigene Kühnheit noch überbieten und die Regierung gleichsam beim Worte nehmen müssen, ihre Drohung auszuführen, indem jedes liberale Blatt aus allen andern Blättern die Artikel abdruckte, welche zu Verwarnungen Anlaß gaben. Sie hätten verstehen müssen, was bei den politischen Parteikämpfen so häufig das Wichtigste ist, mit Ehren zu sterben!

Dann konnten nur zwei Fälle eintreten. Entweder die Regierung hatte wirklich die Kühnheit, alle liberalen Blätter zu verbieten, nicht bloß dieses oder jenes, sondern alle liberalen Blätter, wozu sie gezwungen war, wenn jedes Blatt aus allen andern die Artikel abdruckte, die zu Verwarnungen Anlaß gaben. Und dann war die Grundlage zu einer wahrhaften Agitation gegeben! Denkt Euch die Aufregung, die den Philister erfaßt hätte, wenn er in Berlin die Volks-Zeitung, die Vossische Zeitung und jenes langweiligste aller Organe, die National-Zeitung, wenn er im Rheinland die Kölnische und Rheinische Zeitung, und so überall, nicht mehr beim Kaffee gefunden hätte. Die Kreuzzeitung und ähnliche Blätter, die liest er nun einmal nicht, die haßt er nun einmal! Denkt Euch also seinen steigenden Ingrimm, wenn er den Kohl nicht mehr gefunden hätte, an den er gewohnt ist! Denkt Euch zugleich wie tief einschneidend es in die gesammten Interessen des kleinen Handels- und Gewerbsstandes einge-

1) Welche „Entrüstung“ natürlich nur Heuchelei war. D. S.

griffen hätte, wenn er plötzlich die großen Blätter und mit ihnen den gesicherten Leserkreis seiner Annoncen, Inserate und marktschreierischen Reklame hätte entbehren müssen! Bei den politischen Kämpfen handelt es sich vor Allem darum, die Indifferenten zu gewinnen und zu erbittern, möglichst große Massen in Mitleidenschaft zu ziehen, — das ist der einzige und naturgemäße Weg für Jeden, der da siegen will.

Hätte die große liberale Partei, wie sie sich zu nennen liebt, hätte sie diese Taktik angewendet, hätte sie die Kühnheit besessen, die Kühnheit der Regierung noch zu überbieten, dann könnte es vielleicht selbst fraglich erscheinen, ob die Regierung ihrerseits die Kühnheit gehabt haben würde, ihre Drohung auszuführen, und mit Einem Schnitte alle liberalen Organe des Landes zu amputiren! Und hatte sie diesen Muth, nun, so trat die bereits geschilderte Wirkung, die tiefe Verbitterung des Landes ein.

So aber freilich hat unsere Regierung die Presse in den Staub getreten, und zum Schweigen gebracht, ohne daß es ihr auch nur einen einzigen reellen Einsatz gekostet hätte! Das Geheimniß der Stärke unserer Regierung besteht bis jetzt in der elenden Schwäche ihrer Gegner! Die Reaktion wird stets in der leichtesten Weise gewonnenes Spiel haben, so lange sie es mit solchen Gegnern zu thun hat!

Freilich aber! Eine solche Taktik, wie ich sie hier geschildert habe, von unsern Fortschrittlern im Ernste zu fordern oder auch nur für möglich zu halten, müßte in den Augen eines Jeden, der das Wesen unserer Fortschrittsblätter kennt, als der höchste Grad denkbaren Wahnsinns erscheinen. Aber eben deshalb ist damit nichts anderes bewiesen, als die totale Unfähigkeit der Fortschrittler zu jedem politischen Kampfe. Eine Partei, die ihre wichtigste Position nicht mit ihren Todten zu bedecken weiß, um sie zu vertheidigen, — eine solche Partei hat keine Möglichkeit des Sieges für sich! Einer solchen Partei bleibt nichts übrig, als bei jedem Angriff von neuem davon zu laufen!

Eine solche Partei und Presse verdient es nicht einmal, daß man sie bedauere bei allen laut schallenden Schlägen, mit welchen die Regierung ihren Rücken bedeckt. Was sich seiner Haut gar nicht zu wehren weiß, nun, das hat auch keine Existenz-Berechtigung, das verdient auch nicht, daß es lebt!

Man kann, sage ich, nicht einmal das geringste Bedauern für diese Presse empfinden trotz aller Gewaltmaßregeln der Regierung, und zwar würde man selbst dann nicht die geringste Sympathie für sie fühlen können, wenn sie sogar wirklich die hohen und reinen Ziele verfolgte, die sie zu verfolgen vorgiebt, was, wie Ihr wißt, nicht der Fall ist. Wir könnten, sage ich, keine Sympathie für sie empfinden, und sogar dann nicht, wenn sie unsere eigenen Ziele verfolgte, wovon, wie Ihr wißt, das Gegentheil stattfindet. Denn gleich viel, welche Ziele sie auch verfolgte — welches Interesse soll man für Männer empfinden, welche bei jedem Angriffe davon laufen, für Kämpfer, welche jeden Hieb statt mit der Brust nur mit dem Hintern pariren? Welche Sympathie würde wohl der Widerstand der Polen gegen Rußland in Europa erweckt haben, wenn die Polen als ersten Grundsatz aufgestellt: „Vor allen Dingen muß unsre Person und sogar unser Kapital unverlezt bleiben“, und nun in Folge dessen jedesmal davon gelaufen wären, so oft sich ein Kosack zeigte? Welche andern Gefühle kann ein derartiges Schauspiel erregen, als die der lachenden Verachtung, des Widerwillens und des Ekels über solche Helden!

Ja, gerade je höher und reiner die Ziele solcher Männer wären, desto höher müßte die Verachtung steigen, daß nicht einmal so hohe Ziele eine männlichere Haltung in ihren Verfechtern zu erzeugen vermögen, und der einzige halbe Milderungsgrund, der sich für das Verhalten der Fortschrittler aufreiben läßt, ist in der That gerade der, daß es sich bei ihren Zwecken in letzter Analyse um nichts Anderes handelt, als darum, eine Hand voll Leute zu höherer Geltung zu bringen. So jämmerlich mittelmäßige Zwecke können aber auch nur eine so jämmerlich mittelmäßige Haltung erzeugen; nur eine große Idee, nur die Begeisterung für gewaltige Zwecke erzeugt Hingebung, Opfermuth, Tapferkeit! (Lang anhaltender Beifall.)

Ich habe zuerst die vollkommene Lügenhaftigkeit, dann die namenlose Feigheit und Unsittlichkeit unsrer großen liberalen Presse betrachtet; soll ich jetzt noch drittens die absolute Unfähigkeit, die staunenswerthe und alle Eure Vorstellungen überschreitende Unwissenheit unsrer Zeitungsschreiber, dieser geistigen Vorkämpfer, nachweisen? Das habe ich nicht mehr nöthig, denn ich habe sie bereits lange vor der gegenwärtigen Bewegung, heute vor $1\frac{3}{4}$ Jahren, in meinem „Julian der

Literarhistoriker“ unter dem rauschenden Beifall der größten Gelehrten und Denker Deutschlands, die mir dafür mündlich und brieflich die Hand schüttelten, enthüllt und nachgewiesen. Auf jene Schilderung verweise ich Euch. Ich habe dort nachgewiesen, wie sie in ihrer wüsten Unwissenheit den Geist des Volkes verpesteten, ihn in ihrer frivolen Gedankenlosigkeit, in ihrem metiermäßigen Haß gegen alles Große und Bedeutende systematisch untergraben. Und zwar habe ich das nachgewiesen an Julian, dem Chef-Redakteur der Berliner Allgemeinen Zeitung, als an einem der unbestreitbar noch gebildetsten und bedeutendsten unter den Zeitungsschreibern. Ich ließ ihn, wie ich gleich damals im Vorwort ausdrücklich erklärte, nicht als Person, sondern nur als den Chef und Primas, als den gefeierten Literar-Historiker und gesalbten König dieser ganzen Bande Spießruthen laufen. Nur um den geistigen Typus seiner ganzen Gattung an ihm zu kennzeichnen, erklärte ich, ihn herauszugreifen und zu behandeln.

Das ganze Geschlecht der Zeitungsschreiber ächzte damals unter diesem gegen die ganze heutige Presse geführten Streich. Die Meisten verbissen ihre Wuth. Als mein Antwortschreiben erschien, glaubten Viele dieser Aermsten eine Gelegenheit zur Rache gefunden zu haben, und das war ein Grund mehr, der unsre Zeitungsschreiber so wüthig und schamlos gegen mich auftreten ließ.

An Julian konnte man doch noch mit Ehren einen solchen Nachweis führen. Wer aber sollte sich z. B. dazu überwinden, die zugleich widerlichste und komischste Erscheinung unsrer Tage, die Berliner Volkszeitung und ihren Redakteur, Herrn Bernstein, zu charakterisiren, einen gewesenen Leihbibliothekar, der in seinem Geschäft die Lektüre seiner Leihbibliothek profitirt hat und damit die Bildung erlangt zu haben glaubt, die erforderlich ist, um ein großes Volk zu führen? Ein Mann, der täglich über Gott und die Welt und noch vieles Andere Leitartikel schreibt und dies nur deshalb kann, weil er in seiner glücklichen Unwissenheit gar nicht ahnt, wie ihm auf jedem Schritt und Tritt alle Elemente fehlen. Ein Mann, der nicht einmal Deutsch zu schreiben vermag, sondern durch ein eigenthümliches Kauderwelsch, das er seinen Lesern eingiebt, das sogenannte Jüdisch-deutsch — kein Satz ohne grammatikalische Fehler — dem Volke langsam und sicher sogar noch seine Sprache und deren Genius verdirbt!

Und doch ist grade dieses Blatt noch immer das gelesenste politische Blatt in ganz Deutschland. Es hatte mindestens vor Kurzem noch 33 000 Abonnenten, von denen es allerdings in der letzten Zeit 8000 verloren haben soll, eine freudige Erscheinung, an welcher, wie ich hoffe, unsre Bestrebungen vielleicht nicht ohne großen Antheil sind.¹⁾ Aber auch so ist es noch immer eins der gelesensten politischen Blätter Deutschlands. Je schlechter heute ein Blatt, desto größer ist sein Abonnenten-Kreis.

Das sind ernste, sehr ernste Erscheinungen, und ich nehme, die Seele voll Trauer, keinen Anstand zu sagen: wenn nicht eine totale Umwandlung unsrer Presse eintritt, wenn diese Zeitungspest noch fünfzig Jahre so fortwüthet, so muß dann unser Volksg Geist verderbt und zu Grunde gerichtet sein bis in seine Tiefen! Denn Ihr begreift: wenn Tausende von Zeitungsschreibern, dieser heutigen Lehrer des Volks, mit hunderttausend Stimmen täglich ihre stupide Unwissenheit, ihre Gewissenlosigkeit, ihren Eynuchenhaß gegen alles Wahre und Große in Politik, Kunst und Wissenschaft dem Volke einhauchen, dem Volke, das gläubig und vertrauend nach diesem Gifte greift, weil es geistige Stärkung aus demselben zu schöpfen glaubt, nun, so muß dieser Volksg Geist zu Grunde gehen und wäre er noch dreimal so herrlich! Nicht das begabteste Volk der Welt, nicht die Griechen, hätten eine solche Presse überdauert! Und Ihr begreift, daß, wenn auch fünf, zehn, zwölf unterrichtete ernsthafte und tüchtige Männer unter dieser Bande wären, dies an dem Gesagten nichts ändern kann, da ihre Stimme machtlos verhallen muß in dem Schwall und Geräusch ihrer Kollegen.

Hier aber unterbreche ich mich. Wenn ich so trübe sähe, könntet Ihr fragen, wo wäre dann das Mittel der Rettung? Denn selbst in einem demokratischen Staate, selbst nach einer

1) Soweit bekannt, war die Hauptsache des damaligen Rückganges der „Volkszeitung“ die Konkurrenz der Anfang der sechziger Jahre gegründeten „Staatsbürgerzeitung“ des Demagogen Held, und insofern nicht grade ein sehr erfreuliches Zeichen. Wie sehr Lassalle in seiner Gereiztheit über das Ziel hinausschießt, zeigt grade dieses Beispiel. Mit all ihren großen Fehlern war die „Volkszeitung“ damals wenigstens ein Blatt, das einen politischen Charakter hatte, und dessen Leiter, um ihm diesen Charakter zu bewahren, die Einrückung von Geschäftsanzeigen zeitweise direkt entmuthigten. D. H.

glücklichen Revolution, wäre, — so scheint es und so könntet Ihr einwerfen — die Presse damit noch nicht geändert.

Es ist mir dreifache Pflicht, Euch hierauf Rede zu stehen! Pflicht, um die trübe Fernsicht zu verschrecken, die ich so eben vor Euch heraufbeschworen habe, Pflicht, um Euch zu zeigen, daß die sozialdemokratische Idee auch hierfür ihre Heilmittel in sich trägt! Pflicht deshalb endlich, weil es nützlich ist, die sozialdemokratischen Forderungen so früh als möglich im Volke zu verbreiten, damit sie im geeigneten Augenblicke um so weniger auf Hindernisse stoßen!

Wie also, frage ich, ist es möglich, eine totale Umwandlung unserer Presse in ihrem innersten Wesen herbeizuführen?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns zuvor klar machen, was eigentlich den Verfall unsrer Presse herbeigeführt hat.

Ich kann Euch hier nicht die Geschichte der europäischen Presse geben. Genug, einst war sie wirklich der Vorkämpfer für die geistigen Interessen in Politik, Kunst und Wissenschaft, der Bildner, Lehrer und geistige Erzieher des großen Publikums. Sie stritt für Ideen und suchte zu diesen die große Masse empor zu heben. Allmählig aber begann die Gewohnheit der bezahlten Anzeigen, der sogenannten Annoncen oder Inserate, die lange gar keinen, dann einen sehr beschränkten Raum auf der letzten Seite der Zeitungen gefunden hatten, eine tiefe Umwandlung in dem Wesen derselben hervorzubringen. Es zeigte sich, daß diese Annoncen ein sehr ergiebiges Mittel seien, um Reichthümer zusammen zu schlagen, um immense jährliche Revenüen aus den Zeitungen zu schöpfen. Von Stund' an wurde eine Zeitung eine äußerst lukrative Spekulation für einen kapitalbegabten oder auch für einen kapital-hungrigen Verleger. Aber um viele Anzeigen zu erhalten, handelte es sich zuvörderst darum, möglichst viele Abonnenten zu bekommen, denn die Anzeigen strömen natürlich in Fülle nur solchen Blättern zu, die sich eines großen Abonnentenkreises erfreuen. Von Stund' an handelte es sich also nicht mehr darum, für eine große Idee zu streiten, und zu ihr langsam und allmählig das große Publikum hinaufzuheben, sondern umgekehrt, solchen Meinungen zu huldigen, welche, wie sie auch immer beschaffen sein mochten, der größten Anzahl von Zeitungs-Käufern (Abonnenten) genehm sind. Von

Stund' an also wurden die Zeitungen, immer unter Beibehaltung des Scheins, Vorkämpfer für geistige Interessen zu sein, aus Bildnern und Lehrern des Volks zu schnöden Augendienern der geldbesitzenden und also abonnirenden Bourgeoisie und ihres Geschmacks, die einen Zeitungen gefesselt durch den Abonnenten-Kreis, den sie bereits haben, die andern durch den, den sie zu erwerben hoffen, beide immer in Hinsicht auf den eigentlichen goldenen Boden des Geschäfts, die Inserate.

Von Stund' an wurden also die Zeitungen nicht nur zu einem ganz gemeinen, ordinären Geldgeschäfte, wie jedes andre auch, sondern zu einem viel schlimmern, zu einem durch und durch heuchlerischen Geschäfte, welches unter dem Scheine des Kampfes für große Ideen und für das Wohl des Volks betrieben wird.

Habt Ihr einen Begriff von der depravirenden Wirkung, die diese täglich fortgesetzte Heuchelei, dieses Pfaßenthum des 19. Jahrhunderts, allmählig auf Verleger und Zeitungsschreiber hervorbringen mußte?

Noch ganz andre Wirkungen aber mußten in einer Zeit erhitzter politischer Partekämpfe eintreten. Von vorn herein konnten natürlich die Zeitungen in diesem Kampfe nichts andres vertreten als alle Vorurtheile der besitzenden Klassen, unter denen ja bei weitem die meisten Abonnenten sind, die wieder die Inserate nach sich ziehen. Aber das ist noch das Wenigste. Eine noch weit verderblichere Konsequenz war folgende: Ein Schriftsteller von Ehre würde sich lieber die Faust abhacken, als das Gegentheil von dem sagen, was er denkt; ja sogar als, insofern er einmal schreibt, das nicht sagen, was er denkt. Kann er es schlechterdings nicht, und in keiner Wendung, ausdrücken, so zieht er sich lieber zurück und schreibt gar nicht. Bei den Zeitungen ist dies ausgeschlossen durch das lukrative Zeitungsgeschäft. Sie müssen fort erscheinen, das Geschäft bringt es einmal so mit sich. Was also unsre Regierungen seit 1848 auch anfangen mochten, die Zeitungen waren von vornherein durch das Geschäft darauf angewiesen, jeden Kompromiß mit der Regierung zu schließen, ihr nur die Art von Opposition zu machen, welche die Regierung selbst noch wollte oder zuließ! Das Geschäft bringt es einmal so mit sich! Hieraus entsprangen seit 1848 eine Reihe der schimpflichsten Kompromisse unsrer Blätter mit der Regierung. Dinge, die gar zu wunde Punkte für die

Regierung bildeten, berührte man gar nicht; Dinge, welche man berührte, berührte man nur soweit, soweit die Regierung eine solche Berührung noch zu ertragen beliebte. Ja man bezahlte unter Hinkelfen=Westfalen häufig von Seiten der Presse heimlich eine Art Leute, welche vermöge ihrer Stellung den Zeitungen darüber berichten sollten, über welche Punkte und bis zu welcher Grenze die Regierung wohl eine Opposition ertragen würde oder nicht. O, Ihr werdet staunen, wenn der Augenblick gekommen sein wird, wo alle die Enthüllungen gemacht sein werden, welche die Geschichte eines Tages hierüber einzuregistriren haben wird!

Aber damit noch immer nicht genug! Die ganze Reihe dieser persönlichen Konzessionen, welche die Zeitungsschreiber rein um ihres Geschäftes willen der Regierung machten, die Zeitungsschreiber konnten sie natürlich nicht als solche rein persönliche Konzessionen um des Geschäftes willen gemacht eingestehen, weil sonst die Verachtung des Volkes, der Verlust von Lesern, Abonnenten und Inseraten die unausbleibliche Folge gewesen wäre.

Blieb also nichts übrig, als diese rein geschäftlichen Konzessionen als eben so viele neue Standpunkte des allgemeinen Geistes dem Volke vorzudemonstriren und aufzudrängen, sie als Entwicklungen und heilsame Kompromisse des Volkslebens darzustellen und so den Volksgeist selbst bis auf den Grad zu entmannen und zu verwässern, welcher für die Fortsetzung des lukrativen Zeitungs-Geschäftes erforderlich war! Daher jener Rückschritt des Volksgeistes in allen Gebieten des öffentlichen Lebens seit 1848, daher jene kontrerevolutionäre Stimmung desselben, die man so lange künstlich großgezogen hat, daher jene Entmannung desselben, die 1858 in dem „Neuen=Alra=Schwindel“, — gleichfalls einer Erfindung unsrer liberalen Zeitungen und der „Berliner Volks-Zeitung“ vor Allen — wie in einem abschreckenden Aussage zu Tage trat!

Zugleich könnt Ihr Euch selbst denken, welche entsetzlichen Folgen das geschilderte Verfahren täglich auf den Charakter der Zeitungsschreiber weiter hervorbringen mußte, welche frivole Verachtung gegen sich selbst, gegen alle ideellen Zwecke, gegen Leser und Volk, das sich jenen Humbug geduldig aufbinden ließ, jene tägliche Gewohnheit der Selbsterniedrigung zur Folge haben mußte.

Wenn es also z. B. unsrer Regierung einfiel, zu verordnen: keine Zeitung darf ferner erscheinen, welche nicht mit fingergroßen Buchstaben die Ueberschrift trägt: „Das Volk ist eine Canaille“, nun, so ist gar keinen Augenblick zu zweifeln, — denn das Geschäft bringt es so mit sich! — daß unsre liberalen Blätter erscheinen würden mit der fingergroßen Ueberschrift: „Das Volk ist eine Canaille!“ Und nicht nur das, sondern sie würden uns jetzt auch noch beweisen, daß das grade der höchste Grad echter Ueberzeugungstreue und wahrer Liebe zum Volke sei, daß es der nothwendige neue Kompromiß des öffentlichen Geistes sei, zu sagen: das Volk ist eine Canaille!

Wenn Jemand Geld verdienen will, so mag er Cotton fabriciren oder Luche, oder auf der Börse spielen. Aber daß man um schnöden Gewinnstes willen alle Brunnen des Volksgeistes vergifte und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Röhren kredenze, — es ist das höchste Verbrechen, das ich fassen kann! (Lang anhaltendes, sich immer wieder erneuendes Bravo.) Denkt Euch aber noch weiter die nothwendige Rückwirkung, welche die geschilderte Arbeit der Zeitungen auf die Beschaffenheit der Zeitungsschreiber selbst ausüben muß. Ihr wißt, wie der Arbeiter die Arbeit, so bestimmt wieder in hohem Grade wechselwirkend die Arbeit die Beschaffenheit des Arbeiters. Das lukrative Annoncengeschäft hat den Zeitungseigenthümern die Mittel gegeben, ein geistiges Proletariat, ein stehendes Heer von Zeitungsschreibern zu unterhalten, durch welches sie konkurrirend ihren Betrieb zu vergrößern und ihre Annoncen-Einnahmen zu vermehren streben. Aber wer soll unter dieses Heer gehen, wer, der sich selber achtet, wer, der nur irgend welche Befähigung zu reellen Leistungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, des Gedankens oder des bürgerlichen Lebens in sich fühlt? Ihr, Proletarier, verkauft Euren Arbeitsherren doch nur Eure Zeit und materielle Arbeit. Jene aber verkaufen ihre Seele! Denn der Korrespondent muß schreiben, wie der Redakteur und Eigenthümer will; der Redakteur und Eigenthümer aber, was die Abonnenten wollen und die Regierung erlaubt! Wer aber, der ein Mann ist, würde sich zu einer solchen Prostitution des Geistes hergeben? Ferner bedenkt die zerrüttenden Folgen, welche diese metiermäßige Beschäftigung noch in andrer Hinsicht nach sich zieht. Ihr, Proletarier,

verkauft Euch doch nur zu einem Geschäft, das Ihr kennt und versteht, jene aber, die geistigen Proletarier, müssen täglich lange Spalten füllen über tausend Dinge, über Politik, Recht, Oekonomie, Wissenschaft, über alle Fächer der Gesetzgebung, über diplomatische und geschichtliche Verhältnisse aller Völker. Ob man das Hinreichende, ob man das Geringste davon verstehe oder nicht — die Sache muß behandelt, die Zeitung gefüllt sein, das Geschäft bringt es so mit sich! Dazu der Mangel an Zeit, die Dinge näher zu studiren, in Quellen und Büchern nachzuforschen, ja selbst nur sich einigermaßen zu sammeln und nachzudenken. Der Artikel muß fertig sein, das Geschäft bringt es so mit sich! Alle Unwissenheit, alle Unbekanntschaft mit den Dingen, alles, alles muß möglichst versteckt werden unter der abgeseimten routinirten Phrase.

Daher kommt es, daß, wer heute mit einer halben Bildung in die Zeitungsschreiber-Karriere eintritt, in zwei oder drei Jahren auch das Wenige noch verlernt hat, was er wußte, sich geistig und sittlich zu Grunde gerichtet hat und zu einem blasirten, ernstlosen, an nichts Großes mehr glaubenden, noch erstrebenden und nur auf die Macht der Clique schwörenden Menschen geworden ist!

Aus all diesen Ursachen ist es gekommen, daß sich alle tüchtigen Elemente, die sich früher an der Presse betheilig haben, allmählig von derselben bis auf sehr vereinzelte Ausnahmen zurückgezogen haben, und die Presse so zu einem Sammelplatz aller Mittelmäßigkeiten, aller ruinirten Existenzen, aller Arbeitscheuen und Nichtswisser geworden ist, die zu keiner reellen Arbeit tüchtig, in der Presse immer noch eine mühelosere und auskömmlichere Existenz finden, als irgend sonst.

Das sind diese modernen Landsknechte von der Feder, das geistige Proletariat, das stehende Heer der Zeitungsschreiber, das öffentliche Meinung macht und dem Volke tiefere Wunden geschlagen hat, als das stehende Heer der Soldaten; denn dieses hält doch nur durch äußere Gewalt das Volk zu Boden, jenes bringt ihm die innere Fäulniß, vergiftet ihm Blut und Säfte! — Daher auch die Entfernung, in welcher sich bei uns alle Männer des wirklichen Wissens wie in heiliger Scheu von den Zeitungen halten. Ich habe eine ziemlich ausgebreitete Bekanntschaft unter den Gelehrten. Wie oft wurde mir nicht bei einer gelegentlichen Aeußerung, ob man nicht über diesen oder jenen besonders wichtigen

Gegenstand einen Artikel in irgend eine beliebige Zeitung liefern wolle, eine Antwort zu Theil voll Staunen und Bewunderung, als enthielte dies fast eine beleidigende Zumuthung!

Ich habe auch in meinem Leben 2 bis 3 Zeitungsschreiber näher kennen gelernt, die in jeder Hinsicht eine rühmliche Ausnahme, ja einen vollständigen Gegensatz zu der eben gegebenen Schilderung bilden. Zwei derselben haben sich auch bereits aus dieser Karriere zurückgezogen; aber wie oft riefen sie nicht alle drei in schmerzlichem Ringen zu mir aus: Lieber Eisenbahnarbeiter sein, als weiter in dieser Karriere verbleiben, die uns Geist und Seele zu Grunde richtet!

Ja, es ist wörtlich wahr, was Herr von Bismarck nur in sehr milder Form in der preussischen Kammer gesagt hat: Die Zeitungen werden von Leuten geschrieben, die ihren Beruf verfehlt haben. — Und hier lache ich schon im voraus, wie die Fortschrittler diese meine Uebereinstimmung mit Herrn von Bismarck wieder als Beweis anführen werden, daß ich von Herrn von Bismarck gewonnen sei. Nur schade, daß ich schon lange vor der ganzen Existenz des Ministeriums Bismarck, nur in weit herberer Form, genau dasselbe in meinem „Julian“ drucken ließ. Sie sind eine Bande von Menschen, sage ich daselbst, zu unfähig zum Elementar-Schul-lehrer, zu arbeitscheu zum Postsekretär, zu keiner bürgerlichen Hantirung tüchtig und eben deshalb sich berufen glaubend, Volksbildung und Volkserziehung zu treiben!

Es wird also für unsre Fortschrittler schon nichts übrig bleiben als zu sagen, daß ich Herrn von Bismarck zu meinen Ansichten erkaufte habe!

Der Grund aber, weshalb ich Euch wiederholt auf diese meine Schrift hingewiesen habe, ist der, daß nicht etwa einer von Euch auf den Verdacht komme, ich dächte erst heute so über die Zeitungen in persönlicher Erbitterung über die Angriffe, die ich erfahren, sondern damit Ihr sehet, wie ich schon lange vor diesen Angriffen so über sie dachte und sprach, in einer Zeit, in der sie meinen Namen immer nur mit der größten Hochachtung und den verbindlichsten Komplimenten zu nennen pflegten! In gleichem Sinne kann ich Euch auf mein Arbeiter-Programm verweisen, wo ich gleichfalls noch vor Beginn der jetzigen Bewegung meine Ansichten über die Zeitungen in vollster Kürze, aber doch deutlich genug ausgesprochen habe.

Nachdem wir nunmehr die Ursache erkannt haben, welche nothwendig dieses Verderbniß der Zeitungsschreiber nach sich ziehen mußte, wird es leicht sein zu zeigen, wie in einem sozialdemokratischen Staate eine vollständige Umwandlung der Presse auf die leichteste Weise herbeigeführt werden kann. Ich will in Kürze daher die wichtigsten dieser Maßregeln aufzählen. Die erste ist absolute Preßfreiheit. Denn nur auf dem Boden wirklicher Freiheit kann sich alles Große entwickeln; 2. Aufhebung der Kauttionen für Zeitungen, denn diese Kauttionen haben, wie ich Euch schon im Arbeiter-Programm auseinandergesetzt, nur die Wirkung, die Zeitungen zu einem Monopol der Kapitalisten zu machen und es dem Volke zu wehren, seinerseits Organe gründen zu können, die seine Ueberzeugung vertreten.

3. Abschaffung der Stempelsteuer; denn die Stempelsteuer hat einerseits dieselbe Wirkung, wie die Kauttionen und andererseits ist es noch außerdem stupide, die Zeitungen, insofern sie ja Volkslehrer sein sollen, besteuern zu wollen. Es ist als ob man den Schulunterricht, oder etwa die Predigt der Geistlichen besteuern wollte. — Alle diese Maßregeln aber würden noch ganz unmächtig sein, das Wesen unsrer Presse, wie es nun einmal geworden ist, umzuwandeln, wenn nicht eine vierte Maßregel hinzukäme, welche diese Umwandlung vollbringen muß.

Ich habe Euch gezeigt, daß das Verderben der Presse mit Nothwendigkeit daraus hervorgegangen, daß sie unter dem Vorwand, geistige Interessen zu verfechten, durch das Annoncenwesen zu einer industriellen Geldspekulation wurde. Es handelt sich also einfach darum, diese beiden Dinge zu trennen, die ja auch nichts mit einander zu thun haben. Insofern die Presse geistige Interessen vertritt, ist sie dem Volksschulredner oder Kanzelprediger vergleichbar; insofern sie Annoncen bringt, ist sie der öffentliche Ausrufer, der öffentliche Trompeter, der mit hunderttausend Stimmen dem Publikum anzeigt, wo eine Uhrkette verloren, wo der beste Tabak, wo das Hoff'sche Malzextrakt zu haben ist. Was hat der Prediger mit dem öffentlichen Trompeter zu thun und ist es nicht eine Mißgeburt, beide Dinge mit einander zu verbinden?

In einem sozialdemokratischen Staate muß also ein Gesetz gegeben werden, welches jeder Zeitung verbietet, irgend eine Annonce zu bringen, und diese ausschließlich und allein

den vom Staate oder von den Gemeinden publizirten Amtsblättern zuweist.

Von Stund' an hören die Zeitungen auf, eine lukrative Geldspekulation zu sein. Von Stund' an ziehen sich die spekulirenden Kapitalien von ihnen zurück. Von Stund' an verhungert das stehende Heer der Zeitungsschreiber oder wird Stiefelpuher; das ist seine Sache! Von Stund' an hört der Zeitungsschreiber von Metier auf und an seine Stelle tritt der Zeitungsschreiber von Beruf! Von Stund' an existiren nur solche Zeitungen und können nur solche Männer Zeitungen schreiben, welche ohne Rücksicht auf lukrative Bereicherung die Mission in sich fühlen, für die geistigen Interessen und das Wohl des Volks zu kämpfen.

Wollt Ihr einen Beweis mehr für diese nothwendige Wirkung jener Maßregel? Seht auf die Blätter, die im Lauf der jetzigen Bewegung auf unsre Seite getreten sind: der Nordstern, der Volksfreund, noch zwei bis drei andre kleine Blätter. Es sind alles Blätter, welche keine Annoncen haben noch bringen, noch jemals zu bringen hoffen oder streben.¹⁾ Es sind daher auch Blätter, geschrieben von Männern, welche aus wirklichem Interesse an den geistigen Kämpfen und nicht um ihrer Bereicherung willen sich diesem Berufe widmen, von Männern, welche daher auch in jeder Hinsicht eine vollständige Ausnahme von der Schilderung bilden, die ich Euch vorhin entworfen.

Eben so unangreiflich wäre aber auch der andre Theil jenes Gesetzes, welcher die Annoncen ausschließlich den, sei es vom Staate, sei es von den Gemeinden publizirten Amtsblättern überweist. Insofern die Blätter Annoncen bringen, stellen sie, wie bereits bemerkt, nur den öffentlichen Ausrufer dar. Es ist dies also eine Funktion, die eben so einfach und nothwendig, wie etwa der Nachtwächterdienst, zu den Attributen des öffentlichen Wesens in seiner staatlichen oder städtischen Organisation gehört. Noch heute könnt Ihr etwa in kleinen schwäbischen Städten sehen, wie von einem Trompeter ausgeblasen, oder von einem Gemeindebeamten ausge-

¹⁾ Bekanntlich unrichtig. Und es braucht keines besonderen Nachweises, warum das Verbot der Annonzenaufnahme die Presse durchaus nicht hindern würde, Gegenstand der Geldspekulation zu sein. Sie wird das in der modernen bürgerlichen Gesellschaft immer sein, welche Formen man ihr auch auferlegt.

schellt wird, was verloren, was gefunden u. s. w. Auch trifft bei dieser Arbeit nicht einmal irgend einer jener ohnehin meist sehr schlechten Gründe zu, die man gewöhnlich geltend macht, dem Staat oder den Gemeinden irgend eine produktive Arbeit zu entziehen. Es ist hierbei weder von Erfindung, noch von einem besondern individuellen Unternehmergeist die Rede, sondern nur von einer einfachen, vom Insezierenden bestellten mechanischen Thätigkeit, die ganz ebenso gut zum Nutzen und im Auftrag eines Kapitalisten ausgeführt werden kann. Und es ist überhaupt nur in der heutigen Zeit, zu deren Grundsätzen es einmal gehört, daß alles Profitable der Profitwuth einzelner Kapitalisten zur Ausbeutung anheimfallen muß, es ist nur in dieser Zeit zu begreifen, daß dieser öffentliche Ausruferdienst so lange dem Nutzen und Interesse einzelner Kapitalisten überlassen werden konnte. Durch diese vom Staate oder den Gemeinden publizirten Annoncenblätter würden ferner jährlich, viel zu niedrig veranschlagt, mindestens 1 bis 2 Millionen gewonnen werden, um so mehr, als sich hier alle Betriebskosten sehr ermäßigen würden, als sich ferner diese Blätter keine Konkurrenz unter einander machen und in keiner noch so großen Gemeinde mehr als ein einziges Blatt erscheinen würde. Diese Millionen könnten also benutzt werden um eben so viele Millionen von jenen indirekten staatlichen oder städtischen Steuern zu streichen, die am meisten auf die ärmeren Klassen drücken, und die widrige Reklame der heutigen Zeit, das Hoff'sche Malzextrakt und die Goldberg'schen Rheumatismusketten hätten so mindestens ihre gemeinnützige Wirkung.

Das also ist die nach allen Seiten hin heilsame Maßregel, welche im sozialdemokratischen Staate eine totale Umwandlung der Presse in ihrem innersten Wesen hervorrufen würde. Ich habe sie Ihnen entwickelt, um bei Zeiten die Gemüther des Volks darüber zu verständigen. Verbreiten Sie das, was ich Ihnen hierüber gesagt, erheben Sie diese Maßregel zu einer Volks-Tradition. Accrediren¹⁾ Sie sie durch das tausendfältige Echo Ihrer Stimme, erheben Sie sie zu einer demokratischen Forderung ersten Ranges, damit nichts in späterer Zeit ihrem Verständniß sich widersehe! Und bis dahin halten Sie fest daran: der wahre Feind des Volks, sein

1) Beglaubigen.

gefährlichster Feind, um so gefährlicher deshalb, weil er unter der Larve seines Freundes auftritt, das ist die heutige Presse!

Halten Sie fest, mit glühender Seele fest an dem Lösungswort, das ich Ihnen zuschleudere: Haß und Verachtung, Tod und Untergang der heutigen Presse! Es ist das eine kühne Lösung, ausgegeben von Einem Mann gegen das tausendarmige Institut der Zeitungen, mit welchem schon Könige vergeblich kämpften! Aber so wahr Sie leidenschaftlich und gierig an meinen Lippen hängen, und so wahr meine Seele in reinsten Begeisterung erzittert, indem sie in die Ihrige überströmt, so wahr durchzuckt mich die Gewißheit: der Augenblick wird kommen, wo wir den Blitz werfen, der diese Presse in ewige Nacht begräbt!!!

(Pauze von 10 Minuten.)

Das dritte und nicht weniger klägliche Symptom unsrer Zeit, das ich beleuchten will, ist der Abgeordnetentag in Frankfurt am Main.

Ihr wißt, die Nationalvereiner oder Fortschrittler, welche den Abgeordnetentag bilden, hatten immer erklärt, an der Frankfurter Reichsverfassung von 1849 festzuhalten. Sie sei das bestehende Recht, das Palladium deutscher Nation!

Ich muß hier von vornherein einem Mißverständnis begegnen. Das Zurückkommen auf die Frankfurter Reichsverfassung, — es ist nicht mein, es ist nicht unser Standpunkt! Für uns ist der Gedanke, die Frankfurter Reichsverfassung wiederherzustellen, nichts andres als eine reaktionäre Utopie. Für uns war die Frankfurter Reichsverfassung schon 1849, als sie erlassen wurde, nichts andres, als der letzte Beweis für die Impotenz des Föderalismus.

Eine deutsche Einheit, eine einheitliche souveräne Centralgewalt mit der Beibehaltung von 34 verschiedenen Sonder-souveränitäten — das ist der Widerspruch in sich selbst, das ist so wenig möglich, als daß ein schwarzer Rock zugleich weiß sei. Die Souveränität, wohne sie nun bei Fürst oder Volk, ist ihrer Natur nach untheilbar, so untheilbar wie die Seele eines Individuums.

Was uns also wirklich Noth thut, wenn von Deutscher Einheit die Rede sein soll, ist, daß diese 34 selbständigen Sonder-souveränitäten aufhören und in eine einzige zusammensinken.

Dies ist auch der Grund, weshalb die Frankfurter Reichsverfassung nicht einen Tag wirklich marschiren konnte. Sie

ging zu Grunde, nicht, wie unsre Fortschrittler glauben, an ihrem revolutionären Charakter, für welchen jene Zeit noch nicht reif gewesen wäre, sondern an ihrem reaktionären Charakter; sie ging zu Grunde, nicht an dem, was sie neuerte, sondern an dem, was sie beibehielt. Sie ging zu Grunde an jenem logischen Widerspruch einer einheitlichen Centralgewalt mit 34 Souveränitäten.

Der Föderalismus ist überhaupt niemals im Stande, ein einiges Volk zu erzeugen. Schon vor fünfzig Jahren hat einer der größten deutschen Denker, Joh. Gottlieb Fichte, ausgesprochen, daß das föderalistische Band niemals ein Volksgefühl zu erzeugen vermöge; daß es für das Volk gar nicht existire und ihm stets so äußerlich bleibe, wie auch jedes andre diplomatische Bündniß der Regierungen untereinander.

Diese Worte haben sich grade jüngst glänzend bewährt an Amerika, welches man sonst als den Triumph des Föderalismus anzuführen pflegte. Scheinbar einig zur Zeit Washingtons, hat, statt ein Volksgefühl zu erzeugen oder wach zu halten, die mit dem Föderalismus nothwendig gegebene Vertiefung in die Partikularinteressen dort den Haß gegeneinander im Herzen des Volkes hervorgerufen und einen der blutigsten und greuelvollsten Kriege heraufbeschworen, welche die Geschichte jemals gesehen hat.¹⁾

In Deutschland zumal ist es der größte innere Widerspruch, von Föderalismus und Freiheit in einem Athem reden zu wollen.

Die geistige Einheit hat sich unser Volk durch eine große, sich über die Jahrhunderte erstreckende Gesamtarbeit

1) Auch dieses Beispiel zeigt, zu welchem fehlerhaften Schluß die aus der Idee geschöpften Geschichtstheorien führen. Nicht die föderalistische Verfassung der „Vereinigten Staaten“, sondern der auf der Verschiedenartigkeit der Produktionsbedingungen beruhende ökonomische Interessengegensatz war es, der in letzter Instanz zum Krieg zwischen Nord- und Süd-Staaten der Union führte. Die Plantagenbesitzer der Südstaaten, die die schwarze Arbeit nicht entbehren konnten, würden sich auch widersetzt haben, wenn die Union von ihren Gründern zur „einen und untheilbaren“ zentralisirten Republik erklärt worden wäre. So richtig die Fichte-Vassalle'sche Bekämpfung des deutschen Föderalismus auch war, so falsch war es, aus den eigenartigen Verhältnissen dieses besonderen Föderalismus eine allgemein-gültige Theorie für alle Zeiten und alle Länder ableiten zu wollen. Das römische Weltreich war zentralisirt und hat viel weniger von einem Volksgefühl erzeugt als die Vereinigten Staaten. Föderalismus und Föderalismus sind eben auch zweierlei. D. H.

bereits erworben. Wir kennen keine preussische und österreichische Poesie, keine norddeutsche und süddeutsche Wissenschaft, keine österreichische und preussische Kunst zc. In allen Gebieten des geistigen Lebens haben wir die nationale Einheit, das Dasein als Deutsche, bereits wirklich erlangt; was wir somit noch verlangen und erlangen müssen, ist: dieselbe Einheit, dasselbe nationale Dasein in geschichtlicher, politischer Hinsicht. Wenn nun das Recht dieser 34 Fürsten auf ihre Kronen so groß wäre, daß es mit Jug entgegengestellt werden könnte der gesammten deutschen Nation und dieser mit Recht verbieten könnte, überhaupt als Nation da zu sein — dann wäre dieses Recht doch offenbar noch viel größer den einzelnen Stämmen gegenüber, und ich weiß nicht, mit welchem Rechte man dann nach Freiheit und nach irgend welcher Beschränkung dieser angestammten Kronengewalt im Innern strebte!

Für uns also ist der Gedanke, die Frankfurter Reichsverfassung wieder herstellen zu wollen, nichts anderes als eine reaktionäre Utopie. Utopie (frommer Wunsch) deshalb, weil jene Verfassung, um ihres innern Widerspruches willen, in aller Zukunft ebenso unmöglich, auch nur einen Tag lang marschiren könnte, wie sie es in der Vergangenheit gekonnt hat; reaktionär deshalb, weil, wenn wir wieder mit jenem verfehlten Experiment von 1849 anfangen müßten, unsre ganze Geschichte seit 1848 gar keinen Sinn und gar keine Bedeutung für uns gehabt hätte. Nach unsrer Auffassung, nach welcher der Untergang der Frankfurter Reichsverfassung nur die nothwendige Folge ihres innern Widerspruchs und der letzte Beweis für die Ohnmacht des Föderalismus war, nach dieser Auffassung hat diese 14jährige Geschichte einen Sinn und einen großen Sinn, wenn auch einen theuer erkauften!

Aber nicht von meinem Standpunkte aus, sondern von seinem eignen Standpunkte aus will ich den Abgeordnetentag kritisiren.

Er hatte noch vor weniger als einem Jahre erklärt, die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 sei unser bestehendes Recht, sie sei die Fahne, um welche sich die deutsche Nation schaaren müsse.

Wenn er also auf die föderalistische Intrigue des Frankfurter Fürstentages überhaupt irgend etwas erklären wollte, so hatte er von seinem Standpunkt aus eben nur einfach

darauf hinzuweisen: die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 sei bereits die zu Recht bestehende Verfassung deutscher Nation.

Statt dessen, was hat der Frankfurter Abgeordnetentag gethan? Er hat erklärt, daß er das Fürstenprojekt unter den gegenwärtigen Umständen „nicht lediglich verneinen könne!“ Das Fürstenprojekt, welches in jeder Hinsicht den grellsten Widerspruch zu der Frankfurter Reichsverfassung bildet! Das Fürstenprojekt, welches statt sich an ein nach dem Frankfurter Reichswahlgesetz durch das allgemeine Wahlrecht gebildetes Reichsparlament zu wenden, einer Delegirtenkammer oder etwa den Kammern der einzelnen deutschen Stämme vorgelegt werden sollte und von ihnen also nur en bloc angenommen oder verworfen werden konnte, somit nirgends und in keiner Weise auch nur ein Zurückgehen auf Reichsverfassung und Reichsparlament übrig ließ.

Der Abgeordnetentag hat somit verleugnet und verrathen, was er Jahre hindurch selbst für das Recht der Nation erklärt hat! Er hat die Fahne verrathen, zu welcher er selbst jahrelang das Volk gerufen.

Aber freilich, die Fortschrittler hatten zu oft das Parade- pferd der Frankfurter Reichsverfassung geritten, um dieselbe nun lediglich verleugnen zu können.

Der Beschluß enthält daher auch noch einen andern Passus, durch welchen wiederum darauf hingewiesen wird, daß, nicht die Frankfurter Reichsverfassung, sondern höchst diplomatisch — eine Diplomatie zum Speien! — nur eine Verfassung wie die Frankfurter Reichsverfassung dem deutschen Volke Befriedigung bringen könne!

Aber was haben die Frankfurter Reichsverfassung und das deutsche Fürstenprojekt mit einander zu thun? Was hat das erbliche Kaiserthum und das künstliche Direktorium, die Einheit und die Fünf- oder Sechsheit, das direkte allgemeine Wahlrecht und die Delegirtenkammer, die preussische Spitze und der österreichische Vorsitz mit einander gemein? Welche Einigungspunkte haben sie und wie wären so widersprechende Dinge mit einander zu verbinden?

Jener Beschluß ist daher, indem er in Einem Athem ja und nein, schwarz und weiß, kalt und heiß sagt, nichts andres als der reinste Unsinn, als der blühendste logische Widerspruch! Jedes Wort dieses Beschlusses ist das andre auf!

Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Von der einen Seite schleudert Herr von Bismarck den Fortschrittlern den Vorwurf in's Gesicht, daß sie Preußen verrathen — und von der andern Seite behaupten die großdeutschen Organe, die Fortschrittspartei verrathe Deutschland an ihren geheimen Lieblingsgedanken von der preußischen Spitze! Und das merkwürdige ist, meine Herren, beide, Herr von Bismarck und die Großdeutschen, beide haben Recht! Die Fortschrittler haben eben das Unmögliche fertig gebracht: um nach allen Seiten hin zu buhlen, haben sie alles verrathen, haben alles behauptet und alles verleugnet in demselben Athem!!!

Wie unwidersprechlich dies sei, will ich Ihnen in aller Kürze dadurch beweisen, daß sogar die Fortschrittler selbst sehr gut erkannt haben und wissen, daß die Sache so steht, wie ich sie soeben geschildert. Einer von ihnen nämlich, Herr Georg Jung aus Köln, hat auf dem Abgeordnetentag in Frankfurt selbst erklärt: „Die Auschußanträge seien ein Gewebe von Widersprüchen; fast jeder Satz hebe seinen Vorder-satz auf, um seinerseits wiederum im Nachsatze aufgehoben zu werden.“ (Elberfelder Ztg. v. 24. Aug.) Das sind die Worte eines Fortschrittlers selbst!

Und nichts desto weniger hat dieser selbe Herr Jung für diesen Beschluß gestimmt, denn er ist ja, wie die Zeitungen berichten, einstimmig gefaßt worden, und er sollte und mußte ja einstimmig gefaßt werden, um die Einigkeit (!) der großen liberalen Partei darzuthun! Die Einigkeit im Aufgeben alles menschlichen Verstandes, die Einigkeit im Unsinn und im Selbstwiderspruch — das ist die Einigkeit der großen liberalen Partei!

Zwei andre Fortschrittler, die Herren Becker und Welker, hatten dem Auschußantrag gegenüber konsequent den Antrag gestellt, auf die Frankfurter Reichsverfassung zurückzugehen. Aber auch sie zogen ihren Antrag zurück! Freilich hatten sie selbst erklärt, sie müßten diesen Antrag stellen, weil nur in der Frankfurter Reichsverfassung das Recht der deutschen Nation gewahrt sei! Aber — der Beschluß mußte ja einstimmig gefaßt werden! Die Einigkeit im Aufgeben aller Prinzipien, im Verrath alles Rechts, nicht nur des objektiven, sondern auch des Rechtes, das man selbst als solches erkannt hat — das ist die sogenannte Einigkeit der großen liberalen Partei! Die Einigkeit eines Narrenhauses!

Zulezt noch das klägliche Schauspiel, ihren Beschluß dem Fürstentage zustellen zu lassen — selbst dieses haben uns die Fortschrittler nicht erspart! Und welches Recht hatten diese Herren zu einer solchen Zustellung? Sie sind keine juristische Körperschaft, sie bestehen aus Leuten, die früher einmal Abgeordnete waren, aber es nicht mehr sind, aus andern Leuten, welche noch ein Mandat besitzen, aber nicht für eine Verfassung Deutschlands und die überdies durch das Dreiklassenwahlgesetz gewählt sind. Welches Recht zu einer officiellen Kommunikation maßten sich also diese Herren ohne Mandat in dieser deutschen Nationalangelegenheit an?

Wollten sie aber bloß als ein Haufen von 500 Männern eine moralische Wirkung ausüben, nun, so wäre diese ja, so weit sie überhaupt eine solche hervorzubringen vermögen, durch ihren Beschluß und dessen Veröffentlichung in den Zeitungen ganz ebenso erreicht worden, und es bedurfte dazu nicht der amtlichen Notifikation oder vielmehr der öffentlichen Anbettelei bei dem Fürstentag.

Welches ist also der wirkliche Grund dieser Reihe von Lächerlichkeiten?

Ich will Ihnen diesen Grund verrathen!

Die Fortschrittler liebäugeln mit den Fürsten, um — — Herrn von Bismarck hänge zu machen! Sie hoffen ihn einzuschüchtern durch Kofettiren mit den deutschen Fürsten!

Das sind die Mittel dieser Aermsten! — Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn von Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: er ist ein Mann, jene aber sind — — alte Weiber!

Und noch niemals haben alte Weiber einen Mann eingeschüchtert, auch nicht, wenn sie nach andern Seiten hin liebäugelten!

Herr von Bismarck hat ihnen daher bereits geantwortet durch die Auflösung der Kammer.

Hierbei muß ich auf unser nothwendiges Verhalten bei den bevorstehenden Wahlen eingehen.

Zunächst halten Sie Folgendes fest:

Ein prinzipielles Interesse haben wir bei den nächsten Wahlen nicht.

Wir haben kein prinzipielles Interesse

1. deshalb, weil das allgemeine Wahlrecht noch nicht existirt resp. nicht mehr existirt, welches allein für uns der Boden ist, auf welchem wir eine selbständige und eigne Stellung einnehmen können.

Wir haben kein prinzipielles Interesse, weil

2. die preußische Verfassung, um die gekämpft wird, keine zu Recht bestehende Verfassung ist, und noch nie auch nur einen Tag lang eine zu Recht bestehende Verfassung war!

Lassen Sie mich Sie erinnern an die Thatsachen, die Sie niemals auch nur einen Augenblick aus dem Gedächtniß verlieren dürfen.

Durch die Gesetze vom April 1848 bestand einerseits in Preußen das allgemeine Wahlrecht, und andererseits war durch dieselben Gesetze bestimmt, daß der König kein neues Gesetz mehr erlassen könne ohne die Beistimmung der gesetzlich bestehenden Landesvertretung, also einer solchen, die in Gemäßheit des damals bestehenden Wahlgesetzes durch das allgemeine Wahlrecht gebildet worden.

Im Dezember 1848, wie Ihnen Allen bekannt, oktroyirte der König eine Verfassung. Ich will nun sehr nachgiebig sein. Mochte er das thun. Eine definitive Gültigkeit konnte diese Verfassung aber erst dann haben, wenn sie von der gesetzlich bestehenden Volksvertretung bestätigt und angenommen worden war. Das sah der König selbst ein und berief deshalb eine Revisionskammer 1849 nach Berlin. Aber noch ehe die Sitzung zu ihrem natürlichen Schluß gelangt war, wurde die Kammer von Neuem aufgelöst und nun das Dreiklassenwahlgesetz oktroyirt. Ich will noch nachgiebiger sein. Mochte der König auch das noch thun, aber wie jene Verfassung selbst, so hatte auch dieses oktroyirte Dreiklassenwahlgesetz erst dann definitive gesetzliche Gültigkeit, wenn es bestätigt war von der zur Zeit der Oktroyirung gesetzlich bestehenden Volksvertretung. Diese war aber, wie bereits hervorgehoben, nach den damals bestehenden Gesetzen durch das allgemeine Wahlrecht zu berufen. Nur eine solche legale, aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene gesetzgebende Versammlung hätte also — falls sich eine solche dazu hergegeben hätte — das oktroyirte Dreiklassenwahlgesetz bestätigen können. Dies ist bis zum heutigen Tage nicht geschehen, sondern dieses Dreiklassenwahlgesetz wurde

bestätigt und die Verfassung angenommen von einer nach dem oktroyirten Dreiklassenwahlgesetz selbst zusammenberufenen Versammlung, die somit vollständig illegal war, keinen gesetzlichen Boden und keine juristische Existenz hatte.

Da der König selbst seit den Gesetzen vom April 1848 nicht mehr ohne Beistimmung der gesetzlich bestehenden Vertretung Gesetze, also auch kein Wahlgesetz, erlassen konnte, so konnte er auch keinen andern dazu bevollmächtigen. Ein Recht, das ich selbst nicht habe, kann ich auch keinem andern übertragen. Der König konnte also ebensowenig wie etwa einen General oder einen Kammerdiener, ebensowenig auch ein paar hundert Bourgeois zur Bestätigung dieses oktroyirten Dreiklassenwahlgesetzes bevollmächtigen.

Kein Jurist der Fortschrittspartei selbst wird dieser Deduktion widersprechen können, oder hat ihr jemals widersprochen.

Ebensowenig ist jener Rechtsbruch vom Volke selbst jemals in irgend welcher Weise genehmigt oder gutgeheißen worden. Denn niemals wurde das Volk in seinen Urversammlungen mit dieser Frage befaßt, und überdies haben seit und in Folge jenes Rechtsbruchs von 1849 niemals mehr als 25 Procent der Wähler — also eine winzige Minorität — ihr Wahlrecht ausgeübt.

Die preußische Verfassung hat also auch noch nicht einen einzigen Tag zu Recht bestanden!

Ebensowenig kann hieran dadurch etwas geändert werden, daß die Verfassung einerseits vom König, andererseits vom Landtag beschworen worden ist.

Dieser Eid ist ein nichtiger Eid, grade so wie ein am Altar geleisteter Eid ein nichtiger ist, wenn irgend ein Rechtsgrund die beschworene Ehe nichtig macht.

Und was die Kammern betrifft, so hat es überdies, wie aus dem Vorigen folgt, seit der Revisionskammer von 1849 noch niemals eine legale Volksvertretung in Preußen gegeben. Es waren illegale Usurpatorenhaufen und weiter nichts, welche um den Preis der Rechte des Volkes den Sonderfrieden der Bourgeoisie mit der Regierung abschließen wollten und erst jetzt wieder nach dem Volke schielen, wo sie mit der Regierung um ihren Antheil an der Beute in Streit gerathen sind.

Zwar werden Euch die Kammerhelden sagen: hätten wir nicht sollen zu jenen, wenn auch freilich illegalen Kammern

zusammentreten, um das, was dem Volke nun einmal an Rechten geblieben war, als eine Waffe zur Wiedererlangung weiterer Volksrechte zu verwenden?

Freilich konnten sie das, aber dann hätten sie jede Kammer-session damit eröffnen müssen, zuvörderst ihre eigne illegale Existenz zu konstatiren und den noch ungesühnten Schatten des Volksrechtes heraufzubeschwören!

Indem sie dies nicht thaten, niemals thaten, indem sie vielmehr alle Lüfte füllen mit dem lügenhaften und heuchlerischen Geschrei von der zu Recht bestehenden Preussischen Verfassung, zeigen sie bloß, daß sie die Rechte des Volkes verrathen, verleugnen und dieselben für die Sonderbeute der Bourgeoisie mit Füßen treten.

Für uns hat also die Preussische Verfassung, die bloß der Beweis und das Produkt des am Volke begangenen Rechtsbruches ist, keinen Werth und kein Interesse, ebensowenig wie eine rechtliche Existenz.

Für uns hat der Kampf der beiden Parteien kein prinzipielles Interesse, denn beide Parteien, Reaktionäre wie Fortschrittler, sind uns gleich fremd. —

Für uns hat der Kampf kein prinzipielles Interesse, weil der ganze Gegenstand des Kampfes — die preussische Verfassung — kein solches Interesse für uns hat.

In uns kann im Gegentheil die Preussische Verfassung kein anderes Interesse hervorrufen, als das, sich so schnell wie möglich verschwinden zu machen!

Ich werde also nicht wählen, jetzt so wenig wie bisheran, und an solchen Orten, wo der Sieg der Fortschrittspartei ohnehin ganz unzweifelhaft wäre, an solchen Orten ist es das Beste, wenn Ihr alle gleichfalls nicht wählt.

Wir haben uns 14 Jahre hindurch von diesen ungesetzlichen und rechtswidrigen Wahllakten fern gehalten. Man spricht von Ratten, welche das Schiff verlassen, wenn es zu sinken beginnt. Sollen wir die umgekehrten Ratten sein, welche auf das lecke Schiff der Preussischen Verfassung gerade in dem Augenblick springen, wo es untergeht?

Aber haben wir auch kein prinzipielles Interesse an der bevorstehenden Wahlschlacht, so haben wir doch ein sehr großes taktisches Interesse dabei, und dieses taktische Interesse erfordert, daß sie überall, wo der Sieg der Fortschrittspartei nicht ohnehin unbedingt feststeht, zu Gunsten

— lachen Sie nicht, es ist mein völliger Ernst — zu Gunsten der Fortschrittspartei wählen!

Die Gründe sind einfach:

Es ist unser dringendstes Interesse, daß das im Mai dieses Jahres durch die Vertagung unzeitig abgebrochene Experiment wieder aufgenommen werde und sein naturgemäßes Ende erreiche. Wir haben das dringendste Interesse, daß die Fortschrittler ihre gänzliche Unfähigkeit, diesen Konflikt zu einem siegreichen Ende zu führen noch weiter beweisen, damit auch noch alle diejenigen, welche etwa jetzt noch an sie glauben, belehrt werden durch die Thatsachen. Es darf um keinen Preis den Fortschrittlern die Entschuldigung gelassen werden, bei den Wahlen geschlagen worden zu sein. In derselben, ja in noch größerer Anzahl als das letzte Mal müssen sie gewählt werden, um selbst den Blindesten ihre vollständige und jämmerliche Ohnmacht darzuthun.

Und ferner: so lange das allgemeine Wahlrecht nicht besteht und so lange wir daher keine selbsteigene Stellung einnehmen können, so lange muß es unser dringendstes taktisches Interesse sein, daß dieser Kampf zwischen Reaktion und Fortschrittlern fort dauere, falls ihn nicht die Fortschrittler dadurch zu Ende bringen, daß sie mit einem neuen Kompromiß zur Regierung überlaufen, was freilich nicht unmöglich ist, was sie dann aber im Volke definitiv und rettungslos stürzen und begraben würde.

Ich sage, in unserm Interesse ist es, daß dieser Kampf fort dauere, nicht damit einer den andern, sondern damit, wie Ulrich von Hutten diese Hoffnung aussprach, als Luther zuerst sich gegen den Papst erhob, damit sie sich gegenseitig untereinander auffressen und verschlingen!

Wir müssen also in diesem Kampfe die Schwächern unterstützen. Dafür daß die Fortschrittsbäume nicht in den Himmel wachsen, dafür ist ohnehin gesorgt, dafür wird Herr von Bismarck schon sorgen!

Wir unsererseits müssen also wo es nöthig ist dafür sorgen, daß nicht die Reaktion die Fortschrittler verschlinge.

Wählen Sie sie also, wählen Sie sie noch einmal und hoffentlich zum letzten Male! Aber wählen Sie sie mit dem richtigen Bewußtsein, wählen Sie sie, damit sie sich vollends blamiren und ruiniren!

Ich kehre nach dieser durch die bevorstehenden Wahlen

gebotenen Abschweifung wieder zum Frankfurter Abgeordnetentag zurück. Den Schlüssel zu allen Bestrebungen der Fortschrittler und Nationalvereiner hat uns wiederum der Präsident des Nationalvereins, Herr von Bennigsen, in der Rede gegeben, mit welcher er den Abgeordnetentag schloß; er sagt: „Die Leidenschaft der Volkspartei und die Verstocktheit der Regierenden habe schon oft zu revolutionären Umwälzungen geführt. Aber das deutsche Volk sei nicht bloß einmüthig, sondern auch so gemäßigt bei seinen Ansprüchen, daß die deutsche nationale Partei, die keine Revolution wolle, und keine machen könne, keine Verantwortung dafür habe, wenn nach ihr eine Partei kommen sollte, welche, weil keine Reform mehr möglich, zu der Umwälzung greife.“ (Volkzeitung vom 25. August d. J.)

Ich finde es zwar sehr ungeschickt von Herrn von Bennigsen, daß er uns beständig, auch jetzt noch, daran erinnert, daß er und seine Partei keine Revolution wollen! Da er uns aber nun einmal ohne Unterlaß daran erinnert, nun wohl, so wollen wir ihm diesen Gefallen thun! Erheben wir also unsre Arme und verpflichten wir uns, wenn jemals dieser Umschwung, sei es auf diesem, sei es auf jenem Wege, käme, es den Fortschrittlern und Nationalvereiner zu denken zu wollen, daß sie bis zum letzten Augenblicke erklärt haben: sie wollen keine Revolution!

Verpflichtet Euch dazu, hebt Eure Hände empor! (Die ganze Versammlung erhebt in großer Aufregung ihre Hände.)

Von nicht geringerem Interesse ist die Rede, die gleichfalls in Frankfurt, bei dem auf den Abgeordnetentag natürlich nothwendig folgenden obligaten Feste, Herr Schulze-Delitzsch gehalten hat.

Ich muß Euch diese Rede vorlesen, damit keiner von Euch glaube, daß ich ihm Unrecht thue. Herr Schulze-Delitzsch sagt wie folgt: „Meine Herren! Es ist von Fehlern die Rede gewesen, die gemacht worden sind von Seiten der Versammlungen, in denen unser politisches Leben begonnen hat. Ich weiß darüber nichts, behaupte aber eins: wenn je irgendwo Versammlungen der wahre Ausdruck des Volks gewesen sind, so sind es jene von 1848 gewesen. Haben sie Fehler gemacht, so sind es die schwachen Seiten unsrer Volksentwicklung selbst gewesen, Volksfehler sind in jenen Parlamentsfehlern zur Erscheinung gekommen. Verhehlen wir uns nicht, woher über-

haupt das Mißglücken jener durch und durch ehrlichen, tiefinnersten, auf ein durch und durch sittliches Gefühl gegründeten Arbeiten seinen Ursprung gehabt. Meine Herren! Die Strömung, die damals hineingriff in die politische Frage und der auch jene Versammlungen sich nicht entziehen konnten, war keine politische, es war die soziale, es war die Gesellschaftsfrage! Durch die soziale Frage ist die politische Bewegung des Volks irre geleitet worden, und die Spaltung der großen liberalen Partei, welche einen Theil derselben der Reaktion in die Arme warf, hat begonnen auf sozialem Boden. Als die Junischlacht in Paris geschlagen, war das Schicksal der liberalen Bewegung in Europa für lange Zeit entschieden. Meine Herren, verhehlen wir uns zunächst eins nicht: in dem Momente, wo die gebildeten und besitzenden Klassen sich von der politischen Bewegung scheu zurückziehen — sei nun ihre Furcht begründet oder nicht — ist entschieden, daß diese Bewegung keine dauernde, keine nachhaltige Umgestaltung der Verhältnisse zur Folge haben wird.“ (Volkszeitung vom 26. August d. J.)

Herr Schulze-Delitzsch ist ein enfant terrible seiner Partei, ein Kind, welches alle Geheimnisse ausplaudert, die er im Interesse seiner Partei mit tiefster Nacht bedecken sollte! Er sagt Euch, daß die politische Revolution verunglückte, weil sich die Bourgeois von der politischen Bewegung zurückzogen und auf die politische Freiheit verzichteten und zwar deshalb, weil sie sahen, daß Ihr mittelst der politischen Freiheit Eure soziale Lage ändern und verbessern wolltet! Und was sagt Euch also Herr Schulze in diesen Worten? Er sagt Euch:

1. Daß die Bourgeoisie niemals in eine Verbesserung Eurer sozialen Lage willigen wird. Er sagt Euch

2. daß sie Euch niemals auch nur die politische Freiheit — das allgemeine und direkte Wahlrecht — gönnen werde. Denn durch dieses würdet Ihr jederzeit in den Stand gesetzt sein, die Verbesserung Eurer sozialen Lage in Angriff zu nehmen. Wenn nun die Bourgeoisie sogar glauben könnte, daß Ihr heute so artige Kinder seid, dies nicht zu thun, auch wenn Euch das allgemeine Wahlrecht zur Verfügung stände — welche Gewißheit hätte sie dafür, daß Ihr auch in 1, in 2, in 5 Jahren immer so artige Kinder bleiben werdet, das allgemeine Wahlrecht nicht für die Verbesserung Eurer Lage in Bewegung zu setzen? Folglich kann sie, da ihr die Garantie

niemals gegeben werden kann, auch niemals wollen, daß Ihr im Besiß des direkten allgemeinen Wahlrechts gelangt. Er sagt Euch endlich

3. daß die Bourgeoisie aus diesem Grunde noch lieber auf ihre eigene politische Freiheit verzichtet, als daß sie Euch das allgemeine Wahlrecht gönnt.

Er sagt Euch also ganz dasselbe, was ich Euch in meinem Arbeiterlesebuch hierüber gesagt habe! Ich hatte dort einige Gründe und historische Beweise hierfür zusammengestellt. Wahrscheinlich glaubte Herr Schulze, daß mir noch eine Art von Beweis fehle, das offene Geständniß eines Führers der Bourgeoispartei, — und so war er denn so freundlich, mir auch noch diesen Beweis zur Verfügung zu stellen!

Herr Schulze geht darauf in seinem Toaste dazu über, Euch, den deutschen Arbeitern, ein Lob zu ertheilen für Eure Haltung in sozialer Hinsicht. Er sagt: „Unsre Arbeiter haben es gezeigt, daß sie es verstehen, deutsche Männer zu sein. Sie haben jede Lockung, sich von der Partei des Fortschritts zu trennen, zurückgewiesen.“

Dieses ist nämlich uns, dem Allg. Deutschen Arbeiterverein gegenüber gesagt. Haben denn aber die deutschen Arbeiter wirklich dieses Lob verdient? Seid Ihr wirklich so artige Kinder, wie Herr Schulze behauptet? Die deutschen Arbeiter haben dieses Lob nicht verdient! Welches sind die Thatsachen? In Leipzig trat das Centralkomite mit allen Stimmen gegen 2 unsern Prinzipien bei, und in einer großen Arbeiterversammlung daselbst wurde mit 1300 Stimmen gegen 7 dieser Beschluß bestätigt! Auf dem Provinzial-Handwerkertag zu Köln beschloß die Majorität gleichfalls, mein Antwortschreiben zum Manifest der Bewegung zu erheben. In Frankfurt schlug ich die Fortschrittler mit über 400 Stimmen gegen 40. In Mainz mit 800 Stimmen gegen 2. In Hamburg vermögen sie unserm großen Verein gegenüber nirgends Stand zu halten. Eine einzige Adresse, die aus wenigen Rheinischen Städten an mich gelangte, war mit über 1400 Unterschriften bedeckt — und Ihr wißt, welche Schwierigkeit das Sammeln von Unterschriften grade beim Arbeiterstande hat. Eine andre Adresse ist mir soeben aus Dortmund übersandt worden.

In Gersdorf in Sachsen wurde vor Kurzem in einer großen Arbeiterversammlung mit 400 Stimmen gegen 20, in Großenhain mit 400 Stimmen gegen 30, Zustimmung und

Beitrittserklärung zum Allg. Deutschen Arbeiterverein beschlossen. In Ronsdorf wurde vor Kurzem eine massenhafte Arbeiterversammlung, die sich einstimmig für uns auszusprechen im Begriff, von dem fortschrittlichen Bürgermeister rechtswidrig aufgelöst. Wie groß hier in Barmen und Elberfeld unsre Zahl ist, seht Ihr selbst, zwischen 2- und 3000 Mann haben sich trotz des gräulichen Unwetters zu dieser meiner Rede eingefunden, und nur höchstens 250—300 haben, wie Ihr seht, in Folge des vorhin eingetretenen Incidenzfalls den Saal verlassen. —

Das sind die Thatsachen, denen unsre Gegner damit begegnen zu können glauben, daß sie wie der Vogel Strauß die Augen vor ihnen schließen. Thatsachen, denen sie damit begegnen, daß sie, da sie allein über alle Zeitungsschwärze verfügen, sie entstellen und ableugnen. Aber freilich, wenn ich den anwesenden Bevollmächtigten fragen würde, ob alle diejenigen, welche hier diesen weiten Saal füllen und meine Worte mit ihren enthusiastischen Beifallsbezeugungen begleiten, wirklich eingeschriebene Mitglieder unsres Vereins sind, so bin ich im Voraus überzeugt, daß er mir antworten würde: auch nicht die Hälfte!

Woher kommt es denn aber, daß Ihr, die Ihr unsre Ideen theilt, unsre Ansichten und Bestrebungen mit Eurer Sympathie begleitet, daß Ihr noch nicht eingezeichnete Mitglieder seid?

O, ich kenne den allbekannten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, man sympathisirt, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung Theil zu nehmen, die Andre mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich aber frage Euch, ist das ein männliches, ist das ein eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarozer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht selbst gesäet hat? Bedenket! das Wort Selbsthülfe, welches unsre Gegner mit Unrecht im Munde führen — bei ihnen ist es nur eine trügerische Illusion, unser Schild und unsre Devise ist es in Wahrheit! Oder giebt es eine großartigere Selbsthülfe, als diejenige, den Staat umformen zu wollen, um dadurch auch die sozialen Verhältnisse zu ändern? Euch also, die Ihr Arbeiter sein wollt und nicht Schmarozer, Euch, die Ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo Ihr nicht selbst gesäet, Euch, die Ihr mich mit Eurem Beifall und Aklamationen begleitet, Euch ermahne ich zur Scham! An jene

Tische mit Euch und zeichnet Euch ein als unsre Mitglieder, nehmt Euern Theil an unsern Mühen und Anstrengungen!

Unsern Mitgliedern aber rufe ich Folgendes zu: Nicht auf unsre Bevollmächtigten dürft Ihr Euch für die Agitation verlassen, sondern jeder Einzelne von Euch muß diese Agitation zu seiner Aufgabe machen!

Ich will Euch ein einfaches und leichtes Mittel angeben, unsre Zahl in kürzester Frist noch zu verhundertfachen: Jeder Einzelne von Euch muß es sich zum Gesetze machen, in jeder Woche, was ihm nicht schwer werden kann, mindestens ein bis zwei Mitglieder dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu gewinnen und jede Woche für eine verlorene halten, in welcher er sich dieser Pflicht nicht entledigt hat. Bedenket, in welcher geometrischen Progression sich unsre Reihen vervielfachen müssen, wenn jeder von Euch von dieser Gesinnung durchdrungen ist.

Ja, es muß dahin kommen, daß es für eine Art von Makel und Derjenige nicht für einen vollen Arbeiter gilt, der unserm Vereine nicht beigetreten; und er ist in der That kein voller Arbeiter, denn es fehlt ihm entweder an Einsicht in das Lebensinteresse seiner Klasse oder an der Männlichkeit, für dieses Interesse selbst wirken zu wollen.

Und nun fordere ich Euch auf, mit mir in den Ausruf einzustimmen:

Es lebe die soziale Demokratische Agitation! Es lebe der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein!

(Lang anhaltender, sich stets wieder erneuender stürmischer Beifall.)

Den entstellenden Berichten gegenüber, welche in verschiedenen Blättern über den äußern Hergang der Versammlungen erschienen sind, lassen wir in Kürze eine genaue thatsächliche Schilderung derselben folgen.

In Elberfeld (am 20. Sept.) erwarteten trotz des in Strömen niedergießenden Regens viele hundert Arbeiter Herrn Lassalle schon an der Eisenbahn. Die Versammlung fand in Barmen, in dem seiner Größe halber hierzu ausgewählten Lokale des Herrn Hallbach statt, welches gedrängt voll, von nahe an 3000 Menschen besetzt war.

Die Sitzung wurde mit sechs auf Herrn Lassalle ausgebrachten stürmischen „Hochs“ eröffnet, die sich erneuten, als der Redner die Tribüne bestieg.

Ziemlich im Anfang derselben ertönte ein einzelner, lang gehaltener gellender Pfiff.

Unbeschreibliche Aufregung unter den Arbeitern, welche vergeblich den Störer zu ermitteln suchten. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, erklärte Herr Lassalle:

„Ich muß einige Worte über den Vorgang verlieren, der soeben statt gehabt. Ich fordere Denjenigen, der gepfiffen, zur Scham auf. Es ist schamlos von einem Einzelnen, Tausende zu stören, die, wie er sieht, voll Aufmerksamkeit und Begeisterung an meinen Lippen hängen. Ueberdies muß ich Gines bemerken. Es ist möglich, daß sich nicht nur Mitglieder und Freunde, sondern auch Feinde des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins hier eingefunden haben. Diese mache ich darauf aufmerksam, daß sie heut bei mir, beim Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein zu Gast sind!

Auch sie sollen uns willkommen sein, insofern sie sich ruhig und bescheiden verhalten.

Aber bei der geringsten absichtlichen Störung werde ich Hausrecht brauchen, und die Störer einfach, ohne Tumult, ohne Mißhandlung, aber mit Blitzesschnelle zur Thür hinaus bringen lassen. Ihr seht, daß ich, abgesehen ganz von der Polizei, hier Tausende von Händen auf meinen Wink zur Verfügung haben würde.“

In Folge dieser Erklärung setzte der Redner nun seinen Vortrag in voller, nur von stürmischen Beifallsbezeugungen unterbrochener Ruhe fort.

In der Pause trat ein in der Mitte einer Anzahl von Fabrikanten sitzender Herr auf den Tisch und verlangte das Wort. Umsonst machte ihm der Vorsitzende Herr Hillmann bemerklich, daß die Versammlung nur zum Zwecke eines übrigens noch nicht einmal beendeten Vortrags des Herrn Lassalle einberufen sei, daß ferner statutenmäßig in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nur Mitglieder desselben das Wort ergreifen könnten. Der gedachte Herr blieb auf dem Tische stehen, immer von neuem das Wort begehrend. Plötzlich verschwand er vom Tische. In diesem Augenblick versuchte man an den in seiner Nähe befindlichen Tischen der Fabrikanten ein „Hoch“ auf Schulze-Delitzsch auszubringen. Aber kaum war dieser Name von den Arbeitern vernommen worden, als sich die zunächst Stehenden,

dies für eine offenbare Provokation haltend, auf die Fabrikanten losstürzten und sie mit Blitzesschnelle aus dem Saal entfernten. Es ist richtig, daß mehrere geschwungene Stühle und geschleuderte Bierseidel diesen Rückzug beschleunigten. Die Gesinnungsgenossen der so hinaus Beförderten verließen schleunigst mit ihnen den Saal.

Dieser Vorgang verlief in solcher Schnelligkeit und Lautlosigkeit, daß man von dem obern Ende des Saales aus nicht das geringste von demselben hören, sondern nur aus dem, was man sah, errathen konnte, was unten vorging.

Es waren im Ganzen höchstens 250 Mann, die so, theils freiwillig, theils gezwungen, den Saal verlassen hatten.

Nach der Pause setzte der Redner seinen Vortrag fort und beendigte ihn unter der gespanntesten Aufmerksamkeit und dem einmüthigen rauschenden Beifallsjubel der Versammlung.

Anderer Art waren die Vorgänge in Solingen. Die Elberfelder Zeitung — das Fortschrittsorgan für Elberfeld — hatte nach der Barmer Versammlung die „Polizei“ darauf aufmerksam gemacht, sich doch vom Stenographen das Protokoll der Rede zu verschaffen, um zu sehen, ob nicht Grund vorliege, ähnliche Vorgänge zu verhüten. (!!)

Diese Denunziation scheint ihre Wirkungen nicht verfehlt zu haben.

Die Solinger Versammlung bot einen noch weit großartigen Anblick dar. Das schöne Wetter hatte es den Arbeitern der ganzen Umgegend erlaubt, sich einzufinden. Der riesige Saal schien schon gedrängt voll, als, mit grünem Laub geschmückt, ihre Fahnen voran, an der Spitze ihre Bevollmächtigten, die Kolonnen der Wupperthaler Arbeiter ihren Einzug hielten. — Viele Tausende vom Volk mußten vor dem Saale bleiben, der die Menge nicht mehr fassen konnte.

Der Verlauf der Solinger Versammlung ist in No. 266 der Düsseldorfer Zeitung wahrheitsgetreu geschildert, wie folgt:

„Die Denunziation der Elberfelder Zeitung hat ihre Früchte getragen: Selbst im Jahre 1848 hat das Rheinland keine so große Volksversammlung gesehen, wie die Arbeiterversammlung, die gestern in Solingen stattfand. Der kolossale Saal der Schützenburg war so gedrängt voll, daß kein Kellner passiren konnte und noch viele, viele Tausende drängten sich vor den Thüren der Schützenburg. Die versammelte Volksmenge wird allgemein auf über 10 000 Menschen geschätzt.

Lassalle wurde bei seinem Erscheinen auf der Tribüne mit stürmischem Jubel begrüßt. Eine Störung, die gleich im Anfang seiner Rede versucht wurde, wurde blitzschnell durch die Entfernung der Störer beseitigt. Auch war an keine Wiederholung derselben zu denken. Die Arbeiter waren so massenhaft erschienen und zeigten sich so sichtlich entschlossen, keine Störung zu dulden, daß von einer Erneuerung solcher Versuche nicht die Rede sein konnte. Der Redner hatte ungefähr $\frac{3}{4}$ Stunde gesprochen, als plötzlich ein Gensdarm auf den Tisch stieg und mit Hinweis darauf, daß bei der vor einer halben Stunde beseitigten Störung angeblich Verwundungen vorgekommen seien,¹⁾ die Versammlung für aufgelöst erklärte.

Lassalle entgegnete dem Gensdarm, daß nach dem Vereinsgesetz (§ 5) nur dann eine Auflösung einer Versammlung erfolgen dürfe, wenn in der Versammlung Vorschläge zu strafbaren Handlungen erörtert würden oder Bewaffnete erschienen; daß diese Fälle nicht vorlägen und kein anderer Grund zu einer Auflösung berechtige. Er wies mit Ernst und unter stürmischem Beifall des Volks die Polizei auf die gesetzlichen Folgen hin, falls sie die widerrechtliche Auflösung mit Gewalt durchsetzen wolle.

Der Gensdarm verließ den Tisch, Lassalle fuhr in seiner Rede fort und alles schien ausgeglichen, als fünf Minuten darauf an der Spitze von — doch lassen wir lieber die Depesche hierüber reden, die Lassalle in Folge dieser Vorgänge noch von dem Solinger Telegraphenamte aus an den Ministerpräsidenten zu richten genöthigt war.

Ministerpräsidenten von Bismarck

Berlin.

Fortschrittlicher Bürgermeister hat so eben an der Spitze von zehn mit Bajonettgewehren bewaffneten Gensdarmen und mehreren Polizisten mit gezogenem Säbel von mir einberufene Arbeiter-Versammlung ohne jeden gesetzlichen Grund aufgelöst. Umsonst mich auf das Vereinsgesetz berufend protestirt. Mit Mühe das Volk — an 5000 Mann in dem großen Saale der Schützenhalle, noch mehrere Tausend vor demselben — von Thätlichkeiten abgehalten. Von Gensdarmen und Zehntausenden vom Volk, die

¹⁾ Was allerdings der Fall. Vergl. Einleitungsskizze Bd. I, S. 155—156.

mich arretirt glaubten, nach dem Telegraphenamte transportirt. Fahne der Elberfelder Arbeiter konfisziert. Bitte um strengste, schleunigste, gesetzliche Genugthuung.

F. Lassalle.

Der über eine Viertelstunde lange Weg, den Lassalle von der Schützenburg nach dem Telegraphenamte zurücklegte, von der gesammten Volksmenge geleitet, glich einem Triumphzug, da er unausgesetzt von schallenden „Hochs“ auf Lassalle angefüllt wurde. Da das Volk ihn verhaftet glaubte, machte es seiner Sympathie nur um so energischer Luft. Ganz Solingen war auf den Beinen. In allen Straßen, durch welche der immense Zug (— die Letzten waren noch nicht weit von der Schützenburg, als Lassalle mit der Spitze des dichtgedrängten Zuges an dem Telegraphenamte anlangte —) sich wälzte, standen die Frauen und Kinder am Fenster. Die Straßen wurden endlich gesperrt. Von dem Telegraphenamte wurde Lassalle von einem Theil der Volksmenge, die immer noch fürchtete, daß die Gensdarmen Verhaftungsversuche auf ihn machen würden, nach dem Vereinslokal des A.=V. begleitet, wo zahlreiche Aufnahmen inden A.=V. stattfanden.“

Hinzuzufügen ist diesem Berichte noch, daß die zwei Verwundungen, welche die Polizei zum Grund der Auflösung nahm, dem Bernehmen nach vor dem Saale vorgefallen sein sollen, als einige Kaufleute und Fabrikanten ein Hoch auf Schulze = Delitzsch zur Saalthür hineinzuschreien versuchten. Einem Arbeiter soll von einem Polizisten ein Daumen mit dem Säbel abgehauen sein. Herr Lassalle versuchte zuerst noch im Saale der Schützenburg die Depesche an den Ministerpräsidenten zu entwerfen, trotz der Aufforderung der Gensd'armen an ihn, den Saal zu verlassen. Die Gensd'armen bliesen ihm das Licht aus und warfen den Tisch um, auf welchem er schrieb.

In dem Vereinslokal des Arbeitervereins, wohin die Volksmasse Herrn Lassalle begleitete, wurde demselben als Geschenk von den vereinigten Arbeitern des Wupperthales ein prächtig auf weißen Atlas gedrucktes Gedicht überreicht, welches den Solinger Schwertarbeiter Gd. Willms zum Verfasser hat. —

In Düsseldorf verlief die Versammlung in größter und würdigster Ruhe. Das Korn'sche Lokal faßte nur 700 Menschen und eine weit größere Anzahl wogte in Folge desselben vor dem Lokale, umsonst Einlaß begehrend, auf und nieder. Dennoch wurde die Ruhe keinen Augenblick gestört.

Bei der Versammlung in Barmen hatte Herr Lassalle in Folge des in Strömen niedergießenden Regens einen heftigen Katarrh und Heiserkeit davongetragen. Er hatte gleichwohl noch Tags vor der Düsseldorfer Versammlung in Solingen dem immensen Lokal der Schützenburg mit seiner Stimme Troß geboten, durch diese Ueberanstrengung aber sich einen momentanen Verlust seiner Stimme — eine fast vollständige Tonlosigkeit — zugezogen. Er erklärte daher in Düsseldorf sofort am Anfang der Rede, daß er dieselbe unter diesen Umständen keinesfalls werde zu Ende halten können, aber versuchen wolle, wie lange seine Kräfte aushielten. Der Redner sprach nun etwas über eine Stunde unter fortgesetztem stürmischen Beifall und schloß dann, für den Rest auf den Druck der Rede hinweisend, die Versammlung. Gedrängte Volksmassen geleiteten ihn von da zu dem Lokal des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.

Die Rede ist vorstehend wörtlich so gedruckt, wie sie in Barmen gehalten worden.

Alles aber, was Lassalle in dieser Rede über die Lügenhaftigkeit der liberalen Presse gesagt hatte, sollte bei Anlaß dieser Rede selbst noch weit überboten werden. Es ist oben der Hergang der Versammlung in Solingen und der in der Rheinprovinz beispiellose Triumphzug geschildert worden, in welchem an zehntausend Mann Lassalle von der Schützenburg an das Solinger Telegraphenamt geleiteten. Während der vollen Viertelstunde, welche der unabsehbare Zug zur Zurücklegung des Weges brauchte, hörten die aus Tausenden von Kehlen erschallenden Hochs auf Lassalle auch nicht einen Augenblick auf. Während die Masse Kopf an Kopf im beschwerlichsten Gedränge den Weg zurücklegte, hielten beständige Rufe: „Platz für Lassalle“ einen weiten Raum für ihn und einige seiner Begleiter frei. Es würde unmöglich sein, den Jubel und die Begeisterung des Volkes schildern zu wollen. Jeden Augenblick wurden von sich herandrängenden Arbeitern Anfragen an Lassalle gerichtet, ob er wolle, daß die hinter ihm herziehenden Gensd'armen gewaltsam entfernt werden sollten, und nur seiner entschiedenen Abmahnung gelang es, dies zu verhüten.

Nun wohl! Dieser gewaltigen, nicht Anwesenden unmöglich zu schildernden Volksmanifestation gegenüber, deren Zeuge ganz Solingen gewesen war, durch dessen Straßen sich der lange Zug wälzte, wagten es die Redakteure und Bericht-

erstatter der „Barmer“ und der „Elberfelder“ (so wie auch der „Rheinischen Zeitung“) — gleichsam einsehend, daß sie nach Lassalle's Rede in Barmen, bei der sie gegenwärtig gewesen, unmöglich mehr etwas bei der Arbeiterbevölkerung zu verlieren hätten — eine Version aufzustellen, nach welcher die Gensd'armen Lassalle „zu seiner Sicherheit“ und „unter den Bewünschungen des Volkes“ und ihn „mit vorgestrecktem Bajonett gegen die Volkswuth schützend“ begleitet hätten.

Ueberslüssig, darauf hinzuweisen, wie Lassalle unmöglich im Momente selbst dem Ministerpräsidenten eine heftige Beschwerde über die Gensd'armerie hätte telegraphiren können, wenn diese zu seinem „Schutz“ gegen die „Volkswuth“ gedient hätte. Ueberslüssig, auf alle die Widersprüche hinzuweisen, in welchen die Berichte der „Elberfelder“ und der „Barmer Zeitung“ zu einander und jeder wieder zu sich selbst in allen ihren Punkten stehen.

Ueberslüssig hervorzuheben, daß die Bevölkerung später, als sich die Gensd'armerie zurückgezogen, Lassalle ebenso wieder vom Telegraphenamt zum Vereinslokal des Arbeiter-Vereins geleitete. Wer das Bedürfnis hat, aus Geständnissen des Gegners selbst die Wahrheit zu erfahren, mag den Leitartikel der „Süddeutschen Zeitung“ — eines der Lassalle und der Arbeiterbewegung am meisten feindlichen Blätter — betitelt: „Vom Niederrhein, die Rheinische Arbeiterbewegung“ lesen, in welchem schon nach der Barmer Versammlung eingestanden wird, es sei keine eitle Ueberhebung von Lassalle gewesen, wenn er in seiner Rede gesagt, er sei gekommen, „Heerschau“ zu halten, und wo die Zahl und der Enthusiasmus der Arbeiterpartei am Rhein seufzend eingestanden wird.¹⁾

Um aber diese neue Blöße der liberalen Presse kräftigst zu benutzen, und die Arbeiter mit einem unauslöschlichen Haß gegen dieselbe zu erfüllen,²⁾ erließ Lassalle sofort die nachfolgende Aufforderung an die Solinger Arbeiter in der „Düsseldorfer Zeitung“:

1) Ueber diesen Artikel vergl. die nachfolgende Schrift Lassalle's „An die Arbeiter Berlins.“ D. S.

2) Es ist nicht zu vergessen, daß wie die vorher sorgfältig gearbeitete Rede selbst so auch dieser von Lassalle redigirte Bericht nebenbei den Zweck hatte, auf Bismarck und den König von Preußen Eindruck zu machen. Vgl. die Bd. I S. 149 zitierten Worte Lassalle's an seinen Freund G. Lewy bei Niederschrift der Rede. D. S.

Oeffentliche Aufforderung.

Arbeiter Solingens!

Um alles nicht nur zu bestätigen, sondern noch bis in's Komische hinein zu übertreffen, was ich Euch in meiner Rede von der Lügenhaftigkeit der Zeitungsschreiber gesagt habe, stellen die „Elberfelder“ und „Barmer Zeitung“ in ihren Berichten über die Solinger Versammlung, den im Rheinlande beispiellosen Triumphzug, den mir die Solinger Bevölkerung bereitete, indem sie mich circa zehntausend Mann stark von der Schützenburg bis an's Telegraphenamt begleitete, während der ganzen Dauer des viertelstündigen Weges unausgesetzte jubelnde „Hochs“ auf mich ausbringend, so dar: als habe mich die Gensd'armerie — die ich beiläufig wiederholt umsonst aufforderte, sich zu entfernen — zu meiner Sicherheit begleiten und mit vorgehaltenem Bajonett gegen das mit Verwünschungen auf mich eindringende Volk schützen müssen!!!

Ihr, Arbeiter Solingens und der Umgegend, seid an zehntausend Mann stark zugegen gewesen. Ihr wißt, mit welchem Jubel Ihr mich zum Telegraphenamt und später, nachdem sich die Gensd'armerie zurückgezogen, zum Vereinslokal des Arbeiter-Vereins geleitet habt! Euch kann diese dreiste und unerhörte Umkehrung der Wahrheit nur zu unauslöschlichem Haß und beispiellosester Verachtung gegen diese Art von Presse entflammen! Aber auch nach Außen hin darf nirgends der Schatten eines Zweifels hierüber bestehen bleiben.

Und obwohl ohnehin Niemand von gesunden Sinnen an der Wahrheit dieser von mir mit meinem Namen Euch, Solinger Arbeiter, in's Angesicht hinein abgegebenen Er-

klärung zweifeln wird, so beauftrage ich dennoch den Solinger Bevollmächtigten Eduard Willms, 500 die Wahrheit des hier Gesagten einfach bestätigende Unterschriften von gegenwärtig gewesenen Bürgern aller Stände — gleichviel welcher Partei und Richtung sie angehören — zu sammeln und so wie diese Zahl erreicht ist, die betreffende Erklärung derselben in den öffentlichen Blättern mitzutheilen.¹⁾

Düsseldorf, den 29. Sept. 1863.

J. Cassalle.

¹⁾ Die Unterschriften wurden, wie B. Becker in seiner „Geschichte 2c.“ bemerkt, in sechs Tagen zusammengebracht, gaben aber Anlaß zu etlichen Verwahrungen. Nach derselben Quelle lag die Wahrheit zwischen der Darstellung der zitierten liberalen Blätter und der Cassalle's, bezw. der Cassalle günstigen „Düsseldorfer Zeitung“ des Herrn Lindau „in der Mitte.“

Der
Prozeß wider Ferdinand Lassalle

vor der
korrektionalen Appellkammer zu Düsseldorf
am 27. Juni 1864.

(Separat-Abdruck aus der Düsseldorfer Zeitung Nr. 176, 177 und 178.)

Bemerkungen zur ersten Separat-Ausgabe:

Der Ertrag ist, nach Abzug der Kosten, für die Kasse
des „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins“ zu Dresden bestimmt.

Preis 2 Sgr. nur für Mitglieder.

Erster Abdruck erschienen:
Frankfurt am Main 1866.
Druck von G. L. Löw.

Im Monat September 1863 hatte der Schriftsteller Herr Ferdinand Lassalle in verschiedenen Versammlungen des „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins“ zu Barmen, Solingen und Düsseldorf eine vielbesprochene, im Wesentlichen politische Rede gehalten, die bald darauf als Broschüre im Verlage der Schaub'schen Buchhandlung (W. Nädelen) in Düsseldorf unter dem Titel: „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag, drei Symptome des öffentlichen Geistes“, erschien und am 21. Oktober polizeilich mit Beschlag belegt wurde. Die Flugschrift war in einer Auflage von 10 000 Exemplaren gedruckt worden; bei der Beschlagnahme fand man noch in der Verlags-handlung 1034 Exemplare und bei den sonstigen Sortimentshändlern in Düsseldorf und in Berlin, wo die Beschlagnahme am 22. Oktober erfolgte, zusammen einige 20 Exemplare.

Die Staatsanwaltschaft hatte gegen diese Broschüre Anklage erhoben, deren Gesamttinhalt gegen die §§ 100 und 101 des Strafgesetzbuchs verstoßen sollte; speziell waren noch einige bestimmte Stellen in der Lassalle'schen Flugschrift als straffällig in diesem Sinne hervorgehoben: so z. B. ein Passus, in welchem Herr Ferdinand Lassalle behauptet hatte, „daß die Regierung immer mit demselben ruhigen Lächeln thatsächlicher Verachtung über die Beschlüsse der Kammer dahinginge,“ ein anderer, wo er die Verwarnungsordonnanz eine „Gewaltmaßregel der Regierung“ genannt, von der Anebelung der Presse, von „den laut schallenden Streichen, mit welchen die Regierung ihren Rücken bedeckt“, gesprochen hatte; ferner die Deduktion, „daß die preußische Verfassung keine zu Recht bestehende Verfassung sei und auch nie auch nur einen Tag lang eine zu Recht bestehende Verfassung gewesen sei“, und endlich die Bezeichnung der Abgeordneten als „illegale Usurpatorenhaufen“ — alle diese angeführten Stellen sollten im Sinne

der Staatsanwaltschaft gegen § 101 des Strafgesetzbuches verstoßen.

Als dem § 100 zuwiderlaufend¹⁾ waren die Stellen bezeichnet worden, in welchen Herr Lassalle von den Abgeordneten festsetzte als von „Saturnalien der deutschen Bourgeoisie“, ferner von der „geldbesitzenden Bourgeoisie“, von den „Vorurtheilen der besitzenden Klassen“ gesprochen hatte, ebenso der Ruf an die Arbeiter: „Erheben wir unsre Arme und verpflichten wir uns, wenn jemals dieser Umschwung, sei es auf diesem, sei es auf jenem Wege, komme, es den Fortschrittlern und Nationalvereinigern gedenken zu wollen, daß sie bis zum letzten Augenblick erklärt haben, sie wollen keine Revolution.“

Herr Lassalle wurde in Folge der gegen ihn erhobenen Anklage auf Grund der §§ 100 und 101 von dem Düsseldorfer Landgerichte erster Instanz in contumaciam zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt; die Staatsanwaltschaft hatte das Maximum des Strafmaßes, zwei Jahre Gefängniß, beantragt. Herr Lassalle sowohl wie auch die Staatsanwaltschaft hatten gegen dies Erkenntniß erster Instanz appellirt, und gestern kam die Sache vor der Düsseldorfer korrekzionellen Appellkammer abermals zur Verhandlung.

Um 9 Uhr Morgens wurde die Sitzung durch den Landgerichtspräsidenten Herrn Hellwig eröffnet; es hatte sich eine so bedeutende Anzahl von Zuhörern, die zum großen Theil dem Arbeiterstande angehörten, eingefunden, daß kurz nach 9 Uhr die Thüren des überfüllten Saales geschlossen werden mußten.

Nach den gewöhnlichen Befragungen über die Persönlichkeit u. des Angeklagten, wurde von dem Herrn Berichterstatter das Referat über den bisherigen Verlauf des Prozesses mitgetheilt, und, da die Broschüre „die Feste, die Presse u.“ außer in den oben angeführten Stellen auch ihrem ganzen Inhalt

1) § 100: Wer den öffentlichen Frieden dadurch gefährdet, daß er die Angehörigen des Staates zum Haß oder zur Verachtung gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldbuße von zwanzig bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß von Einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft. § 101: Wer durch öffentliche Behauptung oder Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatsachen oder durch öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen die Einrichtungen des Staates oder die Anordnungen der Obrigkeit dem Haß oder der Verachtung aussetzt, wird mit Geldbuße bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

nach als straffällig befunden war, die 38 enggedruckte Seiten lange Flugschrift in extenso vorgelesen. Diese Lektüre begann 9 Uhr 30 Minuten und dauerte ohne Unterbrechung bis 10 Uhr 50 Minuten.

Nachdem auf Antrag des öffentlichen Ministeriums die Einreden der Inkompetenz und der Nichtigkeit der Ladung, die der Angeklagte erhoben hatte, als nichtig verworfen waren, ergriff der Herr Staatsprokurator das Wort: Die in erster Instanz verurtheilte Broschüre enthalte unzweifelhaft Verstöße gegen die §§ 100 und 101 des Strafgesetzbuchs, Schmähungen der Obrigkeit und Aufreizung der besitzlosen gegen die besitzende Klasse. Der Autor der Flugschrift, der dieselbe angeblich gegen die Fortschrittspartei, gegen die liberale Fraktion des Abgeordnetenhauses gerichtet habe, bediene sich ohne Unterschied der Bezeichnungen „Fortschrittler“, „Bourgeoisie“ und „besitzende Klasse“ als synonymen¹⁾ Begriffe. Er spekulire auf die Leidenschaftlichkeit und Schwäche seiner Zuhörer; seine Agitationsreisen hätten keinen andern Zweck, als die Arbeiter gegen die besitzende Klasse aufzureizen, und eine erste Wirkung dieses strafbaren Verfahrens sei auch bereits eingetreten. Der Herr Staatsprokurator erinnerte an den bekannten Vorfall in der Barmer Versammlung, wo mehrere Anwesende, die nicht zum Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein gehörten und auf Schulze-Delitzsch ein Hoch ausbrachten, aus dem Saal entfernt wurden. „Es ist richtig“, sagt Herr Lassalle in seiner Schilderung, „daß mehrere geschwungene Stühle und geschleuderte Bierseidel diesen Rückzug beschleunigten“.

Der Herr Staatsprokurator wies ferner auf die Antecedentien²⁾ des Angeklagten hin; erinnerte daran, daß der Angeklagte im November 1848 wegen „Aufreizung zum gewaltthätigen Widerstande gegen die Regierung bis zum Blutvergießen“ und wegen Beleidigung des Staatsprokurators von Ammon I. zu 6 Monaten Gefängniß bereits verurtheilt sei, und beantragte schließlich das höchste Strafmaß: zwei Jahre Gefängniß.

Um halb 12 Uhr begann das Plaidoyer des Herrn Lassalle. Der Angeklagte sprach bis 1 Uhr, wo die Sitzung auf drei Stunden suspendirt wurde, und von 4 bis halb 7 Uhr, also vier volle Stunden, ohne auch nur ein einziges Mal unterbrochen zu werden.

1) gleichbedeutender.

2) das Vorleben.

Am Nachmittage war der Andrang noch stärker als am Vormittage, so zwar, daß selbst der bescheidenste Stehplatz in einem Winkel des Saales nur mit wahrhaften Gefahren erkämpft werden konnte. Die Thüren waren förmlich belagert, die Korridore mit Neugierigen und Lassalle's Anhängern gefüllt. Als Lassalle das Justizgebäude verließ, wurde er unter einem dreimaligen Hoch von seinen Freunden bis zum Wagen geleitet.

Plaidoyer des Herrn Ferdinand Lassalle:

„Meine Herren Präsident und Rätthe! In den fast zahllosen Prozessen, deren Gegenstand ich war und die fast stets mit meiner Freisprechung endeten, habe ich fast niemals über das Strafmaß gesprochen. Ich habe mich immer nur in quali¹⁾ vertheidigt und hielt es gleichsam unter meiner Würde, mich auf die quantitative Frage einzulassen. Diesmal muß ich umgekehrt mit der Betrachtung des Strafmaßes sogar beginnen. Der Grund ist einfach. Die politische Leidenschaft soll diesen Räumen nicht nahen, der Richter soll — diese Forderung stellt das Gesetz an Ihr Amt, an Sie — keinen Raum geben in seiner Brust der politischen Leidenschaft, der politischen Stimmung. Es ist dies schwer in einer politisch angeregten Zeit, denn der Richter bleibt immer ein Mensch. Wenn ich also auch milde und menschlich genug bin, um es wenigstens entschuldbar zu finden, wenn der Richter der politischen Stimmung und Leidenschaft in seiner Brust einen gewissen Raum nicht entziehen kann, so giebt es doch hierfür Grenzen. Dieses Urtheil aber, über das ich mich bei Ihnen beschwere und bitter beschwere, überschreitet alle solche Grenzen, so weit man sie auch ziehen mag, durchaus und bis in's Unzulässigste. Dieses Urtheil ist — es thut mir leid, dies sagen zu müssen, aber ich erkläre es Ihnen, Gerechtigkeit heischend, mit höchster Ruhe als meine unumstößliche sittliche Ueberzeugung, und ich werde Ihnen Punkt für Punkt den unwiderleglichsten Beweis dafür vorbringen — dieses Urtheil ist durch und durch dem Quell politischer Leidenschaft entfloßen. Und dies beweist zunächst am deutlichsten das Strafmaß. In jeder andern Hinsicht konnte das Urtheil ein maljugé²⁾ sein,

¹⁾ In Bezug auf die Sache selbst.

²⁾ Irriges Erkenntniß.

wie es deren ja so viele giebt, aber das Strafmaß, zu dem man gegriffen, zeigt unwidersprechlich die Leidenschaft, deren Produkt dieses Urtheil ist.“

Der Redner weist nun durch eine Reihe von Fällen nach, daß in Berlin und in ganz Preußen, wegen Vergehen gegen die §§ 100 und 101, deren er angeklagt ist, fast nie mehr als eine Geldstrafe von 25, 50, höchstens 100 Thalern, und nur in den allerseeltensten Fällen eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen bis 4 Wochen erkannt, ja nur beantragt, gegen ihn dagegen das Maximum der gesetzlichen Strafe beantragt und annähernd erkannt worden sei. (Gefängniß von einem Jahr.) Das Gericht habe selbst die Nothwendigkeit gefühlt, dies exorbitante Strafmaß noch besonders zu begründen, aber wie sei ihm diese Begründung gelungen?

Das Urtheil sage hierüber zuerst: „In Erwägung, was das Strafmaß betrifft, daß dem Angeschuldigten das Strafbare seiner Handlungsweise bekannt sein mußte.“ Dies aber sei ein ganz allgemeines Requisit jeder Strafbarkeit überhaupt. Ohne das Bewußtsein einer Widerrechtlichkeit gebe es bei allen nicht kulposen¹⁾ Vergehen, nach dem Zeugniß aller Kriminalrechtslehrer gar keine Strafbarkeit, und dieses Motiv habe daher mit dem Strafmaß gar nichts zu thun.

Das zweite Motiv hierüber laute: „daß er durch seine Rede in den Arbeiterversammlungen gefährlich agitirt hat, wovon die Herausgabe der Broschüre nur eine Fortsetzung ist.“ „Niemals, meine Herren,“ fährt der Angeklagte fort, „hat man unvorsichtiger das Geheimniß einer Verurtheilung enthüllt. Der Richter gesteht hier mit einer unglaublichen Aufrichtigkeit, daß er gar nicht eigentlich das angeklagte Vergehen bestraft, die Herausgabe der Broschüre, welche er mit einem „nur“ bezeichnet, sondern das, was nicht angeklagt ist und nicht angeklagt werden kann. Meine ganz gesetzliche, auf dem Boden des Vereinsgesetzes stehende Agitation, die niemals von den Behörden verhindert oder angegriffen ist, weil sie dies nicht werden konnte — diese erklärt hier der Richter, weil sie ihm nicht gefällt, ihm gefährlich scheint, eigentlich verurtheilen zu wollen, nicht das angeklagte Vergehen, das er als ein „nur“ hinstellt.

„Das dritte Motiv, durch welches das Urtheil das exorbitante Strafmaß rechtfertigt, lautet: — „und daß er wegen

¹⁾ fahrlässigen.

ähnlichen Vergehens schon bestraft worden“. Dieses Motiv bezieht sich auf eine Verurtheilung, die wegen Aufforderung der Bürgerwehr zum Widerstande beim November-Konflikt vom Jahre 1848 gegen mich ergangen ist. Ich habe in dieser Hinsicht zwei Bemerkungen zu machen: die erste würde ich vielleicht zu stolz sein geltend zu machen, wenn ich derselben persönlich bedürfte und wenn sie nicht vielmehr von mir bloß deshalb gemacht würde, um einem großen allgemeinen Mißbrauch, der hier wie überall von der Staatsanwaltschaft in den politischen Prozessen getrieben wird, entgegenzutreten. Ueberall kommt die Staatsanwaltschaft bei politischen Prozessen auf Vorbestrafungen aus den Jahren 1848 und 1849 zu sprechen.

„Aber bei dem Thronwechsel haben wir eine Amnestie aller politischen Verurtheilungen erlebt. Die Amnestie beseitigt alle noch nicht eingetretenen Folgen eines Strafurtheils, somit auch die Strafverschärfung, die im Fall der Rezidive¹⁾ aus einem solchen Strafurtheil sich ergeben kann. Und gleichwohl stolpern hier, wie anderwärts die Staatsanwälte über diese königliche Amnestie hin, als ob sie gar nicht existirte! Ich selbst bin der Bezugnahme auf diese Amnestie keineswegs benöthigt, denn in meinem Falle wird es unmöglich sein, von einer Rezidive oder von einer Aehnlichkeit des Vergehens zu sprechen!“

Der Redner führt nun an, wie bei dem Novemberkonflikt von 1848 ganz besondere, ausnahmsweise Umstände vorgelegen hätten, die überhaupt kein Präjudiz begründen könnten, und wie endlich der Artikel 209 des code pénal,²⁾ auf den er damals angeklagt gewesen sei (Widerstand gegen die Regierungsgewalt), nicht das Geringste zu thun habe mit dem § 100 unsers Strafgesetzes.

„So lösen sich — fährt der Redner fort — alle Gründe, durch welche der Richter versucht hat, dies exorbitante Strafmaß zu rechtfertigen, in ein vollständiges Nichts auf.

„Vom Strafmaß zur Strafbarkeit; und nach dem, was ich Ihnen vom Strafmaß gesagt habe, wird es Ihnen nicht mehr verwunderlich sein, zu hören, daß auch von einer Strafbarkeit überhaupt nicht im Geringsten hier die Rede sein kann. Wegen zweier Vergehen bin ich verurtheilt, Vergehen gegen § 100 und gegen § 101; ich wende mich zuerst zu letzterem.“

1) Rückfälle.

2) Das rheinische Strafgesetz.

Das Vergehen gegen § 101 solle nach dem Urtheil darin vorliegen, daß Angeklagter in seiner rheinischen Rede gesagt und in einer längern juristischen Deduktion ausgeführt habe, „die Verfassung habe auch nicht einen Tag lang zu Recht bestanden“, wodurch er, nach dem Urtheil, „die Einrichtungen des Staats dem Haß und der Verachtung ausgesetzt habe“. Aber nach § 101 sei nur strafbar, wer durch Behauptung oder Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatfachen, oder aber durch Schmähungen oder Verhöhnungen die Einrichtungen des Staats dem Haß oder der Verachtung aussetze. Welche dieser Handlungen solle hier vorliegen? Verhöhnung oder Schmähung? Wo sei das beleidigende Wort? Der zweite Richter werde ihm das so wenig nachweisen können, als es das erste Urtheil vermocht hätte. Es sei eine streng legale, durchaus objektiv gehaltene Rechtsdeduktion, die er geliefert habe.

Oder solle Entstellung oder Erdichtung hier vorliegen? Aber dann hätte das Urtheil doch wenigstens eine Widerlegung dieser seiner strengjuristischen Ausführung, „daß die preußische Verfassung auch noch nicht einen Tag lang zu Recht bestanden habe“, versuchen müssen. Dies habe das Urtheil weislich unterlassen. „Ist“, ruft der Angeklagte aus, „eine streng juristische Kritik verboten? Wohin ist es gekommen vor den rheinischen Tribunalen? Wie? Mit noch größerem Nachdruck und noch größerer Schärfe habe ich vor dem Berliner Staatsgerichtshofe dieselbe Behauptung plaidirt, daß die preußische Verfassung noch niemals einen Tag lang zu Recht bestand. Ich muß Ihnen dies Plaidoyer aus dem gedruckten stenographischen Berichte meines Hochverrathsprozesses hier vorlesen. (Der Redner thut dies.) Der Präsident des Staatsgerichtshofes, er, der mich jeden Augenblick unterbrach, wenn er in meinen Worten eine Beleidigung des Staatsanwalts zu erkennen glaubte, hat mich in dieser Deduktion nicht einmal unterbrochen. Würde er dies gethan haben, wenn diese Deduktion eine Schmähung oder Verhöhnung des Staatsgrundgesetzes darstellte? Andererseits ist der Oberstaatsanwalt, der damals in Person gegen mich plaidirte, nicht mit Einem Worte meiner Ausführung von der legalen Ungültigkeit der Verfassung entgegengetreten.

„Wäre es nicht eine Ehrenpflicht für ihn gewesen, dem Staatsgrundgesetze zu Hülfe zu kommen und die Entstellung

oder Erdichtung oder mindestens das Irrige meiner Rechtsdeduktion nachzuweisen, wenn dies eben möglich gewesen wäre? Ich provozire hiermit den Staatsanwalt ausdrücklich, mir in seiner Replik zu zeigen, worin und warum meine Deduktion, daß die preußische Verfassung noch nie auch nur einen Augenblick lang zu Recht bestanden hat, erdichtet, entstellt oder auch nur irrig sei. Der Staatsanwalt von heute wird dies eben so wenig können, wie der Oberstaatsanwalt von damals. Wie? wäre es dahin gekommen, daß die Freiheit der juristischen Kritik, das unantastbare Recht streng legaler Deduktion von den rheinischen Tribunalen weniger geachtet würde, als von einem Berliner Ausnahmegerichtshofe?"

Der andere Verstoß gegen § 101 solle darin bestehen, daß Lassalle die Kammermitglieder einen „illegalen Usurpatorenhaufen“ genannt habe. Dies könne nur als eine Beleidigung der Kammer und Kammermitglieder erscheinen, aber darüber habe er sich heute nicht zu vertheidigen, denn dies sei ein Vergehen gegen § 102, dessen er heute nicht angeklagt sei, dessen er auch nach § 103 gar nicht angeklagt werden könne, so lange nicht eine Ermächtigung der Kammer, ihn wegen Beleidigung derselben zu verfolgen, eingeholt worden sei. Es habe ihn sehr gewundert zu hören, wie heute der Staatsanwalt grade auf diese angebliche Beleidigung der Kammer, auf diese Bezeichnung ihrer Mitglieder als „eines Usurpatorenhaufens“ einen besondern Nachdruck gelegt habe, da er, wie gezeigt, auf Grund des § 102 nicht verfolgt sei, noch verfolgt werden könne: „Die Staatsanwaltschaft will durch Kolorit ersetzen, was der Anklage an juristischem Nerv gebricht. Sie knetet aus drei Gesetzesparagraphen einen monstruösen vierten zusammen, der nirgends im Gesetze existirt. Ich aber bitte es mir aus, meine Herren, daß wir hier beim strengen jus¹⁾ bleiben.“

Ein fernerer Verstoß gegen § 101 solle darin liegen, daß er nach dem Urtheil „ebenso die Anordnungen der Obrigkeit mit Schmähungen überhäuft habe“, dadurch nämlich, daß er die bekannte Verwarnungsordonnanz als eine „Bergewaltigung“, „Gewaltmaßregelung“, „Knebelung“ der liberalen Presse bezeichnet habe. „Merkwürdig“, ruft der Angeklagte aus, „derselbe Richter, welcher, wie Sie später sehen werden, mich in

1) Das gesetzliche Recht.

seiner merkwürdigen Zärtlichkeit für die liberale Presse verurtheilt, weil ich dieselbe angegriffen — hier verurtheilt er mich, weil ich der liberalen Presse zu Hülfe gekommen bin. Ich bin, wie ich Ihnen bekannt, kein Freund der liberalen Presse! aber so sehr ist Recht und Wahrheit mein Wahlspruch, daß ich auch diesen meinen bittersten Gegnern gegenüber keinen Augenblick Anstand genommen habe, ihnen Zeugniß abzulegen für die widerrechtliche Gewalt, die man gegen sie begangen hat. Diese „Bergewaltigung“ ist unbestreitbar, und drei Beweise für dieselbe will ich Ihnen auflegen. Die Berliner Gerichtshöfe haben stets die liberalen Blätter freigesprochen, als sie jene Verwarnungsordonnanz in ähnlicher Weise angriffen. Die Kammer hat es sofort nach ihrem Zusammentritt im November 1863 mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Majorität entschieden, indem sie die Verwarnungsordonnanz für verfassungswidrig erklärte — und endlich das Ministerium hat es selbst eingestanden, indem es jene Ordonnanz hierauf sofort zurückzog. Was also will der Richter? Alle meine Ausdrücke sagen eben nur: „widerrechtliche Gewalt“, und sind sinnliche Bilder dafür.

„Der Begriff der Schmähung und Verhöhnung ist durch den Begriff streng gesetzlicher Wahrheit überhaupt ausgeschlossen. Und wenn selbst hier von Schmähung und Verhöhnung die Rede sein könnte, so wäre diese doch nicht gegen die Regierung, sondern nur gegen die Presse selbst von mir gerichtet worden, weil diese jener Bergewaltigung nicht den hinreichenden Widerstand entgegensetzte.“

Der Redner verliest zum Beweise die betreffenden Stellen der angeklagten Rede.

Das zweite Vergehen, dessen er angeklagt, sei ein Vergehen gegen § 100. Das Urtheil beschuldige ihn, zu Haß und Verachtung gegen die besitzende Klasse aufgereizt zu haben, und gleichwohl attestire es selbst, daß er nur von der Fortschrittspartei und der liberalen Presse gesprochen. Aber, sage das Urtheil, was er gegen diese sage, sei von ihm der besitzenden Klasse „zugedacht“. Diese Gesinnungsinquisition sei überhaupt unzulässig, es komme auf das an, was er gesagt habe, auf seine Verbalhandlung, nicht auf das, was er, nach dieser Gesinnungsinquisition des Richters, etwa gedacht habe. Dieses „zugedacht“ beweise der Richter durch folgende Gründe: „daß dies schon aus der Stellung sich entnehmen

läßt, welche der Angeschuldigte der in der letzten Zeit vielfach ventilirten Arbeiterfrage gegenüber eingenommen hat, und in welcher er in agitatorischer Weise im Land herumgezogen ist, um das von der besitzenden Klasse und namentlich durch jene Fraktion und durch die liberale Presse vertretene System anzufeuern.“

„Tage und Nächte“, ruft der Redner aus, „müßte ich sprechen, um alle Rechtswidrigkeiten zu entwickeln, die in diesen Motiven enthalten sind. Der Richter entnimmt also, wie er hier selbst gesteht, nicht aus der angeklagten Broschüre, sondern aus meiner Gesamttagitation, d. h. aus lauter extraprozessualischen Fakten, aus lauter Dingen, die nicht den Gegenstand des Prozesses bilden, aus Dingen, die den Richter aus Grund und Boden nichts angehen, wegen deren er nicht verurtheilen darf, wie sehr sie ihm auch mißfielen — aus diesen entnimmt er den Grund zur Verurtheilung! Ja, er entnimmt ihn aus lauter Dingen, die er nicht kennt!! Denn was weiß wohl der Richter in der Wahrheit von der „Stellung“, die ich zu der „vielfach ventilirten Arbeiterfrage“ einnehme? Hat er wirklich — und welche — meine an siebenzig Bogen betragenden Werke, Broschüren und Reden über die soziale Frage gelesen? Oder urtheilt er nicht vielmehr rein vom Hörensagen, nach dem, was ihm seine lieben liberalen Blätter, die er so lieb gewonnen hat vom täglichen Lesen, daß er mich wegen meiner Kritik dieser Götzen verurtheilt, also nach dem, was ihm meine Feinde darüber vorzureden für gut befunden haben? Daß man aburtheilt im gesellschaftlichen Gespräch darauf hin, was die Zeitungen sagen — ich habe mich darüber in meinem „Bastiat-Schulze“ mit bitterer und gerechter Indignation ausgesprochen! daß man aber darauf verurtheilt an richterlicher Stelle — ich verhülle mein Haupt vor Scham bei diesem Gedanken!

„Und doch, Sie begreifen, meine Herren, wenn ich ein Kreuzverhör anstellen dürfte mit jenem Richter über den Inhalt meiner sozialen Schriften, über die ökonomischen und wissenschaftlichen Beweise, die ich entwickelt, über die Gründe und Forderungen, die ich geltend gemacht habe — also über die Stellung, die ich wirklich zur Arbeiterfrage einnehme, wie würde jener Richter in diesem Verhöre wohl bestehen? Ich sei in „agitatorischer Weise im Lande herumgezogen“, wirft mir der Richter vor. Es hat ihm dies sehr mißfallen, wie

es scheint, und die Bitterkeit dieser Worte, die fast an Landstreicherei erinnern, das Kolorit, soll wiederum den Mangel an jedem soliden Verurtheilungsgrunde ersetzen! Dieser Richter scheint nicht zu wissen, daß England seine größte Maßregel in diesem Jahrhundert, die Aufhebung der Kornzölle, dem verdankt, daß Richard Cobden einige Jahre „in agitatorischer Weise im Lande herumgezogen“ ist. Ich sei also, fährt der Richter fort, in agitatorischer Weise im Lande herumgezogen, „um das von der besitzenden Klasse und namentlich durch jene Fraktion — (ergo! sic! politische Fraktion, nicht gesellschaftliche Klassen), und durch die liberale Presse vertretene System anzuseinden“. Sehr, sehr höchst merkwürdige Motive, das! Ich kritisiere die liberale Presse und die Fortschrittspartei; die Sprache bietet nun folgende Stufenleiter dar, die der Richter unvermerkt durchläuft. Kritisieren, heißt das nicht geistig angreifen? Gewiß! Geistig angreifen aber, sagt sich der Richter, heißt das nicht anfeinden? Und anfeinden, ist das nicht offenbar zum Haß und zur Verachtung anreizen? Und so wäre denn glücklich jede Kritik strafrechtlich verboten.

„Aber wie wäre dann, wenn sich die Parteien nicht geistig angreifen dürfen, ein konstitutioneller Staat nur denkbar? Denn dieser beruht eben auf dem geistigen Kampfe der politischen Parteien! Es machen daher auch alle Parteien und Blätter den reichlichsten Gebrauch hiervon. Mir allein soll, so will der Düsseldorfer Richter, dies verboten sein.

„Es geschieht alle Tage, sage ich, und zwar von den Konservativen und Regierungsblättern genau in derselben Weise wie von mir. Sie haben von mir gelernt, meine Kritik der Fortschrittler adoptirt, sich derselben bemächtigt, so sehr, daß bekanntlich damit die liberalen Blätter den Vorwurf begründen (lachend), daß ich der Reaktion diene!“

Der Redner verliest zum Beweis zwei Leitartikel des ministeriellen Organs, der „Nordd. Allg. Ztg.“, vom 27. Februar und 29. April d. J.

„Warum verfolgt also die Staatsanwaltschaft die ministeriellen und konservativen Blätter nicht? Warum führt sie zweierlei Maß und Gewicht, während das Gesetz doch nur eines ist?“

„Eine zweite Reihe von Betrachtungen, die ich dem Urtheil entgegenstelle, ist folgende: Wie soll ein Angriff gegen die Fortschrittspartei und gegen die liberale Presse einen

Angriff gegen die besitzenden Klassen darstellen? Einer von den folgenden beiden Trugschlüssen muß hier den Richter irregeführt haben: die Fortschrittspartei und die liberale Presse vertreten den Nutzen, den Vortheil und die Herrschaft der besitzenden Klassen — und folglich hat, wer die Fortschrittspartei und die liberale Presse schmäht und anfeindet, die besitzenden Klassen selbst angefeindet und geschmäht, weil er die Vertreter ihrer politischen Herrschaft schmäht. Wie windschief dieses Raisonnement ist, kann Ihnen am kürzesten folgende Betrachtung zeigen. Der § 100 unterscheidet nicht zwischen den Klassen der Gesellschaft. Die nicht besitzenden Klassen sind also durch ihn ebenso sehr geschützt, wie die besitzenden. Ich vertrete nun den Nutzen, den Vortheil, die Herrschaft des Arbeiterstandes. Wer also z. B. in einer liberalen Zeitung mich schmähte und anfeindete, ähnlich etwa wie es jenes Urtheil und jener Staatsanwalt gethan haben, hätte der deshalb die nicht besitzenden, arbeitenden Klassen geschmäht und angefeindet? Wie viele Tausende von Prozessen hätte dann die Staatsanwaltschaft alle Wochen gegen die liberale Presse erheben müssen?!

„Oder aber der Trugschluß, welcher den Richter irre geleitet hat, ist folgender: Die Inhaber von Preß-Instituten und die Mitglieder der Fortschrittspartei gehören immer oder in der Regel den besitzenden Klassen an und folglich hat, wer die liberale Presse angreift, die besitzenden Klassen selbst angegriffen.

„Ich habe bereits bemerkt, daß die nicht besitzenden Klassen durch den § 100 ebenso geschützt sind, wie die besitzenden. Freudenmädchen und Spitzbuben gehören nun immer den nicht besitzenden Klassen an, weil, wer Besitz hat, keines dieser beiden Metiers zu treiben braucht. Andererseits gehören wieder stets die Wucherer den besitzenden Klassen an, weil, wer nichts besitzt, auch nicht wuchern kann. Wer also sich gedrungen fühlte, ein Buch gegen die Spitzbuben, Freudenmädchen oder Wucherer zu schreiben, würde der deshalb die nicht besitzenden und resp. besitzenden Klassen angegriffen haben, weil jene Kategorien von Leuten denselben angehören?

„Nun ja, meine Herren, ich habe die liberale Presse angegriffen, weil ich in der Tiefe meiner Seele von der glühenden Ueberzeugung durchdrungen war und bin, daß sie viel gemeinschädlicher ist, als alle jene drei soeben genannten Kategorien

zusammengenommen, denn diese beschädigen doch nur Einzelne, während jene den gesammten Volksgeist in seiner Wurzel verderben. Ja, ich habe die liberale Presse angegriffen, aber wie? Habe ich wirklich geschmäht? Habe ich die Verleumdungen und persönlichen Verdächtigungen, mit denen sie mich überschüttet hat, ihren Persönlichkeiten zurückgegeben? Nichts von alledem!

„Den Blick immer unverwandt auf die große geistige Kulturentwicklung der Völker geheftet, sah ich, daß und warum die Presse, welche bei ihrem Entstehen der Träger der geistigen Interessen gewesen war, im Laufe der Zeiten sich selber unvermerkt in ihrem innersten Wesen verändert, und sich in den Verderber der Volksintelligenz umgewandelt und zwar nothwendig umgewandelt hatte, weil sie allmählig aus dem Beruf geistiger Vorkämpferschaft durch das Annoncengeschäft zu einer industriellen Spekulation geworden war. Ich sah diese Wunde und erkannte die Gefahr! Ich sah zugleich, daß die Macht ohnmächtig sei gegen diese Wunde, daß ihre Heilung nur aus den innersten Säften des Volksgeistes hervorgehen könne. —

„Da erhob ich mich zu diesem ungleichen Kampfe: Einer gegen Alle! In meinem „Julian, der Literaturhistoriker“ und in meiner heute angeklagten rheinischen Rede kritisirte ich die Presse in ihrer Essenz und wies nach, wie sich dieser Verderb mit Nothwendigkeit aus dem Wesen der heutigen Pressinstitution durch jenes Annoncengeschäft entwickeln mußte. Gerade diese gegen das Wesen der heutigen Pressinstitution gerichtete Kritik war es, welche den Staatsanwalt erster Instanz zu so merkwürdigen Angriffen gegen mich veranlaßte.

„Meine Herren! In diesem ungleichen Kampf, geführt einerseits zwischen mir¹⁾ und andererseits der gesammten Presse, diesem tausendarmigen Institute, das bereits Regierungen und Könige gestürzt hat, ist es nicht nöthig, daß die Tribunale der Presse beispringen! Sie kann sich schon allein schützen! In diesem Kampfe müßte vielmehr Jeder, welcher Meinung er auch sei, immerhin mit einem gewissen Interesse für mich zuschauen. Diejenigen, die meinen Ansichten huldigen, natürlich

1) Wobei Lassalle aber die in Preußen noch sehr stark junkerlich feudale Reaktion auf seiner Seite hatte. Einige Beweise dafür führt Lassalle in seiner Rede weiterhin selbst an. D. S.

mit der höchsten Sympathie und Spannung; diejenigen aber, die nicht meiner Ansicht sind, müßten zusehen, zunächst ohne jede Befürchtung — denn wenn es nicht Wahrheit ist, was ich lehre, was sollte ich vermögen, ich Einzelner gegen jenes, täglich mit hunderttausend Stimmen predigende Institut? Immerhin aber müßten auch selbst diese Gegner meiner Ansicht mit einer immensen Achtung für die Kühnheit und Tiefe meiner Ueberzeugung zuschauen! Es gehört kein Muth dazu, meine Herren, sich Ihrer Verurtheilung auszusetzen! Aber um dessentwillen, was man das allgemeine Wohl erkannt hat, seine Ehre aussetzen und preisgeben den täglichen Zerreißungen und Verleumdungen von tausend Blättern, wie ich es gethan habe — dazu gehört ein Muth und eine Ueberzeugungstiefe ohne Gleichen.

„Soviel, um Ihnen die Neigung zu nehmen, mich zu verurtheilen. — Wäre denn aber eine Verurtheilung wegen meiner Angriffe gegen die Presse, selbst wenn Sie diese Neigung hätten, auch nur möglich? Ich bringe drei Gegeneinreden: Erstens, ich habe nur das Wesen, das Institut der Presse angegriffen, nicht die Person, der § 100 aber handelt nur von Angriffen gegen Personen, während der § 101, der von den Einrichtungen handelt, die Presse nicht schützt, weil sie keine Staatseinrichtung ist. Zweitens, wenn ich selbst die Personen angegriffen hätte, so habe ich keine Klasse angegriffen, die liberalen Zeitungsschreiber bilden keine Klasse, keine äußerlich erkennbare Mehrheit, wie das Gesetz dies für den § 100 nach der konstanten Jurisprudenz des Obertribunals erfordert. Drittens, wenn ich eine Klasse angegriffen hätte, so habe ich doch nicht zu „Haß und Verachtung“ gegen sie angereizt. Denn hierunter wird sich nur frivole Schmähung, niemals aber, wenn der Volksgeist nicht ausgehungert werden soll, indem man ihm alle geistige Nahrung abschneidet, eine gedankentiefe theoretische Kritik verstehen lassen. Ist es nun frivole Schmähung, oder ist es eine gedankentiefe Kritik gewesen, welche ich gegen die Presse gerichtet habe? Ich appellire an Ihr Gewissen. Aber auch äußere Beweise kann ich Ihnen genug dafür auslegen, und zwar die Anerkennung dessen durch große Organe der Presse selbst. So hat damals die „Wochenschrift des deutschen Reformvereins“ zu Frankfurt am Main, das Hauptorgan der großdeutschen Partei, die heute angeklagte Rede trotz des dazu erforderlichen bedeutenden Raumpoffers

fast in extenso abgedruckt, mit der Erklärung, daß sie die tiefste Kritik und die furchtbarsten Wahrheiten enthalte, welche jemals über die heutige Presse ausgesprochen worden seien.

„Ich übergehe eine Reihe ähnlicher Eingeständnisse der konservativen Organe, der „Nordd. Allg. Ztg.“, der „Kreuzzeitung“, der „Augsb. Allg. Ztg.“, welche ich verlesen könnte, um mich sofort zu einem Aktenstück von noch weit größerer Wichtigkeit, zu einem offiziellen Dokumente zu wenden.

(Hierauf wurde die Sitzung auf drei Stunden unterbrochen.)

„Ich war“, ergriff Lassalle nach der Pause wieder das Wort, „heut Vormittag soweit gekommen, Ihnen ein offizielles Aktenstück von entscheidender Bedeutung für diesen Prozeß mittheilen zu wollen. Es ist dies nichts Anderes, als die wenige Wochen nach dem Erscheinen der angeklagten Broschüre von dem Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, in der Kammer Sitzung vom 19. November v. J. gehaltene Rede, die ich Ihnen hier aus dem amtlichen stenographischen Berichte vorlesen werde. Der Minister kommt in derselben ausdrücklich auf die heut angeklagte Broschüre zu sprechen, er bemächtigt sich derselben, er adoptirt ausdrücklich meinen Nachweis, daß die Presse von heute statt Vorkämpfer großer politischer Aktionen zu sein, nur auf einer Annoncenspekulation beruhe. Seine Worte vindiziren mir gradezu ein „Verdienst“ für den gründlichen theoretischen Nachweis, mit welchem ich der Presse von heute entgegengetreten bin.“ (Lassalle verliest hier die Rede des Ministers aus dem amtlichen stenographischen Berichte.)

„Der Minister vindiziert mir also ein Verdienst in offizeller Rede im gesetzgebenden Körper, und der Staatsanwalt verfolgt mich wegen dieses Verdienstes? Der Minister nennt gleichfalls, unter Bezug auf die Beweisführung in meiner Rede, die Presse eine Annoncenspekulation. Will der Minister gleichfalls zu Haß und Verachtung gegen die besitzenden Klassen aufreizen? Nun wohl, der Minister ist nicht Deputirter, er ist nicht gedeckt durch jenes Gesetz, welches nur die Kammermitglieder für unverantwortlich für ihre Reden erklärt. Warum ist der Minister also nicht von der Staatsanwaltschaft verfolgt worden?

„Sie sehen, meine Herren — und mit diesen Worten trete ich jetzt ein Beweisthema an, welches ich Ihnen von

nun an fortlaufend bei allen Punkten, um die es sich heute handelt, belegen werde — was ich sage, ist von einer solchen Tiefe der Wahrheit, von einer solchen Macht der Intelligenz getragen, daß es immer einige Monate darauf — ich werde Ihnen dies, wie gesagt, fortlaufend in dem noch übrigen Theile meines Plaidoyers beweisen — aus dem Munde der offiziellen Leiter der Gesellschaft wiederhallt.¹⁾ Und mich hat man deshalb verurtheilt?! Ist ein solches maljugé dagewesen? Eine höchst bittere Bemerkung reiht sich hieran. So lange die Welt steht, hat jedes einmal bestehende Regiment sich leider immer für unangreifbar erklärt. Es ist das gewiß sehr traurig, und hat zu allen Zeiten der Freiheit die tiefsten Wunden geschlagen. Es hat die patriotischen Bürger gezwungen, jeden Fortschritt und jede Entwicklung mit ihrem Herzblute zu erkaufen. Es ist dies also sehr traurig, sage ich, aber es ist mindestens bekannt. Schon der Dichter ruft aus:

„Die Wenigen, die was davon erkannt,
Und thöricht genug, ihr volles Herz nicht wahrten,
Hat man seit je gekreuzigt und verbrannt.“

„Es ist also mindestens bekannt, sage ich, und Jeder hat in solchem Falle sich im Voraus darein ergeben und sich resignirt.

„Daß aber auch eine Oppositionspresse und Oppositionspartei für kritisch unangreifbar erklärt wird — das ist ein „Fortschritt“, den dieses Urtheil zuerst erfindet, und für den es verdiente, in irgend einem historischen Museum in Spiritus aufbewahrt zu werden! daß es in den Jahrbüchern der Geschichte mit aller ihm gebührenden Kritik aufbewahrt werde — dafür werde ich sorgen. . . .

„Jetzt aber erst, nachdem ich die Motive dieses Urtheils widerlegt, gehe ich dazu über, die drei juristischen Gründe zu entwickeln, welche jede, wie immer motivirte Verurtheilung unmöglich machen. Drei Requisite müssen nach § 100 zusammentreffen, um eine Strafbarkeit zu begründen: A. gegen eine äußerlich erkennbare Mehrheit von Personen, gegen

¹⁾ So advokatorisch geschieht diese Wendung, so wenig kann sie über die Thatsache hinwegtäuschen, daß nicht die „Tiefe der Wahrheit“ der Lassalle'schen Kritik war, welche das reaktionäre preussische Kabinet veranlaßte, sich dieselbe zu eigen zu machen. Es nahm wie das Geld, so auch die Schlagworte, wo es sie fand, wenn sie nur im Moment seinen Zwecken entsprachen.

eine Klasse also muß die Aufreizung gerichtet, B. zu Haß oder Verachtung dieser Klasse muß aufgereizt und C. es muß dadurch der öffentliche Frieden gefährdet — nicht gestört — aber doch gefährdet worden sein.“

Lassalle zeigt nun ad A., daß das erste Requisit nicht zutrefte, weil er nicht von den „besitzenden Klassen“, ja nicht einmal von der „Bourgeoisie“, sondern nur von den „Angehörigen der Fortschrittspartei“ gesprochen habe. Die beiden einzigen Stellen, pag. 8 und 14 der Broschüre, wo er von „Bourgeoisie“ gesprochen, hätten jedenfalls mit Haß und Verachtung nichts zu thun. Wenn er das rheinische Abgeordnetenfest die „Saturnalien der deutschen Bourgeoisie“ genannt habe, so habe er dies Fest, bei welchem der Richter etwa in ungenauer Auffassung an Orgien gedacht habe, die sich in spätern Zeiten damit verbanden, nur in seinem strengen altklassischen Sinne genommen, wie er dies ja auch in der Broschüre selbst erkläre, nach welcher bei diesem Feste die Umkehrung stattfand, daß sich die Herren als Sklaven und die Sklaven als Herren geberdeten. Ueberdies habe, wie aus dem Kommissionsberichte der zweiten Kammer S. 65 ausdrücklich hervorgehe, wie auch durch das Obertribunal (Oppenhoff,¹⁾ Strafgesetzbuch § 100 Nr. 1 mit bloßen Beleidigungen und Verleumdungen nichts zu thun.

Wenn er aber auch von „Bourgeoisie“ gesprochen hätte, so stände die Sache doch noch ganz ebenso, denn auch „Bourgeoisie“ bedeute niemals soviel wie „besitzende Klassen“, sondern bezeichne immer nur ein bestimmtes Kollektivum von Gesinnungen und Ansichten, somit keine äußerlich erkennbare Mehrheit von Individuen. So gehöre ein großer Adliger doch auch zu den „besitzenden Klassen“, und dennoch werde es Niemanden einfallen, ihn einen „Bourgeois“ zu nennen. Der Grund hiervon liege auch nicht in dem Adelstitel. Denn andererseits habe er selbst in seinem Verein Kaufleute, Unternehmer, Advokaten, Professoren, Männer also, die in jeder Hinsicht den besitzenden Klassen angehören. Seien diese, sei er selbst, der gleichfalls äußerlich den besitzenden Klassen angehöre, „Bourgeois“ zu nennen? „Und wer“, ruft der Angeklagte aus, „Fortschrittler“ identifizirt mit „besitzenden

¹⁾ Hier fehlen im Original die Beziehung der Stelle bei Oppenhoff, sowie die Worte „erkannt ist.“ D. S.

Klassen“ oder mit „Bourgeoisie“, im Sinne von besitzenden Klassen, wie der Staatsanwalt und das Urtheil in erster Instanz so ausdrücklich gethan hat, der behauptet, daß die konservative Partei, die Regierung und das Königthum keine Anhänger in den Reihen der besitzenden Klassen habe. Wie? hat nicht das Königthum noch erstaunlich viel Anhänger in den besitzenden Klassen, Millionäre, Fabrikanten, Banquiers, große Beamten? Sind diese konservativen Besitzenden „Fortschrittler“, sind sie „Bourgeois“? Wer behauptet, „daß das Wort „Fortschrittler“ mit „besitzenden Klassen“ identisch, wie der Staatsanwalt und das Urtheil erster Instanz dieses gethan, der entzieht mit einem einzigen Strich, mit einer einzigen Bolte dem Königthum alle Anhänger in den besitzenden Klassen.“

Endlich beweist der Angeklagte durch Vorlesung einer längeren Stelle seines „Arbeiterprogramms“, pag. 20 bis 22,¹⁾ daß er das Wort „Bourgeoisie“ immer nur in dem ganz bestimmten Sinne von Anhängern eines direkten oder indirekten Census (Drei-Klassen-Wahlgesetz) nehme und dies seinen Anhängern auf das Nachdrücklichste in seinen Agitationschriften eingeschärft habe. „Bourgeoisie“ sei also nur der europäische Ausdruck für dieselben politischen Ansichten, für welche „Fortschrittler“ der spezifisch preussische Ausdruck sei.

Auch der erste Richter würde ihn also niemals haben verurtheilen können, wenn er die vorgelesene Stelle seines Arbeiterprogramms gekannt hätte, und der Richter zeige hiermit, wie wenig er in Wahrheit von der „Stellung“ wisse, die der Angeklagte zu der „in der letzten Zeit vielfach ventilirten Arbeiterfrage“ einnehme. Wer zu den besitzenden Klassen gehöre, sei äußerlich erkennbar durch seinen guten Rock, wer zu dem Arbeiterstande gehöre, durch seinen Kittel, aber die liberalen Ansichten gäben sich nicht auf der Achselklappe zu erkennen. Es liege somit keine äußerlich erkennbare Mehrheit von Personen vor.

Ad B. Ebenso wenig habe er zu Haß und Verachtung im Sinne von § 100 angereizt, denn dieser Paragraph spreche nur von Personen. Er aber, der Angeklagte, richte seine Kritik überall nur gegen die Zustände und Einrichtungen

1) Bd. II, S. 27—29 unserer Ausgabe. Vergl. auch unsere Note an jener Stelle. D. S.

der Gesellschaft, von denen, wie er in seinen Agitationschriften ausdrücklich erkläre, die Personen nur das unbewußte, unschuldige Produkt seien. Zum Beweise dessen liest der Angeklagte zwei Stellen seiner Schriften (Wissenschaft und Arbeiter pag. 33¹⁾ und Indirekte Steuern pag. 34)²⁾ vor.

„Wie?“ ruft der Angeklagte aus, „Königthum und Kirche müssen es sich täglich gefallen lassen, kritisiert zu werden, und die Bourgeoisie allein wollte dies nicht?“

Ad C. sei hier auch nicht der „öffentliche Friede gefährdet“. Haß und Verachtung und Anreizung dazu seien theoretische Gefühle, die als solche den Staat nicht angingen, so lange sie in der Innerlichkeit der Brust eingeschlossen bleiben; erst dann würde, wie der § 100 zeige, die Anreizung strafbar, wenn sie die Natur habe, zu äußeren Handlungen zu führen. Dies habe auch bereits das Obertribunal durch Urtheil vom 2. März 1853 kassirend entschieden. Nicht jede Anreizung zu Haß und Verachtung sei also strafbar, wie dies das Urtheil erster Instanz mit völliger Verkennung des Gesetzes annehme. Daß aber seine Anreizung zu Haß und Verachtung die besondere Natur gehabt habe, den öffentlichen Frieden zu gefährden, habe selbst das erste Urtheil nicht konstatiren können. (Der Angeklagte verliest zum Beweise dessen die betreffenden Urthemotive.) Da in diesen somit nur in factio konstatirt sei, daß er „die besitzende Klasse bei den Arbeitern in Verachtung zu bringen und letztere gegen dieselbe aufzureizen den Zweck habe“, nirgends aber die Möglichkeit einer praktischen Störung (dies heiße „Gefährdung“) des öffentlichen, des Straßenfriedens, so läge in dieser Hinsicht Kassationszwang in Bezug auf das Urtheil erster Instanz vor. „Sie sehen“, fährt Lassalle fort, „mit welcher Offenheit und Loyalität im Vertrauen auf Ihr Gewissen ich diese Sache plaidire, denn wenn Sie mich nicht freisprechen wollen, so können Sie mir nichts Lieberes thun, als das Urtheil „aus den Gründen des ersten Richters“ bestätigen. Es liegt dann, weil das Hauptrequisit des Gesetzes, die Thatsache der Friedensgefährdung, durch kein Motiv des Urtheils konstatirt ist, Kassationsnothwendigkeit vor.“

Er wolle aber sofort durch drei absolute Gegenbeweise darthun, daß hier von einer Gefährdung des öffentlichen

1) Bd. II, S. 90 unserer Ausgabe.

2) Bd. II, S. 275 unserer Ausgabe.

Friedens in der That nicht die Rede sein könne. Erstens: Der erste Beweis sei die Intelligenz seiner Bewegung. Ihm sei mit Tumult, mit Todtschlagen von Fortschrittlern, mit Zertrümmerung von Fabriken und Pressen offenbar nicht gedient und viel geschadet. Zweitens aber, wie hätten denn solche gegen Personen und Eigenthum gerichtete Unruhen auch nur möglicherweise aus seiner Agitation hervorgehen können. Was er auf jeder Seite seiner Schriften predige, sei nicht ein Angriff gegen Personen, sondern, wie bereits gezeigt, gegen die Zustände und Einrichtungen der Gesellschaft. Was er auf jeder Seite seiner Schriften predige, sei: durch Intervention der Gesetzgebung die Arbeiterfrage zu lösen und zu diesem Zweck, durch Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts, die gesetzgebende Gewalt in die Hand zu bekommen. (Der Angeklagte verliest zum Beweis dessen zwei Stellen seiner Schriften „Antwortschreiben“ S. 36¹⁾ und „Arbeiterlesebuch“ S. 41,²⁾ in welchen dies den Arbeitern als Quintessenz der gesammten Agitation hingestellt wird.) „Also nicht zur Störung des öffentlichen Friedens, zur Beschädigung an Personen und Eigenthum, sondern zur Beseitigung unsrer gegenwärtigen Staatseinrichtung, des Drei-Klassen-Wahl-Gesetzes, reize ich an. Es ist also ganz klar, reize ich zu irgend etwas Ungeheuerlichem an, so ist es zu nichts Geringerem, als zur gewaltsamen Beseitigung des Drei-Klassen-Wahl-Gesetzes, zur gewaltsamen Revolution, zum Hochverrath, um die Staatsmaschine in unsre Hand zu bekommen! In dieser Hinsicht war jene Hochverrathsanklage, welche im März d. J. in Berlin gegen mich verhandelt wurde, und die meine ganze Agitation umfaßte, ganz consequent! Wenn irgend ein Vergehen, so ist es dies höchste Verbrechen, welches hier vorliegt! Ich stand also bereits unter dieser Anklage, und es ist durch rechtskräftiges Urtheil entschieden, daß ich allerdings einen Umsturz der bestehenden Verfassung erstrebe, aber auf die rechtmäßigste und friedlichste Weise von der Welt, durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung und Einsicht.“ Diese Anklage also sei bereits gerichtet, jene andre aber, um die es sich heute handle, sei unmöglich.

Der dritte Gegenbeweis sei der, daß er grade in der an-

1) Bd. II, S. 443—445 unserer Ausgabe.

2) Bd. II, S. 555 unserer Ausgabe.

geklagten Rede pag. 27 aus den daselbst entwickelten Gründen die Arbeiter aufgefordert habe, bei den Wahlen für die Fortschrittler zu stimmen. Wie also sei eine praktische Beschädigung der Fortschrittler, eine praktische Störung des öffentlichen Friedens auch nur möglich gewesen, in Folge einer Rede, in welcher er seine Anhänger zwar lehre, was sie theoretisch über die Fortschrittler zu denken hätten, sie zugleich aber zur praktischen Unterstützung derselben antreibe? Dies sei ein souveräner Gegenbeweis, denn in demselben Augenblick, in welchem man eine Partei praktisch unterstütze, in demselben Augenblick könne man unmöglich zugleich die Personen oder das Eigenthum derselben praktisch beschädigen und vernichten. Wie wolle ihm also der heutige Richter die Gefährdung des öffentlichen Friedens konstatiren? Wie wolle er — denn auf Papier freilich ließe sich alles konstatiren, Papier sei geduldig — wie wolle er es in seinem Gewissen konstatiren?

„Ich komme jetzt“, fährt der Redner fort, „zu dem letzten und wichtigsten Motiv des Urtheils, dem wahren Tragebalken desselben, dessen Betrachtung ich eben deshalb bis jetzt verschoben habe. Das Urtheil sagt: „daß die in der Broschüre enthaltenen Angriffe der Bourgeoisie und die Ausfälle gegen die Presse nur den Zweck haben können, die besitzende Klasse bei den Arbeitern in Verachtung zu bringen und sie gegen dieselbe aufzuregen.“ Der Richter attestirt also hier selbst, daß er, wenn er an einen ernsthaften, einen heilsamen, einen berechtigten Zweck dieser Agitation hätte glauben können, natürlich weit entfernt gewesen wäre, dieses Urtheil zu fällen. Das angeführte Motiv erklärt sich auch nur durch einen von dem Staatsanwalt, Herrn Efferz, in erster Instanz mit höchstem Nachdruck aufgestellten Satz: „Der Angeklagte erhebt wider besseres Wissen eine bereits seit zwanzig Jahren zerrissene Fahne.“ Dieser Satz, m. H., hat wörtlich so in einem der Zeitartikel gestanden, welche die Volkszeitung in Berlin im Sommer vorigen Jahres gegen mich geschrieben hat. Sie sehen also beiläufig auch hier wieder, mit welchem Recht ich behaupte, daß es die Stimme meiner Feinde ist, die aus dem Urtheil erster Instanz und dem Plaidoyer des Staatsanwalts spricht. Diese Unterstellung aber, von der bereits seit zwanzig Jahren zerrissenen Fahne, einmal zugegeben — was ist da natürlicher, als dieses Urtheil? Es ist also eine unwahre, frivole, nur zu stupidem Klassenhaß und Erbitterung

treibende Bewegung! Einen andern Zweck kann wenigstens der erste Richter, wie er selbst in dem angeführten Motiv bezeugt, bei seiner Auffassung dieser Agitation, sich nicht als möglich vorstellen — und diese Auffassung einmal zugegeben, wer sympathisirt da nicht mit dem edlen Zorn des Richters?

„Dieses Motiv urtheilt also über das gesammte Verdienst au fond meiner Agitation, über das philosophische und ökonomische Verdienst derselben, über die Frage: ist es eine große kulturhistorische Bewegung, die ich erregt habe, oder nicht? Hierüber urtheilt jener Richter ab, in meiner Abwesenheit, und ohne meine Schriften zu kennen! Heute bin ich selbst da, aber kann ich wirklich diese Frage vor Ihnen plaidiren. Welch merkwürdiger Prozeß, wo die wichtigste Frage, um die es sich handelt, nicht einmal plaidirt werden kann! Denn welche Zeit wäre wohl erforderlich, um vor Ihnen zu entwickeln die philosophischen, die ökonomischen Gründe, die historischen und statistischen Beweise, kurz das gesammte Material, welches das geistige Fundament meiner Agitation bildet und einen Umfang von fast siebenzig Bogen füllt? Sie finden gewiß schon, daß ich jetzt einen ungebührlichen Gebrauch von Ihrer Zeit mache, wie viel Tage und Wochen würde ich aber plaidiren müssen, um diese Frage zu erörtern? In dieser Lage würde ich sein, wenn ich nicht glücklicher Weise in aller Kürze äußere Beweise von unwidersprechlicher Natur vorbringen könnte.

„Ja, meine Herren, seitdem mein Bastiat-Schulze erschienen, haben die berühmtesten Koryphäen der deutschen Gelehrten, jene Männer, die den Stolz der Nation bilden, Namen, vor denen sich selbst der Staatsanwalt und der Richter erster Instanz in Verehrung verbeugen würden, mir schriftlich und mündlich ihre begeistertste Sympathie und Zustimmung zu erkennen gegeben. Sie haben mir bestätigt, wenn ich noch einer solchen Bestätigung bedürfte, daß ich Recht habe in jeder Zeile und in jeder Silbe! Aber ich werde Ihnen sofort einen noch stärkern Beweis vorlegen. Ich werde jetzt einen Namen nennen, der von jedem rheinischen Tribunal nicht mehr mit Verehrung, sondern nur mit der höchsten Ehrfurcht wird gehört werden können!¹⁾ Den Namen

1) Da es sich bei dieser Rede um ein Plaidoyer vor Gericht und gegen eine ungewöhnlich hohe Verurtheilung handelt, so gehen wir auf diesen und die folgenden Hinweise für die Rechtmäßigkeit der Lassalle'schen Bewegung hier nicht weiter ein. D. S.

eines Mannes, welcher ein Diener und zugleich ein Fürst der Kirche seit langen Jahren in die ernstesten Studien vertieft, von den Katholiken der Rheinprovinz fast wie ein Heiliger betrachtet wird, den Namen des Bischofs von Mainz, Freiherrn v. Ketteler. Der Herr Bischof hat sich in seinem Gewissen gedrungen gefühlt, seinerseits ein Werk über die Arbeiterfrage („die Arbeiterfrage und das Christenthum“) zu veröffentlichen, in welchem er Punkt für Punkt alle meine Kontroversen mit den Fortschrittsökonomem durchgeht und Punkt für Punkt Zeugniß für die Wahrheit und Unumstößlichkeit meiner Beweise ablegt. Erlauben Sie mir, Ihnen nur wenige Beispiele anzuführen.

„Sie erinnern sich des Hauptfundaments dieses ganzen Streits, jenes „ehernen ökonomischen Gesetzes“, wie ich es in meinem „Offenen Antwortschreiben“ nannte, nach welchem der Arbeitslohn unter Angebot und Nachfrage auf die Dauer durchschnittlich nie über das Minimum des nothwendigsten Lebensunterhalts hinaussteigen kann. Der ganze Streit, sage ich, dreht sich um die Anerkennung dieses Gesetzes. Alles, was ich in meinen Agitationschriften entwickle, ist mit solcher Nothwendigkeit aus demselben hergeleitet, daß einer der Chefs meiner Gegner, der Fortschrittsökonom Herr Max Wirth in seinem Blatt „Der Arbeitgeber“ hat drucken lassen: auf dieses Gesetz müsse der ganze Kampf beschränkt werden, denn sei dasselbe einmal zugegeben, so sei alles Andre mit logischer und unwidersprechlicher Nothwendigkeit daraus entwickelt; jenes Gesetz aber sei erfunden und erlogen.

„Hören Sie, was der Bischof über diesen Hauptpunkt sagt:

„Die materielle Existenz des Arbeiterstandes, die Beschaffenheit aller nothwendigen Lebensbedürfnisse für den Arbeiter und seine Familie ruht nämlich mit so wenigen Ausnahmen, daß sie diese Regel nicht alteriren, auf dem Arbeiterlohn, und der Arbeitslohn bestimmt sich in unserer Zeit nach der Lebensnothdurft im strengsten Sinne, d. h. nach dem, was der Mensch unumgänglich nothwendig bedarf, wenn nicht seine physische Existenz vernichtet werden soll. Die Wahrheit dieses ist durch die bekannten Kontroversen zwischen Lassalle und seinen Gegnern so evident gemacht, daß nur die Absicht, das Volk zu täuschen, sie bestreiten kann. In ihr liegt, wie mit vollem Recht behauptet wird, die ganze Arbeiterfrage! auf der einen Seite die Arbeiternoth, auf der

andern Seite der Probirstein für den Werth aller Vorschläge, dem Arbeiterstande zu helfen.“

Sie sehen, meine Herren, meine Sprache war sogar noch milder, als die des Bischofs. Ich ließ in meinem „Antwortschreiben“ den Fortschrittsökonomem noch die Wahl, entweder von der Sache nichts zu verstehen, oder das Volk täuschen zu wollen. Auf die Beweise fußend, welche ich in meinem „Antwortschreiben“, in meinem „Arbeiterlesebuch“ und in systematischer Form in meinem Bastiat-Schulze darüber vorgetragen habe, geht der Bischof so weit, den Fortschrittlern nicht einmal mehr jene Wahl zu lassen, sondern trotz aller Rücksicht und evangelischen Milde, die ihm in seiner Stellung so Pflicht wie Natur ist, gradezu zu erklären: jenen meinen Satz nach den von mir vorgebrachten Beweisen noch länger bestreiten, heiße die „Absicht“ haben, das „Volk zu täuschen“.

„Was meinen Sie, meine Herren, zu dieser „seit zwanzig Jahren zerrissenen Fahne“, die ich „wider besseres Wissen“ schwinde? Bin ich berechtigt oder nicht, gegen jenen Richter und jenen Staatsanwalt den Text zu predigen: Nunc erudimini qui judicatis terram. „Jetzt lernet Ihr, die Ihr die Erde richtet.“

„Ebenso sagt der Bischof pag. 62: „Die Partei, deren Hauptvertreter Lassalle selbst ist, hat das unbestreitbare Verdienst, die in den ersten Abschnitten geschilderte Lage des Arbeiterstandes, wonach er größtentheils mit seiner ganzen Existenz auf die eigentliche Lebensnothdurft beschränkt ist, mit unerbittlicher Schärfe und Wahrheit aufgedeckt zu haben etc.“ Sie sehen, was nach jenem Urtheil und nach jenem Staatsanwalt mein Verbrechen ist, es ist mein Verdienst, mein unbestreitbares Verdienst in den Augen des Bischofs. Und in Bezug auf meine Kritik der Schulze'schen Hülfsmittel bezeugt der Bischof pag. 57: „daß dazu die von der liberalen Partei als Hülfsmittel in Vorschlag gebrachten Genossenschaften im Ganzen und Großen nicht ausreichen, ist in neuerer Zeit hinreichend und evident bewiesen. In dieser Hinsicht sind die Ausführungen von Lassalle unwiderlegt und unwiderleglich.“

„Was meinen Sie, meine Herren, zu dieser „bereits seit zwanzig Jahren zerrissenen Fahne“. Bin ich, oder bin ich nicht berechtigt zu predigen: „nunc erudimini etc.“ Der Redner führt jetzt noch einige weitere Stellen an aus dem

Werke des Bischofs, die er in der Regel mit denselben Fragen schließt. Er konstatirt dann, daß der Bischof in Bezug auf die Gerechtigkeit der „von Lassalle vorgeschlagenen Maßregeln“ ausdrücklich erkläre, daß vom Standpunkte des Staats, der Wissenschaft und der liberalen Partei aus, „wohl sicherlich gar kein Bedenken zu erheben sei“. Nur bei Voraussetzung der Göttlichkeit des Privateigenthums sei ein solches Bedenken etwa möglich. Die einzige Befürchtung, die der Bischof ausspreche, sei die einer „Ueberstürzung“ bei Ausführung der von ihm durchaus ausführbar gehaltenen Lassalle'schen Maßregeln.

„Was“, ruft der Redner aus, „treibt diesen Kirchenfürsten an, mit dieser Schärfe, die oft noch die Schärfe meiner eignen Sprache übertrifft, Zeugniß abzulegen für die Wahrheit meiner Lehre? Will der Bischof gleichfalls „zu Haß und Verachtung anreizen?“ Was anders treibt ihn an als die gleiche Ueberzeugung mit mir, daß hier eine Wunde im nationalen Leben vorliegt, zu deren Erkenntniß die Nation gleichsam mit geistiger Gewalt gezwungen werden muß, wenn der Volkskörper nicht zu Grunde gehen soll?

„Sie haben den Bischof gehört. Wollen Sie jetzt einen noch wichtigeren Zeugen vernehmen?“ Dieser Zeuge sei Niemand anders, als der König von Preußen!

„Sie haben von jener schlesischen Weberdeputation gehört, die vor Kurzem eine Audienz beim Könige hatte. Nach derselben wurde den Webern eröffnet, sich Tags darauf im Staatsministerium einzufinden, um hier das zu erhalten, was sie über den Vorgang in der Audienz veröffentlichen dürften. Die Arbeiter begaben sich hierauf zu mir, legten diesen, somit ein durchaus authentisches Dokument bildenden Bürstenabzug, den ich den Akten beifügen werde, in meine Hände und autorisirten mich, jeden beliebigen Gebrauch davon zu machen. Es heißt am Schlusse dieses im Staatsministerium selbst gefertigten Berichts wie folgt: „Mit dem Trost einer möglichst baldigen gesetzlichen Regelung der Frage und dadurch Abhülfe ihrer Noth entließen Se. Maj. die Deputation. Das königliche Versprechen wird erhebend und ermutigend in allen Thälern des Riesengebirges wiederhallen und vielen hundert duldbenden redlichen Familien neue Hoffnung und neue Kraft zu muthigem Ausharren geben.“

„Also ist bereits die Anerkennung unseres Haupt-

grundsatzes, daß nicht durch das *laissez faire et laissez aller*¹⁾ der freien Konkurrenz, wie die Fortschrittsökonomien als ein unverbrüchliches ökonomisches Gesetz behaupten, sondern durch die Gesetzgebung die Arbeiterverhältnisse zu regeln seien — bereits ist die Anerkennung dieses Hauptgrundsatzes, welcher den prinzipiellen Boden des Kampfes zwischen mir und den Fortschrittsökonomien bildet (vergl. „Arbeiterlesebuch“ pag. 41,²⁾ „Antwortschreiben“ pag. 36),³⁾ durch den König selbst erreicht und durch ein königliches Versprechen besiegelt.

„Wie war dieser rasende Erfolg nur möglich und zwar im Laufe eines Jahres? Pflegt sich die Wissenschaft so rasch der Praxis zu unterwerfen? Ich habe im Gegentheil in meinen „Indirekten Steuern“ gezeigt, daß z. B. die Einsicht von der Verderblichkeit der auf nothwendige Lebensmittel gelegten Steuer sich seit dreihundert Jahren durch alle wissenschaftlichen Kompendien schleppt, ohne deshalb sich die Praxis unterworfen zu haben. Wie also, frage ich, war bei der weit schwierigeren Frage, um die es sich bei meiner Agitation handelt, in der kurzen Zeit eines Jahres ein so erstaunlicher Erfolg auch nur möglich? Habe ich von meinem Vorfahr Faustus den Höllenzwang geerbt?

„Ich will Ihnen das Geheimniß dieser Erfolge jetzt enthüllen, meine Herren, und Ihnen dadurch den letzten Einblick in das Verständniß meiner Agitation gewähren. Zwei Dinge mußten zusammenkommen. Zunächst die höchste Wissenschaftlichkeit dieser Bewegung! Mit einem Panzerhemde von Stahl, mit unzerreißbaren Maschen, mußte jeder meiner Beweise umstrickt sein. Wehe mir, wenn eine einzige Masche riß!

„Aber dies war noch nichts. Ich hätte, trotz aller Wissenschaftlichkeit, Jahrhunderte lang gelehrte Werke schreiben können, ohne daß sich die Praxis darum gekümmert hätte! Die Großen der Erde haben keine Nöthigung, keine Veranlassung und nicht die Gewohnheit, sich um das zu kümmern, was der einsame Denker in seinem Zimmer schreibt.

„Aber die Massen durchdringen mit dem Wiederhall diese Lehre, aber sicher ihrer Wahrheit mit ihr auf den großen Markt treten, aber sich aus dem tausendfachen Echo der Volks-

1) Gehen lassen und geschehen lassen.

2) Bd. II, S. 555 unserer Ausgabe.

3) Bd. II, S. 443 unserer Ausgabe.

stimme, das selbst die Gegner nur vermehren, einen Keil schmieden, um anzupochen an das Gewissen der Bischöfe und das Pflichtgefühl der Könige — das war es, worauf es hier ankam!

„Das Urtheil konstatirt es in einer kurzen und dunklen Wendung als ein besonderes Unrecht, daß ich mich an die Arbeiter wende. Dieser dunkle Satz findet seine Erläuterungen in den Ausführungen des Staatsanwaltes erster Instanz, welcher gleichfalls darin, daß ich mich an die Arbeiterklasse wandte, einen Beweis mehr für die Verwerflichkeit meiner Bestrebungen sah! Ich werde dem Staatsanwalt und dem Richter erster Instanz, um milde zu sein, antworten: Sie verstehen ganz und gar nichts von diesen Dingen.

„Abgesehen davon, daß die Arbeiter sehr gut meine Lehren begriffen haben, denn sie sind Menschen, wie Sie, meine Herren, und der Vernunft zugänglich, wie Sie, abgesehen davon, daß ohne das Begreifen der Arbeitermassen diese Reform gar nicht praktisch auszuführen wäre — kommen hier die Arbeiter vor Allem als Resonanzboden in Betracht. Auf diesen Resonanzboden mußte ich aufschlagen können mit dem Hammer der Wissenschaft, um allen Lärm der Tagesinteressen zu über-täuben und alle Intelligenzen zu zwingen — alle Intelligenzen, sage ich, freilich, freilich mit Ausnahme des Düsseldorfer Staatsanwaltes und des Düsseldorfer Richters erster Instanz — um alle bis zum Bischof, bis zum Könige zu zwingen, diese Fragen zu studiren und respektive durch die ihnen zu Gebote stehenden Intelligenzen studiren zu lassen.

„Das Versprechen des Königs ist so mein Werk, die Folge grade davon, daß ich, aus der Stille des Studierzimmers heraustretend, an die Arbeiter mich wandte, — — und dafür werde ich angeklagt!

„Der Minister Graf zu Eulenburg hat vor Kurzem einer Buchdruckerdeputation, die um das Koalitionsrecht petitionirend bei ihm war, gesagt: „Von allen Seiten tritt die so wichtige Arbeiterfrage an uns heran“ und es werde nichts übrig bleiben, als durch Gesetzworschläge an den gesetzgebenden Körper ihre Lösung zu versuchen. Ich finde jene angeführten Worte höchst konzis. Es ist nicht die Stellung, nicht die Gewohnheit unserer Staatsmänner, Probleme aufzusuchen. Sie warten ab, bis sie durch die öffentliche Meinung an sie herantreten.

„Die Zusage des Ministers wie das Versprechen des Königs ist mein Werk. 1848 kreuzte man die Bajonnette

gegen die schlesischen Weber — heute verspricht man ihnen, dem Prinzipie meiner Agitation beispflichtend, Aenderung ihrer Lage, Abhülfe ihrer Noth durch die Gesetzgebung!

„Die merkwürdige, diese heilsame Umwandlung ist, ich wiederhole es, mein Werk. Sie ist die Folge grade dessen, daß ich an die Massen mich wandte und mit ihrem Echo die Stimme der Wissenschaft verstärkte! Und dafür werde ich angeklagt??

„Und noch eins: der Bischof fürchtet, wie ich Ihnen sagte, Ueberstürzung der Ausführung dieser von ihm für durchaus ausführbar gehaltenen Maßregel. Und in der That, diese Ueberstürzungsgefahr ist und war seit je bei allen großen Reformen grade um so mehr vorhanden, je gerechter sie waren. Nun wohl! Die Zeit erwartend, wo jene Reformen sich vollbringen, diszipliniert inzwischen meine Agitation diese ungeduldigen Massen. Wie Ein Mann eilen sich und gedulden sich (der Redner wendet sich bei diesen Worten halb rückwärts in das fast nur aus Arbeitern bestehende dicht gedrängte Auditorium, welches mit einem nicht zu beschreibenden Ausdruck von Spannung jedem seiner Worte folgt), drängen vorwärts und halten zurück die großen Massen, welche unsern Verein bilden am Rhein, wie an der Elbe, an der Nordsee, wie an der Donau, auf meinen Ruf. Die Zeit jener praktischen Reform abwartend, bringt mein Verein diesen Massen inzwischen die Disziplin bei, die nicht bloß für militärische Zwecke, nein, die in eben so hohem Grade für alle großen organisatorischen Reformen unerläßlich ist.

„O, meine Herren, fünfzig Jahre nach meinem Tode wird man anders denken über diese gewaltige und merkwürdige Kulturbewegung, die ich unter Ihren Augen vollbringe, als der Düsseldorfer Richter erster Instanz, und eine dankbare Nachwelt wird — dessen bin ich sicher — meinem Schatten die Beleidigungen abbitten, welche jenes Urtheil und jener Staatsanwalt gegen mich verübt!

„Endlich, meine Herren, wie komme ich zu dieser Bewegung, und wie ist sie entstanden? Bin ich ein unruhiger Zeitungsschreiber? Nachdem ich einen schweren praktischen Kampf beendet, der in den Annalen dieser Provinz seiner Zeit Aufsehen gemacht hat und zu dem mich, ich darf es sagen, nur mein praktischer, ritterlicher Pathos drängte, zog ich mich in die Stille des Studierzimmers zurück. Ich schrieb nicht

Zeitungsartikel, noch Broschüren; ich gab große gelehrte Werke heraus in den schwierigsten Fällen des Wissens — und auf dem Gebiete der Wissenschaft lassen mir ja selbst meine leidenschaftlichsten Gegner, wie ungern auch, Gerechtigkeit widerfahren! Da fühlte ich mich, grade durch den Zusammenhang aller dieser Studien, noch einmal in meinem Gewissen gezwungen, einen praktischen Kampf zu bestehen und diese Agitation, von deren unerläßlichen Nothwendigkeit ich überzeugt war, in das Volk zu werfen. Und wartete ich vielleicht, bis die Atmosphäre mit Pulverdampf und Barrikadenstaub erfüllt war, um mit dieser Agitation aufzutreten? Ich las einst in einem Fortschrittsblatt den höhnischen Ausruf: Diese Bewegung käme sich selbst zu früh; wenn ich Erfolge hätte haben wollen, so hätte ich das Eintreten einer Krise abwarten müssen. Ich mußte herzlich lachen, als ich hier so klar das Umgekehrte meines Gedankens ausgesprochen sah. Grade in der Zeit der höchsten Ruhe und vollkommenen Friedens trat ich auf mit dieser Agitation; diese Probleme sollten in tiefster Ruhe diskutirt, durch Liebe und Einsicht gelöst werden; diese Reformen sollten durch Liebe und Weisheit eingeführt werden, oder aber, traf uns eine Krise, so sollte sie eine durch die öffentliche Diskussion bereits reife und entwickelte Ueberzeugung der Nation vorfinden.

„So sehen Sie hier das merkwürdige Schauspiel einer Agitation, welche die Massen erfaßt hat, welche eine ganze Nation für und wider erregt und die ohne jede Hülfe von Ereignissen, die das Volk auf die Straße werfen, lediglich aus dem Gewissen eines Mannes hervorgegangen ist. Wenn irgendwo, so liegt hierin ein großes Verdienst, und selbst in dem Leitartikel eines ministeriellen Organs wurde vor Kurzem (der Redner verliest den Schluß eines Leitartikels der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 12. Juni) das Verdienstliche anerkannt, welches darin liege, soziale Schäden aufzudecken und zu diskutiren vor dem Einbrechen gefährlicher Krisen.

Meine Herren, wie diese Bewegung aus meinem Gewissen hervorgegangen ist, so wende ich mich an Ihr Gewissen bei diesem Urtheil. Wenn Sie Sich nur mit der Hälfte jener Gewissenhaftigkeit und Objektivität bei diesem Urtheil prüfen, mit welcher ich mich prüfte, als ich das Banner dieser Agitation erhob, so ist jede Verurtheilung absolut unmöglich! Denn erlauben Sie mir mit einer Versicherung zu schließen,

die Sie nicht als ein rhetorisches Kunststück, sondern als den tiefsten Ausdruck meiner sittlichen Ueberzeugung betrachten wollen. Es ist hart für einen Mann meines Alters und meiner Lebensgewohnheiten, auf zwölf Monate, ja nur auf zwölf Tage ins Gefängniß zu gehen, und es steht in dieser Hinsicht nicht Alles mehr bei mir, wie in meiner Jugend, wo ich mit derselben Gleichgültigkeit in's Gefängniß ging, wie ein Anderer zum Ball! Aber trotzdem — lieber wollte ich mein Lebtag nicht wieder die Nacht des Kerkers verlassen, als dieses Urtheil gefällt zu haben!!

Nach dieser Rede erhob sich der Staatsanwalt mit der Erklärung, daß er nicht auf die umfangreiche Sache selbst eingehen, sondern nur einigen Bemerkungen entgegentreten wolle, die Herr Lassalle gegen ihn gerichtet habe. Bemerkenswerth waren die Worte des Herrn Staatsanwalts, er gebe zu, daß das Urtheil erster Instanz beseitigt sein möge, aber selbst dann liege *res integra*¹⁾ vor, und der Hof, welcher die Broschüre zur Hand habe, würde schon selbst die geeigneten Stellen in derselben auffinden. Er halte seinen Strafantrag aufrecht.

Hierauf ergriff Herr Advokat-Anwalt Bloem I. das Wort und führte seinerseits in höchst scharfer und eindringlicher Weise aus, durch Betrachtung der einzelnen Stellen der Rede, wie wenig in derselben irgend welche Anweisung zu praktischem Handeln enthalten sei. Ueberall habe Lassalle die Arbeiter nur zum Denken und Begreifen angeregt. In höchst beredter Weise verbreitete sich der Vertheidiger über die Verdienste und das Streben des Herrn Lassalle, die Jeder anerkennen müsse, auch wenn er durchaus nicht auf seinem Standpunkt stehe und sich mit ihm identifizire.

Der Hof vertagte den Urtheilsspruch auf nächsten Freitag.

Das Urtheil über Lassalle lautete „Schuldig“ und wurden demselben 6 Monate Gefängniß zuerkannt.

1) Eine spruchfreie Sache.

An die
Arbeiter Berlins.

Eine Ansprache

im Namen der Arbeiter des Allgemeinen Deutschen
Arbeitervereins

von

Ferdinand Lassalle.

Erster Abdruck erschienen:

Berlin.

Kommissions-Verlag von R. Schlingmann.

1863.

Vorbemerkung.

Der Zweck des vorliegenden Schriftchens war, die Eroberung Berlins für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein einzuleiten. Trotz der Vorträge, die Lassalle im Frühjahr und Herbst 1862, sowie im Winter 1862/63 in Berliner Arbeiter- und Bezirksvereinen gehalten, war sein Anhang unter den Arbeitern der Hauptstadt Preußens ein verschwindend geringer. Hier im Centrum des politischen Lebens, dem Sitz der Kammer, bestand ein viel lebhafterer persönlicher Verkehr zwischen den Führern der Fortschrittspartei und den regeren Elementen der Arbeiterschaft als in der Provinz, und war es daher viel schwerer, die Letzteren zum Abfall von den Ersteren zu bewegen. Die Maschinenbauer blieben vor der Hand der Fortschrittspartei treu, die übrige Arbeiterschaft aber war, was sich zum Theil aus der verhältnißmäßigen Rückständigkeit der ökonomischen Entwicklung erklärt, größtentheils politisch indifferent. Auch hatte, kurz bevor Lassalle sein „Offenes Antwortschreiben“ erließ, Schulze-Devilzsch die Serie seiner Vorträge über Arbeit und Kapital eröffnet, die in einem der größten Lokale, über welche Berlin damals verfügte, der Tonhalle, vor einer dichtgedrängten Zuhörerschaft gehalten wurden, und in einer nach Erscheinen des „Offenen Antwortschreibens“ abgehaltenen, ebenfalls sehr zahlreich besuchten Arbeiterversammlung war, nachdem ein Werkführer der Borsig'schen Maschinenfabrik über dasselbe referirt, fast einstimmig eine gegen Lassalle gerichtete Resolution beschlossen worden. Es war dies dieselbe Versammlung, von welcher in dem Bucher'schen Brief an das Leipziger Arbeiterkomité (mit-

getheilt in der Schrift „Die Arbeiterfrage“) die Rede ist. Neben einer Anzahl Angehöriger der bürgerlichen Klassen meldeten sich nur sehr vereinzelt Arbeiter zum Eintritt in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.

Dem sollte zunächst die hiermit folgende Ansprache abhelfen. Aber obwohl sie in etwa 13000 Exemplaren zur Vertheilung kam — sie war in 16000 Abzügen gedruckt worden, von denen die Polizei bei der bald erfolgenden Beschlagnahme nur noch etwas über 3000 auftrieb — änderte sie doch zunächst wenig am Stand der Dinge. Die meisten Arbeiter lehnten ihre Annahme überhaupt ab, und von denen, die sie annahmen, lasen sie die Wenigsten. Auch waren die Gegenströmungen noch zu stark, als daß sie den Eindruck hätte machen können, den sie etwa heute nachträglich auf den Leser macht. Von den Blättern, die Lassalle hier mit so großer Energie angreift, war die „Volkszeitung“ aus der Reaktionszeit her bei den am politischen Leben überhaupt theilnehmenden Arbeitern noch viel zu beliebt, als daß sie ihr den Nichtabdruck einer Einsendung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nicht verziehen hätten, und die von einem früheren politischen Flüchtling, Alexander Meyen, gegründete „Berliner Reform“ war überhaupt kein eigentliches Fortschrittsorgan, sondern wurde mehr im Sinne der radikaleren bürgerlichen Demokratie gehalten, wie sie u. A. Johann Jakoby vertrat, der gerade um jene Zeit wieder ein Mandat zur Kammer angenommen hatte. An ihr hatte Lassalle, nachdem er sich Anfang 1861 mit dem Verleger der „Volkszeitung“ überworfen, eine Zeit lang einen gewissen Rückhalt gefunden, sie kritisirte selbst die Fortschrittspartei ziemlich scharf und konnte daher füglich nicht gut mit ihr identifizirt werden. Genug, die „Ansprache“ verfehlte in Bezug auf die Berliner Arbeiter ihren Zweck, trug dagegen sehr viel dazu bei, die Erbitterung gegen Lassalle noch zu schüren, so daß, als am 22. November 1863 die Berliner Polizei eine von Lassalle einberufene Massenversammlung auflöste und ihn selbst für verhaftet erklärte, ein großer Theil der anwesenden Fortschrittler — und nicht bloß Bourgeois — sich so weit vergaß, ihr laut Beifall zu klatschen. Es sollen

sogar Arbeiter vor dem von der Polizei sistirten Lassalle demonstrativ ausgespien haben.

Die Verhaftung war auf Betreiben der Berliner Staatsanwaltschaft erfolgt, die in der „Ansprache an die Arbeiter Berlins“ die Elemente der Vorbereitung des Hochverraths entdeckt haben wollte. Nach dreitägiger Haft wurde Lassalle durch Gerichtsbeschluß gegen eine Kaution von dreitausend Thalern wieder auf freien Fuß gesetzt, während bis zur definitiven Erhebung der Anklage über zwei Monate vergingen. Schwerlich hatte Lassalle Unrecht, wenn er in einem Brief an Dr. Dammer die Einleitung der Untersuchung als „der persönlichen Nachsicht des Staatsanwalts von Schelling entsprossen“ erklärte, und ganz sicher hatte er Recht, wenn er im gleichen Brief die Hochverrathsanklage selbst als „reinen Blödsinn“ bezeichnete. Trotzdem wäre sie vielleicht weniger schnöde vor dem Staats-Gerichtshof abgefallen, wenn nicht Lassalle seine Vertheidigungsrede mit Erklärungen ausgestattet hätte, die selbst dem loyalsten Richter nicht erlaubten, ihn als Hochverräther zu verurtheilen.

Zwischen der Abfassung der „Ansprache“ und der öffentlichen Verhandlung der Anklage liegen jene Tage der Konferenzen zwischen Bismarck und Lassalle, und die Wirkung derselben spricht sich in der Vertheidigungsrede Lassalle's vor dem Staats-Gerichtshofe auf das Deutlichste aus. Wir haben diese Rede in der Einleitungsskizze dieser Ausgabe — Bd. I, S. 159 bis 166 — des Eingehenden besprochen und wollen das dort Gesagte hier nicht noch einmal wiederholen; daher ganz kurz nur soviel: in der Ansprache beruft sich Lassalle mit Emphase auf den demokratisch-revolutionären Charakter der von ihm geleiteten Bewegung, zitirt er mit Genugthuung eine diesen betonende Korrespondenz in einer radikalen Zeitung, spricht er vom „Staat, der nicht den Ministern oder dem Könige gehöre, sondern durch Alle und für Alle da ist“ — in der Vertheidigungsrede aber beruft er sich auf die Zustimmungen aus dem ministeriellen und reaktionären Lager, was ihm an sich freilich nicht verdacht werden könnte, identifizirt er indeß die ganze, das Recht der Volksvertretung gegenüber

der Regierungsgewalt reklamirende Volksbewegung mit der „Clique der Bourgeoisie“ und erklärt er, die Verwirklichung seines politischen Postulats von dem „auf den Knäuel des Schwertes gestützten Königthum“ zu erwarten. Menschlich läßt sich das Alles gewiß erklären, aber politisch war diese Vertheidigungsrede mit ihrer, am Schluß angebrachten Apologie des „in der Luft schwebenden“ Staatsstreiches zugleich eine Vertheidigung grade der Beschuldigungen, gegen welche die Ansprache hauptsächlich gerichtet war. Sie entwaffnete den Staatsanwalt, aber lieferte den Anklägern Lassalle's aus den Reihen der Demokratie erst recht Material gegen ihn. Und sie machte gar viele Leute stutzig, die, wie der Verfasser der in der Ansprache zitierten niederrheinischen Korrespondenz der „Süddeutschen Zeitung“, Lassalle gegen den Vorwurf, der Reaktion zu dienen, bis dahin in Schutz genommen. Bei der Bedeutung, welche diese Korrespondenz im Hochverrathsprozesse gespielt, sei es dem Schreiber dieses gestattet, hier eine Vermuthung in Bezug auf ihren Urheber zu wiederholen, die er vor einiger Zeit in der „Neuen Zeit“ geäußert. Eine ganze Reihe von Umständen deuten mit innerer Beweiskraft darauf hin, daß derselbe Niemand anders war als der verdiente Verfasser der „Arbeiterfrage“, Friedrich Albert Lange.

Da wir dem Prozeßbericht eine besondere Vorbemerkung nicht begeben, so sei hier mitgetheilt, daß derselbe, in dem der Leser übrigens alle nöthigen Daten über die Geschichte des Prozesses vorfindet, bald nach seinem Erscheinen, im Juni 1864, ebenfalls beschlagnahmt wurde. 279 Exemplare fielen dabei der Polizei in die Hände, der Rest war jedoch bereits in Sicherheit gebracht und wurde von den Agenten des Vereins als Agitationsmaterial verwendet. Die geplante Anklage wegen Herausgabe des Prozeßberichts sollte jedoch ebensowenig zur Ausführung kommen, wie das vom Staats-Gerichtshofe der Staatsanwaltschaft vorbehaltene „anderweitige Strafverfahren“ in Bezug auf den Inhalt der „Ansprache.“ Der Tod Lassalle's im August 1864 schloß auch diese Akten.

Arbeiter Berlins!

Von meiner rheinischen Agitationsreise hierher zurückgekehrt, ist es meine dringendste Pflicht, Euch die Augen zu öffnen über die Lügen, welche die beiden sich ausführlicher mit Arbeiter-Angelegenheiten befassenden liberalen Blätter dieser Stadt, die Volkszeitung und die Berliner Reform, unter Euch verbreitet haben!

Beide Blätter haben diesmal bei Gelegenheit der großen Solinger Arbeiter-Versammlung, um Euer Urtheil um so sicherer irre zu führen, Alles überboten, was sie bisher schon an Schamlosigkeit geleistet haben!

Während in Solingen zehntausend Arbeiter den Prinzipien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zujubelten und mir, als dem Präsidenten desselben, einen in der Rheinprovinz bisher beispiellosen Triumphzug bereiteten, während ich die größte Mühe hatte, das Volk davon abzuhalten, die hinter mir herschreitenden Gensdarmen zu mißhandeln, weil es ihnen die Absicht zuschrieb, mich zu arretiren — druckten die genannten beiden Zeitungen nur die Lügenberichte einiger rheinischen Blätter ab, nach welchen mit einer unerhört schamlosen Umkehrung der Wahrheit in ihr äußerstes Gegentheil die Gensdarmen mich zu meiner Sicherheit hätten geleiten und gegen die Volkswuth schützen müssen!

Und zwar druckten jene beiden hiesigen Zeitungen nur diese Lügenberichte ab, dem von dem Sekretariat des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ausgegangenen völlig wahrheitsgetreuen Bericht verweigerte die Berliner Reform wie die Volkszeitung — bis auf ein einziges Wort — die Aufnahme. Sie, die nicht am Schauplatz waren, sie, die somit nicht wissen konnten, auf welcher Seite die Wahrheit stehe, sie beide allein unter allen Zeitungen Deutschlands unterdrückten den diesseitigen Bericht, damit die wahre Dar-

stellung der Sache Euch nicht einmal vor Augen komme und Ihr Euch so kein Urtheil darüber solltet bilden können, auf welcher Seite die innere Glaubwürdigkeit stehe!

Indem die Volkszeitung, ein Blatt noch dazu, das vorzugsweise vor andern ein Arbeiterblatt sein will — so handelte, hat sie an Schamlosigkeit Alles überboten, was bisher die Geschichte kennt!

Es ist leider wahr, daß nur zu häufig in den Parteikämpfen die Wahrheit hintenan gesetzt und zu dem stets unsittlichen und kläglichen Mittel der Entstellungen gegriffen wird. —

Aber wo wäre es bisher in den englischen oder französischen Klassenkämpfen vorgekommen, daß, wenn die englischen Chartisten oder die französischen revolutionären Arbeiter eine großartige Manifestation ihrer Gesinnungen vorgenommen, die liberalen Zeitungen Englands oder Frankreichs versucht hätten, eine solche Kundgebung in ihr Gegentheil umzulügen.

Sie bedauerten und beklagten dann die angebliche Verblendung dieser Volksmasse, aber dem Volk, das aus so vielen Tausenden von Kehlen eine Viertelstunde lang und ohne die Pause einer Minute gerufen hatte „Hoch“, in den Mund zu lügen, daß es gerufen habe „Nieder“ — die Ehre dieser Erfindung verbleibt der deutschen liberalen Presse und ist charakteristisch für ihr Verhalten zum Volke!

Ja, Arbeiter, die Ehre dieser Erfindung gebührt der deutschen liberalen Presse! So ist noch nicht gelogen worden, seitdem die Welt steht!

Und ihrerseits haben wieder die Volkszeitung und die Berliner Reform noch die gesammte deutsche liberale Presse weit übertroffen.

Selbst das größte liberale Blatt der Rheinprovinz, die Kölnische Zeitung — ein mir durchaus feindliches Blatt — hat bei Gelegenheit der Solinger Versammlung nur den vom Sekretariat des Allgemeinen Deutschen Arbeitereins erlassenen Bericht in voller Ausführlichkeit mitgetheilt. Von dem Lügenbericht der Elberfelder Zeitung brachte sie nur einzelne Theile, die größten Lügen derselben — diese vor Allem, daß mich das Volk mit seinen Verwünschungen begleitet hätte und die Gensdarmen mich hätten schützen müssen

— sorgfältig fortlassend. Warum that sie dies? Weil der Seitens des Arbeitervereins erlassene Bericht den innern Beweis der Wahrheit eben so sehr in sich selbst trug, wie der Bericht der Elberfelder und Barmer Zeitung durch ihre innern Widersprüche den Beweis der Lüge, und weil die Kölnische Zeitung als ein großes Blatt es nicht gerathen fand, sich durch Behauptungen zu kompromittiren, deren empörende Lügenhaftigkeit zehntausend anwesenden Zeugen bekannt war!

Die andern Blätter, selbst so hämische und feindselige Blätter wie die Rheinische Zeitung, setzten wenigstens den Lügenberichten der Elberfelder und Barmer Zeitung in gleichfalls vollständiger Mittheilung den vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgegangenen Bericht entgegen, ihren Lesern so überlassend, welche Meinung sie sich über den Hergang bilden wollten.

Selbst ein mir so feindseliges Blatt wie die Berliner Nationalzeitung veröffentlichte wenigstens den größern Theil des vom Arbeiterverein erlassenen Berichts, weil sie sich sagte, daß ihr Leserpublikum — die wohlhabende Klasse — auch andre als Berliner Zeitungen lese, und sie vor demselben daher nicht unterdrücken wollte, was es anderweitig her erfahren mußte.

Die Volkszeitung und die Berliner Reform allein — grade die Arbeiterblätter Berlins — haben die Schamlosigkeit so weit getrieben, nur den Lügenbericht mitzutheilen und den Bericht des Arbeitervereins Euch zu unterschlagen, — die Reform gänzlich, die Volkszeitung ein einziges Wort aus demselben spottend anführend!

Warum handelten grade diese Blätter so?

Aus keinem andern Grunde, als weil sie wissen, daß sie vorzugsweise von Euch, den Arbeitern, gelesen werden!

Aus keinem andern Grunde, als weil sie selbst die Wahrfastigkeit des Arbeiterberichts erkannten! Aus keinem andern Grunde, als weil sie einsehen, daß Ihr die Wahrheit dieses Berichts eben so gut herauserkennen würdet, wenn er Euch erst zu Gesicht käme! Aus keinem andern Grunde, als weil sie fürchteten, daß, wenn Ihr erst von der Begeisterung der Rheinischen Arbeiter erführet, diese auch Euch ergreifen und anstecken würde. Denn die Begeisterung, diese höchste Gesundheitswärme des Geistes — sie ist glücklicherweise noch

viel ansteckender im Volk, als irgend eine Krankheit des Körpers!

Zwar habe ich auch so diese elenden Lügner zu beschämen und die Wahrheit siegreich darzuthun gewußt. Ich habe sofort in der mit meiner Namensunterschrift in den Zeitungen veröffentlichten „*Öeffentlichen Aufforderung*“ den Solinger Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beauftragt, 500 Unterschriften von Solinger Bürgern aller Stände aufzubringen, welche die Wahrheit meiner Darstellung bestätigen.

Diese von mir unter meinem Namen erlassene „*Öeffentliche Aufforderung*“ mußte die Volkszeitung freilich aufnehmen, weil sie wußte, daß ich als persönlich Angegriffener das gesetzliche Recht hatte, die Ausnahme meiner persönlichen Erklärung zu erzwingen und weil ich diese Ausnahme außerdem unter allen Umständen als bezahltes Inserat sofort veranlassen konnte.

Durch diese meine „*Öeffentliche Aufforderung*“ allein ist aber bereits die Wahrheit meiner Darstellung schlagend bewiesen. Denn wie konnte ich meinen eignen Anhängern, wie konnte ich vielen tausend gegenwärtig gewesenen Arbeitern ins Gesicht hinein diese Erklärung abgeben, wenn sie eine Lüge war?

Ich hätte mich dann bei meinen eignen Anhängern, bei allen jenen tausenden von Arbeitern, die meine Partei bilden und bilden sollen, für immer vernichtet und als den verächtlichsten Lügner hingestellt!

So handelt kein Parteiführer, selbst wenn er verworfen genug dazu wäre! So handelt er schon aus Klugheit nicht, wo er unter seinem eignen Namen auftritt.

Und ferner: woher nahm ich die Sicherheit, die Aufnahme von nicht weniger als 500 Unterschriften anordnen und diese Anordnung sofort im Voraus veröffentlichen zu können, wenn die Erklärung, deren Bestätigung ich forderte, nicht eben wahr war? Hätte ich dann nicht fürchten müssen, daß diese Unterschriften natürlich niemals würden zusammen gebracht werden können und ich also vor ganz Deutschland als beschämter und enthüllter Lügner würde dastehen müssen?

Uebrigens endlich, diese 500 Unterschriften, sie sind, indem ich dies schreibe, bereits erfolgt, lithographirt und den

Zeitungen zugesendet worden, welche diese Zusendung auch bereits bescheinigen mußten! In weniger als 6 Tagen hat sie — lernt hier die Organisation, die energische Disziplin unsers Vereins, die rastlose hingebende Thätigkeit wahrer Arbeiter, kennen — unser Solinger Bevollmächteter, der Schwertarbeiter Willms, zusammengebracht!

Lernt an diesem Einen Beispiel die ganze Lügenhaftigkeit der liberalen Presse und vor allem der Volkszeitung erkennen!

Emanzipirt Euch endlich, Arbeiter Berlins, von dem freiheitsfeindlichen Einflusse, welchen dieses elende Blatt auf so Viele unter Euch noch ausübt!

Mit Staunen und Unwillen muß es jeden Demokraten erfüllen, daß so Viele von Euch noch immer unter der geistigen Herrschaft dieses Blattes stehen!

Wie, Arbeiter Berlins, ist Euer Gedächtniß so kurz?

Erinnert Ihr Euch nicht, daß die Volkszeitung das Blatt war, welches zuerst im Jahre 1858 den Namen Demokratie abschwor und erklärte, die Demokratie müsse in die konstitutionelle Partei aufgehen?

Erinnert Ihr Euch nicht, daß die Volkszeitung das erste Blatt war, welches 1859 die Losung ausgab: man müsse sich von der Forderung des allgemeinen Wahlrechts — Eurer nothwendigen Fahne — lossagen und mindestens auf eine unbestimmte Zukunft hinaus an dem Euer gleiches Recht kränkenden und Euern Stand herabsetzenden Dreiklassenwahlgesetz festhalten?

Erinnert Ihr Euch nicht, daß die Volkszeitung es war, welche 1858 das lügenhafte Geschrei von der „neuen Aera“ erfand und durch diese feige Täuschung der alten Demokratie den Todesstoß gab?

Erinnert Ihr Euch nicht, daß 1859, als selbst die Berliner Nationalzeitung sich der Forderung des Provisoriums für die Armee unter dem richtigen Nachweis, daß aus der provisorischen Armeeorganisation eine definitive sich ergeben müsse, hartnäckig widersetzte, die Volkszeitung es war, welche eben so hartnäckig in langen Leitartikeln unter der breitgedruckten Ueberschrift „Ehrenmänner“ nachwies, daß man solchen Ehrenmännern wie Schwerin und Patow jene Millionen unmöglich abschlagen dürfe? Daß die Volkszeitung es war, welche die Kammer durch ihren Einfluß

dazu bestimmte, jene Millionen der Regierung zu bewilligen, und daß es die Volkszeitung somit ist, welche die ganze jetzige Lage der Dinge verschuldet hat?

Und wie unendlich könnte ich nicht diesen Anklageakt noch verlängern, wenn die hier angeführten Todsünden gegen die politische Freiheit des Landes und die demokratischen Prinzipien nicht mehr genügten und wenn es mich nicht drängte, auf den unmittelbaren Anlaß dieser meiner Ansprache an Euch zurückzukommen!

Noch in anderer Hinsicht, Arbeiter Berlins, hat man versucht, Euer Urtheil über die rheinischen Vorgänge irre zu leiten und zu täuschen. In einem hiesigen Arbeiterverein hat man versucht, gleichsam mir selbst die Solinger Messerstiche zur Last zu legen und ich weiß nicht welche Entrüstung in Euch über die Rheinischen Arbeiter entzündet zu wollen!

Mir jene Messerstiche zur Last legen zu wollen, die am äußersten Ende einer langen, 5000 Personen fassenden Halle fielen, an deren oberstem Ende ich sprach, Messerstiche, von denen ich nicht eher erfuhr, bis der Gensd'armes auf Grund derselben die Versammlung für aufgelöst erklärte und die ich sogar dann noch für eine Polizeierfindung hielt — mir diese Messerstiche zur Last legen zu wollen — das ist der Gipfel lächerlicher Parteiwuth!

Eben so wenig aber dürft Ihr Euch, Arbeiter Berlins, durch das Geschrei über diese Messerstiche zu irgend welchem einseitigen Urtheil über die Rheinischen Arbeiter hinreißen lassen!

Diese Messerstiche — ich bedaure und beklage sie so gut wie jeder Andere. Ich beklage sie als eine das nothwendige Maß gerechter Abwehr überschreitende Handlung.

Aber wie steht der Fall, und wer trägt an diesen Messerstichen die erste und wahrhaftige Schuld?

In Barmen wie in Solingen waren nicht allgemeine Volksversammlungen, sondern lediglich Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ausgeschrieben worden. In Barmen erschienen unter 3000 Arbeitern etwa 250 fortschrittliche Fabrikanten — einige mit verborgen gehaltenen kleinen Pfeifen ausgerüstet — und versuchten wiederholt durch Pfeifen und Lärmen, endlich dadurch, daß sie sich anschickten, ein „Hoch“ auf Herrn Schulze-Delitzsch auszubringen, die Versammlung dieser mit Leidenschaft den Prin-

zipien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ergebenen Arbeiter zu stören. Da warfen sich diese auf die Störer und brachten dieselben zwar nicht ohne Gewaltthätigkeiten, aber ohne jede Verletzung in einer Minute zum Saal hinaus, worauf mein Vortrag ruhig zu Ende geführt wurde.

In Solingen waren in der von ungefähr 5000 Arbeitern gefüllten großen Schützenhalle, vor welcher noch eben so viele Tausende dicht gedrängt standen, ungefähr 100 fortschrittliche Fabrikanten erschienen.

Gleicher Versuch, sofort am Beginn meiner Rede durch Scharren und Lärmen dieselbe abzuschneiden. Sofort werden die Fabrikanten von den Arbeitern mit Blitzesschnelle und noch ohne jede weitere Gewaltthätigkeit hinausgebracht. Die Saalthür konnte aber nicht geschlossen werden, weil auch die draußen stehenden Volksmassen soviel wie möglich von der Rede vernehmen wollten. Diesen Umstand benutzend, versuchen die Fabrikanten dreiviertel Stunden später, indem sie den Ruf „Schulze-Delitzsch hoch!“ durch die offene Saalthür schallen lassen, die Rede zu unterbrechen.

Jetzt waren die zunächst stehenden Volksmassen bei so absichtlicher und hartnäckiger Herausforderung ihres Zornes nicht mehr Meister. Sie werfen sich auf die Fabrikanten, bedecken sie mit Mißhandlungen und hierbei erhalten einzelne von ihnen auch die Messerstiche, auf deren Grund die Polizei rechtswidrig die Versammlung auflöste.

Wie also, Arbeiter Berlins, steht der Fall?

Zunächst: was haben die Fortschrittler in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu schaffen? Offenbar eben so wenig, wie ich in den ihrigen zu schaffen haben würde. Die Zeit der Diskussionen ist zwischen uns vorüber! Ehe der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein konstituiert war, ging ich — aber auch nur auf die ausdrückliche Aufforderung der Fortschrittler selbst — unter sie nach Frankfurt am Main und schlug sie mit der Armee selbst, die sie mir entgegenstellen wollten.

Seitdem ist der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein konstituiert worden und von dieser Stunde an hatten wir mit den Fortschrittlern nichts mehr zu schaffen. Wir sind selbständige und feindliche Parteien gegen einander, die ihre selbständigen und besonderen Wege zu gehen haben. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hat sich nicht gebildet, um seine Zeit

damit zu verlieren, mit den Fortschrittlern zu diskutiren und noch weniger, um sich mit ihnen in den gegenseitigen Versammlungen durch Tumulte zu stören.

Was würden die Fortschrittler sagen, wenn ich ihnen hier in ihre Versammlungen eine Handvoll Arbeiter schickte, um sie durch „Hochs“ auf mich zu unterbrechen?

Und wie konnte eine so winzige Handvoll Menschen die Schamlosigkeit haben, Tausende, die sie in Einmüthigkeit und Begeisterung versammelt sahen, tumultarisch und lärmend in der Erreichung des Zwecks ihrer Versammlung hindern zu wollen?

Endlich aber: woher nahm diese Handvoll Menschen den Muth zu diesem beleidigenden und provozirenden Auftreten gegen so viele Tausende von Arbeitern, in deren Mitte sie sich befanden?

Hierauf giebt es nur Eine Antwort: diese Handvoll Menschen rechnete deshalb darauf, ungestraft allen Unfug gegen jene Tausende verüben zu können, weil diese ja die Arbeiter seien, die sich in ihrer, der Arbeitsherren, Abhängigkeit befänden.

Auf das Abhängigkeitsverhältniß der Arbeiter zu ihnen pochten sie, auf das Hungertuch, an welchem sie diese Arbeiter hielten!

Ja, Arbeiter, wenn sich 1848 die Besitzenden darüber beschwerten, von den Arbeiter terrorisirt worden zu sein, so ist es jetzt umgekehrt dahin gekommen, daß der gute Rock den Arbeiterkittel terrorisiren will! Eine Handvoll Fabrikanten wollte Tausende von Arbeitern in der freien Kundgebung ihrer politischen Gesinnungen durch tumultarischen Unfug gewaltsam hindern. Und sie glaubten dies dreist und ungestraft thun zu können, weil es ja ihre Arbeiter seien, die sich unterstehen wollten, eine ihnen unbequeme politische Ansicht an den Tag zu legen!

Aber die Rheinischen Arbeiter sind nicht die Männer, sich in ihren politischen Gesinnungen durch ihre Arbeitsherren bevormunden und terrorisiren zu lassen. Dies Gefühl grade, das Gefühl der Beleidigung und Unterdrückung, welche in jenem auf ihre Privatabhängigkeit trohenden Versuch jener Handvoll Fortschrittler lag, war es, welches die Rheinischen Arbeiter zum höchsten Zorn entflammete!

Wenn ihre Leidenschaft sie hierbei, wie leicht vorauszu- sehen war, zu Excessen hinriß — wen anders trifft die erste

und hauptsächlichste Schuld dieser Exzesse, als Diejenigen, die sie so muthwillig, so hartnäckig und beleidigend provozirten?

Und ferner, Arbeiter Berlins, seht Ihr nicht in dieser Leidenschaft selbst, wie so oft im Leben, das Gute dicht neben dem Uebeln?

Ohne Leidenschaft wird in der Geschichte kein Stein vom andern gerückt! Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener gewaltigen Befreiungen ausgeführt worden, deren Aufeinanderfolge die Weltgeschichte bildet.

Das Aufhören aller politischen Leidenschaften im Volksherzen seit 1849, die Versumpfung und Mattigkeit, welche seitdem eingerissen, sie sind ein Hauptgrund unseres tiefen Verfalls seit 14 Jahren!

Die Fortschrittler haben seit 1858 ihren Nationalverein und ihre sogenannten Arbeiterbildungsvereine gebildet. In fünf Jahren haben diese Vereine das politische Leben im Volke nicht heißer durch seine Adern pulsiren zu machen, nicht einen Tropfen des politischen Herzblutes im Volke in raschere Bewegung zu setzen vermocht! Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein besteht kaum vier Monate — und bereits stellt sich die Leidenschaft ein im Herzen des Volkes!

In dieser Leidenschaft, Arbeiter Berlins, wenn sie sich auch diesmal in ihrem Umfang und in ihrer Neußerung vergriff — in dieser Leidenschaft begrüßt mit mir das freudige Zeichen, daß die politische Aufregung und mit ihr das politische Leben im Volke von Neuem zu erwachen und seinen großen Bestimmungen entgegen zu gehen beginnt!

Arbeiter Berlins! Wollt Ihr Alles, was ich Euch mit meinen Worten gesagt habe, aus dem Munde meiner Gegner, der Fortschrittler, selbst vernehmen? Wollt Ihr sehen, wie sie da, wo sie unter sich selbst sprechen oder schreiben, sich alles das selbst eingestehen, was ich Euch bis jetzt gesagt habe und wovon sie wohlweislich stets dann das Gegentheil behaupten, wenn sie unter Arbeitern sprechen oder für Arbeiter schreiben? Nun wohl, ich will Euch auch noch diesen Beweis führen!

Die in Frankfurt am Main erscheinende Süddeutsche Zeitung ist eins der eifrigsten Organe der Fortschrittspartei, eine der wärmsten Freundinnen des Herrn Schulze-Delitzsch. Sie ist daher von Anfang an bis auf den heutigen Tag eine meiner leidenschaftlichsten Gegnerinnen gewesen.

Und gleichwohl brachte dieses Blatt — welches so gut wie gar nicht von Arbeitern gelesen wird und in welchem daher meine Gegner schon eher sich gelegentlich auch die Wahrheit eingestehen zu können glaubten — neulich unmittelbar nach der von mir abgehaltenen Arbeiterversammlung zu Barmen folgenden Leitartikel über dieselbe (in ihrer Nr. 486 vom 25. September), den ich hier wörtlich einrücke:

„Die Arbeiterbewegung in Rheinpreußen.“

„Vom Niederrhein, 23. September. Unter allen Momenten der immer breiter und großartiger sich entwickelnden Krisis unseres Staatslebens ist die Arbeiterbewegung bisher das mindest beachtete, und zugleich in einem Grade, welchen Wenige ahnen, das wichtigste und das gefährlichste. Die beiden mächtigen Parteien, die kleine, welche mit den Insignien der Monarchie ohne Rücksicht auf deren Gebrechlichkeit dreinschlägt, und die große, welche sich im Gefühl behaglicher Sicherheit auf den breiten Rücken der Bourgeoisie lehnt und wartet, bis der Strom der Reaktion abgelaufen ist, sie haben beide den größten ihrer Fehler durch ihr Verhalten gegenüber der Arbeiterbewegung begangen.

„Es darf wohl als feststehend betrachtet werden, daß eine einfältigere Gesellschaft noch nie hinter den Kulissen der politischen Bühne gestanden hat, als die gegenwärtige Generation unserer feudalen Ultras. Ihr jetziges Gebahren könnte man nur dann einigermaßen respektiren, wenn man annehmen wollte, daß sie ihre Sache absolut verloren geben und in ritterlicher Hochherzigkeit die Festung sammt dem Feinde in die Luft sprengen wollten. Daran ist aber gar nicht zu denken. Die Herren hoffen noch recht lange sich in dem bekannten Hause an der Leipzigerstraße vergnügt und gemüthlich zu unterhalten, daheim behaglich Rüben zu bauen und ihr Gefinde zu regieren. An Abtreten denken sie noch gar nicht. Sie bilden sich ein, ganz sicher und ungestraft die unterste Schicht der Bevölkerung ein wenig gegen die reichen Bürger und den übermüthigen Mittelstand aufheben zu können, um nur den verhaßten „Fortschritt“ loszuwerden. Wenn aber schon die Allianz mit Panse eine Dummheit genannt werden durfte, so ist die heimliche und offene Begünstigung Lassalle's und seiner Umsturzbestrebungen dem Verfahren des Schild-

bürgers zu vergleichen, der den Ast absägt, auf dem er sitzt. Oder ist es vielleicht eine *petitio principii*,¹⁾ wenn wir von den Umsturzbestrebungen Lassalle's sprechen? Sollen wir die fade Behauptung erst widerlegen, daß dieser Mann ein Werkzeug der Reaktion sei, wohl gar ein „blindes“? Wer die Augen nicht aufthun will, dem können wir nicht zum Sehen verhelfen. Dagegen möchte ein Wörtchen aus der Erfahrung für Diejenigen an der Stelle sein, die über Lassalle sich damit beruhigen, daß seine „längst durch die Erfahrung widerlegten“ Phantasien bei der ungeheuren Mehrzahl der Arbeiter keinen Boden finden. Man hat das lange gesagt und sagt es immer fort, während die Zahl der Anhänger Lassalle's in beständigem Wachsen ist. Bemerkenswerther noch ist der Fanatismus dieser Anhänger. Wer die Art und Weise dieser Jüngerschaft beobachtet, findet in ihr ein ganz anderes Wesen, als in der stillen und harmlosen Anhänglichkeit der Genossenschaftsmitglieder an Schulze-Delitzsch. Die Bierseidel, welche am vergangenen Sonntag in Barmen auf die abziehenden Fortschrittsmänner geworfen wurden, sind nicht die Waffen gewöhnlicher Rohheit gewesen, und wenn Lassalle sein Auftreten als eine „Heerschau“ bezeichnete, so darf man dies Wort nicht als eitle Ueberhebung betrachten. Von Solingen, einem Orte, dessen Arbeiterbevölkerung von jeher einen aufbrausenden Charakter gehabt hat, erfahren wir, daß man sich für kommenden Sonntag auf ganz ähnliche, wo nicht schlimmere Szenen gefaßt macht. Wir könnten Aeußerungen von Arbeitern mittheilen, die ungleich ernsthafter klingen, als wenn der behäbige Philister beim Zweckessen „Gut und Blut“ für die gemeinsame Sache zu lassen verspricht.

„Die Konsumvereine, welche sich von Tag zu Tag vermehren, bilden keinen genügenden Damm gegen diese Stimmung. Sehr häufig findet man sogar unter den Begründern derselben, so weit sie dem Arbeiterstande angehören, die Ansicht, daß sich nun eben für den Augenblick nichts anderes thun lasse. Aus Achtung vor den gebildeten Männern, welche meist an der Spitze dieser Vereine stehen, läßt sich der Arbeiter von weiteren Schritten abhalten; aber wenn man glaubt, in ihnen einen festen und ausdauernden Kern für eine Gegenpartei unter den Arbeitern selbst zu besitzen, so täuscht man

¹⁾ Zu beweisende Voraussetzung.

sich. Schulze-Delitzsch hat einen großen und begeisterten Anhang unter dem Handwerkerstande. Seit er in so schroffem Gegensatz zu Lassalle steht, verehren ihn auch die Kaufleute und Fabrikanten, die noch vor wenigen Jahren nicht viel von ihm wissen wollten. Die Fabrikarbeiter und Tagelöhner hören aber eben deswegen seinen Namen fast immer mit einigem Mißtrauen, weil er ihnen so geflissentlich gepredigt wird, und weil sie sehen, daß die Handwerker und Kaufleute ihn hoch halten.

„Diese Stimmung wird nun von den „Konservativen“ geschürt. Man kann das Mitleid kaum unterdrücken, wenn man verschrobene Geistliche, ehrgeizige Beamte und heimtückische Schleicher auf Geheiß der Centralbehörden des feudalen Staats im Staate den Arbeitern schmeicheln sieht, um ein paar armselige Wahlmannsstimmen zu gewinnen. Weise Zeitungsartikel suchen Lassalle wohl zu belehren, daß ja doch durch die wenigen Stimmen der Arbeiter niemals ein Abgeordnetenhaus werde erzielt werden, welches die Arbeiterfrage zur Hauptfrage mache. Man trage doch nicht Gulen nach Athen! Was den Arbeiterstand politisch so bedeutend macht, sind die derben Fäuste, der hungrige Magen, die Beweglichkeit, die Entschlossenheit. Wir wissen nicht, ob wir jemals ein Heer von Turnern und Schützen werden für die Verfassung ins Feld rücken sehen; aber das wissen wir, daß ein Lassalle'sches Arbeiterheer, wenn man die Dinge so weit kommen läßt, von der gegenwärtigen Verfassung Deutschlands kein Stück beim Alten lassen würde, am wenigsten Scepter, Krone, Stern und andere Spielsachen. Lassalle's „Theorie der erworbenen Rechte“ — beiläufig gesagt nach meiner Ansicht eins der bedeutendsten Bücher der rechtsphilosophischen Literatur — enthält alle Momente, aus welchen eine Praxis der entzogenen Rechte hervorgehen kann, für den Verständigen ganz klar dargelegt.¹⁾ Noch hat Lassalle in Berlin den Boden nicht, den er in einem großen Theil der Rheinlande gewonnen hat. Die Reaktion arbeitet daran, das Feld zu bestellen, wo die Revolution ernten wird. Sie arbeitet Lassalle in die Hände; nicht umgekehrt. Wir stehen, Dank der Thorheit unsrer Regie-

¹⁾ Dieser Satz allein kann als Beweis dafür gelten, daß Fr. Alb. Lange der Verfasser obigen Artikels war, da sich Lange anderwärts in gleichem Sinne über das „System der erworbenen Rechte“ geäußert.

zung und der beschränkten Schwäche, welche sich vielfach in der Leitung der liberalen Sache kund giebt, am Vorabend einer großen sozialen Umwälzung. Es ist uns längst so vorgekommen, als ob die gepachteten Intelligenzen der offiziellen und feudalen Presse dies grade so gut wüßten wie wir, und mit vergnügter Bosheit an ihren Brotherren die Rolle des Mephisto probirten.

„Der Augenblick, in welchem die Gefahr, die wir signalisiren, näher tritt, wird ein ganz bestimmtes Kennzeichen tragen. Der Fortschrittspartei ist schon jetzt, trotz der sechs neuen Punkte, durch das rathlose Auseinandergehen nach dem Schlusse des Landtags, durch die Unthätigkeit der Führer während des „Interregnums“, durch die beispiellose Mattigkeit der Produkte des Preßvereins ein bedenklicher Stempel aufgeprägt. Man schrickt vor dem Kampf mit der Krone zurück, der doch der Angelpunkt des ganzen Konflikts ist. Diese Haltung muß über kurz oder lang dazu führen, daß auch auf dem rein politischen Gebiet neue Bestrebungen und Parteien hervortreten. Man denke sich eine jahrelange Fortsetzung des passiven Widerstandes der letzten Monate und berechne die Folgen davon! Preußen ist nicht Kurhessen, und das Wählen allein hat noch nie ein Volk frei gemacht. Nun entsteht die einfache Frage: wird dann vorwärtsdrängende Entschlossenheit in gewissen Elementen der Fortschrittspartei, in der Kammer, unter den bekannten Führern einen Anhaltspunkt finden oder nicht? Bleibt die Fortschrittspartei in ihrer vielgerühmten Geschlossenheit, wo die besten Elemente sich gegenseitig neutralisiren; geht man nach sechswochentlichem Reden nochmals nach Hause, um die Hände in den Schooß zu legen, und wenn es hoch kommt, wieder ein Fest zu feiern; zieht dann der Preßverein nochmals einen neuen Thaler ein, um wieder alten Kohl aufzutischen — dann halten wir es für sehr wahrscheinlich, daß der eigentliche „Fortschritt“ sich von der Sache dieser Partei trennt und sich einer allgemeinen deutschen Arbeiterbewegung in die Arme wirft. Die Elemente dazu sind vorhanden.“

Und der Verfasser dieses Artikels erklärt nun, daß die einzige Rettung dagegen in einer energischen Fortentwicklung der Fortschrittspartei bestehen würde.

Seht Ihr, Arbeiter? Die Zahl der Anhänger des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, ihre Begeisterung, ihr stetiges Wachsthum, der Widerwille, mit welchem die

Herrn Fabrikanten und Kaufleute früher Herrn Schulze-De-
liksh betrachten haben, den sie erst jetzt, wo er bei Euch als
Gegengift gegen mich dienen soll, als Mittel, Euch von der
energischen Verfolgung Eurer Interessen, von mir und dem
Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein fern zu halten, bekränzen
— alles ist hier mit dürren Worten eingestanden!

Die Lächerlichkeit der Erfindung, daß ich der Reaktion
diene (!), die Furcht, daß umgekehrt der Allgemeine Deutsche
Arbeiterverein den Ast abzuhauen drohte, auf welchem Fort-
schrittler und Reaktion gemeinsam sitzen — das Alles und
noch vieles Andere wird ebenso wie der wirkliche Charakter
der rheinischen Versammlungen hier von unsern Gegnern selbst,
wie Ihr seht, in einem Blatte, das ja die Arbeiter nicht
lesen, hier, wo sie nur untereinander und nicht vor Euch
zu sprechen glauben, offen eingeräumt! Ja, der Verfasser des
Artikels, der offenbar zu den entschiedensten Elementen der
Fortschrittspartei gehört, gesteht zuletzt schon, daß diesen ent-
schiedneren Elementen nichts übrig bleiben werde, als sich der
Arbeiterbewegung anzuschließen!

Und die Redaktion der Süddeutschen Zeitung macht fol-
gende Anmerkung zu diesem Leitartikel ihres Korrespondenten:

„Die nachfolgende Darstellung scheint uns zwar nicht ganz
gesichert gegen den Vorwurf, örtliche Erscheinungen allzu rasch
zu verallgemeinern; allein die örtlichen Erscheinungen selbst
haben an unserm Herrn Korrespondenten von jeher einen sorg-
samen und unbefangenen Beobachter gehabt, so daß wir dessen-
ungeachtet keinen Anstand nehmen, ihn auch diesmal unver-
kürzt zu Worte kommen zu lassen.“ D. Red.

Der Verfasser jenes Artikels ist also ein langjähriger und
vielerprobter Korrespondent der Süddeutschen Zeitung.

Und während so bereits Bestürzung und Verwirrung in
den Reihen unserer Gegner herrscht, steht Ihr, Arbeiter
Berlins, noch unschlüssig und zaudernd, nicht wissend, welche
Partei ihr ergreifen sollt?

Habt Ihr denn nicht in der letzten Zeit wieder eifriger
denn je von der „Volkszeitung“ und der „Berliner Re-
form“ die Behauptung verbreiten hören, daß ich der Reak-
tion diene — und könnt Ihr nicht schon aus dieser elenden
und plumphen Verleumdung allein am besten entnehmen, wie
entsetzlich der Betrug ist, der gegen Euch verübt
werden soll?

Wie, Arbeiter Berlins? Glaubt Ihr wirklich, der Rheinische Arbeiterstand, der in geistiger wie materieller Hinsicht am weitesten vorgeschrittene Arbeiterstand Deutschlands — materiell am weitesten entwickelt durch die dort herrschende große Industrie, politisch und geistig am weitesten entwickelt sowohl durch die unausbleiblichen Folgen derselben, als durch die beständige Berührung mit französischen und englischen Elementen — glaubt Ihr wirklich, der Rheinische Arbeiterstand, dieser politisch radikalste Arbeiterstand Deutschlands, diese Avantgarde des deutschen Arbeiterstandes, würde einem Reaktionär zujauchzen?

Nichts hat mehr dazu gedient, die Flamme der Erbitterung in dem Rheinischen Arbeiterstande anzufachen und den Anhang des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu vermehren, als die beständig wiederholte Verleumdung der Fortschrittler, daß ich der Reaktion diene!

Denn der Rheinische Arbeiterstand kennt mich auf das Genaueste! Zehn Jahre habe ich mit ihm und unter ihm verlebt. Die Zeiten der Revolution und der Reaktion habe ich mit ihm verbracht!

Raum war von den Fortschrittlern die Parole ausgegeben worden, daß ich der Reaktion diene, als der Rheinische Arbeiterstand hieraus allein schon erkannte, wie namenlos plump das Volk betrogen werden sollte und sich da selbst solche Elemente unserer Bewegung anschlossen, welche bis dahin noch unschlüssig gewesen waren:

Ich will Euch den Grund dieses Betruges enthüllen, Arbeiter Berlins!

Ich will Euch hier wiederholen, was ich schon in meiner Frankfurter Rede — dem „Arbeiterlesebuch“ — nachgewiesen habe.

Die Fortschrittbourgeois hassen mich und feinden mich an, nicht weil sie Reaktion, sondern umgekehrt, weil sie Revolution von mir befürchten! Nicht, weil ich ihnen reaktionär, sondern weil ich ihnen revolutionär erscheine! Und die thatsächlichste Wahrheit dieses Vorwurfs — ich habe sie in der Wahrheit meines Wesens hundertmal zugegeben, wo immer auch er mir gemacht wurde, ich habe sie zugegeben vor der Oeffentlichkeit, in meinen Werken, meinen Reden, ja zu den wiederholtesten Malen selbst vor den Gerichten!

Ich habe sie zugegeben, wie 1849, vor vierzehn Jahren, in meiner Missienrede in meinem Hochverrathsprozesse vor den

rheinischen Geschwornen, in welchem es sich um meine ganze Existenz handelte, so noch im Januar dieses Jahres vor dem Berliner Kriminalgericht in meiner Rede „die Wissenschaft und die Arbeiter“, so noch vor zwei Tagen vor dem Königl. Kammergericht hierselbst in einem Prozeß, in welchem es sich um meine persönliche Freiheit handelte!

Auch haben bis zu meinem „Antwortschreiben“ die Fortschrittler mich immer nur als einen extremen Revolutionär behandelt und das Grauen, das sie gerade aus diesem Grunde vor mir empfanden, nie verborgen. Seit meinem „Antwortschreiben“ erst haben sie unter Euch die Losung ausgegeben, daß ich der Reaktion diene!

Und welchen Anlaß hatten sie hierzu in meinem „Antwortschreiben?“ Ertheilte ich daselbst den Arbeitern den Rath, sich um Politik nicht zu kümmern und von ihr zurückzuhalten?

Ich erkläre im Gegentheil daselbst (p. 4): „Es ist gradezu vollständig beschränkt, zu glauben, daß den Arbeiter die politische Bewegung und Entwicklung nicht zu kümmern habe. Ganz im Gegentheil kann der Arbeiter die Erfüllung seiner legitimen Interessen nur von der politischen Freiheit erwarten u. s. w. u. s. w.“ Oder greife ich die Fortschrittspartei vielleicht deshalb an, weil sie zu weit gehe gegen die Regierung? Ich greife sie vielmehr (siehe p. 4—7 meines „Antwortschreibens“) nur deshalb und auf das äußerste an, weil sie nicht weit genug gehe, weil sie von einer Schwäche und Energielosigkeit ohne Gleichen sei, weil sie bewiesen habe, daß es ihrer kläglichen Mattheit nie gelingen würde, einer entschlossenen Regierung gegenüber die Interessen der Freiheit zum Siege zu führen! Erklärte ich, daß man die Regierung der Fortschrittspartei gegenüber stützen müsse? Ich erkläre vielmehr daselbst (p. 7), daß man die Fortschrittspartei der Regierung gegenüber in solchen Punkten, wo das Interesse ein gemeinschaftliches sei, unterstützen und sie zu zwingen suchen müsse, „sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen“, wie ich noch in meiner letzten Rheinischen Rede (p. 27) die Parole ausgab, bei den bevorstehenden Wahlen aus den daselbst entwickelten Gründen für die Fortschrittler gegen die Regierung zu wählen!

Noch einmal also, warum erklären die Fortschrittler nicht einfach wahrheitsgemäß, daß sie mich, ihrem Verfassungsboden zulieb, als Revolutionär hassen und bekämpfen? Warum

geben sie statt dessen umgekehrt die verläumberische Parole vor Euch aus, daß ich der Reaktion diene?

Der Grund ist einfach; ebenso einfach als nichtswürdig und entrüstend! —

Vor Euch können mir die Fortschrittler diesen Vorwurf nicht machen: ein Revolutionär zu sein. Vor Euch würde, wie sie wissen, dieser Vorwurf, der den wirklichen Grund ihrer Wuth gegen mich bildet, nur die Wirkung haben, Euere Massen um so sicherer zu meinen Anhängern zu machen — und darum lehren diese Heuchler den Spieß um und beschuldigen mich vor Euch, der Reaktion zu dienen, weil sie mich als Revolutionär hassen!

Arbeiter Berlins! Wollt Ihr wissen, ob ich ein Reaktionsär bin? Lest meine Rheinische Rede¹⁾ lest meine Rede „die Wissenschaft und die Arbeiter“, lest alle meine Reden und Vorträge, und Ihr werdet sehen, daß die Fortschrittler insgesammt nicht einmal den Muth haben würden, sie zu halten!

Erinnert Euch, Arbeiter Berlins, wie oben die Süddeutsche Zeitung die „fide Behauptung“ belacht, daß ich der Reaktion diene!

Aber Euch, Arbeiter Berlins, halten die Fortschrittler immer noch für dumm genug, um Euch sogar diese „fide Behauptung“, die sie selbst belachen, aufzubinden!

Folgt also dem Beispiel der Rheinischen Arbeiter! Erkennt an dem Beispiel dieses einen elenden Betrugs, wie plump Ihr in jeder Hinsicht von der Fortschrittspresse, von der Volkszeitung und den Fortschrittlern überhaupt belogen werdet!

Was sollte Euch abhalten können, Arbeiter Berlins, in die Reihen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einzutreten?

Unsere Fahne ist zunächst das allgemeine und direkte Wahlrecht, und diese Fahne, sie ist die nothwendige und zugeborene Fahne eines jeden Mitgliedes Eueres Standes! Sogar diejenigen von Euch, die so bethört sein sollten, eine Verbesserung Euerer sozialen Lage nicht zu wollen, sie sind wie Jeder, welcher, gleichviel welchem Stande er angehört, das allgemeine und direkte Wahlrecht aufrichtig will, genöthigt, in unsere Reihen zu treten.

¹⁾ „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag, drei Symptome des öffentlichen Geistes.“

Denn ist das allgemeine und direkte Wahlrecht erlangt, so würden deshalb ja die sozialen Prinzipien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins noch nicht zur Geltung kommen können, sofern sie nicht die Majorität des aus den allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangenen gesetzgebenden Körpers für sich haben.

Und umgekehrt: haben sie diese Majorität für sich, — nun, so muß sich Jeder, welcher das allgemeine und direkte Wahlrecht aufrichtig will, geduldig auch den sozialen Veränderungen unterwerfen, welche dasselbe durch die Beschlüsse der Volksvertreter im Lande hervorrufen kann!

Jeder also, der nur ein aufrichtiger Anhänger des allgemeinen und direkten Wahlrechts ist, ist, wenn er nicht Euch oder sich selbst täuschen will, genöthigt in die Reihen unseres großen Vereins zu treten, welcher diese Agitation zu seinem nächsten politischen Ziele gemacht hat, und durch diesen Beitritt unsere Agitation zu verstärken.

Was dagegen könnt Ihr mit den Fortschrittlern zu schaffen haben, was kann Euch mit ihnen verbinden?

Während wir für das allgemeine und direkte Wahlrecht agitiren, agitiren die Fortschrittler — für die Aufrechthaltung der preußischen Verfassung!

Die preußische Verfassung aber hat, wie ich Euch in meiner Rheinischen Rede ausführlich bewiesen habe, noch niemals auch nur einen Tag lang zu Recht bestanden!

Die preußische Verfassung ist, wie ich Euch daselbst bewiesen habe, nur das Produkt und Resultat des am Volke verübten Rechtsbruches, des in illegaler Weise aufgehobenen allgemeinen Wahlrechts, das durch das Gesetz vom 8. April 1848 bestand.

Die preußische Verfassung ist, wie ich Euch daselbst nachgewiesen habe, nur der Kompromiß der Bourgeoisie mit der Regierung, für welchen die Bourgeoisie im Interesse ihrer alleinigen Beute das gesetzlich bestehende Recht des Volkes preisgab.

Die preußische Verfassung schließt das Dreiklassenwahlgesetz in sich ein, welches einen wesentlichen Theil von ihr bildet und auch alle ihre anderen Bestimmungen mit seinem Geiste durchdringt.

Die preußische Verfassung schließt das allgemeine und indirekte Wahlrecht aus, welches nicht eintreten kann, insofern diese Verfassung nicht beseitigt ist!

Jeder somit, der für die Aufrechthaltung der Verfassung agitirt, ist als ein Feind der Volkspartei zu betrachten, die für die Einführung des direkten und allgemeinen Wahlrechts agitiren muß!¹⁾

Wie also, Arbeiter Berlins, könntet Ihr, statt Euch um das nothwendige Banner Eurer Klasse, um das Banner der gesammten Demokratie, das allgemeine und direkte Wahlrecht zu schaaren, hinter den Fortschrittlern herlaufen?

Wollt Ihr einen Beweis mehr für die gänzliche Unfähigkeit und Nichtigkeit dieser Männer?

Ich will Euch einen ganz frischen Beweis erbringen, einen Beweis, hergenommen aus ihrem Verhalten zu der wichtigsten Frage, die Deutschland bewegt, zu der großen nationalen Frage und der Reformakte der deutschen Fürsten; einen Beweis, bei dem man sich des Lachens kaum enthalten kann!

Auf dem Frankfurter Abgeordnetentag am 21. August dieses Jahres ließen die Herren Schulze-Delitzsch und von Unruh den Ausschußantrag beschließen, daß man sich zu der Reformakte der deutschen Fürsten „nicht lediglich verneinend verhalten“ dürfe; sie ließen ferner folgenden Satz beschließen: „Ob der Abgeordnetentag in dieser Thatsache (der Reformakte) zugleich die Bürgerschaft sehen darf, daß das gute Recht des deutschen Volkes auf eine seiner würdige Verfassung nach wiederholten unfruchtbaren Verheißungen endlich zur Erfüllung komme, das wird zunächst von dem weiteren Entgegenkommen der deutschen Fürsten und Regierungen abhängen.“

Es war in Frankfurt von Herrn Welker ein Antrag gestellt worden, der Reformakte der Fürsten gegenüber zu erklären, daß an der deutschen Reichsverfassung von 1849 als dem bestehenden Rechte der Nation festgehalten werden müsse.

Die Herren Schulze-Delitzsch und von Unruh brachten es durch ihren Einfluß auf den Abgeordnetentag dahin, daß dieser Antrag zurückgezogen werden mußte. Sie sprachen beide

¹⁾ Diese Sätze, deren Logik sich auf den ersten Blick als unhaltbar erweist, und die auch im offenen Widerspruch mit Lassalle's Ausführungen in „Was nun“ und dem „Offenen Antwortschreiben“ stehen, erklären sich aus der damaligen Situation Lassalle's und seiner Hoffnung auf den Staatsstreich von oben. Sie sind offenbar schon in Hinblick auf die Konferenzen mit Bismarck geschrieben, zu denen die Präliminarien in jenem Augenblick bereits im Gange waren.

auf das Entschiedenste für den oben gedachten, einstimmig angenommenen Ausschußantrag! Herr Schulze-Delitzsch ging von der Ansicht aus, daß es sehr unschlau sein würde, die Reformakte ganz von sich zu weisen; daß sich die deutschen Fürsten in einer Falle gefangen hätten und man sie darin festhalten müsse!¹⁾

¹⁾ Die „Volkszeitung“ vom 23. August referirt aus der Rede des Herrn Schulze-Delitzsch unter Anderem folgendes: „Dasselbe (das Reformprojekt) einfach annehmen, wolle Niemand. Aber es frage sich, ob es abzulehnen sei, wie Besser und Becker wollen, oder ob man wie der Ausschuß die Bedingungen für eine Besserung wolle. Auf dem Wege des bloßen Ablehnens werde man zu einem Parlament schwerer gelangen . . . Eine unbedingte Ablehnung werde den Fürsten aus einer schweren Verlegenheit helfen. Man solle die Fürsten festhalten bei ihrem Wort, sie werden sich selbst Konkurrenz machen zc.“ Die Elberfelder Zeitung vom 24. August (No. 232), welche Herrn Schulze's Rede viel ausführlicher enthält, berichtet aus derselben noch folgendes wörtlich: „Was thun wir denn, wenn wir unbedingt ablehnen? Wir helfen den Fürsten aus einer immensen Verlegenheit . . . Sobald Sie ablehnen, helfen Sie ihnen aus dieser Verlegenheit. Die Fürsten werden sagen, auch unsere Kammern haben an diesem Beschlusse Theil genommen; wir sind nun dispensirt; die Nation will auf dem Wege die Einigung nicht und ein anderer Weg wäre nicht gut. Das aber, meine Herren, wäre nicht politisch; nicht Prinzipien einzig und allein aussprechen, sondern verwirklichen muß man dieselben, sonst treibt man Prinzipienreiterei. Das ist eine Schwäche der deutschen Nation, von der man sich frei halten muß (Herr Schulze ist in der That ganz frei davon!) Das Nächste, am besten zu Erreichende ist festzuhalten. Wir wollen die Herren festhalten bei ihren Vorschlägen; dieselben rufen Geister wach, welche sie zu bannen nicht im Stande sein werden. Helfen wir nicht selbst, diese Geister bannen! Lehnen wir nicht unbedingt ab. Ich weiß, daß sie uns auf die Probe stellen wollen, stellen wir sie auf die Probe“ . . . „Er habe in der letzten Adressdebatte des preussischen Abgeordnetenhauses ausgesprochen, auch wenn die gegenwärtige preussische Regierung die Sache in die Hand nehme und das deutsche Parlament berufen wollte, würde Niemand kommen und die Preußen erst recht nicht. Nicht die einheitliche Spitze ist unmöglich, die preussische Spitze ist unmöglich in diesem Augenblick“ zc.

Die Berliner Nationalzeitung unterschlug merkwürdigerweise ihrem Publikum diese ganze lange Rede ihres Parteichefs, von der sie nur in vier Zeilen spricht. Sollte sie eine Vorausahnung gehabt haben, wie unangenehm dieselbe werden könne? Statt der Rede bringt sie aber am 23. August einen Leitartikel, worin sie erklärt, daß die Erklärung des Frankfurter Abgeordnetentages „eben so erfreulich sei durch Klarheit und Gesundheit des politischen Blickes (!) wie durch Sinnüthigkeit“.

Gut! das war also im August! — Ich ließ mir diese Gelegenheit nicht entgehen und wies in meiner Rheinischen Rede den Fortschrittlern nach, daß sie durch diesen Beschluß sogar ihren eigenen Standpunkt verrathen hätten, daß sie von ihrem Standpunkt aus nichts anderes hätten thun dürfen, als einfach an der Reichsverfassung von 1849 festzuhalten, — eine Verfassung, welche zwar, wie ich daselbst weiter nachwies, eine vollständige Unmöglichkeit für Deutschland, aber nichtsdestoweniger — oder eigentlich gerade deshalb — der nothwendige Standpunkt der Fortschrittler sei.

War es mir wirklich gegeben, sogar die Fortschrittler durch diese Rede zu überzeugen oder haben sie auf irgend einem andern Wege die Entdeckung gemacht, daß sie in Frankfurt eine einfache Verwechslung begangen und für künstliche Schlaubeit gehalten haben, was bloß natürliche Dummheit gewesen — genug, jetzt vor 2 Tagen, am 12. Oktober, halten dieselben Herren von Unruh und Schulze-Delitzsch eine Versammlung des Nationalvereins im Arnim'schen Saale hierselbst ab, in welcher sie beide im Gegensatz zu ihrem Frankfurter Beschluß die Reformakte weit von sich weisen, sie auf das vollständigste vernichten, sie als ein Ding behandeln, an das in keiner Weise angeknüpft werden kann und beschließen lassen, daß „der Fürsten-Reformakte gegenüber an der Reichsverfassung von 1849 festgehalten werden muß.“

Ja, Herr Schulze-Delitzsch erklärt hierbei in seiner Rede wörtlich folgendes (s. National-Zeitung, Abend-Ausgabe vom 14. Oktober): „Wie steht nun die deutsche Nation zu der „Reformakte?“ Sie gewinnt nichts an Macht nach Außen, nichts an Recht nach Innen, sie gäbe dazu das Recht auf, jemals mehr fordern zu dürfen und **sie verdiente nicht mehr zu erlangen.**“!!!

Das Alles — und sogar, daß die Nation nicht mehr zu erlangen verdiente, wenn sie sich auf diese Reformakte einließe, finden jetzt die Herren von Unruh und Schulze-Delitzsch von derselben Reformakte, von der sie im August in Frankfurt beschließen ließen, daß sich die Nation darauf einlassen müsse!

Arbeiter! Ihr, die Ihr Männer seid, deren Ja Ja und deren Nein Nein ist, was wollt Ihr mit so prinzipiosen Wetterfahnen anfangen? Was wollt Ihr mit Männern anfangen, die in Frankfurt, wo man großdeutsch ist, für, und

in Berlin, wo man preußisch ist, gegen die Reformakte sind? Mit Seiltänzern, die im August schwarzgelb und im Oktober schwarzweiß einhergehen? Mit Männern schlimmer als Wetterfahnen, da sie ihre Richtung ändern, selbst ohne Windstoß! denn noch hat sich seit dem August in der Lage der deutschen Frage seitens der deutschen Fürsten nichts geändert! Es ist seitens derselben nicht einmal der geringste neue Vorgang eingetreten, der auch nur zum dürftigsten Vorwand für diese Aenderung der Richtung genommen werden könnte!

Was wollt Ihr mit Männern, die nicht einmal in der wichtigsten nationalen Frage wissen, was sie selber wollen und Euch also noch viel weniger sagen können, was Ihr wollen sollt?! Was wollt Ihr mit Männern, die nicht einmal in der unsere ganze Existenz als Nation betreffenden Frage auf dem Boden eines Prinzips einhererschreiten? Was wollt Ihr mit politischen Kindern, die — wie Kinder gern Große nachäffen! Volkspolitik und Fürsten-Diplomatie verwechselnd, nach diplomatischer Schlaueit haschen und dabei, wie natürlich, das Unglück haben, im Oktober selbst finden zu müssen, daß herzlich dumm war, was sie im August für gründlich schlau hielten, auf die Gefahr hin, im Januar wieder zu finden, daß nach einer andern Seite hin die Schlaueit vom Oktober der Dummheit vom August in nichts nachsteht?!

Wie könntet Ihr hoffen, Arbeiter, mit so kleingeistigen, prinziplosen Männern jemals die großen Interessen der Freiheit erkämpfen und die Hindernisse besiegen zu können, die nur der ersten Konsequenz der Prinzipien weichen?

Was also sollte Euch abhalten können, in unsere Reihen einzutreten?

Und seid Ihr, Arbeiter Berlins, nicht überdies hierzu genöthigt durch unser soziales Programm: die Verbesserung Eurer sozialen Lage?

Wer von Euch, Arbeiter, sollte so beschränkt und so blind gegen sein eigenes Interesse sein, nicht die tiefe Ungerechtigkeit Eurer Klassenlage und die Nothwendigkeit ihrer Verbesserung zu empfinden?

Oder ist es vielleicht das täuschende Wort „Selbsthilfe“, der falsche und heuchlerische Gegensatz, den man zwischen dieser und der von mir vorgeschlagenen Hilfe durch die Gesetzgebung macht, durch welchen man Euch zurückhält?

Arme, betrogene Masse, die man durch den Köder eines Wortes verführt!

Wo giebt es eine großartigere „soziale Selbsthülfe“ als diejenige, welche darin besteht: den Staat umzuformen und hierdurch auch die sozialen Verhältnisse zu ändern?

Im Privatleben helfen sich die Einzelnen jeder mit seinen isolirten Kräften so gut es geht.

Die Völker und Klassen helfen sich stets nur und haben sich seit je nur geholfen durch die Gesetzgebung!

Die Selbsthülfe der Völker und Klassen — das ist die Aenderung der Gesetzgebung, die Einführung jener großen allgemeinen Institutionen, welche das gesammte soziale Leben bedingen!

Und habe ich Euch denn eine solche Staatshülfe vorgeschlagen, wie sie neulich in Brüssel verlangt wurde, daß nämlich die Arbeiter vom Staate pensionirt werden sollten?

Ich weise einen solchen Gedanken, der wiederum auf ein Almosen hinauslaufen und Eure Selbständigkeit und Unabhängigkeit gefährden würde, weit von mir! ¹⁾

Ich habe nichts mehr und nichts weniger verlangt, als daß der zukünftige Staat, der durch die Einführung des direkten und allgemeinen Stimmrechts wiedergeborene demokratische Staat durch eine ihm sehr leichtfallende Kreditoperation Euch die Kapitalvorschüsse beschaffe, welche den Arbeitern für die Bildung von Produktiv-Assoziationen erforderlich sind!

Diese Staatshülfe, sie ist kein Gegensatz zur Selbsthülfe. Sie gewährt Euch im Gegentheil nur die Möglichkeit der Selbsthülfe! Sie gewährt Euch erst die Möglichkeit, Eure Lage durch Selbsthülfe zu verbessern, durch Eure eigenen Unternehmungen Euch selbst zu helfen, die Früchte Eurer Arbeitskraft für Euch selbst zu ernten! Heißt es, die Selbsthülfe aufheben, wenn man Euch die wirkliche Möglichkeit derselben gewährt?

Wird der Gewinn, den Ihr aus Euren Unternehmungen beziehen werdet, nicht das Resultat Eurer eigenen That- und Arbeitskraft sein — mit dem einzigen Unterschied, daß die Früchte derselben dann Euch zufließen, während sie

¹⁾ Dieser Satz zeigt, wie das Urtheil Lassalle's über die grandiose Bismarckische Sozialreform gelautet haben würde. D. S.

jetzt ausschließlich in die Tasche des Unternehmers wandern, der Euch mit der magern Lebensnothdurft in der Form des Arbeitslohnes abspeist?

Der Arbeitslohn selbst, den Ihr z. B. in den Werkstätten der Unternehmer an und mit den Maschinen und Arbeitsinstrumenten derselben aller Art — diesen verkörperten Kapitalien — verdient, ist er darum weniger das Resultat Eurer Selbsthülfe, weil er von Euch an Maschinen und Arbeitsinstrumenten und also an Kapitalien erarbeitet wird, die Euch nicht gehören?

Arbeitet der Sezer im Atelier des Unternehmers nicht mit den Lettern desselben? Der Weber, sei es in der Unternehmerwerkstatt, sei es bei sich zu Haus, nicht an dem ihm eingehändigten Rohstoff desselben, und so weiter? Ist der Arbeitslohn, den sie hieran verdienen, nicht Resultat ihrer Selbsthülfe, weil ihnen Arbeitsinstrument oder Rohstoff nicht gehören?

Oder ist dieser Arbeitsertrag nur so lange Resultat der Selbsthülfe, als er auf den Arbeitslohn — d. h. auf den durch die Konkurrenz, die sich die Arbeiter heutzutage machen müssen, bestimmten nothdürftigen Lebensunterhalt — beschränkt bleibt und den Ueberschuß als Gewinn in die Tasche der Unternehmer fallen läßt? Und hört dieser Arbeitslohn dann auf, Resultat der „Selbsthülfe“ zu sein, wenn er steigt und den gesammten Arbeitsertrag, also auch den Geschäftsgewinn umfaßt?

Arbeiter Berlins, merkt Ihr noch nicht die grobe und plumpe Täuschung, die man Euch vorspiegelt?

Es wäre, um über Euch zu lachen und sich kalt und gleichgültig von Eurer Sache zurückzuziehen, wenn es nicht grade um so mehr Mitgefühl und Unwillen in einem warmen Herzen erwecken müßte, Eure Ehrlichkeit durch einen so schändlichen Betrug gemißbraucht zu sehen!

Und hat Herr Schulze-Delitzsch nicht selbst diese Täuschung eingestehen müssen, indem er Euch in der Sitzung des Arbeitervereins vom 21. Juni d. J. verkündete (s. die Volkszeitung vom 23. Juni), daß er selbst bei den Besitzenden 100,000 Thaler aufgebracht habe, um den Produktiv-Assoziationen, die er jetzt bilden wolle, den erforderlichen Vorschuß zu gewähren?

Er selbst ist also jetzt nach meiner Agitation und unter

dem Drucke derselben nicht nur dazu übergegangen, Produktiv-Assoziationen bilden zu wollen, auf die ich Euch in meinem „Antwortschreiben“ hinwies, sondern er hat auch selbst eingestanden, daß Euch die Kapitalvorschüsse zur Produktion, wenn von Produktiv-Assoziationen unter Euch die Rede sein soll, von Andern gewährt werden müssen; daß sie erforderlich sind, weil sie sich in Euren Taschen nicht finden und ohne sie nicht produziert werden kann!¹⁾

Er hat also selbst eingestanden, daß die Selbsthülfe dadurch nicht aufgehoben wird, daß Euch die Kapitalvorschüsse resp. Kredite zur Produktion von Außen her gewährt werden?

Und ist es dann nicht zunächst dasselbe, ob sie Euch von einzelnen Reichen oder vom gesammten Volke in seiner einheitlichen Zusammenfassung als Staat durch den gesetzgebenden Körper gewährt werden?

Oder vielmehr: von einzelnen Reichen gewährt, bleiben sie ein Almosen, das Euch erniedrigt! Ein Almosen, das Euch in die fortdauernde Abhängigkeit von dem guten Willen jener einzelnen Personen bringt! Dagegen von der gesammten Nation in ihrer einheitlichen Zusammenfassung als Staat gewährt, bilden sie Euer fortdauerndes gesetzliches Recht, für das Ihr in keines Menschen Abhängigkeit seid und keinem Menschen zu danken habt.

Derselbe Unterschied wie beim Charakter dieser Hülfe zeigte sich bei ihrem Umfang. Von den einzelnen Reichen gewährt, können sich diese Vorschüsse nur etwa auf hunderttausend oder höchstens hunderttausende von Thalern erstrecken, also auf Summen, so klein, daß sie im besten Falle nur einer Handvoll Einzelner unter Euch helfen und sie über Eure

1) Wie schon früher erwähnt, beruhen diese Ausführungen Lassalle's auf mangelhaften Zeitungsberichten über die betr. Rede Schulze-Delitzsch's. Schulze hatte in Wirklichkeit jenes Anerbieten als einen Beweis für den geschäftlichen Kredit angeführt, dessen sich die selbsthülflerischen Genossenschaften bereits erfreuten, und insofern paßte es auch in sein System der „sozialen Selbsthülfe“. Auch hatte Schulze schon in seiner 1858 erschienenen Schrift über das Assoziationswesen die Produktiv-Assoziation als den „Gipfel-punkt des ganzen Systems“ bezeichnet. Man kann das anerkennen, ohne über die thatsächliche Verfehltheit und dem spießbürgerlich-reaktionären Charakter der Schulze'schen Assoziationen irgend einem Zweifel Vorschub zu leisten.

Klassen emporsteigen machen können. Dies aber, einige Einzelne unter Euch über Eure Klasse emporsteigen zu machen — dies ist nicht das Interesse Eurer Klasse, sondern das Gegentheil davon! Um aber Eure Klasse, um nicht bloß einzelne wenige Arbeiter, sondern die Arbeit selbst zu befreien — die Millionen und Millionen von Thalern, deren es dazu bedarf, kann nur Staat und Gesetzgebung gewähren.

Noch einmal also, Arbeiter! Jene Kreditvorschüsse durch den Staat gewähren Euch, statt Eure Selbsthülfe aufzuheben, grade erst die die wirkliche Möglichkeit dieser Selbsthülfe!

Wisset Ihr nicht, daß sogar hunderte von Bourgeois schon hundertmal ihr Geschäft hätten schließen müssen, wenn sie nicht durch Staatsbanken in der Form von Wechseldiscontirungen ähnliche Kreditvorschüsse erhielten? Und habt Ihr deshalb jemals gehört, daß diese Bourgeois deshalb abhängig sind und von Staatshülfe leben?

Arbeiter Berlins! In welcher tiefen Nacht müßtet Ihr Euch befinden, wenn Ihr nicht den interessirten Grund dieses heuchlerischen und trügerischen Gegensatzes, den man zwischen der Selbsthülfe und jenen von mir verlangten Kreditvorschüssen macht, einsehen solltet! Grade ohne diese Kreditvorschüsse werdet Ihr niemals zur Produktiv-Assoziation, niemals zur Selbsthülfe gelangen. Sie würde ein ewig täuschendes leeres Wort für Euch bleiben, durch das man Euch narrt! Und grade nur in der Institution dieser Kreditvorschüsse für Arbeiter-Assoziationen habt Ihr die reale Möglichkeit zur Selbsthülfe!

Allen Einzelnen aber durch die großen Gesamteinrichtungen des Staats in einer den jedesmaligen Zeitbedürfnissen entsprechenden Weise die reale Möglichkeit zur Selbsthülfe und Selbstentwicklung zu gewähren — das ist grade der innerste Sinn der Freiheit, das ist der wahre Inhalt aller gesellschaftlichen Ordnung; das — und nicht der bloße Polizeizweck, Verbrechen abzuwehren — ist der letzte Grund und Zweck des Staats, der nicht den Ministern oder dem Könige gehört, sondern durch Alle und für Alle da ist! Das ist grade der wahrhafte Grund, weshalb Staaten überhaupt bestehen und die Menschen nicht ohne geselligen Verband herumlaufen auf ihre Kräfte als Einzelne beschränkt, gleich den Thieren!

Endlich aber, Arbeiter Berlins, habe ich Euch denn auf den gegenwärtigen Staat, auf den Polizeistaat hingewiesen? Ich habe Euch für diese Hülfe hingewiesen auf den zukünftigen, unter die Herrschaft des allgemeinen und direkten Wahlrechts gestellten Staat. Auf den Staat also, der die höchste Entfaltung der Freiheit sein und unter der Herrschaft des gesammten Volkes stehen wird!

Um Euch, Arbeiter Berlins, aufzuklären über diese ganze Reihe von Täuschungen hat der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein beschlossen, daß ich diese Ansprache an Euch richte und in zehntausend Exemplaren unentgeltlich unter Euch verbreite!

Arbeiter Berlins! Der zu Euch spricht, führt vor Euch nicht seine Sache, sondern Eure eigne! Der zu Euch spricht, spricht nicht zu Euch als ein einzelner Mann, sondern als der Repräsentant vieler Tausende von Arbeitern und mit dem ganzen Ansehen, das es ihm bei Euch geben muß, so viele Tausende Eurer Klasse vor Euch zu verkörpern!

Durch meinen Mund sprechen zu Euch Eure Brüder vom Rhein und vom Main, von der Elbe und der Nordsee. Sie strecken Euch die schwieligen Fäuste hin und verlangen, daß Ihr einschlaget in ihre Bruderhand!

Sie rufen Euch zu: Erwachet aus Eurer Theilnahmlosigkeit und tretet ein in unsern Bruderbund!

Sie rufen Euch zu: wie könntet Ihr hinter den Fortschrittlern einherlaufen oder in tragem Indifferentismus verharren hier, wo es sich um die politische Freiheit, um die Wiedererhebung der Demokratie und um die materiellen Interessen Eurer Klasse, um die Befreiung der Arbeit von dem Tribut an das Kapital überhaupt handelt?

Sie rufen Euch zu: Denket Eurer großen Todten vom März 1848! Wollet Ihr, die Söhne und Brüder jener, welche mit die Ersten waren in der Bewegung von damals, die Letzten sein in der Bewegung von heute?

Und damals handelte es sich bloß um die politische Freiheit! heute handelt es sich um die politische Freiheit und um die Arbeitsinteressen zugleich.

Und damals handelte es sich darum Barrikaden zu bauen — heute handelt es sich zunächst nur darum, durch den gesetzlich vollkommen erlaubten Eintritt in unsern Verein, durch eine imposante Entfaltung unserer Zahl und Einmüthig-

keit eine Stellung einzunehmen, welche einen immensen Druck auf Regierung wie Fortschrittler zugleich ausüben und eine neue Wendung in der Entwicklung unseres Volkes herbeiführen muß!

Auf also, Arbeiter Berlins! Zeichnet Euch ein in die Listen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins! Am Ende dieser Schrift sind Euch die Namen und Wohnungen der Männer angegeben, bei welchen Ihr diese Einzeichnung bewerkstelligen und die Mitgliederkarten und Statuten in Empfang nehmen könnt.¹⁾

Bedenket, was ich Euch in meiner Rheinischen Rede zurufe: Kein Arbeiter ist als ein voller Arbeiter zu betrachten, wenn er nicht in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eintritt. Denn es fehlt ihm entweder an Einsicht in das Lebensinteresse seiner Klasse, oder an der Männlichkeit, selbst für dieses Interesse wirken zu wollen!

Bedenket die Verantwortlichkeit, Arbeiter Berlins, die Ihr durch fortgesetztes Zaudern vor Euren Brüdern, vor Euch selbst, vor der gesamten Geschichte auf Euch laden würdet! Die wichtigsten Centren Deutschlands sind gewonnen. Leipzig und die Fabrikgegenden Sachsens sind für uns. Hamburg und Frankfurt am Main marschiren unter unsrer Fahne.

Das preußische Rheinland geht bereits im vollen Sturmschritt voran!

Mit Berlin wird die Bewegung unwiderstehlich!

Wollt Ihr, Arbeiter Berlins, die Verantwortung auf Euch laden, durch Eure Haltung diese große deutsche Bewegung, den Triumph Eurer gemeinsamen Sache zurückgeworfen zu haben?

Wollt Ihr, die Arbeiter der Hauptstadt, welche die Verpflichtung hätten, Allen voran zu marschiren, den Vorwurf auf Euch laden, die Letzten gewesen zu sein, die sich der Bewegung angeschlossen?

Bedenket die auseinanderreißenden Folgen, die es für Euren eignen Stand haben muß, wenn Ihr Euch feindlich oder theilnahmlos verhaltet gegen eine Bewegung, welche den Arbeiterstand in so vielen deutschen Städten und Provinzen mit Begeisterung und Enthusiasmus ergriffen hat!

¹⁾ Da diese Liste ein gewisses historisches Interesse hat, lassen wir sie in einem Nachtrag zu dieser Broschüre folgen. D. V.

Die Uneinigkeit der deutschen Fürsten und Stämme, dieser traurige Charakterzug unserer bisherigen Geschichte — soll sie sich sogar auch noch im deutschen Arbeiterstande wiederfinden und unsre nationale Entwicklung vereiteln?

Fern sei das von Euch! Fern von mir, es zu glauben!

Also, Arbeiter Berlins, — erwachet, und — die Besten von Euch voran, — zeichnet Euch ein in die Listen unseres Vereins!

Im Namen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins
Berlin, den 14. Oktober 1863.

Der Präsident

Ferdinand Lassalle.

Nachtrag.

Einzeichnungen in die Mitgliederlisten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nehmen entgegen und händigen den Eintretenden Mitgliederkarten und Statuten aus:

Herr Altgefelle **Mehner**, Vorstandsmitglied für Berlin, Gr. Frankfurter-Str. 107, 3 Treppen.

„ Schuhmacher **Friedrich Arndt**, Bevollmächtigter für Berlin, Gr. Frankfurter-Str. 107, 3 Treppen.

„ **Julius Wahlreich**, Sekretär des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Köthener Str. 36, 3 Treppen;

sowie

folgende Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins:
Herr Cand. philos. **Alexi**, Weinmeister Str. 8, 2 Treppen (täglich von 12—1 Uhr und Sonntags von 8—11 Uhr).

„ Dr. med. **Cisner**, Landsberger Str. 102, 1 Treppe (früh bis 9 Uhr und Mittags von 1—2 Uhr).

„ Zeitungsexpedient **Falkenhagen**, Adalbert-Str. 31.

„ Schuhmacher **Heuts**, Schützen-Str. 68 beim Schuhmacher Peters.

- Herr Dr. med. **Louis Neumann**, Gr. Hamburger Str. 34
 (früh bis 9 Uhr und Sonntags bis 11 Uhr).
 „ Schriftfeger **Johann Ostertag**.
 „ Schuhmacher **Voigt**, Leipziger Str. 26, im Hof 3 Treppen
 bei Saalwender.

Bei allen Genannten sind sämtliche Agitationschriften zu beziehen und zwar zu sehr ermäßigten und nur für Arbeiter bestimmten Preisen, insbesondere:

1. „Antwortschreiben an das Leipziger Central-Comité“, von **F. Lassalle**, à 1 Sgr.
2. „Arbeiterlesebuch“, von **F. Lassalle**, à 2¹/₂ Sgr.
3. „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag“, von **F. Lassalle**, à 2 Sgr.
4. „Die indirekten Steuern und die Lage des Arbeiterstandes“, eine Bertheidigungsrede von **F. Lassalle** vor dem königlichen Kammergericht, à 8 Sgr.
5. „Die Wissenschaft und die Arbeiter“, eine Bertheidigungsrede von **F. Lassalle** vor dem königl. Kriminalgericht à 5 Sgr.
6. „Verfassungswesen“, ein Vortrag, gehalten von **F. Lassalle**, à 1 Sgr.
7. „Was thun“, Vortrag, gehalten von **F. Lassalle**, à 3 Sgr.

Das Lokal des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ist im Saale des **Admiralsgartens** bei Herrn **Lißmann**, Große Friedrichs-Straße 102.

Geschlossene Sitzungen der Mitglieder — Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten — finden vom 22. Oktober **alle Montage Abends von 8 Uhr an statt**. Solche, die Mitglieder werden wollen, können an den genannten Abenden noch im gedachten Lokale selbst ihre Einzeichnung in die Mitgliederlisten bewirken und die Mitgliederkarten in Empfang nehmen.

Ueber die **öffentlichen Vorträge** wird in den Zeitungen seiner Zeit das Nähere bekannt gemacht werden.

Der
Hochverraths-Prozeß

wider

Ferdinand Lassalle

vor dem

Staats-Gerichts-Hofe zu Berlin

am

12. März 1864.

Nach dem stenographischen Bericht.

Bemerkung auf den ersten Abdruck:

Der Reinertrag fließt in die
Kasse des „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins“.

Erster Abdruck erschienen:

Berlin 1864.

Verlag von Reinhold Schlingmann.

Verhandelt

vor dem Staats-Gerichtshofe zu Berlin

am 12. März 1864.

Der Gerichtshof ist versammelt in dem Sitzungssaale Nr. 1 des Kammergerichts-Gebäudes, Lindenstraße Nr. 15. An dem Richtertische, der an der hintern Breitseite des Saales auf einer mehrere Stufen hohen Estrade sich befindet, befinden sich: in der Mitte der Vorsitzende des Gerichtshofes, zweiter Präsident des Kammergerichts Büchtemann, neben ihm die neun Beisitzer, rechts die Geh. Justiz- und Kammergerichtsräthe Gutschmidt und Grein und die Kammergerichtsräthe Leonhardt und Bratring; links der Geh. Justiz- und Kammergerichtsrath Drogandt und die Kammergerichtsräthe Becker, v. Delrichs, Vogel, Hoppe. (Schriftführer: ein Kammergerichts-Referendar.)

Als öffentlicher Ankläger fungirt, zur äußersten Rechten des Tisches, der Oberstaatsanwalt bei dem Kammergerichte Udelung.

Die Sache wurde Punkt 10 Uhr Vormittags durch Ausruf des Namens des Angeklagten Ferdinand Cassalle eröffnet. Derselbe erschien innerhalb der Barre des Parquet mit seinem Bertheidiger, Rechtsanwalt Holthoff, und nahm zur Rechten desselben, am Tische der Bertheidiger, welcher sich in der Mitte vor den Stufen der Estrade des Gerichtstisches befindet, Platz.

Vor der Barre fand sich ein zahlreiches Publikum ein, darunter mehrere Abgeordnete, sowie viele Mitglieder des Allgem. Deutschen Arbeitervereins.

Die Verhandlung begann mit der Feststellung der persönlichen Identität des als Angeklagter Erschienenen, sowie mit der Verlesung der Anklage nebst ihres Einleitungsbeschlusses durch den Gerichtsschreiber.

Das Schriftstück lautet:

Anklage

des
Ober-Staatsanwalt beim Königlichen Kammergericht
wider
den Privatmann Ferdinand Lassalle,

Potsdamerstraße 13 hieselbst wohnhaft, geboren am 11. April 1825 in Breslau, nicht Soldat und bereits bestraft durch Urtheil des Königlichen Landgerichts zu Düsseldorf vom 5. Juli 1849 wegen Aufforderung der Bürgerwehr zum gewaltsamen Widerstande bis zum Blutvergießen gegen die Entwaffnung derselben und Beleidigung eines Beamten in Beziehung auf dessen Beruf, mit sechs Monaten Gefängniß.

I.

Der Angeklagte Lassalle ist geständig, der Verfasser der Broschüre: „An die Arbeiter Berlins, Eine Ansprache im Namen der Arbeiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Berlin, Commissions-Verlag von R. Schlingmann 1863“, zu sein.

Dieselbe ist im Oktober 1863 bei Weinberg, Monbijou-Platz Nr. 10, in einer Auflage von 16000 Exemplaren gedruckt worden und gesteht der Angeklagte zu, daß sie im Sinne des Preßgesetzes veröffentlicht worden ist.

Bei dem Verleger Schlingmann sind nur noch 2960, in der Wohnung des Angeklagten nur noch 25 Exemplare der genannten Broschüre vorgefunden worden. 41 Exemplare sind bei dem Zeitungsexpedienten Falkenhagen in Beschlag genommen worden.

Durch die Veröffentlichung dieser Broschüre hat sich der Angeklagte einer Handlung, durch welche ein hochverrätherisches, nämlich auf gewaltsame Aenderung der Preussischen Staatsverfassung abzielendes Unternehmen vorbereitet wurde, schuldig gemacht.

Der Angeklagte fordert nämlich in dieser Broschüre die Berliner Arbeiter zum Eintritt in den von ihm gegründeten „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ auf.

Der Zweck dieses Vereins ist die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, wie nicht allein in der Broschüre, sondern auch in dem bei den Akten befindlichen Statut des Vereins ausdrücklich behauptet wird.

Durch die Herstellung dieses Wahlrechts will der Angeklagte nach seinen eigenen Worten den gegenwärtigen preußischen Staat „umformen“, an Stelle desselben den „wiedergeborenen demokratischen Staat“ setzen, der „die höchste Entfaltung der Freiheit sein und unter der Herrschaft des gesammten Volkes stehen“ soll. Das Programm dieses zukünftigen Staates soll „die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter im Wege der Gesetzgebung“ sein, dieser zukünftige Staat soll den Arbeitern insbesondere durch Kreditoperationen die Kapitalvorschüsse verschaffen, welche ihnen für die Bildung von Produktiv-Assoziationen erforderlich seien.

„Wer von Euch — so heißt es Seite 19 wörtlich — sollte so beschränkt und blind gegen sein eigenes Interesse sein, nicht die tiefe Ungerechtigkeit eurer Klassenlage und die Nothwendigkeit ihrer Verbesserung zu empfinden?“

Dieses Ziel des Vereins könnte nur durch eine Aenderung der preußischen Staatsverfassung vom 31. Januar 1850 erreicht werden, da diese das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht nicht kennt. Dies spricht auch der Angeklagte in seiner Broschüre ausdrücklich aus:

„Die preußische Verfassung hat noch niemals auch nur einen Tag lang zu Recht bestanden.

Die preußische Verfassung ist nur das Produkt des am Volke verübten Rechtsbruchs, des in illegaler Weise aufgehobenen allgemeinen Wahlrechts, das durch das Gesetz vom 8. April 1848 bestand.

Die preußische Verfassung ist nur der Kompromiß der Bourgeoisie mit der Regierung, für welchen die Bourgeoisie im Interesse ihrer alleinigen Beute das gesetzlich bestehende Recht des Volkes preis gab.

Die preußische Verfassung schließt das allgemeine und direkte Wahlrecht aus, welches nicht eintreten kann, insofern diese Verfassung nicht beseitigt ist.

Jeder somit, der für die Aufrechterhaltung der Verfassung agitirt, ist als ein Feind der Volkspartei zu betrachten, die für die Einführung des direkten und allgemeinen Wahlrechts agitiren muß.“

Was aber das Mittel betrifft, durch welches der Arbeiterverein diese Umformung des Staates erreichen will, so wird zwar in dem Vereinsstatut behauptet, es solle nur auf friedlichem und legalem Wege, durch das Gewinnen der öffentlichen

Ueberzeugung für die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gewirkt werden. Die vorliegende Broschüre ergiebt jedoch, daß hinter diesem Mittel ein anderes verborgen ist, daß der eigentliche Zweck des Vereins ist:

zunächst durch eine massenhafte Vereinigung der Arbeiter einen Druck auf die Regierung und die widerstrebenden politischen Parteien zu üben, und wenn dieser kompulsive¹⁾ Zwang nicht ausreichen sollte, um eine Aenderung der Verfassung durchzusetzen, zu diesem Behuf eventuell auch physische Gewalt anzuwenden.

Dies ergiebt sich aus Folgendem:

Der Angeklagte theilt in seiner Broschüre den Arbeitern einen Leitartikel aus der Süddeutschen Zeitung, angeblich einem Organe der Fortschrittspartei, über eine von ihm in Barmen abgehaltene Arbeiter-Versammlung mit. Der Kern dieses Artikels ist die Enthüllung des eigentlichen Ziels der von dem Angeklagten organisirten Arbeiterbewegung, hergeleitet namentlich aus dem bereits zu Tage getretenen Charakter der von ihm abgehaltenen Rheinischen Arbeiterversammlungen. Der Artikel spricht die Besorgniß aus, daß sich die entschiedenen Elemente der Fortschrittspartei, „weil diese vor dem Kampfe mit der Krone zurückschrecken, der doch der Angelpunkt des ganzen Konflikts sei“, von ihren Anhängen lossagen und der allgemeinen deutschen Arbeiterbewegung in die Arme werfen würden. Der Zweck dieser Bewegung sei aber der gewaltsame Umsturz der bestehenden Verfassung. Man dürfe die Gefährlichkeit der Umsturzbestrebungen des Angeklagten nicht unterschätzen.

Es sei eine fade Behauptung, daß Angeklagter ein Werkzeug der Reaktion sei. „Die Zahl seiner Anhänger sei fortwährend im Wachsen und noch bemerkenswerther sei der Fanatismus dieser Anhänger.“ „Die Bierseidel, welche am vergangenen Sonntage in Barmen auf die abziehenden Fortschrittsmänner geworfen worden, seien nicht die Waffen gewöhnlicher Rohheit gewesen, und, wenn Lassalle sein Auftreten als eine „Heerschau“ bezeichne, so dürfe man dieses Wort nicht als eitle Ueberhebung betrachten.“ „Was den Arbeiterstand politisch so bedeutend mache, seien die derben Fäuste, der hungrige Magen, die Beweglichkeit, die Entschlossenheit.“ „Wir

1) Hier mit „moralisch nöthigend“ zu übersetzen. D. S.

wissen nicht — so heißt es wörtlich — ob wir jemals werden ein Heer von Schützen und Turnern für die Verfassung ins Feld rücken sehen; aber das wissen wir, daß ein Lassalle'sches Arbeiterheer, wenn man die Dinge so weit kommen läßt, von der gegenwärtigen Verfassung Deutschlands kein Stück beim Alten lassen würde, am wenigsten Scepter, Krone, Stern und andere Spielsachen.“ „Wir stehen an dem Vorabende einer großen socialen Umwälzung.“

Der Angeklagte will diesen Artikel nur mitgetheilt haben, um den Arbeitern zu beweisen, daß selbst seine Gegnerin, die Fortschrittspartei, in Blättern, welche die Arbeiter nicht lesen, anerkenne, daß er kein Reaktionär sei. In Wirklichkeit aber hat er beabsichtigt, die Arbeiter durch diese indirekte Enthüllung seiner wirklichen Tendenzen zu dem Eintritt in den Arbeiterverein zu bewegen.

Daß er den revolutionären Standpunkt für ein geeignetes Mittel betrachtet, die Arbeiter für sich zu gewinnen, zeigt folgende Stelle:

„Noch einmal also, warum erklären die Fortschrittler nicht einfach wahrheitsgemäß, daß sie mich, ihrem Verfassungsboden zu lieb, als revolutionär hassen und bekämpfen? Warum gaben sie statt dessen umgekehrt die verläunderische Parole vor Euch aus, daß ich der Reaktion diene? Der Grund ist einfach. Vor Euch können mir die Fortschrittler diesen Vorwurf nicht machen, ein Revolutionär zu sein. Vor Euch würde, wie sie wissen, dieser Vorwurf, der den wirklichen Grund ihrer Wuth gegen mich bildet, nur die Wirkung haben, Eure Massen um so sicherer zu meinen Anhängern zu machen.“

Der Angeklagte giebt aber in seiner Brochüre auch zur Genüge zu erkennen, daß der mitgetheilte Artikel den Ausdruck seiner eigenen Meinung enthalte.

Nachdem er ausgeführt, daß einzelne Zeitungen beabsichtigt hätten, das Urtheil der Arbeiter über verschiedene Vorgänge in den Rheinischen Arbeiterversammlungen irre zu leiten, ohne dabei irgend des Vorwurfs, daß er Reaktionär sein solle, zu erwähnen, nachdem er der Begeisterung, mit welcher ihm die Rheinischen Arbeiter anhängen, gedacht, bringt er in unmittelbarem Anschluß an die Aufstellung, daß sein Arbeiterverein kaum vier Monate bestehe und daß bereits die Leidenschaft im Herzen des Volks sich eingestellt habe, jenen Artikel und leitet ihn mit den Worten ein:

„Wollt Ihr Alles, was ich Euch mit meinen Worten gesagt habe, aus dem Munde meiner Gegner selbst vernehmen, wollt Ihr sehen, wie sie da, wo sie unter sich selbst sprechen, sich Alles das selbst eingestehen, was ich Euch bis jetzt gesagt habe? Nun wohl, ich will Euch auch noch diesen Beweis liefern.“

Und unmittelbar nach Mittheilung des Artikels spricht er sich über denselben dahin aus:

„Seht Ihr, Arbeiter? Die Zahl der Anhänger des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, ihre Begeisterung, ihr stetes Wachsthum, der Widerwille, mit welchem die Herren Kaufleute und Fabrikanten früher Herrn Schulze-Delitzsch betrachtet haben, den sie erst jetzt, wo er bei Euch als Gegengift gegen mich dienen soll, als Mittel, Euch von der energischen Verfolgung Eurer Interessen, von mir und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein fern zu halten, bedrängen¹⁾ — Alles ist hier mit dünnen Worten eingestanden.“

„Die Lächerlichkeit der Erfindung, daß ich der Reaktion diene, die Furcht, daß umgekehrt der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein den Ast abzusägen drohte, auf welchen Fortschrittler und Reaktion gemeinsam sitzen — das Alles und noch vieles Andere wird ebenso wie der wirkliche Charakter der Rheinischen Arbeiterversammlungen hier von unsern Gegnern offen eingeräumt.“

„Und während so bereits Bestürzung und Verwirrung in den Reihen unserer Gegner herrscht, steht Ihr, Arbeiter Berlins, noch unerschlossen und zaudernd, nicht wissend, welche Partei Ihr ergreifen sollt?“

An dieser Stelle bezeichnet also der Angeklagte die Schilderung, welche der mitgetheilte Artikel über den Fanatismus und das stete Wachsthum seiner Anhänger, sowie über den wirklichen Charakter der Rheinischen Versammlungen macht, ausdrücklich für zutreffend. Diese Rheinischen Versammlungen wurden aber von dem Artikel dahin charakterisirt, daß sie schon jetzt die auf die physische Gewalt gestützte Volksbewegung kennzeichnen.

¹⁾ Ein Schreib- oder Druckfehler; im Original der Ansprache „An die Arbeiter Berlins“ heißt es an der betreffenden Stelle „befränzen“.

Aber nicht bloß indirekt durch Mittheilung jenes Artikels der Süddeutschen Zeitung hat der Angeklagte in seiner Broschüre den Arbeitern seinen Entschluß zu erkennen gegeben, zur Erreichung seines Zweckes nöthigenfalls Gewalt anzuwenden. Er ermahnt die Arbeiter am Schlusse seiner Broschüre, ihrer großen Todten vom Jahre 1848 zu gedenken und giebt unzweideutig zu erkennen, daß der Unterschied zwischen der damaligen Volksbewegung und der von ihm organisirten Arbeitervereinigung nur darin bestehe, daß letztere nicht sofort, sondern erst dann zur Anwendung gewaltsamer Mittel schreiten solle, wenn das zunächst ins Auge gefaßte Mittel der Einschüchterung der Regierung durch die imposante Aufstellung eines Arbeiter-**Heeres** sich als unzureichend erweisen sollte. Die Stelle lautet wörtlich:

„Sie (die Rheinischen Arbeiter) rufen Euch zu: Denket Eurer großen Todten vom März 1848! Wollet Ihr, die Söhne und Brüder Jener, welche mit die Ersten waren in der Bewegung von damals, die Letzten sein in der Bewegung von heute?“ Und damals handelte es sich bloß um die politische Freiheit, heute handelt es sich um die politische Freiheit und um die Arbeitsinteressen zugleich.

Und damals handelt es sich darum, **Barrikaden zu bauen** — heute handelt es sich zunächst nur darum, durch den gesetzlich vollkommen erlaubten Eintritt in unseren Verein, durch eine imposante Entfaltung unserer Zahl und Einmüthigkeit eine Stellung einzunehmen, welche einen immensen Druck auf Regierung und Fortschrittler zugleich ausüben und eine neue Wendung in der Entwicklung unsres Volks herbeiführen muß

Bedenket, was ich Euch in meiner Rheinischen Rede zurufe: Kein Arbeiter ist als ein voller Arbeiter zu betrachten, wenn er nicht in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eintritt. Denn es fehlt ihm entweder an Einsicht in das Lebensinteresse seiner Klasse, oder an der Männlichkeit, selbst für dieses Interesse wirken zu wollen!

Die wichtigsten Centren Deutschlands sind gewonnen. Leipzig und die Fabrikgegenden Sachsens sind für uns. Hamburg und Frankfurt a. M. marschiren unter unsrer Fahne.

Das preußische Rheinland geht bereits im vollen Sturmschritt voran.

Mit Berlin wird die Bewegung unwiderstehlich.“

II.

Wie bereits oben erwähnt ist, wird auf Seite 11 der Broschüre von „Scepter, Krone, Stern und andern Spielsachen“ gesprochen.

Mit den Insignien des Königthums „Scepter und Krone“ soll offenbar die Monarchie selbst bezeichnet werden. Diese wird aber durch die Bezeichnung als Spielsachen verhöhnt und verlezt daher diese Stelle, da die Monarchie eine Staatseinrichtung ist, den § 101 des Strafgesetzbuchs.

Endlich heißt es auf derselben Seite:

„Wir stehen, Dank der Thorheit unsrer Regierung und der beschränkten Schwäche, welche sich vielfach in der Leitung der liberalen Sache kundgiebt, an dem Vorabend einer großen sozialen Umwälzung.“

Der den Mitgliedern des Königlichen Staatsministeriums gemachte Vorwurf „der Thorheit“ ist jedenfalls eine Beleidigung derselben in Beziehung auf den Beruf.

Demgemäß und auf Grund des Beschlusses des Anklage-Senats des Königlichen Kammergerichts für Staatsverbrechen vom 27. Januar ex. wird der Privatmann Ferdinand Lassalle angeklagt:

„zu Berlin im Oktober 1863 mittelst der von ihm verfaßten und veröffentlichten Broschüre:

„„An die Arbeiter Berlins““

- a) ein auf gewaltsame Aenderung der Preussischen Staatsverfassung gerichtetes Unternehmen vorbereitet,
- b) eine Staatseinrichtung durch öffentliche Verhöhnung der Verachtung ausgesetzt,
- c) die Mitglieder des Königlichen Staatsministeriums mit Bezug auf deren Beruf beleidigt zu haben.

Verbrechen resp. Vergehen gegen §§ 66, 101 und 102 des Strafgesetzbuchs.

Es wird beantragt:

einen Termin zur mündlichen Verhandlung anzuberaumen und die Vorakten gegen Lassalle von dem Königlichen Ober-Prokurator in Düsseldorf einzufordern.

Berlin, den 4. Februar 1864.

Der Ober-Staats-Anwalt.

Adelung.

Der Gerichtshof faßt sodann den Beschluß, auch die Broschüre des Angeklagten, betitelt:

„An die Arbeiter Berlins. Eine Ansprache im Namen der Arbeiter des Allgem. Deutschen Arbeitervereins von Ferdinand Lassalle. Berlin. Kommissions-Verlag von R. Schlingmann. 1863.“ (14. Oktober!)“

da sie die Hauptgrundlage der Anklage bildete, Beweises halber vorlesen zu lassen. Dies geschah in der Zeit bis 11¹/₄ Uhr.

(Der volle Wiederabdruck dieser Schrift, wegen der auch jetzt noch bestehenden Beschlagnahme ist zur Zeit unthunlich, erübrigt auch deshalb, weil die speziell in Bezug genommenen Stellen überall wörtlich mitgetheilt werden. Nach der bevorstehenden Wiederaufhebung der Beschlagnahme ist sie für 5 Sgr. von R. Schlingmann zu beziehen. Für das volle Verständniß der Sache ist ihre Mitheranziehung natürlich unentbehrlich).

Auf Grund eines fernern Beschlusses wurde auch § 1 des Statuts des Allgem. Deutschen Arbeitervereins verlesen:

„Unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Arbeiter-Verein“ begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Ueberzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des Deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt,

auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung für die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken.“

Präs. Ich frage Sie, Angeklagter, ob Sie sich der Handlungen, deren sie angeklagt sind, schuldig erklären? (Der Angeklagte verneint dies durch eine Kopfbewegung, und der Präsident konstatirt hierauf noch eine in der Anklage erwähnte Vorbestrafung wegen Aufforderung der Düsseldorfer Bürgerwehr zum bewaffneten Widerstand im November 1848 mit 6 Monaten Gefängniß. Ebenso wird noch durch die eigene Erklärung des Angeklagten konstatirt, daß die zweitinstanzliche Verurtheilung wegen der Rede „Arbeiter-Programm“ zu 100 Thlr. Geldbuße durch die inzwischen erfolgte Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde rechtskräftig geworden ist).

Präs. Wollen Sie sich über die Ihnen zur Last gelegten Thatfachen erklären?

Lassalle. Ich will mich darüber auslassen, nur finde ich sehr wenig Thatfachen in der Anklage. Ich habe den Allgem. Deutschen Arbeiterverein gestiftet, welcher den Zweck hat, eine ausschließlich moralische Agitation zu Gunsten der Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu verbreiten, die öffentliche Ueberzeugung dafür zu gewinnen. Ich habe diese Ansprache, die verlesen worden ist, und welche das eigentliche corpus delicti der gegenwärtigen Anklage bildet, nur veröffentlicht, um die großen Lügen und Entstellungen, welche die hiesige Fortschrittspresse über gewisse Vorgänge in den von mir veranstalteten rheinischen Arbeiter-Versammlungen, namentlich über die Geringsfügigkeit meines dortigen Anhangs, und endlich darüber verbreitet hatte, daß ich ein Reaktionär sei, oder doch der Reaktion diene — um diese durch ein Fortschrittsblatt selbst und zwar durch eins der leidenschaftlichsten Organe dieser Partei für die Arbeiter Berlins zu widerlegen, und diese zugleich aufzufordern, nicht länger durch derartige Verdrehungen der Wahrheit beirrt, sich dem Allgem. Deutschen Arbeiterverein anzuschließen, der hier, wie in andern Preussischen Städten besteht, in vollständig legaler, auch von allen Behörden im Staate anerkannter Existenz. Für Alles, was etwa sonst noch in dem hauptsächlich von der Anklage betonten Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ gestanden hat — ich werde mich darüber später in der eigentlichen Vertheidigung verbreiten — bin ich meines Erachtens nicht im Geringsten verantwortlich. Ich habe den Artikel der „Südd. Zeitung“ eben nur als einen Beweis für die Wahrheit gewisser thatsächlicher Punkte angeführt, auf die es mir ankam. Wenn mir also der Korrespondent der „Südd. Zeitung“ außerdem noch diese und jene Absichten und Gedanken unterschiebt; wenn er von allerlei Unterstellungen für die Zukunft ausgeht, so war es nicht meine Sache, mich darüber zu äußern, und deshalb habe ich es auch in keiner Weise gethan. Eine dritte Thatfache weiß ich kaum in dem Anklageakt mehr zu finden!

Präs. Nach dem Inhalt der Anklage ist das Wahlgesetz und das Wahlrecht, wie es besteht, als ein wesentlicher Theil der Verfassung bezeichnet. Sie wollen nun eine gänzliche Umformung desselben, Sie wollen das Drei-Klassen-Wahl-System beseitigen und Herstellung des allgemeinen und direkten

Wahlrechts. Würde darin nicht eine Aenderung der bestehenden Verfassung liegen?

Lassalle. Herr Präsident, es kommt nur darauf an, durch welches Mittel diese Aenderung herbeigeführt wird; würde nicht sonst jedes Streben nach Aenderung der Verfassung Hochverrath sein?

Präs. Es wird Ihnen aber die Anwendung gewaltsamer Mittel zur Last gelegt.

Lassalle. Zu meiner großen Verwunderung.

Präs. Um zu zeigen, daß der Artikel der „Südd. Ztg.“ die von Ihnen gepflegten Anschauungen und Bestrebungen wirklich wiedergeben¹⁾, sagen Sie wörtlich: „Arbeiter Berlins! Wollt Ihr Alles, was ich Euch mit meinen Worten gesagt habe, aus dem Munde meiner Gegner, der Fortschrittler, selbst vernehmen? Wollt Ihr sehen, wie sie da, wo sie unter sich selbst sprechen oder schreiben, sich alles das selbst eingestehen, was ich Euch bis jetzt gesagt habe und wovon sie wohlweislich stets dann das Gegentheil behaupten, wenn sie unter Arbeitern sprechen oder für Arbeiter schreiben? Nun wohl, ich will Euch auch noch diesen Beweis führen!“ Wegen dieser Stelle macht die Anklage Sie für den Artikel verantwortlich.

Lassalle. Die Anklage macht damit eine Verwechslung. Wenn ich erkläre:

„Wollt Ihr Alles, was ich Euch mit meinen Worten gesagt habe, aus dem Munde meiner Gegner, der Fortschrittler, selbst vernehmen?“

so sage ich damit in Wahrheit nur:

„Alles, was **ich** Euch gesagt habe, das sagt Euch auch der Artikel der „Südd. Ztg.““

aber keineswegs sage ich damit:

„Alles, was **jener Artikel** sagt, das sage auch ich.“

(Bewegung unter den Richtern und im Zuhörerraum.)

Präs. Sie sprechen es aber selber offen aus, daß Sie vermittelst einer imposanten Entfaltung von Arbeitermassen einen „immensen Druck“ auf die Regierung ausüben wollen. Unter Anknüpfung an die Barrikaden vom Jahre 1848 erklären Sie, heute handle es sich zunächst nur um einen solchen Druck. Wie soll denn derselbe ausgeübt werden?

1) Soll wahrscheinlich heißen „wiedergegeben“.

Lassalle. Das kann nicht sehr zweifelhaft erscheinen. Es ist der immense geistige Druck, der sich durch Verbreitung von Vernunftkenntnissen in jeder geistigen Atmosphäre entwickelt. Ich erinnere hier — vorläufig — an das Beispiel der englischen Agitation gegen die Kornzölle gesetzt¹⁾; sie hat fünf Jahre gedauert, sie gewann große Massen der Bevölkerung für sich und überzeugte endlich selbst den Chef des Tory-Ministeriums, Sir Robert Peel.

Präs. Dabei ist doch ein Unterschied! Dort handelte es sich nur um Abschaffung gewisser Zölle, Sie wollen einen Theil der Verfassung ändern.

Lassalle. Dies, Herr Präsident, ist wohl ein und dasselbe! Jene Zölle beruhten auf dem Gesetz. Es ist in Bezug auf ihre Verbindlichkeit kein Unterschied zwischen Gesetz und Verfassung.

Präs. Im Statut Ihres Vereins heißt es zwar, es solle nur auf legalem Wege diese Aenderung herbeigeführt werden, in dieser Ansprache aber appelliren Sie an die Leidenschaft Ihrer Anhänger. Die Leidenschaft aber pflegt nicht den friedlichen und geseligen Weg einzuschlagen oder innezuhalten.

Lassalle. Es kommt darauf an, welchen Begriff man mit dem Worte „Leidenschaft“ verbindet. Ich erlaube mir, eine Stelle aus der Hegel'schen Philosophie der Geschichte vorzulesen.

„So sagen wir also, daß überhaupt Nichts ohne das Interesse derer, welche durch ihre Thätigkeit mitwirkten, zu Stande gekommen ist, und indem wir ein Interesse eine Leidenschaft nennen, insofern die ganze Individualität mit Hintansetzung aller anderen Interessen und Zwecke, die man auch hat und haben kann, mit allen ihr innewohnenden Andern von Wollen sich in einen Gegenstand legt, in diesen Zweck alle ihre Bedürfnisse und Kräfte konzentriert, so müssen wir überhaupt sagen, daß Nichts Großes in der Welt ohne Leidenschaft vollbracht worden ist.“

Es ist derselbe Sinn, indem ich die Leidenschaft nehme, und den ich überdies in der Ansprache kurz entwickle. Ich habe mich auch noch gegen Mißverständnisse gewahrt, indem

¹⁾ Hier liegt augenfällig ein Druckfehler oder eine Auslassung vor; der ursprüngliche Text läßt sich jedoch nicht mehr wiederherstellen.

ich die Art, in welcher sich die Leidenschaft bei den erwähnten Vorfällen in Barmen und Solingen äußerte, tadele.

Präs. Sie erklären aber namentlich (liest):

„Das Aufhören aller politischen Leidenschaften im Volksherzen seit 1849, die Versumpfung und Mattigkeit, welche seitdem einrissen, sie sind ein Hauptgrund unseres tiefen Verfalls seit 14 Jahren.

Die Fortschrittler haben seit 1858 ihren Nationalverein und ihre sogenannten Arbeiterbildungsvereine gebildet. In fünf Jahren haben diese Vereine das politische Leben im Volke nicht heißer durch seine Adern pulsiren zu machen, nicht einen Tropfen des politischen Herzblutes im Volke in raschere Bewegung zu setzen vermocht! Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein besteht kaum vier Monate — und bereits stellt sich die Leidenschaft ein im Herzen des Volkes!

In dieser Leidenschaft, Arbeiter Berlins, wenn sie sich auch diesmal in ihrem Umfang und in ihrer Aeußerung vergriff — in dieser Leidenschaft begrüßt mit mir das freudige Zeichen, daß die politische Aufregung und mit ihr das politische Leben im Volke von neuem zu erwachen und seinen großen Bestimmungen entgegen zu gehen beginnt!“

Lassalle. Bewahre ich mich nicht um so stärker gegen ein Mißverständniß, wenn ich schon eine so geringfügige gewalthätige Handlung ein Sichvergreifen der Leidenschaft nenne?

Präs. Ihre Erwähnung des Benehmens der Solinger Fabrikanten trägt eine große Schärfe und wäre wohl geeignet, die Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber aufzureizen.

Lassalle. Ich erinnere daran, daß die Ansprache an Berliner Arbeiter gerichtet war.

Präs. Sie sagen namentlich (liest): „Und wie konnte eine so winzige Handvoll Menschen die Schamlosigkeit haben, Tausende, die sie in Einmüthigkeit und Begeisterung versammelt sahen, tumultuarisch und lärmend in der Erreichung des Zwecks ihrer Versammlung hindern zu wollen!“

Endlich aber: woher nahm diese Handvoll Menschen den Muth zu diesem beleidigenden und provozirenden Auftreten gegen so viele Tausende von Arbeitern, in deren Mitte sie sich befanden?

[Lassalle. (Die Vorlesung hier unterbrechend): So war es!]

„Hierauf giebt es nur Eine Antwort: diese Handvoll Menschen rechnete deshalb darauf, ungestraft allen Unfug gegen jene Tausende verüben zu können, weil diese ja die Arbeiter seien, die sich in ihrer, der Arbeitsherrn, Abhängigkeit befänden!

Auf das Abhängigkeitsverhältniß der Arbeiter zu ihnen pochten sie, auf das Hungertuch, an welchem sie diese Arbeiter hielten!“

Präs. Nun, da rufen Sie doch eine andere Leidenschaft auf, als die allgemeine der Interessen, indem sie die Solinger Fabrikanten als verächtlich schildern.

Lassalle. Ich erkläre nur, wie es möglich war, daß jene Exzesse überhaupt eintreten konnten.

Präs. Sie rügen ihren Unfug als auf Straflosigkeit rechnend, wegen des Abhängigkeitsverhältnisses der Arbeiter. Da schildern Sie also die Arbeiter als abhängig, — was an und für sich richtig ist, versteht sich von selbst, — indessen thun Sie dies in einer Weise, welche Haß und Feindseligkeit gegen die Fabrikanten erregte.

Lassalle. Ich lege nur Umstände dar, welche geeignet sind, das Verhalten der Solinger Arbeiter zu erklären.

Präs. Sie weisen auf das Hungertuch hin, an welchem die Arbeiter gehalten würden!

Lassalle. Ich kann nicht verantwortlich sein für die geistige Wirkung, welche die Darlegung vollkommen wahrer Thatsachen etwa hat. Es hatten sich in der Versammlung zu Barmen von 3000 Arbeiter auch gegen 200 fortschrittliche Fabrikanten eingefunden und versuchten, die Versammlung zu terrorisiren. Sie wollten mich überhaupt nicht zu Worte kommen lassen und unterbrachen mich durch Pfeifen. Woher nahmen sie nun, 3000 Arbeitern gegenüber, von denen sie sahen, daß dieselben sich in vollster Begeisterung befanden, woher nahmen sie den Muth, noch dazu einer Klasse gegenüber, von der man — in der Regel mit Uebertreibung — ja so leicht Gewaltthätigkeit erwartet, zu solcher Störung? Weil sie sich darauf verließen: daß sie nur Arbeiter vor sich hatten! In Barmen unterbrachen sie die Verhandlung zweimal. Ich forderte sie zur Ruhe auf mit der Erinnerung, daß sie nur Gäste des Vereins seien, gegen ihre Gegenwart hätte ich nichts; wenn aber Gegner erschienen, so müßte ich von denselben ein gebildetes, mindestens ruhiges Benehmen erwarten, widrigen-

falls ich sie entfernen müßte, was blickschnell und mit größter Leichtigkeit vollführt sein würde. Erst als zum dritten Male die Störung hartnäckig wiederholt wurde, kam es zu den Erzeßten. In Solingen hatten sich über fünftausend Arbeiter in der Schützenhalle und ebensoviel vor derselben versammelt, die nicht mehr hinein konnten. Auch hier eine solche von wenigen Fabrikanten ausgehende Störung! Es war eine Stimmung in der ganzen Gemeinde! dies Benehmen konnte kein anderes Fundament haben, als das Poehen auf das Privatabhängigkeitsverhältniß der erschienenen Arbeiter von den Ruhestörern. Und das erklärt den großen Zornausbruch der Solinger. Ich war genöthigt, die Wahrheit zu entwickeln, wie sie sich zugetragen, und ich kann nicht darauf Rücksicht nehmen, daß, wenn das Benehmen der Fabrikanten schändlich war, es ihnen bei den Arbeitern zur Schande gereicht. Das ist nicht meine Schuld und nicht mon fait¹⁾.

Präs. Sie erklären auf Seite 16 der Schrift (liest:) „Die preußische Verfassung aber hat, wie ich Euch in meiner Rheinischen Rede ausführlich bewiesen habe, noch niemals auch nur einen Tag lang zu Recht bestanden!

Die preußische Verfassung ist, wie ich Euch daselbst bewiesen habe, nur das Produkt und Resultat des am Volke verübten Rechtsbruchs, des in illegaler Weise aufgehobenen allgemeinen Wahlrechts, das durch das Gesetz vom 8. April 1848 bestand.

Die preußische Verfassung ist, wie ich Euch daselbst nachgewiesen habe, nur der Kompromiß der Bourgeoisie mit der Regierung, für welchen die Bourgeoisie im Interesse ihrer alleinigen Beute das gesetzlich bestehende Recht des Volkes preisgab.

Die preußische Verfassung schließt das Dreiklassenwahlgesetz in sich ein, welches einen wesentlichen Theil von ihr bildet und auch alle ihre andern Bestimmungen mit seinem Geiste durchdringt.

Die preußische Verfassung schließt das allgemeine und direkte Wahlrecht aus, welches nicht eintreten kann, insofern diese Verfassung nicht beseitigt ist!

Jeder somit, der für die Aufrechterhaltung der Verfassung agitirt, ist als ein Feind der Volkspartei zu be-

1) Meine That.

trachten, die für die Einführung des direkten und allgemeinen Wahlrechts agitiren muß!“

Da stellen Sie die Arbeiter Denen gegenüber, welche die Verfassung aufrecht erhalten wollen und nennen diese Feinde der Volkspartei. Dient das nicht dazu, Zwiespalt unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen zu erregen?

Lassalle. Natürlich führt jede politische Parteinng zu einem geistigen Zwiespalt. Wenn Jemand ein politisches Glaubensbekenntniß hat, und es möglichst verbreitet, so führt dies zu einem geistigen Zwiespalt, aber durchaus nicht nothwendig zu irgend einem anderen. Ein Solcher, der eine bestimmte politische Tendenz nicht theilt, sondern die entgegengesetzte zur seinigen macht, ist — es giebt kein anderes Wort — ihr Gegner, ihr Feind.

Präs. Auf Seite 21 sprechen Sie von einem Almosen, welches die Arbeiter erniedrige und sie in die fortdauernde Abhängigkeit von dem guten Willen der Reichen bringe.

Lassalle. Da ist nicht vom Arbeitslohn die Rede, sondern von einer Summe von 100,000 Thalern, die durch Herrn Schulze-Delitzsch für die Arbeiter als Kredit aufgebracht sein sollte.

Präs. Indem Sie ausdrücklich hervorhoben, zunächst solle es sich nur um Anwendung gesetzlicher Mittel handeln, deuten Sie doch damit an, daß später das Gegentheil der gesetzlichen Mittel folgen werde, und darin besteht das Verbrechen des Hochverraths.

Lassalle. Ich finde es, meine Herren, sehr merkwürdig, daß die Anklage gerade auf diesen Satz der Schrift Bezug nimmt. Wenn es einen Gegenbeweis, einen ganz souveränen Gegenbeweis giebt, so liegt er in diesem Satze! Es ist eine Parallele gezogen mit dem Jahre 1848. Jede Zeit hat ihr besonderes Gesetz: damals handelte es sich darum, Barrikaden zu bauen, heute handelt es sich nicht darum.

Präs. Welche weitere Eventualitäten dachten Sie sich denn hinter dem Anfang „zunächst“?

Lassalle. Zunächst handle es sich um die Erzeugung eines moralischen Druckes durch möglichst zahlreichen Eintritt in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein; dann vielleicht darum, dieselbe Gesinnung bei den Wahlen zur Geltung zu bringen, dann vielleicht um den Erlaß großer Petitionen, um die Stiftung von Kassen durch allgemeine Beiträge zur Her-

stellung großer Organe, dann meinetwegen ferner um durchaus friedliche, aber imposante, massenhafte Volksdemonstrationen, und ich würde nicht in Verlegenheit sein, noch hundert Mittel aufzuzählen außer dem Mittel die Waffen zu ergreifen.

Präs. Indem Sie sich zu dem Artikel „Südd. Ztg.“ bekennen, sollen Sie auch schuldig sein, durch Bemerkung der Krone, des Szepters und Sterns als Spielsachen die Staatseinrichtung der Monarchie verhöhnt zu haben.

Lassalle. Merkwürdig! ich habe den Artikel nicht geschrieben; es ist ein Artikel der „Südd. Ztg.“, und ich war in der Lage, nichts innerhalb des Artikels auslassen zu können. Ich konnte ihn abbrechen an einem gewissen Punkte, und habe dies gethan. Soweit ich ihn aber anführte, mußte ich ihn ganz hersehen. Setzte ich Striche dazwischen zum Zeichen, daß noch Anderes darin stehe, so sagte man wohl, — ich habe es mit böswilligen Gegnern zu thun, — „wer weiß denn, was da steht; da steht wahrscheinlich das Gegentheil!“ So mußte ich die beabsichtigte Wirkung selbst zerstören. Setzte ich nicht einmal Striche und ließ ich ohne Weiteres Stellen aus, so sagte man dann bestimmt, ich hätte gefälscht! — Ich habe keine Gemeinschaft mit dem Artikel eines mir feindlichen Blattes; ich begreife nicht, wie man mir hier eine *communicatio animi*¹⁾ beimesen kann. Ich hatte auch nicht nöthig, noch eine besondere Meinung über den Artikel auszusprechen; mir genügte seine Anführung zum Beweise dessen, was ich sagte. Ich gebe dies auch ganz deutlich zu erkennen. Ich sage am Ende (liest):

„Seht Ihr, Arbeiter? Die Zahl der Anhänger des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, ihre Begeisterung, ihr stetiges Wachsthum, der Widerwille, mit welchem die Herren Fabrikanten und Kaufleute früher Herrn Schulze-Delitzsch betrachtet haben, den sie erst jetzt, wo er bei Euch als Gegengift gegen mich dienen soll, als Mittel, von der energischen Verfolgung Eurer Interessen, von mir und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein fern zu halten, bekränzen — alles ist hier mit dürren Worten eingestanden!

Die Lächerlichkeit der Erfindung, daß ich der Reaction diene (!), die Furcht, daß umgekehrt der Allgemeine

¹⁾ Gemeinschaft der Absicht.

Deutsche Arbeiterverein den Aft abzusägen drohte, auf welchem Fortschrittler und Reaktion gemeinsam sitzen — das Alles und noch vieles Andere wird ebenso wie der wirkliche Charakter der rheinischen Versammlungen hier von unsern Gegnern selbst, wie Ihr seht, in einem Blatte, das ja die Arbeiter nicht lesen, hier, wo sie nur unter einander und nicht vor Euch zu sprechen glauben, offen eingeräumt!“

Die darin ausgedrückte Furcht meiner Gegner ist doch nicht mein Verbrechen und kam mir als ein *argumentum a fortiori*¹⁾ zu Gute. Der Artikel verfolgt überdies offenbar die Tendenz, den entschiedenern Mitgliedern der Fortschrittspartei ein Mittel zu zeigen, wie sie gegen meine Agitation und meinen Anhang Front machen können. Von einer *communicatio animi* ist also nicht die Rede.

Ober-Staatsanwalt. Der Herr Angeklagte hat Seite 14 der Brochüre zugegeben, daß er ein Revolutionär sei. Er hat sich namentlich berufen auf seine Aßisenrede in seinem Hochverraths-Prozeß vor den rheinischen Geschworenen. Diese Akten befinden sich hier. Wenn er sagt, daß er konsequent an seinen früheren Anschauungen festgehalten habe, so wird man auch aus der damaligen Rede jetzt seine Thaten interpretiren können (*Sensation*), und ich bitte deshalb das Protokoll der Verhandlung in der Düsseldorfer Korrektional-Appellkammer vom 5. Juli 1849, wo sich gegen den Schluß die Erwähnung einer Stelle des Herrn Angeklagten befindet, vorzulesen.

Lassalle. Ich kenne jenes Protokoll, von welchem der Staatsanwalt spricht, gar nicht, habe es nie gesehen. Ich muß aber bitten, mich über diesen Antrag äußern zu dürfen. Die Mittel der Bertheidigung und der Anklage sind zwar keineswegs gleich; jedenfalls aber muß sich die Anklage auf den vorliegenden bestimmten Fall beschränken, sonst wird aus der Verhandlung etwas, woran Niemand vorher denken konnte. Ich spreche an dieser Stelle der Ansprache nur von einer prinzipiellen Richtung. Ich bin revolutionär wie Andere reaktionär sind. Ich sage: die Fortschrittler greifen mich jetzt an als Reaktionär, während sie mich sonst nur als Revolutionär anfeindeten. Daß ich ein solcher bin, das habe ich selbst, in der Wahrhaftigkeit meines Wesens, sogar vor Gericht eingestanden, d. h. sogar in solchen Momenten, wo es mit einer

1) noch verstärkendes Argument.

gewissen Gefahr verbunden sein mußte, ein solches Bekenntniß abzulegen. Um dies zu beweisen, dazu braucht der Herr Ober-Staatsanwalt nicht bis auf 1849 zurückzugehen. Ich kann auf die gerichtlichen Reden, die ich vor Kurzem vor dem hiesigen Kriminalgericht und dem Königlichen Kammergericht gehalten habe, verweisen. Es ist mir selbst von Interesse, darüber Auskunft zu geben. Es kommt in meinen Schriften und Reden sehr häufig das Wort Revolution vor, und bereits in dem ersten Prozeß, in welchem ich nunmehr rechtskräftig mit einer Geldbuße von 100 Thalern bestraft worden bin, versuchte der Staatsanwalt einen gewissen Mißbrauch von diesem Wort zu machen. Ich refüsirte diesen durch folgende Ausführung (liest):

„Allerdings gebrauche ich, wenn ich auch nicht von einer „demnächst bevorstehenden sozialen Revolution“ spreche, wie der Staatsanwalt behauptet — ich spreche vielmehr nur von einer mit dem Februar 1848 bereits eingetretenen sozialen Revolution — allerdings gebrauche ich sehr häufig im Laufe dieser ganzen Broschüre das Wort „revolutionär“ und „Revolution“. Mit diesem Wort will mich der Staatsanwalt zu Boden schlagen! Denn er, dasselbe immer nur in seiner engen juristischen Bedeutung nehmend, vermag das Wort „Revolution“ nicht zu lesen, ohne geschwungene Heugabeln vor seiner Phantasie zu sehen! Das ist aber nicht die wissenschaftliche Bedeutung dieses Wortes und schon der konstante Sprachgebrauch in meiner Schrift hätte den Staatsanwalt darüber belehren können, daß hier das Wort in seinem andern, wissenschaftlichen Sinne genommen ist. So nenne ich darin die Entwicklung des Landesfürstenthums eine revolutionäre Erscheinung.

So erkläre ich ausdrücklich die Bauernkriege, die doch wahrhaftig hinreichend mit Gewalt und Blutvergießen ins Leben treten, für eine nur in ihrer Einbildung revolutionäre Bewegung, für eine in Wahrheit durchaus nicht revolutionäre, für eine reaktionäre Bewegung.

Den Fortschritt der Industrie dagegen, der sich im sechszehnten Jahrhundert entwickelt, nenne ich, obgleich dabei doch kein Schwert aus der Scheide gezogen wurde, wiederholt und fortlaufend ein „wirklich und wahrhaft revolutionäres Faktum“ (pag. 7),¹⁾ ebenso nenne ich pag. 17²⁾ die Erfindung der Baum-

1) Bd. II, S. 15.

2) Bd. II, S. 24 unserer Ausgabe.

wollspinnmaschine von 1775 eine vollständige, eine thatsächlich eingetretene Revolution.

Mißbrauche ich vielleicht die Sprache oder führe ich auch nur einen neuen Sprachgebrauch ein, indem ich das Wort „Revolution“ in diesem Sinne nehme? indem ich es auf die friedlichsten Erscheinungen anwende und den blutigsten Umständen verweigere?

Schelling der Vater sagt (Untersuchungen über das Wesen der menschlichen Freiheit Bd. VII, pag. 351): „Der Gedanke, die Freiheit einmal zum Eins und Alles der Philosophie zu machen, hat den menschlichen Geist überhaupt nicht bloß in Bezug auf sich selbst in Freiheit gesetzt und der Wissenschaft in allen ihren Theilen einen kräftigeren Umschwung gegeben, als irgend eine frühere Revolution“, Schelling der Vater sieht also gleichfalls nicht, wie die Phantasie des Staatsanwalts, bei dem Worte „Revolution“ Hengabeln vor seinen Augen blitzen. Er nimmt dies Wort, indem er es auf die Einwirkung des philosophischen Grundprinzips anwendet, gleich mir in einem mit materieller Gewalt durchaus nicht zusammenfallenden Sinne.

Welches ist dieser wissenschaftliche Sinn des Wortes „Revolution“ und wie unterscheidet sich Revolution von Reform?

Revolution heißt Umwälzung, und eine Revolution ist somit stets dann eingetreten, wenn, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt — auf die Mittel kommt es dabei gar nicht an — ein ganz neues Prinzip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird. Reform dagegen tritt dann ein, wenn das Prinzip des bestehenden Zustandes beibehalten und nur zu milderen oder konsequenteren und gerechteren Forderungen entwickelt wird. Auf die Mittel kommt es wiederum dabei nicht an. Eine Reform kann sich durch Insurrektion und Blutvergießen durchsetzen und eine Revolution im größten Frieden. Die Bauernkriege waren der Versuch einer durch Waffengewalt zu erzwingenden Reform. Die Entwicklung der Industrie war eine in der friedlichsten Weise sich vollziehende totale Revolution, denn ein ganz neues Prinzip wurde dadurch an Stelle des bis dahin bestehenden Zustandes gesetzt. Beide Gedanken werden grade in dieser Broschüre sorgfältig und lang entwickelt.“¹⁾

1) Diese ganze Stelle ist der Rede Lassalle's „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ entnommen. Vgl. Bd. II, S. 103—105 unserer Ausgabe. D. S.

Präsident. Das mögen Sie im philosophischen Sinne so meinen; glauben Sie aber, daß die Arbeiter unter Ihren Lesern das Wort Revolution so verstehen?

Lassalle. Gewiß! — Meine Broschüre: „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ enthält diese gerichtliche Rede. Sie ist eine Agitationschrift geworden, und der Arbeiterstand ist im Stande, sich darüber aufzuklären.

Rechtsanwalt Holthoff. Ich wollte nur meine Bedenken in Beziehung auf die Formfrage äußern. Zur Prüfung der Erheblichkeit des beantragten Beweises müssen bestimmte Thatsachen angeführt werden, worüber der Beweis geliefert werden soll. Der Herr Ober-Staatsanwalt will, um den Sinn gewisser Handlungen des Herrn Angeklagten zu deklariren, ein Protokoll, bei dessen Abfassung dieser nicht betheilig war, verlesen haben. Ich halte dies nicht für zulässig, und bitte, darüber Beschluß zu fassen.

Ober-Staatsanwalt. Um den wirklichen Unterschied zwischen Revolution und Reform nachzuweisen, auch im Sinne des Herrn Angeklagten, beantrage ich die Verlesung jenes Protokolls. Er kann mir übrigens nicht vorschreiben, auf welche Beweismittel ich Bezug nehmen soll. Ich habe aber deshalb darauf Bedacht genommen, weil er in der „Ansprache“ darauf hinweist. Die Worte, die er in jener Verhandlung über seine politische Stellung zum Staate ausgesprochen hat, berechtigen mich, aus ihnen seine jetzige Stellung und seine jetzigen Thaten zu interpretiren, weil er sagt, daß er konsequent bei denjenigen politischen Anschauungen stehen geblieben sei, die er damals vertreten habe.

Lassalle. Ich bin dem Herrn Ober-Staatsanwalt sehr dankbar, daß er so offen und unverhüllt, und so, daß es Keinem mehr zweifelhaft sein kann, hier dargelegt hat, daß es sich hier nicht um eine Handlung dreht, die verfolgt wird, sondern daß es sich handelt um eine Tendenz und um einen Tendenz-Prozeß. Inzwischen muß ich auf seine Rede Folgendes erwidern. Wenn ich Ihnen, meine Herren, gesagt, daß ich ein Revolutionär bin, so habe ich Ihnen gesagt, daß ich Jemand bin, der glaubt, daß ein neues Prinzip an die Stelle des bestehenden sozialen Zustandes gesetzt werden muß, aber noch nicht, daß es mit Gewalt geschehen solle. Wenn ich insoweit ein Revolutionär genannt werde: so stimme ich dem einfach zu. Gegen alle weiteren Folgerungen, die der

Herr Ober-Staatsanwalt aus jenem früheren Protokoll herleitet, — ich kenne dieses nicht, ich habe keine Ahnung, was darin steht, ich weiß überhaupt nicht, daß ein solches aufgenommen ist, — müßte ich mich entschieden verwahren. Es ist auch merkwürdig, wenn der Herr Ober-Staatsanwalt vielleicht daraus, was ich 1849 für praktisch und zweckmäßig hielt, folgern will, ich müßte ganz dasselbe noch heute für praktisch und zweckmäßig halten. Die Frage der Mittel ist eine Frage der Zeit, ist eine Frage nach den praktischen Umständen, nicht nach den Prinzipien. Meine Gesinnungen und Prinzipien, meine Herren, sind dieselben geblieben. In der That, ich verfolge so gut, wie im Jahre 1849, ein neues Gesellschafts-Prinzip, welches ich bereits seit fünfzehn Jahren mit aller Kraft, über die ich disponire, in allen meinen gelehrten Werken, wie in meinen Volksschriften und Reden vertrete und allmählich in der geistigen Sphäre realisire. Aber die Frage der Mittel hängt von der politischen Konjunktur ab, von dem, was praktisch ist unter gegebenen Umständen. In den Jahren 1848 und 1849 war man bei den damaligen praktischen Umständen zu ganz andern Mitteln aufgelegt, als jetzt. In Bezug auf die Frage der Mittel, in Bezug auf die Frage, ob und inwiefern Gewalt anzuwenden sei, behalte ich mir vor (mit starker Betonung): mich jederzeit nach den jedesmaligen praktischen Umständen zu entscheiden. Es giebt nichts Schieferes, als hier eine Parallele ziehen zu wollen.

Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Berathung zurück. Nach dem Wiedererscheinen verkündigte der Präsident den Beschluß, daß dem Antrage des Ober-Staatsanwalts auf theilweise Verlesung des qu. Protokolls stattgegeben werde. Was daraus folge, sei Sache der späteren Verhandlung und richterlichen Beurtheilung.

Der Gerichtsschreiber verliest das Protokoll der „öffentlichen Sitzung der Korrektional-Appellations-Kammer des Königlichen Landgerichts zu Düsseldorf“. Am Schlusse des Protokolls heißt es:

„Cassalle ergriff nochmals das Wort, daß, wie aus allen Aussagen hervorginge, er dazu aufgefordert habe, die Nationalversammlung mit den Waffen in der Hand zu schützen, die Königliche Macht zu zertrümmern, die Krone in den Staub zu werfen &c. und den bewaffneten

Aufstand zu organisiren. Dies habe er niemals ge-
leugnet und mit aller Offenheit für wahr gehalten.
Man möge ihm, der Revolution gewollt, sowie den
gewaltsamen Umsturz der Regierung gesucht, sein Ver-
gehen und Bewußtsein nicht durch die Anschuldigung
der Rebellion verkümmern. Das Urtheil spricht ihn
wegen Mangels des Beweises der Artikel 217, 223 und
in Gemäßheit der Verordnung von 1849, Art. 194 frei,
erkennt ihn aber schuldig, am 13. November 1848 auf
der Hauptwache die Bürgerwehr zu gewaltsamer Er-
hebung aufgefordert zu haben und belegt ihn mit einer
Strafe von 6 Monat Gefängniß.“

Lassalle. Ich habe das betreffende Faktum näher dar-
zulegen. Die Sache steht so. Sie erinnern sich des November-
Konfliktes von 1848. In jener Lage der Dinge war ich aller-
dings der Ansicht, meine Herren, daß die Sprengung der
Nationalversammlung unberechtigt und illegal, das Land
aber verpflichtet sei, die Nationalversammlung mit Waffen-
gewalt zu schützen. Ich habe damals in diesem Sinne in
Düsseldorf gesprochen und gewirkt. Ich wurde angeklagt der
Aufforderung zur Ergreifung der Waffen gegen die König-
liche Gewalt und kam vor die Assisen. Da leugnete ich die
Absicht keineswegs. Ich sagte *Feci et meo jure feci!*¹⁾ Nach
meiner staatsrechtlichen Auffassung hatte ich nur pflichtmäßig
gehandelt. Der Jury gefiel es, mich frei zu sprechen. Jetzt
wurde ich vor das Korrektionalgericht gestellt unter der Anklage,
durch dieselbe Rede mindestens zur Widersetzlichkeit gegen
Regierungsbeamte aufgefordert zu haben, in Gemäßheit des
Artikel 209 des Code pénal. Da sagte ich: das geht nicht!
Ihr macht mir jetzt ein geringeres Verbrechen, als das ist,
welches ich wirklich begangen habe. Das Verbrechen des
Hochverraths nach damaligem rheinischen Recht, und das der
Rebellion nach Artikel 209, l. c. stimmen darin überein, daß
beide gewaltsame Handlungen voraussetzen; sie unter-
scheiden sich nur durch die Absicht. Es ist Hochverrath,
wenn die betreffende Handlung gegen die Königliche Gewalt
selbst sich richtet; es ist Rebellion, wenn es sich um einen
einzelnen Unfug handelt. In diesem Zusammenhange hielt

1) Ich habe es gethan und auf Grund meines guten Rechts
gethan.

ich eine mehrstündige Rede, die der Gerichtsschreiber in jenem kurzen Protokoll zusammenfaßt. Für die vielfach sehr abgeschmackten Worte, in die er sie gefaßt hat, habe ich keine Responibilität.¹⁾ Es sind seine Worte und nicht die meinigen, und ich bezeichne sie nochmals als abgeschmackt.

Der Präsident ertheilt hierauf das Wort zur Begründung der Anklage dem

Ober=Staatsanwalt. Meine Herren! Der Herr Angeklagte ist Präsident oder nennt sich Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. In dieser Eigenschaft hat er die vorliegende Ansprache, die das Fundament der Anklage bildet, an die Berliner Arbeiter gerichtet. Der genannte Verein hat auf seinem Programm zunächst, wie wir gehört, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht; dies durchzuführen, sind seine Bestrebungen. Seine Intention in dieser Ansprache geht dahin, die Berliner Arbeiter ebenfalls dem Vereine zuzuführen und mit diesen später jenes Recht durchzusetzen, den jetzigen Staat in einen demokratischen umzuformen, der dann im Stande ist, durch weit gehende Kreditoperationen für die Arbeiter Produktiv=Assoziationen zu schaffen, wodurch sie von der Abhängigkeit von den Fabrikanten befreit werden sollen.

Meine Herren! Auf diesen Endzweck, welchen Staat er herbeiführen will, kommt es jedoch weniger an, sondern nur darauf, mit welchen Mitteln er den Staat umwälzen will. Darüber ist kein Zweifel, daß diese Umänderung geschehen soll mittelst Abschaffung des Drei-Klassen=Wahl-Systems und der Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts. Es ist aber ferner unzweifelhaft, das damit eine bedeutende Aenderung unserer Verfassung herbeigeführt wird, denn es läßt sich nicht leugnen, daß das **Wahlgesetz gewissermaßen der Lebensnerv unserer Verfassung** ist. Das geschieht er auch zu, wenn er sagt, daß ohne Abänderung der Verfassung von einer Umformung des Staates nicht die Rede sein könne. Das Wahlgesetz, meine Herren, **ist** ein integrierender Theil unserer Verfassung; wer dieses Gesetz angreift, der greift die Verfassung selbst an!

Nun ist es ferner nicht zu bestreiten, daß, wenn eine Abänderung der Verfassung auf reformatorische Weise und in

1) Verantwortlichkeit.

gesetzlicher Weise erstrebt wird, darin nichts Unerlaubtes gefunden werden kann. Wohl aber wird es strafbar, sobald eine gewaltsame Aenderung des Wahlgesetzes, und somit der Verfassung, beabsichtigt wird. Das ist das Unternehmen, welches das Gesetz als Hochverrath bezeichnet. Es heißt im § 61 (liest):
 „Ein Unternehmen, welches darauf hinzielt:

- 2) die Thronfolge oder die Staatsverfassung **gewaltsam** zu ändern, oder zc. . . . ist **Hochverrath** und soll mit dem Tode bestraft werden.“

Es kommt also, um den Thatbestand dieses Verbrechens zu konstatiren, darauf an, dem Herrn Angeklagten nachzuweisen, daß er auch nicht davor zurückschreckte, mit Gewalt jene Forderung durchzusetzen.

Meine Herren! Die Frage, ob das Requisit der „Gewalt“ hier vorliege, muß meines Erachtens beantwortet und erläutert werden aus der eigenen Persönlichkeit des Herrn Angeklagten, aus den Mitteln, die ihm zu Gebote stehen und aus den Aeußerungen, die hierin liegen.

Zunächst aus seiner Persönlichkeit! In der Schrift selbst bezeichnet er sich als Revolutionär. Es heißt wörtlich darin:

„Die Fortschrittbourgeois hassen mich und feinden mich an, nicht weil sie Reaktion, sondern umgekehrt, weil sie Revolution von mir befürchten! Nicht, weil ich ihnen reaktionär, sondern weil ich ihnen revolutionär erscheine! Und die thatsächliche Wahrheit dieses Vorwurfs — ich habe sie in der Wahrhaftigkeit meines Wesens hundertmal gegeben, wo immer er auch mir gemacht wurde, ich habe sie gegeben vor der Oeffentlichkeit, in meinen Werken, meinen Reden, ja zu den wiederholtesten Malen selbst vor den Gerichten!“

Der Herr Angeklagte sucht dem allerdings eine andere Wendung zu geben: Revolution und Reform — sagt er — unterscheiden sich nicht in den Mitteln, sondern vielmehr in den Zielen. Die erstere hat zum Zweck eine vollständige Umwälzung, die Reform nur eine Abänderung. Meine Herren! Mögen diese Definition und diese Unterschiede philosophisch richtig sein, das kann füglich dahingestellt bleiben, wenn wir daran denken, **an wen** die Ansprache gerichtet ist. An die Arbeiter Berlins! Nun, meine Herren, wir kennen den wissenschaftlichen und philosophischen Standpunkt

dieser Leute, und was für Unterscheidungen diese sich bilden. Wenn der Mann aus dem Arbeiterstande von Revolution hört, so denkt er an nichts Anderes als an eine gewaltsame Umwälzung des Bestehenden; ob dies ohne Waffen oder mit Waffen geschieht, bleibt dahingestellt. Wenn diese Worte so wie hier gebraucht werden, so kann man annehmen, daß der Herr Angeklagte bei seinen Unternehmungen sich auf den Standpunkt stellt, welchen er kennzeichnet. Es findet sich auf Seite 15 eine gleiche Aeußerung (liest):

„Vor Euch können mir die Fortschrittler diesen Vorwurf nicht machen: ein Revolutionär zu sein. Vor Euch würde, wie sie wissen, dieser Vorwurf, der den wirklichen Grund ihrer Wuth gegen mich bildet, nur die Wirkung haben, Euere Massen um so sicherer zu meinen Anhängern zu machen — und darum lehren diese Heuchler den Spieß um und beschuldigen mich vor Euch, der Reaktion zu dienen, weil sie mich als Revolutionär hassen!“

Er sagt: der Standpunkt, auf dem ich stehe, der der Revolution, kann mich vor Euch nicht verdächtigen; sondern, wenn mir daraus ein Vorwurf gemacht wird, so kann das nur dazu führen, mir einen noch größeren Anhang zu verschaffen. Hier sieht man offenbar, daß er sich auf seinem politischen Standpunkte gefällt, daß er sich förmlich damit brüstet! (Sensation.)

Ich hatte Bezug genommen auf das Protokoll der korrekzionellen Kammer zu Düsseldorf. Ich kann der von dem Herrn Angeklagten beliebten Interpretation nicht beitreten; er sucht das Damalige ungeschehen zu machen, indem jene Aeußerung als etwas ganz Harmloses erscheinen soll; er meint, er sei angeklagt gewesen des Hochverrath's, weil er wirklich hochverrätherischer Handlungen sich schuldig gemacht, sei aber von den Assisen freigesprochen worden, und nun sei ihm der Prozeß wegen Rebellion gemacht. Diese Anklage habe er durch den Einwand zu paralyfieren gesucht: Alles habe ich schon bei den Assisen verantworten müssen, und die haben mich freigesprochen; ich habe die Aeußerungen gethan, ich will die Krone in den Staub werfen, ich will zum Schutz der Nationalversammlung ausrücken zc. — Nun, meine Herren, wenn er damit den Einwand der *res judicata*¹⁾ hat entgegen-

1) Bereits gerichtlich verhandelter Fall.

sehen wollen, so halte ich das für gleichgültig; die That-
sachen werden doch feststehen müssen, die Erklärungen näm-
lich, die er gegeben hat, daß es seine Absicht gewesen sei, die
Nationalversammlung mit den Waffen zu schützen, das
Gouvernement zu stürzen, die Königliche Macht zu zer-
trümmern und die Krone in den Staub zu werfen. Wenn
er das einmal sagte, so sind diese Worte an und für sich
nicht wegzubringen. Er muß immer zugestehen, und er thut
dies, daß er auf demselben Standpunkte auch jetzt noch steht,
und ich wollte das Protokoll zu nichts Anderem heranziehen,
als dazu, den eigentlichen Inhalt der jetzt vorliegenden Schrift
klar an das Licht zu ziehen.

Wenn der Herr Angeklagte mir entgegenhält, daß der
Standpunkt einer Revolution auch ein friedlicher sein könne,
so erkläre ich einfach: das verstehen die Arbeiter nicht; sie
stellen sich unter einem Revolutionär einen Mann vor, welcher
gewaltsamer Weise die Aenderung des Bestehenden herbei-
führen will; und — sagen sie — daß Du auf dem Stand-
punkte stehst, das hast Du gesagt! — Der Angeklagte erklärt
ausdrücklich auf Seite 14 (liest);

„Ich habe sie zugegeben, wie 1849, vor vierzehn Jahren,
in meiner Assisenrede in meinem Hochverrathsprozeß vor den
rheinischen Geschwornen, in welchem es sich um meine ganze
Existenz handelte, so noch im Januar dieses Jahres vor dem
Berliner Kriminalgericht in meiner Rede „die Wissenschaft
und die Arbeiter“, so noch vor zwei Tagen vor dem Königl.
Kammergericht hierselbst in einem Prozeß, in welchem es sich
um meine persönliche Freiheit handelte!“

Nun, meine Herren, was der Angeklagte im Jahre 1849
zugegeben hat, das habe ich aus dem Protokoll reproduziren
lassen; denn er wiederholt darin, was er vor den Assisen zu-
gestanden hat. Als Quelle also für die Interpretation des
von dem Herrn Angeklagten hier zugegebenen politischen
Standpunktes werden auch diese Worte dienen können. Die
Auslegung, welche er für seinen Standpunkt eines Revo-
lutionärs giebt, ist dem gegenüber nicht stichhaltig; um so
weniger natürlich, als die Ansprache an einen Stand ge-
richtet ist, welcher die von ihm vorgeschobene Distinktion
nicht macht.

Wenn wir hiernach von dem Herrn Angeklagten selbst
uns dessen versehen können, daß er seine ausgesprochenen

Pläne auf gewaltsame Weise durchführen will, so ergibt sich die Möglichkeit eines solchen Unternehmens aus den Mitteln, die ihm zu Gebote stehen.

Meine Herren, er hat hinter sich die ungeheure Zahl der Arbeiter, das Arbeiterheer, wie er es öfter selber nennt, ein Heer, über welches er zu wiederholten Malen Revüe hält. Diese Worte haben etwas durchaus Charakteristisches. Sie deuten zum Voraus nicht auf ein friedlich harmloses Wirken hin. Er stellt sich vollkommen auf den Standpunkt eines Kommandeurs, der über Massen gebietet, um sie in den Kampf zu führen. Die Feldherrnsprache findet sich am Schlusse seiner Schrift, wo er sagt (liest):

„Die wichtigsten Centren Deutschlands sind gewonnen. Leipzig und die Fabrikgegenden Sachsens sind für uns. Hamburg und Frankfurt am Main marschiren unter unserer Fahne.

Das preussische Rheinland geht bereits im vollen Sturmschritt voran!

Mit Berlin wird die Bewegung unwiderstehlich!“

Diese ganze Anrede ist gewiß nicht auf eine friedliche Bewegung berechnet.

Nun nehmen Sie die Mittel hinzu, die ihm wirklich zu Gebote stehen: das ist die große Masse des Arbeiterstandes, von dem er sagt, er wäre von den Fabrikanten am Hungertuche gehalten. Nun, meine Herren, eine größere Gefahr für den Frieden ist doch überhaupt nicht zu erwarten, als aus einem Zustande, in welchem der Arbeiterstand am Hungertuche nagt. Und wer sind die Arbeiter? Sie repräsentiren die physische Kraft. Es wird Ihnen gewiß, wenn Ihnen die friedlich festlichen Aufzüge der Arbeiter in den Straßen dieser Stadt begegnet sind, der Gedanke gekommen sein und mit Besorgniß Sie erfüllt haben: wenn diese Kräfte und Elemente, diese Massen, die jetzt in friedlichem Zuge sich dahinbewegen, entfesselt würden, wenn diese Cyclopen der modernen Zeit im Besitze von Waffen, und seien dies nur die Werkzeuge ihrer Arbeitsstätten, sich gegen die bestehende Ordnung erheben! — Ueberfällt Sie da nicht ein Schauer der Besorgniß? Sind es nicht ungeheure Kräfte, deren er sich hier bemächtigt und die er für seine Pläne sich dienstbar macht? Wenn diese Kräfte organisiert sind, und zwar unter einer Leitung, die er mit dem Hinweis auf die sofortige Sammlung von 500 Unterschriften in Solingen als eine sehr durchgreifende bezeichnet,

indem er ferner sagt: Euer Ja ist Ja, Euer Nein ist Nein, — so erscheinen sie als unwiderstehliche Streitkräfte. Nun, meine Herren, daß von solchen Massen Gefahr zu befürchten ist, das liegt gewiß klar auf der Hand. Und diese Massen sind diejenigen, welche er in das Feld führen will, um das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht herzustellen. Anscheinend ist der Verein ein ganz harmloser, ein Verein der Arbeiter untereinander, der in loyaler Weise — wenigstens nach seinem Programm — jene Wiederherstellung anstrebt. Indessen, meine Herren, es fragt sich ja, ob denn das der einzige Zweck des Vereins wirklich ist, und ob nicht das Andre, was er sonst noch anstrebt, den Behörden gegenüber im Statut verschwiegen worden ist. Von einer Anerkennung des Vereins durch die Behörden, von welcher der Herr Angeklagte spricht, konnte natürlich im Sinne einer Konzession nicht die Rede sein. Es fragt sich ferner, ob nicht der Angeklagte diesen Verein, wenn derselbe an sich und zur Zeit auch einen erlaubten Zweck verfolgt, ob er nicht grade diese Massen, die den Verein erst bilden, brauchen will, um einen gewaltsamen Umsturz in seinem Sinne herbeizuführen?

Meine Herren, die entschiedne Bejahung dieser letzteren Frage ergibt sich aus alledem, was der Herr Angeklagte in der Schrift selbst sagt. Er appellirt an die Leidenschaft und den Fanatismus, weil man recht gut weiß, daß dem Fanatismus und der Leidenschaft sehr oft die That folgt. Er hat allerdings versucht, auch diesen Worten eine andre Deutung als die gewöhnliche zu geben. Er meint, unter Berufung auf Hegel, — den die Arbeiter natürlich nicht gelesen haben, — unter Leidenschaft verstehe man ein erhöhtes, ja das höchste Interesse für eine Sache. So verstehen es die Arbeiter nicht, so haben sie es nicht verstanden. Außerdem steht die betreffende Stelle in genauer Verbindung mit einer bereits erfolgten Gewaltthat. Wie bekannt, wurden in Barmen und Solingen Gegner der Bestrebungen des Herrn Angeklagten mit Bierseideln geworfen und mit Messerstichen traktirt. Daran schließt er unmittelbar die Worte:

„Wenn ihre Leidenschaft sie hierbei, wie leicht vorauszusetzen war, zu Erzeß hinriß — u. s. w.“

Hieraus muß man folgern, daß der Herr Angeklagte allerdings aus der Leidenschaft die That erwarten will. Er weist auch, wie in einem Nachsatze, darauf hin, indem er sagt,

die Leidenschaft habe sich diesmal in ihrem Umfange und in ihrer Aeußerung nur **vergriffen**. Er will also nur diesmal sie verdammen, sonst aber soll sie ihm ganz willkommen sein. Und wenn er die Worte so auslegt, er provozire nur auf die Leidenschaft des Interesses und nicht auf die Leidenschaft, die in Gewaltthaten sich äußert, und wenn er dies auch dadurch angezeigt haben will, daß er die Gewalt reprobirte, so bezieht sich dies doch lediglich auf einen isolirten Fall. Wenn aber die Leidenschaft überhaupt erst hervorgerufen ist, so ist die That die unmittelbare Folge, sie liegt neben ihr. Und das ist es auch, was der Herr Angeklagte Seite 9 sagt (liest):

„Und ferner, Arbeiter Berlins, seht Ihr nicht in dieser Leidenschaft selbst, wie so oft im Leben, das Gute dicht neben dem Uebeln?“

Ohne Leidenschaft wird in der Geschichte kein Stein vom andern gerückt! Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener gewaltigen Befreiungen ausgeführt worden, deren Aufeinanderfolge die Weltgeschichte bildet.

Das Aufhören aller politischen Leidenschaften im Volksherzen seit 1849, die Versumpfung und Mattigkeit, welche seitdem einrissen, sie sind ein Hauptgrund unseres tiefen Verfalls seit vierzehn Jahren!

Die Fortschrittler haben 1858 ihren Nationalverein und ihre sogenannten Arbeiterbildungsvereine gebildet. In fünf Jahren haben diese Vereine das politische Leben im Volke nicht heißer durch seine Adern pulsiren zu machen, nicht einen Tropfen des politischen Herzblutes im Volke in raschere Bewegung zu setzen vermocht! Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein besteht kaum vier Monate — und bereits stellt sich die Leidenschaft ein im Herzen des Volkes!

In dieser Leidenschaft, Arbeiter Berlins, wenn sie sich auch diesmal in ihrem Umfang und in ihrer Aeußerung vergriff — in dieser Leidenschaft begrüßt mit mir das freudige Zeichen, daß die politische Aufregung und mit ihr das politische Leben im Volke von Neuem zu erwachen und seinen großen Bestimmungen entgegen zu gehen beginnt!“

Bei solchen Provokationen, meine Herren, kann man unmöglich sagen, daß es sich in der That um friedliche Absichten dabei handele.

Es zieht sich der Hinweis auf die Gewaltthaten in Barmen und Solingen gewissermaßen wie ein Hauch aller dieser Be-

strebungen durch die ganze Schrift hindurch; er weht nicht allein in dem, was ich soeben vorgelesen habe, sondern auch in dem Artikel aus der „Süddeutschen Zeitung“. Wie er den Artikel einführt, so hat er es in der klaren Absicht gethan, um den Arbeitern zu zeigen, wie richtig er im feindlichen Lager beurtheilt werde. Er sagt Seite 9 (liest):

„Arbeiter Berlins! Wollt Ihr Alles, was ich Euch mit meinen Worten gesagt habe, aus dem Munde meiner Gegner, der Fortschrittler, selbst vernehmen? Wollt Ihr sehen, wie sie da, wo sie unter sich selbst sprechen oder schreiben, sich alles das selbst eingestehen, was ich Euch bis jetzt gesagt habe und wovon sie wohlweislich stets dann das Gegentheil behaupten, wenn sie unter Arbeitern sprechen oder für Arbeiter schreiben? Nun wohl, ich will Euch auch noch diesen Beweis führen.“

Der Herr Angeklagte wendet ein, sein Verhältniß zu diesem Artikel müsse er dahin zusammendrängen: „Alles, was ich den Arbeitern gesagt, steht auch in dem Artikel, aber nicht Alles, was in diesem Artikel steht, habe ich den Arbeitern gesagt.“ Er will alles Dasjenige, was in dem Artikel steht, desavouiren, mit Ausnahme der Zugeständnisse, die sich auf Seite 12 befinden. Meine Herren, ich glaube nicht, daß man ihm hierin beistimmen kann; ich komme immer darauf zurück: zu wem spricht er, und welches Verständniß kann er von seinen Lesern erwarten? Er will sich ihnen zeigen, wie er ist, und es scheint, als wollte er es nicht direkt in der Broschüre sagen; er nimmt deshalb nur Bezug auf den Artikel. Jedenfalls ist derselbe ein integrierender Theil seiner Schrift selbst geworden. Er erklärt (liest):

„Seht Ihr, Arbeiter? Die Zahl der Anhänger des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, ihre Begeisterung, ihr stetiges Wachsthum, der Widerwille, mit welchem die Herren Fabrikanten und Kaufleute früher Herrn Schulze-Dehlißsch betrachtet haben, den sie erst jetzt, wo er bei Euch als Gegengift gegen mich dienen soll, als Mittel, Euch von der energischen Verfolgung Eurer Interessen, von mir und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein fern zu halten, bekränzen — alles ist hier mit dürren Worten eingestanden!“

Aus dem Schlußsatz folgere ich, daß Alles, was in dem Artikel steht ipsissima verba¹⁾ des Angeklagten sind.

¹⁾ Die eigensten Worte.

Wollte man dies nicht annehmen und nur dasjenige ihm beimessen, was er ausdrücklich den Arbeitern unter Anschluß an jenen Artikel sagt, so ist dies doch vollkommen ausreichend, um anzudeuten, daß er damit einverstanden wäre — wie im Artikel dargelegt wird — es auf Gewalt ankommen zu lassen. Wenn hier wieder von Begeisterung die Rede ist, so ist das nichts weiter, als dasjenige, was er als Leidenschaft bezeichnet hat und zwar eine solche, die eben nur zur Gewalt führen könnte. In diesem Artikel ist besonders hervorzuheben die Stelle:

„Die Bierseidel, welche am vergangenen Sonntag in Barmen auf die abziehenden Fortschrittsmänner geworfen wurden, sind nicht die Waffen gewöhnlicher Rohheit gewesen“ u. s. w.

Unzweifelhaft wird hier auf die revolutionäre Gewalt als solche hingewiesen; es sind nicht die Waffen gewöhnlicher Rohheit gewesen, sondern Waffen, deren man sich überhaupt bei diesem Stande versehen kann. Dann heißt es weiter in dem Artikel (liest):

„Was den Arbeiterstand politisch so bedeutend macht, sind die derben Fäuste, der hungrige Magen, die Beweglichkeit, die Entschlossenheit. Wir wissen nicht, ob wir jemals ein Heer von Turnern und Schützen werden für die Verfassung ins Feld rücken sehen; aber das wissen wir, daß ein Lassalle'sches Arbeiterheer, wenn man die Dinge so weit kommen läßt, von der gegenwärtigen Verfassung Deutschlands kein Stück beim Alten lassen würde, am wenigsten Scepter, Krone, Stern und andere Spielsachen.“

Das stimmt doch ganz mit dem überein, was der Angeklagte vorher selber sagt, es werde ohne Leidenschaft kein Stein von dem andern gerückt, und so wiederholt sich in diesem Leitartikel, daß von einem Lassalle'schen Arbeiterheere von der gegenwärtigen Verfassung Deutschlands kein Stück beim Alten gelassen werde. Wenn wir das so nehmen, und wir müssen es mit Rücksicht auf Diejenigen, an welche die Schrift adressirt war, so auffassen: so kann darüber kein Zweifel sein, daß von dem Herrn Angeklagten Gewalt gegen den Staat zu befürchten ist. Daß überhaupt von der Leidenschaft bis zur Gewaltthat, als ihrer Wirkung, nur ein kurzer Schritt ist, darüber sind wir Alle klar.

Der Gedanke dieser Schrift kulminirt bei ihrem Schluß. Da hat er es unzweifelhaft ausgesprochen, daß es ihm nicht

blos um ein reformatorisches Vorgehen zu thun ist, sondern daß es ihm nicht darauf ankommt, wenn sich Hindernisse entgegenstellen, auch auf gewaltsame Weise zum Ziele zu gelangen. Es deuten darauf hin die Schlußworte der ganzen Ansprache. Er sagt zuletzt (liest):

„Arbeiter Berlins! Der zu Euch spricht, führt vor Euch nicht seine Sache, sondern Eure eigne! Der zu Euch spricht, spricht nicht zu Euch als ein einzelner Mann, sondern als der Repräsentant vieler Tausende von Arbeitern und mit dem ganzen Ansehen, das es ihm bei Euch geben muß, so viele Tausende Eurer Klasse vor Euch zu verkörpern!

Durch meinen Mund sprechen zu Euch Eure Brüder vom Rhein und vom Main, von der Elbe und der Nordsee. Sie strecken Euch die schwieligen Fäuste hin und verlangen, daß Ihr einschlaget in ihre Bruderhand!

Sie rufen Euch zu: Erwachet aus Eurer Theilnahmlosigkeit und tretet ein in unsern Bruderbund!

Sie rufen Euch zu: wie könntet Ihr hinter den Fortschrittlern einherlaufen oder in tragem Indifferentismus verharren hier, wo es sich um die politische Freiheit, um die Wiedererhebung der Demokratie und um die materiellen Interessen Eurer Klasse, um die Befreiung der Arbeit von dem Tribut an das Kapital überhaupt handelt?

Sie rufen Euch zu: Denket Eurer großen Todten vom März 1848! Wollet Ihr, die Söhne und Brüder Jener, welche mit die Ersten waren in der Bewegung von damals, die Letzten sein in der Bewegung von heute?

Und damals handelte es sich blos um die politische Freiheit! heute handelt es sich um die politische Freiheit und um die Arbeitsinteressen zugleich.

Und damals handelte es sich darum, Barrikaden zu bauen — heute handelt es sich zunächst nur darum, durch den gesetzlich vollkommen erlaubten Eintritt in unsern Verein, durch eine imposante Entfaltung unserer Zahl und Einmüthigkeit eine Stellung einzunehmen, welche einen immensen Druck auf Regierung wie Fortschrittler zugleich ausüben und eine neue Wendung in der Entwicklung unseres Volkes herbeiführen muß!“

Der Zurückweis auf die Barrikaden ist selbst eine Proklamirung der Gewalt. Wenn aber der Herr Angeklagte sagt, das könne nur von den damaligen Zeiten verstanden werden,

jetzt könne man ihm deshalb, seiner eignen Worte wegen, gewaltthätige Absichten nicht unterstellen, denn er stelle ja das Heute dem Damals entgegen: so kann, meine Herren, dies ihn nicht befreien von dem Vorwurf, daß er in Wahrheit doch Gewalt meinte. Er weist ja auch hin auf die Todten, die damals auf den Barrikaden gefallen, er weist hin auf einen bewaffneten Widerstand, und wenn er sagt, er wolle diesen Widerstand, nicht diese Gewalt, so richtet ihn ein einziges Wort, welches vorzugsweise zu pointiren ist. Das ist das Wort **zunächst**. Heute handle es sich, sagt er, zunächst nur darum, durch den gesetzlich vollkommen erlaubten Eintritt in den Verein zu wirken. Meine Herren, der Ausdruck „zunächst“ ist doch gewiß sehr prägnant und deutet klar darauf hin, daß diesem „zunächst“ etwas Anderes folgen soll.

Wird also zunächst auf einen compulsiven Zwang hingewiesen, so kann man als logische Folge nur die offene Gewalt erkennen. Aber wenn wir auch bloß nehmen, was er ausdrücklich ausgesprochen hat, es handle sich zunächst nur um die Hervorbringung eines Eindrucks auf die Regierung durch die Entfaltung einer imposanten Zahl, so ist auch das eine *vis compulsiva*¹⁾. Er meint allerdings, es gäbe eine Menge Mittel und Wege, mittelst deren man auf eine Regierung einen Druck ausüben könnte, wodurch es möglich wäre, eine politische Aenderung durchzuführen, Petitionen, Vereine u. dergl. gesetzliche Mittel; allein in dieser Verbindung hier ist die Ausrede unmöglich.

Es kann darüber ferner ein Zweifel nicht obwalten, daß der Gesetzgeber mit dem Ausdruck „gewaltsam“ im § 61 des Strafgesetzbuchs nicht nur die unmittelbare Thatgewalt, sondern auch die mittelbare Gewalt, *vis compulsiva*, im Auge gehabt hat. Eine ist so gefährlich wie die andre. Und dieser Fall, welchen die Anklage konstatiert, ist derjenige, durch welchen die Freiheit der Berathungen der gesetzgebenden Körperschaft aufgehoben wird, wo mittelst der Aufhebung dieser Freiheit die Verfassung gewaltsamer Weise abgeändert werden soll.

Ebenso wie Alles in der Welt bereits einmal dagewesen ist, so kann sich auch Alles wiederholen. Meine Herren, die Zeiten des November 1848, kurz vor dem Brandenburg-

1) nöthigende Gewalt.

Manteuffel'schen Ministerium, sind Ihnen ja Allen wohl noch in Erinnerung. Wir haben das Bild gesehn, welches uns vor der Sing-Akademie und im Kastanien-Wäldchen Szenen vorkührte, wie sie als unmittelbare Folge der jetzigen Agitation des Herrn Angeklagten sich abermals ergeben würden. Sie wissen, die Berathungs-Freiheit hatte vollständig aufgehört; die wenigen konservativen Mitglieder der Nationalversammlung wurden vollständig terrorisirt, ihr Leben wurde bedroht, bei ihrem Herausgehen aus der Versammlung wurden sie durch die Rothen, die im Kastanien-Wäldchen die Sing-Akademie umstanden, mit Stricken begrüßt¹⁾. Da ist der compulsive Zwang, der gegen eine gesetzgebende Körperschaft ausgeübt werden kann. Es ist keine direkte Gewalt dazu nothwendig, es braucht nicht schon zum Todtschießen zu kommen, — das ist allerdings auch ein Mittel, um etwas durchzusetzen, — sondern der geschilderte compulsive Zwang kann auch etwas schaffen, und der Gesetzgeber hat in der frischen Erinnerung, die damals bei Emanation des Strafgesetzbuches an jene traurige Zeit noch vorhanden war, ihrer Wiederkehr vorbeugen wollen.

Haben wir hiernach das Erforderniß der Gewalt, so trifft der Begriff des Hochverraths in Gemäßheit des § 61 hier zu. Die Anklage gründet sich nun darauf, daß allerdings kein vollendeter Hochverrath vorliege, sondern daß nur der Thatbestand des § 66 hier gegeben sei, wonach jede andre, ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung bestraft werden soll. Meine Herren, es ist Ihnen gewiß unwillkürlich bei der Lesung der Anklage und Vergleichung der in Bezug genommenen Gesetzesstellen § 65 besonders nahe getreten, weil es darin heißt: „Wer öffentlich durch Rede oder Schrift zur Ausführung einer Handlung auffordert, welche nach § 62 als ein hochverrätherisches Unternehmen zu bestrafen wäre“, soll so und so bestraft werden. Es drängt sich als nächste Frage die auf, warum denn nicht dieser Paragraph der Anklage zu Grunde gelegt worden sei. Ich erlaube mir darauf Folgendes zu bemerken. Wäre in dieser Schrift

¹⁾ Eine auf maßlose Uebertreibung beruhende Legende der preussischen Reaction, um die gegen die Berliner National-Versammlung von 1848 verübten Gewaltakte des obengenannten Ministeriums zu beschönigen. Vergl. hierüber u. A. Lassalle's Assisen-Rede Bd. I S. 226 ff. unserer Ausgabe.

eine solche Handlung indicirt,¹⁾ dann hätte unzweifelhaft wegen Aufforderung zum Aufruhr § 65 zur Anwendung kommen müssen. Indessen so weit geht die Anklage in ihrer faktischen Begründung nicht. Sie sagt nicht, daß er eine derartige Aufforderung erlassen hätte, sondern sie sagt blos: er hat einen Verein gegründet, und ist Vorsitzender desselben, und fordert auf, dem Verein beizutreten, indem er ihn benutzen und ausbeuten will, um das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht wieder herzustellen; er will mit diesen Massen, die den Verein bilden, einen Druck auf die Regierung, Gewalt gegen sie oder die gesetzgebenden Faktoren ausüben, um die von ihm aufgestellte Forderung durchzuführen. Das, meine Herren, ist der Grund der Anklage, und es fragt sich, bilden diese Thatfachen eine vorbereitende Handlung im Sinne des Gesetzes? Man muß den logischen Verband, der zwischen den einzelnen Gliedern besteht, berücksichtigen, und unterscheiden zwischen vorbereitendem Versuch und vollendetem Versuch. Der „Versuch“ ist als besondere That-Variante²⁾ bei dem Verbrechen des Hochverraths ausgeschlossen, weil der Anfang in der Ausführung einer That des Hochverraths das vollendete Verbrechen selbst ist. Und wenn es nicht dieses wäre, so könnte doch in diesen Fällen, wo es an dem gesetzlichen Begriffe des straflosen Versuchs gebricht, von einem Abstehen aus freien Stücken nicht die Rede sein. Die §§ 63, 64 und 65 bezeichnen spezielle Arten von Handlungen, die als sehr gefährlich für den Staat schon in ihrer Eigenschaft als vorbereitende Handlungen unter Strafe gestellt werden. § 63 spricht vom Komplott, der § 64 hauptsächlich von der verrätherischen Verbindung mit einer auswärtigen Regierung, und § 65 von der Rede und Schrift als Mittel zum Hochverrath. Dann heißt es eben ganz allgemein in § 66, wie schon bemerkt: „Jede andere, ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung“ soll geahndet werden. Darin sind folglich alle Handlungen zusammengefaßt, die in den vorhergehenden Paragraphen nicht schon als spezielle besonders ausgezeichnet sind.

Was nun dies für Handlungen sind, das zu prüfen ist Aufgabe der thatfächlichen Feststellung. Darüber wird kein Zweifel sein, daß hier unter hochverrätherischer Handlung eine solche zu verstehen ist, die zwar noch nicht im Beginne der

1) zu Tage getreten.

2) Abstufung.

Ausführung sich befindet, wohl aber mit einem Unternehmen, das ausgeführt werden soll, in einer gewissen Beziehung steht, nämlich in der Beziehung der Vorbereitung. Die Worte „jede andre“ sind nicht etwa zu beziehen auf die vorhergehenden §§ 61 und 62, sondern sie sind aufzufassen als ein generalisirender Gegensatz zu den speziell beschriebenen Handlungen der §§ 63, 64, 65.

Geht man von diesen Grundsätzen aus, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die dem Herrn Angeklagten zur Last gelegten Thatfachen als vorbereitende Handlungen zu einem Unternehmen anzusehen sind, welches darauf abzielte, die Staatsverfassung gewaltsam zu ändern. Es kommt nicht darauf an, daß irgendwo ein Akt der Gewalt schon geschehen ist, oder daß etwa die gewaltsame Handlung, die vollführt werden soll, spezialisirt ist, daß aufgefördert wird, sie zu beginnen; nein, hier kommt es nur darauf an, läßt sich nach Allem, was die Anklage bringt, annehmen, daß der Angeklagte es würde auf die Gewalt ankommen lassen, um seine dargelegten politischen Pläne durchzuführen. Wird dies bejaht, nehmen Sie an, daß seine Handlungsweise ein hochverrätherisches Unternehmen intendirt, seine Handlungsweise, wie sie in der Gründung des genannten Vereins, in der Aufforderung, mit den Massen desselben das vorgesteckte Ziel zu erreichen, namentlich aber durch die eignen Enthüllungen in der vorliegenden Ansprache sich charakterisirt: so kann man darüber in keinem Zweifel sein, daß die ganze Aktion des Herrn Angeklagten unter die Bestimmung des § 66 fällt.

Der Ober-Staatsanwalt wiederholt dann in Betreff der beiden ferneren Anklagepunkte, Verhöhnung der Monarchie und Beleidigung der Mitglieder des Staats-Ministeriums, lediglich den Inhalt der oben abgedruckten Anklage unter II. Schließlich trägt er darauf an, den Angeklagten wegen Verletzung der §§ 66, 101 und 102 zu **3 Jahren Zuchthaus, 100 Thalern Geldbuße und 5 Jahr Polizeiaufsicht** zu verurtheilen. (Sensation.)

Hierauf ertheilt der Präsident dem Angeklagten das Wort zur Bertheidigung.

Rechtsanwalt Holtzoff. Ehe der Herr Angeklagte selber das Wort zu seiner Bertheidigung ergreift, wollte ich in Betreff der thatsächlichen Feststellung bemerken: Es wird geltend

gemacht Seitens der Ober-Staatsanwaltschaft, daß dasjenige, was in dem mehrerwähnten Protokoll stehe, dasjenige wirklich sei, was er in seiner Assisenrede vor den Geschwornen erklärt habe. So viel wir bei der Verlesung des Protokolls vernommen haben, hat er aber gar nicht von seiner Assisenrede gesprochen, sondern er hat nur erklärt, daß er in seiner Rede, welche die Veranlassung zu dem damaligen Hochverraths-Prozesse geworden, die in dem Protokoll angegebenen Zwecke verfolgt habe. Hier, in der jetzt vorliegenden Ansprache, weist er aber speziell auf seine Assisenrede hin. Mir liegt nun daran, zu wissen und zu konstatiren, ob mein Herr Klient, nach dem Protokoll, gesagt habe: ich habe jene Zwecke in der Assisenrede ausgesprochen, — er hat dies gewiß nicht gesagt, — oder in meiner früheren Rede.

Präsident. Ich habe bereits erörtert und festgestellt, daß jenes Protokoll nicht vor den Assisen aufgenommen worden ist.

Auf weiteres Befragen konstatirt sodann der Präsident, daß das Protokoll allerdings gar keine Bezugnahme auf die Assisenrede enthalte.

Präs. Angeklagter, was haben Sie zu Ihrer Vertheidigung zu sagen?

Lassalle. Hoher Gerichtshof! Ich bin oft angeklagt gewesen; nie aber haben mich, einer Anklage gegenüber, so eigenthümliche Gefühle durchdrungen, als diesmal. Nur mit Mühe hat mich mein Vertheidiger vermocht, überhaupt eine Vertheidigung Statt haben zu lassen. Nach meiner eignen Auffassung hielt ich es für den pflichtmäßigen Beweis meiner Achtung für Sie und meines Vertrauens in Sie, diese Verhandlung in contumaciam stattfinden zu lassen. Nur die Bemerkung meines Vertheidigers, daß dies auch mißdeutet werden könnte, vermochte mich von diesem Entschlusse abzubringen. Und da ich mich einmal vertheidigen muß, so wünsche ich, aus einer gewissen juristischen Fachleidenschaft wirklich, denn Gründe zur Freisprechung würden auch dann noch übergenug vorhanden sein! — daß die Anklage so etwa sieben- bis achtmal besser begründet wäre, als sie ist, damit ich doch nicht so viele Worte für Nichts und wieder Nichts verliere.

Ich stelle zunächst der Anklage die Einrede entgegen, daß sie gradezu contra legem¹⁾ geht, daß sie

¹⁾ Gegen das Gesetz.

die §§ 65 und 66 des Strafgesetzbuchs gradezu ver= lezt. Ich bin angeklagt auf Grund einer gedruckten Broschüre, welche die Aufforderung an die Arbeiter Berlins enthält, in den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein einzutreten. Von einer durch eine Druckschrift oder durch eine öffentliche Rede vollbrachten Aufforderung zum Hochverrath handelt der § 65, auf den hin ich nicht angeklagt worden bin.

Derselbe lautet (liest):

„Wer öffentlich durch Rede oder Schrift zur Aus= führung einer Handlung auffordert, welche nach § 62 als ein hochverrätherisches Unternehmen zu bestrafen wäre, soll mit zwei- bis zehnjährigem Zuchthaus, oder, wenn festgestellt wird, daß mildernde Umstände vor= handen sind, mit Einschließung von zwei bis zu zehn Jahren bestraft werden.“

Warum bin ich also, da ich angeklagt bin, auf Grund einer öffentlichen Rede oder einer veröffentlichten Druckschrift, nicht auf den § 65 angeklagt? Aus dem einfachen Grunde, weil der § 65 mit Nothwendigkeit verlangt, daß die Auf= forderung gerichtet sein muß auf ein vollendetes hochver= räterisches Unternehmen, und da konnte man im vorliegenden Falle sich nicht auf § 65 stützen. Aber auf § 66 kann man mich noch weit weniger anklagen; denn dieser sagt:

„Jede andere, ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung u. s. w.“

Was heißt das? Es heißt: Jede andre, als die in dem vorhergehenden § 65 erwähnte vorbereitende Hand= lung, jede andre, als eine in einer öffentlichen Rede oder Schrift bestehende Handlung! Also eine Real-Hand= lung muß es sein, die nach § 66 zu verfolgen ist, wenn z. B. Barrikadenpläne entworfen, Waffenvorräthe gesammelt werden u. c. Eine bloß in einer öffentlichen Rede oder Schrift bestehende Aufforderung kann nur auf Grund des § 65 verfolgt werden, und zwar lediglich dann, wenn sie eben unmittelbar auf einen dann vollendeten Hochverrath gerichtet war. Mit andern Worten: indem ich angeklagt werde der Vorbereitung von Hochverrath auf Grund einer Druckschrift, in welcher ich nach der Anklage selbst nicht zu unmittelbarem Ergreifen der Waffen, sondern nur zu vorbereitenden Schritten auffordere, so werde ich also realiter angeklagt: der Auf= forderung zur Vorbereitung von Hochverrath, d. h.

die Anklage schafft ein neues Verbrechen, welches das Gesetz nicht kennt. Die Aufforderung zur Vorbereitung von Hochverrath ist eine gesetzlich nicht verpönte Handlung.

Ich gehe zu einer zweiten Einrede über, welche Ihnen beweisen wird, daß die Anklage nicht nur die §§ 65 und 66, sondern daß sie das gesammte System der bezüglichen Gesetzgebung verlegt. Ich werde Ihnen hierbei zugleich zeigen, daß unser Gesetz hierbei keine Lücke hat, und ferner, daß man § 65 und § 66 nicht etwa so auffassen kann, als ob ersterer zwar bloß die Aufforderung zu vollendetem Hochverrath bestrafe, § 66 aber unter anderen ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitenden Handlungen wiederum auch eine Aufforderung verstehe, die in einer öffentlichen Rede oder Schrift enthalten ist, aber eine solche Aufforderung, die bloß auf eine vorbereitende Handlung gerichtet wäre.

Die Vorbereitung von Hochverrath ist strafbar; die Aufforderung zum Hochverrath ist nur eine bestimmte Art von Vorbereitung, eine Vorbereitung *sui generis*¹⁾. So faßt sie das Gesetz auf und konnte sie auch gar nicht anders auffassen, denn auch eine Aufforderung ist immer eine Handlung. Da diese Handlung aber nicht den Inhalt des eigentlichen Verbrechens selbst verwirklichen, sondern dasselbe dadurch herbeiführen will, daß sie Andere dazu auffordert, so ist sie selber eine vorbereitende Handlung. Daher das ganze System unserer Gesetzgebung. Die §§ 61—63 geben den Begriff des vollendeten und verabredeten Hochverraths. Schon § 64 — merken Sie wohl, der § 63 steht vor dem § 65, — schon § 64 geht zum Verbrechen der Vorbereitung von Hochverrath über. Er lautet (liest):

„Gleiche Strafe (§ 63) soll denjenigen treffen, der zur Vorbereitung eines Hochverrath entweder mit einer auswärtigen Regierung sich einläßt, oder die ihm vom Staate anvertraute Macht mißbraucht, oder Mannschaften anwirbt, oder in den Waffen einübt.“

Wir befinden uns also bereits mit diesem Paragraphen in der Sphäre des vorbereitenden Hochverraths. Somit ist klar und unwidersprechlich bewiesen, daß § 65, der jetzt folgt, in der Aufforderung zum Hochverrath mittelst Rede oder Schrift auch nur eine andere Art von Vorbereitung

¹⁾ in ihrer eigenen Art.

erblickt. Und zur letzten Evidenz ist dies bewiesen durch § 66, der resumirend sagt:

„Jede andere, ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung soll so und so bestraft werden, — in diesen Worten den ganzen Rest aller noch nicht speziell erwähnten Vorbereitungs-handlungen in sich begreifend. Es werden also drei Arten von Vorbereitung des Hochverraths unterschieden: erstens die in § 64 spezifizirten Real-Handlungen, die besonders gefährlich sind, zweitens die in einer Aufforderung, in öffentlicher Rede oder Schrift liegende Handlung und endlich drittens, jede andere Hochverrath vorbereitende Handlung, die nicht schon in den §§ 64 und 65 erwähnt ist; also eine nicht in öffentlicher Rede oder Schrift bestehende Real-Handlung und ferner eine andere Real-handlung als die in § 64 besonders aufgezählten.

Es muß also immer, das zeigt diese Nebeneinanderstellung, eine reale Handlung sein, die unter den § 66 des Strafgesetzbuches gezogen werden soll, etwa Beschaffung von Pulver, Blei, Waffen, Barrikaden, Operationsplänen u. s. w., mit anderen Worten: der Hochverrath, meine Herren, kann niemals in Worten vollbracht werden; dazu ist das ein viel zu substantielles Unternehmen. Die einzige Ausnahme davon ist die, wenn die Worte zu unmittelbarer Ergreifung der Waffen auffordern.

Das werden Sie belegt finden, wenn Sie die Gesetzgebungen aller Völker und Zeiten vergleichen. Noch in keinem Gesetzbuch hat es ein Verbrechen des Hochverraths gegeben, das in Worten bestand, es sei denn die Aufforderung zur unmittelbaren Ausführung desselben. Die Staatsanwaltschaft weiß das selber, sie vergißt es nur in dem Prozeß gegen mich. Als ich heut früh mein Frühstück einnahm, fiel mir die „National-Zeitung“ vom heutigen Tage in die Hand. Da steht der Bericht über den Prozeß Langerhans und darin das Plaidoyer des Herrn v. Mörs. Da kommt der Staatsanwalt selbst gelegentlich auf unsere Frage (liest):

„Dieser Vorwurf des Angeklagten dokumentire, daß er kein Jurist sei. Zum Thatbestand des Hochverraths gehöre, daß die Verfassung gewaltsam aufgehoben werden solle, es müsse also wenigstens zur Gewalt aufgefordert werden. Die einfache Aufforderung zur Aufhebung der Verfassung stelle keine strafbare Handlung dar.“

Warum vergißt also die Staatsanwaltschaft, was sie selbst weiß, so wie es sich um einen Prozeß gegen mich handelt? (Sensation unter den Richtern.)

Die §§ 64—66 erschöpfen also in ganz vernünftiger Weise den Begriff der Vorbereitung von Hochverrath. Indem ich nach § 66 der Vorbereitung von Hochverrath angeklagt werde, diese Vorbereitung aber wiederum in einer öffentlichen Aufforderung in Rede oder Schrift bestehen soll, welche nach dem Gesetze selbst nur eine bestimmte Art von Vorbereitung und deshalb nach dem Gesetze selbst nur dann strafbar ist, wenn sie vollendeten Hochverrath vorbereitet, zu vollendetem Hochverrath auffordert, — werde ich somit angeklagt einer:

Vorbereitung von Vorbereitung von Hochverrath,

d. h. eines dem Gesetze gar nicht bekannten Verbrechens, einer Vorbereitung in zweiter Potenz!

Das ist das tief Traurige bei dieser Anklage, daß sie in dieser Hinsicht ein in den Gesetzbüchern aller Völker und Zeiten unerhörtes Verbrechen, ein *crimen novum atque inauditum*¹⁾, das Verbrechen der Vorbereitung von Vorbereitung von Hochverrath zu schaffen sucht.

Bei allen anderen Verbrechen, meine Herren, ist niemals die Vorbereitung strafbar, nur bei dem Hochverrath allein geht wegen seiner Gefährlichkeit das Gesetz so weit, daß es, obwohl auch nicht ohne großen Streit unter den juristischen Schriftstellern über die theoretische Zulässigkeit oder Prinzipwidrigkeit solcher Bestimmungen, schon die Vorbereitung bestraft; aber immer müssen es nun Vorbereitungen des vollendeten Hochverraths sein, Handlungen, welche unmittelbar zu vollendende Verbrechen vorbereiten. Den § 66 aber dahin ausdehnen wollen, daß er Vorbereitungen in der zweiten Potenz bestrafe, daß er Vorbereitung von vorbereitendem Hochverrath bestrafe — das heißt ihm eine Ausdehnung geben, in welcher er die Welt verschlechtert.

Unwillkürlich wird man dabei an die Worte unseres Dichters erinnert:

„Es ist ein rechtes Elend mit dem Hochverrath.
Er ist so schlimm, ja schlimmer selbst als Flöhe!

1) Ein neues und unerhörtes Verbrechen.

Allüberall zudringlich hüpft er einem an.

Schneus' ich die Nase — aber nein! 's ist Hochverrath,

Kraz' ich am Kopfe — wehe mir! 's ist Hochverrath.

Ja selbst in's Bette leg' ich mich des Nachts mit Angst,

Daß mir ein hochverrätherischer — Traum entfährt.“

Präsident. Ich muß den Angeklagten ersuchen, seine Bertheidigungsrede nicht mit dichterischen Ergüssen zu durchspicken. Ich muß auch die allgemeine Bemerkung machen, daß die ganze Rede viel mehr auf das Publikum als auf den Gerichtshof berechnet erscheint.

Lassalle. Ich will hier sehr gern abbrechen, Herr Präsident, um so lieber, als ich meiner und Ihrer Auffassung vielleicht näher kommen werde, wenn ich dasjenige, was man auch komisch darstellen kann, in seiner tief traurigen Seite offenbare. Wenn nämlich Vorbereitung von Vorbereitung strafbar ist, nun dann ist — und das ist eben die tiefe Barbarei dieser Anklage!! — jede Verbreitung von Vernunft und Erkenntniß strafbar! Jede Erkenntniß von Mangelhaftigkeit und Verbesserungsfähigkeit gegebener Zustände kann unter gegebenen Umständen einmal zu dem Versuche gewaltsamer bewaffneter Auflehnung dagegen führen und ist somit Vorbereitung von Hochverrath. Alle Umwälzungen, welche die Geschichte kennt, können als Ausflüsse früherer Vernunft-erkenntnisse und ihrer Verbreitung bezeichnet werden. Alle Vernunft-erkenntnisse hängen aber wieder unter einander eng zusammen, und so wäre, wenn man die Vorbereitung nicht als Vorbereitung eines unmittelbaren realen Unternehmens auffaßt, sondern als Vorbereitung von Vorbereitung, die Vernunft selbst das Verbrechen des Hochverraths! Das ist eben, meine Herren, der Grund, weshalb das Gesetz eine Schrift oder Rede nur dann für Vorbereitung von Hochverrath erklärt, wenn dieselbe unmittelbar zur Ausführung einer bestimmten, den Hochverrath vollendenden Handlung auffordert. Deshalb verlegt die Anklage den § 65. Und ebenso ist dies der Grund, weshalb die nicht unmittelbar Hochverrath vollbringende, aber vorbereitende Handlung, um strafbar zu sein, eine andere als eine in Schrift oder Rede geschehende, eine reale Handlung sein muß. Und deshalb verlegt die Anklage gegen mich auch § 66.

Ich bringe eine dritte Einrede. § 66 ist noch in anderer Hinsicht verlegt. Er lautet: „Jede andere, ein hochver-

rätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung“. Er setzt also voraus „ein hochverrätherisches Unternehmen“.

Hier fehlt, meine Herren, der Anklage bloß eine Kleinigkeit, nämlich das Unternehmen. Es muß ein bestimmtes hochverrätherisches Unternehmen entworfen und beschlossen sein. Dies ergibt sich aus dem bloßen Wortlaut des Gesetzes, wie es ebenso besonders festgestellt ist durch den Kommissionsbericht der zweiten Kammer des Jahres 1849. So heißt es bei Oppenhoff in der Note 1 zu diesem Paragraphen (liest):

„Auch hier wird die Vorbereitung eines bestimmten hochverrätherischen Unternehmens vorausgesetzt, wie es in den §§ 61, 62 —“

das heißt in den Paragraphen, die vom vollendeten Hochverrath handeln —

„definirt ist.“

Ich sage, es muß ein bestimmtes Unternehmen entworfen und beschlossen sein, irgend ein Subjektiv objektiver Handlungen, welche die Wirkung des Verfassungssturzes haben sollen, es muß ein Plan festgestellt sein, wie denn die Verfassung gewaltsam umgestürzt werden soll; und der erste Schritt, welcher die Ausführung dieses Planes vorbereitet, wäre das Verbrechen des vorbereitenden Hochverraths. Hier fehlt das Unternehmen, also nicht mehr als Alles, sein Plan, sein Leib, der Subjektiv objektiver Handlungen, die zu seiner Realisirung dienen sollen. Nichts von alle dem hat die Anklageakte nachgewiesen, oder auch nur nachzuweisen versucht. Sie hat gar kein Unternehmen angegeben, sie legt mir nur — um mich dieses kontradiktorischen Ausdruckes zu bedienen — in einem fort hochverrätherische Gedanken zur Last!

Meine Herren, wer vor Ihnen eine Anklage auf Hochverrath erhebt, der muß Ihnen vor Allem nachweisen zwei Dinge: erstens ein bestimmtes hochverrätherisches Unternehmen, das beschlossen worden ist; zweitens eine reale Handlung, welche die Ausführung dieses Unternehmens vorbereitet. Der Anklageakt versucht nicht einmal, Ihnen das erste dieser Requisite darzulegen; er versucht nicht einmal, Ihnen das bestimmte hochverrätherische Unternehmen anzugeben, welches ich beschlossen und vorbereitet haben soll. Er spricht immer nur von einem Gedanken-Sublimat. Aber wo, frage ich, bleibt der objektive Thatbestand, der Leib des Verbrechens? welches ist die Zeit und der Ort, welches ist das

Wie des von mir beschlossenen hochverrätherischen Unternehmens gewesen, das ich durch diese Broschüre vorbereiten wollte? Wollte ich vielleicht den König gefangen nehmen, wenn er grade zur Oper fuhr, um ihm die Aufhebung der Verfassung abzuwingen? oder wollte ich vielleicht — und das wäre noch nicht einmal wirkliche Gewalt — hier große Volksaufläufe vor den Ministerhotels organisiren und die Menge so lange schreien lassen: „Nieder mit dem Ministerium!“ — bis die Minister abträten, weil diese Minister ein gar so treuer Hort und Schirm der Verfassung sind? Oder wollte ich im ganzen Lande, in allen Provinzen die Bevölkerung die Waffen ergreifen lassen gegen die Regierung, um diese zu zwingen, die Verfassung aufzuheben? — Aber die Regierung giebt die Verfassung vielleicht viel billiger! Oder was sind sonst Zeit, Ort und welches ist das Wie dieses beschlossenen hochverrätherischen Unternehmens gewesen? Zeit und Ort sind die ersten und wesentlichsten Bedingungen jeder Handlung. Wie denkt sich dies die Staatsanwaltschaft? Wollte ich es in zwei Jahren ausführen, oder in fünf, in zehn, oder vielleicht in hundert Jahren? In meinem Antwortschreiben an das Leipziger Comité, durch welches ich den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gestiftet, sage ich, daß zur bloßen Durchdringung der Bevölkerung mit unserm Rufe mindestens mehrere Jahre erforderlich sein würden, ferner daß die Regierungen sich dann nicht lange dagegen verschließen würden. Ich gebe also auch noch dann ein: „nicht lange“ zu — ja, meine Herren, wie lange heißt das? vielleicht in zehn, zwanzig oder hundert Jahren? Wie denkt der Staatsanwalt darüber? Ferner, wo will ich das Verbrechen begehen? hier in Berlin? Sollte ich also wirklich schon stark genug sein, um gegen die vereinte Macht der Truppen der Regierung und sämtlicher Fortschrittler, die dann als Bürgerwehr verkleidet der Regierung zu Hülfe kommen würden, die Waffen zum Umsturz der Verfassung zu ergreifen? Oder im Rheinlande, wo wir vielleicht Massen genug zu unserer Verfügung haben würden, wo sich aber der Sitz der Regierung nicht befindet und wir dann alle Armeen Preußens auf den Hals bekommen würden? Oder wollte ich die Fortschrittler, diese lebendigen Säulen der Verfassung, in ihren Betten überfallen und erdolchen? Oder wollte ich die englische Pulververschwörung in Szene setzen und etwa das Abgeordnetenhaus

in die Luft sprengen? Warum in aller Welt ist denn der Anklageakt so schamhaft, so diskret, daß er mein Verbrechen nicht nennt? Wir haben erst jüngst von einem Hochverrathsprozeße gehört, der in Paris den Italienern Greco, Imperatori und Trabucco gemacht wurde. Wurden diese unter bloßer Berufung auf eine abstrakte Gesezeskategorie beschuldigt, dem Kaiser Napoleon überhaupt nach dem Leben getrachtet zu haben? Meine Herren, wäre dies geschehen, so würde das französische Tribunal mit Gelächter oder mit Entrüstung diese Anklage abgewiesen haben. Es reicht nicht hin, daß die Gesezeskategorie in den Anklageakt gesetzt wird, es muß der konkrete Thatbestand, welcher unter das Gesez gebracht werden kann, nachgewiesen werden. So hieß es in dem französischen Anklageakt: Die Angeklagten wollten Bomben unter den Wagen werfen, wenn Napoleon in die Oper fuhr. In dieser Thathandlung konnte dann der Richter die gesetzliche Kategorie des nach dem Leben Trachtens erkennen. Hier sind dergleichen Thatfachen nicht angegeben; es ist nur Bezug genommen auf die Gesezeskategorie! Ein Hochverrath, meine Herren, liegt, wie Sie sehen, in dieser Prozeßsache allerdings vor, es ist der Hochverrath am Jus¹⁾, der durch diesen Anklageakt vollbracht wird!!

Der Ober-Staatsanwalt erhebt sich zu einem Protest. Gleichzeitig fällt der Präsident dem Angeklagten in's Wort (sehr laut): Ich muß den Angeklagten unterbrechen. Es ist durchaus unstatthaft, in solcher Weise sich hier zu äußern . . .

Cassalle (selbst das Wort wieder ergreifend, den Präsidenten unterbrechend und mit noch lauterer Stimme): Ich muß frei sprechen dürfen, um mich gegen eine so unerhörte Anklage

Präs. (wieder hörbar, und das Wort dann allein führend): Der Vertheidigung soll keine Fessel angelegt werden; aber Ihr Vertheidigungsrecht giebt Ihnen nicht die Befugniß zu öffentlichen Beleidigungen des Ihnen gegenüberstehenden Anklägers. Mögen Sie die Anklage in Ihrem Sinne auch bezeichnen als eine noch nicht dagewesene; aber dieselbe zu einem „Hochverrath am Jus“ zu machen, ist ein nicht zu billigender Vorwurf

Cassalle. Aber, Herr Präsident, ich sage damit

1) Das Recht selbst.

Präs. Wir verstehen Alle, was Sie damit sagen wollen. Führen Sie nur Ihre Vertheidigung etwas ruhiger, nicht mit einer Exaltation, in welche Sie sich selber hinein-auffahren!

Lassalle. Sie sprechen von größerer Ruhe! Aber ich bitte Sie doch, sich hineinversetzen zu wollen in die Stimmung, die nothwendig einen Angeklagten beseelt, der sich — um mich sehr mäßig auszudrücken — einer so schauerhaften Anklage gegenüber befindet, und der von lebhaftem natürlichen Temperamente ist.

Präs. Sie gehen doch manchmal zu weit in Ihrer Excentricität; Sie müssen sich einer gewissen Mäßigung befleißigen. Fahren Sie nunmehr in Ihrer Vertheidigung fort.

Lassalle. Ich will jetzt in einer vierten Einrede diese Umkehrung aller rechtlichen Begriffe noch näher entwickeln. Nach dem Anklageakte stünde die Sache so: Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wäre das hochverrätherische Unternehmen, das ich vorbereite; oder der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wäre die das hochverrätherische Unternehmen vorbereitende Handlung, und ich bereitete meinerseits diesen Verein vor, indem ich aufforderte, in ihn einzutreten. Das tritt auch in dem Anklageakt an mehreren Stellen ganz klar hervor. Wenn dem so wäre, dann würde ich zunächst fragen müssen: Warum stehe ich allein hier als Hochverräther? wo sind meine Complicen? warum ist nicht der ganze Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zur Stelle? Er müßte es nach dem Sinne der Anklage! Aber freilich wäre das unmöglich, er ist ein durchaus legaler, auf dem Grunde des Vereins-Gesetzes bestehender und von allen Behörden im Staate anerkannter Verein! Die Sitzungen desselben haben immer öffentlich und in Gegenwart von Polizeibeamten stattgefunden. Einige dieser Bescheinigungen habe ich mitgebracht, um sie hier zu den Akten zu reichen. Außerdem verkehre ich als Präsident des Vereins mit sämmtlichen Behörden, namentlich mit dem hiesigen Polizei-Präsidium, und wenn ich mich zu beschweren habe, mit dem Minister des Innern schriftlich im Namen des Vereins und erlange, wenn ich Verletzung nachweisen kann, Recht und Abhülfe. Auch darüber kann ich Ihnen einige Aktenstücke produziren. Noch mehr: Sie wissen, meine Herren, zur Verbreitung von Broschüren gehört ein Kolportirschein. Ich habe mich an das Polizei-Präsidium gewandt, um einen

solchen Schein für den Sekretär des Vereins zu erlangen und alle Vereinschriften verbreiten, vertheilen und verkaufen zu können, und ich habe ihn erhalten. Sie sehen, meine Herren, der Verein ist wirklich ein von allen Behörden im Staate anerkannter, ganz legaler Verein.

Es bleibt also in diesem substantiellen Widerspruch dem Staatsanwalt nichts Andres übrig, als zu sagen: „Ja, objektiv gesprochen, ist der Verein ein legaler und unangreifbarer Verein, aber für Dich, in Deinen Gedanken ist er etwas Anderes, als für sich selbst“. In meinen Gedanken nämlich soll er eine Waffe sein, die ich mir schmiede, um damit vielleicht einmal die Verfassung gewaltsam umzustürzen.

Obgleich davon nun kein Wort wahr ist, — nehmen wir einen Augenblick an, es wäre dem so! Nun, so würde sich selbst unter dieser schlimmsten Voraussetzung ergeben, daß ich noch bei der vorhin gewonnenen Formulirung der Anklage zu nachgiebig war. In der That, ich bin nicht einmal angeklagt, wie ich vorhin sagte, der Vorbereitung von Vorbereitung von Hochverrath, sondern der Vorbereitung von Vorbereitung eines Gedankens an Hochverrath!! Ganz genau so: (Wiederholung dieser Formel.) Denn die erste dieser Vorbereitungen ist meine Ansprache, durch die ich auffordere, in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein einzutreten. Dieser Verein wiederum ist selber keine, ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung, sondern an sich legal. Aber in meinem Kopfe soll er einen Gedanken an Hochverrath vorbereiten. Es bleibt also dabei: Vorbereitung von Vorbereitung eines Gedankens an Hochverrath.

Ich habe gesagt, der Staatsanwalt könnte keine andre Darstellung geben, als die: an sich legal und erlaubt ist der Verein, aber in meinem Sinne, in meinen bösen Gedanken sei er eine Waffe, die ich mir zum Hochverrath schmiede.

Nehmen Sie an, meine Herren, ich schmiede mir eine Büchse. Damit kann man allerlei Dinge thun, Rehe und Hirsche schießen, und auch damit auf eine Barrikade steigen, um auf die königlich Preussische Armee zu feuern. Der Staatsanwalt sagt nun: er hat sich eine Büchse geschmiedet, und ich behaupte, er that dies nur zu dem Zwecke, um damit auf die Barrikade zu steigen. Damit würde er mir also zuvor mein Gedanken-Geheimniß nachweisen. Er würde mir natürlich die geheime Absicht, in welcher ich mir die Büchse schmiede,

ebenso wenig nachweisen können, wie die geheime Absicht, zu welcher ich nach ihm den Arbeiterverein organisire.

Nehmen wir aber an, die Sache läge für ihn in jenem Beispiel noch viel günstiger. Nehmen wir an, ich hätte beim Büchschmieden zu Anderen mich in Briefen dahin ausgesprochen: ich schmiede die Büchse, um auf die Barrikade zu steigen, so daß diese Absicht feststände, — wäre das Schmieden dieser Büchse bereits eine ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung? Nein, sondern erst, wenn ich die Barrikade vorbereite, auf welche ich mit dieser Büchse steigen will, erst dann würde eine derartige Handlung gegeben sein.

Die andern Einwendungen werde ich bei der Zergliederung des Anklageaktes zur Geltung bringen. Sie sollen zu immer stärkeren Afforden anschwellen, so daß ich die durchgreifendsten Einreden zuletzt entwickeln werde.

Zunächst erlauben Sie mir eine kurze Geschichtserzählung. Im März v. J. erließ ich mein bekanntes Antwortschreiben an das Leipziger Comité, in welchen ich den Plan zur Stiftung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins entwickelte und Deutschlands Arbeiterbevölkerung zum Beitritt aufforderte. Dies soll keine den Hochverrath vorbereitende Handlung sein. Dieses Schreiben ist in Preußen überall mit gesetzlicher Erlaubniß debittirt.

Im Mai ging ich darauf nach Leipzig und stiftete dort thatsächlich den Verein. Das soll auch keine den Hochverrath vorbereitende Handlung sein. Ich kam nach Preußen zurück. In so viel preussischen Städten, als ich konnte, ernannte ich Bevollmächtigte und organisirte den Verein. Auch hierin fand man keine Handlung der Vorbereitung des Hochverraths. Ich mache sodann eine Agitationsreise im September v. J., halte in Barmen, Düsseldorf, Solingen große Reden, — immer noch keine Vorbereitung! Jetzt aber fängt's an. Ich komme zurück vom Rhein, ich finde, daß die Berliner Presse entsetzlich gelogen hat über alle jene Vorgänge, daß sie sie auf merkwürdige Weise entstellt hatte. Die Vorgänge von Solingen, wo mir 10000 Mann unter nicht enden wollenden „Hochs“ auf mich ein in der Rheinprovinz noch nicht dagewesenes Triumphgeleit gegeben hatten, entstellte sie dahin, daß die Gensd'armen mich vor dem Volke hätten schützen müssen! Sie hatte endlich die Ohren der Berliner Arbeiterbevölkerung erfüllt mit der Verdächtigung, ich sei ein Reaktionsär.

Es war also meine dringendste Pflicht und meine Aufgabe, diese Arbeiterbewegung zu enttäuschen, aber wie sollte ich die Mittheilungen der Berliner Presse widerlegen? Ich konnte Broschüren verbreiten; aber, meine Herren, Sie wissen selbst, daß vor dem Volks-Tribunal keine Zeugen vernommen werden können. Unter diesen Umständen kam es mir äußerst bequem, daß ein Fortschrittsblatt selbst einen Artikel brachte, worin abgewichen wurde von jener Lügen-Taktik, welche die gesammte Fortschrittspresse beobachtet hatte. Da war die große Zahl und das Wachsthum meiner Anhänger, sowie ihre Begeisterung ganz der Wahrheit gemäß geschildert. Die Behauptung, daß ich der Reaktion diene, wurde als eine Fabel und ein lächerliches Märchen eingestanden. Allerdings hatte der Korrespondent diesen Artikel noch mit allerlei Phantasien verbrämt; ich hatte indessen nicht die geringste Veranlassung, auf diese Ja oder Nein zu sagen, und noch weniger ist es mir dabei in den Sinn gekommen, etwa ein judiciäres Zugeständniß abzulegen. Ich konnte mich selbst dieser Phantasien als eines argumentum a fortiori bemächtigen, und deshalb druckte ich dieses Zugeständniß der Feinde — soweit ich es aufnahm — wörtlich ab.

Diese Broschüre, welche ganz offenbar nur darauf hinauslief, die Berliner Arbeiterbevölkerung über mich zu enttäuschen und zum Eintritt in unsern Verein aufzufordern, soll nun das Verbrechen der Vorbereitung des Hochverraths darstellen. Wie ist das möglich? Ich werde den Anlageakt bis auf sein Skelett zerlegen, um denselben zu kritisiren und die übrigen Einreden bei dieser Gelegenheit beiläufig entwickeln.

Es heißt in demselben (liest):

„Der Angeklagte ist geständlich der Verfasser der Broschüre.“ --

„Durch die Veröffentlichung dieser Broschüre hat sich der Angeklagte einer Handlung, durch welche ein hochverrätherisches, nämlich auf gewaltsame Aenderung der Preussischen Staatsverfassung abzielendes Unternehmen vorbereitet wurde, schuldig gemacht. Der Angeklagte fordert nämlich in dieser Broschüre die Berliner Arbeiter zum Eintritt in den von ihm gegründeten „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ auf.

Das also ist die Handlung, zu der die Ansprache auffordert, oder die sie vorbereitet. In der That, ein eigentüm-

liches Verbrechen: aufzufordern zum Eintritt in einen allgemein gesetzlich anerkannten Verein!! Hieraus müßte doch mindestens folgen, daß dieser selbst ein hochverrätherisches Unternehmen ist. Es geht weiter (liest):

„Der Zweck dieses Vereins ist die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts.“

Das — dieser Zweck meines Zweckes — ist doch auch kein Verbrechen. Oder vielleicht ist es der Zweck in dritter Potenz, der Zweck des Zweckes dieses Wahlrechts, welcher das Verbrechen des gewaltsamen Umsturzes bildet? Denn hier wird weiter entwickelt, wie mittelst dieses Wahlrechts der gegenwärtige preußische Staat umgeformt werden würde. Aber hier ist doch nirgends von einer gewaltsamen Herstellung dieses Rechts die Rede; das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht beendet vielmehr jede Aera der Gewalt und jede Herrschaft der Klassen übereinander. Der Anklageakt geht weiter (liest):

„Dieses Ziel des Vereins könnte nur durch eine Aenderung der preußischen Staatsverfassung vom 31. Januar 1850 erreicht werden, da diese das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht nicht kennt.“

Das ist sehr logisch! Wer das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht will, der will etwas, was nicht in der Verfassung steht, etwas anderes, als in der Verfassung steht, das ist der Anklage nicht zu bestreiten. Aber was hat dies hier in dieser Sache zu thun? Darf ich nicht, ich allein nicht in ganz Preußen — denn alle andere Parteien machen davon den freiesten Gebrauch — die Verfassung mangelhaft oder schlecht finden? Es kommt offenbar nur auf die Mittel zu dieser Aenderung an. Setze ich den Fall, daß ich alle 18 Millionen Bewohner Preußens überzeugen könnte, es sei besser, die Verfassung aufzuheben, namentlich das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht herzustellen: würde darin etwas Verbotenes liegen? Gewiß nicht. Werde ich nun wirklich so lange warten müssen, werde ich auf diesem langsamen Wege gehen müssen, sämtliche 18 Millionen bis auf den letzten Spießbürger zu überzeugen? Nein, meine Herren, das hat man sehr häufig nicht nöthig, wenn man eine wahrhaft intelligente Bewegung vertritt, ohne deshalb zur Gewalt greifen zu müssen! Man läßt nämlich die Prinzipien, die man vertritt, einerseits wirken auf große Massen des Volks, und

andererseits — wenn eben die hinreichende Intelligenz diesen Prinzipien innerlich einwohnt, — auf die Minorität der Allergebildetsten in der Nation. Da nun diese Intelligenz der Allergebildetsten in der Regel auch von sehr maßgebendem Einfluß zu sein pflegt¹⁾, so kann man den langen Weg abkürzen und braucht nicht zu warten, bis man wirklich den letzten Spießbürger der 18 Millionen überzeugt hat.

England liefert davon ein glänzendes Beispiel. 1841 begann dort die Agitation gegen die Korn-Gesetze, die bis zum Jahre 1846 gedauert hat. Sie wurde ganz in populärer Weise geführt. Als Arbeiter in einen baumwollenen Anzug gekleidet, durcheilte Richard Cobden sämtliche Arbeiter-Distrikte Englands. Ueberall wurden die Massen unter der Devise: „billiges Brod“ zusammengetrommelt und die Aufhebung der Korn-Gesetze zu einer speziellen Arbeiter-Frage gemacht. Im Jahre 1846 sah sich Sir Robert Peel, der Chef des Tory-Ministeriums, welches bis dahin vor Allem von seinem Partei-Standpunkte aus die Korn-Gesetze geschützt hatte, selbst gegen den Willen seiner Partei, veranlaßt, sie aufzuheben.

Mich greift der Staatsanwalt wegen einer ganz analogen Agitation als Hochverrätther an. In England würde kein Staatsanwalt das gewagt haben. Wird bei uns die Sache der Wahl-Frage denselben Verlauf nehmen? Wird Herr v. Bismarck handeln wie Sir Robert Peel? Ich glaube, auf diese Frage, auf welche ich später noch einen Blick werfe, hier nicht näher eingehen zu dürfen. Sie berührt jedenfalls nicht den Boden meines Rechtes zu dieser Agitation. Als Peel die Korn-Gesetze aufhob, und viele Stimmen im Unterhause ihm den Dank ausdrückten, da sagte er: „Nicht mir, sondern Richard Cobden gebührt dieser Dank!“ Mich klagt statt dessen der Staatsanwalt auf Vorbereitung von Hochverrath an! Ein wahrhaft trauriger Unterschied zwischen englischen und hiesigen Zuständen.

Präs. (unterbrechend). Es ist auch ein großer Unterschied zwischen dem Inhalte der gegenwärtigen Anklage und den damaligen Verhandlungen. Hier wird Ihnen zur Last

1) Dieser Zusatz und die folgenden Ausführungen lassen keinen Zweifel darüber zu, auf wen die Bezeichnung „Allergebildetste“ gemünzt, bezw. berechnet war.

gelegt der Umsturz der Verfassung, — dort handelte es sich um die Aufhebung eines Steuer-Gesetzes. Ich bitte Sie daher, Sich dieser Abschweifung zu enthalten.

Lassalle. Meine Agitation, die mich hier als Angeklagten erscheinen läßt, und die Cobden's befinden sich genau auf derselben Linie, und die Vergleichung beider ist ein berechtigter Theil meiner Vertheidigung. Es kann auch ein Gesetz nicht anders beseitigt werden, als durch einen verfassungsmäßigen Beschluß der legislativen Faktoren; und ein Verfassungs-Artikel hat in dieser Hinsicht im Wesen Nichts vor dem einfachen Gesetze voraus. Liegen ja doch Entscheidungen des Ober-Tribunals genug vor, welche im Gegentheil der Verfassung sogar eine geringere Kraft beigelegt haben, als einzelnen aktuellen Gesetzen. Ich glaube, es giebt in juristischer Hinsicht nichts Heiligeres, als ein Gesetz.

Präs. Wollen Sie nun in Ihrer Vertheidigung fortfahren.

Lassalle. Gleichviel also, sage ich, was in Preußen zu erwarten wäre in dieser Hinsicht, so ist die Agitation dafür die unbedingte Pflicht eines jeden Volksmannes. Nehmen Sie selbst an, eine Regierung würde in Zukunft bei uns kommen, welche das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht herstellen wollte, so würde sie das gar nicht einmal können, ohne die öffentliche Meinung bereits hinreichend vorbereitet zu finden. Ich habe bereits in dem Prozeß vor dem Königlich-Kammergericht ein eklatantes Beispiel davon vorgebracht. Ich zeigte, und zwar aus offiziellen Staatschriften, wie das Ministerium Manteuffel 1849 eine totale Steuer-Revolution vornehmen wollte, nämlich die Aufhebung der indirekten und Einführung der direkten Steuern. Wie es aber schon für den ersten Gesetz-Entwurf, den es vor die Kammern brachte, in der einen Kammer nur eine sehr geringe Majorität erlangte, in der andern aber damit durchfiel, wieder Gesetzentwurf von allen Zeitungen angegriffen und fast zerrissen wurde, und wie das Staatsministerium in Folge dessen, — obgleich es in seiner eignen Staatschrift sagte (liest):
„die Regierung Sr. Majestät des Königs hat es seit Jahren für eine unabweishbare Forderung der Zeit erachtet, diese Reform vorzunehmen.“

— sich dennoch genöthigt sah, zuletzt zu erklären, nachdem der Kampf darüber 9 Monate gedauert (liest):

Die Staatsregierung erklärt in Folge dessen S. 23 wörtlich: „„sie darf nach den hervorgetretenen Anzeichen sich doch der Hoffnung nicht hingeben, für ihr Projekt die öffentliche Meinung, auf deren Unterstützung sie bei dessen Ausführung rechnen mußte, schon jetzt hinlänglich vorbereitet zu finden.““

Und mit diesem Seufzer nahm Herr v. Manteuffel Abschied von einer Gesetzesvorlage, die sein Ministerium selbst als eine unabweishbare Forderung der Zeit betrachtet hatte. Sie sehen also, meine Herren, um selbst in aller Zukunft friedlich derartige große wohlthätige Organisationen und Maßregeln einführen zu können, ist hierzu vor Allem eine energische Agitation und Bearbeitung der öffentlichen Meinung zuvor erforderlich. Die Anklage geht weiter (liest):

„Was aber das Mittel betrifft, durch welches der Arbeiterverein diese Umformung des Staates erreichen will, so wird zwar in dem Vereinsstatut behauptet, es solle nur auf friedlichem und legalem Wege, durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung für die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gewirkt werden.“

Die Anklage scheint einen Gegensatz zu machen zwischen dem, was in dem Vereins-Statut behauptet wird, als demjenigen, was mehr nach außen geschrieben ist zum Gebrauch für die Behörden, und dem, was ich den Leuten sage, wenn wir unter einander sprechen. Indessen, alle unsre Sitzungen sind öffentlich; wo sind die polizeilichen Protokolle, die mich beschuldigen, in den Versammlungen eine andere Sprache zu führen, als nach dem Vereins-Statute zu erwarten ist? Wollen Sie sehen, wie wenig wahr es ist, so werfen Sie einen Blick auf das Antwortschreiben selbst, in welchem ich den Plan zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein entwickelt und die Arbeiterbevölkerung dazu aufgerufen habe! Sie werden daraus sehen, daß ich nicht erst jetzt zur Gewinnung eines Vertheidigungsmittels jene Parallele mit der englischen anti-corn-law-Bewegung zog, sondern ich rufe dort bereits den Arbeitern zu, wie in dieser Weise die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu bewirken ist. Ich sage in jener Schrift (liest):

„Und hier blicken Sie auf England! Mehr als fünf Jahre hat die große Agitation des englischen Volkes gegen die Korngesetze gedauert. Dann aber

mußten sie fallen, mußten durch ein Tory-Ministerium selbst beseitigt werden. Organisiren Sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zweck einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlischen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern. Von dem Augenblick an, wo dieser Verein auch nur 100,000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher Jeder rechnen muß. Pflanzen Sie diesen Ruf fort in jede Werkstatt, in jedes Dorf, in jede Hütte. Mögen die städtischen Arbeiter ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen. Debattiren Sie, diskutiren Sie überall, täglich, unablässig, unaufhörlich, wie jene große englische Agitation gegen die Korngesetze, in friedlichen, öffentlichen Versammlungen, wie in privaten Zusammenkünften, die Nothwendigkeit des allgemeinen und direkten Wahlrechts. Jemehr das Echo Ihre Stimme millionenfach wiederhallt, desto unwiderstehlicher wird der Druck derselben sein.“

Sie sehen also, meine Herren, daß ich in den eigentlichen Vereinschriften genau dasselbe sage, was ich hier in meiner Vertheidigung gesagt habe, und daß genau dasselbe darin steht, was im Statut vorgesehen ist. Wir sind ein Verein der Agitation zur Gewinnung der öffentlichen Ueberzeugung.

Wie aber geht der Anklageakt weiter? Nachdem er selbst hat zugeben müssen, es solle nach dem Vereins-Statut nur auf friedlichem und legalem Wege gewirkt werden, heißt es weiter (liest):

„Die vorliegende Broschüre ergiebt jedoch, daß hinter diesem Mittel ein anderes verborgen ist, daß der eigentliche Zweck des Vereins ist, zunächst durch eine massenhafte Vereinigung der Arbeiter einen Druck auf die Regierung und die widerstrebenden politischen Parteien zu üben, und wenn dieser kompulsive Zwang nicht ausreichen sollte, um eine Aenderung der Verfassung durchzusetzen, zu diesem Behuf eventuell auch physische Gewalt anzuwenden.“

Meine Herren! Davon ist kein Wort wahr, wie ich später noch genauer entwickeln werde. Aber nehmen wir auch an, es wäre wörtlich wahr, was folgt daraus? Werde ich an-

geklagt der Vorbereitung von Hochverrath? Nein, der Vorbereitung von eventuellem Hochverrath werde ich angeklagt. Sie sehen, das steht wörtlich in der Anklage selbst (liest): „und zu diesem Behufe eventuell auch physische Gewalt anzuwenden.“ Ich werde angeklagt der Vorbereitung von einer Sache, die **vielleicht** Hochverrath sein **wird**, vielleicht aber auch **nicht**, je nach den späteren Umständen, je nach meinen späteren Entschliessungen!! Was ist das doch für eine merkwürdige Anklage!!

Ich sehe nicht ein, warum ich Sie, meine Herren Richter, dadurch ermüden muß, daß ich Ihnen meine Einreden in der langweiligen Form vortrage, welche dem Jus als solchem nun einmal eigenthümlich ist. Ich kann Sie vielleicht besser unterhalten, indem ich, ohne dem juristischen Nerv meiner Einrede im Geringsten Abbruch zu thun, sie Ihnen in ästhetischer Form vortrage! Wenn es nämlich wahr wäre, was der Anklageakt behauptet, so müßte ich mich genau in derselben interessanten Gemüthsituation befinden, in welcher Schiller in der Tragödie Wallensteins Tod dort im ersten Akt seinen Helden darstellt. Er hat nach Schillers Darstellung bis dahin allerlei Dinge gethan, welche er à deux mains¹⁾ verwenden kann: je nachdem er wollen wird; die er sowohl für Kaiser und Reich, als wenn er anders wollen wird, gegen sie verwenden kann. Wie er sie verwenden wird, darüber ist er selbst noch nicht entschlossen. In dem bekannten Monologe gleich am Anfang der Tragödie schildert er selbst diese seine Situation; da heißt es:

Wär's möglich? — Könnt' ich nicht mehr, wie ich wollte?
Nicht mehr zurück, wie mir's beliebt? . . .

Präs. (unterbrechend): Ich habe schon einmal den Angeklagten darauf hingewiesen, uns nicht mit Deklamationen aus den Dichtern aufzuhalten . . .

Lassalle (ebenso, selbst das Wort wieder ergreifend): Herr Präsident! Sind denn unsere großen Poeten, ist Schiller in diesen Hallen **proskribirt**?! . . .

Der Präsident scheint unterdessen wieder einige beruhigende Worte an den Angeklagten zu richten, der mit erhobener Stimme, ihn übertönend, fortfährt.

1) Nach zwei Seiten hin, wörtlich: mit beiden Händen.

Lassalle. . . . Es ist eine sehr wesentliche Stelle, eine Stelle von genialer Ausprägung der hier schwebenden Frage, und Sie müssen dieselbe hören.

(Da der Präsident jetzt in Erwartung schweigt)

Lassalle. „— — Ich müßte
Die That vollbringen, weil ich sie gedacht?
Nicht die Versuchung von mir wies — das Herz
Genährt mit diesem Traum, auf ungewisse
Erfüllung hin die Mittel mir gespart,
Die Wege bloß mir offen hab' gehalten?
Beim großen Gott des Himmels! Es war nicht
Mein Ernst, beschloss'ne Sache war es nie!
In dem Gedanken bloß gefiel ich mir,
Die Freiheit reizte mich und das Vermögen.“

Sehen Sie, meine Herren, hier kann der Staatsanwalt bei dem Dichter lernen. „Beschlossene Sache“ muß es sein. Wallenstein sagt: „Beschlossene Sache war es nie.“ Als er daher am Ende dieses Monologs Befehl giebt, Wrangel hereinzuführen, konstatiert er selbst die Lage der Dinge, indem er den Blick auf die Thür heftend sagt:

„Noch ist sie rein — noch! das Verbrechen kam
Nicht über diese Schwelle noch! — So schmal ist
Die Grenze, die zwei Lebenswege scheidet.“

Diese Grenze, die zwei Lebenswege scheidet, mag psychologisch sehr, sehr schmal sein: in juristischer Hinsicht ist sie ein Abgrund — der Abgrund, der zwischen Handlung und Nichthandlung liegt!

Sie erinnern sich, sage ich zur weiteren Entwicklung, des Momentes, daß Wallenstein sich auch in dieser Unterredung mit Wrangel nicht zum Hochverrath entschließt. Patriotische Rücksichten hindern ihn. Er faßt sogar den entgegengesetzten Vorsatz und verkündet ihn selbst seinen Vertrauten Julo und Terzky mit den Worten:

„Hört — noch ist nichts gescheh'n, und — wohl erwogen,
Ich will es lieber doch nicht thun.“

Da naht sich ihm die Gräfin Terzky. Nachdem sie die ganze dämonische Beredsamkeit des Weibes an ihm erschöpft, läßt Schiller ihn mit heftig arbeitendem Gemüth auf- und abgehen, dann plötzlich stehen bleiben und in den Befehl ausbrechen:

„Ruft mir den Wrangel, und es sollen gleich drei Boten satteln!“

Sehen Sie, meine Herren, das ist jedenfalls der erste Punkt, wo der Staatsanwalt mit seinem Accompagnement einfallen könnte in dieser Tragödie. Aber noch habe ich den Wrangel nicht rufen, noch die drei Boten nicht satteln lassen und ich muß sehr bitten, daß der Staatsanwalt abwartet, ob und bis es mir gefallen wird, dies zu thun, ehe er mit seinem Accompagnement dazwischenfährt!

Die Anklage geht weiter (liest):

„Der Kern dieses Artikels ist die Enthüllung des eigentlichen Zieles . . .“ (sich selbst unterbrechend):

Meine Herren! Der Schreiber dieses Artikels kann gar nicht enthüllen, er kann nur seine Ansichten, seine unverbindlichen, vielleicht falschen, vielleicht richtigen Ansichten aussprechen (weiter lesend):

„. . . des eigentlichen Zieles der von dem Angeklagten organisirten Arbeiterbewegung, hergeleitet namentlich aus dem bereits zu Tage getretenen Charakter der von ihm abgehaltenen Rheinischen Arbeiterversammlungen. Der Artikel spricht die Besorgniß aus, daß sich die verschiedenen Elemente der Fortschrittspartei, „weil diese vor dem Kampfe mit der Krone zurückschrecke, der doch der Angelpunkt des ganzen Konflikts sei“, von ihren Anhängern losreißen und jener allgemeinen deutschen Arbeiterbewegung in die Arme werfen würden. Der Zweck dieser Bewegung sei aber der gewaltsame Umsturz der bestehenden Verfassung.“

Nein! nicht einmal der Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ sagt im Geringsten, es sei das der Zweck der Arbeiterbewegung; er sagt etwas davon ganz Verschiedenes: Wir seien Leute, — sagt er — von denen man voraussetzen könne, daß sie sich unter gewissen Umständen in einer gewissen Weise benehmen würden; es sei das unsere Natur. Er sagt: **wenn** ein Lassalle'sches Arbeiterheer auf den Beinen wäre, so würde von der gegenwärtigen Verfassung Deutschlands kein Stück beim Alten bleiben. Er sagt aber nicht, daß es unser Zweck sei, ein solches Heer zu sammeln und einzuregimentiren; er beschuldigt mich nicht der Organisation dieses Arbeiterheeres zu dem angegebenen Endzwecke. Er fällt ein psychologisches Urtheil über unsere Natur. Ueber unsere Natur aber haben wir keinem Gerichtshofe Rede zu stehen, wohl aber über Zwecke, die wir durch bestimmte Handlungen verfolgen.

Solche aber legt uns nicht einmal jener Artikel zur Last. Er fällt mit der begreiflichen Phantasie des Zeitungsschreibers, der alle möglichen Unterstellungen macht, ein Urtheil über das, was eintreten könnte, **wenn** ich an der Spitze eines Heeres stände. Nun — was ich thun würde, wenn ich eines Tages als General an der Spitze eines Arbeiterheeres stände, — — darüber habe ich selbst noch nicht nachgedacht (der Präsident kann hier ein Lächeln nicht unterdrücken) und noch weniger wäre ich über solche Gedanken und Möglichkeiten irgend einem Gerichte Rede und Antwort schuldig.

„Der Angeklagte“ — heißt es dann in der Anklage — „will diesen Artikel nur mitgetheilt haben, um den Arbeitern zu beweisen, daß selbst seine Gegnerin, die Fortschrittspartei, in Blättern, welche die Arbeiter nicht lesen, anerkenne, daß er kein Reaktionär sei. In Wirklichkeit aber . . .“ (sich im Lesen unterbrechend);

Der Herr Staatsanwalt weiß das natürlich weit besser, als ich selber! — (liest weiter):

„In Wirklichkeit aber hat er beabsichtigt, die Arbeiter durch diese indirekte Enthüllung seiner wirklichen Tendenzen zu dem Eintritt in den Arbeiterverein zu bewegen.“

Da haben Sie es schon wieder! Ist es Vorbereitung zum Hochverrath, wenn ich Jemanden in einen erlaubten Verein einzutreten auffordere? Es kehrt sich alles eigenthümlich um in dieser Anklage. Der Hochverrath ist ein Verbrechen, welches aus möglicher Weise sehr erlaubten Gesinnungen zu unerlaubten Handlungen schreitet. Denken Sie z. B. nur an die Form des Hochverraths, die besonders in früheren Jahrhunderten sehr häufig war und die in Schleswig-Holstein heute noch vorkommen könnte. An den Fall nämlich, daß Jemand aus guten juristischen, genealogischen Gründen der Ansicht ist, daß die im Besitze der Regierung befindliche Familie nicht die rechtmäßige ist, sondern daß einer andern die Herrschaft erbrechtlich gebühre. Das sind sehr erlaubte Gesinnungen; aber trotzdem, wenn aus diesen erlaubten Gesinnungen zu gewissen unerlaubten Handlungen geschritten wird: so liegt das fragliche Verbrechen vor.

Mir dagegen wird vorgeworfen, daß ich aus höchst unerlaubten Gesinnungen zu einer — **erlaubten** Handlung auffordere!! Ein merkwürdiges Verbrechen, und es soll Hochverrath sein!

Noch in einer andern Hinsicht begreife ich den Anklage-Akt überhaupt nicht. Fühlt er nicht, daß diese Broschüre, die Ansprache an die Arbeiter, nach seiner eigenen Darstellung niemals das *corpus delicti* sein konnte, sondern höchstens nur ein Beweismittel für meine Absichten? Wenn ich also angeklagt wäre auf Grund der Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, wenn ich angeklagt wäre, durch Organisation dieses Vereins ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitet zu haben — dann, meine Herren, konnte der Ankläger versuchen, durch diese Broschüre den Beweis meiner Absicht mit dem Verein zu führen. Niemals aber kann diese Broschüre selbst, die nach dem Anklageakt selbst nur ein Beweismittel meiner Gesinnungen sein soll, den objektiven Thatbestand eines Hochverraths bilden. Die ganze Anklage steht also windschief; die Broschüre kann meine Absicht bei andern Handlungen beweisen, aber nie kann sie der wirkliche objektive Thatbestand der verbrecherischen Handlung sein. Sie soll nur darthun die Gesinnung, mit welcher ich den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein organisiert habe; wegen dessen bin ich aber nicht angeklagt!

Weiter bemerkt die Anklage:

„Daß er den revolutionären Standpunkt für ein geeignetes Mittel betrachtet, die Arbeiter für sich zu gewinnen, zeigt folgende Stelle.“

Meine Herren! Ich konnte das Wort Revolution im wissenschaftlichen Sinne gebrauchen. Die völlige Unantastbarkeit dieses Sinnes leugnet der Staatsanwalt auch nicht. Aber er wendet ein: das wissen die Arbeiter nicht. — Er ist im Irrthum! Die Arbeiter lesen meine Schriften gleichmäßig, und kennen diesen Sinn schon aus dem Arbeiterprogramm und aus meiner Vertheidigungsrede vor dem hiesigen Kriminalgericht.

Mit großer Verwunderung erfüllte es mich, daß man sogar versucht hat, zurückzugehen auf eine Erinnerung des Jahres 1848, auf das famose Protokoll, das man Ihnen vorgelesen hat. Ich muß zunächst eins bemerken: Der Oberstaatsanwalt scheint mich für die Worte oder das Protokoll als verantwortlich zu betrachten; dann ist er im Irrthum. Ich weiß nicht, wie es entstanden ist; es ist kein untersuchungsrichterliches Protokoll. Ueberdies, wie können diese abgerissenen Sätze der zuverlässige Inbegriff eines vier-, fünfstündigen

Plaidoyers sein, welches ich dort vor versammelter Kammer gehalten habe! Der damalige Grefsier¹⁾ hat es in ganz ungeschickten und abgeschmackten Ausdrücken aufgefaßt, für welche ich jede Verantwortlichkeit entschieden ablehne. Ich habe schon gesagt, wie es sich damit verhalten hat. Ich habe in dem Konflikte des Jahres 1848 das Volk aufgefordert, die Nationalversammlung mit den Waffen in der Hand zu schützen. Damals hatten wir sehr bewegte Zeiten. Das ganze Land war in zwei Parteien gespalten, und diese bekämpften sich. Und nun kommt der Staatsanwalt und muthet Ihnen die Annahme zu: weil ich im November 1848 einmal das Volk zu den Waffen gegen die damalige Regierung aufrief, so muß ich auch in jedem späteren Augenblick immer wieder die Waffen anwenden wollen, als wäre jener Konflikt eine normale, auch für die jetzige Zeit noch maßgebende Lage gewesen. Man hätte besser gethan, nicht an jene Zeiten zu erinnern. Meine Herren! Damals hat ja das Königliche Kammergericht selbst in den ersten Tagen des Novemberkonflikts Verhaftete sofort wieder entlassen, weil es den Belagerungszustand, der von dem Königlichen General v. Wrangel damals über Berlin verhängt wurde, als eine ungesetzliche Handlung betrachtete.²⁾ Gehen wir also lieber nicht zurück auf diese Erinnerung! . . .

Der Ober-Staatsanwalt und mehrere ältere Mitglieder des Gerichtshofes — Gutschmidt, Grein — erheben sich und protestiren gegen die Richtigkeit und Zulässigkeit dieser Aeußerungen.

Lassalle (mit erhobener Stimme): Ich habe es in den damaligen Zeitungen gelesen, — und es ist niemals später widerlegt worden — daß die ersten drei oder vier von der Regierung Verhafteten Seitens des Kammergerichts sofort wieder freigelassen worden wären. Ich habe es auch gelesen, daß das Kammergericht . . .

(wird unterbrochen durch den Richter Herrn)

Gutschmidt (sehr laut): Es ist unwahr, daß das Kammergericht den durch den General von Wrangel über Berlin verhängten Belagerungszustand als ungesetzlich gemißbilligt habe.

1) Gerichtsschreiber.

2) Vgl. die betreffenden Ausführungen Lassalle's in dessen „Affisen-Rede“, Bd. I, S. 226 unserer Ausgabe. D. H.

Präs. Ihre Zeitungen waren keine zuverlässige Quelle. Aber solche Exemplifikationen vermeiden Sie! Dieselben nützen der Sache gar nichts. Wozu wollen Sie hier gelegentlich auch dem Kammergericht einen Hieb versetzen?

Lassalle. Bemerken Sie denn nicht, Herr Präsident, daß Sie mir eine große Mißdeutung und ein schweres Unrecht widerfahren lassen? Die Mißdeutung ist die: Ich habe nur sagen wollen, daß damals eine ganz anormale Krisis und Periode vorhanden war, daß in Zeiten so großer Aufregung, wie wir sie eben im November 1848 hatten, in einem momentanen Bürgerkämpfe, wo die ganze Nation sich in zwei Hälften spaltete, Jeder zu Handlungen gedrängt wird, die nicht beständig, in jedem Augenblick und ohne diese Veranlassung wiederholt werden. Und ich habe mich damit nur gegen die Logik verwahren wollen, welche aus irgend einer Handlung, die während einer so außerordentlichen Krise, wie der Novemberkonflikt von 1848 war, vorgenommen wurde, eine Folgerung auf den gewöhnlichen Habitus¹⁾ machen will.

Der Anklage-Akt will mir namentlich deshalb die Verantwortlichkeit für den mehrerwähnten Zeitungsartikel aufbürden, weil in der Ansprache sich die Worte finden (liest):

„Wollt Ihr Alles, was ich Euch mit meinen Worten gesagt habe, aus dem Munde meiner Gegner selbst nehmen, wollt Ihr sehen, wie sie da, wo sie unter sich selbst sprechen, sich alles das selbst eingestehen, was ich Euch bis jetzt gesagt habe? Nun wohl, ich will Euch auch noch diesen Beweis liefern.“

Aber erkläre ich denn dort nicht ausdrücklich nur: Alles, was ich sage, sagt der Artikel? Und daß ich keineswegs Alles, was der Artikel enthält, acceptirte, geht doch auch daraus hervor, daß ich gleich nach seinem Schlusse in meiner Ansprache diejenigen Punkte spezifizire, welche ich allein mit diesem Citat beweisen will, erstens die Zahl der Anhänger, zweitens die Begeisterung, drittens das stete Wachsthum, viertens den früheren Widerwillen gegen Schulze-Delitzsch, die Lächerlichkeit der Erfindung, daß ich der Reaktion diene. Auf Seite 12 ist diese innere Beziehung auf jenen Artikel klar und breit dargelegt.

1) Haltung.

Zu meiner Verwunderung ist der Ausdruck meiner Schrift „der **wirkliche** Charakter der rheinischen Versammlungen“ im Anklage-Akt unterstrichen. Ich verstehe darunter nur den würdigen, den begeisterten Charakter jener Versammlungen. Dann meint der Anklage-Akt, die Schilderungen des qu. Artikels würden ausdrücklich für zutreffend bezeichnet. Jene Versammlungen aber wurden dort so charakterisirt, „daß sie schon jetzt die auf die physische Gewalt gestützte Volksbewegung kennzeichnen.“ Das kann ich einfach nicht verstehen. Meine Herren! Ist das Verbrechen dort schon in der Ausführung begriffen gewesen: wo sind die Hochverrathsprozesse darüber? Oder geht das vielleicht auf die reellen Vorgänge mit den Bierseideln, die einigen Fortschrittlern an den Kopf geworfen wurden? Ist das vielleicht Hochverrath?

„Aber nicht bloß indirekt,“ fährt der Anklage-Akt fort (liest):

„Durch Mittheilung jenes Artikels der „Süddeutschen Zeitung“ hat der Angeklagte in seiner Broschüre den Arbeitern seinen Entschluß zu erkennen gegeben, zur Erreichung seines Zweckes nöthigenfalls Gewalt anzuwenden. Er ermahnt die Arbeiter am Schlusse seiner Broschüre, ihrer großen Todten vom Jahre 1848 zu gedenken“ . . . (Abbrechend im Lesen.)

Sehen Sie, meine Herren, da haben Sie jenes Verbrechen, dessen Erfindung schon Tacitus mit Verachtung erwähnt, das Verbrechen, Cassius und Brutus gelobt zu haben!!¹⁾ Ich fahre fort, diese Stelle der Anklage mitzutheilen, nicht ohne gewaltsame Unterdrückung meines tiefsten Unwillens (liest):

„und giebt unzweideutig zu erkennen, daß der Unterschied zwischen der damaligen Volksbewegung und der von ihm organisirten Arbeitervereinigung nur darin bestehe, daß letztere nicht sofort, sondern erst dann zur Anwendung gewaltsamer Mittel schreiten solle, wenn das zunächst ins Auge gefaßte Mittel der Einschüchterung der Regierung durch die imposante Aufstellung eines Arbeiterheeres sich als unzureichend erweisen sollte.“

Ich wiederhole, es ist mir nur sehr schwer möglich, mich mit der von Ihnen gewünschten Ruhe über diesen Satz zu

¹⁾ Vgl. die Note 66 in „Der Lassalle'sche Kriminalprozeß III.“ Bd. II, S. 212 unserer Ausgabe. D. S.

äußern. Was soll man zu einem Theile der species facti¹⁾ des Anklage-Aktes sagen, der thatsächlich dreimal falsch ist? Ich habe doch grade das Gegentheil gesagt, daß gewaltsame Mittel nicht zur Anwendung kommen sollen. Aus dem „zunächst“, das bei dem „nicht“ steht, macht er ein „sofort“; aber das wäre das Wenigste. Er macht eine zweite, noch viel substanzvollere Hinzufügung. Er läßt mich wirklich die Idee aussprechen, daß ich zu gewaltsamen Mitteln schreiten werde. In welchem Worte, auf welcher Seite habe ich das gethan?! — Meine Herren! So etwas ist denn doch stark. Es heißt hier dreist (liest):

„sondern erst dann zur Anwendung gewaltsamer Mittel **schreiten solle**, u. s. w.

er läßt mich also dies positiv aussprechen, und nicht nur das, sondern auch den terminus ad quem²⁾ bezeichnen. Ferner: Wo habe ich davon gesprochen, ein Arbeiterheer aufstellen zu wollen? Niemals, meine Herren! Das ist ein Ausdruck der „Süddeutschen Zeitung“, die aber auch nicht gesagt, ich wollte oder würde, sondern: wenn ein Lassalle'sches Arbeiterheer existirte, so würde das ganz grausam mit Deutschlands Verfassung umgehen. Dieses Urtheil über unsere Gemüthsart hat sie ausgesprochen, und daraus entwickelt der Anklage-Akt unvermerkt die thatsächliche Darstellung, daß ich ein Arbeiter-**Heer** aufstellen wollte.

Und nun kommt die Stelle, die alles soeben in der Anklage Behauptete belegen soll, die ich aber hier vorlese, um grade daran erkennen zu lassen, wie furchtbar mir in dieser Anklage mitgespielt wird. (Liest):

„Und damals handelte es sich darum, Barrikaden zu bauen — heute handelt es sich zunächst nur darum, durch den gesetzlich vollkommen erlaubten Eintritt in unseren Verein, durch eine imposante Entfaltung unserer Zahl und Einmüthigkeit eine Stellung einzunehmen, welche einen immensen Druck auf Regierung wie Fortschrittler zugleich ausüben und eine neue Wendung in der Entwicklung unseres Volks herbeiführen muß.“

Ich erwähne also den Akt der Gewalt ausdrücklich, um ihn zu **verneinen**. Und das, meine Herren, ist der Nach-

1) Darstellung des Thatbestandes.

2) Zeitpunkt, an welchem (nämlich) die That geschehen soll.

weis, auf welchen der Staatsanwalt sich beruft. Ich sage negativ: heute handelt es sich nicht um Gewalt. Worum handelt es sich denn? Und diese beiden Sätze und die positive Antwort, worum es sich heute handelt, ziehe ich gleich in den Satz zusammen: „heute handelt es sich zunächst nur darum, durch die Bildung eines zahlreichen erlaubten Vereins einen bestimmten moralischen Eindruck auszuüben“.

Nun, nehmen wir an, daß ich wirklich so gedacht hätte, wie der Staatsanwalt in meiner Seele gelesen haben will, könnte man aus seiner Unterstellung etwas Anderes erkennen, als den Vorwurf, daß ich mich nicht für ewige Zeiten verschworen habe, eine **Revolution** zu machen? Dies also, diese negative Handlung ist nach der Anklage mein Hochverrath, meine Herren, daß ich nicht für ewige Zeiten verschworen habe, Revolution zu machen?!

Meine Herren! Das wären die einzelnen Momente des Anklage-Aktes selbst, die somit jede Spur einer Strafbarkeit vermissen lassen, selbst wenn alles das buchstäblich wahr sein sollte, was er behauptet. Dann aber — kann denn irgend etwas davon wahr sein?? — mit andern Worten: welches ist der **politische**, oder — was dasselbe sagen will — der eigentliche thatsächliche Boden der Anklage?

Aber die politischen Geister gehorchen dem Staatsanwalt noch weit schlechter als die juristischen!

Gegenwärtig ist die Lage der Dinge die, daß drei große Parteien im Lande bestehen: 1) die Fortschrittspartei oder die Partei der liberalen Bourgeoisie; 2) die Regierungspartei, unter welcher Bezeichnung ich alle Nuancen der konservativen Partei verstehe, und 3) die Partei, welche ich die Ehre habe zu führen, oder die eigentliche Volkspartei.

In dieser Lage der Dinge ist, wie sich von selbst ergibt, nichts von größerem Nutzen für meine Partei, als daß die ersten beiden Parteien nicht miteinander fertig werden können und so genöthigt sind, sich jede in ihrer Weise nach dem Volke, nach dem den Ausschlag gebenden Gewicht der dritten Partei umzusehen.

Bei den Fortschrittlern tritt das in der Weise ein, daß, wie Ihnen der Artikel der „Südd. Ztg.“ zeigt, die radikalste Nuance dieser Partei, noch mich bekämpfend, sich dennoch bereits mit dem Gedanken trägt, zu mir überzugehen.

Noch viel entschiedener aber tritt einem alten Gesetze der

Geschichte zufolge jene Annäherung bei der konservativen Partei und der Regierung hervor. Es ist ein altes Gesetz der Geschichte, welches sich in England und Frankreich auf das Wiederholendste bethätigt hat, daß alle äußersten Parteien eine natürliche Affinität¹⁾ für einander empfinden, einen natürlichen Zug, eine gewisse chemische Wahlverwandtschaft, einander gegen die Partei der Mitte zu unterstützen.²⁾

Dies hat sich Seitens aller Fraktionen der konservativen Partei im höchsten Grade gezeigt. Die konservative Partei hat mich in ihren Versammlungen wie in ihren Blättern („Kreuz-Zeitung“, „Allgem. Volksblatt“, „Berl. Revue“ 2c. 2c.) auf die nachhaltigste Weise unterstützt.

So verlangte z. B. der Chef der konservativen Partei, Herr J.-R. Wagner, schon in der Sitzung vom 22. Juni v. J. ausdrücklich sogar gesetzliche Feststellung des Arbeitslohns und zwar durch Gewerberäthe, zu deren Wahl die Arbeiter selbst konkurriren sollten.

Er sagt darüber, ausdrücklich von den sozialen Bestrebungen sprechend: „Es äußert sich dies wiederum in den Lassalle'schen Theorien, der dem Arbeiterstand durch das allgemeine Wahlrecht zur Regierung verhelfen will. Aber die Sache ist nichtsdestoweniger richtig, und wir werden auf diesem Gebiete nichts erreichen, bevor nicht dieser Stand in der Regierung wirklich seine Vertretung hat.“

Und er schließt seine Erörterung mit den Worten: „Sind Sie damit einverstanden, so würde sich aus dem Letzten das ergeben, was in dem Lassalle'schen Programm steht, daß die Regierung bis zu einem gewissen Punkte ihre Verpflichtung anerkennen muß, den Arbeiter unter Garantie zu unterstützen und ihm womöglich dazu zu verhelfen, sein eigener Unternehmer zu werden.“

1) Wahlverwandtschaft, Hinneigung.

2) Aus diesem Satz, der die politische Vertheidigung Lassalle's einleiten soll, geht deutlich hervor, wie nahe Lassalle schon daran war, sich als stillen Allirten der Kreuzzeitungspartei zu fühlen, wie viel mehr Werth er schon darauf legte, ihre Unterstützung für seine Zwecke zu gewinnen, als die des linken Flügels der bürgerlich demokratischen Parteien. Allerdings repräsentirte sie auch eine ganz andre Macht, aber wo immer diese von ihm betonte „Affinität“ der extremen Parteien zu einer Verbindung derselben geführt hat, war es gewöhnlich diejenige, welche die größere Macht repräsentirte, die den Vortheil aus der Allianz zog. D. S.

Ebenso sagt er in der Sitzung des Volksvereins vom 10. Oktober (s. „Kreuz-Ztg.“ vom 25. Oktober) über die Verfassung: „Ich scheue die Behauptung nicht, daß die preußische Verfassung, wie sie jetzt besteht, nirgendwo anders einen Halt hat, als in dem Gewissen der Könige von Preußen. Sonst geht sie dem Einen nicht weit genug und dem Andern viel zu weit, das heißt, die Parteien in Preußen scheiden sich in solche, welche die Verfassung ausbauen, und in solche, die sie revidiren¹⁾ wollen. Die Verfassung, wie sie jetzt dem Wortlaute nach besteht, will eigentlich in Preußen Niemand mehr.“ Und am Schluß der Rede fordert er sogar, wenn auch freilich in seiner Weise mit ständischer Färbung, das allgemeine und direkte Wahlrecht. Er sagt: „Und ich für meinen Theil nehme keinen Anstand, mich dahin auszusprechen, daß mir unser jetziges Wahlgesez durchaus nicht liberal und frei genug ist; ich wünsche ein Wahlgesez, worin wieder die Gedanken des alten Deutschen Rechts zur Erscheinung und Ausführung kommen, ich meine das nur durch die Rücksicht auf die Wahrfähigkeit regulirte allgemeine und direkte, aber freilich nach Ständen geordnete Wahlrecht.“

Sie sehen also, meine Herren, Herr Justizrath Wagner will die Verfassung eben so wenig, wie ich. Er fordert ein allgemeines und direktes Wahlrecht so gut wie ich. Wo bleibt die Rechtsgleichheit? Warum führt die Staatsanwaltschaft zweierlei Maasß und Gewicht? Warum verfolgt sie grade nur mich auf Hochverrath?

Noch weit nachdrücklicher hat die Staatsregierung selbst sich zu jener Annäherung an meine Partei veranlaßt gesehen. Lesen Sie z. B., um Ihnen nur eine Probe zu geben, einen Leitartikel, welchen das offiziöse Blatt unseres Ministerpräsidenten am 27. v. M. vor Kurzem brachte.

Die „Norddeutsche Zeitung“ vom 27. Februar c. führt in diesem Leitartikel ein Blatt meiner Partei in Belgien an. Sie citirt zulezt aus demselben folgenden Satz:

„Einige wohlwollende Seelen denken, ohne daß sie wagten, es auszusprechen, daß die Personen, die die Revolution von 1830 emporgehoben, verbraucht sind, daß die Bourgeoisie, welche uns regiert, sich nicht auf der Höhe der Zeit befindet, daß das Volk, der Arbeiter, mit einem Wort das Pro-

¹⁾ d. h. rückwärts abändern wollen.

Letariat, weder in dem Gemeinderath, noch in den Provinzialräthen, noch in den Kammern vertreten ist, daß die Konstitution der Verbesserung fähig sei, wie alle menschlichen Institutionen, und daß sie folglich modifizirt werden müßte, namentlich soweit sie das Wahlgesetz anbelangt. Diese Leute fügen hinzu, daß eine neue Situation auch neuer Männer bedürfe und daß die kleinen Nationen sicher eher durch Mangel an Muth, als durch zu große Kühnheit zu Grunde gehen."

Und hierauf fügt nun die Norddeutsche selbst hinzu:

"Wir werden wohl noch mannigfache Gelegenheit haben, auf die seltsamen Zustände zurückzukommen, die Belgien in diesem Augenblick darbietet: heute haben wir ein belgisches Blatt sprechen lassen, welches als letztes Heilmittel der Situation die Vertretung des Proletariats in der Gemeinde-, der Provinzial- und der Landesrepräsentation verlangt.

Und Angesichts dieser Zeichen der Zeit posauern die Schulze's und Müller's und Tante Woz und all' die andern Fortschrittsorgane es alle Tage aus, daß die soziale Frage todt sei, daß die Bourgeoisie regieren müsse, die sich in dem kleinen Belgien bereits in 33 Jahren so vollständig abgenutzt hat, daß sie keinen Minister mehr zu liefern im Stande ist. — Und wenn eine solche Situation, wie wir sie in Belgien sehen, nun in einem Großstaate einträte, einem Staate, der eine Politik nach Außen zu vertreten hat! — Was dann, theuerste Fortschrittsgevattern!"

Sie sehen, meine Herren, das sind ganz genau die Anschauungen und Theorien, die ich in meiner Agitation entwickelte, das steht bis zu Wort, Vergleich und Ausdruck ganz und gar unter dem Einfluß meines neuesten nationalökonomischen Werkes „Herr Bastiat-Schulze oder Kapital und Arbeit“. 1)

1) Angesichts der Thatsache, daß es für Lassalle vor Allem darauf ankam, nachzuweisen, wie auf Grund der ungeheuerlichen Deduktionen der Oberstaatsanwaltschaft jede politische Agitation hätte zum Hochverrath gestempelt werden können, war die Heranziehung des Beispiels der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nur sein gutes Recht. Aber daß er die Sozialdemagogie des Bismarck'schen Offiziosus als das Produkt seines „Bastiat-Schulze“ reklamierte, zeigt aufs deutlichste, wie tief er bereits im Garn der Regierungspartei saß. Der damalige Redakteur der „Norddeutschen“, Braß, der als weiland Revolutionär in schwungvollen Versen die rothe Fahne verherrlicht hatte, schrieb unter ganz anderen Einflüssen als unter dem geistigen Einflusse Lassalle'scher Theorien. D. H.

Sie sehen, meine Herren, bereits ist alle Welt gezwungen, mehr oder weniger meine Sprache zu sprechen: Der radikale Korrespondent der „Süddeutschen“ einerseits, wie der Justizrath Wagner, der preußische Volksverein, andererseits und endlich die preußische Regierung ihrerseits.

Als ich mich erhob, im März vorigen Jahres, war ich ein einzelner Mann. Woher kommt diese Macht eines Mannes, alle Parteien und selbst die Regierung zu zwingen, seine Sprache zu reden? Sie kommt ganz einfach daher, daß mein Wort einerseits mit unwiderstehlicher Gewalt auf große Massen des Volks, andererseits mit vielleicht noch größerer Gewalt innerhalb der Minorität der Gebildeten grade auf die Allergebildetsten und die Allerintelligentesten wirkt, und die Zusammenströmung dieser beiden geistigen Schichten, des unmittelbaren Volksgefühls und der Einfluß der Höchstgebildeten, einen geistigen Druck erzeugt, welchem nicht leicht zu widerstehen ist. Sie kommt endlich ganz besonders aus dem realen Umstande, daß die Regierung und die konservative Partei sich in einem Kampf mit der Bourgeoisie befinden und in diesem Konflikte daher eine jede Partei gezwungen ist, sich nach dem Volke umzusehen.

Daher die Macht, das Ansehen, der Einfluß, welchen meine noch so junge Partei auf alle Parteien im Lande in so kurzer Zeit bereits gewonnen hat.

Nach dem Staatsanwalt nun ist mir nichts mehr verhaßt, als das Ansehen und der Einfluß, den diese Lage der Dinge meiner Partei giebt:

Nach ihm wünsche ich nichts sehnlicher, als durch einen gewaltsamen Umsturz der Regierung die Regierungsgewalt und alle Machtmittel derselben in die Hände der Bourgeoisie zu werfen; welche, da sie über allen Einfluß des Geldes und des Besitzes verfügt, dieselbe nothwendig an sich reißen würde. Ich wünsche dies, damit sie, die Bourgeoisie, meine eigentliche politische Gegnerin, dann alle Machtmittel der Regierungsgewalt in ihren Händen hat, um mich und meine Partei zu verfolgen und zu massakriren: Ich wünsche es, damit sie alle jene Elemente der konservativen Partei, die sich jedem einmal gegebenen Zustand anschließen, zwingen kann, sich mit ihr gegen mich zu vereinigen! Ich wünsche es, damit sie dann durch keinen Rest einer sittlichen selbständigen Staatsgewalt beengt, und Hals über Kopf in die Verwirklichung der gesell-

schaftlichen Manchester-Theorien hineinreiten kann, die ich auf Leben und Tod zu bekämpfen erklärt habe.¹⁾

Das Alles, so sehr es mich und meine Partei ruiniren müßte, wünsche ich nach dem Anklage-Akt gleichwohl, wahrscheinlich nur dem Staatsanwalt zu Gefallen, damit er nämlich doch wenigstens einigen Schein für seine Anklagen habe.

Meine Herren! Da ich schon einmal auf die politische Lage, die den thatsächlichen Boden dieser Anklage bildet, habe eingehen müssen, nun wohl, so lassen Sie uns weiter gehen in der Entwicklung derselben; erheben wir die Debatte zu ihrer eigentlichen, wirklichen Höhe!

Der Staatsanwalt beschuldigt mich, das allgemeine und direkte Wahlrecht herstellen und somit die Verfassung stürzen zu wollen!

Nun wohl, meine Herren, obwohl ein einfacher Privatmann, kann ich Ihnen sagen: ich will nicht nur die Verfassung stürzen, sondern es vergeht vielleicht nicht mehr als ein Jahr, so habe ich sie gestürzt!

Aber wie? Ohne daß ein Tropfen Blutes geflossen, ohne daß eine Faust zur Gewalt sich geballt hat! Es vergeht vielleicht nicht ein Jahr mehr, so ist in der friedlichsten Weise von der Welt das allgemeine und direkte Wahlrecht oktroirt.²⁾

1) Von den vielen bedenklichen Stellen der vorliegenden Rede ist diese vielleicht eine der allerbedenklichsten. Man vergleiche nur mit ihr den Schluß von Lassalle's Bertheidigungsrede „Die Wissenschaft und die Arbeiter“, wo es heißt: Bourgeoisie und Arbeiter sind wie die Glieder eines Volkes und ganz einig gegen unsre Unterdrücker“. (Bd. II, S. 110 unserer Ausgabe.) Ein Jahr nachdem er diese Worte gesprochen, will Lassalle angeblich gar nicht mehr den Sturz der „Unterdrücker“, weil dieser zunächst die Bourgeoisie zur Herrschaft bringen könnte, die nun seine „eigentliche politische Gegnerin“ ist im Gegensatz zur „sittlichen selbständigen Staatsgewalt“, d. h. zu dem auf Militär, Bureaucratie und Polizei gestützten Königthum von Gottesgnaden. Statt daß, wie Lassalle sich vorspiegelte, die Regierungsorgane seine Sprache redete, war er es, der immer mehr in ihre Sprache versiel. D. S.

2) Lassalle wußte natürlich sehr gut, daß die Oktroirung des Allgemeinen Wahlrechts durch die preussische Regierung so gut ein Gewaltakt gewesen wäre, wie seine Proklamirung durch eine Volkserhebung. Aber für ihn wäre die Hervorkehrung dieses Gesichtspunktes hier gegenstandslos, ja zweckwidrig gewesen.

Die nun folgenden Sätze versteht man vielleicht am besten, wenn man sie weniger als ein Plaidoyer Lassalle's vor seinen

Die starken Spiele, meine Herren, können gespielt werden, Karten auf dem Tisch! Es ist die stärkste Diplomatie, welche ihre Berechnungen mit keiner Heimlichkeit zu umgeben braucht, weil sie auf erzene Nothwendigkeit gegründet sind.

Und so verkündige ich Ihnen denn an diesem feierlichen Ort, es wird vielleicht kein Jahr mehr vergehen — und Herr v. Bismarck hat die Rolle Robert Peels gespielt und das allgemeine und direkte Wahlrecht ist oktrojirt! Ich wußte das schon an dem ersten Tage, an welchem ich durch den Erlaß meines Antwortschreibens diese Agitation begann und es konnte Niemand entgehen, der mit klarem Blick die Situation umfaßte.

Die Staatsregierung wird die Rolle Sir R. Peels spielen, sage ich, und zwar schon aus dem sehr einfachen Grunde, weil ihr gar nichts andres übrig bleibt.

Ein nicht beizulegender, ein tödtlicher Kampf hat sich erhoben zwischen dem Königthum und der Bourgeoisie! Wer von Beiden weicht, ist verloren!

Das Königthum kann einer Clique nicht weichen, aber ebensowenig kann es andrerseits die unregelmäßigen Zustände verewigen, die wir jetzt haben.

Es kann sich nicht einer Clique gefangen geben, aber es kann ebensowenig den bestehenden anormalen Zustand für immer aufrecht erhalten.

Es ist daher ein Kampf ohne Ausweg und ohne Ende, denn es ist ein Kampf von zwei Gegnern, von denen jeder von Beiden unbefiegbar ist für den Andern in seinem eignen Lager!

In diesem Kampfe ohne Ausweg hat meine Stimme den einzigen möglichen Ausweg eröffnet, der überhaupt denkbar war, einen Ausweg von der höchsten rechtlichen und historischen Weihe, den Ausweg, das Volk selbst auf die Bühne zu führen und sein Recht herzustellen!

Der Ausweg ist eröffnet, zugleich eine immense Strömung der geistigen Atmosphäre erzeugt, die nach demselben hindrängt,

Nichtern denn als ein politisches Plaidoyer an die Adresse Bismarck's und des Königs von Preußen betrachtet. Sicherlich waren sie mit an diese gerichtet, um ihre etwaigen Bedenken zu zerstreuen. Aber Lassalle's Register hatte ein Loch — er hatte den Kompromiß vergessen, der dem Königthum blieb. D. S.

eine Strömung, die sich komponirt aus dem vereinten Druck des unmittelbaren Volksgeföhls und der Intelligenz der Höchstbesitzenden im Reiche des Geistes — mit der Nothwendigkeit der Naturgesetze drängt diese Atmosphäre nach jener einzigen Oeffnung hin, die in den fatalistischen Kreis gebrochen ist.

Es kömmt dazu, daß, wie mir schon bei Erlaß meines Antwortschreibens klar war und wie seitdem bedeutend näher gerückt ist, große auswärtige Konflikte bevorstehen, Konflikte, welche es unmöglich machen, das Volk zu ignoriren, und zwingen, das was man thut, zu thun, gestützt auf das Volk und getragen vom Volk!

Wir stehen am Beginn auswärtiger Konflikte so bedrohlicher Art, meine Herren, daß in denselben, wenn unsere Regierung nicht den überlegenen Blick hat, zur Zeit — ich sage, so lange es noch Zeit ist — zu dieser Maßregel zu greifen, um dem Volke ein erhöhtes Seelenleben und eine immense Expansivkraft zu verleihen, unsere Nation in Gefahr steht, ihre nationale Existenz und die Integrität ihres Territoriums zu verlieren — und ich hoffe, es ist nicht erlaubt, an so viel Unfähigkeit Seitens der Regierung zu glauben!

Präs. (während der letzten Sätze Lassalle's, der gleichzeitig weiter spricht, einfallend). Das geht zu weit! Ich kann Ihre Expektorationen über die Stellung der europäischen Großmächte zu einander nicht länger zulassen. Ich habe Ihnen alle Freiheit in Ihren Entwicklungen über die innere Politik zugelassen. Aber nun gar noch die auswärtige — das hat nichts mit der Sache zu thun.

Lassalle (sehr erregt). Ich protestire entschieden dagegen, mich in dieser Weise in der Freiheit meiner Vertheidigung zu stören. Es muß meiner Beurtheilung unterliegen, wie ich mich vertheidigen will. Wenn das nicht gefällt, so muß ich dem Hof überlassen, mir das Wort überhaupt zu entziehen und die Vertheidigung abzuschneiden. Aber so lange ich das Wort habe, werde ich sprechen frei wie der Vogel in der Luft!

Ober-Staatsanwalt. Ich habe bereits selber gesagt, daß diese auf Abänderung des bestehenden Wahlrechts gerichteten Bestrebungen an sich kein Verbrechen sind, so lange sie auf gesetzlichem Boden sich bewegen. Darüber also wird sich der Angeklagte jeder weiteren Ausführung entschlagen können. Die Anklage behauptet aber, daß der Angeklagte

damit umgeht, auf gewaltsame Weise diese Aenderung herbeizuführen. Erst dieser Umstand qualifizirt das vorliegende Faktum als Hochverrath. Was der Angeklagte also darüber sagt, wie es auf eine friedliche Weise umzugestalten wäre, was die Absicht der Regierung und der beiden Parteien sein mag, ob ferner schließlich das gleiche und direkte Wahlrecht noch oktroirt werden würde: das sind Behauptungen, die hier ganz ohne Einfluß sind. Seine Vertheidigung wird sich also, da er zugiebt, die Abänderung des Wahlrechts überhaupt zu erstreben, darauf zu beschränken haben, den ihm geführten Nachweis, seinen Plan mit Gewalt durchzuführen zu wollen, zu widerlegen.

Präs. Sobald Sie von europäischen Verwicklungen und dergleichen sprechen, mischen Sie da nicht ganz ungehörige Erklärungen über höhere Politik in Ihre Vertheidigung, die gar nichts mit dem Gegenstande unserer Verhandlung zu thun haben? Ich muß wiederholen, daß, wenn Sie davon reden wollen, wie etwa die Großmächte zu Preußen stehen . . .

Lassalle (den Präsidenten unterbrechend): Ich bin doch nicht so abgeschmakt, wie man vorauszusetzen scheint, auf eine detaillirte Darstellung dieser Beziehungen einzugehen; aber berühren muß ich Alles können, was ich für erforderlich halte. Ich werde sofort zeigen, wie sehr ich auch in diesen Ausführungen bei der Sache bin.

Der Staatsanwalt klagt mich an, die Verfassung mit Gewalt umstürzen zu wollen. An meine Worte, wie ich sie im Statut und sonst ausgesprochen habe, hält er sich also nicht, sonst könnte er mich ja gar nicht anklagen, weil da überall nur von friedlicher Agitation die Rede ist. Aber meine Worte will er nicht als meine wahre Absicht gelten lassen, sondern er weist auf die angeblich hinter meinen Worten verborgenen geheimen Absichten hin, wie ich in Wahrheit meinen Zweck erreichen wolle.

Er stützt sich dabei also darauf, daß ich in Wahrheit nach ihm kein andres Mittel haben könne, das allgemeine und direkte Wahlrecht herzustellen, als die Gewalt. Folglich, meine Herren, ist einer solchen Gewissens-Inquisition gegenüber keine Widerlegung durchgreifender, als diejenige, die konkreten Mittel zu entwickeln, durch welche ich das allgemeine und direkte Wahlrecht herzustellen rechnen kann; Ihnen zu zeigen, daß sehr gegründete, sehr wirksame, durchaus nicht chimärische Mittel und Aussichten hierzu vorhanden sind, auch

ohne alle Gewalt. Hierbei kann der Druck der auswärtigen Verhältnisse eine große Rolle spielen und darum bin ich berechtigt, auf sie Bezug zu nehmen. Ich weise damit nach, daß dasjenige, was man mir in die Seele schiebt, durchaus willkürlich ist, und daß es ganz andere Mittel und Aussichten dazu giebt.

Sie sind sehr ungeduldig, meine Herren; aber bedenken Sie doch: ich spreche für meine Ehre und meine Existenz!

Rechtsanwalt Holthoff. Ich muß an die Gerechtigkeit und Billigkeit des Hohen Gerichtshofs appelliren. Es ist unvermeidlich, daß der Herr Angeklagte tiefer und umständlicher die Sache erörtert, und er thut dies nach seiner Weise. Was er aber auch gesagt hat, Sie haben ihm noch nicht nachweisen können, daß wirklich eine Abschweifung von der Sache stattgefunden habe. Er hat Ihnen soeben mit schlagenden Gründen die Nothwendigkeit jener Ausführungen dargelegt. Dann muß ich aber doch auch an die bloße Billigkeit des Hohen Gerichtshofs appelliren. Der Herr Ober-Staatsanwalt muthet Ihnen die Verhängung einer dreijährigen Zuchthausstrafe über den Angeklagten zu; wollen Sie ihm nicht aus Billigkeit gestatten, gegen jedes drohende Jahr eine Stunde zu sprechen?

(Große Bewegung.)

Präs. Ich will den Angeklagten in seiner Bertheidigung nicht beschränken; ich wollte in seinem eignen Interesse ihn davon abmahnen, sich in so excentrischer Weise zu äußern.

Lassalle. Ich sagte Ihnen also, daß Konflikte bevorstehen, in denen man das Volk nicht wird ignoriren können, daß man dasjenige, was man thut, zu thun habe, gestützt auf das Volk und getragen vom Volk.

Es kommt endlich dazu, daß das Königthum, wenn es einer Clique nicht weichen kann, dagegen vollkommen wohl das Volk auf die Bühne rufen und sich auf es stützen kann. Es braucht sich hierzu nur bewußt zu werden, welches die Säule ist, auf der es steht. Das Volk, nicht die Bourgeoisie, zahlt seine Steuern! das Volk, nicht die Bourgeoisie, schlägt seine Schlachten! Es braucht sich endlich hierzu nur seines Ursprungs zu erinnern, denn alles Königthum ist ursprünglich Volkskönigthum gewesen.

1) Ein großer Irrthum, der nur durch den Mißbrauch entstehen konnte, den die Historiker bisher mit dem Begriff König getrieben haben.

Ein Louis-philippistisches Königthum, ein Königthum von der Schöpfung der Bourgeoisie könnte dies freilich nicht. Aber ein Königthum, das noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet dasteht, auf den Knauf des Schwertes gestützt,¹⁾ könnte das vollkommen wohl, wenn es entschlossen ist, wahrhaft große, nationale und volksgemäße Ziele zu verfolgen.

An dem Tage also, meine Herren, an welchem Sie dem Könige den Prozeß machen werden und der Staatsregierung wegen Umsturzes der Verfassung durch Otkroyirung des allgemeinen und direkten Wahlrechts — an diesem Tage werde ich dem Staatsanwalt gestatten, mich als geistigen Mitschuldigen, als intellektuellen Urheber dieses Verfassungs-umsturzes vor Ihre Barre zu laden!

Und an diesem Tage werde ich mich und meine Mitangeklagten vertheidigen wie folgt:

Die preußische Verfassung hat, werde ich dann in dieser Vertheidigung sagen, niemals auch nur einen einzigen Tag lang zu Recht bestanden!

Durch den § 6 des Gesetzes vom 6. April 1848 hatte sich der König des Rechtes begeben, Gesetze ohne Zustimmung der Volksvertreter zu erlassen. Zugleich war durch das Gesetz vom 8. April 1848 das allgemeine Wahlrecht, zwar noch nicht das direkte, aber doch schon das allgemeine Wahlrecht eingeführt.

Im Dezember 1848 oktroyrte Friedrich Wilhelm IV. eine Verfassung. Mochte er das thun, aber um definitive Gültigkeit zu haben, blieb sie an die Genehmigung der legalen Volksvertreter gebunden.

Das sah Friedrich Wilhelm IV. auch selbst ein und berief zu diesem Zweck eine Volksvertretung nach Berlin.

Aber noch ehe die Genehmigung der Vertretung zu Stande gekommen war, wurde 1849 die Volksvertretung von neuem aufgelöst, das allgemeine Wahlrecht aufgehoben, das jetzige Dreiklassenwahlgesetz oktroyrirt und von der nach diesem Dreiklassenwahlgesetz einberufenen Kammer die Verfassung acceptirt.

Der König hätte zur Noth auch noch dies Dreiklassenwahlgesetz oktroyriren können. Aber um rechtliche definitive

¹⁾ Das sprach derselbe Lassalle, der noch am 26. Mai 1863 an Rodbertus geschrieben: „Stände die „signatura temporis“ (das Zeichen der Zeit) wirklich auf Zäsarismus — nun so wäre Alles verloren für die Gegenwart“.

Gültigkeit zu haben, mußte es dann immer von der damals gesetzlich bestehenden, also von einer durch das allgemeine Wahlrecht gewählten Volksvertretung bestätigt werden.

Dies geschah nicht. Dies ist unterblieben bis auf den heutigen Tag. Alle seitdem einberufenen Kammern, und die Verfassung, die sie genehmigt haben, entbehren somit aller und jeder rechtlichen legalen Grundlage.

Da der König selbst nicht mehr ein Gesetz mit definitiver gesetzlicher Wirkung ohne Genehmigung der legalen Volksvertretung erlassen konnte, so konnte er die Befugniß dazu auch nicht Andern übertragen, somit auch nicht den nach dem oktroyirten Dreiklassenwahlgesetz zu erwählenden Kammermitgliedern übertragen. Eine Befugniß, die ich selbst nicht mehr habe, kann ich auch nicht delegiren¹⁾. So ist also die Verfassung vom ersten Tage an illegal und nichtig. Und sie ist es natürlich heut noch so wie vor fünfzehn Jahren. Sie wissen die Rechtsregel, meine Herren: Quod ab initio nullum est, nullo lapsu temporis convalescit²⁾.

Ebensowenig ist seitdem durch die Wahlen Seitens des Volkes eine Ratihabirung³⁾ der Verfassung oder jenes Dreiklassenwahlgesetzes eingetreten.

Nach der neulich in den Regierungsblättern veröffentlichten amtlichen Statistik haben unter dem Dreiklassenwahlgesetz niemals mehr als circa 30 pCt. der wahlberechtigten Bevölkerung gewählt. Von einer Ratihabirung des Dreiklassenwahlgesetzes oder der Verfassung Seitens des Volks kann also nicht die Rede sein. Die Verfassung hat also noch heute ebensowenig eine rechtliche Existenz, wie seit dem ersten Tage und wie alle Kammern seit dem oktroyirten Wahlgesetz vom Juni 1849.

Die Bourgeoisie, meine Herren, hat jene Vernichtung des Volksrechts — die illegale Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts — ruhig und ohne Widerspruch acceptirt und gutgeheißen. Sie hat in keiner einzigen Kammerverhandlung seit 1849 dagegen protestirt! Sie hat diese Vernichtung des Volksrechts und die besondere Beute, welche ihr die königliche Gunst hinwarf, mit Jubel angenommen und als das

1) weitergeben.

2) Was vom Anbeginn an (rechtlich) null und nichtig ist, erhält durch keine Zeitdauer Rechtskraft.

3) Thatsächliche Inkräftsetzung.

Recht des Landes ausgerufen. Sie ist gleichgültig und vielfach sogar innerlich hocheifreut über diese Verkümmernng des Volksrechts hinweggegangen. Jetzt, wo sie für das Königthum über die Auslegung jener königlichen Gunst in Streit gerathen ist, will sie das Königthum im Namen des Rechts bekämpfen, während sie doch von vornherein, wie wir gesehen, kein Recht, sondern nur die Verletzung desselben zu dem Boden hat, auf dem sie steht.¹⁾

Und das rächt sich jetzt, meine Herren, wie sich alles schon hienieden rächt!

Das Königthum, in einemfort angegriffen, eingeschüchtert und zu Boden gerannt im Namen des Rechts, ist dadurch endlich dazu gekommen, dieses Recht selbst zu untersuchen und zu kritisiren und hat gefunden, daß die Bourgeoisie gar nicht auf ihrem Rechte, sondern nur auf seiner Gunst steht.

Jedermann empfindet eine Achtung vor dem Recht und ist geneigt, es zu respektiren. Aber Niemand läßt sich gern aus seiner eignen Gunst ein Halsband drehen, an welchem er erwürgt wird, und das ist Niemand zu verdenken und daher auch dem Königthum nicht.

Beständig auf das „Recht“ hingedrängt, hat sich das Königthum erinnert, daß es mehr in seiner Stellung läge, auf das wirkliche Recht zurückzugehen und das Volk auf die Bühne zu führen, als einer Klique zu weichen und von einer Handvoll Personen sich aus seiner eignen Gunst ein Halsband winden zu lassen, an dem es erwürgt wird.²⁾

Diejenigen also, welche das allgemeine und direkte Wahlrecht oktroyirt haben, sind statt Vernichter des Rechts vielmehr nur Wiederhersteller des Rechts, Wiederhersteller des Volksrechts gewesen, und wenn 1848 nur erst das allgemeine Wahlrecht, noch nicht das allgemeine und direkte Wahlrecht bestand, und jetzt auch dieses eingeführt ist, so

¹⁾ Cassalle übersieht hier geflissentlich, daß nicht nur die „Bourgeoisie“, die die Oktroyirung des Dreiklassenwahlsystems mit stillschweigender Billigung hingenommen, mit dem Königthum wegen des verfassungsmäßigen Budgetrechts der Volksvertretung in Konflikt lag, sondern auch noch sehr viele andere Leute. Diese Art, den Verfassungskonflikt zu charakterisiren, wäre mehr als skandalös, sie wäre selbst als Vertheidigung vor Gericht sinnlos gewesen, wenn sie nicht über die Köpfe der Richter hinweg an die Adresse derer gerichtet war, in deren Ohren sie Musik sein mußte. D. H.

²⁾ Siehe die vorige Note.

werde ich Ihnen ein Wort entgegenen, das schon Herr v. Vinke auf dem Vereinigten Landtage von 1847 ausrief: „Die Freiheiten eines Volkes sind ein Majorat, das im Laufe der Zeiten niemals vermindert, immer aber vermehrt werden kann“.

So, meine Herren, würde ich sprechen zur Vertheidigung meiner und meiner Mitangeklagten an jenem Tage, wo Sie mich der intellektuellen Urheberchaft jenes Verfassungssturzes anklagten, und mein Lebtag hindurch werde ich stolz darauf sein, mächtiger als es vielleicht jemals irgend einem Privatmann gegeben war, zu dieser Wiederherstellung des Volksrechts beigetragen zu haben. —

(Der Angeklagte setzt sich hierauf, wird aber von dem Präsidenten erinnert, sich auch über die unter II. der Anklage enthaltenen Vorwürfe zu äußern.)

Lassalle. Die unter II erwähnten, angeblich verhöhnenden und beleidigenden Stellen sind nicht meine Worte, sondern der „Südd. Zeitung“ entnommen, und als ein solches Zitat von mir aufgenommen worden. Zunächst muß ich bemerken, daß, wenn Sie, wie ich erwarte, die Anklage wegen Hochverraths abweisen, die Konnexität¹⁾ wegfällt, vermöge deren ich auch wegen dieser Punkte nicht vor dem gewöhnlichen Kriminalgericht, sondern vor dem Staatsgerichtshofe angeklagt werde. Es giebt keine Konnexität mit Null, und diese Null wäre hier die zurückgewiesene Anklage auf Hochverrath. Doch will ich einige wenige Bemerkungen anfond²⁾ machen. Es soll in dem Ausdrucke „Szepter, Krone, Stern und andere Spielsachen“ eine Verhöhnung der Monarchie liegen, und dies soll ein Vergehen sein gegen § 101 des Strafgesetzbuchs. Läge hier auch eine Verhöhnung faktisch vor, so paßt sie keinesfalls unter diesen Paragraphen, welcher von der Verhöhnung einer Einrichtung des Staats handelt. Der Staatsanwalt stellt sich vor, die Monarchie sei „eine Einrichtung des Staates“, wie etwa die Schlacht- und Mahlsteuer. Ich kann dem Königthum überlassen, sich mit dem Staatsanwalt über diese Darstellung abzufinden. Ich bemerke daher nur: die Monarchie ist keine „Einrichtung der Monarchie,“ sie ist eben die Monarchie selbst. Mit andern Worten, die Monarchie ist der Gesamtbegriff, nicht aber ein einzelnes Institut innerhalb der Gesamtheit des staatlichen Organismus. Der § 101, der

1) Zusammenhang.

2) Mit Bezug auf das Thatsächliche.

von Verhöhnung einzelner Einrichtungen des Staates spricht, paßt also keineswegs hier her. Und es kann auch bei dieser Auseinandersetzung nicht auffallen, daß die größere Handlung straflos, die kleinere aber ein Vergehen sei. Das findet sich, meine Herren, im Strafrecht hundertmal, weil dies eine Sphäre des Begriffs ist und nicht der Quantität. Blicken Sie doch gleich auf § 100 zurück, in welchem von der Verfeindung der Angehörigen des Staates gegen einander durch Anreizung zum Haß oder zur Verachtung die Rede ist. Wenn aber Jemand, etwa ein philosophischer Timon von Athen, nicht gegen einzelne Klassen, sondern gegen die ganze Welt zu Haß und Verachtung auffordert, wo wäre das Gesetz, welches ihn bestraft?!
(Heiterkeit.)

Es ist aber auch de facto von Verhöhnung dabei gar nicht die Rede. Szepter, Krone, Stern sind nicht Einrichtungen der Monarchie, sondern es sind nur Symbole derselben. Wer Symbole verhöhnt, der verhöhnt doch noch nicht die Einrichtungen, die damit angedeutet werden. Endlich aber wäre es doch stark, in dem unschuldigen Worte „Spielsachen“ in der That einen Hohn zu erblicken. Jede Idee des öffentlichen Rechts beinahe — ich erinnere Sie namentlich an die Geschichte des Römischen Rechts — hat ihre Solennität.¹⁾ Wenn man diese äußern Symbole auffaßt ohne momentane Berücksichtigung der Ideen, welche durch sie ausgedrückt werden sollen, kann man sie als Spielsachen bezeichnen. In diesem Ausdruck träte also höchstens der Umstand zu Tage, daß der Mann, der den Artikel geschrieben, ein Rationalist ist und keinen großen Werth auf den symbolischen Ausdruck der Ideen legt, und somit geneigt ist, in Solennitäten oder Symbolen nur Spielsachen zu erkennen. Das wäre aber nimmermehr schon eine Verhöhnung dieser Ideen, hier also der Idee der Monarchie.

Ich komme zu dem zweiten Vorwurf unter dieser Nummer II, wonach die Mitglieder des Königl. Staats-Ministeriums in Beziehung auf ihren Beruf beleidigt sein sollen. Er stützt sich auf folgende Stelle (liest):

„Wir stehen Dank der Thorheit unsrer Regierung und der beschränkten Schwäche, welche sich vielfach in der Leitung der liberalen Sache kund giebt, an dem Vorabend einer großen sozialen Umwälzung.“

¹⁾ feierliche Weihe.

„Thorheit,“ meine Herren, ist nimmermehr ein beleidigender Ausdruck. Ich zitiere nicht gern Dichterstellen, weil es dem Herrn Präsidenten nicht gefällt (Heiterkeit), aber trotzdem werden Sie mir zugeben müssen, daß die großen Dichter des Volkes den Sprachgebrauch desselben bestimmen. Und so werden Sie bei Ihren Urtheilen auch nach den Entscheidungen unserer Dichter sich richten müssen. Wenn Göthe den Faust sagen läßt, nachdem dieser alles Mögliche studirt hatte:

Da steh' ich nun, ich armer Thor,
Und bin so klug als wie zuvor!

so will Faust sich damit doch nicht selber injuriiren, etwa aussprechen, daß er ein dummer Junge sei; sondern Faust will nur sagen, daß er ein dem wirklichen Zwecke, den er verfolgte, widersprechendes Mittel ergriffen hatte, welches nicht zur Erreichung seines Zieles führte. Dies ist überhaupt die Bedeutung der Thorheit: Mittel zu ergreifen, die statt zur Erreichung ihres Zweckes zu führen, vermöge der Dialektik der Wirklichkeit etwas ganz Entgegengesetztes herbeiführen. Dies ist eine allgemeine menschliche Infirmität¹⁾, vor der kein Mensch sicher ist und die sehr weit von dem Makel eines positiven Schimpfes entfernt ist.

Und hätte ich den Artikel in der Absicht einer solchen Beleidigung abgedruckt, so hätte ich mich ja selbst beleidigen müssen. Ich bin ja eben der Sozialist, welcher diese soziale Umwendung will. Nach mir wäre es also ja offenbar nicht Thorheit, sondern höchste Weisheit von der Regierung, dieselbe herbeizuführen. Es besteht also keine *communicatio animi*²⁾ zwischen mir und der „Südd. Zeitung,“ die ein mir feindlich gesinntes Blatt ist. Ein culposes Verbrechen giebt es aber bei Beleidigungen und Verhöhnungen nicht; da muß wirklich animus vorhanden sein. Ich habe gesagt, in welchem Sinne ich jenen Artikel abgedruckt habe. Nach derselben Auffassung, welche ich hier dargelegt habe, ließ die Staatsanwaltschaft gegen sieben liberale Blätter, welche die polnische Proklamation abgedruckt hatten, die Untersuchung, welche anfangs eingeleitet war, wieder fallen, weil eben an eine *communicatio animi* nicht gedacht werden konnte.

Rechtsanwalt Holthoff. Wenn sich die Meinung geltend machen sollte, daß der Inhalt der Anklage unter andere Be-

¹⁾ Unvollkommenheit.

²⁾ Gemeinschaft der Seele bezw. der Absicht.

stimmungen des Strafgesetzbuches zu subsumiren¹⁾ sei, so muß von unserer Seite erwartet werden, daß die Anklage in der angebrachten Art abgewiesen und somit auch dem Angeklagten, im Falle einer anderweitigen Verfolgung, besondere Gelegenheit gegeben werde, sich in der neuen Richtung zu vertheidigen. Der Angeklagte würde sonst in der That ohne eigentliches vorheriges Gehör verurtheilt werden. In Bezug auf den ersten Punkt der Anklage wollte ich nur noch ein Moment hervorheben. Die vorbereitende Handlung zum Hochverrath wird doch wesentlich, abgesehen von andern begleitenden Nebenumständen, darauf gegründet, daß er jenen Artikel aus der „Süddeutschen Zeitung“ abgedruckt und damit zu erkennen gegeben habe, daß der Angeklagte Alles das wolle, was der Artikel enthalte. In der That, meine Herren, hätte mein Herr Klient dann wohl Veranlassung gehabt, den Artikel noch vollständiger abzudrucken, wenn er den von der Anklage behaupteten Zweck hätte verfolgen wollen. Wo er den Artikel abbricht, heißt es nach der „Südd. Ztg.“ weiter (liest):

„Die Rettung dagegen wird sein, wenn diejenigen Führer, denen es nicht um Glanz in der Kammer zu thun ist, nicht um den Ruhm schöner Reden und den Dank des Wahlkreises für die wohlfeile Standhaftigkeit, sondern um die Befreiung des Volkes aus den Fesseln des Absolutismus, sich eng zusammenschaaaren, im ganzen Lande eine geistige Verbindung der Gleichgesinnten herstellen, in Wort und Schrift dem Grundübel entgegentreten, und empfinden lassen, daß es gegen einen gewaltsamen Bruch des Rechts auch einen berechtigten Bruch der Gewalt giebt. Wenn dieser Geist auftritt, wird die Arbeiterfrage sich unterordnen; statt halber Sympathie wird sich im übrigen Deutschland vielleicht bald der Faktor regen, welchen die Fürsten bei ihrer Rechnung immer vergessen.“²⁾

Nichts, meine Herren, hätte vielleicht dem angeblichen Zwecke meines Herrn Klienten förderlicher sein können, als gerade der Abdruck dieses letzten Passus, um das Heer der Arbeiter wirklich zu einer Aktion aufzureizen. Er hat diesen

¹⁾ unterstellen.

²⁾ Es darf wohl noch einmal daran erinnert werden, daß es Fr. Alb. Lange war, von dem der zitierte Artikel herrührte. D. G.

Passus nicht abgedruckt. Er hatte es nicht nöthig, weil er ihn fortlassen konnte. Diese Fortlassung aber belegt die Annahme deutlich, daß es seine Absicht nicht gewesen sein kann, diesen Artikel in der Weise sich anzueignen, daß er mittelst desselben jenes Ziel seines Strebens enthüllte.

Ober-Staatsanwalt. Der Herr Angeklagte behauptet, daß zum Thatbestande des hier berührten § 66 des Strafgesetzbuchs nothwendig gehöre, daß das hochverrätherische Unternehmen, welches vorbereitet wird, bestimmt verabredet sei nach Zeit, Ort, Mitteln und dergleichen, damit über die Ausführung desselben kein Zweifel mehr sein könnte, kurz, es müßte jedenfalls ein in sich bestimmtes Unternehmen sein, welches bereits verabredet wäre. Es folgt aus den Materialien zum Strafgesetzbuche das Gegentheil. Das Gesetz spricht nicht in diesem Paragraphen von einem bestimmten Unternehmen, sondern es wird nur überhaupt und ganz allgemein von einem hochverrätherischen Unternehmen gesprochen. Und da muß es für ausreichend zur Begründung einer Anklage erachtet werden, sobald ein Unternehmen nur in seinen allgemeinen Umrissen angegeben ist. Auf diese Anklage angewendet, so wird hier beabsichtigt, nicht etwa ganz im Allgemeinen die Staatsverfassung gewaltsam abzuändern, sondern es liegt als ganz spezielle Absicht vor, das bestehende Wahlgesetz zu ändern und zwar im Wege der Gewalt. Seitens der Anklage wird nun darauf hingewiesen, in welcher Weise dieser Gewaltakt durchgeführt werden soll, namentlich mit der Benutzung der materiellen Kräfte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Das ist meines Erachtens ausreichend, um den Herrn Angeklagten schuldig zu finden, weil in § 66 nicht gesagt ist: Jede andere, ein — bestimmtes — hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung, sondern weil dabei, ohne diesen Zusatz, nur ganz allgemein von einem hochverrätherischen Unternehmen gesprochen ist, was genug dargelegt ist, sobald die Requisite einer Verfassungsänderung und einer beabsichtigten Gewalt nachgewiesen sind.

Das ergibt sich, wie gesagt, aus den Materialien zum Strafgesetzbuche.

(Der Ober-Staatsanwalt verliest hier eine Stelle, deren Inhalt dahin geht, daß allerdings die Kommission der II. Kammer versucht habe, einer zu weit ausgedehnten Interpretation der Vorschrift dieses Paragraphen vorzubeugen, daß

aber die von ihr zu diesem Behufe vorgeschlagene andere Fassung desselben im Plenum nicht angenommen worden sei.)

Man hat allerdings diesen Zusatz aufnehmen wollen, es hat indessen eben diese mildere Fassung keine Annahme gefunden, so daß eine Handlung, welche überhaupt in eine Beziehung zu einem hochverrätherischen Unternehmen gebracht werden kann, unter diesen § 66 zu bringen ist.

Der Herr Angeklagte hat monirt, er würde nur auf Grund der Ansprache des Hochverraths angeklagt, und folgert hieraus, daß er demgemäß nur nach § 65 hafte, daß aber die Anklage nicht behaupten konnte, daß darin zu einer Handlung aufgefordert sei, welche das Verbrechen des Hochverraths unmittelbar zur Vollendung bringt. Ich bemerke dagegen: wenn auch § 65 eine besondere Bestimmung für die dort qualifizierte Aufforderung zum Hochverrath giebt, so ist dadurch nicht ausgeschlossen, daß eine Aufforderung, selbst durch Schrift oder öffentliche Rede, welche nicht schon nach § 65 geahndet werden kann, eventuell dem § 66 verfällt. Der Unterschied zwischen beiden Paragraphen liegt eben darin, daß in § 65 zu einer Handlung aufgefordert wird, wodurch das Verbrechen unmittelbar vollendet werden soll. Allein in § 66 ist von dieser Beschränkung nicht mehr die Rede, und man kann nicht annehmen, daß jede Aufforderung, die an sich auf ein hochverrätherisches Unternehmen gerichtet ist, gleichwohl aber die Voraussetzung des § 62 noch nicht in sich schließt, straflos sein solle.

Diese Aufforderung gehört unter der Vorschrift des § 66. Ob, wenn Jemand solche Schriften, wie die hier vorliegende Ansprache vertheilen läßt, dies eine Handlung ist, welche zum Hochverrath führen kann, das ist Sache der thatsächlichen Feststellung. Nun beschwert sich der Herr Angeklagte darüber, es sei ihm nichts Reales nachgewiesen, nur die Aufforderung, und da diese nicht auf unmittelbare Ausföhrung gerichtet sei, so wäre seine Handlung straflos. Ich sage dagegen immer, daß nicht die Schrift allein, sondern daß die Aufforderung, diesem Vereine beizutreten, welcher nach der in der Schrift gegebenen Enthüllung bezweckt, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht und zwar, wenn nöthig, mit Gewalt wieder herzustellen, das zu bestrafende Delikt ausmacht.

Der Herr Angeklagte fragt, weshalb denn nicht die Mitglieder des Vereins mitangeklagt seien. Ja, das ist etwas

Andres. Zu jedem Verbrechen gehört der *dolus*¹⁾. Sie wissen nicht das letzte Ziel des Herrn Angeklagten; denn im Programm selbst steht davon nicht das Geringste. Deshalb also sind die Arbeiter nicht die Komplizen seines hochverrätherischen Unternehmens. Nicht in der Existenz dieses Vereins, auch nicht in der Aufforderung, demselben beizutreten, liegt sein Verbrechen, sondern im Allgemeinen darin, daß er das Wahlrecht, also einen Theil der Staats-Verfassung, auf gewaltsame Weise ändern will, und daß er bereits die Mittel hierzu sammelt und findet in dem von ihm gestifteten Arbeiter-Verein.

Er wendet gegen diese Deduktion ferner ein, das wäre doch eigentlich nur eine Vorbereitung zu einer vorbereitenden Handlung. Ich muß dem widersprechen. So gut wie Jemand sich eines vorbereitenden Hochverraths schuldig macht, wenn er mit dem *animus* des Hochverraths von einem Verkäufer sich Kugeln und Pulver holt, so liegt eine solche auch bereits in der bloßen Bestellung der Munition, wenn nur wiederum jener *animus* konkurriert²⁾. Der Herr Angeklagte treibt nur eine Wortspielerei, wenn er von Vorbereitung zu einer vorbereitenden Handlung spricht. Die vorbereitenden Handlungen können *gradatim*³⁾ einander sich anschließen; die letzte kann nahe stehen am vollendeten Hochverrath, und die äußerste kann noch an der Grenze des Erlaubten hinstreifen; dazwischen liegt ein großes *Spatium*⁴⁾, worin Handlungen vorkommen, die allerdings meistens nicht gleich stark auf den Schluß-Effekt zu wirken scheinen.

Der Herr Angeklagte kommt darauf zurück, er habe nicht prinzipaliter zum Hochverrathe aufgefordert. Er sagt allerdings ausdrücklich nur, es käme zunächst darauf an u. s. w. *Espressis verbis*⁵⁾ steht nicht hier: „zur Gewalt“. Wenn der Herr Angeklagte ausdrücklich nur von dem „zunächst“ sprach, so mußte man sich fragen: was kommt dann weiter? Und es giebt eine logische Folgerung bei dem kompulsiven Zwang. Mag zunächst das oder jenes, oder was sonst, eintreten, das letzte Mittel des Zwanges ist mit Nothwendigkeit die Gewaltthat selbst. Und diese ist ihm zuzutrauen nach den ihm zu Gebote stehenden Mitteln, sie muß von ihm erwartet werden

1) strafbare Absicht.

2) mitspielt.

3) schrittweise.

4) Spielraum.

5) Mit bestimmten Worten.

nach seiner ganzen Persönlichkeit. So steigert sich die Broschüre bis zu dem Punkte, wo er auf die Todten hinweist, die 1848 auf den Barrikaden gefallen. Hier sehen wir, daß er die Gewalt will, und daß er vor ihr nicht zurückschrecken würde, sobald sich dauernde Hindernisse seinem Unternehmen entgegenstellten.

Meinen Antrag von vorhin muß ich noch dahin ergänzen, daß im Falle der Verurtheilung auch die Vernichtung der Schrift wird ausgesprochen werden müssen.

Lassalle. Es ist ganz unrichtig, wenn der Herr Oberstaatsanwalt aus den Materialien zur Strafgesetzgebung folgern will, daß nicht die Vorbereitung eines bestimmten hochverrätherischen Unternehmens erforderlich sei. Es kann dies juristisch gar nicht bestritten werden. Ich verweise auf die Noten bei Oppenhoff zu § 66. Der Kommissionsbericht der II. Kammer erklärt dies auch ausdrücklich. Man hat nur deshalb eine andere Fassung nicht angenommen, weil die gegenwärtige an Bestimmtheit hierin nichts zu wünschen übrig läßt. Wenn der Staatsanwalt ferner sagt, es bestimme sich das Unternehmen durch den Umsturz der Verfassung mittelst der Wiederherstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, so befindet er sich in einem großen Irrthum. Er verwechselt nämlich den Zweck des Unternehmens mit der Bestimmtheit desselben.

Der § 61 sagt: „Ein Unternehmen, welches darauf abzielt . . . die Thronfolge oder die Staatsverfassung gewaltsam zu ändern.“ Dies ist also der Zweck des Unternehmens, welches schon vorher als ein bestimmtes vorausgesetzt wird, nicht seine Bestimmtheit. Mein Unternehmen besteht — ja, worin besteht es? Der Oberstaatsanwalt — und ich danke ihm dafür — erklärt jetzt selbst, ich hätte nirgends expressis verbis zu einem hochverrätherischen Akte aufgefordert; mein hochverrätherisches Unternehmen besteht also in dem — — Schluß des Staatsanwalts! Sein Schluß ist mein Unternehmen!

Der Gerichtshof zieht sich in sein Berathungszimmer zurück. Nach einer Berathung von ungefähr einer Stunde erscheint er wieder. Der Vorsitzende verkündigt als Urtheil, daß der Angeklagte, so excentrisch der Inhalt seiner Ansprache

an die Berliner Arbeiter auch sei, von der Anschulldigung des Hochverraths habe freigesprochen werden müssen, daß hiernach, da keine Connexität vorliege, die Anklage in Betreff der übrigen beiden Punkte an die zuständige Gerichts-Abtheilung verwiesen werde, und daß überhaupt — unter vorläufiger Aufrechterhaltung der Beschlagnahme der Broschüre — der Staatsanwaltschaft vorbehalten bleibe, wegen des Inhalts derselben ein anderweitiges Strafverfahren zu veranlassen.

Schluß der Verhandlung 5 Uhr Nachmittags.

(Die Verkündigung dieses Urtheils wurde von dem versammelten Publikum mit lebhaften Aeußerungen der Freude aufgenommen. Herr Lassalle wurde von seinen Freunden und namentlich von den anwesenden Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins auf das Herzlichste beglückwünscht.)



Die Agitation
des
Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins
und das
Versprechen des Königs von Preußen.

Eine Rede

gehalten am

Stiftungs-Feste des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins
zu Ronsdorf am 22. Mai 1864

von

Ferdinand Lassalle.

Erster Abdruck erschienen:

Berlin 1864.

Verlag von Reinhold Schlingmann.

Vorbemerkung.

Die „Konsdorfer Rede“ bildet den Abschluß der Lassalle'schen Agitationsreden. Eine noch sechs Wochen nach ihr — am 3. Juli 1864 — von Lassalle in Frankfurt a. Main in einer Versammlung der dortigen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gehaltene Rede kann nicht unter den gleichen Begriff fallen, da Lassalle seine Agitationsreden bekanntlich stets vorher sorgfältig ausarbeitete, diese Frankfurter Rede aber nur eine Gelegenheitsansprache war. Lassalle behandelte in ihr, wie Bernhard Becker in seiner „Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalles“ schreibt, „vornehmlich die verschiedenen Stellungen, welche möglicherweise die Fortschrittspartei zur schleswig-holsteinischen Frage einnehmen könnte“. „Ohne sich für oder gegen eine dieser Richtungen auszusprechen, fügt Becker hinzu, schien er (Lassalle) diesen Gegenstand nur zu behandeln, um eine gute Gelegenheit zur Verspottung der Fortschrittspartei zu haben: allein gerade die Wahl dieses Themas dürfte anzeigen, daß der Entschluß, im Herbst zu Hamburg eine annexionistische Resolution in Betreff Schleswig-Holsteins zu Gunsten Preußens fassen zu lassen, bereits in ihm aufgekeimt war.“ (Becker, a. a. O. S. 241.) Ueber diesen Plan Lassalle's vergleiche das in der Einleitungsskizze der vorliegenden Ausgabe — Bd. I. S. 173 u. 174, sowie S. 178 u. 179 — mit Bezug darauf Gesagte. Die Resolution sollte in doppeltem Sinne auf Bismarck wirken: einmal den Ausbruch des Konflikts mit Oesterreich beschleunigen und zweitens Bismarck zeigen, welche Stütze er eventuell in diesem

Konflikt in dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hätte, und ihn dadurch anfeuern, das allgemeine Wahlrecht in Preußen zu oktroyiren. In einem Athemzug wollte Lassalle sich Bismarck verpflichten und zugleich ihn wider seinen Willen weiter treiben, als derselbe in jenem Augenblick zu gehen entschlossen war.

Auf Bismarck und dessen Herrn zu wirken, war auch der esoterische — d. h. nur Lassalle bewußte — Nebenzweck der Ronsdorfer Rede. Es galt nicht nur, vor den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Situation desselben als eine glänzende hinzustellen, sondern auch bei dem König von Preußen und dessen Minister diesen Eindruck hervorzurufen. Daher die, alle vorherigen Leistungen Lassalle's auf diesem Gebiet in Schatten stellenden Uebertreibungen der erzielten Erfolge und mehr noch: der Versuch, unzweideutige Mißerfolge, wie den Fehlschlag der „Eroberung“ Berlins, in glänzende Erfolge umzudeuten. Wenn Lassalle in der Rede das — so vage — Versprechen des Königs von Preußen an die Deputation der schlesischen Weber seinen Hörern als einen Erfolg der Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hinstellte, so sollte der Jubel, in dem der von ihm redigirte Bericht über die Rede die Hörer beim Vernehmen des königlichen Versprechens ausbrechen läßt, sowie die Betonung der großen Disziplin des Vereins und des unbegrenzten Einflusses seines Präsidenten auf die Mitglieder, den Lesern oder vielmehr bestimmten Lesern dieses Berichts den Verein als eine bündnißfähige Macht erscheinen lassen. Zweimal, das erste Mal am 5., das zweite Mal am 15. Juni 1864 instruirte Lassalle den Sekretär des Vereins, zwei Exemplare der gedruckten Rede sofort nach Erscheinen an den Ministerpräsidenten Bismarck zu senden. Der zweite dieser Briefe lautete:

„Lieber Willms!

Ich empfangе soeben Ihren Brief. Drängen Sie nun Schlingmann auf's stärkste, daß die Ronsdorfer Rede nun ohne allen Zeitverlust erscheint.

Die beiden Exemplare derselben, die Sie an Bismarck schicken sollen, schicken Sie besser nicht unter Kreuzband, sondern als Brief — indem Sie einfach nur ein Kouvert darum machen und dieses an ihn, Berlin, Wilhelmstraße, frei, adressiren mit der Hinzufügung: **persönlich**. Dann ist es viel sicherer, daß ihm der Brief nach seinem Aufenthaltsort nachgeschickt wird, während ein Kreuzband, da man sieht, daß nur Drucksachen darin sind, viel eher in Berlin liegen bleibt, wenn auch „persönlich“ daraufsteht.“

Den Zeitungen zufolge wird Bismarck nämlich schon am 14. d. M. Berlin verlassen haben. Jedenfalls ist er nicht mehr dort, wenn Sie die Broschüre bekommen.“

Man sieht, welchen Werth Lassalle darauf legte, daß der Leiter der Regierung in Preußen schnell in den Besitz der Rede kam, daß sie zum mindesten mit für ihn gehalten war.

Damit stimmt auch überein, was Lassalle, ehe er die Reise an den Rhein antrat, an den in Düsseldorf wohnenden Kassirer des Vereins, Gustav Lewy, geschrieben hatte:

„Auch steht damit (daß Lassalle nämlich diesmal nur in Vereinsversammlungen sprechen wollte) der Charakter dessen im Einklange, was ich in diesen Versammlungen etwa zu sagen haben werde. Disputationen mit den Fortschrittlern lagen niemals, auch das letzte Mal nicht, innerhalb unseres Zweckes. Für lange, große Reden in Weise meiner letzten Rheinischen Rede ist jetzt auch nicht der Moment. Unsere Abrechnung mit den Fortschrittlern ist lange beendet und der Saldo festgestellt. Ewige Revisionen derselben haben keinen Zweck. . . . Ich werde also diesmal nur interna¹⁾ in meinen Ansprachen zu berühren haben, den rechten Geist und Eifer zu erwecken und zu befestigen suchen, endlich eine kurze und pralle Schilderung der gegenwärtigen politischen Lage und der nächsten Aussichten für dieselbe in äußerer und innerer Hinsicht. Es sind diesmal also Revuen unsres

1) D. h. eigene Vereinsangelegenheiten.

Bereins nach Innen, wie das letzte Mal Revue nach Außen.“
(Becker, a. a. O. S. 224.) —

Lassalle greift zwar in der Ronsdorfer Rede die Fortschrittspartei wiederholt an, aber nicht mehr in Hinblick auf ihre zu wenig entschiedene Haltung in dem immer noch währenden Verfassungskonflikt, sondern lediglich in ihrer Eigenschaft als wirtschaftliche Partei, wo seine Kritik sich mit der der Kreuz=Zeitungs=Partei begegnete. Alle Fragen, die ihn veranlassen könnten, sich abfällig über die Regierung und ihre Organe zu äußern, umgeht er, für sie ist in der Rede nur Schmeichelhaftes enthalten.

Während Schulze=Delitzsch als Arbeiterfeind erscheint, erscheinen die Reaktionäre vom „Preußischen Volksblatt“ und der „Kreuz=Zeitung“ als im Gegensatz zu ihm den Arbeitern wohlwollend gesinnte unbetheiligte Zuschauer. Es ist behauptet worden, daß um jene Zeit bereits bestimmte Abmachungen zwischen Lassalle und der feudalen Partei existirt hätten, daß sich in Lassalle's Nachlaß ein darauf bezügliches Dokument vorgefunden habe, aber von Lothar Bucher im Interesse des Andenkens Lassalle's unmittelbar nach dessen Tode in Sicherheit gebracht worden sei; doch kann man die Frage dieses Dokuments, dessen Existenz so lange als unbewiesen gelten muß, als Herr Bucher selbst es nicht produziert, ruhig auf sich beruhen lassen — wie weit die thatsächliche Kooperation auf beiden Seiten bereits gediehen war, dafür legt die Ronsdorfer Rede ein durchaus erschöpfendes Zeugniß ab. Lassalle erzählt hier selbst, daß er einen ihm zugegangenen Bericht aus Hamburg über einen dort ausgebrochenen Streik lediglich dem reaktionären, von Arbeitern fast gar nicht gelesenen „Preußischen Volksblatt“ übersandt habe, ohne auch nur einen Versuch gemacht zu haben, ihn in einem der in Arbeiterkreisen verbreiteteren fortschrittlich=demokratischen Organe Berlins unterzubringen, obwohl eine am Schluß des Berichts enthaltene Warnung an die auswärtigen Arbeiter, sich nicht nach

Hamburg anwerben zu lassen, dies doch erheischt hätte, Andererseits aber verdankte Lassalle den Besuch der schlesischen Weber-Deputation, von dem er in der Rede erzählt, den hinter dieser Deputation stehenden Agenten der „Kreuzzeitungs“-Partei.

Wie schon in der Vorbemerkung zur Rede „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ mitgetheilt wurde, war es der hochkonservative Landrath des Kreises Reichenbach in Schlesien, der, um den fortschrittlichen Fabrikanten des Bezirks einen Streich zu spielen, die Deputation in Szene gesetzt hatte. Die besondere Nothlage, welche der amerikanische Bürgerkrieg über die Arbeiter der Baumwollenindustrie gebracht, sollte gegen die Reichenheim und Konsorten, die nicht besser, aber auch nicht schlechter waren als andre Fabrikanten, ausgenutzt werden, weil sie sich erlaubten, der Regierung politische Opposition zu machen. Lassalle wußte das Alles, er war so genau darüber informirt, wer die wirklichen Macher der Arbeiterdeputation waren, daß er selbst die Mitglieder derselben nur mit Mißtrauen betrachtete. Als ihr Führer, Florian Paul, der Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins geworden war, aus Schlesien die Gründung einer Mitgliedschaft in Wüste-Waltersdorf meldete, schrieb Lassalle unterm 22. Juni 1864 an den Vereinssekretär Willms nach Berlin: „Die Nachricht über Wüste-Waltersdorf hat mich gefreut. Aber wer ist denn der dortige Bevollmächtigte? Mir gleich zu melden. Wir können nämlich durchaus nicht für Schlesien überall die Fäden in Paul's Hand lassen, was sehr unvorsichtig wäre. Sondern er soll sie nur überall anknüpfen, aber überall Bevollmächtigte uns vorschlagen, die dann direkt mit uns in Verbindung treten“ (Becker, a. a. D. 258). Trotzdem jedoch Lassalle den Kreuzzeitungsleuten nicht über den Weg traute, war er ihnen doch dankbar, daß sie ihm die Deputation zugeschieft, und unterstützte das mit Bezug auf dieselbe getriebene Spiel, wie er auch verschiedene Agenten

der konservativen Partei in die Berliner Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins aufnehmen ließ. Kurz, man behandelte sich gegenseitig schon als Verbündete — jeder Theil natürlich mit dem inneren Vorbehalt, den andern als Werkzeug für seine eignen Zwecke zu benutzen und dann abzuschütteln.

Aber der Schluß der Rede zeigt, wer bei diesem Spiel vorerst noch die stärkeren Trümpfe in der Hand hatte. Lassalle gerieth in Folge der verschiedenen Verurtheilungen, welche gerichtlich gegen ihn erkannt worden, in immer größere Abhängigkeit von der Duldung der Behörden — er war auch in diesem buchstäblichen Sinne des Wortes kaum noch ein freier Mann. Immer näher rückte der Moment, wo er vor der Alternative stand, in's Gefängniß oder in's Exil gehen zu müssen. In beiden Fällen war es fraglich, ob er alsdann noch den Einfluß auf den Verein werde ausüben können, den die Durchführung der eingeschlagenen Politik erforderte. Auch diese Rücksicht erklärt die Emphase, womit in der Rede selbst, sowie in verschiedenen gleichzeitigen Publikationen Lassalle's die Unerläßlichkeit der persönlichen Diktatur im Verein betont wird. Der Vergleich, wonach der Verein einen Hammer in der Hand seines Präsidenten darstellen sollte, war keine bloße rhetorische Floskel, er war von Lassalle bitter ernst gemeint; willenlos sollte der Verein seinem Gebote folgen, willenlos mußte derselbe seinem Gebote folgen, wenn Lassalle eine bündnißfähige Macht bleiben, bezw. fortfahren sollte, eine solche zu scheinen. Zu seiner natürlichen Herrschsucht gesellte sich das Gebot der Nothwendigkeit, das ihn zwang, von seinen Anhängern den Kadavergehorsam des Jesuitenordens zu verlangen. „Ganz Recht haben Sie“, schreibt er unterm 27. Juli von Rigi-Kaltbad aus an den Vereinssekretär nach Berlin, „wenn Sie schreiben, der Bevollmächtigte¹⁾ sei da, um auf

1) So hießen im „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ die Vorsteher der lokalen Mitgliedschaften.

Grund der Instruktionen die Gemeinde zu leiten, nicht um sich von ihr leiten zu lassen. Doch wundert mich, woher Sie überhaupt Anlaß zu dieser Bemerkung haben. So lange ich die dortigen Versammlungen besuchte, war natürlich von Beschlüssen der Gemeinde, insofern ich sie nicht selbst provozirte, keine Rede, und ebenso wenig ist dies in einer andern Stadt der Fall. Warum hat man einen andern Geist in Berlin einreißen lassen?" (Becker a. a. O. S. 261.) Mit diesem Pronunciamento des Präsidial-Absolutismus und dem gleichzeitig abgesandten, von demselben Geist diktirten Rundschreiben gegen Wahlteich schließt Lassalle's Thätigkeit als Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ab. Am 28. Juli 1864 erhält er das Jawort der Helene von Dönniges und nimmt damit der Liebeshandel seinen Anfang, dessen Ausgang für ihn zugleich das Ende seines Lebens war.

Die Ronsdorfer Rede ist nur der Abschluß einer Reihe von Reden, die Lassalle über das gleiche Thema in der Zeit vom 9. bis zum 22. Mai 1864 gehalten. Die Berichte über diese Reden sind der Broschüre als Anhang beigegeben, wobei zu bemerken ist, daß, wie das Manuskript der Ronsdorfer Rede selbst, so auch die Berichte über die Feier in Wermelskirchen und in Ronsdorf von Lassalle selbst redigirt worden sind. Es ist namentlich deshalb wichtig, dies im Auge zu behalten, weil die Berichte und die in die Rede hineinredigirten Bemerkungen über die Aufnahme der Letzteren Seitens der Hörer mehr noch als den thatsächlichen Geist der Gefolgschaft Lassalle's den Geist anzeigt, von dem Lassalle sie zu jener Zeit beseelt wünschte. Ob der „rauschende Beifall“, die „stürmischen Bravos“, das „schallende Gelächter“ 2c. 2c., immer grade an den Stellen eintraten, wo der Bericht sie verzeichnet, könnte bezweifelt werden, nicht aber, daß der naive Glaube, der in verschiedenen dieser Beifallsausbrüche sich kennzeichnet, das war, worauf Lassalle in jenem Moment bei seinen Anhängern am meisten Werth legte. Auch in dieser Hinsicht

steht die Kossdorfer Rede fast in direktem Gegensatz zur geistigen Vornehmheit des „Arbeiterprogramms“.

Was sonst noch mit Bezug auf ihren Inhalt zu sagen wäre, wird, soweit es nicht durch die in der Einleitungsskizze Bd. I, S. 167 bis 172 unserer Ausgabe gegebene Kritik erledigt ist, in Zusatznoten zu den betreffenden Stellen im Text bemerkt werden.

Ed. Bernstein.

Freunde!

Wir feiern heut das Stiftungsfest des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins! Vor Kurzem — im März — ist es ein Jahr geworden, daß in Folge des Erlasses meines Antwortschreibens an das Leipziger Central-Komitée diese Agitation begonnen hat; heute ist es ein Jahr, daß wir in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gestiftet haben, eine Stiftung, zu deren Feier die rheinischen Gemeinden heute hier versammelt sind. Wenn je, so wird es also heut am Orte sein, einen Rückblick auf das verflossene Jahr, seine Resultate und Erfolge zu werfen. Und selten ist ein Verein in der Lage gewesen, einen Rückblick zu werfen, der so geeignet wäre, die erhebendsten und freudigsten Gefühle in Aller Brust zu erwecken! Um recht zu würdigen, wie beispiellose Erfolge wir in dieser kurzen Zeit erreicht haben, müssen wir uns vor Allem die ganz ausnahmsweise große Schwierigkeit der Umstände vergegenwärtigen, unter welchen dieser Verein gegründet ward. Wir hatten die gesammte liberale Presse aller deutschen Länder gegen uns! Und diese Presse und die Fortschrittspartei, welche von ihr vertreten wurde, genoß noch dazu jenes Nimbus und jener Popularität, welche immer jeder Oppositionspartei zuzufallen pflegt! — Es war Ein Mann gegen Alle, welcher diese Fahne erhob! Wenn je, so hätte man also hier vermuthen sollen, es sei ein todtgeborenes Kind, das wir in die Welt setzten!

Ich erinnere mich einer sehr poetischen Sage des Mittelalters, welche damals Jahrhunderte hindurch den Glauben des Volkes bildete, der Sage, daß der Löwe immer todt geboren werde und erst das furchtbare Gebrüll des Löwenvaters ihn zum Leben erwecke! Wohl, wir haben im Sinne dieser Sage gehandelt! Es schien am ersten Tage vielleicht ein todtgeborenes Kind, aber wir haben so furchtbar gebrüllt, daß

dieser Ruf ein Echo fand in allen deutschen Landen, daß dieses Kind zum freudigsten Leben erwachte und sich eben dadurch als ächter Löwe bethätigt hat! (Lang anhaltendes Bravo.)

Ich werde bei diesem Ueberblick durchaus nicht in alle Details eingehen, weil das Material dann die Grenzen eines jeden Vortrags bei Weitem überschreiten würde. Nur die hauptsächlichsten Gesichtspunkte will ich hervorheben, nur in den flüchtigsten und kürzesten Umrissen die Erfolge schildern, auf welche ich den meisten Werth lege.

Ich will damit beginnen, daß wir von allen Vereinen, welche seit 1848 entstanden sind, meines Wissens der erste Verein sind, welcher auch in Oesterreich eine Gemeinde erlangt hat. Es ist dies, so viel ich weiß, weder dem Nationalverein, noch irgend einem fortschrittlichen Vereine jemals geglückt. Es war dieses auch ganz natürlich; Ihr wißt, fortschrittlich oder liberal ist gleichbedeutend mit kleindeutsch. Diese Partei ging seit je darauf aus, die österreichischen Territorien aus Deutschland auszustoßen und zu diesem Zwecke zuvörderst die Deutschheit der österreichischen Territorien aus dem Bewußtsein der Nation auszutilgen¹⁾. Und beinahe hatte sie diesen letzteren Zweck bereits erreicht! Wir, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, wir sind, was stets einen der Titel unsres Ruhmes und unsres Stolzes bilden wird, der erste Verein, der diese künstliche und unnatürliche Trennung wiederum durchbrochen und in Oesterreich seine Fahne aufgepflanzt hat, wie in den andern deutschen Ländern. Und zwar ist dies geschehen trotz der besonderen Schwierigkeiten, mit denen man in Oesterreich zu kämpfen hat, weil dort kein Vereinsgesetz besteht und daher zur Gründung eines dortigen Vereins die besondere Erlaubniß der Regierung nöthig wäre. Nichtsdestoweniger hat die brave Gemeinde zu Asch die Initiative ergriffen, sie hat sich gebildet, ich habe selbst deshalb an die Statthaltertschaft zu Prag geschrieben und es ist nicht zu

1) Das ist nicht ganz richtig. Die damalige Fortschrittspartei fiel keineswegs mit der kleindeutschen Partei zusammen. Lassalle vergißt hier, wie er selbst bei Gelegenheit des Italienischen Krieges verschiedene Organe der späteren Fortschrittspartei angegriffen hatte, weil sie ihm zur Zeit nicht kleindeutsch genug waren. Ferner feierten die Liberalen auf ihren Schützen-, Turner- 2c. Festen, an denen stets Deutsch-Oesterreicher theilnahmen, demonstrativ das deutsche Vaterland „so weit die deutsche Zunge klingt“. D. S.

zweifeln, daß wenn nicht dort geradezu mit Verboten entgegengetreten wird, die gesezlich übrigens keineswegs begründet wären, unser Verein in den Gemeinden Oesterreichs sich schnell und in großem Umfange verbreiten wird.

Aber auch weit außerhalb der geographischen Grenzen Deutschlands haben unsre Grundsätze und der Glanz unsrer Fahne bereits die Anerkennung gefunden, auf welche sie rechnen konnten, falls man überhaupt auf die Macht der Wahrheit und der Intelligenz in der Brust des Menschen rechnen kann. Ich will ganz kurz nur zweier Thatsachen Erwähnung thun:

Unsre Schleswig-Holsteinischen und unsre Polnischen Resolutionen sind einstimmig von dem deutschen Arbeiter-Bildungsverein in London und von den Gemeinden des republikanischen Volksbundes in der Schweiz angenommen worden.

Innerhalb unsres Vaterlandes will ich den Hauptnachdruck gar nicht einmal auf die große Anzahl unsrer Gemeinden in fast allen deutschen Staaten und auf die große Mitgliederzahl legen, welcher sich viele dieser Gemeinden erfreuen, sondern hauptsächlich und vor Allem darauf, daß vermöge einer gewissen generatio equivoca, d. h. vermöge einer gleichsam von selbst eintretenden Zeugung, an so vielen Orten Gemeinden unsres Vereins entstehen, ohne daß ich oder irgend ein andres Mitglied des Vereins persönlich dabei die Hand im Spiel hätte. Wenn irgend etwas, so ist grade diese von selbst geschehende Fortpflanzung einer der größten Beweise für die Kraft, Wahrheit und Popularität unsrer Grundsätze, für die Trieb- und Keimkraft derselben.¹⁾

1) Dabei muß noch besonders hervorgehoben werden, welche immense Schwierigkeiten die Polizei fast überall der Ausbreitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in den Weg legt. Ihr wirksamstes, besonders in der Rheinprovinz fast in jeder Gemeinde, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein Fuß gefaßt hat, angewandtes Mittel besteht darin, die Wirthe mit Bedrohung von KonzeSSIONsverlust und andern Nachtheilen, falls sie dem Verein ihr Lokal zur Verfügung stellen, einzuschüchtern. Im Regierungsbezirk Düsseldorf ist kaum irgend eine Gemeinde gestiftet worden, wo diese ungesezlichen Einschüchterungen nicht vorkamen. In vielen Fällen wurden die Wirthe dadurch veranlaßt, ihr bereits dem Verein vermiethetes Lokal demselben dennoch zu verschließen. So ganz neuerdings in Ober-Kassel und Krefeld. Die Beschwerden hierüber an das k. Regierungskollegium zu Düsseldorf sind bisher erfolglos geblieben, da die Düsseldorfer Regierung von dem Grundsatz

So, um nur an Vorgänge innerhalb der letzten zwei Monate zu erinnern, bildete sich in Augsburg, wo keiner von uns Bekannte hatte, ganz von selbst und trotz allen Wüthens der liberalen Presse eine kleine Gemeinde. Es waren eben mehreren Arbeitern durch Zufall einige unserer Schriften in die Hände gefallen; sie thaten sich zusammen und schrieben mir, ich möchte ihnen einen Bevollmächtigten einsetzen.

Ebenso in Duisburg, wo wir ebensowenig irgend persönlich den Anstoß gegeben hatten. Fünf dortige Arbeiter schreiben mir eines Tages, daß ihnen mein „Arbeiterlesebuch“ in die Hände gerathen sei, daß sie, nachdem sie es gelesen, entschlossen seien, eine Gemeinde zu gründen und daher um Einsetzung eines Bevollmächtigten bäten. Einer der Schreiber dieses Briefes, ein Maschinenwärter, wurde von mir zum Bevollmächtigten ernannt. Er hielt sofort eine öffentliche Versammlung ab, in welcher, obgleich alle Fortschrittskapazitäten jener Stadt erschienen waren, noch an demselben Abend über fünfzig Mitglieder sich in unsere Listen einzeichneten.

Rührend fast ist ein Hergang in Bremen gewesen. Vor Kurzem erhalte ich nämlich einen Brief aus dieser Stadt, dessen 43 Schreiber mir anzeigen, daß sie bereits seit fast zwei Monaten als eine Gemeinde auf eigene Faust bestehen, dies aber nicht eher hätten bei dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anzeigen und sich mit ihm verschmelzen wollen, bis sie doch wenigstens eine einigermaßen nennenswerthe Anzahl erreicht hätten. Jetzt gäben sie von ihrer Existenz Kunde und bäten um die Einsetzung eines Bevollmächtigten.¹⁾

ausgeht, wenn sich die betr. Bürgermeister und Polizisten nicht selbst zu dieser ungeseklichen Handlung bekennen — was ihnen natürlich gar nicht einfällt — die Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen, obgleich der Beweis der Thatsachen durch die Wirthe selbst, durch Reihen und Reihen von Zeugen, ja in manchen Fällen fast durch die Bevölkerung ganzer Ortschaften geführt werden könnte.

1) Wie Bernh. Becker in seiner „Geschichte der Arbeiterbewegung Ferdinand Lassalle's“ mittheilt, wurde sowohl die Augsburger wie die Bremer Gemeinde von Hamburger Vereinsmitgliedern gestiftet. Diese natürliche Erklärung wäre mindestens so ehrenvoll für den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein gewesen, wie die von Lassalle hier vorgeführte Lesart von der „generatio equivoca“. Aber sie war Lassalle für seinen Zweck nicht großartig, nicht unerhört genug, und statt dem Eifer der betreffenden Mitglieder die ihm gebührende Anerkennung zu zollen, tischt er seinem Publikum lieber ein Wundermärchen auf.

In ganz ähnlicher Weise bildete sich vor wenigen Tagen, wie ich erst während meines Aufenthalts in Düsseldorf erfuhr, eine Gemeinde in Altona.

Einer der größten Beweise unserer Erfolge und Fortschritte bietet aber Berlin selbst dar.

Berlin war, wie ihr wißt, immer die feste Burg der Fortschrittler, das Heerlager des Herrn Schulze-Delitzsch. Und es kann Euch die Schwierigkeit, auf die wir dort stießen, nicht Wunder nehmen bei der beispiellos lügenhaften Presse, durch welche das Volk von Berlin irre geleitet wird. So, um Euch nur einige Beispiele zu geben, hatte die dortige Fortschritts-
presse die Berliner Bevölkerung wirklich glauben machen wollen, daß mich in Solingen im vorigen September, wo mir, wie Ihr wißt — überdies sind ja viele Hunderte von Solingern unter Euch — an zehntausend Arbeiter einen im Rheinlande unerhörten Triumphzug bereiteten, die Gensdarmen vor der Volkswuth hätten schützen müssen. (Große anhaltende Ausbrüche des Unwillens in der Versammlung.) —

Sie mußten mich in der That damals gerade so vor der Wuth des Volkes schützen, wie sie mich heut vor Eurer Wuth schützen müssen! (Allgemeines Gelächter und großer Beifall in der Versammlung.)

Ja, auf einem Berliner Volkstheater sang man — denn leider liegen in Berlin auch die Volkstheater in den Händen der Fortschrittler — ein Koupлет, in welchem mit Beziehung auf die Solinger Vorgänge die Verse vorkamen:

„Triumphe feiern nennt's Lassalle, —

„Kauschmeißen sie ihn überall,“

— gerade so nämlich, wie Ihr mich heute hinaus-schmeißt! (Große Bewegung und schallendes Gelächter in der Versammlung.)

Ich habe Euch diese Beispiele angeführt, damit Ihr Euch über die Schwierigkeiten nicht wundern möget, auf welche bei einem so namenlos und planmäßig belogenen Volke unsere Bestrebungen im Anfang stoßen mußten.

Als ich also im Oktober v. J. von meiner rheinischen Agitationsreise nach Berlin zurückkehrte und Versammlungen des Allgem. Deutschen Arbeiter-Vereins dort einberief, erklärte Herr Schulze-Delitzsch öffentlich in seinem Arbeiter-Verein — und die eigenen Blätter seiner Partei haben diese Erklärung gebracht: Von Berlin aus habe der Sozialismus sein Haupt erhoben, in Berlin müsse ihm daher entgegengetreten werden!

Was unter diesem Entgegentreten verstanden war, sollte sich bald zeigen.

Obgleich wir die Einrichtung getroffen hatten, daß nur Solche zu unseren Versammlungen Zutritt hatten, welche Vereinsmitglieder waren, oder sich sofort am Eingang des Lokals zu Mitgliedern aufnehmen ließen, ja obgleich wir die Vorsicht dort so weit getrieben hatten, hierbei sogar die Unterzeichnung unserer Statuten zu fordern, eine Vorsichtsmaßregel, nach welcher kein Mann von dem geringsten Ehrgefühl in unsere Versammlung gehen konnte, wenn er nicht mit den Grundsätzen dieser von ihm unterzeichneten Statuten einverstanden war, so kam doch eine große Menge von Fortschrittlern in unsere Sitzungen, um dieselben durch Erregung von Tumult zu stören und zu verhindern. Und Ihr begreift, daß die Tumultuanten, auch wenn sie die Minderheit sind, stets leichtes Spiel haben. Denn indem die Einen Tumult machen, und die Andern nach Ruhe rufen, wird gerade dadurch der Tumult um so größer. In drei Sitzungen waren wir genöthigt, diese Kämpfe zu bestehen, und nur durch die Anstrengung aller meiner Kräfte gelang es mir, den Tumult zu beherrschen.

Ja, in einer dieser Sitzungen trat ein Vorfall ein, der Einen fast hätte irre machen können an dem Ehrgefühl des Volkes!

Nachdem sich diese Vorgänge nämlich drei Mal wiederholt hatten, beschloß ich, alle Vorsichtsmaßregeln weit von mir zu werfen und den Stier gleichsam bei den Hörnern zu packen. Von den Fortschrittlern einmal zum Kampfe gezwungen, wollte ich immer lieber den Kampf im Großen als im Kleinen haben! (Rauschender Beifall.)

Ich miethete also den großen Saal des Eldorado, einen Saal, der weit über 2000 Personen faßt und kündigte Vorträge an, zu welchen ich auch alle Nichtmitglieder zuließ, gegen Eintrittskarten, die ich mit offenen Händen an Jeden theilen ließ, der ihrer begehrte. Ich wußte natürlich im Voraus, daß dies die Fortschrittler gleichsam als eine Herausforderung betrachten und sich in noch größerer Masse einfänden würden.

In der ersten dieser öffentlichen Sitzungen war es, daß jener Vorfall eintrat, von welchen ich vorhin sagte, daß er Einen fast hätte irre machen können an dem Ehrgefühl des Volkes! In der ersten dieser öffentlichen Sitzungen im Eldo-

rado war es nämlich, daß dreißig Polizisten eindringend mich unter der Auflage des Hochverraths verhafteten, unter jener Euch bekannten Auflage, die ich seitdem mit der Schärfe des Schwertes vernichtet habe. (Stürmischer allgemeiner Zuruf.) Und als die Polizisten hier mich verhafteten, brachen, ihnen selbst zur Verwunderung, die anwesenden Fortschrittler in ein stürmisches Beifallklatschen und „Hochs“ auf die Polizei aus. (Allgemeine Bewegung, Pfui, Pfui, große Entrüstung.)

So stand die Sache damals in Berlin, und wie steht sie jetzt? —

Ihr wißt, daß es mir ziemlich schnell gelang, mich meiner Haft zu entwinden, drei Tage darauf ward ich gegen Kaution entlassen, und obgleich der Staatsanwalt in seinem Antrag erklärte, er behalte sich vor, sofort meine Verhaftung von Neuem zu beantragen, wenn ich in meinen Unternehmungen weiter ginge, so unterließ ich dennoch nicht, noch an dem Tage meiner Freilassung eine weitere Versammlung im Eldorado auszuschreiben und durch die öffentlichen Blätter bekannt zu machen.

Und nun zeigte sich, daß der Widerstand der Fortschrittler sich an unserer Festigkeit gebrochen hatte, wie Bogenschauam am Felsen! Eine tiefe Scham fing an, sich des Volkes zu bemächtigen. Man wagte nie wieder, uns zu stören. Wir haben seitdem alle acht Tage unsere Versammlungen in Berlin ohne allen Tumult abgehalten. Wir haben eine kernhaste Gemeinde in Berlin erlangt, eine Gemeinde, welche nicht durch ihre Zahl¹⁾, wohl aber durch ihre Intelligenz und ihren Eifer einen hervorragenden Platz einnimmt unter den Gemeinden Deutschlands. Es ist ein Kern von Arbeitern der höchsten Tüchtigkeit. Seit mehr als zwei Monaten habe ich nicht einmal mehr nöthig, selbst diesen Versammlungen beizuwohnen; ich kann sie ganz ruhig von unserem Bevollmächtigten abhalten lassen — kein Mensch, der noch wagte, sie zu stören.

Bei jenen Schreibern aber ist die größte Bekehrung eingetreten. Sie sind aus unsern leidenschaftlichen Gegnern unsere versteckten Anhänger geworden, und nur falsche Scham

¹⁾ Nach einem vier Tage vor der Ronsdorfer Versammlung, am 18. Mai 1864, vom Vereinssekretär an Lassalle gerichteten Brief betrug die Berliner Gemeinde zu jener Zeit damals „vielleicht an dreißig Mann“. (Becker, a. a. D. Seite 236.) D. H.

hält sie ab, uns offen beizutreten; eine falsche Scham, denn etwas gelernt und eine bessere Ueberzeugung erlangt zu haben, dessen braucht sich Niemand zu schämen. (Beifall.)

Ja selbst diese falsche Scham fängt bereits an, überwunden zu werden. Schon nach meiner Abreise von Berlin hielt unser Verein eine öffentliche Sitzung ab, von welcher mir unser Vereinssekretär meldet: Zahlreiche Schulzeaner waren gegenwärtig und einer derselben trat nach dem Vortrag der schlesischen Weberdeputation (von der ich Euch später erzählen werde) vor und erklärte: er sei bisher einer der leidenschaftlichsten Gegner der Lassalle'schen Bestrebungen gewesen, werde aber von nun an ein noch wärmerer Anhänger derselben sein, er werde sich in der nächsten Vereinsitzung einfinden, um sich zum Mitglied aufnehmen zu lassen, wenn ihn der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein dieser Ehre für würdig halte. (Lebhaftes Bravo.)

Ebenso ist im Berliner Arbeiterverein des Herrn Schulze schon seit mehr als zwei Monaten eine vollständige Spaltung eingetreten; es vergeht fast keine Sitzung mehr, in welcher sich nicht Herr Schulze in seinem eigenen Verein von Mitgliedern desselben sagen lassen muß, daß sie unter der „Knechtschaft des Kapitals“ ständen. Wenn ich wollte, so könnte ich jetzt sehr leicht — was aber ferne von mir sei — Herrn Schulze die Vorgänge, die bei uns spielten, in verstärktem Maße mit Zins und Zinsezinsen wiedergeben, indem ich einen Theil unserer Mitglieder in seinen Verein schickte, um die darin herrschende Stimmung zu benutzen. Das aber wäre meiner wie Curer unwürdig. (Bravo.)

Noch deutlicher aber springen die Erfolge unserer Agitation in die Augen, wenn wir den Blick auf die gesammte Arbeitermasse lenken. In Berlin besteht ein Verein von Buchdruckergehülften, welcher zwischen 600 und 800 Mitglieder zählt. Dieser Buchdruckerverein hat neulich den Beschluß gefaßt, eine Petition an das Staatsministerium zu richten und in diesem Beschluß Erwägungsgründe ausgesprochen, welche vollständig die Wahrheit unsrer ökonomischen Prinzipien anerkennen, grade jener Prinzipien, die von uns aufgestellt, nachgewiesen und von dem Herrn Schulze und den Dekonomen seiner Sorte so hartnäckig geleugnet worden sind; Erwägungsgründe, welche, wie Ihr sofort sehen werdet, fast wörtlich herausgeschnitten sind aus meinem Euch bekannten Buche „Bastiat-Schulze“.

Diese Erwägungsgründe lauten:

„in Erwägung:

1. daß erfahrungsmäßig der Arbeitslohn mit den steigenden Preisen der Lebensbedürfnisse nicht Schritt hält;
2. daß das wirthschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage den Arbeiter der Waare gleichstellt und ihm in seinen Konsequenzen unter Umständen nicht einmal das zur nothdürftigsten Lebensfristung erforderliche Minimum von Lohn sichert.“

Ihr seht also, jenes ökonomische Gesetz, welches ich Euch zur großen Wuth der Fortschrittler in meinem „Bastiat-Schulze“, wie in meinem „Arbeiterlesebuch“ überall als das Hauptfundament unserer ökonomischen Theorie entwickelt habe, daß nämlich unter der entwürdigenden Herrschaft von Angebot und Nachfrage der Arbeiter entmenscht und ökonomisch der Waare gleichgestellt wird — dieses Gesetz wird hier von den Buchdruckern ausdrücklich bestätigt und anerkannt!

Ihr könnt Euch die Freude der Fortschrittler denken, als sie plötzlich sahen, wie schon in dem bloßen Buchdruckergewerk von 6—800 Arbeitern Berlins — denn fast einstimmig wurde dieser Beschluß in dem Buchdruckergehülfsen-Verein gefaßt — die Wahrheit unsrer von der Fortschrittspartei mit solcher Erbitterung geleugneten Lehren anerkannt wurde!

Die Petition selbst läuft darauf hinaus, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu erringen, d. h. das Recht, sich durch gemeinschaftliche Verabredung über eine gemeinschaftliche Niederlegung der Arbeit zu vereinigen, um hierdurch höhere Lohnsätze zu erlangen. Ich meinerseits habe Euch niemals verhehlt, und dies auch im „Bastiat-Schulze“ in aller Kürze aufgezeigt, daß dies Recht nur in wenigen und flüchtig vorübergehenden Ausnahmefällen gewissen Arbeiterkreisen eine Erleichterung bringen, niemals aber eine wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes herbeiführen kann. Aber trotzdem ist diese Forderung einmal eine juristisch ganz berechnete und zweitens eine ganz vortreffliche im Sinne der Agitation, weshalb ich es auch für meine Pflicht hielt und halte, dieselbe mit allem mir in den Arbeiterkreisen zu Gebote stehenden Einfluß zu unterstützen.¹⁾

¹⁾ D. h. bloß für das formale Recht und die Agitation für dasselbe trat Lassalle ein. Von den Koalitionen selbst wollte er, wie früher dargelegt, nichts wissen. D. S.

Raum war aber diese Petition veröffentlicht, als ein Berliner Blatt, der „Publizist“, welcher stets ein Anhänger der ökonomischen Lehren des Herrn Schulze war¹⁾, in einem Artikel darüber herfiel, aus welchem ich Euch einen Satz zur Charakterisirung dieser Leute mittheilen muß: „Die Freiheit der Assoziation ist im Prinzip ganz gut (im Prinzip, d. h. bloß im Prinzip, d. h. bloß auf dem grauen Zeitungs-Löschpapier) wenn sie aber lediglich dazu ausgebeutet werden soll, um die Löhne zu schrauben (d. h. wenn sie irgend einen praktischen Nutzen für den Arbeiter haben soll), während der Arbeitgeber dem Konsumenten das Produkt nicht vertheuern darf, und zwar der Konkurrenz wegen, dann muß man denn doch am Ende sagen, daß jedes Ding seine Grenze haben muß, also auch die Assoziation.“ (Großes schallendes, wiederholtes Gelächter.)

Da der Publizist den Buchdrucker-Gehülfen auch noch „Massen-Tyrannie“ vorwarf, so verließ dies Mal die Berliner Arbeiter die Geduld. Der Buchdruckergehülfen-Verein beschloß nun einstimmig, eine Broschüre zu schreiben, in 3000 Exemplaren drucken zu lassen und unentgeltlich unter die Arbeiter zu vertheilen. Es ist mir eine größere Anzahl von diesen Broschüren zur Vertheilung an die Gemeinden unsres Vereins eingehändigt worden und ich werde sie Euren Bevollmächtigten nachher übergeben, damit sie hier, wie überall, in der nächsten ordentlichen Vereinsitzung verlesen und dann in die Buchdruckervereine jeder betreffenden Stadt verbreitet werde.

Diese Broschüre, meine Freunde, ist, wie Ihr finden werdet, ganz ausgezeichnet geschrieben. Nicht, daß sie von mir herrührte, oder von irgend einem anderen Schriftsteller; sie rührt von einem einfachen Arbeiter her, aber sie ist so geschrieben, daß sich kein Schriftsteller ihrer zu schämen hätte. Aber freilich, sie ist von einem Arbeiter geschrieben, der Mitglied des allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Berlin ist. (Lebhafte Bravo.) Denn das ist ein fort und fort in allen Städten wiederkehrender Titel des gerechten Stolzes für uns, daß überall die intelligentesten Arbeiter unter unsrer Fahne stehen! Die Blüthe des Arbeiterstandes ist überall mit uns und in unsrem Lager! (Rauschendes Bravo.)

1) Der „Publizist“ war ein reines Klatschblatt, das von den Liberalen stets mit großem Mißtrauen betrachtet wurde. D. S.

Um Euch den Geist dieser Schrift zu bezeichnen, will ich Euch nur zwei Stellen daraus verlesen, den ersten und den letzten Satz derselben.

Der erste Satz lautet: „Wenn schon es eine traurige Thatsache ist, daß unter den Organen der öffentlichen Meinung gerade diejenigen, auf deren Unterstützung die Arbeiter am meisten zu rechnen den Anspruch haben, sich der Interessen derselben am wenigsten annehmen und alle Klagen von unsrer Seite todt-schweigen, so ist es geradezu empörend, daß Zeitungen sich finden, die offen Partei gegen die Sache der Arbeiter nehmen.“

Und der letzte Satz lautet:

„Arbeiter! Thut die Augen auf und wisset, daß Ihr unter allen Berliner Blättern keins habt, welches Eure Sache so, wie es dies sein sollte, vertritt — keines!“

Ihr seht also, Arbeiter, daß jetzt auch die Berliner Arbeiter, und zwar 6—800 Arbeiter bloß aus dem Buchdrucker-Gewerke, in den Kriegsruf gegen die liberale Presse einstimmen, den ich, damals fast noch ein einzelner Mann, heute vor einem Jahre in Leipzig für Euch erhoben habe! (Großer Beifall.)

Dasselbe Umsichgreifen unsrer Agitation, dasselbe Wachsen unsrer Erfolge will ich Euch noch durch einen andern eklatanten Vorfall belegen, der neulich in Hamburg eingetreten ist: Die Arbeits-Einstellung in der Lauenstein'schen Wagenfabrik. In dieser Fabrik wird nämlich von früh fünf Uhr an gearbeitet und die Arbeiter behaupten sogar, daß dies die einzige Fabrik dieses Metiers in ganz Deutschland sei, in welcher die Arbeit so früh beginne. Sie stellten nun die höchst bescheidene Forderung, die Arbeit erst um sechs Uhr beginnen zu lassen. Sie erwählten zu diesem Zwecke eine Kommission und die Kommission einen Sprecher und der Sprecher war natürlich wiederum ein — Hamburger Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. (Stürmisches, wiederholtes Bravo.) Statt aller Antwort entließ der Fabrik-Inhaber diesen Sprecher. Da aber war die Geduld der Arbeiter zu Ende! Tags darauf legten sie nach kurzer Berathung alle achthundert die Arbeit nieder. So weit hat also bereits die Agitation unsres großen Vereins das Klassenbewußtsein des Arbeiters entwickelt, das Ehrgefühl Eures Standes gehoben! Ein Fall von dieser Ausdehnung

ist mir nicht bekannt in ganz Deutschland; er war früher unmöglich! Er konnte nur eintreten seit der Existenz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und in einer Stadt, in welcher, Dank unsrer wackern und zahlreichen Hamburger Gemeinde, die Prinzipien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die tonangebende Macht bilden! Jene Fabrik feiert also, und der Herr, seinerseits entschlossen, nicht nachzugeben, will sich nun nach Berlin, Leipzig und andern Orten wenden, um Arbeiter kommen zu lassen. Sofort wendeten sich die Hamburger Arbeiter an mich, damit ich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln des Einflusses die Arbeiter anderer Städte abhalten möchte, die Werbung jener Fabrik anzunehmen. Und Ihr begreift in der That, wie ehrlos jeder Arbeiter handeln würde, der unter solchen Umständen dorthin ginge und sich als ein Werkzeug gegen die Interessen seiner eignen Klasse verwenden ließe. Ich habe daher den Brief des Hamburger Arbeiters sofort in einem Berliner Blatte — Ihr begreift, in einem reaktionären Blatte, denn die Fortschrittsblätter sind natürlich ewig verschlossen für jeden Nothschrei und jedes Interesse der Arbeiter. — (Großes, sich stets erneuerndes, stürmischer Zuruf.) Ich habe ihn also in dem neuen allgemeinen Volksblatt zu Berlin veröffentlicht.

Ich bitte den Bevollmächtigten, den Artikel zu verlesen. (Dies geschieht.) Der Artikel lautet wie folgt:

Arbeiter-Angelegenheit.

„In Hamburg macht die Niederlegung der Arbeit Seitens der 800 Arbeiter der Lauenstein'schen Wagenfabrik großes Aufsehen. Man schreibt uns darüber Folgendes:

Hamburg. Am Mittwoch, den 27. April, hielten die Arbeiter der Lauenstein'schen Wagenfabrik eine Versammlung im Saale des Herrn Lummert ab, ihre Krankenkasse betreffend. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde vielseitig der Antrag gestellt und einstimmig beschlossen, die Gelegenheit, die sich durch den kürzlich stattgefundenen Uebergang der Fabrik in die Hände einer Aktien-Gesellschaft darbot, zu benutzen, um mit Uebereinstimmung des Fabrikherrn die Arbeitszeit um eine Stunde abzukürzen, indem sie anstatt wie bisher um 5, um 6 Morgens anfangen sollte. Das zu diesem Zweck erwählte Komité entwarf ein Schreiben in der höflichsten Weise an den Fabrikherrn mit dem Ersuchen, diesen Vorschlag der

Arbeiter in Erwägung zu ziehen und sich auf friedlichem Wege mit ihnen darüber einigen zu wollen, da man das Einverständnis zwischen Brotherrn und Arbeiter aufrecht zu erhalten wünsche. Nachdem das Comité die Sache noch näher mit dem Fabrikherrn besprochen, auf Menschlichkeit und Humanität hingedeutet, ihm bewiesen, daß diese Fabrik die einzige in ganz Deutschland sei, die diese Arbeitszeit innehalte, daß ferner so mancher Arbeiter durch die Verhältnisse gezwungen sei, seinen Wohnort fern von der Fabrik aufzuschlagen, wodurch zu der Arbeitszeit noch der weite Weg nach und von demselben in Berechnung komme, entließ sie der Fabrikherr mit dem Bescheid, sich die Sache überlegen zu wollen. Das Resultat seiner Ueberlegung war nun, daß er den Vorsitzenden des Comité's, der im Namen seiner Mitarbeiter zu ihm gesprochen, Sonnabends entließ, der in Folge dessen die höchste Mühe hatte, die über diesen Schritt empörten Arbeiter von übereilten Schritten und Gewaltthätigkeiten abzuhalten. — Am Montag, den 2. Mai, gingen nun sämtliche Arbeiter wie sonst um 5 Uhr an ihre Beschäftigung, hatten sich aber bis 8 Uhr darüber geeinigt, sämtlich ihre Entlassung zu fordern. Dies geschah denn auch. Die Arbeiter, die sich sonst nie über gleichgültige Dinge einigen konnten, bildeten jetzt eine feste Masse, in der nur ein Wille herrschte. Zuerst wandten die einzelnen Korporationen sich an ihre Werkführer und schickten diese mit ihrer Forderung an den Fabrikherrn, der aber ihr Begehren verweigerte und kurzweg erklärte, sich auf nichts einzulassen. Nun rückten die Arbeiter in Masse vor das Komtoir des Herrn und schickten Deputirte mit ihren Anträgen zu ihm hinein, welche er ebenfalls mit herrischem Ton abwies und ihnen befahl, sich an ihre Arbeit zu begeben. Die Arbeiter schickten nun Deputirte nach dem Stadthause ab, um die Polizei von der Sachlage in Kenntniß zu setzen. Währenddessen hatte der Fabrikherr 10 Polizisten requiriren lassen, die aber, nachdem sie die Lage der Sache eingesehen, sich nicht berufen fühlten, dem Wunsche des guten Herrn entsprechend, Arretirungen vorzunehmen. Die Arbeiter beschloßen dann, um sich durchaus nicht den Vorwurf der Rebellion zuzuziehen (den ihnen ungeachtet dessen die „Hamburger Nachrichten“ Tags darauf machten), bis zum Freitag ruhig fortzuarbeiten, da in der Fabrik die Woche mit dem Freitag beginnt.

Wenn man bedenkt, daß bei diesen Verhältnissen und dieser Arbeitszeit der Arbeiter, der vielleicht an einem Montag die bestimmte Stunde versäumt, hierfür zu seinem Lohnverlust noch 8 Schilling Strafe zu zahlen hat, so kann man sich einen schwachen Begriff von der haarsträubenden Behandlung der Arbeiter in der Lauenstein'schen Fabrik machen.

Herr Lauenstein hat bereits, um nicht in Verlegenheit wegen Arbeitskräften zu kommen, Bevollmächtigte in andern Gegenden beauftragt, für seine Fabrik zu werben. Mögen die Arbeiter andrer Städte ihr Interesse im Auge behalten und sich durch Werber der Lauenstein'schen Aktiengesellschaft nicht in den Schlingen etwaiger falscher Vorspiegelungen fangen lassen."

— So stand die Sache, als ich meine gegenwärtige Reise unternahm. Aber schon in Cöln ereilte mich die Nachricht, daß der Hamburger Fabrikbesitzer sich genöthigt gesehen habe, nachzugeben, und die Arbeitszeit jetzt dort um sechs Uhr, ganz wie es die Arbeiter verlangt haben, beginnt. Seht hier den Erfolg des unter den Arbeitern durch die Agitation unsers Vereins angefachten Klassenbewußtseins! (Lebhafte wiederholte Akklamation.)

So sehr liegen unsre Grundsätze gleichsam in der Luft, d. h. um den bestimmten Sinn dieser sonst unbestimmten Phrase anzugeben, so sehr sind unsre Grundsätze der bloße Ausdruck der thatsächlichen Verhältnisse der heutigen Gesellschaft, daß sie rein eben durch die bloße Einwirkung dieser Verhältnisse entstehen müssen und daher sogar in Arbeiterkreisen entstehen, welche nicht die geringste Kenntniß von unsern Schriften und unserm Wirken haben! Ich habe neulich einen sehr interessanten Beweis hiervon erlebt. In Wüste-Giersdorf in Schlesien besteht eine große Baumwollen-Spinnerei und Weberei, welche bis 1848 dem Staat gehörte, dann aber von dem liberalen Minister Herrn Hansemann, welcher es natürlich gegen die liberalen Prinzipien fand, daß der Staat Fabrikation betreibe, für einen Apfel und ein Stück Brot an Herrn Reichenheim verkauft wurde, denselben Herrn Reichenheim, welchen Ihr bereits aus meinem „Bastiat-Schulze“ als Fortschrittsdeputirten und intimen Freund von Herrn Schulze-Delitzsch kennt. Die dortigen Arbeiter, welche in ihrer Petition behaupten, daß sie, so lange die Fabrik Staatseigenthum war, sich immer in erträglichen Verhältnissen befunden und einer

humanen Behandlung theilhaftig gewesen wären, geriethen seit 1858 in eine solche Noth, daß sich endlich die Verzweiflung ihrer bemächtigte und sie daher beschloßen, eine Petition an den König zu richten und damit eine Deputation nach Berlin zu senden, welche eine Audienz beim Könige erwirken sollte, um irgend eine Aenderung der unerträglichen Noth zu begehren.

Dieser Schritt war durchaus nicht von uns ins Leben gerufen worden. Wir hatten dort keinen Einfluß und keine Verbindung; man kannte dort unsre Schriften nicht.

Die Weberdeputation kam nach Berlin, blieb da vier Wochen, ehe sie die Audienz erlangte, kam während dieser Zeit in die dortigen Arbeiterkreise und erhielt hier von den Einen den Rath, sich an Herrn Schulze-Delitzsch, von den Andern, sich an mich zu wenden. Sie zogen vor, dem letztern Rathe nachzukommen. „Herr“, sagten diese Leute zu mir, als sie mich besuchten, „wir kennen von Ihren Schriften nichts, wir wissen von Ihnen nur, wie furchtbar in allen liberalen Blättern unsrer Provinz auf Sie geschimpft worden ist, — aber grade daraus haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß Sie unser Mann sein müßten! (Tobender Beifall.)

„Wir sind keine Gelehrte,“ fuhren diese wackeren und intelligenten Leute fort, „und kein Gelehrter hat sich unsrer angenommen; aber das Eine können wir Ihnen als unsre, ja als aller schlesischen Weber allgemeine und unbedingte Ueberzeugung aussprechen: Uns kann nicht anders geholfen werden als durch Staatshülfe; wie das anzufangen ist, wissen wir freilich nicht, das ist Sache der Gelehrten; das aber wissen wir, wenn sich der Staat nicht unsrer annimmt, — in den Händen der Fabrikanten sind wir verloren!“ (Stürmischer Beifall, wiederholte Hochs auf die schlesischen Weber.)

Sie überreichten mir darauf einen schriftlichen Auszug aus ihrer Petition an den König, den ich Euch hier zum Theil verlesen lassen will, damit Ihr die ganze Kräßheit der Thatsachen, die Ihr bereits aus meiner Schrift „Die indirekten Steuern und die Lage des Arbeiterstandes“ kennt, hier aus dem Munde des Volks selbst erfahren möget.“

(Der verlesene Auszug lautet):

„Seit dem Jahre 1858 aber wird von den Gebrüdern Reichenheim und den benachbarten Fabrikanten Gebrüder Rauffmann ein System der Herabdrückung der Arbeitslöhne

geübt, das alle Familien der Gegend zur Verzweiflung treibt und die größte Noth verbreitet. Gegenwärtig verdient ein mittlerer Arbeiter bei dem größten Fleiße während zwölf Stunden täglich in der Woche durchschnittlich 1 Thaler 24 bis 1 Thaler 27 $\frac{1}{2}$ Sgr. (Allgemeiner Unwille.)

Nur Diejenigen, welche die lohnendste Arbeit haben, bringen es auf 2 Thlr. 23 Sgr. wöchentlich, die geringeren Arbeiter aber nur auf 28 Sgr. bis 1 Thlr. (Wiederholte Ausbrüche des Erstaunens und Unwillens.)

Wenn unsre Frauen nebenbei in der Fabrik arbeiten, so giebt das nur einen geringen Mehrverdienst, der bei der oft 1—2 Stunden weiten Entfernung der Wohnung von der Fabrik durch den doppelten Haushalt wieder verloren geht.“

Hier folgt die Aufzählung der Preise der Wohnungen und Lebensmittel und Klage über die fehlenden Reisemittel, um anderwärts Arbeit zu suchen (die berühmte Schulze'sche Freizügigkeit). Dann wird angeführt, was der Arbeiter nothwendig braucht, nämlich:

„Die gewöhnliche Wohnung für die Familie täglich:

	1 Sgr. 8 Pf.
für $\frac{1}{2}$ Pfund Fleisch oder Speck	2 — ”
Kartoffeln oder Gemüse	2 — ”
Brod für 4 Personen	3 — ”
zusammen täglich	8 Sgr. 8 Pf.
oder monatlich	8 Thlr. 20 Sgr.

während der Arbeiter kaum 8 Thaler verdient. Hier ist also¹⁾ für Licht, Feuerung, Schulgeld u. s. w. gar nicht die Rede.

Aber das nicht allein; mit der größten Rücksichtslosigkeit wird noch bei jeder Gelegenheit die Arbeitszeit geschmälert, um von dem geringen Lohne noch Abzüge zu machen.“

(Es wird nun bis zum Schlusse der Petition weiter ausgeführt, daß, wer sich erlaubt, die bescheidenste Vorstellung bei Herrn Reichenheim und dessen Beamten zu machen, sofort entlassen wird.)

Ihr werdet später noch von mir Mittheilungen der wichtigsten Art über die Audienz, welche jene Deputation begehrt, erhalten. Zuvor muß ich noch einen andern Punkt berühren.

¹⁾ Offenbar fehlen hier im Text einige Worte. Etwa „von Ausgaben“ oder dergleichen. D. S.

Eines der wesentlichsten Elemente unsrer Erfolge, auf das ich daher in aller Kürze zu sprechen kommen muß, ist das im März veröffentlichte Werk „Bastiat-Schulze“. Niemals, Freunde, ist es mir gelungen, Eurer Sache einen größern Dienst zu erweisen, als durch dieses Buch. Während die konservativen Blätter von Anerkennung überflossen, beschlossen die Fortschrittsblätter freilich, das Buch todt zu schweigen! Aber Ihr begreift, Freunde, zum Todtschweigen war es zu spät! Wollte uns die Fortschrittspresse todt-schweigen, waren wir ihr nicht wichtig genug, um von uns zu sprechen, so hätte sie mit diesem Todtschweigen im vorigen Jahre beginnen müssen, als wir zuerst unsre Fahne erhoben! Nachdem aber die Fortschrittspartei neun Monate hindurch täglich in allen Blättern Deutschlands das entsetzlichste Wuth-geheul gegen uns angestimmt, zeigt das jekige Schweigen dieser theoretischen und systematischen Leistung gegenüber nur, wie wenig sie sich gewachsen fühlte, gegen den Stachel zu löcken und dieser theoretischen That irgend etwas Haltbares entgegen zu stellen!

Aber es ist selbst noch ein deutlicheres Zeichen hiervon hervorgetreten.

Ein einziges Fortschrittsblatt nämlich, und zwar ein solches, welches grade von einem Ökonomen der Schulze-schen Richtung redigirt wird, die von dem Manchestermann Herrn Wolf redigirte „Ostsee-Zeitung“ in Stettin, hat wirklich wagen wollen, sich einer eingehenden Kritik jenes Buches in einer Reihe von Leitartikeln zu unterziehen. Und kaum hatte dieses Blatt sich hierauf eingelassen, als es sich genöthigt sah, trotz alles Schimpfens und aller Wuth auf mich von den merkwürdigsten Zugeständnissen überzufließen.

Ich will Euch die betreffenden Sätze jenes Artikels mit ihren eignen Worten vorlesen:

„Vielleicht fragen unsre Leser, weshalb wir uns überhaupt mit Cassalle befassen? Aber sie würden ihm in der That Unrecht thun, wollten sie ihn lediglich nach jener Seite seiner literarischen Thätigkeit beurtheilen¹⁾. Schon früher haben wir ihm die Anerkennung großen Wissens und tiefen Denkens

¹⁾ Wie aus dem Nachfolgenden ersichtlich, hatte der Verfasser, auf dem Rodbertus Cassalle aufmerksam gemacht — vgl. die Briefe Cassalle's an Rodbertus, S. 72—73 — zunächst den von Cassalle im Bastiat-Schulze angeschlagenen Ton kritisiert. D. H.

nicht versagen können, und auch sein neuestes Werk liefert dafür zahlreiche Beweise. Freilich um so schlimmer für ihn, daß er durch sein Wissen und seinen Geist nicht emporgetragen ist über die Sphäre derjenigen Leute, welchen man Alles, nur nicht das Prädikat der „Bildung“ zugestehen kann.

(„Bildung“ hat nämlich, wie es scheint, nach den Fortschrittlern Niemand, der nicht von Anerkennung für sie überfließt!) (Großes Gelächter.)

„Allerdings scheint er selbst eine Ahnung von dem darin liegenden Widerspruche zu haben, denn in der Einleitung giebt er gleichsam zur Rechtfertigung seines Tones die Entgegnung des berühmten Philosophen Schelling auf eine gegen ihn gerichtete Rezension — eine Entgegnung, welche so recht darauf hinausgeht, die Schimpferei eines Gelehrten gegen unberufene Angriffe vertheidigen zu sollen. Auch sonst ist die deutsche Literaturgeschichte an derartigen Beispielen der bewußten und absichtlichen Verletzung aller Begriffe von Anstand leider nicht arm — mehr als die Literaturgeschichte irgend eines andern Volkes. Aber zu Nutz und Frommen unsrer geistigen Entwicklung hat diese Sprache unsrer großen Gelehrten wahrlich nicht gedient. (Hier wird also bereits zugestanden, daß dies die Kollektivsprache der großen Gelehrten gegen unberufene Schwäzger sei.) Und am allerwenigsten wird der Gebrauch, den Lassalle davon macht — und der Reid muß es ihm lassen, daß seine Leistung in dieser Hinsicht ohne Gleichen steht — seinen Zwecken förderlich sein. Denn wir möchten den Gebildeten sehen, welcher sich nicht mit Widerwillen von Lassalle's neuem Werke abwendete.

Und doch (— und auf diesen Satz, Freunde, wegen dessen ich Euch überhaupt den Artikel vorlese, mache ich Euch besonders aufmerksam) wir, die wir mit vollster Entschiedenheit zu seinen Gegnern gehören, bedauern dies am meisten, nicht bloß, weil seine in ihren Resultaten äußerst schwachen Angriffe gegen die von uns vertretene Richtung sich schließlich selbst ins Gesicht schlagen, sondern aufrichtig gesagt, weil wir trotz alledem in seiner Streitschrift eine Fülle von positiv werthvollen Gedanken finden, mit denen wir zum Theil ganz einverstanden sind.“

Jetzt wollen die Fortschrittlern also gar noch mit mir einverstanden sein! (Schallendes Gelächter.) Wie wäre das möglich? „Eine Fülle positiv werthvoller Gedanken“,

„zum Theil ganz einverstanden“, und dennoch wollen sie gegen mich auch noch Recht haben! (Neues Gelächter.) Jeder von Euch, der jenes Buch gelesen hat, begreift, daß es dabei nichts zu theilen giebt! Denn jedenfalls ist es ein ganz consequentes Gewebe aus Einem Gedanken. Man muß es entweder acceptiren vom ersten Satz bis zum letzten, oder verwerfen vom ersten Satz bis zum letzten. (Zurufe aus der Versammlung.) Die „Ostsee-Zeitung“ versprach nun in weitem Artikeln den Nachweis zu liefern, wie sie mit jener Fülle positiv werthvoller Gedanken ganz einverstanden sei — und dennoch gegen mich Recht habe! Ihr begreift also aus den angeführten Gründen, daß ich auf nichts gespannter war, als auf diese ferneren von der „Ostsee-Zeitung“ versprochenen Artikel. Aber obwohl jener Euch vorgelesene Leitartikel vom fünften März datirt ist, ist noch bis heute die Fortsetzung nicht erschienen! Mindestens lautet so die Auskunft meiner Freunde, deren ich mehrere beauftragt habe, jenes Blatt zu überwachen. Es scheint also beinahe, als habe man von der Fortschrittspartei aus dem Blatte die Weisung zukommen lassen, es läge hier einer jener Fälle vor, in welchen es nach dem Satze: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold, sicherer sei zu — schweigen, als sich auf eingehende Erörterungen einzulassen! (Neues Gelächter.)

Aber Ihr begreift, Freunde, daß es überhaupt ganz unmöglich war, eine solche theoretische und systematische Leistung todtschweigen zu wollen, und besonders unmöglich in Deutschland, welches glücklicherweise noch immer das Vaterland der Wissenschaft und des Gedankens ist!

Von den glänzendsten Vertretern deutscher Wissenschaft — ich sage Euch dies nicht aus persönlichem Selbstgeföhle, welches mich nach meiner ganzen Stellung einer solchen Bezugnahme vielmehr überheben würde, sondern ich sage es Euch, um Euch eine Garantie mehr zu geben für den unangreifbaren wissenschaftlichen Felsengrund, in welchem Eure Bestrebungen wurzeln — von den glänzendsten Vertretern deutscher Wissenschaft also ist mir mündlich und schriftlich die höchste Anerkennung und die begeistertste Sympathie für jenes Werk ausgesprochen worden. Ihr begreift, daß es gegen die Diskretion verstoßen würde, Euch Namen zu nennen oder Euch irgend Näheres darüber zu erzählen. Aber so viel kann und muß ich Euch sagen, die ruhmvollsten Namen Deutschlands haben mir seit-

dem, wenn ich noch einer Bestätigung bedürfte, bestätigt, daß ich Recht habe in jeder Zeile und in jeder Silbe! (Langanhaltender begeisterter Zuruf.)

Ja, selten ist seitdem eine Woche vergangen, wo ich nicht von irgend einem Bourgeois selbst — denn es giebt auch noch ernsthafte wohlgesinnte und denkende Bourgeois bei uns — auf diesem oder jenem Wege gehört hätte, der durch dies Buch überzeugt und belehrt worden sei. (Lebhafte Bravo.)

Ich will Euch aber jetzt einen Beweis vorlegen, der alles Bisherige noch bei weitem übersteigt.

Vor Kurzem hat sich Niemand anders, als ein Fürst der Kirche, der Bischof von Mainz, Freiherr von Ketteler, in seinem Gewissen gedrungen gesehen, seinerseits das Wort in der Arbeiterfrage zu ergreifen. Es ist dies ein Mann, der am Rhein fast für einen Heiligen gilt, ein Mann, der sich seit langen Jahren mit gelehrten Forschungen abgegeben. Er hat ein Buch veröffentlicht, unter dem Titel „Die Arbeiterfrage und das Christenthum“, und hier hat er sich Punkt für Punkt für alle meine ökonomischen Sätze und Thesen den Fortschrittlern gegenüber ausgesprochen! Ja, er hat dies mit solcher Schärfe und Offenherzigkeit gethan, daß ich Euch wenigstens einige Beispiele davon vortragen muß.

Ihr erinnert Euch des Fundaments des ganzen Streites, jenes ehernen ökonomischen Gesetzes, wie ich es in meinem „offenen Antwortschreiben“ nannte, nach welchem der Arbeitslohn unter Angebot und Nachfrage auf die Dauer durchschnittlich nie über das Minimum des nothwendigsten Lebensunterhaltes hinaussteigen kann. Ihr erinnert Euch der verhältnißmäßigen Milde, mit welcher ich Euch in meinem Antwortschreiben zugerufen habe: Wenden Sie jedem den Rücken, der Ihnen dieses ehernen Gesetz leugnet, denn entweder er versteht nichts von der ökonomischen Wissenschaft oder er will Sie betrügen. Ich war also noch milde genug, wenigstens diese Wahl zu lassen.

Ihr erinnert Euch auch noch der Wuth, mit welcher, Schaum vor dem Munde, die gesammte Fortschrittspartei, die Herren Schulze, Wirth, Faucher und ähnliche Nullen (Heiterkeit), sowie die gesammte fortschrittliche Presse über mich herfielen und dieses Gesetz leugneten!

Auf die Beweise fußend, welche ich in meinem „Antwortschreiben“, in meinem „Arbeiterlesebuch“ und zuletzt in syste-

matischer Form in meinem „Bastiat-Schulze“ hierüber entwickelt habe, geht nun der Bischof so weit, den Fortschrittlern nicht einmal jene Wahl mehr zwischen Unkenntniß und betrügerischer Absicht zu lassen — er fühlt sich in seinem Gewissen gedrungen, geradezu zu erklären: Jeder, der nach diesen von mir erbrachten Beweisen jenes Gesetz noch leugnet, wolle das Volk betrügen! (Enthusiastischer Beifall.)

Ihr sollt sofort die eigenen Worte des Bischofs hören. Er sagt (pag. 17 seines Buches) „Die materielle Existenz des Arbeiterstandes, die Beschaffenheit aller nothwendigen Lebensbedürfnisse für den Arbeiter und seine Familie ruht nämlich mit so wenigen Ausnahmen, daß sie diese Regel nicht alteriren, auf dem Arbeiterlohn, und der Arbeiterlohn bestimmt sich in unsrer Zeit nach der Lebensnothdurft im strengsten Sinne, d. h. nach dem, was der Mensch unumgänglich nothwendig bedarf, wenn nicht seine physische Existenz vernichtet werden soll. Die Wahrheit dieses Satzes ist durch die bekannten Kontroversen zwischen Lassalle und seinen Gegnern so evident gemacht, daß nur die Absicht, das Volk zu täuschen, sie bestreiten kann. In ihr liegt, wie mit vollem Recht behauptet wird, die ganze Arbeiterfrage: auf der einen Seite die Arbeiternoth, auf der andern Seite der Probestein für den Werth aller Vorschläge, dem Arbeiterstande zu helfen.“

Meine Freunde, ich gehöre, wie Euch bekannt ist, nicht zu den Frommen. Mit Recht aber muß ich den höchsten Werth darauf legen, daß ein Bischof trotz der Milde und Rücksichtnahme, die ihm in seiner Stellung natürlich ist, sich dennoch in seinem Gewissen genöthigt sieht, sich mit derselben Schärfe, wie ich in meiner rücksichtsloseren Stellung als Volkstribun gethan habe, auszusprechen und die Fortschrittspartei wegen ihrer so hartnäckigen Ablehnung des von mir nachgewiesenen ökonomischen Gesetzes gradezu des absichtlichen Betruges zu beschuldigen!

Urtheilt, bis zu welcher Sonnenklarheit ich jene Beweise gebracht haben muß, um einen Kirchenfürsten zu dieser Sprache zu veranlassen!

Urtheilt zugleich, welcher beispielloser Schamlosigkeit sich die Fortschrittspartei und ihre Presse schuldig gemacht hat, indem sie so hartnäckig die Wahrheit jenes Gesetzes vor Euch leugnete!

Urtheilt, wie namenlos Euch diese Leute so lange Zeit hindurch belogen haben und weiter belügen wollen!

(Ein rauschender, dreimal wiederholter Beifallsturm bedeckt einige Minuten die Stimme des Redners.)

Mit nicht weniger Bestimmtheit spricht sich der Bischof noch an anderen Stellen über die unangreifbare ökonomische Richtigkeit unserer Grundsätze und Bestrebungen aus. Er sagt z. B. pag. 62: „Die Partei, deren Hauptvertreter Lassalle selbst ist, hat das unbestreitbare Verdienst, die in den ersten Abschnitten geschilderte Lage des Arbeiterstandes, wonach er größtentheils mit seiner ganzen Existenz auf die eigentliche Lebensnothdurft beschränkt ist, mit unerbittlicher Schärfe und Wahrheit aufgedeckt zu haben. Sie stellt daher auch mit derselben Richtigkeit als Axiom den Satz auf: daß, wer überhaupt dem Arbeiter in dieser Lage gründlich und wirksam helfen will, Mittel auffinden muß, wodurch dem Arbeiterstande eine neue und reichere Erwerbsquelle neben dem nothdürftigen Arbeitslohn eröffnet wird. Die Lösung dieser Aufgabe sei der Probierstein zur Beurtheilung des wahren Werthes der gemachten Vorschläge. Obwohl sie daher nicht leugnet, daß die Bestrebungen der liberalen Partei dem Arbeiterstande manche Erleichterungen gewähren können, so hat sie doch zugleich auch überzeugend bewiesen, daß dieselben nicht im Stande sind, den Arbeiterstand vor dem Verfall zu bewahren, dem er durch die allgemeine Konkurrenz, namentlich mit dem Kapitale entgegen geht, und noch weniger, seinen Wohlstand nachhaltig und allgemein zu verbessern.“

Mit derselben Entschiedenheit legt der Bischof Zeugniß dafür ab, daß ich nachgewiesen habe, wie durch die Vorschläge des Herrn Schulze-Delitzsch und der Fortschrittspartei unmöglich die Lage der arbeitenden Klassen irgendwie verbessert werden kann. Er sagt darüber pag. 57: „Die Aufgabe ist, dem Arbeiterstand, der durch die Experimente der liberalen Partei in die Lage gekommen ist, daß er mit seiner ganzen Lebensexistenz auf den Tagelohn angewiesen ist, der ihm nur die äußerste Lebensnothdurft bietet, den er sich täglich auf dem Waarenmarkt der Arbeit, bei schwankendem Angebot und Nachfrage, gleichsam erbetteln muß, in dieser seiner bedrängten Lage zu helfen. Daß dazu die von der liberalen Partei als Hilfsmittel in Vorschlag gebrachten Genossenschaften im Ganzen und Großen nicht ausreichen, ist in neuerer Zeit hinreichend und evident bewiesen. In dieser Hinsicht sind die Ausführungen von Lassalle unwiderlegt und unwiderleglich.“

Und alle diese Zeugnisse sind um so bedeutsamer, als der Bischof selbst natürlich nicht zu unseren Anhängern gehört. Er erhebt eine Einwendung gegen die Zweckmäßigkeit und eine Einwendung gegen die Rechtmäßigkeit unserer Bestrebungen. In Bezug auf die Zweckmäßigkeit befürchtet er nämlich Ueberstürzung bei der Ausführung unserer sozialen Maßregeln. Dieses Bedenken theile ich nicht, weil ich Eure Disziplin kenne (lebhafter Beifall), auf welche ich nachher noch zu sprechen kommen werde.

In Bezug auf die Rechtmäßigkeit unserer Bestrebungen erscheint es dem Bischof bedenklich, ob der Staat berechtigt sei, durch die von mir verlangten Mittel und Einrichtungen das Eigenthum der Zukunft — denn nur von dem zukünftigen, nicht von dem gegenwärtig erworbenen Eigenthum ist bei uns die Rede — so in bestimmte, gewiesene Wege, gleichsam in gegebene Kanäle zu leiten.

Aber auch hier legt der Bischof wieder das wichtigste Zeugniß für uns ab. Er gesteht nämlich ein, daß dieses Bedenken nur bei solchen entstehen könne, welche, wie er selbst, das Privateigenthum für eine göttliche Einrichtung halten; daß dagegen von dem heut zu Tage im Staat, in der Wissenschaft und bei der liberalen Partei geltenden Standpunkte aus, nach welchem das Privateigenthum eine menschliche Einrichtung ist, die Gerechtigkeit der von mir geforderten Maßregeln gar nicht einmal bezweifelt werden könne.

Seine Worte lauten: (pag. 77). „Vom Standpunkte der liberalen Partei und jener Wissenschaft, die im Namen der Regierung von so vielen Lehrkänzlern gelehrt wird, ist daher, was die Gerechtigkeit der von Lassalle vorgeschlagenen Maßregeln angeht, wohl sicherlich gar kein Bedenken zu erheben. Es ist vielmehr nur ein unendlich bescheidener Anfang ganz anderer Dinge, die da kommen müssen.“¹⁾

1) Schon dieser eine Satz zeigt, daß die Zustimmung des Kirchenfürsten zu Lassalle's Kritik eine recht zweideutige war, und weniger auf der „Sonnenklarheit“ von Lassalle's Beweisführung, als auf dem Haß des Herrn von Ketteler gegen die revolutionären — d. h. der feudalen Weltanschauung gegenüber revolutionären — Tendenzen des Liberalismus beruhte. Damit soll Lassalle kein Vorwurf darüber gemacht werden, daß er die zustimmenden Sätze des Bischofs agitatorisch ausnutzte, nur die Art, wie er es that, ist mit Recht von allen seinen sozialistischen Kritikern scharfem Tadel unterworfen worden. Selbst als bloßer Arbeiterfreund war der Mainzer Bischof nicht mehr als ein Schulze-Deilisch in der Tiara. D. S.

Ihr begreift die unvergleichliche Wichtigkeit dieses Einverständnisses, denn derer, welche das Privateigenthum für eine göttliche Einrichtung halten, sind heute so blutwenige, daß wir, stünden uns keine anderen Gegner gegenüber, mit der leichtesten Mühe gewonnenes Spiel haben würden.

Durch diese große geistige Gesamtbewegung, die wir so in der Nation hervorgebracht haben, ist es gekommen, daß die Resultate unsrer Agitation und die Ueberzeugung von der Wahrheit unsrer Lehren und der Zeitgemäßheit unsrer Forderungen bereits in die allermäßigendsten und höchstgestellten Kreise gedrungen sind und daselbst bereits die allerwichtigsten Wirkungen zu Tage gefördert haben. Hierfür will ich Euch jetzt einen offiziellen Beweis von einem ganz unvergleichlichen Gewichte vorlegen, für den ich Eure ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehme.

Ich kehre nämlich zu jener Weberdeputation zurück, von der ich Euch erzählt habe. Zwei Tage vor meiner Abreise von Berlin hatte sie Audienz beim Könige.

Ich werde Euch jetzt einen authentischen Beweis darüber liefern, was der König in jener Audienz gesagt hat, ja, was er nicht nur gesagt hat, sondern — was fast noch wichtiger ist — auch gesagt haben will.

Ueber das, was vom König in einer Audienz gesagt worden ist, dürfen, wie Ihr leicht begreifen werdet, die offiziellen Blätter nur den Bericht geben, den sie aus dem Staatsministerium selbst erhalten. In gleicher Weise wurde den Webern nach der Audienz gesagt, sie möchten sich Tags darauf im Staatsministerium einsinden, um hier schriftlich das zu erhalten, was sie über den Vorgang in der Audienz veröffentlichen dürften.

Die Arbeiter fanden sich ein und erhielten den Bürstenabzug der „Zeidler'schen Korrespondenz“, welchen ich Euch hier zeige (der Redner hält den rothen Bogen hoch empor), den Bericht enthaltend, welcher im Staatsministerium selbst für die Zeidler'sche Korrespondenz angefertigt worden war. Die Arbeiter begaben sich hierauf zu mir, legten diesen Bürstenabzug in meine Hände und autorisirten mich, zumal der Bericht ja ohnehin für die Oeffentlichkeit bestimmt war, jeden beliebigen Gebrauch davon zu machen. Dieser im Staatsministerium selbst angefertigte Bericht der Zeidler'schen Korrespondenz, den ich Euch jetzt verlese, lautet wie folgt:

„Seine Majestät der König haben die Gnade gehabt, gestern Nachmittag eine Deputation der armen Weber des schlesischen Riesengebirges zu empfangen und eine Denk- und Bittschrift über ihre Lage aus ihren Händen entgegen zu nehmen. Die Weber haben ihre Klagen zu den Stufen des Thrones niederlegen wollen, um an dieser höchsten Zufluchtsstätte aller Unterthanen eine Abhülfe für ihre Leiden zu erbitten, die durch den Lohndruck ihrer Arbeitgeber so groß geworden, daß sie nicht mehr existiren können, während ihre Mittellosigkeit ihnen doch nicht erlaubt, durch Auswanderung nach besser situirten Gegenden ihren Familien ein redliches Auskommen zu verschaffen. Dreihundert Weber haben drei aus ihrer Mitte deputirt, diesen Schritt zu wagen.

Wie wir hören, haben Se. Majestät der König die Deputirten sehr huldreich aufgenommen und ihnen gesagt, daß er seine Minister angewiesen habe, eine gesetzliche Abhülfe, so weit sie möglich ist, schleunig und mit allem Ernst vorzubereiten.

Se. Majestät hörten den schlichten Vortrag der Leute sehr gnädig an, erkundigten sich eingehend nach verschiedenen Punkten und erinnerten daran, daß leider schon früher (1844) ähnliche Verhältnisse traurige Folgen gehabt, denen vorgebeugt werden müsse. Als Se. Majestät vernahmen, daß bereits mehrere Weberfamilien ihrer Arbeit entlassen, weil sie sich der Bitte an den Thron angeschlossen, so sprachen Se. Majestät Ihre höchste Mißbilligung über ein solches Verfahren aus. Mit dem Trost (und auf diesen Satz, Freunde, lenke ich Eure konzentrierteste Aufmerksamkeit) einer möglichst baldigen gesetzlichen Regelung der Frage und dadurch Abhülfe ihrer Noth entließen Se. Majestät die Deputation. Das königliche Versprechen (hier steht Versprechen — der Redner spricht diese von ihm wiederholten Worte mit dem höchsten Nachdruck der Stimme und begleitet sie mit der eindringlichsten Handbewegung) — das königliche Versprechen wird erhebend und ermutigend in allen Thälern des Riesengebirges widerhallen und vielen hundert dulddenden redlichen Familien neue Hoffnung und neue Kraft zum muthigen Ausharren geben.“¹⁾

1) Die brauchten die armen Weber allerdings, um bis zum Eintreten der versprochenen Abhilfe nicht die Geduld zu verlieren. Wenn der Verfasser des offiziellen Berichts sich über den Ausgang der Audienz lustig machen wollte, konnte er den Schlusssatz kaum anders formuliren.

So weit der aus dem Staatsministerium selbst stammende offiziöse Bericht der Zeidler'schen Korrespondenz.

In diesem Berichte sind drei Punkte von der höchsten Wichtigkeit enthalten.

1. die Anerkennung durch den König, daß eine Regelung der Arbeiterfrage durch die Gesetzgebung nothwendig sei, also die Anerkennung des Hauptgrundsatzes, zu dessen Gunsten wir unsre Agitation begannen; die Anerkennung der Nothwendigkeit und Gerechtigkeit dessen, was ich Euch überall in meinem Antwortschreiben wie in meinem Arbeiterlesebuch als die Quintessenz unsrer Forderungen entwickelt habe¹⁾; die Anerkennung des Prinzips, welches, gegenüber dem Grundsatz der liberalen Dekonomie, daß die Lage der Arbeiter dem Spiele der freien Konkurrenz, der Herrschaft von „Angebot und Nachfrage“, schutzlos überlassen werden müsse, der gesammten Agitation des Allgem. Deutschen Arbeitervereins zu Grunde liegt und unsre grundsätzlichsste Forderung bildet; die Anerkennung seiner unabweisbaren Gerechtigkeit und seiner unangreifbaren Wahrheit. Wie den Bischöfen, so haben wir diese Anerkennung auch bereits dem Könige abgerungen!

2. enthält aber jener Bericht auch bereits das Versprechen des Königs — ich sage Versprechen (der Redner betont dieses Wort wieder mit derselben Energie der Stimme wie vorher), daß diese Regelung der Arbeiterfrage und Abhülfe der Arbeiternoth durch die Gesetzgebung erfolgen soll, und zwar möglichst baldig erfolgen soll! Während man 1844 gegen die Noth der schlesischen Weber die Bayonnette lehrte — verspricht ihnen der König jetzt Aenderung ihrer Lage durch die Gesetzgebung! Ihr seht, Freunde, dieses Versprechen ist unser Werk! Wir wollen doch sehen, ob das Königthum dieses Versprechen nicht halten, ob es dieses sein den arbeitenden Klassen verpfändetes Wort nicht einlösen wird! Mindestens begreift Ihr, daß es

1) Vergl. z. B. das „Arbeiterlesebuch“ pag. 40: „Das ist es, was ich Euch über das Prinzip zu sagen habe, und nur um das Prinzip handelt es sich heute, um das Prinzip, das allgemeine und direkte Wahlrecht als unsre Fahne zu proklamiren, zu dem ausgesprochenen Zweck: durch die Gesetzgebung, durch die Intervention des Staates die Verbesserung Eurer sozialen Lage herbeizuführen.“

eine Majestätsbeleidigung wäre, daran zweifeln zu wollen! Aus diesem Versprechen erwächst aber Euch Arbeitern die Pflicht, dasselbe in allen Euren Kreisen ohne Unterlaß zu verbreiten, es von Tag zu Tag und von Ort zu Ort wiederzuhalten und ohne Aufhören daran zu erinnern! Ein Versprechen, an das man nicht erinnert wird, ist kaum noch ein Versprechen zu nennen. Es ist etwa wie ein Wechsel, den ich unterschrieben habe und der mir nicht zur Zahlung präsentirt wird! Aber wenn Ihr mit der gehörigen Energie dieses Versprechen in den Arbeitermassen verbreitet und ohne Unterlaß mahnend daran erinnert, dann wird und muß es Euch gehalten werden!

Endlich aber ist innerlich in jenem Versprechen des Königs noch ein anderes Versprechen eingeschlossen.

Der König hat, die Wahrheit unsrer Lehren und die Gerechtigkeit unsrer Forderungen anerkennend, eine Regelung der Arbeiterfrage und Abhülfe der Arbeiternoth durch die Gesetzgebung versprochen, wie wir dies in unseren Schriften begehrt haben. Allein eine Fortschrittskammer, eine nach dem oktroirten Drei-Klassen-Wahlgesetz erwählte Kammer würde niemals dem Könige die zu diesem Zweck erforderlichen Gelder bewilligen und ebensowenig, selbst wenn die Sache ohne Geld zu machen wäre, auch nur ihre Zustimmung zu einem solchen Gesetze ertheilen. Nur ein durch das allgemeine und direkte Wahlrecht erwählter gesetzgebender Körper würde einem solchen Gesetze seine Zustimmung geben. Indem also der König eine gesetzliche Regelung der Arbeiterfrage und Abhülfe der Arbeiternoth versprochen hat, die Zustimmung zu einem solchen Gesetze aber nur von einem aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen gesetzgebenden Körper erwartet werden und erfolgen kann, so hat der König somit, wie Ihr seht, innerlich hier bereits das allgemeine und direkte Wahlrecht versprochen, d. h. jenes Grundrecht, welches allein die Garantie für Euch bietet, daß die Lösung der sozialen Frage mit jenem Ernst, jener Nachhaltigkeit, jener Intelligenz und in jenem großen Maßstabe in die Hand genommen wird, welcher allein fruchtbare Resultate herbeiführen kann, während alle Versuche im Kleinen, wie ich in meinem Bastiat-Schulze ja ausgeführt habe, nur zu sehr dem Mißlingen ausgesetzt sind und so hierdurch nur die Wirkung haben können, ungerechte und schädliche Vorurtheile gegen

Eure gerechte Sache zu erwecken! Also auch das allgemeine und direkte Wahlrecht, jene unumgängliche formelle Garantie für alles Weitere, jene absolute *conditio sine qua non*¹⁾ ist Euch bereits in jenem königlichen Versprechen innerlich, durch die Kraft der Logik eingeschlossen, versprochen worden!

(Die Versammlung, welche diesem ganzen letzten Theil der Rede in einer unglaublichen Spannung, so daß man fast jeden Athemzug vernehmen konnte, zugehört hatte, bricht hier in einen nicht zu beschreibenden Jubel aus.²⁾ Mehrere Male werden die Versuche des Redners, wieder das Wort zu ergreifen, durch immer von Neuem ausbrechende Beifallsbezeugungen vereitelt, und er mußte der Versammlung einige Minuten Zeit gönnen, um ihre Aufregung zu bemeistern.)

Welcher Verein, frage ich, kann, seitdem die Welt steht, solche Erfolge als Resultate eines Jahres aufweisen?

Die Arbeiter, das Volk, die Gelehrten, die Bischöfe, den König haben wir gezwungen, Zeugniß abzulegen für die Wahrheit unsrer Grundsätze!

Ein andrer höchst wesentlicher Erfolg unsrer Thätigkeit ist die Bildung des Volks. Unsre Gegner sprechen von Bildung, ohne sie zu verbreiten; wir verbreiten sie, ohne davon zu sprechen! Von welchem andern Verein, kann ich wohl fragen, ist binnen einem Jahre eine solche Reihe von Schriften ausgegangen, die so geeignet waren, wissenschaftliche Einsicht und Bildung unter dem Volke zu verbreiten und die so tief in die Massen eingedrungen sind? (Große Zustimmung.)

Aber hier vergessen wir nicht, daß ich nur der Erste, nicht aber der Einzige gewesen bin, der die Fahne vorangetragen hat gegen die Düppeler Schanzen der preussischen

1) Unerläßliche Bedingung.

2) Wie ernst gemeint der Jubel war, geht daraus hervor, daß der Wermelskirchener Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins infolge dieser Rede für seine Gemeinde sich von Berlin eine erzreaktionäre Schrift „König Wilhelm's Worte an sein Volk, eine Sammlung der königlichen Antworten an die Deputationen getreuer Unterthanen“ kommen ließ. Aus einigen weiter oben stehenden Sätzen geht hervor, daß Lassalle mit dem Hinweis auf das königliche Versprechen mit dem König von Preußen sozusagen Schindluder treiben wollte. Aber er hatte sich viel zu sehr mit den Reaktionären eingelassen, viel zu sehr den Sinn für das, was einem sozialistischen Revolutionär zusteht, verloren, und so kompromittirte er mehr sich für das Königthum als dieses für sich. D. H.

Fortschrittspartei, unbekümmert, ob Jemand mir nachfolgen werde. Ich sage unbekümmert, denn ich hatte das feste Vertrauen, daß mich die Träger deutschen Geistes nicht allein lassen würden in diesem ungleichen Kampfe! Und dieses Vertrauen hat mich nicht getäuscht. Eine Reihe zum Theil rühmlichst bekannter Namen hat sich erhoben, sich meinen Bestrebungen anschließend und sie durch Schriften, durch Vorträge, durch ihre Autorität und Propaganda unter Euch verbreitend und akkreditirend! So Professor Wuttke in Leipzig, so Rodbertus, Lothar Bucher, Dr. Dammer, Georg Herwegh in Zürich, Oberst Becker in Genf, den man den Alterspräsidenten aller deutschen demokratischen Flüchtlinge nennen könnte, der Schriftsteller und Advokat Dr. von Schweiger in Frankfurt, M. Heß, der der Zeit nach älteste Sozialist Deutschlands, der Schriftsteller Bernh. Becker in Frankfurt, von welchem nächstens ein gediegenes Geschichtswerk über die deutsche Revolution erscheinen wird, auf das ich im Voraus aufmerksam mache, der Advokat und frühere Abgeordnete Martini in Kaufhmen, sie haben für unsre Sache gewirkt und mir möglich gemacht, zu erreichen, was mir allein zu erreichen ebenso unmöglich gewesen wäre, wie jedem andern Einzelnen. Auf diese Männer fordere ich Euch jetzt auf, ein dreimaliges Hoch auszubringen!

(Die ganze Versammlung erhebt sich zu einem dreimaligen stürmischen Hoch.)

Noch ein andres, höchst merkwürdiges Element unsres Erfolges habe ich zu erwähnen. Es ist dieser geschlossene Geist strengster Einheit und Disziplin, welcher in unserm Vereine herrscht! Auch in dieser Hinsicht, und in dieser Hinsicht vor Allem, steht unser Verein Epoche machend, und als eine ganz neue Erscheinung in der Geschichte da! Dieser große Verein, sich erstreckend über fast alle deutschen Länder, regt sich und bewegt sich mit der geschlossenen Einheit eines Individuums! In den wenigsten Gemeinden bin ich persönlich bekannt oder jemals persönlich gewesen, und dennoch habe ich vom Rhein bis zur Nordsee, und von der Elbe bis zur Donau noch niemals ein „Nein“ gehört¹⁾ und

1) In unserer Einleitungsskizze ist gezeigt worden, daß Lassalle gerade von Solingen her ein sehr entschiedenes Nein hatte vernehmen müssen. Vgl. Bd. I, S. 154—156. D. H.

gleichwohl ist die Autorität, die Ihr mir anvertraut habt, eine durchaus auf Eurer fortgesetzten höchsten Freiwilligkeit beruhende!

Oder welches Zwangsmittel hätte ich wohl gegen Euch? Ihr habt mir diese Autorität zwar auf fünf Jahre anvertraut, allein Ihr wißt, daß ich sie von selbst niederlegen würde, wenn irgend eine Unzufriedenheit oder eine Mißstimmung ausbräche, und diese, auf höchster fortgesetzter Freiwilligkeit beruhende Autorität reicht hin, um Euch alle mitammt handeln zu lassen, wie geleitet durch einen elektrischen Funken! Wohin ich gekommen bin, überall habe ich von den Arbeitern Worte gehört, die sich in den Satz zusammenfassen: Wir müssen unsrer Aller Willen in einen einzigen Hammer zusammenschmieden und diesen Hammer in die Hände eines Mannes legen, zu dessen Intelligenz, Charakter und guten Willen wir das nöthige Zutrauen haben, damit er aufschlagen könne mit diesem Hammer! Die beiden Gegensätze, die unsre Staatsmänner bisher für unvereinbar betrachteten, deren Vereinigung sie für den Stein der Weisen hielten, Freiheit und Autorität, — die höchsten Gegensätze, sie sind auf das Innigste vereinigt in unserm Vereine, welcher so nur das Vorbild im Kleinen unsrer nächsten Gesellschaftsform im Großen darstellt! Nicht eine Spur ist in uns von jenem nörgelnden Geiste des Liberalismus, von jener Krankheit des individuellen Meinens und Besserwissen-Wollen, von welcher der Körper unsrer Bourgeoisie durchfressen ist! Mit Beschämung und Neid blicken, wie ich mich häufig selbst überzeugt habe, in dieser Hinsicht unsre Gegner auf uns; hin und wieder versuchen sie die sauerfüße Entschuldigung, es wäre dies bei den Arbeitern freilich nur in Folge ihrer Unbildung möglich! Diese Beschönigung ist von einer kläglichen Unwahrheit! Denn abgesehen davon, daß der gesunde Verstand der Arbeiter immer noch mehr werth ist, als das halbe Wissen der Bourgeoisie, und abgesehen davon, daß im Arbeiter jedenfalls der Geist der Freiheit viel lebendiger ist als im Bourgeois, haben wir auch in unserm Vereine Männer genug, die ihrem Stande nach der Bourgeoisie angehören, Unternehmer, Kaufleute, Advokaten.

Ja, grade jene Reihe von Schriftstellern und Denkern, die ich Euch vorhin nannte, ist es, die zum Theil mit jenem leuchtenden Beispiele der Disziplin vorangegangen. Diese

Disziplin beruht auf keinem andern Grunde, als auf dem Geiste unsers Vereins, auf der hellen Erkenntniß, daß nur durch die Diktatur der Einsicht, nicht durch die Krankheit des individuellen Meinens und Nörgelns, die großen, gewaltigen Uebergangsarbeiten der Gesellschaft zu bewerkstelligen sind! (Unhaltender, rauschender Beifall, wiederholte stürmische Zurufe.)

Und nun noch ein andres und letztes Element des Erfolges!

Dieses letzte Zeichen des Erfolges — ist die Verfolgung, die mich betroffen hat. Es ist ein politisches Naturgesetz, daß die Verfolgung wächst mit dem Erfolge. Bisher ist es mir geglückt, mich meiner Haut zu wehren. Jenen Hochverrathsprozesse, der mich vernichten sollte, habe ich mit der Schärfe des Schwertes vernichtet! Aber bereits bin ich in Düsseldorf in contumaciam zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt, weil ich — es ist furchtbar zu sagen — die liberale Presse angegriffen habe! Gleichwohl ist die Sache erklärlich genug. Während in den alten Provinzen das Volk noch zu einem großen Theile fortschrittlich und die Beamten meist reaktionär sind, ist im Rheinlande, wo alles bereits viel weiter entwickelt ist, das Volk fast ganz überwiegend demokratisch und die Beamten Fortschrittler. Wenn Anhänger der Fortschrittspartei über mich zu Gericht säßen, könnte es Euch da wundern, wenn ich verurtheilt würde? Grade gestern hat mir die Post die Nachricht gebracht, daß ich von Neuem in Berlin zu vier Monaten Gefängniß in contumaciam verurtheilt worden bin.¹⁾ Das Gericht hatte trotz einer ärztlichen Bescheinigung, daß mir eine Badekur unumgänglich nothwendig sei — und ich befinde mich, wie Ihr wißt, grade auf der Reise in dieses Bad — ja, das Gericht hat, trotzdem geladene Schutzzeugen ausgeblieben waren, jede Vertagung verweigert und vorgezogen, mich in meiner und der Zeugen Abwesenheit zu verurtheilen! Nun, ich denke, dieser beiden Verurtheilungen noch Herr zu werden, wie schon so vieler andern! Wie stark aber auch Einer sei, einer gewissen Er-

¹⁾ Auf Grund einer Anklage wegen Widersetzlichkeit gegen einen Vorführungsbefehl des Düsseldorfer Gerichtshofes. Die Vorladung bezog sich auf die inkriminirte Rede „Die Feste, die Presse 2c.“ Vergl. die Vorbemerkung zu dieser Rede Bd. II, Seite 626, 627 unserer Ausgabe. D. S.

bitterung gegenüber ist er verloren! Das kümmert mich wenig! Ich habe, wie Ihr denken könnt, dieses Banner nicht ergriffen, ohne ganz genau voraus zu wissen, daß ich dabei persönlich zu Grunde gehen kann. (Große allgemeine Aufregung in der Versammlung.) Die Gefühle, die mich bei dem Gedanken, daß ich persönlich beseitigt werden kann, durchdringen, kann ich nicht besser zusammenfassen, als in die Worte des römischen Dichters:

„Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!“

zu Deutsch:

Möge, wenn ich beseitigt werde, irgend ein Rächer und Nachfolger aus meinen Gebeinen auferstehen!

Möge mit meiner Person diese gewaltige und nationale¹⁾ Kulturbewegung nicht zu Grunde gehen, sondern die Feuersbrunst, die ich entzündet, weiter und weiter fressen, so lange ein Einziger von Euch noch athmet!

Das versprecht mir und zum Zeichen dessen hebt Eure Rechte empor!

(Die ganze Versammlung erhebt von der höchsten Aufregung ergriffen die Hände. Lang andauernde, sich immer wieder erneuernde Ausrufungen.)

¹⁾ Auf Grund dieses Satzes hat man Lassalle zum nationalen Sozialisten im Gegensatz zum Internationalismus von Marx stempeln wollen. So sehr nun Lassalle in vielen Punkten in seiner Taktik von Marx abwich, so ist doch klar, daß das Wort „national“ hier nur im Gegensatz von lokal gebraucht ist, den umfassenden Charakter der Bewegung anzeigen soll.

Anhang.

Wir lassen hier als Anhang die Berichte über die Vorgänge in den Versammlungen während der Agitationsreise Cassalle's folgen, wie sie von der „Düsseldorfer Zeitung“, dem „Adler“ und dem „Nordstern“ mitgeteilt worden sind.

Düsseldorf, den 12. Mai. Heute Abend wurde Herr Cassalle, der heute früh mit dem Kurierzuge aus Leipzig hier eintraf und bei Ankunft von einer Deputation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins empfangen und von da zum Hotel Donhart begleitet wurde, Seitens der beiden Gesangvereine Orpheus und Olympia ein Doppelständchen gebracht. Hierauf begleiteten diese beiden Gesangchöre Herrn Cassalle in das Vereinslokal der hiesigen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, wo demselben zu seinem vor einiger Zeit erlebten Geburtstage ein Andenken der hiesigen Gemeinde, bestehend in einer illustrierten Prachtausgabe der Werke des französischen sozialistischen Dichters und Komponisten Pierre Dupont, dem Verfasser des von Alfred Meißner vortrefflich übersetzten Arbeiterliedes, überreicht wurde.

Düsseldorf, den 14. Mai. Zu gestern Abend war im Lokale des Herrn Wimmer ein Vortrag von Herrn Cassalle über die Resultate der bisherigen Wirksamkeit des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins festgesetzt. Um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr begaben wir uns nach dem bezeichneten Lokale, fanden aber zu unsrer großen Ueberraschung die Thüren verschlossen und durch bewaffnete Macht besetzt, und die Versammelten, gegen 400 Personen stark, im Garten spazierend. Ein Mitglied des Vereins gab den Anwesenden folgende Aufklärung: „Der Herr Landrath v. Neuß und der Herr Bürgermeister v. Heerdt hätten dem Herrn Wimmer erklären lassen, sie könnten allerdings

der Versammlung, für die alle gesetzlichen Formen erfüllt seien, keine legalen Hindernisse in den Weg legen, indeß würden sie es dem Wirthe stets gedenken, wenn er die Versammlung in seinem Lokale duldet.“ Herr Wimmer, der wegen außergewöhnlicher Tanzmusik, Konzerte u. s. w. oft die Gefälligkeit der betreffenden Behörden beanspruchen muß, hat dem behördlichen „Wunsche“ ohne Weiteres Folge geleistet. Mit einem dreimaligen Hoch auf Lassalle zog die Versammlung in das benachbarte Lokal des Herrn Richard, wo sich Herr Lassalle über den Grund des ihm heute auferlegten Schweigens in einer kurzen Rede aussprach und zugleich der Versammlung anzeigte, daß er den beabsichtigten Vortrag in Köln und Ronsdorf halten werde und Alle, die ihn hören wollten, dahin einlade.

Diese Art von „Versammlungsverbot auf Wunsch“ ist uns etwas vollkommen Neues und jedenfalls ein charakteristischer Beitrag zur Geschichte der Ausübung des Versammlungsrechts. Dieses Recht wird offenbar ein nichtiges, wenn auf derartige Wünsche hin die Wirthe sich genöthigt glauben, trotz eines mit ihnen, wenn auch nur mündlich geschlossenen Kontraktes die Einräumung ihres fest gemietheten Lokales im letzten Augenblick zu verweigern.

Solingen, den 15. Mai. Gestern kam hier der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Herr Lassalle an. Von einer Deputation der hiesigen Arbeiter an der Eisenbahnstation Bohwinkel empfangen, wurde er in einem mit Blumenguirlanden bekränzten Wagen nach Solingen gebracht, wo ihn die Arbeiterbevölkerung mit einem unbeschreiblichen Jubel empfing. Im Vereinslokal wurde er mit der Anstimmung des „Bundesliedes“ bewillkommt. Von da ging es in langem Zuge — ganz Solingen stand vor den Thüren und Läden, nach dem Versammlungslokal. Die Rede des Herrn Lassalle über die bisherigen Erfolge der Agitation dauerte 2 Stunden und erregte die höchste Begeisterung. Hierauf wurden von dem Sängerkhor verschiedene Lieder vortragen. Zahlreiche neue Einzeichnungen in die Vereinslisten bildeten das erste Resultat dieses Tages, der lange nachwirken wird. Da Herr Lassalle in Solingen übernachten wollte, duldet der Verein nicht, daß er sich in einen Gasthof begab, sondern nöthigte ihn, die Gastfreundschaft eines Vereinsmitgliedes anzunehmen.

Barmen, den 15. Mai. Gestern traf Herr Lassalle von Solingen kommend hier ein. Von etwa 600 Arbeitern an der Eisenbahn empfangen, von einem derselben Namens der Masse mit einer kurzen Anrede bewillkommnet, wurde er in einem mit Kränzen, Blumen und Fahnen überdeckten Wagen in das Versammlungslokal geleitet. Die Versammlung, in welcher außer Herrn Lassalle noch mehrere Redner das Wort ergriffen, verlief und schloß, ohne daß der geringste Mißton dieselbe gestört hätte. Als die Arbeiter Herrn Lassalle mit den üblichen Demonstrationen wieder zu seinem Hotel zurückgeleiteten, versuchte die Polizei vergeblich, sich den stets von Neuem ausbrechenden Hochs zu widersetzen. Neugierde hatte die Bürgerbevölkerung überall an die Fenster und Läden auf die Straße gelockt, so daß sie, wenn auch ohne es zu wollen, dazu beitrug, den festlichen Charakter des Arbeiterzuges zu erhöhen. Heute begiebt sich Herr Lassalle nach Köln.

Wermelskirchen, den 19. Mai. Unsere Gemeinde feierte gestern ein Volksfest, wie es seit Menschengedenken hier nicht stattgefunden hat. Alles, was ich Ihnen über Lassalle mittheilen kann, sind nur sehr schwache Skizzirungen des Hergangs, die weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben und dennoch bei manchem Leser vielleicht den Verdacht erregen dürften, übertrieben zu sein. Auf gestern war nämlich die Ankunft des Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Herrn Lassalle hieselbst angezeigt. Bereits an der Eisenbahnstation Küppersteg nahm ihn eine Deputation hiesiger Arbeiter mit zwei festlich bekränzten Wagen in Empfang. Auf dem drei Fahrstunden langen Weg von Küppersteg bis Wermelskirchen stießen bald hier, bald dort Massen von Arbeitern und Landleuten, die sich aufgestellt hatten, — alle in den hier gebräuchlichen blauen Blousen — zu dem Zuge; unweit Burscheid hatte sich auch die Wermelskirchner Jugend beiderlei Geschlechts — die Kinder der Vereinsmitglieder — zur Einholung eingefunden. „Wir haben heute Sonntag, Ihr nicht“, hatten die Kinder der Vereinsmitglieder zu den Nichtmitgliedern gesagt, was eine starke Gährung unter diesen erzeugt hatte. Zum Glück eine Gährung von nicht großem Umfange, denn die betreffende Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und die betreffende Gemeinde des preußischen Staats fallen in ihrem Umfange nur sehr wenig auseinander. An der Grenze der Burscheider und der Wer-

melskirchner Gemarlung war die erste Ehrenpforte über die ganze Breite der Chaussee gezogen mit der Inschrift „Willkommen!“ Hier wurde die erste förmliche Begrüßung vorgenommen. Durch eine kurze Ansprache an den Präsidenten, ein dreimaliges Hoch auf ihn und durch ein unter der Ehrenpforte abgesungenes Lied, von welchem ich Ihnen die erste Strophe hierhersehe:

„Zum erstenmal willkommen in dem Bund,
Wir grüßen Euch nach alter deutscher Sitte,
Willkommen, ruft Euch jeder frohe Mund,
Wir schließen Euch in unsre traute Mitte.“

Der Zug war hier so groß geworden, daß sich die Wagen nur noch im langsamsten Schritt unter der ihn dicht umdrängenden Menge von Arbeitern, Landleuten, Kindern fortbewegen konnte.

Die zweite über die Chaussee gezogene Ehrenpforte befand sich eine halbe Stunde weiter an der Postexpedition von Bermelskirchen und die dritte wieder eine Viertelstunde später vor dem Versammlungslokal. Hier wurde ein zweites, wie auch das erste, von den Arbeitern selbst gedichtetes Lied, vortragen. Der Verfasser desselben konnte nicht ermittelt werden. Die Arbeiter versicherten, es gemeinschaftlich „so untereinander“ gemacht zu haben. Wie in dieser Weise seiner Entstehung, so trägt dieses Lied auch in seiner tiefen Innigkeit und Naivetät so überraschend den Charakter des echten alten Volksgesangs an seiner Stirn, daß ich mich deshalb nicht enthalten kann, es hier vollständig folgen zu lassen.

Lied zur Abholung des Präsidenten Herrn F. Passalle.

Zum freudenvollen Feste
Das heute schön Dir blüht,
Da bringen wir das Beste,
Ein fröhlich heitres Lied.

Wir richten voll Vertrauen
Zu Dir jetzt unsern Blick
Und werden bald das schauen,
Was aller größtes Glück.

Ein Lorbeer wird uns krönen,
Denn unsere Stimme zählt,
Da können wir drauf bauen,
Daß dieses bald geräth.

Wir grüßen Dich, Herr Präsident,
In unserm Deutsch-Verein.
Denn Dir gebührt die Ehre
Zu unserm Groß-Verein

Die Eintracht wird sich mehren,
Denn Du gehst uns voran,
Die Ketten zu zerbrechen,
Die unsere Väter han.

Und wenn wir nun gesieget,
Dann wollen wir uns freuen,
Du bist uns hoch erkoren
In diesem Deutsch-Verein.

Wer sich auf alten Volksgefang versteht, wird nicht wenig überrascht sein, seine unvergängliche Spur in vollster Frische hier wiederzufinden.

Das von vielen hundert Arbeitern und Landleuten angefüllte Versammlungslokal verschwand unter der Masse von Blumen, mit der es nach allen Richtungen hin bedeckt war. Zwei Tage lang hatten alle Kinder der Gemeinde Blumen zu Kränzen und Guirlanden gewunden, um das Lokal vollständig damit tapezieren zu können. Hervorheben will ich noch, daß, als der Wagen am Versammlungslokal hielt, die Wirthsleute heraustrüzten, um Herrn Lassalle in der liebevollsten und wärmsten Weise zu bewillkommen. Dieser Zug gewinnt an Interesse, wenn man einige kleine Details kennt. Als nämlich vor einiger Zeit die Gemeinde des Arbeitervereins in Wermelskirchen gestiftet wurde, hatte man Seitens der Polizei zuerst versucht, dem so sehr als möglich entgegenzutreten. Besonders wurde der Wirth des Versammlungslokals — ein sehr bemittelter Mann des Orts — mit Verlust der Konzession bedroht, falls er sein Lokal dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hergäbe. Aber die Wirthin hatte geantwortet:

„Wir sind nicht grade arm, und uns wird auch im Falle der Konzessionsentziehung Gott weiter helfen. Aber für die Armen muß auch etwas geschehen und daher bleibt es dabei, wir geben unser Lokal dem Arbeiterverein her.“ Hierauf hatte die Polizei natürlich nicht weiter daran gedacht, ihre Drohung zu verwirklichen.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde zunächst das Bundeslied abgesungen, welches bereits gemeinsames Eigenthum der ganzen dortigen Dorfjugend geworden ist. Hierauf hielt Herr Lassalle eine zweistündige Rede. Die Begeisterung, die Herzlichkeit, die Aufregung und Freude irgend schildern zu wollen, die in der Gemeinde herrschte, wäre ein ganz vergebliches Unternehmen. Ein 75jähriges Mitglied der Dorfgemeinde versicherte, daß er sich niemals erinnere, eine solche Aufregung und ein solches Fest in Wermelskirchen erlebt zu haben. Bis spät Abends, noch lange nach der Rede, kamen die Landleute von den benachbarten Höfen an, um, wenn sie verhindert waren, Herrn Lassalle zu hören, ihm wenigstens die Hand zu drücken. Ich kann Ihnen das Gepräge des Tages nur mit Einem Worte schildern:

Alles machte den Eindruck, als wohne man der Stiftung einer neuen Religion bei.¹⁾ Daß die Arbeiterbevölkerung großer Städte leicht aufzuregen ist, begreift sich, fragen Sie aber, wie hat man es fertig gebracht, ländliche Gemeinden in so kurzer Zeit und bis zu diesem Grade mit dem Geiste dieser Agitation zu durchdringen, so weiß ich dafür eben so wenig eine Antwort, als ich dafür ein Beispiel weiß. Genug, die Thatsache ist eben da.

Nach Schluß der Versammlung wurde Herr Lassalle mit Bitten, denen er nachgab, bestürmt, über Nacht in Wermelskirchen zu bleiben und die Gastfreundschaft der freundlichen Wirthe des Versammlungslokals anzunehmen.

Ronsdorf, 23. Mai. Die Feier vom Stiftungsfeste des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war nach Ronsdorf verlegt worden, weil sich dieser Ort wegen seiner geographischen Lage in der Mitte der zahlreichen bergischen Arbeitergemeinden des Vereins hierfür besonders zu eignen schien. Schon auf dem Bahnhofe in Elberfeld wurde der Präsident, Herr Ferdinand Lassalle, von weit über tausend Arbeitern erwartet, mit tausendstimmigen Hochrufen begrüßt und von Herrn Hillmann im Namen der Arbeiter durch eine kurze Anrede bewillkommnet. Eine förmliche Wagenprozession war hier arrangirt worden; doch legte ihr im Anfange die Elberfelder Polizei insofern ein kleines Hinderniß in den Weg, als sie vom Bahnhofe aus über die Brücke die Wagen nicht unmittelbar hinter einander folgen ließ. Indes wurde der Abfahrt des Wagens, welcher für Herrn Lassalle in Bereitschaft gehalten wurde, nicht im Mindesten entgegengetreten. Langsam bewegte sich der Zug nach der Funkenstraße zur Wohnung des Elberfelder Bevollmächtigten, des Herrn Hugo Hillmann, wo eine Guirlande über die Straße gespannt und die Thür mit Maien bepflanzt war. Hier stieg Herr Lassalle auf kurze Zeit ab und trat, von Neuem mit stürmischem Zuruf begrüßt, in das bekränzte Zimmer ein, um auf dem für ihn geschmückten Ehrensessel Platz zu nehmen. Nach kurzer Rast setzte sich der Zug wieder in Bewegung, von fortwährenden Lebehochs der zu Fuße folgenden Arbeiter begleitet.

1) Im gleichen Sinne schrieb Lassalle am 20. Mai von Düsseldorf aus an die Gräfin Hatzfeld: „Ich hatte beständig den Eindruck, so müsse es bei der Stiftung neuer Religionen ausgesehen haben“. Becker, a. a. D. S. 226.

Außerhalb der Stadt ließ sich erst die Großartigkeit des Zuges genau wahrnehmen. Hier eine förmliche Wagenburg von etwa 25 Wagen, abgesehen von den ebenfalls von Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gefüllten Postwagen alle mit Maien und Kränzen geschmückt, wand sich die Chaussee von Elberfeld nach Ronsdorf empor, zu beiden Seiten des Weges gefolgt von Volkshaufen. Ein kleiner Halt wurde bei dem vielleicht zwanzig Minuten von Elberfeld entfernten Vereinslokal der Elberfelder Gemeinde gemacht, wo ein über die Chaussee gespanntes Blumengewinde den Präsidenten willkommen hieß. Auch dies Lokal war bereits mit Arbeitern angefüllt, die den hier absteigenden Präsidenten mit Händedruck und Jubelruf bestürmten und sich dem Zuge anschlossen. Sowie die Wagenburg sich der Ronsdorfer Grenze näherte, konnte man schon aus der Ferne gewahren, daß Alt und Jung auf den Beinen war; denn Kopf an Kopf war die Höhe besetzt. An der Grenze befand sich wieder eine Guirlande mit einem Kranze, der die Inschrift trug:

Willkommen dem Dr. Ferdinand Lassalle,
Viel tausend Mal im Ronsdorfer Thal.

Mit solchen Guirlanden und Kranzinschriften war überhaupt der ganze Weg reichlich versehen. An der Grenze wurde der Präsidentenwagen, der durch seine Ausschmückung und durch die Transparente: „Seid einig!“ kenntlich war, plötzlich durch einen Blumenregen überrascht. Arbeiterjungfrauen waren es, die mit schelmischem und sicherem Wurf plötzlich die Blumen ausgesandt hatten. Hier standen auch die dichten Massen der Solinger und Wermelskircher Arbeiter aufgestellt, um den Präsidenten zu empfangen und sich dem Zuge anzuschließen. Den großen Jubel zu beschreiben ist kaum möglich. Das Grüßen und die Zurufe nahmen kein Ende bis nach Ronsdorf. Als dann der Weg mit einer Biegung der Chaussee abschüssig ging, bot sich ein höchst interessanter Anblick dar, denn die Masse Volks, welches zum Empfang hinausgeströmt war, suchte jetzt mit den bergabwärts rollenden Wagen gleichen Schritt zu halten und stürzte im Galopp theils auf einem Seitenwege, theils auf der Chaussee selbst dem raschen Wagenzuge nach. Und so groß war der Eifer und die Begeisterung, daß auch die Meisten zu gleicher Zeit mit den Wagen in Ronsdorf eintrafen. Hier strotzten die Straßen von Menschen, und es ertönte wieder ein tausendstimmiges Jubelgeschrei. Herr

Lassalle begab sich zuerst in den Gasthof, wo er die Nacht logiren sollte. Ihn empfing an den Stufen des Hauses ein Musikchor, das ihm hinauf in den Saal vorging und aufspielte. Schon vor Eintreffen des Zuges war das Vereinslokal der Ronsdorfer Gemeinde so dicht angefüllt, daß kein Apfel zur Erde fallen konnte. Um das Lokal zu erweitern, waren die Mauern von ein Paar Zimmern und Räumen durchbrochen worden, aber immer noch war es für die große Menschenmenge viel zu klein. Es faßte etwa siebenhundert Menschen, während doch die aus den verschiedenen Gemeinden des Rheinlands herbeigekommenen Arbeiter — der aus Neugierde nach Ronsdorf geströmten Menschenmenge nicht zu gedenken — allein bei zweitausend Köpfe zählten. Ehe Herr Lassalle im Vereinslokal erschien, fanden noch über hundert Einzeichnungen in die Listen statt. Das bei seinem Erscheinen losbrechende Geschrei, das bei der auf der Straße stehenden Menge sein Echo fand, sowie der Eifer, womit sich ein Jeder herbeidrängte, um einen Gruß oder Händedruck des Präsidenten zu erhaschen, bekundeten hinlänglich, mit welcher Liebe ihm die Arbeiter anhängen, und welche Verehrung für ihn sie im Herzen tragen.

Der Vortrag des Herrn Lassalle, eingeleitet von einer kurzen Ansprache des Ronsdorfer Bevollmächtigten, Herrn Henning, und von vierstimmigem Männergesang, dauerte über zwei Stunden und wurde häufig von begeistertem Beifall unterbrochen, während die Massen, welche der Saal nicht faßte, dichtgedrängt vor dem Lokal auf der Straße standen. Abends fand dann im Beisein der Frauen der Vereinsmitglieder ein gemeinschaftliches Festessen statt, wobei von verschiedenen Mitgliedern, namentlich von den anwesenden Bevollmächtigten, Tischreden gehalten und Trinksprüche ausgebracht wurden. Auch Herr Lassalle, obwohl jetzt von der fortwährenden Anstrengung, die seine Stimme seit vierzehn Tagen zu bestehen gehabt, etwas heiser, brachte einige Trinksprüche aus, die alle mit großem Jubel beantwortet wurden. Seine letzte Anrede galt den Manen des vor wenigen Tagen in Manchester im Exil verstorbenen Wilhelm Wolff aus Schlesien, einem der ausgezeichnetsten Vorkämpfer für die Sache der Arbeiter.¹⁾ Ein

¹⁾ Der ehemalige Mitredakteur der „Neuen Rhein. Zeitung“ und Verfasser der „Schlesischen Milliarde“. D. S.

projektirter Ball konnte nicht abgehalten werden, obgleich derselbe den getroffenen Anordnungen nach in zwei großen Lokalen vor sich gehen sollte, doch beide Lokale beständig so von der Masse überfüllt waren, daß an Tänzen nicht zu denken war. Das Fest, wie wohl kein zweites derartiges je im Rheinland gefeiert wurde, verlief ohne alle Störung und hinterließ bei allen seinen Theilnehmern den wohlthuendsten Eindruck.

Köln, den 15. Mai. Heute traf Herr Lassalle hier ein, auf dem Bahnhofe zu Deutz von einer Deputation des hiesigen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins empfangen. Die Versammlung fand in der großen Glas-Veranda statt. Herr Lassalle hielt einen zweistündigen Vortrag über die bisherigen Erfolge der Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der mit Begeisterung aufgenommen wurde. Der Bevollmächtigte für Köln, Herr Muschardt, forderte beim Schluß der Sitzung die Arbeiter auf, durch ein dreimaliges Hoch ihrem Präsidenten ihren Dank für sein Wirken auszudrücken. Zahlreiche Einschreibungen von neuen Mitgliedern fanden statt. Herr Lassalle kehrte noch am selben Tage nach Düsseldorf zurück, um Tags darauf die Gemeinde zu Duisburg zu besuchen.

Leipzig, den 9. Mai. Ferdinand Lassalle, der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, kam gestern gegen Abend hier an und wurde am Berliner Bahnhof von einigen hundert Arbeitern, die zu diesem Zweck sich dort versammelt hatten, mit stürmischen Hochs empfangen. Am Abend versammelten sich eine größere Anzahl der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Auf den Wunsch Lassalle's, kennen zu lernen, wie weit die Mitglieder des Vereins in das Verständniß und den Geist der Prinzipien der von ihm ins Leben gerufenen Agitation eingedrungen seien, sprachen mehrere Arbeiter über verschiedene Punkte des Lassalle'schen Programms. Lassalle selbst verwahrte sich in einer kurzen Ansprache gegen den von gegnerischer Seite ihm gemachten Vorwurf, als wollte er nichts für die Bildung der Arbeiter thun, und wies denselben als vollständig grundlos zurück. Nur gegen die planlose Art und Weise, wie man die Arbeiter mit Dingen füttere, die sie gar nicht verstehen könnten, erklärte er sich: Wenn erst das allgemeine Stimmrecht erlangt sei, dann werde es die erste Forderung der zur Theilnahme an der Gesetzgebung berufenen Arbeiter sein: Gründlicher und unent-

geltlicher Unterricht in den Volksschulen für Alle. In der Jugend müsse die Bildung angestrebt werden, denn was „Hänschen nicht lerne, lerne Hans nimmermehr“. Heute Abend wird Lassalle vor den Mitgliedern des Vereins und eingeführten Gästen einen umfassenden Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Arbeiterfrage halten.

Leipzig, den 10. Mai. Die gestrige Versammlung bildet einen Glanzpunkt in unserem Vereinsleben. Wir hatten den Zutritt nur Mitgliedern oder Solchen, welche beim Eintritt in den Saal in unsre Stammlisten sich einzeichnen würden, gestattet¹⁾ und doch war die Versammlung eine überraschend große. Dieser eine Abend hat uns 80 neue Mitglieder gebracht. Lassalle, mit begeistertem Zuruf empfangen, entrollte ein Bild des Vereinslebens, schilderte die Erfolge, die wir errungen und führte aus, wie kein Verein nach kaum zwölf Monaten so großartige Resultate aufzuweisen habe. Wir stehen davon ab, auf diese glänzende Rede, die die Zuhörer wiederholt zu stürmischem Beifall hinriß, einzugehen, weil dieselbe nach einigen Wochen im Druck erscheinen wird, aber wir rufen allen Vereinsgenossen, die bis jetzt noch keine Kunde von den neuesten Ereignissen erhalten haben, freudig zu: „Agitirt mit Eurer ganzen Kraft, bietet alles auf, der sozialdemokratischen Idee täglich neue Anhänger zu verschaffen, seid jetzt thätiger als je, denn wenn die Erfolge unsres Vereins in solcher Weise wachsen, dann kann das Ziel nicht mehr fern sein.“

1) Von Lassalle selbst verfügte Anordnung, um diejenigen, die bloß aus Neugierde ihn hören wollten, zu zwingen, wenigstens vorübergehend dem Vereine beizutreten und zu dessen Kosten beizutragen. Vgl. den in der Vorbemerkung erwähnten Brief Lassalle's an den Vereinskassirer.
D. S.

Wichtigere Schriftstücke
aus der
Leitung
des
Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.

Statut.

Provisorische Grundzüge des Geschäfts- und Verwaltungs-Reglements.

Instruktion für die Bevollmächtigten.

Bekanntmachung vom 27. Juni 1863 (Einsetzung eines Vizepräsidenten).

Circular an die Bevollmächtigten und Vorstands-Mitglieder
vom 7. Oktober 1863.

Circular an die Bevollmächtigten zu Barmen, Elberfeld und Kohnsdorf
vom 16. November 1863.

Bekanntmachung vom 25. November 1863.

Proklamation vom 17. März 1864.

Circular an sämtliche Vorstands-Mitglieder vom 27. Juli 1864
(Affäre Wahlteich).

Briefe und Resolutionen.

Vorbemerkung.

Im Nachstehenden geben wir eine Reihe von Schriftstücken aus der Feder Lassalle's, die sich auf die Leitung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins beziehen: Allgemeine Bekanntmachungen, Rundschreiben an die Bevollmächtigten und Vorstandsmitglieder des Vereins, sowie Auszüge aus Briefen, die ein besonderes Interesse beanspruchen. Als Quelle dienen uns dabei hauptsächlich — da die Originale der betreffenden Schriftstücke meist nicht mehr aufzutreiben sind — die 1874 von der damaligen Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins herausgegebene Sammelchrift: „Verschiedene kleinere Aufsätze von Ferdinand Lassalle,“ sowie die wiederholt von uns zitierte mit Benutzung der Vereinsakten verfaßte Becker'sche Schrift: „Geschichte der Arbeiteragitation Ferdinand Lassalle's“.

Wo es das genauere Verständniß erfordert, sind den von Lassalle herrührenden Schriftstücken kürzere Einleitungen, sowie die zugehörigen Briefe und Dokumente beigegeben.

Ed. Bernstein.

Statut

des

Lassalle'schen „Allgemeinen Deutschen Arbeiter - Vereins“.

§ 1.

Unter dem Namen

„Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein“
begründen die Unterzeichneten für die Deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Ueberzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des Deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassen-gegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt,

auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung, für die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken.

§ 2.

Jeder Deutsche Arbeiter wird durch einfache Beitrittserklärung Mitglied des Vereins mit vollem, gleichem Stimmrecht und kann jeder Zeit austreten.

Ueber die Frage, ob Jemand ein Arbeiter im Sinne des Vereins sei, entscheidet der Vorstand. Ebenso ist der Vorstand berechtigt, auch Nichtarbeiter, welche dem Verein beitreten wollen, und mit den Grundsätzen und Zwecken desselben einverstanden sind, als Mitglieder aufzunehmen.¹⁾

¹⁾ Vgl. § 8 der weiter unten folgenden Instruktionen an die Bevollmächtigten.

§ 3.

Der Sitz des Vereins, der keine Zweigvereine haben kann, dem vielmehr alle Mitglieder ohne Rücksicht auf ihren Wohnort unmittelbar angehören¹⁾, ist Leipzig.

Der Sitz kann durch einfachen Majoritätsbeschluß des Vorstandes an jeden andern Ort des § 1 gedachten Gebiets verlegt werden.

Er bleibt unverändert derselbe, wenn der Vorstand es für gut finden sollte, sich ein oder das andere Mal an einem andern Orte behufs seiner Berathungen zu versammeln.

§ 4.

Die Angelegenheiten des Vereins werden verwaltet durch den Vorstand, bestehend aus einem Präsidenten und 24 Mitgliedern, unter welchen ein Kassirer und ein besoldeter Sekretär, welche sämmtlich in dem § 1 gedachten Gebiete wohnen müssen.

Ihre Wahl erfolgt in der Generalversammlung; für den Präsidenten das erste Mal auf fünf Jahre, sonst auf ein Jahr nach absoluter Majorität. Die Vorstandsmitglieder werden durch die Generalversammlung auf ein Jahr gewählt mit der näheren Bestimmung, daß im ersten Jahr ihrer Funktion die Hälfte derselben durchs Loos ausscheidet. Am Ende des zweiten Jahres treten die Nichtausgelosten ab.

Alle Ausschiedenen sind sofort wieder wählbar.

Der Präsident ist berechtigt, in Behinderungsfällen seine sämmtlichen Befugnisse auf einen von ihm aus den Vorstandsmitgliedern zu ernennenden Vizepräsidenten zu übertragen.

§ 5.

Ueber die innere Organisation, den Geschäftsgang, die Förderungsmittel auf den § 1 gedachten Wegen, Schreib- und Kassenwesen befindet nach einfacher Majorität der Vorstand.

Wenn der Präsident es für dringlich hält, so kann er, vorbehaltlich der in drei Monaten einzuholenden Genehmigung des Vorstandes, alle Anordnungen treffen.

Die eventuelle Verantwortlichkeit des Präsidenten in solchen Fällen wird durch die Genehmigung des Vorstandes, und wenn

¹⁾ Diese Bestimmung mußte getroffen werden, weil in Preußen und anderen deutschen Bundesstaaten politische Vereine nicht mit einander in Verbindung treten dürfen. D. S.

diese nicht erfolgt, durch die Genehmigung der Generalversammlung gedeckt.

Der Präsident setzt Generalversammlungen und Vorstandsberathungen, sowie den Ort derselben an.

Jährlich einmal muß Generalversammlung abgehalten werden.

Der Präsident ist übrigens verpflichtet, jeder Zeit eine Generalversammlung innerhalb sechs Wochen einzuberufen, wenn unter Angabe des bestimmten Grundes entweder die Majorität des Vorstandes oder ein Sechstel sämtlicher Vereinsmitglieder schriftlich bei ihm darauf anträgt.

Vorstandsberathungen müssen vom Präsidenten jeder Zeit innerhalb vier Wochen einberufen werden, wenn die Majorität des Vorstandes darauf anträgt.

Alle im Namen des Vereins zu erlassenden Veröffentlichungen werden vom Präsidenten unterzeichnet.

§ 6.

Beim Eintritt hat jedes Mitglied zwei Silbergroschen zu zahlen, von da ab einen halben Silbergroschen wöchentlich. Durch die Nichtbezahlung des Beitrags in vier auf einander folgenden Wochen wird die Mitgliedschaft verwirkt.

Mitglieder, welche gegen die Vereinszwecke handeln oder die Würde des Arbeiterstandes durch ihre Haltung in sittlicher und politischer Hinsicht beeinträchtigen, können vom Vorstande ausgestoßen werden.

Gegen eine solche Verfügung des Vorstandes kann von dem Betroffenen ein Rekurs an die nächste Generalversammlung eingelegt werden, wenn derselbe von sechzig Mitgliedern unterzeichnet ist.

Die Dauer des Vereins ist vorläufig auf dreißig Jahre bestimmt, kann aber durch Beschluß der Generalversammlung beliebig ausgedehnt werden.

§ 7.

Die Generalversammlung kann mit einem Antrag auf Statutenänderung nur befaßt werden, wenn ein solcher Antrag von sechzig Mitgliedern des Vereins unterzeichnet drei Monate vor der Generalversammlung beim Vorstand eingereicht worden ist, welcher diesen Antrag sofort sämtlichen Mitgliedern bekannt machen muß.

Die Aenderung der Statuten kann in der betreffenden Generalversammlung nur mit wenigstens zwei Dritteln der Stimmen beschloffen werden, jedoch kann eine solche Aenderung erst nach dreijährigem Bestehen des Vereins eintreten.

Uebergangsbestimmung.

Mit Rücksicht auf die noch nicht vertretenen Städte sollen bei der ersten Vorstandswahl nur 17 Mitglieder, einschließlich des Präsidenten, erwählt und denselben die Befugniß übertragen werden, sich mit einfacher Majorität auf die Zahl von 25 zu ergänzen.

Leipzig, den 23. Mai 1863.

(Folgen die Unterschriften.)

Provisorische Grundzüge

des

Geschäfts- und Verwaltungs - Reglements.

§ 1.

Die laufende Verwaltung wird von dem Sekretär des Vereins geführt.

§ 2.

Der Vorstand ernennt Bevollmächtigte in den verschiedenen deutschen Städten. Die Funktionen derselben bestehen darin, die Einzeichnungen Derer, welche Mitglieder des Vereins werden wollen, die Einschreibgelder sowie die fortlaufenden Beiträge entgegenzunehmen und den Mitgliedern dafür datirte Legitimationskarten auszufertigen.

Die Bevollmächtigten sind gehalten, spätestens alle vier Wochen die eingelaufenen Gelder an den Kassirer abzuführen.

Der Kassirer übersendet sämmtlichen Bevollmächtigten die Karten, indem er sie für dieselben belastet.

Die monatlichen Beiträge werden auf den Karten durch Abstempelung mit dem Vereinsstempel quittirt.

Die Bevollmächtigten sind verantwortlich für die verfallenen Beiträge solcher Mitglieder, von denen sie dem Vorstande nicht angezeigt haben, daß sie länger als vier Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande geblieben sind.

§ 3.

An jedem Ort kann nur ein Bevollmächtigter fungiren, welcher in solchen Städten, wo Vorstandsmitglieder wohnhaft sind, aus diesen vom Vorstand gewählt werden kann.

§ 4.

Das Präsidium hat die vom Vorstand ernannten Bevollmächtigten in den Zeitungen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

§ 5.

Der Vorstand ist befugt, jeder Zeit einen Bevollmächtigten abzusetzen. Der Präsident ist befugt, ihn provisorisch in seinen Funktionen zu suspendiren.

§ 6.

Der Präsident ist befugt, Ausgaben zu verfügen, welche der Kassirer auf seine Anweisung zu leisten hat. Dagegen ist der Präsident von jeder Kontrolle des Rechnungswesens ausgeschlossen. Die an den Kassirer jährlich einmal nach vorausgängiger Prüfung des Rechnungswesens durch drei vom Vorstand zu ernennende Revisoren zu ertheilende Entlastung ist lediglich Sache des Vorstandes. Alle drei Monate hat der Kassirer beim Vorstand eine summarische Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben einzureichen.

§ 7.

Die Bevollmächtigten haben im ersten halben Jahr alle vier Wochen, später vierteljährig, die Stammlisten, in welche sich die Mitglieder mit ihren Namensunterschriften eigenhändig eingetragen haben, an den Sekretär einzusenden.

§ 8.

Die Korrespondenz über alle laufenden Verwaltungsangelegenheiten wird an den Sekretär des Vereins gerichtet.

§ 9.

Alle vom Vorstand zu entscheidenden Angelegenheiten, welche nicht schlechtthin ein persönliches Zusammentreten desselben erfordern, sollen möglichst auf schriftlichem Wege erledigt werden. Im Falle persönlichen Zusammentretens erhalten die Vorstandsmitglieder die Vergütung ihrer Reisekosten aus der Kasse des Vereins; ebenso werden alle baaren Auslagen, welche für die Geschäftsführung dem Präsidenten, den Vorstandsmitgliedern oder den Bevollmächtigten entstehen, von der Kasse vergütet.

§ 10.

Der Gehalt des Sekretärs wird vorläufig auf 400 Thaler jährlich festgesetzt.

§ 11.

Wenn ein Mitglied des Vorstandes stirbt oder niederlegt, ist der Präsident befugt, ein neues Mitglied mit voller Gültigkeit bis zur nächsten Vorstandswahl zu ernennen.

§ 12.

Daß im § 11 von den Vorstandsmitgliedern Gesagte gilt auch in Bezug auf die Bevollmächtigten.

§ 13.

Nur die Bevollmächtigten sind befugt, öffentliche Versammlungen der Mitglieder des Vereins ihrer Stadt zusammenzuberufen.

Der Bevollmächtigte ist hierzu gehalten, wenn ein Vorstandsmitglied der betreffenden Stadt es fordert.

§ 14.

In Vorstandssitzungen wird nach Köpfen abgestimmt.

Die Vorstandssitzung ist beschlußfähig, wenn die Majorität der Mitglieder versammelt ist. Schriftlich ergangene Beschlüsse des Vorstandes sind nur gültig, wenn sie von der Majorität des Vorstandes unterzeichnet sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 15.

Bei den Generalversammlungen wird in folgender Weise abgestimmt.

In dem Orte, in welchem die Versammlung stattfindet, stimmen sämtliche erschienene Mitglieder nach Köpfen.

Die andern Ortschaften sind durch Delegirte vertreten, welche in den zu diesem Zwecke einberufenen Versammlungen mit einfacher Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder erwählt werden.

Diese Delegirten haben soviel Stimmen, als die Gesamtzahl der Mitglieder in den von ihnen vertretenen Ortschaften beträgt.

Bei Stimmengleichheit entscheidet in Generalversammlungen ebenfalls der Präsident.

§ 16.

Die erste regelmäßige Generalversammlung findet vor Ende 1864 statt.

Leipzig, den 23. Mai 1863.

Der Präsident:
Ferdinand Lassalle.

Instruktion

für die

Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeiter - Vereins.

Es sind Ihnen die gedruckten Grundzüge des Verwaltungsreglements zugegangen, welche in Leipzig am 23. Mai von den dort anwesenden Mitgliedern des Vorstandes beschlossen worden sind und aus welchen sich Ihnen die Grundzüge Ihrer Pflichten und Funktionen ergeben.

In weiterer Ausführung seiner Anordnungen werden hierdurch folgende Bestimmungen getroffen:

1. Die erste Einsendung der Stammlisten (§ 7 des Reglements) geschieht am 1. August d. J.

2. Durch den Kassirer des Vereins Herrn Gustav Lewy werden Ihnen Kassabücher und eine Instruktion über die zur Erleichterung der Kassenkontrolle erforderlichen Einrichtungen zugesandt werden. Dieser Instruktion wollen Sie genau, wie einer von mir selbst erlassenen, nachkommen.

Bis zum Empfang jener Kassabücher notiren Sie die Einnahmen in einem provisorischen Büchlein, aus welchem Sie in das Kassabuch bei Empfang desselben zu übertragen haben.

3. Bei der monatlichen Absendung der Gelder an die Kassirer (§ 2 des Reglements), ist stets dem Sekretär des Vereins kurze gleichlautende Anzeige der übersandten Beiträge zu machen.

4. Die öffentlichen Versammlungen der Vereinsmitglieder Ihrer Stadt haben Sie durch eine in den Lokalblättern nach folgendem Schema zu veröffentlichende Erklärung zusammenzuberufen.

Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein!

Die hiesigen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins werden aufgefordert, sich zu einer öffentlichen Versammlung am . . . um . . . Uhr in . . . einzufinden. Die Mitglieder haben ihre Legitimationskarten mitzubringen. Der Eintritt in den Zuhörerraum ist Jedem gestattet.

Der Bevollmächtigte

N. N.

5. Es ist wünschenswerth, daß mindestens alle vier Wochen einmal eine solche öffentliche Versammlung stattfindet.

6. Diese Versammlungen sind da, wo dies die lokalen Verhältnisse gestatten, möglichst oft in Landgemeinden abzuhalten, um auch die ländliche Arbeiterbevölkerung in die Agitation hineinzuziehen.

7. Nur Vereinsmitglieder können in solchen Versammlungen das Wort ergreifen. Jeder Redner hat sich durch Vorzeigung seiner Karte zu legitimiren. Selbstredend werden auch zur Abstimmung, falls solche statt hat, nur Vereinsmitglieder zugelassen. Wo die Lokalität dies erlaubt, sind daher die Zuhörer in einen besonderen Raum, z. B. die Gallerien, einzulassen. Hat der Saal keine Gallerie, so ist in demselben eine Barriere anzubringen, welche eine äußerlich wahrnehmbare Scheidung zwischen Vereinsmitgliedern und Zuhörern bewirkt. Unmittelbar bei Beginn der Versammlung hat der Bevollmächtigte dem Publikum bekannt zu machen, daß sich während der Versammlung selbst solche, die dies wünschen, als Mitglieder des Vereins einzeichnen können. Es müssen daher zu diesem Zwecke am untern Ende des Saales Tische angebracht sein, an welchen zuverlässige, vom Bevollmächtigten ausgewählte Personen sofort die Einzeichnungen entgegen nehmen und die Karten aushändigen. Wo die Lokalität es gestattet, kann diese Ausnahme vor dem Saale stattfinden, so daß die neu aufgenommenen Mitglieder auf Grund ihrer Karten sofort Eintritt in den Mitgliederraum erlangen.

8. Bei der Aufnahme von Mitgliedern haben Sie solche zurückzuweisen, von denen Ihnen bekannt ist, daß denselben eine schlechte Haltung in politischer oder sittlicher Hinsicht zur Last fällt.

Wo keine Bedenken vorliegen, also in der Regel, haben Sie die Aufnahme sofort zu bewirken und dem Aufgenommenen die Mitgliedskarte einzuhändigen. Wo Ihnen Bedenken vor-

zuliegen scheinen, haben Sie unter Angabe derselben sowie aller für und gegen sprechenden Gründe und Umstände zuvor an den Vorstand zu berichten. In die Klasse von Personen, in Bezug auf die stets beim Vorstande anzufragen ist, gehören der Regel nach alle Litteraten. Alle von den Bevollmächtigten ausgegangenen Aufnahmen übertragen den Betreffenden sofort, vom Augenblick der Aufnahme ab, provisorisch alle Rechte der Mitgliedschaft, erwerben aber mit Rücksicht auf § 2 des Statuts und die hier vorhergehenden Bestimmungen ein definitives Recht auf Mitgliedschaft in dem Verein erst dann, wenn sie binnen drei Monaten vom Vorstande nicht bemängelt worden sind.

In letzterem Falle sind den Betroffenen die inzwischen gezahlten Beiträge und Einschreibegelder zurückzugeben.

9. Binnen Kurzem wird Ihnen meine Frankfurter Rede zugehen, von welcher der ausgedehnteste Gebrauch zur Agitation durch vollständige oder theilweise Vorlesung in den öffentlichen Versammlungen, sowie durch möglichst starke Verbreitung derselben zu machen ist.

10. Es muß ein Hauptaugenmerk der Bevollmächtigten sein, in Städten und Ortschaften Ihrer Nachbarschaft, in welchen der Verein noch keine Bevollmächtigte hat, geeignete Personen für dies Amt aufzufinden, sich zu überzeugen, ob sie bereit sind, ihre Thätigkeit dem Verein zu weihen, und dann sofort dem Vorstande Mittheilung davon zu machen.

Bevollmächtigte! Ihre dringendste Pflicht ist eine Thätigkeit ohne Gleichen für die Vermehrung und Ausbreitung der Mitgliederzahl des Vereins! Hauptsächlich mit von Ihren Anstrengungen wird es abhängen, wie schnell der Verein jene Ausdehnung gewinnt, welche ihm erlaubt, die Agitation im Großen zu beginnen. Die Stammlisten, die Sie allmonatlich einsenden und in Bezug auf deren Mitgliederzahl ein edler Wettstreit unter Ihnen herrschen muß, werden das rühmlichste Zeugniß Ihres Eifers und Ihrer Thätigkeit bilden.

Berlin, den 17. Juni 1863.

Der Präsident
des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins
Ferdinand Lassalle.

Bekanntmachung.

Arbeiter! Bei meiner morgen erfolgenden Abreise in die Bäder der Schweiz ernenne ich bis zu meiner Rückkehr Herrn Dr. Otto Dammer in Leipzig zum Vizepräsidenten des Vereins. Zum Bevollmächtigten des Vereins für die gesammte Provinz Ostpreußen mit der Befugniß, Unterbevollmächtigte in den einzelnen Ortschaften anzustellen, wird hierdurch der ehemalige Abgeordnete zum Frankfurter Parlament, Rechtsanwalt Martiny in Kaufhmen ernannt. Arbeiter! Wenn irgend ein Zweifel hätte obwalten können an der Berechtigung und dem Erfolg unserer Agitation, so ist er bereits durch das beseitigt, was unsere Gegner gethan haben, um uns die Spitze zu bieten! Einerseits die streng konservative Partei in ihrer Versammlung zu Berlin vom 22. Juni durch den Mund des Herrn Justizraths Wagener, Gewerberäthe mit obrigkeitlichem Charakter und mit Vertretung der Gesellen in denselben fordernd, welche das Recht haben sollen, den Arbeitslohn zu bestimmen und zu regeln (siehe den Bericht in der Kreuzzeitung vom 24. Juni, Nr. 144), andererseits Herr Schulze-Delitzsch, in der Berliner Zeitung vom 21. Juni verkündend, daß er drei Produktivvereine gestiftet und ein Kapital von über 100 000 Thaler von den Besitzenden aufgebracht habe, um — eine neue Phase der Selbsthülfe! — diesen Produktivvereinen den erforderlichen Kredit zu gewähren (siehe den Bericht in der Berliner Volkszeitung vom 23. Juni, Nr. 143): Das sind schon heute die Erfolge unserer kurzen, kaum noch begonnenen Agitation! Agitirt! Jeder Arbeiter, der sich der Agitation entzieht, verläßt die allgemeine Sache und die eigene zugleich! Je mehr ihr agitirt, desto mehr zwingt ihr unsere Gegner, uns Konkurrenz zu machen und uns die Spitze

bieten zu wollen. Je mehr sie uns Konkurrenz machen, desto mehr sind sie selbst gezwungen, die Berechtigung unserer Forderungen anzuerkennen, unsern Zwecken Vorschub zu thun und durch ihre eigene Agitation die Reihen unserer Anhänger zu vermehren. Es lebe die demokratische soziale Agitation! Auf Wiedersehen im Herbst.

Berlin, 27. Juni 1863.

Der Präsident
des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.
Ferdinand Lassalle.

Circular

an die

Bevollmächtigten und Vorstandsmitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.

Zurückgekehrt von meiner Reise, übernehme ich mit heutigem Tage wieder die Leitung unseres Vereins und habe den Bevollmächtigten zunächst Folgendes zu bemerken:

1. Obwohl in § 2 unseres Geschäftsreglements ganz bestimmt vorgeschrieben ist, es sollten die eingegangenen Mitgliederbeiträge, sowie die Mitgliederlisten alle 4 Wochen an den Hauptkassirer und Sekretär abgeführt werden, ist dies doch von einem Theil der Bevollmächtigten nicht geschehen. Das Präsidium weiß nun zwar ganz wohl, daß von den Orten, wo die Mitgliederzahl nur eine geringe ist, überhaupt Geldsendungen nicht zu machen waren, da die Ausgaben oft die Einnahmen überstiegen, allein dies hindert nicht, daß die Bevollmächtigten an solchen Orten regelmäßig alle 4 Wochen einen Bericht über die Mitgliederzahl, sowie über die Kassenverhältnisse einsenden.

Ich erwarte deshalb, daß von sämtlichen Bevollmächtigten die Berichte über die bis jetzt eingezeichnete Mitgliederzahl an den Sekretär des Vereins, Herrn Julius Bahlreich in Berlin, Köthenerstraße No. 36, umgehend eingesandt werden. Ebenso haben Sie die eingegangenen Gelder, sofern sie die Summe von 5 Thlr. erreichen, nebst Abrechnung, dem Kassirer Herrn Gustav Lewy in Düsseldorf, Bülkerstraße No. 40, sofort zu übersenden. Erreicht der Kassenüberschuß die Summe von 5 Thaler nicht, so genügt, um unnöthiges Porto zu vermeiden, die Einsendung der Abrechnung an den

Sekretär, dieselbe muß aber jedenfalls alle 4 Wochen erfolgen.

Die Namen solcher Bevollmächtigten, die dieser Pflicht nicht binnen acht Tagen vom Empfang des Gegenwärtigen an gerechnet nachkommen, werde ich zur Kenntniß des Vorstandes und sämmtlicher Bevollmächtigten, nöthigenfalls zur öffentlichen Kenntniß des gesammten Vereins bringen. Es kann nicht geduldet werden, daß die große Sache unseres Vereins, für die so viele Bevollmächtigte und andere Mitglieder eine so außerordentliche und hingebende Thätigkeit entwickeln, durch die Bequemlichkeit, Nachlässigkeit oder Schreibunlust Einzelner in ihrer Existenz bedroht werde.

2. Mache ich Sie darauf aufmerksam, daß die möglichste Sparsamkeit bei den Ausgaben für den Verein beobachtet werden muß, sowie endlich

3. Daß die Gelder für verkaufte Exemplare des „Arbeiterlesebuch“ ungesäumt dem Kassirer zu übersenden sind, da der Ertrag derselben der Kasse unseres Vereins zufließt.

Ich erwarte nun, daß die Bevollmächtigten und Vorstandsmitglieder, angespornt durch die erfreulichen Ereignisse der letzten Zeit, während des bevorstehenden Winters sich mit erneutem Eifer der Sache unseres Vereins hingeben, und dieselbe nach innen durch die größte Pünktlichkeit bei der Verwaltung, nach außen durch unablässige Agitationen zu fördern wissen werden.

Berlin, den 7. Oktober 1863.

Der Präsident
des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.
Ferdinand Lassalle.

Circular

an die

Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins zu Barmen, Elberfeld und Ronsdorf.

(Wie schon aus dem vorhergehenden Rundschreiben ersichtlich, liefen die Abrechnungen und gesammelten Beiträge beim Sekretär bzw. beim Kassirer des Vereins sehr langsam ein. Zudem machten verschiedene Bevollmächtigte Gegenrechnungen für lokale Ausgaben, Arbeitsentschädigungen zc., welche die erzielten Einnahmen mehr als verschlangen. Als dann gegen einzelne derselben gar noch Anklagen wegen Unterschleife erhoben, die Bevollmächtigten von Barmen, Elberfeld und Ronsdorf beschuldigt wurden, ein „Ausbeutungstrias“ zu bilden, das ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen habe, um die Beute — die eingenommenen Beiträge — unter einander zu theilen, erließ Laßalle die folgende Verfügung. So sehr sie sachlich gerechtfertigt gewesen sein mag, so involvirte sie doch, da Laßalle weder vorher noch nachher die Genehmigung des Vorstandes einholte, eine Verletzung der Statuten des Vereins, sowie ferner eine wesentliche Aenderung des Charakters der betreffenden lokalen Mitgliedschaften, die durch sie eine Art gewählter Leitung — zunächst ihrer Kassenangelegenheiten — erhielten.)

Das provisorische Geschäftsreglement des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins hatte von vornherein den Zweck, eine einfachste Grundlage von Bestimmungen zu bieten, welche den Verein in den Stand setzten, überall sofort rasch zu funktionieren, vorbehaltlich weiterer Einrichtungen, die mit dem Wachsen der Mitgliederzahl und der Weiterentwicklung des Vereins nothwendig werden würden.

Das starke Wachsthum unseres Vereins in vielen Gemeinden macht in dieser Hinsicht vor allem eine festere Organi-

sation des lokalen Kassenwesens zur Pflicht, sowohl um durch Theilung der Arbeit die Zeit der einzelnen Bevollmächtigten möglichst zu schonen, als um den einzelnen Mitgliedern der Gemeinden die Garantie geführter Kontrolle darzubieten, die in finanziellen Dingen erforderlich ist.

Die betreffende Einrichtung soll vorläufig in den Gemeinden zu Barmen, Elberfeld und Ronsdorf eingeführt werden, um, wenn sie sich daselbst an der Hand der Erfahrung bewährt hat, sofort auf alle Gemeinden von starker Mitgliederzahl übertragen zu werden.

Es soll demnach zuvörderst in den gedachten 3 Gemeinden folgende Organisation des lokalen Kassenwesens eingeführt werden.

Es wird in jeder Gemeinde ernannt:

1. Ein Kassirer, welcher die Beiträge einzuziehen, zu verwahren und Buch über Einnahme und Ausgabe zu führen hat.

2. Ein Vizekassirer, welcher denselben in der Ausübung seiner Funktion zu unterstützen und nöthigenfalls zu vertreten hat.

3. und 4. Zwei Censoren, deren Funktion es ist, die mit ihren Beiträgen säumigen Mitglieder zu mahnen und zur Zahlung anzuhalten.

5. Ein Kontrolleur und

6. Ein Kontrollassistent, welche die Buchführung des Kassirers zu prüfen und spätestens alle Vierteljahr in der Lokalversammlung über die Richtigkeit der Buchführung zu berichten und die Einnahme und Lokalausgabe, sowie die an die Vereinshauptkasse zu Düsseldorf abgeführten Beträge der Lokalversammlung bekannt zu machen haben.

Bevollmächtigte wie Kontrolleurs sind berechtigt, vorkommendenfalls die an sie abgelieferten Beiträge der Mitglieder entgegenzunehmen, haben dieselben aber unverzüglich an den Kassirer abzuführen.

Der Bevollmächtigte bleibt allein berechtigt, über die lokalen Ausgaben zu verfügen, dieselben dürfen jedoch ohne besondere Genehmigung des Präsidiums niemals in einem Monat die Hälfte der Monateinnahmen übersteigen. Die sub 1, 2, 3, 4 und 6 genannten Beamten, also Kassirer, Vizekassirer, Censoren und Kontrollassistent sollen von einer zu diesem Zweck einzuberufenden Versammlung der Gemeindeglieder nach absoluter Stimmenmehrheit ernannt werden.

Durch einen von 25 Mitgliedern an den Bevollmächtigten gerichteten schriftlichen Antrag kann jederzeit die Absetzung derselben verlangt werden, über welche dann eine binnen 8 Tagen einzuberufende Versammlung zu entscheiden hat. Dieselbe Versammlung hat, wenn sie eine Absetzung beschließt, die erforderliche Neuwahl sofort vorzunehmen. Die Funktion des Hauptkontrolleurs wird in allen Gemeinden, wo sich ein Vorstandsmitglied befindet und wo dieses Vorstandsmitglied nicht zugleich Bevollmächtigter ist, von Rechtswegen von diesem Vorstandsmitglied ausgeübt.

In Gemeinden, in welchen sich kein Vorstandsmitglied befindet, oder in welchen dieses zugleich Bevollmächtigter ist, wird auch der Kontrolleur durch freie Wahl der Gemeinde, wie die andern Beamten ernannt.

Sie haben dieses Circular in jeder der genannten 3 Gemeinden, in einer sofort einzuberufenden Versammlung der Gemeinde, vorzulesen und entweder sofort oder, falls dies die Versammlung vorzieht, in einer 8 Tage darauf abzuhaltenden neuen Versammlung zur Wahl der Beamten schreiten zu lassen.

Die Namen der Ernannten, sowie das Stimmenverhältniß bei der Wahl, haben Sie sofort dem Präsidium mitzutheilen.

Nach Ablauf von 3 Monaten haben Sie mir im Interesse der Eingangs gedachten Ausdehnung dieser Maßregel auf sämtliche zahlreichern Gemeinden über die praktischen Erfahrungen, welche sich bei der neuen Einrichtung ergeben, ausführlichen Bericht zu erstatten.

Berlin, den 16. November 1863.

Der Präsident
des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins
Ferdinand Lassalle.

Bekanntmachung.

(Seine gegen Kaution erfolgte Freilassung aus der Untersuchungshaft in der Hochverrathssache — vergl. Bd. I, S. 157 unserer Ausgabe, sowie die Vorbemerkung zur Ansprache „An die Arbeiter Berlins“ — machte Lassalle den Vereinsmitgliedern durch folgenden Aufruf bekannt):

„Arbeiter! In der Berliner Arbeiterversammlung vom 22. November wegen angeblicher Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens von der Polizei verhaftet — und zwar, wie die Volkszeitung konstatirt, von Seiten der Anhänger der Fortschrittspartei „„unter ihrer energischen Zustimmung zu der polizeilichen Maßregel““, — bin ich heute durch Beschluß des Gerichtshofs gegen Kaution wieder in Freiheit gesetzt worden. Mein so unterbrochener Vortrag wird in Folge meines Gesundheitszustandes nicht nächsten Sonntag, sondern Sonntag, den 6. Dezember 11 Uhr im Eldorado fortgesetzt werden. Arbeiter aller Orten Deutschlands! Schaart Euch fester denn je um unser Banner. Erhebt energischer denn je unsern Ruf: Es lebe die sozial-demokratische Agitation!

Berlin, den 25. November 1863.

Ferdinand Lassalle.“

Proklamation.

(Die unter dem vorstehenden Titel getroffene Verfügung war ein Schritt weiter auf der mit dem Circular vom 16. November 1863 betretenen Bahn. Lassalle ändert von Neuem die Konstitution der lokalen Mitgliedschaften ab, ohne vorher noch nachher die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Auf der einen Seite gewährt er — und das war sicher eine Wendung zum Bessern — den Mitgliedschaften das Recht, über die zu ernennenden Bevollmächtigten abzustimmen, auf der andern nimmt er die laut dem Reglement dem Vorstand zustehende Befugniß der definitiven Ernennung der Bevollmächtigten ohne Weiteres für das Präsidium in Anspruch, was, da der Vorstand über verschiedene Orte vertheilt war, allerdings praktischer, wenn auch nicht demokratischer war — soweit bei solcher Art der Ernennung von Demokratie überhaupt die Rede sein konnte. Uebrigens wurde, bei dem moralischen Uebergewicht der Person Lassalle's und der Jugend des Vereins keinerlei Einwand gegen diese wie die ihr vorhergehende Verfügung Lassalle's erhoben. Die meisten Mitglieder werden wohl die ganze Verfassung des Vereins noch als Experiment betrachtet haben, und weiter konnte sie auch in Wahrheit noch nichts sein. Erst später wurden die Statuten des Vereins für ein Heiligthum erklärt, an das man nicht rühren dürfe.)

Das Wachsthum des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in vielen Gemeinden macht nothwendiger Weise, wie das schon in Bezug auf das Kassawesen eingetreten ist, im Laufe der Zeit verschiedene Abänderungen der ursprünglichen nur ganz provisorischen Einrichtungen erforderlich.

Nach dem Statut und Reglement hatte bisher die Ernennung der Bevollmächtigten in den verschiedenen Gemeinden nur von mir auszugehen.¹⁾

¹⁾ Nach §§ 2 und 4 des Reglements hatte der Vorstand die Bevollmächtigten zu ernennen und der Präsident die Ernennung nur bekannt zu machen.

Die starke Mitgliederzahl in vielen Rheinischen Gemeinden läßt es aber jetzt als erforderlich erscheinen, daß der Vorschlag zu diesen Posten von den betreffenden Gemeinden selbst ausgehe, damit so die breiteste Basis des Vertrauens der lokalen Bevölkerung für diese höchst wichtige Stellung unzweifelhaft gegeben sei.

Ich verordne daher, daß zunächst in den Gemeinden des rechten Rheinufers, nämlich Barmen, Elberfeld, Düsseldorf, Ronsdorf, Solingen und Wermelskirchen außerordentliche Versammlungen der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stattfinden sollen, die, um gültige Beschlüsse fassen zu können, mindestens von der Hälfte der in der betreffenden Gemeinde eingeschriebenen Mitglieder besucht sein müssen. Die Anwesenheit dieser Zahl muß in dem Sitzungsprotokolle konstatirt sein.

Jede dieser Versammlungen hat durch absolute Stimmenmajorität 3 Kandidaten zum Bevollmächtigtenposten in ihrer Gemeinde mir vorzuschlagen, unter welchen ich dann die definitive Auswahl treffen werde. In dem Protokoll muß das Stimmenverhältniß, mit welchem jeder dieser Kandidaten gewählt ist, genau angegeben sein. Ebenso müssen die betreffenden Kandidaten zu Protokoll erklären, ob sie die Ernennung annehmen würden oder nicht.

Selbstredend können die gegenwärtigen Bevollmächtigten sich unter diesen, von der Gemeinde vorgeschlagenen Kandidaten befinden, wie überhaupt die gegenwärtige Maßregel keineswegs ein Zeichen der Unzufriedenheit oder Mißtrauen gegen die gegenwärtigen Bevollmächtigten, von denen Viele sich vielmehr häufig durch den rühmlichsten Eifer hervorgethan haben, sondern eine ganz allgemeine Maßregel ist, welche zum Besten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zunächst in den rechtsrheinischen Gemeinden und im Laufe der Zeit auch in ganz Deutschland eingeführt werden wird.¹⁾ —

Nicht vereinbar mit dem Amte eines Bevollmächtigten sind die Aemter eines lokalen Kassirers und Vicekassirers, so daß, falls solche Beamte zu Bevollmächtigten erwählt und von mir ernannt würden, sie dann das Amt des lokalen Kassirers

¹⁾ In der That wurde dieselbe unterm 26. April 1864 auf alle sächsischen Gemeinden, die über 80 Mitglieder zählten, ausgedehnt. D. S.

niederzulegen hätten. Und zur Ausführung alles Vorstehenden ernenne ich zu meinem Kommissar das Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, den Arbeiter Carl Klings zu Solingen, beauftrage ihn, diese Proklamation in sämtlichen genannten Gemeinden durch die geeigneten Mittel zur allgemeinen Kenntniß der Mitglieder zu bringen, sich dann in Person in die genannten Gemeinden in einer ihm beliebigen Reihenfolge zu begeben, die außerordentlichen Wahlversammlungen zusammenzuberufen, ihnen zu präsidiren, diese Proklamation nochmals zu verlesen, darauf sofort oder in einer von ihm neu anzuberaumenden Versammlung zur Wahl schreiten zu lassen, die Anfertigung der Protokolle zu überwachen und dieselben mir einzuschicken.

Ich weise sämtliche Bevollmächtigte an, meinem Kommissar bei Ausführung dieses seines Auftrages auf das Bereitwilligste zu unterstützen und allen seinen Anordnungen ganz so Folge zu leisten, wie meinen eigenen. Ich ermächtigte ihn, alle Bevollmächtigte, bei denen dies nicht hinreichend der Fall sein sollte, sofort zu suspendiren, neue provisorische Bevollmächtigte an ihrer Stelle zu ernennen, und bekleide ihn hierzu mit allen mir selbst zustehenden Rechten und Befugnissen.

Berlin, den 17. März 1864.

Der Präsident
des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.
Ferdinand Lassalle.

Circular

an sämtliche

Vorstands - Mitglieder.

(Statutengemäß mußte vor Ablauf des Jahres 1864 eine Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stattfinden. Aber das Wachsthum des Vereins in Bezug auf zahlende Mitglieder, sowie die verfügbaren Mittel der einzelnen Mitgliedschaften waren viel zu geringe, um eine namhafte Anzahl von aus der Mitte der Letzteren gewählten Vertretern zusammenzubringen. Deshalb, und weil er die Generalversammlung überhaupt mehr für eine bloße Formsache ansah, verständigte sich Lassalle mit dem Vizepräsidenten des Vereins, Dr. Otto Dammer, dahin, den vom Ort der Generalversammlung entfernt liegenden Gemeinden vorzuschlagen, am Ort der Generalversammlung oder in der Umgegend desselben wohnenden Vereinsmitgliedern ihre Mandate zu übertragen. Damit mußte, da die Mitglieder der verschiedenen Orte einander kaum kannten, ein selbständiges Vereinsleben überhaupt nur in den ersten Anfängen existirte, die Generalversammlung zu einer Scheinrepräsentation des Vereins werden, die unter rein lokalem oder dem persönlichen Einfluß des Präsidenten ihre Beschlüsse faßte. Das Letztere um so mehr, als der Präsident den Ort der Generalversammlung zu bestimmen hatte und die Uebertragung der Mandate naturgemäß durch Präsidium und Sekretariat vermittelt wurde. Für Lassalle war dieser, obendrein — und darin hatte er Recht — durch die Lage der Dinge gebotene Vertretungsmodus der angenehmste, er sicherte ihm von vornherein die Mehrheit auf der Generalversammlung. Anders für den in Opposition zu Lassalle getretenen Wahlteich, der bis zum Februar 1864 Sekretär des Vereins gewesen war, aber in Folge von persönlichen Differenzen mit Lassalle sein Amt gekündigt und in Dresden Wohnsitz genommen hatte. Schon zur Zeit, wo er noch mit Lassalle auf gutem Fuße stand, hatte Wahlteich, als die Mitgliederzahl des Vereins garnicht wachsen wollte, vorgeschlagen, den Verein zu dezentralisiren, den einzelnen Gemeinden größere Selbstständigkeit einzuräumen und sie auf diese Weise in die Lage zu versetzen, durch allerhand frei zu wählende

Anziehungsmittel einen größeren Kreis von Mitgliedern zu gewinnen, als sie in ihrer Eigenschaft als unselbstständige Theile des centralisirten Vereins vermochten. Durch das langsame Wachsthum des Vereins selbst auf's Höchste enttäuscht, hatte Lassalle den Gedanken ursprünglich nicht absolut abgewiesen, sondern ihn nur als das letzte Mittel bezeichnet, zu dem man erst schreiten dürfe, wenn alle andern versagt hätten. Nun hatte er inzwischen verschiedene Kraftanstrengungen gemacht, den Verein schneller in die Höhe zu bringen, war aber dabei politisch in eine Lage gerathen, wo es für ihn ein Gebot der Selbsterhaltung war, über den Verein wie über eine automatische Maschine zu verfügen. Aus den vorhergehenden Circularen ersieht man, daß Lassalle nach einer bestimmten Richtung hin selbst und auf eigne Faust den Gemeinden einige Zugeständnisse in Bezug auf ihre Selbstverwaltung machte, daß er aber zugleich um so mehr die Fäden der eigentlichen Leitung — unter Beiseiteschiebung des Vorstands — in der Hand des Präsidenten centralisirte. Für diejenigen, welche seine politische — oder vielleicht besser ausgedrückt taktische — Schwenkung guthießen, mochte auch das wenig auf sich haben, denn der Verein war von vornherein auf die Person Lassalle's zugeschnitten. Wer aber auch in diesem Punkt von Lassalle abwich, und das war ebenfalls bei Wahlteich der Fall, mußte um so mehr wünschen, daß wenigstens die Generalversammlung mehr den Verein selbst, als den Präsidenten und eine Anzahl demselben absolut ergebener Anhänger repräsentirte. Deshalb trat Wahlteich für die Idee ein, die Kosten für die Generalversammlung durch eine Extrasteuer auf den Gesamtverein zu erheben und im entsprechenden Verhältniß zu den Vertretungskosten den Gemeinden zu überweisen, so daß alle in den Stand gesetzt würden, Delegirte nach freier Wahl aus ihrer Mitte zu entsenden. Auch Dr. Dammer theilte ursprünglich diese Idee, ließ sich aber durch Lassalle von ihrer Unzweckmäßigkeit überzeugen und versandte unterm 20. Juni 1864 ein Circular in dem oben entwickelten Sinne an die Vorstandsmitglieder, zu denen u. a. auch Wahlteich gehörte. Dieser antwortete unterm 28. Juni 1864 mit folgendem Gegenantrag:

„Lieber Dammer!

Indem ich mich gegen die Ausführungen und Anträge Deines Circulars vom 20. Juni ausspreche, bitte ich, dem Vorstande folgende dringliche Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten:

In Erwägung, daß der Vorstand über die Anträge des Präsidiums kein klares Urtheil haben kann, da denselben jede eingehende Motivirung fehlt, und der Vorstand überhaupt noch niemals von Seiten des Präsidiums über die Lage des Vereins Aufklärung erhalten hat;

in Erwägung, daß es jetzt durchaus noch nicht zu übersehen ist, ob die Verhandlungen der Generalversammlung wichtig sind oder nicht, da noch Niemand aufgefordert worden ist, Anträge an dieselbe zu stellen;

in Erwägung, daß eine nach den Anträgen des Präsidiums einberufene Generalversammlung, wobei die Gemeinden in der Freiheit der Wahl ihres Deputirten beschränkt wären, nach Außen wie nach Innen sehr an Bedeutung verlieren müßte;

in Erwägung, daß die Einberufung einer Vorstandssitzung durchaus nöthig erscheint, diese aber nach den Anträgen des Präsidiums unmöglich ist;

in Erwägung noch anderer Gründe, die sich in der Kürze nicht ausführen lassen,

beantrage ich:

Der Vorstand wolle beschließen:

1. Die Abstimmung über die Anträge des Präsidial-Circulars vom 20. Juni, beziehentlich deren Ausführung bis auf Weiteres zu vertagen;

2. Das Präsidium zu ersuchen, dem Vorstande zunächst Bericht zu erstatten, wie viele Mitglieder im letzten Monate Beiträge gezahlt (haben), und eine Vorlage darüber zu machen, welche Summe die ordnungsgemäße Abhaltung der Generalversammlung erfordern würde, hierbei aber die Gemeinden von Altona, Breslau, Zürich, Gersdorf, Roswein als nicht vorhanden außer Berechnung zu lassen;

ferner im Fall der Ablehnung der Vorschläge des Vizepräsidenten

3. mit der Generalversammlung eine Vorstandssitzung zu verbinden.

Ich bitte noch, mir umgehend vom Empfang Dieses Anzeige zu machen und mir ein Exemplar des provisorischen Geschäfts-Reglements gefälligst mitzuschicken, da ich davon keines mehr finden kann und doch (ein solches) brauche.

Mit demokratischem Gruße

Julius Bahlteich.
Dresden."

Soviel für das Verständniß des geschäftlichen Inhalts des folgenden Lassalle'schen Circulars. Der gereizte Ton desselben erklärt sich aus der Thatsache, daß Bahlteich wiederholt Maßregeln Lassalle's abfällig kritisirt hatte und für eine der Lassalle'schen direkt

entgegengesetzte politische Taktik — Zusammengehen mit dem linken Flügel der Fortschrittspartei — eintrat. Wenn Lassalle aber stets Widerspruch nur schlecht vertrug, so sicher am wenigsten in der schiefen Situation, in der er sich in jenem Moment befand, und in der er sich kaum behaglich gefühlt haben kann. So nur läßt sich sein Vorgehen gegen Bahlteich erklären. Sonst ist die Art, wie er das Gewicht seiner Person gegen einen Arbeiter in die Waagschaale warf, der ihm zwar in einzelnen Punkten entgegengetreten war, aber doch seiner Bedeutung alle Anerkennung zollte, absolut nicht zu billigen. Das letzte Circular Lassalle's und mehr noch das Begleitschreiben dazu an den Vereinssekretär Willms bilden einen der dunkelsten Flecke auf dem Andenken Lassalle's.)

Es ist mir das Circular des Vizepräsidenten Dr. Otto Dammer vom 20. Juni betreffs der Ende dieses Jahres bevorstehenden Generalversammlung, sowie der beiliegende darauf bezügliche Gegenantrag des Vorstandsmitgliedes Herrn Julius Bahlteich in Dresden zugegangen.

Obwohl gegenwärtig in Vakanz und durch den Vizepräsidenten vertreten, halte ich es dennoch für meine Pflicht, den Vorstandsmitgliedern meine persönliche Ansicht auszusprechen.

Der Vorschlag des Vizepräsidenten ist so einfach, begründet und durch die Natur der Dinge geboten, daß ich seine einstimmige Annahme von Seiten des Vorstandes für ganz selbstverständlich und jede Aeußerung meinerseits für überflüssig gehalten haben würde, wenn dieser Vorschlag nicht merkwürdigerweise auf eine Opposition Seitens des Herrn Bahlteich gestoßen wäre.

Die Generalversammlung ist nothwendig, denn sie ist durch §§ 4 und 5 der Statuten vorgeschrieben, und zwar so, daß sie nach § 16 des Geschäftsreglements das erste Mal vor Ende 1864 statt hat.

Nach § 15 des Geschäfts- und Verwaltungsreglements sollten die Gemeinden bei der Generalversammlung durch Delegirte vertreten sein. Allein es ist, wie der Vizepräsident mit Recht bemerkt, nirgends gesagt, daß die Gemeinden durch Delegirte aus ihrer Mitte vertreten sein müssen. Die Gemeinden können sich somit sehr wohl durch solche Vereinsmitglieder vertreten lassen, welche an dem Orte der Generalversammlung — diesmal höchst wahrscheinlich Düsseldorf — oder in seiner Nachbarschaft leben, und sich hierdurch die so beträchtlichen Reisekosten ersparen. Mit Recht hebt der Vize-

präsident hervor, daß durch den universellen und solidarischen Charakter unsres Vereins, welcher Lokalinteressen und Lokaleifersucht nicht kennt, dieser Vertretungsmodus, um kostspielige Rechnungen für formale Zwecke zu ersparen, von selbst gegeben erscheint.

Unbestreitbar haben die Mitglieder jeder Gemeinde das Recht, einen Delegirten aus ihrer eignen Mitte zur Generalversammlung abzuschicken. Aber insofern sie von diesem Rechte Gebrauch machen wollen, ist es auch an ihnen, durch eigne Sammlungen in ihrer Mitte die Reisekosten für den Delegirten aus ihrer Mitte aufzubringen.

Die Reisekosten dagegen für sämtliche Delegirte aller Gemeinden aus der Vereinskasse oder durch eine auf sämtliche Gemeinden ausgeschriebene Zwangssteuer erheben zu wollen, wäre eben so unmöglich, als ungerecht, unzulässig und unvernünftig.

Es wäre unmöglich, denn die Vereinskasse, ohnehin mit Schulden überhäuft und fortwährender Zuschüsse Einzelner bedürftig, ist auch entfernt nicht in der Lage, eine solche Ausgabe machen zu können. Es würden bei ungefähr 40 Gemeinden, die Kosten für Hin- und Rückreise und Aufenthalt jedes Delegirten im Durchschnitt nur auf 15—20 Thaler gerechnet, nicht weniger als 6—800 Thaler dazu erforderlich sein.

Wäre aber auch die Kasse in eben so glänzender Lage als sie dies nicht ist, oder wären die vielen Hunderte von Thalern, welche jedenfalls dazu erforderlich wären, durch eine über den gesammten Verein ausgeschriebene Steuer auch aufzubringen, so wäre eine solche Maßregel doch eben so ungerecht, als unzulässig und unvernünftig, und ich würde daher niemals die Verantwortung übernehmen, Arbeitergelder auf solche Weise zu verwenden.

Die Maßregel wäre ungerecht, denn mit welchem Rechte diejenigen Gemeinden, welche sich im Gefühl ihrer solidarischen Einigkeit durch Delegirte, die am Orte der Generalversammlung leben, vertreten lassen wollen, mit welchem Rechte sie zwingen, sich gleichwohl an den für andre Gemeinden, die dies nicht wollen, entstehenden Reisekosten zu betheiligen? Oder sie zwingen, gleichfalls Delegirte aus der eignen Stadt abzuschicken?

Eine solche Maßregel, durch keinerlei überwiegendes sachliche Interesse gerechtfertigt, wäre ungerecht und geradezu widerrechtlich!

Die Maßregel wäre aber auch unzulässig. Denn der Vizepräsident irrt sogar, wenn er im Anfang seines Circulars sagt, nach § 9 des Reglements sollten eigentlich die Delegirten zur Generalversammlung die Vergütung ihrer Reisekosten aus der Kasse des Vereins empfangen. Der § 9 des Reglements schreibt dies nämlich nur für die Reisen der Vorstandsmitglieder und der ständigen an der Spitze der Gemeinden stehenden Bevollmächtigten vor, nicht aber für die einmaligen Delegirten zur Generalversammlung, welche keineswegs in unsrer Organisation mit den die Gemeinden ständig leitenden Bevollmächtigten zusammenfallen. Dieser Unterschied, den der Vizepräsident übersehen hat, verstärkt also seine Argumentation noch sehr bedeutend.

Und mit gutem Fuge spricht der § 9 des Reglements nur von den Reisen der Vorstandsmitglieder und der Bevollmächtigten, nicht von den Reisen der Delegirten zur Generalversammlung. Denn von jenen wird vorausgesetzt, daß sie streng sachliche oder auf die Verbreitung der Agitation gerichtete und (vergl. § 9) schlechthin auf keinem andern Wege zu erreichende Zwecke haben, während, wie bald näher betrachtet werden wird, die Reisen der Delegirten zur Generalversammlung oft bloß formelle Zwecke haben und außerdem ihre Zwecke auch auf andere Weise — durch Delegirung von Mitgliedern am Orte der Generalversammlung — zu erreichen sind, weshalb der § 9 des Reglements mit Recht unterlassen hat, diese Kosten der Vereinskasse aufzubürden.

Jedenfalls würde ich mich also, da der § 9 von den Delegirten nicht spricht, keineswegs für befugt erachten, daß in demselben von den Vorstandsmitgliedern und Bevollmächtigten Gesagte auch auf die Delegirten auszudehnen.

Die Maßregel wäre aber auch unvernünftig, sagte ich.

Der wichtigste Zweck, den die Delegirten bei der diesjährigen Generalversammlung zu erfüllen haben werden, wird der sein, nach § 4 der Statuten neue Vorstandsmitglieder zu wählen. In dieser Hinsicht kann nun jede Gemeinde, falls sie nicht hinreichendes Vertrauen in Delegirte am Orte der Generalversammlung setzen sollte, sich einfach dadurch sichern, daß sie selbst durch Majoritätsbeschluß die Namen der Kandidaten bestimmt, für welche die Delegirten bei der Vorstandswahl ihre Stimmen in die Waagschaale zu werfen haben.

Alle andern Zwecke, welche die diesjährige Generalver-

sammlung zu erfüllen haben wird, werden vorwiegend nur formeller Natur sein: Anhörung des Berichts über die Lage und Thätigkeit des Vereins, und resp. Entgegennahme des Finanzberichts und der Entlastung des Kassiers durch die drei vom Vorstand zu ernennenden Revisoren (§ 6 des Reglements).

Der Bericht über die Lage und Thätigkeit des Vereins, der in der Generalversammlung vom Vereinssekretär zu geben sein wird, wird aber außerdem noch schriftlich den sämtlichen Bevollmächtigten und Vorstandsmitgliedern zugesandt werden.

Für so rein formelle Zwecke viele Hunderte Thaler von Arbeitergeldern zu verwenden, selbst wenn sie in der Kasse wären, oder aber sie durch eine auf die Arbeiter gelegte Zwangssteuer aufzubringen, wäre vollkommen unvernünftig und gewissenlos! Ich wenigstens würde unter diesen Umständen niemals die Verantwortung einer solchen Maßregel auf mich nehmen, und wenn der Vorstand — dem dies aber gewiß ebenso wenig wie mir in den Sinn kommen wird — sie beschlösse, so würde ich sie für äußerst verderblich und nicht weniger für unausführbar betrachten.

Es bleibt also von selbst nichts übrig, als die Zustimmung zu den Vorschlägen des Vizepräsidenten: den Gemeinden zu überlassen, entweder Delegirte aus den Vereinsmitgliedern am Orte der Generalversammlung zu wählen, oder aber die Reisekosten für Delegirte aus ihrer eignen Stadt durch freiwillige Sammlungen unter einander aufzubringen,

Dies meine Ansicht. — Ich ersuche daher alle Vorstandsmitglieder, welche bis jetzt auf das Circular des Vizepräsidenten vom 20. Juni d. J. noch nicht geantwortet haben sollten, binnen drei Tagen von Empfang dieses dem Vizepräsidenten jedenfalls ihre Antwort, und wie ich nicht anders voraussetze, ihre Zustimmung zu seinem Circular vom 20. Juni zukommen zu lassen.¹⁾

Ich bemerke bei diesem Anlaß, daß der Geschäftsgang schon verschiedene Male sehr erschwert und verlangsamert

1) Was soviel hieß, als Wahlteich die Beantwortung des Präsidial-Erlasses vor der Abstimmung einfach unmöglich zu machen. Gerade weil sein Vorschlag bei der Sachlage im Verein der einzig mögliche war, hätte Lassalle um so eher darauf verzichten können, in dieser diktatorischen Weise eine Gegenansicht zu unterdrücken. Ueberhaupt herrscht in diesem Schriftstücke mit seinen Unterstellungen nur allzusehr der Advokat vor, der in Lassalle steckte. D. S.

worden ist, dadurch, daß manche Vorstandsmitglieder mit ihren Rückäußerungen bei Anfragen des Präsidiums so langsam sind, oder solche auch wohl gar unbeantwortet lassen. Diesmal aber muß ich ganz besonders um schleunigste Beantwortung jenes Circulars, sofern sie nicht schon inzwischen erfolgt sein sollte, bitten. Die Sache ist dringlich. Denn wenn die Generalversammlung auch erst im Dezember stattfinden braucht, so kann ich doch erst nach der Antwort des Vorstandes das Circular an die Bevollmächtigten erlassen, durch welches ich sie anweise, Versammlungen zur Delegirtenwahl anzuberaumen, ihre Gemeindemitglieder über die Wahl geeigneter Personen am Orte der Generalversammlung (Düsseldorf) oder der Nachbarorte oder über solche Persönlichkeiten, welche sich, wie wohl die meisten Vorstandsmitglieder und manche Bevollmächtigten jedenfalls zur Generalversammlung einfinden werden, zu verständigen, so daß durch alle diese Schritte und die dazu erforderliche Hin- und Herschreiberei die Zeit auch bis zum Dezember vollständig in Anspruch genommen sein wird. —

Durch das Obige würde sich der Antrag des Herrn Julius Wahlteich von selbst erledigen. Die Motive desselben sind aber so seltsam, daß zunächst eine Betrachtung derselben geboten erscheint, an welche sich unter Anderem auch gleich hier eine Mittheilung in Bezug auf die Vorstandssitzung knüpfen kann, die nach meiner Rückkehr von der Reise durch besonderes Circular an den Vorstand erfolgen sollte.

Das erste Motiv des Wahlteich'schen Antrags lautet: „In Erwägung, daß der Vorstand über die Anträge des Präsidiums kein klares Urtheil haben kann, da demselben jede eingehende Motivirung fehlt und der Vorstand überhaupt auch niemals vom Präsidium über die Lage des Vereins Aufklärung erhalten hat.“

Der erste Theil dieses Motivs, welcher über die zwei Folioseiten umfassende Motivirung des Circulars des Herrn Vizepräsidenten einen so herben und unwahren Tadel ausspricht, verdient eine Zurückweisung, welche im direkten Verhältniß zu der eignen Herbheit und Unwahrheit dieses Tadels steht!

Der zweite Theil dieses Motivs, daß nämlich „der Vorstand überhaupt auch niemals vom Präsidenten über die Lage des Vereins Aufklärung erhalten hat“, scheint einen offenen Tadel, Vorwurf und Angriff auf das Präsidium selbst ent-

halten zu sollen. Derselbe ist zunächst um so seltsamer, als gleich der § 1 des Geschäftsreglements bestimmt: „Die laufende Verwaltung wird von dem Sekretär des Vereins geführt.“

Berichte über die Lage des Vereins an den Vorstand, soweit sie nicht durch außerordentliche Ereignisse hervorgerufen werden, würden, insofern sie überhaupt erforderlich sind, zur laufenden Verwaltung und somit gar nicht zu den Funktionen des Präsidiums, sondern zu denen des Sekretärs gehören.

Es muß Wunder nehmen, daß ein Vorstandsmitglied gleich den ersten Paragraphen des Organisationsreglements nicht kennt und auf seine Unkenntniß desselben Vorwürfe gegen das Präsidium baut.

Ist endlich, wie offenbar der Fall, von Berichten über die finanzielle Lage des Vereins die Rede, so sagt § 6 des Reglements ferner:

„Dagegen ist der Präsident von jeder Kontrolle des Rechnungswesens ausgeschlossen. Die an den Kassirer jährlich einmal nach vorausgängiger Prüfung des Rechnungswesens durch drei vom Vorstand zu ernennende Revisoren zu ertheilende Entlastung ist lediglich Sache des Vorstandes.“

Der von der Kontrolle des Rechnungswesens ausgeschlossene Präsident ist also nicht in der Lage, Finanzberichte über die Lage des Vereins zu machen, sondern solche hätte der Vorstand, soweit er sie für nöthig hält, prinzipaliter vom Kassirer, subsidiarisch vom Sekretär des Vereins einzufordern.

Die vorhin ausgesprochene Verwunderung über die Unkenntniß der wesentlichsten Bestimmungen des Geschäftsreglements durch ein Vorstandsmitglied und über die auf diese Unkenntniß gebauten Vorwürfe muß sich also wiederholen.

Diese Verwunderung steigert sich aber noch durch folgenden Umstand:

Wie bereits gezeigt, würden die Berichte über die laufende Lage des Vereins an den Vorstand, so weit sie überhaupt erforderlich wären, nach § 1 des Reglements Sache des mit der laufenden Verwaltung betrauten Sekretärs sein. Wären also wirklich solche Berichte erforderlich gewesen, so würde somit der Tadel, daß „überhaupt noch niemals dem Vorstand über die Lage des Vereins Aufklärung gegeben worden sei,“ für die bei weitem längste Zeit der Vereins-Existenz über niemand anders auszusprechen sein, als über den Tadler

Herrn Bahlteich selbst, der bekanntlich vom 1. Juni 1863 bis 1. Februar 1864 Sekretär des Vereins war. Erst für die wenigen Monate vom Februar bis Juni dieses Jahres würde dieser Tadel, wenn er überhaupt gegründet wäre, den gegenwärtigen Sekretär, Herrn Eduard Willms treffen.

Ist denn aber dieser Tadel überhaupt gegründet und ist ein solcher Bericht über die Vereinslage bisher erforderlich gewesen?

Durchaus nicht! Der Bericht über die gesammte innere Lage des Vereins, Gemeindenzahl, Mitgliederzahl, Thätigkeit der Bevollmächtigten 2c. 2c. ist der Natur der Sache nach bei der ohnehin statutenmäßig jährlich einmal stattfindenden Generalversammlung zu geben und dann jedem Vorstandsmitglied in geschriebener oder gedruckter Form zuzustellen. Ebenso soll nach § 6 des Reglements vom Vorstand die Prüfung des Rechnungswesens — von welcher der Präsident ausgeschlossen ist — jährlich einmal erfolgen. Und obwohl der Vorstand zu jeder Zeit befugt gewesen wäre, dieselbe vorzunehmen, scheint er mit Recht stillschweigend gefühlt zu haben, daß es in der Natur der Dinge läge, auch diese Prüfung und den ihr zu Grunde liegenden ausführlichen Finanzbericht des Kassirers mit dem Zeitpunkt der Generalversammlung zu verbinden und folgeweise bis dahin zu verschieben.

Während es also die natürliche Aufgabe der Generalversammlung ist, jährlich einmal diese Berichte zu bringen, würde eine mehrfache Berichterstattung hierüber im Laufe des Jahres — sofern sie nicht außerordentliche Ereignisse hervorrufen — nur zu einer nutzlosen Vielschreiberei ohne Maß führen. Ohnehin klagt der Sekretär Herr Willms mir brieflich, daß er nur durch die äußerste Anstrengung seiner Kräfte der sich immer mehr ausdehnenden Geschäfte des Vereins Herr werden könne. Und ich kann ihm die thatsächliche Begründung dieser Klage vollständig bestätigen. Ebenso klagt der Kassirer, daß er durch die Lasten seines — beiläufig unbesoldeten — Amtes zu der stärksten Vernachlässigung seiner eigenen Berufsgeschäfte gezwungen sei. Wenn derselbe daher den Schlußsatz des § 6 des Reglements: „alle drei Monate hat der Kassirer beim Vorstand eine summarische Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben einzureichen,“ nicht eingehalten hat, so ist zu bemerken, daß er auch niemals vom Vorstand dazu aufgefordert wurde, was dieser gewiß nicht unterlassen haben würde, wenn er es für nöthig gehalten hätte. Gegen-

wärtig bereitet aber der Kassirer, wie er mir erklärt hat, einen umfassenden Finanzbericht an den Vorstand für die Zeit der Generalversammlung vor.

An ihr ist es also gerade, die Berichte zu bringen, welche Herr Bahlteich mit Unrecht früher verlangt.

Mehrfache Berichte dagegen im Laufe des Jahres, ohne besondern zwingenden Anlaß, würden eine Vielschreiberei hervorrufen, welche die vorhandenen Arbeitskräfte erdrücken würde. Sie würden aber auch nur den Zweck und Sinn haben, zu der beliebten Vereinskspielerei zu führen, welche unserem Verein hoffentlich immer fremd bleiben wird. Wir sind ein Agitationsverein, kein Verein zur Parlaments- und Vereinskspielerei! Wie Soldatenspielen vom wirklichen Kriegsführen, ebenso unterscheidet sich Vereinskspielerei vom Agitiren!

Das zweite Motiv des Antrages des Herrn Bahlteich lautet: „in Erwägung, daß es jetzt durchaus noch nicht zu übersehen ist, ob die Verhandlungen der Generalversammlung wichtig sind, oder nicht, da noch Niemand aufgefordert ist, Anträge an dieselbe zu stellen.“

In dieser Voraussetzung, daß man „aufgefordert“ werden müßte, „Anträge zu stellen“, erreicht die Vereinskspielerei ihren Gipfel. Weder dem Präsidium noch dem Vorstand ist durch Statuten oder Reglement zur Pflicht gemacht „aufzufordern“, Anträge zu stellen, und ebensowenig liegt eine solche „Aufforderung“ in der Natur der Sache. Es versteht sich vielmehr von selbst, daß Jeder, welcher sich gedrungen fühlt, Anträge zu stellen, von deren Zweckmäßigkeit er nach reiflicher Prüfung überzeugt ist, dieselben von selbst — falls sie nicht den Statuten zuwider laufen, in welchem Falle sie nach § 7 der Statuten in den ersten drei Jahren unzulässig wären — beim Präsidium resp. Gesamtvorstand einzureichen hat. Eingelaufen sind solche Anträge nicht. Sie wären sonst von mir dem Vorstand mitgetheilt worden. Eine besondere „Aufforderung“ aber an männiglich, ob er nicht „Anträge zu stellen“ habe, wäre ebenso kindisch wie lächerlich!

Das dritte Motiv des Antrages lautet: in Erwägung, daß eine nach den Anträgen des (Vize-) Präsidenten berufene Versammlung, wobei die Gemeinden in der Freiheit der Wahl ihrer Delegirten beschränkt wären, nach außen wie nach innen sehr an Bedeutung verlieren müßte.“

Diese Behauptung, daß die Gemeinden nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten in der Freiheit der Wahl ihrer Mitglieder beschränkt wären, ist gänzlich unwahr! Es ist vielmehr schon oben ausgeführt worden, und ebenso in dem Circular des Vizepräsidenten ausgesprochen, daß jeder Gemeinde die volle Freiheit verbleibt, Delegirte aus ihrer Mitte zu wählen, nur daß sie dann natürlich auch die Reisekosten derselben zu tragen hat. Eher wäre dann die Freiheit der Gemeinden beschränkt, wenn sie gezwungen wären, Mitglieder aus ihrer Mitte zu wählen, oder auch insofern sie selbst dies nicht thun, an den Reisekosten für andere Gemeinden, die dies thun, wider Willen Theil zu nehmen.

Das vierte Motiv lautet: „In Erwägung, daß die Einberufung einer Vorstandssitzung durchaus nöthig erscheint, diese aber nach den Anträgen des (Vize-) Präsidenten unmöglich ist.“

Wiederum eine durchaus unwahre, undurchdachte Behauptung, welche nur zeigt, wie wenig der Antragsteller in den Zusammenhang der Staats- und Reglementsbestimmungen einzudringen fähig ist und sie in ihrem innern Organismus aufzufassen weiß. Die Vorstandssitzung ist in keiner Weise dadurch präjudicirt, wenn auch viele oder die meisten Gemeinden sich durch Mitglieder in Düsseldorf oder der Umgegend bei der Generalversammlung vertreten lassen. Die Vorstandssitzung fällt überhaupt mit der Delegirtensitzung als solche durchaus nicht zusammen und könnte daher sehr wohl mit der Generalversammlung verbunden werden. Ebenfowenig würde etwas im Wege stehen, wenn solche Gemeinden, unter denen sich Vorstandsmitglieder befinden, diese zu ihren Delegirten wählen und somit auf ihre Kosten zur Generalversammlung schicken, um das Zustandekommen einer Vorstandssitzung zu erleichtern.

Welches meine Ansichten über eine Vorstandssitzung sind, werde ich weiter unten entwickeln.

Aus den angeführten Erwägungen nimmt nun Herr Wahlreich den Antrag: Der Vorstand wolle beschließen: 1) „die Abstimmung über die Anträge des (Vize-) Präsidenten-Circulars, beziehungsweise deren Ausführung bis auf Weiteres zu vertagen“ — ein Antrag, über dessen verderbliche und, falls er beschlossen würde, das statutenmäßige Zusammentreten

der Generalversammlung in diesem Jahre höchst gefährdende Wirkung ich mich bereits oben verbreitet habe.

Der zweite Antrag lautet: „2) den Präsidenten zu ersuchen, dem Vorstand zunächst Bericht zu erstatten, wie viel Mitglieder im letzten Monat Beiträge gezahlt, und eine Vorlage darüber zu machen, welche Summe die ordnungsgemäße Abhaltung der Generalversammlung erfordern würde.“

Hierzu habe ich zu bemerken:

- a) ein solches Verlangen müßte, wenn es überhaupt zu stellen wäre, wie bereits gezeigt, nach § 1 des Reglements an den Sekretär des Vereins, nicht an den Präsidenten gestellt werden,
- b) wie unnütz und nur auf seine Arbeitskraft erdrückende Bielschreiberei hinauslaufend ein solches noch vor dem bei der Generalversammlung vorzulegenden Bericht an den Sekretär zu stellendes Verlangen wäre, habe ich bereits oben gezeigt,
- c) „wie viel Mitglieder im letzten Monat Beiträge gezahlt haben“ — dies anzugeben dürfte dem Sekretär bei der leider so schleppenden Weise, in welcher noch immer zu viele Bevollmächtigte, wie Herrn Bahlteich übrigens aus seiner Sekretärzeit sehr wohl bekannt ist, trotz aller Mahnungen, zu berichten pflegen, nicht einmal möglich sein,
- d) welche Summe erforderlich sein würde, wenn alle Gemeinden Delegirte aus ihrer Lokalität und auf Kosten der Vereinskasse senden, ist oben bei ungefähr 40 Gemeinden auf ungefähr 6—800 Thaler evaluiert¹⁾ worden. Eine genauere Evaluation mit Post- und Eisenbahnbuch in der Hand, hat keinerlei Interesse, da weder 8, 7, 6, 5, 4, noch 300 Thaler in der vielmehr nur mit starkem Defizit belasteten Kasse sind und ebensowenig, selbst wenn sie darin wären, für einen rein formellen Zweck aufzuwenden sind. Daß aber jedenfalls eine Summe von vielen Hundert Thalern erforderlich sein würde, konnte sich Herr Bahlteich daraus von selbst berechnen, daß schon zu seiner Sekretärzeit an 18 Gemeinden bestanden, zu denen seitdem natürlich, wie aus meiner Konsdorfer Rede bekannt, viele neue getreten

¹⁾ geschätzt.

sind und bis zur Zeit der Generalversammlung noch mehrere andere treten dürften, so daß bis dahin die Zahl von 40 wohl weit erreicht werden wird,

- e) zu dem Wort: „ordnungsgemäße Abhaltung der Generalversammlung“ muß ich scharf betonend hervorheben, daß die Abhaltung der Generalversammlung nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten, wonach es jeder Gemeinde freisteht, ob sie sich durch Delegirte aus der eigenen Lokalität oder aus der Lokalität und Nachbarschaft des Generalversammlungsortes vertreten lassen will, die vollkommen ordnungsmäßige, ja die einzig ordnungsmäßige ist, so sehr, daß kein anderer Abhaltungsmodus als ein ordnungsmäßiger anzusehen wäre. Es wäre merkwürdig, wenn den Arbeitern, die so häufig die Deputirten zu den gesetzgebenden Körpern aus einer andern Stadt als ihrer eignen wählen, nicht freistehen sollte, auch die Deputirten zur Generalversammlung ihres Vereins aus einer andern Stadt, als ihrer eigenen zu wählen, und wenn sie so dem Verein den kleinlichsten Anstrich einer Lokal-Interessen-Vertretung zu geben gezwungen wären!

Ebenso aber ist es nach meinen früheren Ausführungen über den § 9 des Reglements allein „ordnungsgemäß,“ daß jede Gemeinde die Reisekosten der Delegirten, falls sie solche aus ihrer eigenen Lokalität entsendet, trägt. Es wäre eine ganz außerordentliche Maßregel, die im § 9 für die Vereinskasse stipulirte Verpflichtung zur Tragung der Reisekosten auch auf die Delegirten zur Generalversammlung auszudehnen, von denen dieser Paragraph nicht spricht. Nur ganz außerordentliche Umstände, die nicht vorliegen, könnten eine solche außerordentliche Maßregel rechtfertigen.

Endlich trägt Herr Bahlteich darauf an, mit der Generalversammlung eine Vorstandssitzung zu verbinden.

Ich ergreife diesen Anlaß, um dem Vorstand schon jetzt meine Ansichten über die Vorstandssitzung zu entwickeln, welche ich in einem besonderen Circular nach der Rückkehr von meiner Reise auszusprechen beabsichtigt hatte.

Ich halte es für höchst wünschenswerth, daß jetzt, wie jedes Jahr, mit der Generalversammlung eine Vorstandssitzung verbunden wird.

Allein zwei Punkte sind dabei zu unterscheiden.

Eine Vorstandssitzung im Sinne des § 9 des Reglements, d. h. eine solche, zu welcher die Vereinskasse die Reisekosten sämtlicher Vorstandsmitglieder trägt, hat der Präsident nach dem vorletzten Alinea des § 5 der Statuten nur dann zusammenzuberufen, „wenn die Majorität des Vorstandes darauf anträgt“.

Statt der Majorität des Vorstandes hat aber bisher Niemand als der eine Herr Bahlteich darauf angetragen.

Es ist auch ganz ersichtlich, daß der Vorstand nicht darauf antragen wird, denn für (vergleiche die Uebergangsbestimmungen der Statuten) 17 Vorstandsmitglieder würden die Reisekosten, im Durchschnitt nur auf 15 Thaler gerechnet, noch immer circa 200 bis 250 Thaler beantragen, welche die, wie bereits bemerkt, nur mit Defizit behaftete Kasse, aller Beschlüsse ungeachtet, nicht aufzuwenden haben würde. Und gewiß wird der Vorstand nicht dem gegebenen Impulse folgen wollen, trotz der den meisten Vorstandsmitgliedern im Allgemeinen mehr als hinreichend bekannten Insufficienz der Kasse, welche schon ihre laufenden Verpflichtungen nur mit großer Mühe und von Zeit zu Zeit mit großen Zuschüssen erfüllen kann, Ausgaben zu beschließen, welche die Kasse nicht zu leisten im Stande ist. Allein selbst abgesehen von diesem Kassenzustand, wäre ein solcher Beschluß des Vorstandes nicht nach dem Geist und Wortlaut der Bestimmungen begründet. Denn nach § 9 des Reglements soll ein persönliches Zusammentreten auf Kosten der Kasse nur dann beschloffen werden, wenn die zu entscheidenden Angelegenheiten „schlechthin ein persönliches Zusammentreten erfordern“ und unmöglich auf schriftlichem Wege erledigt werden können.

Daß solche „schlechthin“ ein persönliches Zusammentreten erfordernde Angelegenheiten jetzt vorlägen, kann aber auch entfernt nicht behauptet werden.

Gleichwohl halte ich es für höchst wünschenswerth, mit der jetzigen wie mit jeder Generalversammlung eine Vorstandssitzung zu verbinden.

Der § 14 des Reglements giebt dazu das Mittel an die Hand. Er bestimmt: „Die Vorstandssitzung ist beschlußfähig, wenn die Majorität der Mitglieder vorhanden ist.“

Ich hatte daher beabsichtigt — und thue dies hierdurch — einen Aufruf an den Patriotismus sämtlicher Vorstandsmitglieder zu richten, dahin gehend, daß jedes Vor-

standsmitglied, dem seine Verhältnisse dies irgend ermöglichen, sich auf seine eigenen Kosten zur Generalversammlung begeben soll, um eine Vorstandssitzung mit derselben zu verbinden.

Die rheinischen Vorstandsmitglieder werden bei der geringen Entfernung sämmtlich in Düsseldorf anwesend sein. Aber auch von den weiter entfernten Vorstandsmitgliedern in Leipzig, Hamburg, Frankfurt, Berlin &c. werden Alle, denen dies ihre Verhältnisse irgend erlauben, diesem Aufruf entsprechen. Ich bin davon fest überzeugt! Von diesem oder jenem Vorstandsmitglied weiß ich es bereits.

In dieser oder jener Gemeinde wird es ferner gelingen, die Delegirtenwahl auf ein solches Vorstandsmitglied zu lenken, welches auf eigne Kosten die Reise nicht machen könnte und dasselbe die Reise somit auf Kosten der Gemeinde machen zu lassen.

So wird denn, wie ich sicher erwarten kann, die beschlußfähige Majorität der Vorstandsmitglieder versammelt sein und folgeweise eine Vorstandssitzung mit der Generalversammlung verbunden werden können, und Alles ohne Belastung der Vereinskasse.

Es zeigt sich wiederum, wie undurchdacht und leichtsinnig die Behauptung des Antragstellers war, daß nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten eine Vorstandssitzung unmöglich mit der Generalversammlung verbunden werden könnte. Diese Vorstandssitzung wird im Gegentheil Statt haben! ¹⁾

So liegt denn ein Antrag vor, welcher in jedem seiner Motive und jedem seiner Sätze auf grellen Verstößen gegen unsere Organisationsbestimmungen wie gegen die Vertheilung der Funktionen, auf Unkenntniß der Reglementsdekretationen und den unwahrsten und undurchdachtesten Behauptungen beruht und gleichwohl auf dieselben einen eben so herben wie durch und durch grundlosen Tadel gegen das Circular des Vizepräsidenten wie gegen das Präsidium selbst gründet. Wer

¹⁾ Aber nach der vorstehenden Darlegung mit Ausschluß derjenigen Vorstandsmitglieder, die weder bemittelt genug waren, die Reisekosten aus ihrer eignen Tasche aufzubringen, noch die Mittel dazu von der Gemeinde, in der sie wohnten, erhalten konnten. Wenn die Noth gebot, sie beiseite zu lassen, so gebot die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß die Statuten (vergl. § 9 derselben) anderes vorschrieben.

sich berufen fühlen will, zu kritisiren und zu tadeln, muß wenigstens seiner Sache sicher sein!

Die Wirkung des Antrages würde die oben geschilderte, in hohem Grade verderbliche sein. Seine Quelle ist die noch verderblichere früher auseinandergesetzte Sucht nach Vereinspielerei!

Wie wenig bei solcher Vereinspielerei herauskömmt, kann gerade dieser Antrag deutlich zeigen. Ich bin genöthigt gewesen, meiner ohnehin schon durch die Vereinsinteressen überbürdeten Arbeitskraft einen sehr erheblichen Theil zur Verfassung dieses langen Circulars zu entziehen. Der Sekretär ist genöthigt, dasselbe trotz der ihn belastenden Fülle von Arbeiten zur Vervielfältigung copiren zu müssen. Kosten für die Vervielfältigung und die Kosten für die Portos an die Vorstandsmitglieder entstehen für die Kasse daraus. Alle diese Anstrengungen hätten weit besser anders für das Interesse des Vereins verwendet werden können, als für die mir abgenöthigte Widerlegung jenes Antrags und seiner Motive! Auch bin ich entschlossen, mich nicht ein zweites Mal dazu nöthigen zu lassen. Meine Arbeitskraft ist — das wird der Vorstand wie der Arbeiterstand überhaupt gewiß aufs Lebhafteste fühlen — ernsteren Zwecken gewidmet, als der Widerlegung aller beliebigen grundlosen Schrullen und Einfälle des Herrn Bahlteich und der Vereinspielerei mit ihm.

Das Schlimmste aber ist, daß dieser Antrag des Herrn Bahlteich nun schon die vierte eklatante Thatsache ist, durch welche sich das systematische und unverbesserliche Bestreben des Herrn Bahlteich ausspricht, Reibung in den Verein zu bringen und ihn zu unterwühlen.

Gerade diese viermalige systematische Wiederkehr desselben Bestrebens war es, welche mich veranlassen mußte, ihm mit solcher Schärfe und Bestimmtheit entgegen zu treten.

Ich habe in meiner Ronsdorfer Rede die strenge, geschlossene Einheit der Gesinnung, die Freudigkeit der Disziplin rühmend hervorgehoben, die ich überall in dem Verein gefunden habe und ohne welche derselbe auch niemals weder funktionieren noch eine Bedeutung haben könnte. Und sicher, alles was ich zur rühmenden Anerkennung dieser so erfreulichen und eine Lebensbedingung des Vereins bildenden Erscheinung gesagt habe, war noch zu wenig.

An einer einzigen Stelle bin ich auf das Bestreben und

zwar auf systematische, jetzt schon zum vierten Mal wiederkehrende Bestrebung, Unterwühlung und Reibung in den Verein zu bringen, gestoßen, — eben bei Herrn Bahlteich.

Ich will diese vier Thatsachen aufzählen.

Die erste war, daß Herr Bahlteich im Januar d. J. bei seiner Kündigung der Sekretärstelle, außer der größten Verletzung aller Beamendisziplin, ein, dem Vorstand wohl noch erinnerliches Circular hinter meinen Rücken an denselben erließ, in welchem er dem Vorstand die unwahrsten — eigentlich noch eine viel schlimmere Bezeichnung verdienenden — Berichte machte und sich auf die mannigfachste und schlimmste Weise verging. Von diesem Schritt durch höchlich über denselben indignirte Vorstandsmitglieder unterrichtet, verzieh ich denselben Herrn Bahlteich nur in Folge der wärmsten und scheinbar aufrichtigsten Reuebetheuerungen, die er mir bei seinem effektiven Austritt aus dem Sekretariat machte.

Ich verzieh ihm denselben so sehr, daß ich nicht einmal den Vorstand mit Darlegung jenes Sachverhalts behelligte, Herrn Bahlteich sogar, auf seine Reueversicherungen rechnend, zum Bevollmächtigten in Dresden einsetzte und ihm ein Zugangsgeld nach Dresden bewilligte.

Die zweite Thatsache ist, daß Herr Bahlteich hierauf¹⁾ begann, mündlich und brieflich, bis nach Leipzig und anderwärts bei den einzelnen Vereinsmitgliedern für den Vorschlag zu agitiren, die Centralisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins fallen zu lassen und ihn in lauter selbstständige einzelne Gemeinden aufzulösen — ein Vorschlag, der, abgesehen von allem Andern, als gegen die Statuten gehend, nach § 7 derselben während der ersten drei Jahre gradezu verboten ist. Als Mitglieder in Leipzig Herrn Bahlteich hierauf aufmerksam machten, drückte er seine „Verwunderung“ aus, daß

1) Bahlteich hatte schon im Sommer 1863 in seinen Briefen an den in den Bädern befindlichen Lassalle sich für die Dezentralisirung des Vereins ausgesprochen. Auch stellte der Lassalle durch und durch ergebene Nachfolger Bahlteich's im Sekretariat, Willms, der nach Dresden geschickt war, um über Bahlteich's „Intriguen“ Erkundigungen einzuholen, nicht mehr fest, als daß derselbe mit vertrauten Dresdener Freunden und sechs Leipziger Mitgliedern über seine Dezentralisationsidee gesprochen hatte — ein nicht übermäßiges Vergehen, wenn man berücksichtigt, daß Lassalle selbst wiederholt die Frage der gänzlichen Auflösung des Vereins aufgeworfen hatte.

man sich überhaupt durch die Statuten als gebunden erachte. Ja, Herr Bahlteich fuhr in der Agitation für diesen Vorschlag sogar dann noch fort, nachdem ich ihn bereits schriftlich durch den Vereinssekretär auf die Statutenwidrigkeit desselben hatte aufmerksam machen lassen.

Da es keine größere Beeinträchtigung der Vereinszwecke geben kann, als statutenwidrige Unterwählung der Vereinsorganisation durch Privatagitation bei einzelnen Mitgliedern des Vereins — zumal noch durch ein Vorstandsmitglied — hätte ich somit schon damals vollen Anlaß gehabt, beim Vorstand die Anwendung des § 6 der Statuten zu beantragen, nach welchem Mitglieder, „welche gegen die Vereinszwecke handeln“, vom Vorstand auszustoßen sind. Ich unterließ dies gleichwohl, auf die Ohnmacht der Bestrebungen des Herrn Bahlteich rechnend und seine endliche Besserung hoffend.

Die dritte Thatsache ist, daß Herr Bahlteich dem Vereinssekretär Herrn Willms, bei dem er zu gleichem Zweck zu agitiren versuchte, sogar schrieb: Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein bestehe gar nicht, habe nur eine Scheinexistenz! Und dies schrieb Herr Bahlteich in einer Zeit, in welcher der Verein im Begriff war, die Zahl seiner Gemeinden und noch mehr die Zahl seiner Mitglieder mehr als zu verdoppeln! Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein besteht nicht nur, sondern wird von Feind wie Freund als eine imposante Erscheinung empfunden. Das Einzige, was in ihm nicht besteht, ist die Vereinspielerei, die auch in ihm niemals bestehen soll und vermöge seiner festen, ganz Deutschland umfassenden Organisation glücklicherweise gar nicht bestehen kann. Sehr richtig sah Herr Bahlteich ein, daß die Auflösung des Vereins in kleine selbstständige Lokalvereine die erste Vorbedingung zur Wiederherstellung der glücklich beseitigten Vereinspielerei sei!

Die vierte Thatsache endlich ist der oben gewürdigte Antrag mit seinen Erwägungsgründen.

Die Uebereinstimmung dieser vier Thatsachen zeigt, daß wir in Herrn Bahlteich mit einem unverbesserlichen Vereinspieler zu thun haben, daß es thöricht wäre, länger auf seine Besserung zu hoffen, daß Herr Bahlteich systematisch und geflissentlich darauf ausgeht, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Reibung und Zwietracht in den Verein zu bringen, seine Statuten zu untergraben, die ohnehin schon so äußerst

schwierige Leitung des Vereins auf alle Weise noch mehr zu erschweren und unmöglich zu machen, die Einheit und Gesinnungsharmonie des Vereins zu zerstören, somit alle Vereinszwecke zu beeinträchtigen und daß er sich in diesem Streben nicht einmal durch irgend eine Rücksicht auf Reglement und Statut beirren läßt.

Unter diesen Umständen war es meine Pflicht, den Vorstand amtlich von dieser Lage der Dinge zu benachrichtigen. Die Pflicht des Vorstandes wird es sein, die geeigneten energischen Maßregeln dagegen zu treffen, um Verein und Präsidium gegen die Fortdauer derartiger systematischer Reibungen zu schützen.

Ich überlasse es gänzlich dem Ermessen des Vorstandes, welche Maßregel er dazu für geeignet hält. Ich stelle keinen Antrag. Der betreffende Antrag kann von der Initiative jedes einzelnen Vorstandsmitgliedes ausgehen. Erst wenn der Vorstand einen Beschluß gefaßt hat, wird mir derselbe, von den Mitgliedern des Vorstandes unterzeichnet, durch den Vereinssekretär vorzulegen sein.

Nur muß ich bei diesem Anlaß bemerken: „Wenn solche Reibungen sich wiederholen und wenn mich der Vorstand nicht energisch gegen die Wiederkehr derselben schützt, so werde ich einfach das Präsidium niederlegen und wieder in meine alte Rolle als Vorkämpfer für die Interessen des Arbeiterstandes auf eigne Faust zurückkehren. Nur ungern und nach längerem Weigern ließ ich mich endlich in Leipzig bestimmen, die Präsidentsur des Vereins zu übernehmen, um den Kampf für die Interessen des Arbeiterstandes nach Außen mit um so größerem Nachdruck führen zu können.

Reibungen dagegen im Innern des Vereins, mit einzelnen Arbeitern und Mitgliedern desselben, zumal mit Vorstandsmitgliedern, die vor allen ein leuchtendes Beispiel geschlossener Gesinnungseinheit zu geben haben, und bis auf eine Ausnahme in der That bisher auch geben, betrachte ich keineswegs als in meinem Beruf liegend.

Mit demokratischem Gruß und Handschlag.

Rigi-Kaltbad, 27. Juli 1864.

Der Präsident
des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.
Ferdinand Lassalle.

Das Begleitschreiben, mit welchem Lassalle das vorstehende Circular dem Vereinssekretär Willms übersandte, lautet:

„Lieber Willms!

Mit diesem zweiten Briefe schicke ich Ihnen eine Masse Piëcen, nach deren Durchlesung Sie den Brief noch einmal durchlesen müssen:

1. Einen Brief Dammer's an mich vom 3. Juli, den Bahlteich'schen Antrag enthaltend, aus welchem Sie ersehen werden, welche Schreiberei mir dieser unnütze Mensch veranlaßt hat!

2. Mein hierauf bezügliches langes Circular an den Vorstand. Es ist sofort — in der Ihnen am Billigsten und Geeignetsten scheinenden Form, Druck oder Lithographie — zu vervielfältigen und den Vorstandsmitgliedern zuzuschicken. Wir brauchen aber jedenfalls 100 Exemplare davon, da wir es später vielleicht auch den Bevollmächtigten mittheilen müssen. Bahlteich selbst brauchen Sie das Circular erst dann zu schicken, wenn Sie die Reise nach Dresden zu Försterling gemacht haben, über die ich weiter unten spreche, damit Bahlteich Ihnen bei diesem und in der Gemeinde dort nicht zuvorkommt.

3. Ein 2. Circular an den Vorstand po. Ernennung von Becker und Schweizer — denen Sie also sämtliche beiliegende Circulare gleichfalls zuschicken müssen — zu Vorstandsmitgliedern.

4. Ein 3. Circular an den Vorstand po. Kassen-Revisoren-Wahl.

5. Einen Brief von mir an Dammer — den Sie natürlich liegen lassen müssen, bis Sie ihm gleichzeitig mein langes Circular einsenden, ohne welches er ihn nicht verstehen würde.

6. Sowie das Circular vervielfältigt ist, wünsche ich, daß Sie nach Dresden gehen und, das Circular in der Hand, Försterling die Augen über Bahlteich öffnen, damit er dann im Einzelnen die Mitglieder, nicht nur in Dresden, sondern besonders in den anderen sächsischen Gemeinden über Bahlteich aufklärt und Intriguen desselben unschädlich macht. Natürlich werden Sie dabei selbst die Dresdener Gemeinde besuchen und sowohl durch Rede da, als Rücksprache mit den Mitgliedern, den Geist der Leute untersuchen und auf ihn wirken. Finden Sie Försterling von gutem Geiste beseelt, so

werde ich ihn sofort zum Vorstandsmitgliede ernennen, und Sie können ihm dann gleich ein Circular dort lassen. Diese Reise ist nöthig, da Bahlteich sonst dem Verein in den verschiedenen sächsischen Gemeinden (nicht in Leipzig, dort ist er todt) Schaden könnte. Die Kosten derselben billige ich Ihnen aus der Kasse zu. Können Sie dieselben nicht verlegen oder ganz schnell von Lewy erheben, so borgen Sie sich sie einfach auf meinen Kredit von Schlingmann (Buchhändler), dem ich sie nach meiner Rückkunft mit herzlichem Danke erstatten werde.

7. Sie müssen jetzt daran denken, Ihre Vorbereitungen und Vorarbeiten für den Bericht zu machen, den Sie der Generalversammlung abzustatten haben. Ich will hier, Näheres mündlichen Mittheilungen nach meiner Rückkunft vorbehaltend, nur einige Hauptpunkte derselben verzeichnen:

A) Anzahl und Orte der Gemeinden und Mitgliederzahl einer jeden derselben auf der Basis der am 1. Oktober d. J. vorhandenen Mitgliederzahlen und fälligen Berichte der Bevollmächtigten. — B) Nachweis des Status und der Vermehrung in jedem Quartal, beginnend mit dem 1. Oktober vorigen Jahres. — C) Nachweis der Weise, in welcher die einzelnen Bevollmächtigten ihre Pflicht erfüllt. — D) Nachweis womöglich der Summe der noch ausstehenden Beiträge. — E) Besondere Bemerkungen.

Ferner ein Bericht über die Thätigkeit des Präsidiums und Sekretariats, über die Zahl und resp. Inhalt der erlassenen Circulare, Instruktionen, Reskripte, Eingaben und Kampf mit den Behörden u. s. w.

Bereiten Sie dieses Alles vor, ordnen und numeriren Sie alle Akten, es wird wenig Zeit sein nach meiner Rückkunft!

Ich muß jetzt schließen, alles Weitere Ihrer Sorgfalt überlassend. Ich bin ganz auf dem Hund vom vielen Schreiben, seit Tagen schon nicht mehr dazu gekommen, auch nur einen Spaziergang machen zu können, von früh bis Abends an diesen Tisch gefesselt, wobei mir auch eine Kur gar Nichts nützen kann. Ich glaube, ich bin der geplagteste aller Menschen. Ganz Ihr

F. Laffalle.

Nachschrift:

Schweizer grüßen Sie aufs Allerherzlichste von mir. Seinen Zettel po. Hadermann erhalten. Aber ich bin heut zu sehr auf dem Hund, um ihm zu schreiben. — Ich setze

voraus, daß der Vorstand in der Sache p. Bahlteich ebenso schnell als energisch handeln wird. Was ich am Schlusse des Circulars sage, ist mein voller Ernst. Schicken Sie mir doch übrigens umgehend die Liste der jetzigen Vorstandsmitglieder. Daß Schöppler (in Mainz) und Heymann (in Frankfurt) als ausgetreten zu betrachten sind, wissen Sie. Ebenso Baist.“

Der Vollständigkeit halber lassen wir auch hier noch die Antwort Bahlteich's auf das gegen ihn gerichtete Circular Lassalle's folgen. Es ist vom 11. August 1864 datirt und lautet:

„Circular an die Vorstandsmitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.

Das Circular des Herrn Lassalle vom 27. vor. Monats ging mir erst heute zu; wie ich bestimmt weiß, absichtlich später, als den andern Vorstandsmitgliedern.

Eine eingehende schriftliche Widerlegung kann ich aus naheliegenden Gründen als armer Arbeiter nicht unternehmen.

Allen Unwahrheiten und Verdrehungen und ungerechten Beschuldigungen des Lassalle'schen Schreibens setze ich die Thatsachen entgegen, welche bezeugen, daß ich mit Aufbietung aller Kräfte bis jetzt für die Prinzipien unseres Vereins und für die Aufrechterhaltung der jetzigen Organisation desselben thätig gewesen bin, obwohl ich diese unter den obwaltenden Umständen allerdings für schädlich halte.

Ich werde versuchen, bei nächster Vorstandssitzung persönlich zu erscheinen, um mich des Weiteren zu rechtfertigen.

Einem Ausspruch des Vorstandes, welcher nach meiner Anhörung erfolgt, werde ich mich unbedingt fügen, jeden früheren Gewaltakt aber mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.“

(Ein formeller Ausstoßungsantrag gegen Bahlteich wurde am 7. August von den Leipziger Vorstandsmitgliedern Dr. Dammer und A. Niederley gestellt; am 17. August stellte das Solinger Vorstandsmitglied Karl Klings den Antrag, Bahlteich vorläufig seines Amtes zu entheben, bis in einer später abzuhaltenden Vorstandssitzung endgültig über ihn entschieden werden könne, und am 24. August beantragte das Berliner Vorstandsmitglied Th. Mekner, Bahlteich, mit Vergütung der Reisekosten, zur nächststattfindenden Vorstandssitzung einzuberufen, die Beschwerde gegen ihn auf die Tagesordnung derselben zu setzen und ihm so Gelegenheit zu geben,

sich zu vertheidigen. Nach allerhand Hin- und Her-Verhandlungen wurde — ohne daß es zu jener Vorstandssitzung gekommen wäre — Wahlreich im Oktober 1864 mit allen gegen zwei Stimmen der Vorstandsmitglieder — Mekner-Berlin und York-Harburg — aus dem Verein ausgestoßen. Der inzwischen erfolgte Tod Lassalle's hatte zunächst nur die Wirkung, sein Rundschreiben als eine Art Vermächtniß erscheinen zu lassen, das auszuführen die Pietät gebot.)

Resolution Lassalle's mit Bezug auf die Polenfrage.

(Als im Jahre 1863 während des Polenaufstandes der deutsche Arbeiterbildungsverein in London in einer vortrefflich gehaltenen Resolution das Interesse des freiheitlich gesinnten Deutschland an der Sache der Polen hervorgehoben hatte,¹⁾ wurden auch im Lassalle'schen Verein Stimmen laut, welche eine Aeußerung zu Gunsten der Polen verlangten. Lassalle schwankte erst eine Weile, arbeitete aber schließlich, im Herbst des gedachten Jahres, folgende Resolution aus, deren vorsichtige Fassung sich begreift, wenn man in Betracht zieht, daß Lassalle um jene Zeit schon daran war, mit Bismarck wegen Otkroyirung des allgemeinen Wahlrechts in Verhandlung zu treten.)

1) Die betreffende Resolution, die auch heute noch von Interesse ist, lautet:

„Die polnische Frage ist die deutsche Frage. Ohne ein unabhängiges Polen kein unabhängiges und einiges Deutschland; keine Emanzipation Deutschlands von der russischen Oberherrschaft, die mit der ersten Theilung Polens begann. Die deutsche Aristokratie hat schon längst den Zaren als geheimen Oberlandesvater anerkannt. Die deutsche Bourgeoisie sieht stumm, thatlos und gleichgültig dem Abschlachten des Heldenvolks zu, das Deutschland allein noch vor der muskowitischen Sündfluth beschützt. Ein Theil der Bourgeoisie begreift die Gefahr, opfert aber freiwillig das deutsche Interesse dem Interesse deutscher Sonderstaaten, deren Fortbestand durch die Zerstückelung Deutschlands und die Erhaltung der russischen Hegemonie bedingt ist. Ein anderer Theil der Bourgeoisie betrachtet die Autokratie im Osten, ganz wie die Herrschaft des Staatsstreichs im Westen, als nothwendige Stütze der Ordnung. Ein dritter Theil endlich ist so ganz und gar vom wichtigen Geschäft des Geldmachens unterjocht, daß er das Verständniß und den Blick für große geschichtliche Verhältnisse völlig eingebüßt hat. Durch ihre laute Demonstration für Polen zwang die deutsche Bürgerschaft von 1831 und 1832 wenigstens den Bundestag zu Gewaltschritten. Heutzutage findet Polen seine eifrigsten Widersacher, Rußland also seine nützlichsten Werkzeuge unter den liberalen Koryphäen des sogenannten Nationalvereins. Jeder mag für sich selbst entscheiden, wie weit dieses liberale Russenthum zusammenhängt mit der preußischen Spitze.“

R e s o l u t i o n .

1. Die Polen haben durch ihre heldenmüthige Erhebung gegen den russischen Zaren sich das europäische Verdienst erworben, die Illusion des Panlawismus zu zerstören und zugleich die früher von vielen deutschen Patrioten gehegte Befürchtung eines Bündnisses zwischen Napoleon und dem Zaren unter dem Mantel des Nationalitätsprinzips unmöglich zu machen. Sie haben so die mächtigste Vorarbeit zur Herstellung einer solidarischen Politik der europäischen Demokratie ausgeführt.

2. Die Polen haben durch ihre heldenmüthige Erhebung gegen den russischen Zaren sich das spezielle Verdienst um Deutschland erworben, eines der mächtigsten äußeren Hindernisse für die Herstellung der nationalen Einheit Deutschlands zu beseitigen, wenn letzteres diese Erhebung seinerseits zu seiner Neugestaltung benutzt.

3. Die Polen haben durch ihren jetzt schon durch ein Jahrhundert fortgesetzten Kampf gegen Rußland das Beispiel eines Heroismus und einer Ausdauer ohne Gleichen gegeben. Sie haben allen Nationen das glorreiche Vorbild gegeben, welcher Opfer ein Volk fähig sein muß, wenn es sich um seine nationale Existenz handelt.

4. Der Besitztitel Rußlands auf polnische Länder und der Besitztitel Deutschlands auf polnische Provinzen hat zwar dieselbe ursprüngliche Entstehungsurache — die Eroberung — aber darum gegenwärtig nicht mehr nothwendig dieselbe Beschaffenheit. Rußland hat nur mit Waffengewalt zu Boden zu halten gewußt, Deutschland hat vielfach ursprünglich gewaltsam eroberte Provinzen zu germanisiren und in Eroberungen deutscher Kultur zu verwandeln gewußt. Für welche Territorialgrenzen dies gilt oder nicht, ist eine von speziellen Untersuchungen abhängige faktische Frage.

5. Mit der eben gedachten Einschränkung ist die Wiederherstellung eines selbständigen Polens unter dem Schutze Deutschlands dessen glorreichste und legitimste auswärtige Aufgabe. Der Krieg zu diesem Zweck ist das direkteste Interesse Deutschlands, die einzige Sühnung des von ihm durch die Theilung Polens mitbegangenen Unrechts und zugleich seine wahrhafte Emanzipation von dem, von Osten wie von Westen her auf ihm lastenden Drucke.

Der sechste Punkt der Resolution erhob, nach Bernhard Becker — Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalle's S. 124 —, angesichts der Gleichgültigkeit der Deutschen Bourgeoisie Protest, um von dem Arbeiterstande den „Schein einer Mitschuld an dieser Theilnahmlosigkeit“ abzuwälzen.

Resolution und Brief Lassalle's mit Bezug auf die Schleswig-Holsteinische Frage.

(Mit Bezug auf die Frage der Erbherzogthümer, die nach dem Tode des Dänenkönigs im Herbst 1863 akut wurde, arbeitete Lassalle folgende Resolution für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aus):

„Die europäischen Mächte sind nicht berechtigt gewesen, durch das Londoner Protokoll über das Schicksal eines deutschen Volksstammes zu verfügen. Alle deutschen Regierungen sind verpflichtet, die durch den Tod des Königs von Dänemark eingetretene Gelegenheit zu benutzen, um die Verbindung von Schleswig-Holstein mit der Krone von Dänemark zu lösen und endlich die Einverleibung dieser Provinzen in Deutschland, die aus nationalen Gründen längst hätte sollen bewerkstelligt werden, nöthigenfalls mit Wassengewalt durchzusetzen. Dagegen ist mit äußerstem Nachdruck von der Entsendung von Freiwilligen und Turnern nach Schleswig-Holstein abzumahnern. Das Volk verlöre dadurch nur seine opferwilligsten und edelsten Kräfte und Vorkämpfer, deren Zusammenhaltung unter den gegenwärtigen Umständen dringender denn je erforderlich. Die einheitliche Gestaltung Deutschlands würde die schleswig-holsteinische Frage ganz von selbst erledigen. Dieser großen Aufgabe gegenüber erscheint die Frage: ob, so lange in Deutschland 33 Fürsten bestehen, einer derselben ein ausländischer Fürst ist, von verhältnißmäßig sehr untergeordnetem Interesse. — Die sich für das legitime Fürstenerbrecht begeisternden Anhänger des Nationalvereins und der Fortschrittspartei scheinen Schleswig-Holstein als eine Gelegenheit benutzen zu wollen, um die Aufmerksamkeit von der innern Lage abzulenken und der Lösung eines Konflikts, dem sie nicht gewachsen sind, unter dem Schein des Patriotismus zu entfliehen. Das Volk sei auf der Hut! Es lasse sich durch Nichts von den gewaltigen centralen Aufgaben

abziehen! Es bleibe eingedenk, daß durch die Freiheit, durch die Einheit Deutschlands die schleswig-holsteinische Frage sich von selbst löst, während kein Erfolg in Schleswig-Holstein Deutschland Einheit und Freiheit zu bringen vermag.“

(Die Resolution wurde fast allerorts im Verein einstimmig angenommen. Aber einer Anzahl Hamburger Mitglieder des Vereins erschien die rein negative Stellungnahme, wie sie in dieser Resolution ausgesprochen ist, nicht genügend. Sie gründeten — der Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, A. Perl, voran — einen speziellen Arbeiterverein für die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten, und forderten in einem an die Arbeiter Deutschlands gerichteten Aufruf zur Bildung von Fonds und zu allgemeiner Wehrhaftmachung auf. Dies veranlaßte Lassalle, unterm 6. Dezember folgenden Brief nach Hamburg zu richten.)

„Lieber Perl!

Ich finde sehr natürlich, daß Sie in Hamburg, welches dem Schauplatz der Aktion so nahe liegt, schnell eine Stellung zur Sache einnehmen mußten und auch, aus demselben Grunde, die Folgen der schleswig-holsteinischen Verwicklung vielleicht nicht ganz richtig übersahen. So nahe der Aktion und mitten in der allgemeinen Begeisterung leben influenzirt immer mehr oder weniger das Urtheil.

Sie haben sehr Recht, wenn Sie jene Bewegung für unsern Verein und seine Propaganda benutzen wollen. Ich zweifle nicht, daß dies Ihrer Umsicht und Ihrem Geschick gelingen wird. Aber ich muß Sie nachdrücklich bitten und auffordern, Sich streng an die in meiner Circular-Resolution vorgezeichnete Grenzlinie zu halten, d. h. Nichts für die Aufstellung von Freiwilligen zu thun!

Ich bin von Arbeit erdrückt und kann Ihnen nur in Kürze folgende Gründe zurufen:

1. Wir können uns unmöglich für das legitime Erbrecht des Herzogs von Augustenburg schlagen! Ist es demokratisch, sich für das legitime Fürstenerbrecht zu schlagen?

2. Ist es national, zu den 33 andern deutschen Fürsten noch einen 34. zu schaffen? Ist das der Drang nach deutscher Einheit?

3. Ist es national, sich für das legitime Erbrecht des Herzogs von Augustenburg zu schlagen, dasselbe legitime Erbrecht, nach welchem, wenn seine Linie ausstirbt, unter Umständen die russische (Gottorp'sche) Linie d'ran kommen könnte?

4. Für das legitime Erbrecht des 34. deutschen Fürsten aber geht der Kampf, den die Nationalvereinler organisiren wollen, nicht für die Einverleibung jener Lande in Deutschland. Für uns wäre er ein Abfall von unsern Prinzipien.

5. Die Nationalvereinler und Fortschrittler schreien bloß so gewaltig, weil sie unter diesem Vorwand der Durchkämpfung des Konflikts mit Bismarck entlaufen, unter diesem Vorwand alles Mögliche bewilligen wollen. Und um sich diese feige Flucht möglich zu machen, wollen sie die Jugend und Blüthe des Landes als Opfer in den Abgrund werfen!!! Sollen wir sie in diesem Verrath unterstützen? Und welche Vorwürfe würden Sie Sich machen, falls Sie Sich sagen müßten, mitgewirkt zu haben, wann die Folgen eintreten, die ich unter gewissen Umständen klar und bestimmt vorhersehe?

6. Durch Freiwillige allein werden die Dänen nie besiegt werden; dazu neigen alle unsre Verhältnisse nicht. Treten unsre regulären Armeen ein, so bedarf es der Freiwilligen nicht. Kämpfen reguläre Armeen und Freiwillige im Verein, so werden stets die Freiwilligen von den regulären Armeen systematisch aufgeopfert werden! Denken Sie an 1848.

Nie wird der schleswig-holsteinische Kampf in der Weise zur Erlangung der Freiheit Deutschlands beitragen, daß, wie Sie Sich dies vorstellen, eine rückkehrende Freiwilligen-Armee Deutschland revolutioniren würde. Die „„Wenn's““ und „„Aber's““, mit denen Sie hierbei rechnen, sind eben Wenn's und Aber's, die nicht eintreten werden. Denken Sie auch in dieser Hinsicht an 1848. Es würde wieder ganz ähnlich so gehen, wie damals.

8. Lassen Sie Sich dadurch auch nicht, durch einen Vergleich mit Italien (Garibaldi), fortreißen. Wir haben ganz andere Verhältnisse als Italien, und was bei uns möglich ist, hängt von ganz bestimmten Konstellationen ab. Und zuletzt, was hat Italien, obgleich die Dinge dort viel günstiger lagen, erlangt?

9. Ich glaube, daß Sie mit diesen Gründen zufrieden und befriedigt sein können und werden. Meine ganzen Gründe Ihnen zu entwickeln, ist leider nicht möglich. Dazu müßte ich eine viele Druckbogen lange Broschüre schreiben.

Der einfachste Entschluß in historischen Dingen hängt mit der ganzen verwickelten historischen Weltanschauung zusammen. Sollten meine Gründe Sie also noch nicht überzeugen haben, so bitte ich Sie eben, mir zu glauben: es ist so und wird so sein, wie ich sage. Sie können vielleicht erwidern: ich könne so gut irren wie Sie! Zugegeben, aber Sie werden mir Ihrerseits zugeben: die größere Wahrscheinlichkeit in der Frage, wer von uns beiden sich irrt, spricht zu meinen Gunsten.

10. Unsere Taktik muß sein: die Freiwilligen, also die Volkskraft, im Land behalten, die Armeen nach Außen drängen! Also die Regierungen in den Krieg heizen! (Deshalb darf die Fortschrittspartei in der Kammer doch kein Geld bewilligen.) Gehen die Regierungen nicht in den Krieg, gewinnen wir den Agitationsvorwurf des Vaterlandsverraths gegen sie. Gehen sie in den Krieg — und bis zu einem gewissen Grade werden sie das jedenfalls; wir müssen dann sehen, sie weiter zu treiben — so gewinnen wir doppelt: die Armeen nach Außen geworfen, die Volkskräfte im Innern konzentriert.

11. Sollten Sie noch nicht überzeugt sein, so rufe ich die Disziplin an! Es muß eben Ein Wille sein! Wie sollte man sonst eine Partei führen können?

12. Sollten Sie vielleicht entgegnen, daß Sie in Ihrer Stellung als Komitee-Mitglied, ja nicht als Bevollmächtigter, handeln, so entgegne ich Ihnen: Lieber! Sie folgen mir ja nicht auf Grund einer äußern Autorität, wie der Regierungspräsident dem Minister. Sondern Sie folgen mir einfach, weil ich ein Mann bin, an dessen Blick und an dessen Willen Sie glauben! Sie folgen mir also nicht als Beamter, sondern als Mensch, und ist dies einmal der Fall, so können Sie auch nicht mehr verschiedene Eigenschaften in Sich unterscheiden (z. B. als „„Beamter““ und als „„Wähler““ zc.).

Wirken Sie also in diesem Sinne! Beginnen Sie damit, wie Sie dies bereits ganz richtig gethan haben, mindestens rückhaltend zu wirken und die gewonnene Zeit zu benutzen, die Leute aufzuklären und des ersten — ganz ehrenvollen Feuers Herr zu werden. Je mehr Zeit Sie gewinnen, desto mehr werden Ihnen auch wieder die Ereignisse zu Hülfe kommen. Uebrigens müssen Sie gleich von jetzt an die richtige

Betrachtung der Frage im aufgezeigten Sinne predigen. Daß die Leute dort die von mir hingesandte Resolution beschlossen haben (ob einstimmig? ob nach heißen Debatten? ich bitte Sie, mir diese beiden Fragen zu beantworten) zeigt doch, daß sie Vernunft annehmen und die nöthige Kaltblütigkeit zu gewinnen wissen. Meinen herzlichsten Dank Ihnen und den braven Hamburgern für die mir zugesandte schöne, würdige Adresse, die mich sehr gefreut hat. Heute haben wir endlich in Berlin eine glänzende triumphirende öffentliche Vortragssitzung gehabt; die Fortschrittler konnten nicht den Mund aufmachen. Mit herzlichem Gruß an alle Mitglieder und mit besonderem Händedruck an Sie, Audorf und Bruhn
Sonntag Nachts 12 Uhr.

Ihr

vielgeplagter F. Lassalle."

(Der Brief hatte nicht sofort die gewünschte Wirkung. Die Aufregung war in Hamburg eben zu groß. Erst mit dem weiteren Verlauf der preussisch-österreichischen Aktion schloßen die auf Bildung von Freiwilligenkorps abzielenden Pläne allmählich wieder ein.

Des Weiteren sei hier noch einmal erwähnt, daß Lassalle im Sommer 1864 damit umging, in Hamburg im Herbst des gleichen Jahres in einer großen Volksversammlung eine Resolution annehmen zu lassen, in der Bismarck aufgefordert werden sollte, Oesterreich zum Troß Schleswig-Holstein an Preußen zu annectiren.)

Lassalle über die Malthusianische Zweikindertheorie.

(Von Vereinsmitgliedern angefragt, was er von der Malthusianischen Lehre halte, wonach die Arbeiter durch weise Beschränkungen in Bezug auf ihre Fortpflanzung — nur zwei Kinder pro Ehepaar — ihre Lage zu verbessern suchen sollen, antwortete Lassalle):

„Wir können der Abmahnung der Arbeiter von der Kindererzeugung in keiner Weise beitreten:

1. Ist diese Ermahnung kindisch. Es läßt sich eben Keiner davon abhalten, der ohnehin Nichts zu verlieren hat. Er läßt sich besonders deshalb nicht abhalten, weil er ja nicht die geringste Garantie hat, daß auch sein Nachbar es thut; das Kind des Nachbarn aber, indem es ein Arbeiter wird, der durch das Angebot seiner Arme den Lohn drückt,

ihm gerade denselben Schaden thut, wie sein eigenes. Dieser Grund ist es, der noch nie hervorgehoben wurde, so einfach er ist, und der alle solche Ermahnungen nothwendig zu Illusionen macht, die nicht unsere Sache sind.

2. Der Bourgeois enthält sich, setzt sich, wie in Frankreich, auf die Zweikinderehe, weil er durch zu viele Kinder in seinen guten Verhältnissen individuell gedrückt wird.

3. Der Arbeiter aber — und in diesen Worten fasse ich nur das sub 1 Gesagte scharf zusammen — leidet durch die Kinder nicht sowohl in seiner individuellen Lage, sondern in seiner Klassenlage! Und dadurch läßt sich kein Teufel abhalten! Hieße auch wirklich zu viel Disziplin verlangen!

4. Ist auch solche Ermahnung unsittlich, unmenschlich, unnatürlich. Sie geht gegen das Wesen der Ehe und des Menschen und läuft zuletzt auf die — reine Schweinerei hinaus!

5. Endlich aber ist diese Ermahnung durchaus unökonomisch. Seit Adam Smith haspeln alle Nationalökonomien den Satz ab: daß die menschliche Arbeit die Quelle alles Reichthums. Je mehr Menschen also, desto mehr Arbeitshände, desto mehr Reichthum. Ist das heute doch nicht der Fall, so ist das also eben ein tiefer Widerspruch, der in unserm ganzen ökonomischen Antagonismus seinen Grund hat. An diesem also muß geändert werden. Dann wird die vermehrte Bevölkerung vermehrten Reichthums Quelle. Der Malthusische Irrthum, daß sich die Lebensmittel (Getreide u. s. w.) nicht in demselben Maße vermehren können, wie die Menschen, ist lange widerlegt, und wäre er es nicht, so wäre bei dem Fleckchen Erde, das wir bisher bebauen, vielleicht überhaupt erst in 1000 Jahren das zu beachten.“

Lassalle über die Zulassung des Dr. v. Schweizer zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.

(In Frankfurt a. M. hatte sich im Sommer 1863 der ehemalige Advokat Dr. J. B. v. Schweizer der Lassalleanischen Bewegung angeschlossen. Abkömmling einer Frankfurter Patrizierfamilie und von nicht gewöhnlicher Begabung, hatte Schweizer bis zum Jahre 1862 in seiner Vaterstadt eine gewisse Rolle in der Oeffentlichkeit

gespielt, war aber in Folge von allerhand angeblichen Unregelmäßigkeiten, deren er sich als Vizepräsident des Frankfurter Schützenfestes schuldig gemacht haben sollte, und namentlich nachdem er am 5. September 1862 „wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch öffentliche Verübung einer unsittlichen Handlung“ (begangen durch Verleitung von Knaben im Schloßgarten zu Mannheim) zu vierzehn Tagen Gefängniß verurtheilt worden war, politisch und gesellschaftlich „unmöglich“ geworden. Aus diesem Grunde waren denn auch verschiedene Mitglieder der Frankfurter Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins über den neuen Bundesgenossen nicht sehr erbaut, und als Schweizer sich eines Tages anbot, in einer öffentlichen Mitgliederversammlung einen Vortrag zu halten, wandte sich der dortige Bevollmächtigte direkt an Lassalle und ersuchte ihn, unter Hinweis auf den schlechten Ruf Schweizers, diesem zu schreiben, er möge von den Versammlungen der Gemeinde fortbleiben, andernfalls er — der Bevollmächtigte — sich gezwungen sehe, sein Amt niederzulegen.

Lassalle, der sehr viel von Schweizer hielt, und auch die Widmung von dessen sozialem Roman „Lucinde“ angenommen hatte, schrieb daraufhin folgende zwei Briefe, in denen er seine Auffassung über das Verhältniß von politischer und privater Moral darlegte, und die daher jedenfalls bemerkenswerthe Dokumente sind:

Brief an den Frankfurter Bevollmächtigten David Strauß.

„Ich habe zwar Ihren Wunsch erfüllt, aber ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß Ihr heutiger Brief, den Sie mir im Auftrage mehrerer Mitglieder schreiben, mein tiefes Mißfallen erregt hat. . . . Auf einer wie unnatürlichen Verirrung auch das Dr. von Schweizer imputirte Vergehen beruht, so gehört es doch offenbar zu jenen, die mit dem Charakter, worunter ich eben die sittliche Ueberzeugungstreue und Redlichkeit eines Menschen verstehe, die noch dazu — worauf es hier allein ankommt — mit seinem **politischen** Charakter nicht das Geringste zu thun haben. Um sich hiervon zu durchdringen, brauche ich Sie nur an das Eine zu erinnern, daß bei den Griechen — so wenig auch wir diese widernatürliche Geschmacksverirrung begreifen — die Dr. von Schweizer vorgeworfene Knabenliebe allgemein herrschender Gebrauch war, beim Staatsmann, beim Denker, denen sie nicht zur Last fiel! Das griechische Alterthum nahm nicht den geringsten Anstoß daran, und — was Sittlichkeit sei, denke ich, wußten die großen griechischen Denker, wußte das griechische Volk doch

auch! — Und auf Grund einer derartigen Sexual-Verirrung soll man einem Menschen entgentreten und ihn von sich stoßen, der solche Verdienste bereits um unsere Sache sich erworben hat, wie Schweizer? Ein Mann, der solche Beweise von Charakter gegeben hat, wie Schweizer durch sein offenes Entgentreten gegen die Bourgeoisie in seinem sozialen Roman? Einen Mann, von dem bei seiner Intelligenz, Tüchtigkeit und seinem Aufopferungsmuth man noch solche Verdienste zu erwarten hat? Es ist dies ein schlagender und tief verdrießlicher Beweis, wie tief der Deutsche noch in der Philisternachtmütze steckt und wie wenig er das Politische von dem Privaten zu unterscheiden weiß. Ich finde es sehr natürlich, wenn Ihr dem Dr. von Schweizer auf Grund Dessen, was ihm zur Last fällt, nicht Eure Töchter zur Frau geben wollt. Aber warum nicht mit ihm denken, handeln, schlagen? Was haben alle Abtheilungen politischer Thätigkeit mit jenen Geschlechtsverirrungen zu thun? Es ist um sich zu schämen! . . . Wenn Ihr Euch seiner schämt: ich kann Euch nur sagen, daß ich mich durch seine Hochachtung aufs Höchste geehrt fühlen würde und ihm meinerseits die größte Hochachtung zolle. . . . Meinerseits stelle ich an Sie die Aufforderung, Sich alle Mühe zu geben, um durch Aufklärung der Köpfe das Vorurtheil gegen S. zu beseitigen. Lassen Sie zu diesem Zweck auch diesen Brief privatim unter den Mitgliedern zirkuliren, soweit nur eben möglich, und helfen Sie, wie Becker, dem ich dies zur besonderen Pflicht mache, durch weitere Erörterungen nach. Es ist dies dringendes Interesse unsres Vereins für Frankfurt a. M., sowohl um uns eine so bedeutende Kraft wie Schweizer zu erhalten, als einen noch viel größeren Konflikt, der sonst in Zukunft sicher eintreten müßte, zu vermeiden. Denn Nichts steht mehr fest, als daß ich, wenn ich nach Frankfurt komme, mit Dr. Schweizer in die öffentliche Sitzung gehe¹⁾. Ich habe mich nicht erhoben, um dem Vorurtheil die Füße zu küssen, und es ist nicht seine Fahne, die ich schwinde! Und wenn vielleicht irgend welche nähere, mir unbekanntere Umstände vorliegen sollten — giebt es keine Sühne für Vergehen durch öffentliche und große Verdienste, wie Schweizer's Buch? Seid

¹⁾ Bei seiner nächsten Anwesenheit in Frankfurt ging Lassalle mit Schweizer Arm in Arm durch die Straßen.

Ihr schlimmer, wie das Gesetz, welches eine Rehabilitation anerkennt und, auch abgesehen von Rehabilitation, Ehrenstrafen durch Fristen begrenzt? — Nur Pharisäer könnten hier schwanken!“

Brief an Dr. J. B. v. Schweizer.

Geehrter Herr!

Ich habe aus einer höchst peniblen Veranlassung Ihnen heut zu schreiben. Unser Frankfurter Bevollmächtigter schreibt mir im Auftrag einer Anzahl dortiger Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, daß Sie in der nächsten öffentlichen Sitzung des Vereins (Mittwoch) auftreten wollen, daß sie — der Bevollmächtigte und jene Mitglieder — so wenig sie selbst Etwas gegen Sie einzuwenden hätten, so sehr sie Ihre großen Talente schätzten u. s. w., doch aus Rücksicht auf die allgemeine Stimmung in Frankfurt dies keinesfalls dulden könnten und eher ihre Funktionen niederlegen, resp. aus dem Vereine treten würden u. s. w. Es würde eine Spaltung dadurch hervorgebracht werden u. s. w.

Sie können denken, geehrter Herr, mit welchem Mißbehagen mich diese Mittheilung erfüllt hat!

Nach den so großen Verdiensten, die Sie Sich bereits um unsere Sache erworben haben, ist dies Verhalten wirklich höchlichst zu mißbilligen und eigentlich gerade um so mehr, als Strauß und Diejenigen, in deren Namen er schreibt, jene Ansicht selbst gar nicht theilen und dabei nur einem, wie es scheint in Frankfurt sehr verbreiteten Vorurtheil nachgeben.

Um Vorurtheilen nachzugeben, hat sich nun unser Verein durchaus nicht gebildet!

Sie kennen das Faktum, welches jener Mißstimmung gegen Sie zu Grunde liegt. Ich bin darüber nur seiner Zeit durch die Zeitungen unterrichtet worden und weiß nicht, was daran wahr oder unwahr gewesen ist.

Aber angenommen, daß das wahr gewesen sei, was damals die Zeitungen über den Grund Ihrer Verurtheilung brachten, so weiß ich das Eine, daß jene bedauerliche und meinem Geschmack nicht begreifliche Liebhaberei, die man Ihnen imputirt, zu jenen Vergehen gehört, die nicht im Geringsten mit dem politischen Charakter eines Mannes Etwas zu thun haben.

Ein solches Auftreten einem Manne von Ihrem Charakter und Ihrer Intelligenz gegenüber, in einem politischen

Berein, beweist nur, wie verwirrt und philiströs die politischen Begriffe unseres Volkes noch sind.

Ich meinstheils wenigstens werde, was auch die Frankfurter Mitglieder unseres Vereins sagen mögen, nie verhehlen, daß ich die größte Hochachtung vor Ihnen empfinde und den höchsten Werth auf die Ihrige lege, wie ich Ihnen deshalb auch freistelle, diesen Brief Jedem zu zeigen, dem Sie wollen. —

Ich habe in diesem Sinne nach Frankfurt geschrieben (an Strauß), meine offene Mißbilligung nicht zurückgehalten und hoffe, daß dieser Brief für die Zukunft die von mir gewünschten Folgen haben wird.

Bei Alledem sehen Sie ein, daß vorläufig und für den Augenblick Nichts zu thun ist, als jedem Konflikt und einer möglichen Spaltung aus dem Wege zu gehen. Wir sind noch zu schwach, um eine Spaltung zu wagen, und im Augenblick kann ich nicht von hier aus brieflich so viele Köpfe dort umstimmen. Wenn ich persönlich wieder nach Frankfurt komme, wird sich die Gelegenheit finden, diese Sache zu Ihrer Befriedigung zu ordnen. Schon mein Brief an Strauß, den unter den Mitgliedern zirkuliren zu lassen ich ihn beauftrage, wird binnen einiger Zeit diese Folgen hervorbringen, mindestens zum Theil, aber im Augenblick ist nicht mit Gewalt durchzugreifen.

Sie also, der Sie unserer Sache bereits so große und wesentliche Opfer gebracht haben, werden ihr gerade deshalb auch noch das Opfer zu bringen wissen, diesem Konflikt für die bevorstehende öffentliche Sitzung durch Nichterscheinen aus dem Wege zu gehen.

Sie werden Sich dadurch mit Recht gekränkt fühlen — aber auch diese Kränkung werden Sie vielleicht leichter verwinden, wenn Sie bedenken, wieviel Kränkungen ich habe hinunterwürgen müssen, und Sie werden Sich ebensowenig wie ich in dem Dienst und der Hingebung für die gemeinschaftliche Sache irre machen lassen.

Ich habe daher in meinem Brief an Strauß ihm diese meine Ueberzeugung und Erwartung ausgesprochen und glaube, daß Sie dieses vorläufige Vermeiden des Konfliktes mit mir als das im Moment Vernünftigste betrachten werden.

Ich eile, noch flüchtig Ihnen die Anfragen Ihres letzten Briefes zu beantworten.

Vorher aber noch meinen herzlichsten Dank für die Uebersendung des zweiten Bandes,¹⁾ den ich bis jetzt nur in 1 Exemplare (den 30 sehe ich noch entgegen,²⁾ erhalten habe.

Ich habe denselben bereits zu Ende gelesen, nicht ohne wirkliche Erschütterung über die so wahre und tragische Schilderung, die Sie dem Auge entrollen. Ihre Schlußfrage: „Es war nicht das erste Mal, wird es das letzte Mal gewesen sein?“ zittert noch tief und mächtig in mir nach.

Nun also zur Erledigung Ihrer Fragen:

1. Von Villermé ist Alles im Buchhandel erschienen, resp. Einiges im Journal des Économistes.

In meinem „Arbeiterlesebuch“ ist der Titel seines Hauptwerkes und einige dieser Aufsätze nachgewiesen. Jeder Buchhändler giebt Ihnen über Villermé übrigens ausführliche Auskunft.

2. Die Greuel in und nach dem Junikampf 48 werden Sie wohl am Ausführlichsten geschildert finden in der Histoire de la Révolution de 48 von der Comtesse d'Agoût. Vergleichen Sie übrigens Louis Blanc, Pages de la Révolution 48, p. 170 ff., den Peuple von 1848 und 1849 und auch die Neue Rheinische Zeitung von damals.
3. Ueber die französischen Assoziationen der Arbeiter giebt Ihnen am Kürzesten Auskunft: Lemer cier, Études sur les associations ouvrières, Paris 1857. In Frankreich ist es übrigens nie gelungen, „Arbeiter mit Unternehmergefahrungen zu schaffen“. Wohl ist das einige Male in England passiert, über dessen Assoziationen Ihnen das in meinem „Antwortschreiben“ angeführte Buch von Huber und seine „Reisebriefe“ das für Ihren Zweck Hinreichende spenden werden.

Und nun nochmals mit höchster und freundschaftlicher Hochachtung und herzlichem Händedruck

Ihr

F. Lassalle.

(Dr. von Schweizer wurde dann durch Lassalle's Vermittlung Mitglied der Leipziger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.)

1) Vom Roman: „Lucinde, oder Kapital und Arbeit“.

2) Zur Versendung an die verschiedenen Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins.

Brief Lassalle's betreffend eine Adresse zu Gunsten der Solinger Verurtheilten.

(Als im März 1864 drei Anhänger Lassalle's auf Grund der Beschuldigung, in der stürmischen Versammlung vom 27. September 1863 zu Solingen Messerstücke ausgetheilt zu haben, zu je vier Monat Gefängniß verurtheilt wurden, schlug Lassalle vor — vergl. Einleitungsskizze Bd. I, S. 156 —, dieselben sollten ein durch eine Arbeiteradresse unterstütztes Gnadengesuch an den König von Preußen richten. Aber weder die Verurtheilten selbst, noch die Solinger Vereinsmitglieder überhaupt — die doch seinerzeit so schnell die Unterschriften unter den Protest gegen die entstellten Berichte der Fortschrittspresse über die obenerwähnte Versammlung aufgebracht, wollten darauf eingehen. „Ich habe“, schrieb unterm 20. April 1864 der Solinger Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Karl Klings, an Lassalle, „in Betreff Ihres Vorschlages wegen der Adresse im Interesse der Verurtheilten mit den Betheiligten und auch mit den hiesigen Hauptmitgliedern unseres Vereins gesprochen. Sie haben sich sämmtlich dagegen ausgesprochen, und ich bin der Meinung, daß dasselbe im Interesse der Partei unterbleiben müßte. Die beiden von hier Verurtheilten gehören zu der entschiedensten Arbeiterpartei und würden, selbst wenn es vier Jahre wären, nicht zu bewegen sein, ein Gnadengesuch einzureichen, weil es ihren Gesinnungen widerstreitet, Sr. Majestät verpflichtet zu sein. Und ohne ein Gnadengesuch würde der Erfolg der Adresse zweifelhaft sein. Man muß jedenfalls wegen der obwaltenden Verhältnisse hiervon abstehn.“

Lassalle antwortete hierauf, und der Brief ist zur Beurtheilung seiner damaligen Taktik überaus wichtig, wie folgt):

„Lieber Klings!

Ihre Nachricht, daß die Verurtheilten sich weigern, die Adresse durch ein Gnadengesuch zu unterstützen, und erklären, sie würden lieber vier Jahre sitzen, als Gnade in Anspruch zu nehmen, hat mich mit Stolz über diese Leute erfüllt! Man kann nicht von jedem einzelnen Arbeiter verlangen, daß er ein Held sei, und ich hätte es daher unter den hier vorliegenden Umständen den Leuten nicht verwehrt oder verdacht, wenn sie für sich ein Gnadengesuch gemacht hätten. Sind sie aber freiwillig und von selbst Helden, so ist es um so besser, und es macht Einen stolz, an der Spitze solcher Männer zu stehen! Wären Alle so!

Es bleibt nur noch die Frage übrig, ob die Adresse ohne solches Gnadengesuch der Verurtheilten gemacht werden soll.

Hierbei haben Sie nun ganz Recht, daß der Erfolg der Adresse dann ein sehr zweifelhafter ist. Ja man muß dann sogar voraussagen, daß die Adresse keinen Straferlaß zur Folge haben wird.

Willms meint, daß selbst unter dieser Voraussetzung die Adresse statthaben solle. Die beiden Seiten, die hier gegen einander abzuwägen sind, sind folgende:

Nachtheile. 1. Theils aufrichtiges, theils absichtliches Mißverständnis des Schrittes durch die Presse und vielleicht auch durch manche Arbeiter. — 2. Der Nachtheil, der stets in praktisch erfolglosen Schritten liegt.

Die Vortheile würden sein: 1. Der demonstrative Charakter des Schrittes überhaupt. — 2. Besonders die Demonstration gegen die Richter und den Mißbrauch der Gewalt, den sie aus politischer Leidenschaft vornehmen. Diese Seite der Sache wäre in der That nicht unwichtig. Nichts liegt so sehr im Argen bei uns als die Richter! Und es würde sich mancher derselben in Zukunft doch vielleicht weit mehr in Acht nehmen, wenn er sieht, daß sein Thun mit solchem éclat bis oben hinauf in die „höchsten Kreise“, sowie in die damit verbundene Oeffentlichkeit gebracht wird. — 3. Kann vielleicht auch nachfolgender Nutzen eintreten, daß, wenn die Adresse von mehreren tausend Arbeitern unterschrieben ist, man diesem Schritte oben eine für uns ganz unverbindliche — Auslegung giebt, durch welche man sich um so mehr ermutigt fühlt, bei kommender Gelegenheit an die Otkronirung des allgemeinen und direkten Wahlrechts zu gehen: ein Schritt, den man, wie Ihnen der beigefügte Leitartikel der ministeriellen Zeitung (Norddeutsche Allg. Ztg., das bekannte Blatt Bismarck's) zeigt, oben jetzt gerade wieder hin und her überlegt.

Ueberlegen Sie Sich also die Sache genau, ob Sie wie Willms meinen, daß man die Beschwerde-Adresse ohne Gnadengesuch machen soll und schreiben Sie mir baldigst Ihre Ansicht. Dann werde ich mich entschließen.“

(Kein Zweifel, Lassalle wünschte die Adresse. Aber auch in der modifizirten Form scheint der Gedanke in Solingen keinen Anklang gefunden zu haben; der eine der Verurtheilten büßte seine Strafe ab, und die andern Beiden — die von Klings als Anhänger der entschiedensten Arbeiterpartei Bezeichneten — entzogen sich der Gefängnißhaft durch Auswanderung nach Amerika. Aus zwei

Briefen, die Lassalle vom Rhein aus an den Vereinssekretär Willms sandte, geht hervor, daß sie auf der Reise nach Amerika in London bei Karl Marx vorsprachen, also wohl ehemalige Mitglieder des Kommunistenbundes waren.)

Aus dem Konzept der ersten Rede Lassalle's in Berlin.

(Obwohl im Wesentlichen nur eine Wiederholung der betreffenden Stellen in der Ansprache „An die Arbeiter Berlins“, mag auch der von Bernh. Becker mitgetheilte Auszug aus der ersten Rede folgen, die Lassalle nach Begründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vor Berliner Arbeitern hielt, und deren Konzept noch erhalten ist. Dieser Auszug lautet):

„Nichts hat mir bei den Berliner Arbeitern mehr geschadet, als die unter dieselben ausgestreute Verleumdung, daß ich ein Reaktionär sei. Und Nichts, meine Herren, hat mir — so verwunderlich das klingen mag — eine reinere und lebhaftere Freude bereitet, als so oft ich von dem großen Schaden hörte, den es bei Ihnen mir zufüge, für einen Reaktionär zu gelten. Zwar, daß man jene Verleumdung unter Ihnen verbreitete, hat mich natürlich gekränkt und geschmerzt als eine Verleumdung gegen mich und als ein Versuch, das Volk irre zu leiten und zu betrügen. Aber, daß dieses Gerücht, einmal verbreitet, mir so viel Schaden bei Ihnen thue, Sie so gegen mich einnehme und mißstimme, das hat mich gefreut und mir gerade den unerschütterlichsten Glauben an den Sieg meiner Sache eingeflößt.

Die Gründe sind einfach. Je größer Ihr Widerwille gegen alles Reaktionäre ist, desto größer ist Ihre geistige Gesundheit und desto vorbereiteter sind Sie, meine Lehren in sich aufzunehmen. Ferner, da jenes Gerücht, wie Sie sehr bald ganz von selbst finden werden, nichts Anderes als eine elende und ganz unerhörte Umkehrung der Wahrheit in ihr äußerstes Gegentheil ist, so zeigt Ihr Widerwille gegen den Reaktionär nur, wie sehr Sie gerade dazu vorherbestimmt sind, sich zu meinen Grundsätzen zu bekehren, da ich eine Partei vertrate, welche, am Entschiedensten und am Weitesten gehend von allen, der Reaktion gegenübersteht. Drittens wird ja nothwendig, wenn Sie erst sehen, wie sehr Sie dadurch hintergangen worden, daß man mich Ihnen als einen Reak-

tionär schilderte, Ihr Unwille gegen Diejenigen, die diese Unwahrheit unter Ihnen verbreitet haben, am Meisten entbrennen

Wie wenig es aber wahrscheinlich ist, daß ich ein Reaktionär bin, meine Herren, das hätten Sie nun zwar, wie ich Ihnen vorläufig zeigen will, auch ohne das von mir zu wissen, sich schon aus einem einzigen Umstand entwickeln können. Wenn ich ein Reaktionär wäre, würden dann die Blätter der Fortschrittspartei seit nun bereits 9 Monaten fast täglich einen solchen Lärm gegen mich erheben, und hätten sie dann eine Veranlassung dazu? Es giebt ja viele Tausende von Reaktionären; kein Mensch kümmert sich um sie, keine Zeitung spricht von ihnen Oder wollten Sie vielleicht annehmen: der Lärm, den man gerade gegen mich erhebe, sei nur die umgekehrte Anerkennung einer ganz besonderen Wichtigkeit und Bedeutung, die man meiner Persönlichkeit zuschreibe? Auch eine solche Annahme ist gleichfalls ganz unmöglich. Ich bin ein Gelehrter, meine Herren. Aber es giebt hundert Gelehrte, die im Dienst der Reaktion sind, und kein Mensch kümmert sich um sie, keine Zeitung nimmt von ihnen Notiz.

Oder wollten Sie annehmen: der Lärm gegen mich rühre daher, weil ich als ein Reaktionär nach den Arbeitern meine Hände ausstrecke? Wiederum ganz unmöglich! Der preussische Volksverein, die Zünftler, die Herren Panse und Wagener, welche Reaktionäre sind, strecken ja bereits seit lange die Hände nach den Arbeitern aus und haben in der That eine Anzahl von Zünftlern um sich gesammelt, und es fällt der Fortschrittspartei fast niemals ein, gegen dieselben zu Felde zu ziehen.

Wie erklärt sich also diese Erscheinung, meine Herren, diese tiefe Gleichgültigkeit der Fortschrittspresse und Fortschrittspartei gegen alle Reaktionäre einerseits, und ihr seit 9 Monaten unausgesetztes, fast tägliches Zufeldeziehen gegen mich unter dem Geschrei, daß ich ein Reaktionär sei?

Höchst einfach:

Die Fortschrittspresse und Fortschrittspartei hat eine sehr richtige Ahnung davon, daß ihr von keiner Partei Gefahr droht, daß sie von keiner Partei überflügelt werden wird, die nicht weiter geht als sie selbst. Daher ihre tiefe Gleichgültigkeit gegen alle Reaktionäre.

Die Fortschrittspresse weiß zugleich sehr genau, daß ich eben die Partei vertrete, welche in politischer wie in wirth-

schaftlicher Beziehung viel weiter geht als sie selbst, die Partei, welche in beider Hinsicht auf der wirklichen Höhe der revolutionären Entwicklung steht: die Partei also, neben welcher jede andere Partei im Lande als eine zurückgebliebene und reaktionäre erscheint! Daher ihre Wuth gegen mich, die nur der Ausdruck ihrer Angst vor mir ist. Daher ihr unausgesetztes Zufelbeziehen gegen mich. Daher die von ihr ausgegebene Parole, ich sei ein Reaktionär, um, so lange es geht, die reinen Züge meines geistigen Antlitzes durch die Staubwolke dieses Wortes Ihrem geistigen Auge zu verhüllen.“

Brief Lassalle's über seine letzte Agitationsreise.

(Den Antritt seiner zweiten und letzten Agitationsreise an den Rhein kündigte Lassalle unterm 7. April 1864 dem Vereinstaffirer G. Lewy in Düsseldorf mit folgendem Briefe an):

„Es naht jetzt die Zeit, wo ich meine Reise antrete, und ich wünsche daher, im Voraus Ihre Ansichten zu hören. Ungefähr Anfang Mai gedenke ich von hier abzureisen, zuerst auf 2—3 Tage nach Leipzig zu gehen und von da mich ins Rheinland zu begeben, wo ich circa 14—18 Tage zubringen will. Dann trete ich meine Bade- und Erholungsreise an, von der ich erst sehr spät zurückkommen werde.

Die rheinische Reise gedenke ich in der Reihenfolge zurückzulegen, daß ich zuerst nach Köln gehe, von da nach Düsseldorf, von da nach Elberfeld, Barmen, Ronsdorf, Solingen, Burscheid, Wermelskirchen, also an alle Orte dort, wo wir Gemeinden haben.

Ich beabsichtige vorläufig dieses Mal nur Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu halten, wo also nur Mitglieder resp. Solche, die sich sofort als Mitglieder aufnehmen lassen, Zutritt haben.

Aus vielen Gründen scheint mir dies das für jetzt einzig Zweckmäßige. Das letzte Mal waren wir noch so schwach, daß wir zu absolut öffentlichen Versammlungen unsere Zuflucht nehmen mußten, um eine hinreichend große Versammlung zu Stande zu bringen. Auch kam es damals vor Allem auf den éclat und Lärm nach Außen an. Jetzt liegt das anders. Wir sind hinreichend erstarkt, um auch unter uns

selbst eine hübsche Versammlung aufzubringen. Dazu kommt, daß viele Neugierige mich werden hören wollen. Die sind dann genöthigt, unsere Mitglieder zu werden, und die Arbeiter darunter, mindestens ein großer Theil, bleibt es dann wohl auch.

Selbst Diejenigen, die dann wieder austreten, haben doch wenigstens ihre 2^{1/2} Silbergroschen für den Verein beitragen müssen, und ist der Zudrang groß, so ist es eine Finanzmaßregel. Auch steht damit der Charakter dessen im Einklang, was ich in diesen Versammlungen etwa zu sagen haben werde. Disputationen mit den Fortschrittlern lagen niemals, auch das letzte Mal nicht, innerhalb unseres Zweckes. Für lange, große Reden in Weise meiner letzten Rheinischen Rede ist jetzt auch nicht der Moment. Unsere Abrechnung mit den Fortschrittlern ist lange beendet und der Saldo festgestellt. Ewige Revisionen desselben haben keinen Zweck. Auf Sozial-Theorie, auf Oekonomie in diesen Reden zu kommen, wäre ebenso unangemessen. Alles, was darüber zu sagen ist, habe ich dreimal erschöpfend in meinem „Bastiat-Schulze“ entwickelt. Schon Gesagtes nochmals und schlechter zu sagen, ist das Lästigste und Degoutanteste für mich (beiläufig auch die Klippe, an welcher sich alle öffentlichen Sprecher so leicht ver-lumpen).

Ich werde also diesmal nur interna in meinen Ansprachen zu berühren haben, den rechten Geist und Eifer zu erwecken und zu befestigen suchen, endlich eine kurze und pralle Schilderung der gegenwärtigen politischen Lage und der nächsten Aussichten für dieselbe in äußerer und innerer Hinsicht. Es sind diesmal also Revuen unseres Vereins nach Innen, wie das letzte Mal Revuen nach Außen.

Noch Eins. Am 23. Mai d. J. ist der Stiftungstag unseres Vereins. In Leipzig bereitet man sich schon vor, ein großes Stiftungsfest an diesem Tage zu feiern, und hat meine Gegenwart zu demselben gewünscht. Ich habe aber geantwortet, daß ich an diesem Tage schon am Rhein sein werde, und den Rath gegeben, die Einladungen auf alle sächsischen Gemeinden zu beschränken. Ich finde es aber durchaus angemessen, daß auch alle rheinischen Gemeinden eine gemeinschaftliche Stiftungsfeier begehen, bei welcher ich dann, mindestens höchst wahrscheinlich, noch anwesend sein würde.

Wollen Sie mir nun über alles Bisherige baldigst Ihre Gedanken mittheilen; wollen Sie ferner auch Sich mit allen

andern rheinischen Bevollmächtigten in Verbindung setzen und ihnen die obigen Punkte mittheilen.

Bei den öffentlichen Ankündigungen der Versammlungen müßte es dann am Schluß heißen:

„Eintritt nur für Mitglieder. Die Aufnahme von Mitgliedern findet am Eingange des Lokales statt.““

Aus den letzten Briefen Lassalle's an den Vereinssekretär Willms.

(Folgende von Bernh. Becker mitgetheilte Auszüge aus den letzten Briefen Lassalle's an den Vereinssekretär sind noch von besonderem Interesse:

Brief vom 9. Juni 1864, ab Ems:

„Die Kreuzzeitung hat meine Erwiderung¹⁾ nicht genommen, sondern zurückgesendet. Dieselbe ist aber zu wichtig und muß durchaus erscheinen. Sie erhalten daher hier folgende genau zu beachtende und gut auszuführende Instruktionen):

1. Beiliegend folgt sowohl die Erwiderung als ein Brief an Herrn Justizrath Wagener (von dem Sie Kopie nehmen müssen), dem der Brief des Kreuzzeitungs-Redakteurs (gleichfalls zu kopiren) beiliegt.

Lesen Sie meinen Brief an Wagener durch und bringen dann diesen Brief — dem die Erwiderung und das Schreiben der Kreuzzeitungs-Redaktion unter einem gemeinschaftlichen Couvert beigelegt werden muß — zu Wagener, Köthnerstraße 37.

Bei Herrn Wagener erkundigen Sie Sich, wann Sie wieder kommen könnten, um zu hören, ob die Kreuzzeitung den Aufsatz nun bringen wird, oder resp. um mein Manuskript wieder in Empfang zu nehmen.

2. Nimmt die Kreuzzeitung nun die Erwiderung, so ist es gut. Nimmt sie sie aber nicht, so muß Folgendes geschehen:

a) Müssen Sie zu dem Redakteur des Neuen Allgem. Volksblatts gehen, ihn (den Stadtrath — ja, den Namen habe ich vergessen) selbst sprechen und ihn in meinem Auftrage bitten und zu bestimmen suchen, die Erwiderung mit

¹⁾ Die Antwort auf die in dem genannten Blatt erschienene Rezension des „Bastiat-Schulze“.

der Angabe, daß die Kreuzzeitung die Aufnahme verweigert habe, in seinem Blatte zu veröffentlichen.

b) Außerdem müssen Sie Kopien des Manuskripts dem Nordstern einsenden, welcher sie gleichfalls mit der Angabe, daß die Kreuzzeitung die Aufnahme verweigert habe, veröffentlichen muß.

c) Außerdem muß dann ferner diese Erwiderung als Anhang II in die Broschüre aufgenommen werden, die ich soeben bei Schlingmann veröffentliche (die Kronsdorfer Rede).

Nimmt die Kreuzzeitung die Erwiderung auf, so ist nichts weiter nöthig. Nimmt sie sie aber nicht auf, so muß a, b, c zugleich geschehen . . . Ueber Anderes ein Andermal. Ich bin todtmüde. Bei dieser angreifenden Kur muß ich den ganzen Tag bis in die Nacht täglich schreiben. Ich bin wie zerschlagen! Ich halte es nicht mehr aus!"

Brief vom 15. Juni 1864, ab Ems:

„Lieber Willms!

„Ich empfangen soeben Ihren Brief. Drängen Sie nun Schlingmann aufs Stärkste, daß die Kronsdorfer Rede nun ohne allen Zeitverlust erscheint.

Die beiden Exemplare derselben, die Sie an Bismarck schicken sollen, schicken Sie besser nicht unter Kreuzband, sondern als Brief — indem Sie einfach nur ein Couvert darum machen und dieses an ihn, Berlin, Wilhelmstraße, frei, adressiren mit der Hinzufügung: **persönlich**. Dann ist es viel sicherer, daß ihm der Brief nach seinem Aufenthaltsort nachgeschickt wird, während ein Kreuzband, da man sieht, daß nur Drucksachen darin sind, viel eher in Berlin liegen bleibt, wenn auch „persönlich“ darauf steht.

Den Zeitungen zufolge wird Bismarck nämlich schon am 14. d. M. Berlin verlassen haben. Jedenfalls ist er nicht mehr dort, wenn Sie die Broschüre bekommen.

2. Da nun die Kreuzzeitung meine Erwiderung bringen wird, so gehen Sie doch gleich hin und fragen, ob Sie — wie ich in meinem ersten Schreiben die Redaktion bat — 50 Abzüge der betr. Beilage, in welcher die Erwiderung stehen wird, gegen Bezahlung der Kosten bekommen können.

In diesem Falle senden Sie jedem Bevollmächtigten ein Exemplar unter Kreuzband. Wenn die Redaktion aber hierauf

nicht eingeht, so kaufen Sie jedenfalls 5 bis 6 Arn. der betreffenden Zeitung.

Eine derselben schicken Sie wieder unter vollem Couvert, also scheinbar als Brief, an Bismarck, Berlin, Wilhelmstraße, persönlich, damit auch dieser Brief ihm nachgesendet wird.

2 Exemplare der Zeitung legen Sie dann für mich zu unsern Akten und eins geben Sie Bucher, von dem Sie es übrigens wieder haben können."

Brief vom 28. Juni 1864, ab Düsseldorf:

„Zum Bevollmächtigten für Krefeld ist der Agent Joseph Volten, Krefeld, Lutherische Kirchstraße, ernannt Schlingmann erzählt mir, Sie haben ihm gesagt, daß unsere Solinger Verurtheilten in London bei Marx angekommen. Haben Sie einen Brief von jenen Solingern bekommen? Oder hat Marx an Liebknecht darüber geschrieben? Es wäre mir auch interessant zu wissen, was Marx den Leuten gesagt hat. Schreiben Sie mir also Alles, was Sie darüber wissen oder von Liebknecht erfahren können.“

Brief vom 4. Juli 1864, ab Frankfurt am Main:

„Das nichtswürdige Urtheil¹⁾ — mit 6 Monaten Gefängniß — werden Sie bereits aus den Zeitungen kennen. Wollen sehen, was in Kassation gemacht werden kann. — Da Sie die Nachricht von den Solingern und ihrem Besuch bei Marx von Klings wissen, so haben Sie auch keine Veranlassung, bei Liebknecht anzufragen, wie Marx sich zu den Arbeitern geäußert. Es würde dies vielmehr unpassend sein und mißverstanden werden. Aber bei Klings können Sie gelegentlich anfragen, was Marx zu den Arbeitern etwa gesagt hat, falls diese davon berichteten. Gestern hier Versammlung abgehalten, über zwei Stunden gesprochen. Mehrere Mainzer waren da. Ich habe den Lithographen Ott in Mainz, Heringsbrunnen Nr. 3, zum Bevollmächtigten ernannt, einen sehr tüchtigen Mann. Er wird sich von Schöppler — dem ursprünglichen treulosen Bevollmächtigten für Mainz — das ursprüngliche Material an Listen, Karten zc. aushändigen lassen.“

¹⁾ Im Düsseldorfer Prozeß. Vergl. Bd. II, S. 706 unfr. Ausg.

Brief vom 11. Juli 1864, ab Neustadt an der Haardt:

„Anbei ein Brief des Herrn Gustav Schade, Sekretär im deutschen Arbeiterbildungsverein zu Genf, Rue Guillaume Tell 5, dem Sie seiner Bestellung gemäß **sofort** von **sämmtlichen** Broschüren (auch vom Bastiat-Schulze) ein Exemplar übersenden und den Abonnementspreis per Postvorschuß auf das Packet entnehmen wollen. Für Neustadt a. d. Haardt ist der Kaufmann Wilhelm Weber zum Bevollmächtigten des Vereins ernannt Wollen Sie an Mehner in Berlin — nebst herzlichen Grüßen von mir — bestellen: es eilt, daß er Dammer sofort seine Antwort auf dessen Circular wegen der nächsten Generalversammlung zukommen läßt und zwar, wie ich hoffe, eine zustimmende Antwort, denn Dammer's Vorschlag ist der einzig praktische. Ebenso wollen Sie den andern Vorstandsmitgliedern nach Hamburg zc. schreiben: es eile, daß sie Dammer eine Antwort, und hoffentlich eine zustimmende, ertheilen. Es ist höchst nachtheilig und unangenehm, daß unsere Vorstandsmitglieder so lässig im Beantworten an sie gestellter Anfragen sind. Dammer hat erst von 3—4 Mitgliedern eine Antwort erhalten und klagt darüber mit Recht Ich reise morgen von hier ab. Briefe und Zeitungen von jetzt ab bis auf weitere Ordre nach Zürich poste restante zu adressiren. Der Verein greift um sich. In Frankfurt haben wir eine großartige Demonstration gehabt.“¹⁾

Brief vom 21. Juli 1864, ab Rigi-Kaltbad:

„Gestern hier auf Rigi-Kaltbad angelangt, beeile ich mich, Ihnen die Amerika betreffende Vollmacht zu senden. Hoffentlich kommt sie noch zurecht für des Mannes nächste Reise. Sie müssen Kopie davon nehmen und ihm natürlich gleichzeitig das erforderliche Material an Karten, Listen, Statuten, Reglements zc. zusenden Anbei für Martin (Asch) ein Zettel (zu kopiren). Anbei ein Brief von Hambloch (Barmen). Sehen Sie zu, demselben möglich **schnell** die verlangten 10 Thaler zu schicken.“²⁾ Da ich mich in Zürich nur

¹⁾ Ein Laffalle von Mitgliedern verschiedener Arbeitervereine gebrachtes Ständchen.

²⁾ Hambloch, Bevollmächtigter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Barmen, war auf Grund einer Vorlesung aus

einen einzigen Tag aufhielt, konnte ich Ihre Bestellung bei Fißner nicht direkt erledigen und habe Herwegh damit beauftragt. — Bucher fragen Sie, ob er von Fröbel eine Antwort hat.¹⁾ Er soll mir Bericht darüber, je nachdem er lieber will, entweder direkt oder durch Sie, aber sofort zukommen lassen. Sie melden nicht, ob Sie, wie Sie wollten, in Harburg waren und wie Sie dort den Geist der Gemeinde gefunden haben. Ueberhaupt, lieber Willms, sind Sie etwas zu karg mit Nachrichten. Bedenken Sie, daß mir diese Dinge auch hier beständig im Kopfe herumgehen, jede Ungewißheit mich quält, und ich Alles so viel wie möglich wissen muß. Besteht in Schlesien erst die eine Gemeinde Wüste-Waltersdorf? Und wie kommt das? Was schreibt Paul? Thut er Nichts, und warum? Treiben! Ist die Gemeinde in Naumburg gebildet? Wie stark? Wie stark ist jetzt Augsburg? Das muß ich wissen. Schicken Sie dem Augsburger Bevollmächtigten den beiliegenden Brief, den ich von einem Papierfabrikanten J. B. Allfeld in München erhielt . . . Schlingmann, den Sie herzlich von mir grüßen wollen, bestellen Sie von mir, daß er den Aufsatz (112 Seiten stark) in der Cottaschen Vierteljahrschrift (Nummer 106) von Schäßle (Professor der Nationalökonomie an der Universität Tübingen) lesen soll. Er wird sein blaues Wunder sehen, wie ich gleichfalls. Obgleich Bourgeois-Dekonom und mir natürlich entgegnetend, erklärt sich dennoch, — und das ist die wirkliche Bedeutung dieses Aufsatzes — die Bourgeois-Wissenschaft in demselben grundsätzlich für besiegt. Die Ausflüchte, die sie trotz der kolossalen sachlichen Zugeständnisse, nur gemildert durch höchst possirliche sprachliche Abschwächungen, noch versucht, sind eben nur gemacht, um den Schein zu retten, und sehr leicht zu beseitigen. Das Komischste aber ist, daß die Bourgeois-Wissenschaft in diesem Aufsatz (p. 330) sogar selbst erklärt, sie habe erst durch meinen Bastiat-Schulze den Zusammenhang ihrer eigenen Weltordnung verstehen lernen.“

dem „Offnen Brief“ Johann Philipp Becker's zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden, denen er sich durch Flucht entziehen sollte, und die zehn Thaler waren für die Reisekosten zc. bestimmt.

¹⁾ Bucher hatte sich in Sachen der Gemeinde Asch in Böhmen, der die österreichischen Behörden Schwierigkeiten in den Weg legten, im Auftrage Lassalle's u. A. an den ehemaligen Revolutionär Julius Fröbel in Wien gewendet.

Brief vom 27. Juli 1864, ab Rigi-Kaltbad:

„Ganz Recht haben Sie, wenn Sie schreiben, der Bevollmächtigte sei da, um auf Grund der Instruktionen zc. die Gemeinde zu leiten, nicht um sich von ihr leiten zu lassen. Doch wundert mich, woher Sie überhaupt Anlaß zu dieser Bemerkung haben. So lange ich die dortigen Versammlungen besuchte, war natürlich von Beschlüssen der Gemeinde, insofern ich sie nicht selbst provozirte, keine Rede, und ebenso wenig ist dies in einer anderen Stadt der Fall. Warum hat man einen andern Geist in Berlin einreißen lassen? Dort liegt zudem der Parlamentarismus näher als anderwärts! Nur in besonderen Fällen, wo die Natur der Dinge es erheischt und wo der Bevollmächtigte selbst es wünscht, hat die Gemeinde zu beschließen. In diesem Sinne soll Arndt verfahren und, so weit Sie ihn mit seiner Zustimmung vertreten, auch Sie. Um so mehr wundere ich mich, aus Ihrem Brief zu hören, daß Sie sich jetzt in den Versammlungen auf Debatten mit den Gegnern einlassen wollen. Dies kann nicht sein; denn auch in den öffentlichen Sitzungen darf nach unsern Bestimmungen Keiner das Wort ergreifen, der nicht Mitglied des Vereins ist. Jedes solches Aufgeben unserer Einrichtungen und Prinzipien wäre eine verhängnißvolle Schwäche! In so schwierigen Dingen, wie die hier zu Grunde liegenden Thema's, wird kein Gegner durch Debatten, wie man sie in Versammlungen hält, überzeugt. Wer sich nicht durch unsere Literatur zu überzeugen vermag, wird noch viel weniger durch so eine Debatte überzeugt werden! So tiefgreifende Anstrengungen, wie ich sie in meiner Rheinischen Rede, in meiner Frankfurter Rede machte, können nicht jeden Augenblick gemacht werden. Wir würden also bloß eine verderbliche Konzession an das Prinzip unsrer Gegner machen, ohne Etwas zu gewinnen. Ein Fortschrittsgeist würde einreißen. Ferner würde es mir dadurch sehr erschwert werden, wieder in den Berliner Versammlungen zu erscheinen. Denn ich werde und kann keinesfalls von meinen Vorschriften abgehen. In meiner Gegenwart wird nie Jemand das Wort erhalten, der nicht Mitglied des Vereins ist. Gleichwohl würde, wenn das einmal durch Präzedenz-Fälle in meiner Abwesenheit zur Gewohnheit geworden ist, es viel diffiziler sein, wenn ich es in öffentlichen Sitzungen, denen ich beiwohnte, nicht duldete.“

(Diesem Brief folgte noch am 28. Juli 1864 die lakonische Anzeige, daß Lassalle den nächsten Tag Rigi verlasse und Briefe an ihn nach Bern, poste restante, zu adressiren seien, womit die Vereinskorrespondenz Lassalle's aufhört. Erst in seinem am Vorabend des verhängnißvollen Duells mit Janko von Rakowika abgefaßten Testament gedenkt Lassalle wieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. In der Zwischenzeit hatte der Kampf um Helene von Dönniges sein ganzes Sinnen und Trachten in Anspruch genommen.)

Lassalle's Testament.

Als letztes Dokument lassen wir hier noch Lassalle's Testament folgen, das zwar nur zum geringen Theil auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins Bezug nimmt, aber doch die letzten Verfügungen Lassalle's in Bezug auf den Verein enthält.

„Dies ist mein Testament!“

Durch Zeitmangel gedrängt, testire ich in Eile durch folgendes olographisches¹⁾ Testament, welches in jeder Form, in welcher es am besten Bestand haben kann, aufrecht erhalten werden soll.

Zur Erbin meiner Hinterlassenschaft, soweit über dieselbe nicht durch nachstehende Legate und Bestimmungen verfügt ist, setze ich meine Mutter ein, zu Testaments-Exekutoren die Herren Rechtsanwalt Holthoff und Lothar Bucher zu Berlin.

Ich vermache hierdurch der Gräfin Sophie v. Hatzfeld eine lebenslängliche Leibrente von Zwölfhundert Thalern jährlich, die ihr unter allen Umständen und primo loco²⁾ aus meinem Vermögen ausgezahlt werden soll.

Ich vermache ferner dem Oberst Wilhelm Rüstow in Zürich eine jährliche Rente von achthundert Thalern. Diese soll ihm bis zum Jahre 1870 inklusive ausgezahlt werden, wenn in diesem Jahre mein Antheil an der Dividende der Breslauer Gas-Aktiengesellschaft erlöschen sollte. Sollte aber, wie ich nicht zweifle, im prozessualischen Wege die Fortdauer meines Anspruches entschieden werden, oder im Wege des Vergleichs ein Aequivalent meinen Rechtsnachfolgern bezahlt werden, so soll diese Rente an Rüstow lebenslänglich gezahlt werden.

¹⁾ eigenhändige.

²⁾ an erster Stelle.

Mit den gleichen Bestimmungen vermache ich eine Rente von 566 Thalern Herrn Lothar Bucher in Berlin und eine Rente von 200 Thalern dem Herrn Kandidat Alexi, Lehrer in Neurüppin.

Aus meiner Bibliothek soll sich Herr Lothar Bucher 200 Bände, dann Dr. v. Schweizer und Herr Kandidat Alexi jeder 100 Bände auswählen dürfen. Der Rest der Bücher soll meistbietend zu Gunsten der Masse versteigert werden.

Ich bestimme ferner, daß während der Dauer von 5 Jahren jährlich 500 Thaler dem Sekretär des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Berlin, Herrn Eduard Willms, ausbezahlt werden, damit dieser sie nach seinem Belieben zur Agitation für den Verein bestens und gewissenhaft verwende. An Willms selbst soll zum Lohn für seine Bravheit eine jährliche Rente von 150 Thalern außerdem aus meinem Vermögen gezahlt werden.

Dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein empfehle ich, zu meinem Nachfolger den Frankfurter Bevollmächtigten Bernhard Becker zu wählen. Er soll an der Organisation festhalten! Sie wird den Arbeiterstand zum Sieg führen.

Herrn v. Hofstetten vermache ich meine sämtliche Waffen, sowohl die auf den drei Waffenschildern, als die andern. Dem Rechtsanwalt Holthoff vermache ich meine marmorne Minerva nebst Piedestal und eine Summe von 2000 Thalern.

Herrn Hans v. Bülow vermache ich meinen Apollo nebst Untersatz, Lothar Bucher den Satyr, alle meine Marmorstatuen der Gräfin.

Meine sämtlichen Brieffschaften und Papiere vermache ich der Gräfin. Die gelehrten und schriftstellerischen Aufsätze und Notizen soll sie an Bucher ausliefern. Das Eigenthum an meinen sämtlichen schriftstellerischen und gelehrten Werken vermache ich L. Bucher.

Mein sämtliches Silbergeschirr soll zwischen meiner Mutter und der Gräfin gleich getheilt werden. Alles Mobiliar, worüber vorstehend nicht besonders verfügt ist, wird zu Gunsten der Masse versteigert.

Die Kosten einer Reise nach Genf und zurück nach Berlin sollen Herrn von Hofstetten aus der Masse ersetzt werden. Dr. Gustav Schönberg in Stettin soll sich noch nach den Obengenannten 100 Bände aus meiner Bibliothek wählen können.

An Georg Herwegh soll ein Legat von 100 Napoleons gezahlt werden.

In sehr großer Eile und durch den Zeitmangel an sorgfältiger Ausarbeitung gehindert, habe ich dies Testament hier in Genf, wo der Code Napoleon gilt, als olographisches Testament aufgesetzt, wiederhole aber, daß es in jeder Form gelten soll, in der es am besten bestehen kann.

Eigenhändig geschrieben und unterschrieben.

Genf, den 27. August 1864.

Ferd. Lassalle.

(Das Testament wurde ursprünglich von der Familie Lassalle's angefochten, später aber ein Vergleich geschlossen, auf Grund dessen die politischen Legate Lassalle's erheblich verkürzt wurden. In wessen Händen sich zur Zeit die hinterlassenen Brieffschaften Lassalle's befinden, was aus den „gelehrten und schriftstellerischen Aufsätzen und Notizen“ geworden, von denen Lassalle im Testament spricht, darüber läßt sich nichts Genaueres feststellen. Sicher ist nur, daß mindestens ein erheblicher Theil der politischen Brieffschaften Lassalle's noch 1878 im Besitz der Gräfin Hasfeld war, die — ein weiblicher ewiger Jude — damals noch immer vergeblich nach einem sozialistischen Schriftsteller fahndete, der das Material in einer ihr genehmen Weise verarbeiten mochte. Mit ihrem Tode wird dasselbe dann wohl in die Hände ihres Sohnes Paul, gegenwärtig Gesandter des Deutschen Reichs in England, gefallen sein, von dem im günstigsten Falle nur eine sehr gesiebte Herausgabe desselben erwartet werden könnte. Seinerseits hat Lothar Bucher eingeständenermaßen einen von Lassalle hinterlassenen Agitationsplan in Uebereinstimmung mit dem von ihm um Rath angegangenen Rodbertus im Jahre 1866 vernichtet, weil nach des letzteren Ansicht „man dem wissenschaftlichen Andenken Lassalle's keinen ärgeren Streich spielen könnte, als wenn man den Agitationsplan veröffentlichte, in dem Lassalle ganz mit dem so heftig von ihm bekämpften Proudhon übereinstimmt!“ Vgl. den Brief Bucher's an die Gräfin Hasfeld vom 15. Januar 1866, der im Sommer 1878 in der „Berliner Freien Presse“ und im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Ohne die Aufrichtigkeit des Rodbertus'schen Urtheils irgendwie in Zweifel zu stellen und selbst seine objektive Richtigkeit zugeben, wird man doch die Frage aufwerfen dürfen, ob mit der vollständigen Vernichtung des Planes nicht die Pflicht des literarischen Exekutors überschritten wurde. Indes, wie dem auch sei — der Agitations- oder Finanzplan war doch jedenfalls nur ein Theil der Notizen Lassalle's, keineswegs aber ein gelehrter und schriftstellerischer Aufsatz, und Lassalle

würde sicher nicht von solchen in seinem Testament gesprochen haben, wenn er nicht deren Manuscript hinterlassen hätte. Wo sind sie geblieben? Welches Interesse verbot ihre, dem literarischen Testaments-Exekutor doch unbedingt obliegende Veröffentlichung? Der Mund, der zuerst darauf Antwort zu geben hätte, ist jetzt für immer geschlossen, und ob die Memoiren des Wirklichen Geheimen Legationsrathes Bücher zufriedenstellende Auskunft darüber ertheilen werden, ist höchst zweifelhaft. Wahrlich, der Unstern, der Lassalle's letzte Lebenstage trübte, hat auch auf seinem Testament gelastet.)



Druckfehler-Berichtigung.

Folgender sinnentstellender Druckfehler, der sich in diesem Band eingeschlichen, bitten wir die Leser freundlichst zu berichtigen:

Seite 388 Zeile 2 von unten statt „Theologen“ lies „Ideologen“.